Jahrbuch

für

Sozialwissenschaft

und Sozialpolitik.

Herausgegeben

von

Dr. Ludwig Richter.

Erster Jahrgang. Erste Hälfte.

Zürich-Oberstrass.

Verlag von Ferdinand Körber,

Buchhandlung für akadem.-polytechn. Literatur.

1879.



Inhaltsverzeichniss.

Vorwort.

Es sei dem Unterzeichneten gestattet, dem vorliegenden ersten Theile des « Jahrbuches für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik » einige Zeilen vorauszuschicken.

Ueber die Nützlichkeit eines Unternehmens wie des gegenwärtigen dürften kaum Zweifel obwalten, und in dieser Auffassung ist der Herausgeber besonders bestärkt worden durch die allseitige Anerkennung und Unterstützung, welche die Idee des Jahrbuchs bei Freunden und Mitarbeitern fand. Die Ausführung indessen hat in mancher Beziehung das Ideal, welches uns vorschwebte, nicht erreichen können. Dies lag einestheils daran, dass die Zusammenstellung und Bearbeitung des Stoffs und die ganze Herstellung des Buches wegen einiger mehr äusserlicher Hindernisse auf einen Zeitraum von wenigen Wochen zusammengedrängt werden musste, anderntheils ist zu berücksichtigen, dass manche Mitarbeiter, wie natürlich, sich in die Aufgabe nicht vollständig hineinzufinden verstanden. Der Herausgeber eines gänzlich neuen Unternehmens vermag zwar seinen Helfern ein ungefähres Bild desselben und der Stellung, welche Jeder darin einzunehmen hat, zu entwerfen, doch wird wol immer — besonders wenn, wie hier, mündliche Verständigung fast vollständig ausgeschlossen ist — ein solches Bild von den Einzelnen nicht in demselben Sinne aufgefasst werden. So muss es dann kommen, trotz der Mühe, die sich der Herausgeber geben kann, dass das Werk nicht vollständig aus einem Gusse ist und nicht vollständig den gehegten Erwartungen und Intentionen entspricht. Nichtsdestoweniger hofft der Herausgeber, dass die Leser von dem Gebotenen im Grossen und Ganzen befriedigt sein werden. — Wenn

das Jahrbuch fortgesetzt wird — es ist beabsichtigt, es jährlich zweimal erscheinen zu lassen — so dürften die beiden hier erwähnten Missstände nicht mehr vorkommen. Die Vorbereitungen werden zeitiger getroffen werden können, und die Herren Mitarbeiter können aus dem vorliegenden ersten Theil und der Kritik ersehen, worin ihre Aufgabe besteht.

Im Speziellen mögen noch folgende Bemerkungen Platz finden. Das Jahrbuch zerfällt, wie ein Blick in das Inhaltsverzeichniss lehrt, in drei Theile. Der erste und wichtigste umfasst eine Reihe sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Artikel, der zweite bringt Rezensionen, der letzte soll einen fortlaufenden Bericht über die soziale Bewegung der Gegenwart bilden. An den einzelnen Arbeiten Kritik zu üben, halten wir nicht für unsere Aufgabe: das ist die Sache des Lesers. Doch dürfte ein Wort darüber erlaubt sein, wie der Herausgeber seine Stellung zu den Aufsätzen seiner Mitarbeiter auffasst und aufgefasst zu sehen wünscht. Wenn er auch natürlich für die allgemeine Tendenz und Zusammenstellung des Buches verantwortlich ist, so kann er doch nicht für alle in demselben ausgesprochenen Ansichten eine Mitverantwortung übernehmen. Ganz besonders gilt das von den Berichten, wo Mitarbeiter aus den verschiedensten Ländern ihre Auffassung der dortigen sozialpolitischen Verhältnisse und ihrer Stellung zu denselben kund geben. Es wäre ein ebenso vergebliches wie thörichtes Beginnen gewesen, die theilweise auseinandergehenden Ansichten unter einen Hut zu bringen, ja es musste dem Zweck des Jahrbuchs gerade am meisten entsprechen, wenn man in demselben den verschiedenen Nationen Gelegenheit gab, ihre besondere Stellung zu kennzeichnen. Der Herausgeber, der persönlich auf dem Boden der deutschen sozialistischen Partei steht, also die föderalistisch-anarchistische Richtung bekämpft, durfte Berichte, in denen diese letztere theilweise hervortritt, übrigens um so eher aufnehmen, als die wissenschaftliche Hauptarbeit des vorliegenden Halbbandes gerade die Streitfrage zwischen Zentralisten und Föderalisten in eingehendster Weise beleuchtet. — Sehr ungleich ist der äussere Umfang der Berichte und ihre Behandlung des historischen Materials ausgefallen. Obgleich der

Herausgeber hierfür ziemlich genaue Instruktionen ertheilt hat, so waren doch diese Verschiedenheiten nicht zu vermeiden. Mehrere Mitarbeiter haben es für nützlich erachtet, in der Geschichte der sozialen Bewegung ihrer Nation etwas weiter zurückzugreifen und bei manchen Ereignissen sehr ausführlich zu sein, wodurch ihre Darstellungen eine grössere und — im Verhältniss zu dem anderen Ländern reservirten Raum — ungerechte Ausdehnung erhielten.

Besonders umfangreich ist der Bericht über die slavischen Länder ausgefallen. Man wird dies jedoch begreiflich finden, wenn man bedenkt, dass die ganze Welt seit geraumer Zeit mit dem lebhaftesten Interesse die dortigen sozial-politischen Ereignisse verfolgt, denen auch entschieden eine grosse, wenn auch vielleicht nur symptomatische Bedeutung nicht abzusprechen ist. — Zu kurz dürfte dagegen der Bericht über Spanien ausgefallen sein, und soll diesem Mangel in dem nächsten Theile des Jahrbuches abgeholfen werden. — Das Wenige, was über Serbien zu sagen war, findet der Leser in der Rezension der Zeitschrift Strascha und in dem Bericht über Ungarn. — Dass kein Bericht über England anzutreffen ist, bedarf wol kaum einer Erklärung. Es existirt eben keine sozialistische Bewegung im englischen Volke — «Die englische Arbeiterbewegung,» schreibt uns ein seit langer Zeit in England wohnender deutscher Sozialist, «dreht sich seit einer Reihe von Jahren auswegslos im engen Kreis der Strikes um Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar nicht als Nothbehelf und Mittel der Organisation und Propaganda, sondern als letzten Zweck. Die Trades' Unions schliessen sogar prinzipiell und statutenmässig jede politische Aktion aus, und damit die Theilnahme an jeder allgemeinen Thätigkeit der Arbeiterklasse als Klasse. Die Arbeiter theilen sich politisch in Konservative und Liberal-Radikale, in Anhänger des Ministeriums Disraeli (Beaconsfield) und in Anhänger des Ministeriums Gladetone. Es kann hier also von einer Arbeiterbewegung nur insofern die Rede sein, als hier auch Strikes vor sich gehen, die, siegreich oder nicht, die Bewegung keinen Schritt weiter führen. Es darf nicht verschwiegen werden, dass in diesem Augenblick eine eigentliche Arbeiterbewegung, im kontinentalen Sinn, hier nicht existirt» . . .

Entschuldigen möge man das Fehlen von Berichten über die sozialistischen Gruppen in Griechenland, Südamerika und einigen anderen Ländern, wo die Bewegung noch geringe Bedeutung hat. Die oben erwähnte Kürze der Zeit, sowie theilweise auch Mangel geeigneter Verbindungen, veranlassten diese Lücke, die wir in den späteren Abtheilungen des Jahrbuches auszufüllen bestrebt sein werden. Ferner wird die zweite Hälfte dieses Bandes eine genaue Darstellung von der Auslegung und Ausführung des deutschen Sozialisten-Gesetzes enthalten. Es wurde ein solcher Bericht hauptsächlich desshalb verschoben, weil mehrere prinzipiell wichtige Prozesse gegenwärtig noch schweben.

Noch sei ferner bemerkt, dass eine Anzahl von Rezensionen und Berichten aus fremden Sprachen übersetzt wurden, wobei eine weniger gute Stylisirung um so schwieriger zu vermeiden war, als diese Uebertragungen meistens in kürzester Zeit bewirkt werden mussten.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, dass aus Gründen verschiedener Natur die Namen der Herren Mitarbeiter durchgängig mit den Initialen bezeichnet worden sind. Ueber einige derselben möge man sich jedoch nicht den Kopf zerbrechen — es sind willkürlich erfundene, die nur desshalb beigesetzt wurden, um den Verfasser bei späterer Gelegenheit wieder zu erkennen. Die mit drei Sternchen bezeichnete Abhandlung im ersten Theil über die sozialistische Bewegung in Deutschland ist ein gemeinsames Werk mehrerer Autoren.

Zum Schluss ist es mir eine angenehme Pflicht, sämmtlichen Mitarbeitern und Förderern des Jahrbuches den besten Dank für ihre Beihülfe auszusprechen.

Ende Juli 1879.

Der Herausgeber.

Die Theorien der Anarchie

kritisch beleuchtet von **H. G.**

I.

Die grosse geistige Bewegung, welche man unter dem Gesammtnamen Sozialismus versteht, erscheint nur dem Fernerstehenden als eine in der Theorie ganz einige Strömung. Die Gegner derselben sind daher immer geneigt, einzelne ihnen besonders auffällige Aussprüche, die ihnen als absurd vorkommen, als Postulate der Gesammtbewegung zu erklären, ohne dass sie auch nur eine Ahnung davon haben, dass diese Postulate innerhalb der Bewegung eben solche Anfechtungen erleiden, als ausserhalb derselben.

Wer den Sozialismus näher kennt und sich mit der so reichhaltigen, sachbezüglichen Literatur etwas bekannt gemacht hat, wird finden, dass sich die Einheit der Theorie nur auf wenige allgemein anerkannte Punkte beschränkt, ja dass diese Einheit innerhalb der sozialistischen Bewegung sich eigentlich nur auf die Negation der Kirchenherrschaft, des Militär- und Eroberungsstaates und auf die Negation des privatkapitalistischen Betriebs in Produktion, Zirkulation und Konsumtion und der damit verbundenen privatkapitalistischen Eigenthumsverhältnisse beschränkt.

Wohl giebt es sehr grosse Körperschaften, Parteien, ja internationale Unionen, die über gewisse naheliegende praktische politische oder ökonomische Forderungen einig sind und — soweit es die Anstrebung solcher Forderungen betrifft — in der Zeitgeschichte dadurch eine Bedeutung erlangen, dass sie einen erheblichen Theil des Volkes um ihre Bestrebungen sammeln, wie dies z. B. bei den Wahlbewegungen in Deutschland der Fall war.

Alle weiterliegenden Punkte aber sind heute noch Gegenstand von Differenzen, sie unterliegen noch dem Studium, der Diskussion, der Auseinandersetzung.

Damit soll keineswegs gesagt sein, dass diese weitergehenden Fragen noch ganz im Nebel lägen. Im Gegentheil sind sie bereits nach allen Seiten von genialen Männern — wir nennen hier nur Fourier und Owen — durchgearbeitet, ja theoretisch gelöst worden, wenn auch

der praktische Beweis nicht erbracht werden konnte und der Natur der Sache nach auch noch nicht erbracht werden kann.

Natürlich kann in einer Zeit, wo die sozialistische Bewegung ihre intelligentesten Kräfte einer wahrhaft fieberhaften öffentlichen Agitationsthätigkeit zuwies, nicht von diesen Kräften auch das Studium dieser fast unerschöpflichen Fundgrube erwartet werden. Andrerseits ist die Bewegung als eine wesentlich proletarische nothwendigerweise so in die Breite gegangen, dass alle die weitergehenden Fragen schon aus Propaganda-Rücksichten unerörtert bleiben mussten — von einer Einigung darüber gar keine Rede sein kann, im Gegentheil darüber noch die vollständigste Unklarheit herrschen muss.

Es kann das kein Wunder sein — sind doch die Verhältnisse, die das Auffassen und Denken der Menschen beherrschen, immer noch sehr verschiedene in politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Beziehung überhaupt. Die nivellirende Gewalt des Kapitalismus und seiner politischen Erscheinungsform, des Militarismus, hat doch noch keineswegs die Mannigfaltigkeit der ökonomischen und politischen Gebilde vergangener Zeit verschwinden gemacht. Kaum ist es z. B. ein Jahrzehnt, dass in Deutschland noch über 30 verschiedene Staaten, mit allen Attributen der Staatshoheit und Autonomie ausgestattet, existirten, und heute sogar noch haben verschiedene dieser Staaten einen wenn auch sehr kleinen Theil ihrer Autonomie bewahrt. Ebenso sind Hunderttausende unter den Verhältnissen des Kleinhandwerks aufgewachsen, und ihre Vorstellungen sind dadurch immer noch beeinflusst. *)

Uebt die nivellirende Gewalt des Kapitalismus und Militarismus noch einige Jahrzehnte ihren Einfluss in immer verstärkter Weise auf das Denken der Menschen aus, dann wird natürlich die Einheit der Anschauung auch mit Bezug auf den Sozialismus immer mehr sich bilden.

* * *

Trotz der grossen Verschiedenheiten der Anschauungen, die man im Sozialismus antrifft, lassen sich aber doch zwei Hauptrichtungen unterscheiden, die gewisse sie scharf unterscheidende Merkmale haben, und die sich denn auch in einer geradezu feindseligen Gegenüberstellung befinden. Und obgleich der gegenseitige Principienkampf sich schon seit zirka einem Menschenalter hinzieht, gibt es doch nur Wenige, die Kenntniss genug von der Sache haben, um diese beiden Hauptrichtungen auseinander scheiden zu können. Um so öfter dagegen

---

*) Selbst Schreiber dieses, der das «Schwabenalter» noch nicht erreicht hat, lernte unter ganz zünftigen Verhältnissen in Breslau das Buchbinderhandwerk, wurde einst durch ein Zunftgericht (natürlich aus Meistern bestehend) verurtheilt, zu einem Lehrmeister, dem er wegen grober thätlicher Misshandlung entlaufen war, wieder zurückzukehren, und endlich nach bestandener fünfjähriger Lehrzeit vom Obermeister vor versammelter Zunft «freigesprochen» und ihm als einem ehrsamen Buchbindergesellen der mit dem Zunftstempel versehene «Lehrbrief» ertheilt.

kommt es vor, dass der einen Richtung die Postulate der andern untergeschoben werden, was zum mindesten ein gröblicher Irrthum ist.

So schob z. B. Jules Favre nach der Besiegung des Kommune-Aufstandes in einem Zirkular an alle Mächte der Internationalen Arbeiter-Assoziation Auslassungen unter, die von dem grössten Theil der ihr zugehörigen Gruppen geradezu perhorreszirt wurden und von der Bakunin'schen « Alliance de la Démocratie socialiste », also von einer Gruppe ausgingen, die sich im Zustande der Rebellion gegen die Oberleitung der Internationalen befand.

Ebenso versuchte bei der ersten Berathung des Sozialistengesetzes im deutschen Reichstage der Bundesbevollmächtigte, Minister Graf zu Eulenburg, die deutsche Sozialdemokratie in eine gewisse Solidarität zu ziehen mit Erklärungen der Jura-Föderation, während schon seit Jahren auch von der geringsten Solidarität zwischen den Entscheidungen dieser beiden Gruppen nicht die Rede sein kann, vielmehr beide geradezu feindselig einander gegenüber standen.

Damit sind wir nun schon in die Sache eingetreten. Die beiden oben angedeuteten Hauptrichtungen, deren Unterscheidungsmerkmale in dieser Abhandlung dargelegt und kritisch beleuchtet werden sollen, kann man kurzweg mit zwei Benennungen bezeichnen, die von beiden Seiten selbst angenommen wurden und auch bezeichnend sind: die sozialdemokratische und die « anarchistische » Richtung. Wir brauchen das Wort « Richtung » zur Wahrung unseres objektiven Standpunktes, da die « Anarchisten » sich auch als Sozialisten betrachten. Dagegen schreiben wir die Bezeichnung « Anarchie », « anarchistisch », soweit sie als Parteibezeichnung dient, mit Anführungszeichen (« »), weil eine authentische Auslegung dieses Wortes und seiner Bedeutung für die Partei dieses Namens nicht existirt und anderseits das Wort auch keineswegs immer in der Konsequenz seiner wörtlichen Bedeutung aufgefasst wird. *)

Es mangelt nun zwar in der den Sozialismus behandelnden Literatur nicht an Schriften, welche die Differenzen zwischen den beiden einander entgegenstehenden Richtungen ziemlich scharf darlegen, doch bieten dieselben noch kein erschöpfendes Bild der Auseinandersetzung — ihre Ergänzung findet sich oft in Zeitschriften, die nicht Jedem zur Hand sind, so dass eine, wenn auch immerhin kurze, kritische Darlegung, mit besonderer Berücksichtigung der erst in neuester Zeit vorgebrachten Standpunkte, in einer wissenschaftlichen Revue gewiss am Platze und — angesichts der beständig vorkommenden Irrthümer — sehr zeitgemäss ist.

* * *

Das erste, was dem Beobachter in dem Prinzipienstreit zwischen Sozialdemokraten und « Anarchisten » in die Augen fällt, ist die Contro-

---

*) Anarchie ist ein zusammengesetztes griechisches Wort und heisst wörtlich Ohn-Herrschaft. Von Proudhon wurde das Wort An-archie als Schlagwort im Sinne eines Gesellschaftszustandes ohne Gesetze gebraucht.

verse über den Staat. « Wir wollen den freien Volksstaat, » sagen die Sozialdemokraten. « Keinen Staat mehr! » erwidern die « Anarchisten ». Doch ist natürlich mit diesen Schlagwörtern der Streit nicht erschöpft — unter der gleichen Parteiparole kämpfen auf beiden Seiten ziemlich verschiedene Nüancen, so dass, streng sachlich genommen, der Streit sich meist weniger wirklich um den Staat, als um das Wesen desselben dreht, was allerdings von « anarchistischer » Seite nicht zugegeben wird. Sehen wir einmal näher zu.

Wir dürfen, um die « anarchistischen » Theorien, wie sie heute in der Diskussion liegen, zu erörtern, nicht auf Proudhon und Bakunin zurückgehen, die als Väter derselben gelten. Proudhon und Bakunin haben ohne Zweifel in der Propaganda ihre Bedeutung gehabt, als Theoretiker bieten aber beide eine solche Unmasse von Widersprüchen, dass nicht nur « Anarchisten » und Sozialdemokraten ihre entgegenstehenden Anschauungen daraus belegen können, sondern dass sogar die absolutistische russische Regierung ihr Regierungssystem aus den Schriften dieser Männer als gut und richtig begründen kann.

Von Proudhon ist nachgewiesen worden, dass er eine wahre Manie besass, das, was er in einem Buche mit allem Aufwande einer blendenden Rhetorik aufstellte und begründete, im nächsten Buche mit demselben Aufwande wieder zu verneinen und an seine Stelle etwas Anderes zu setzen suchte. Und Proudhon hat viele Bücher geschrieben — kein Wunder, dass er eine solche Verwirrung anrichtete.

Bakunin, dessen Ehrlichkeit und Hingebung an die Sache des Proletariats wohl mit Unrecht angetastet worden ist, war kein geringerer Konfusionär als Proudhon, und er brachte es fertig, sich selbst in einem Buche oder auch nur in einer Flugschrift verschiedene Male zu widersprechen. Es soll darüber mit ihm nicht mehr gerechtet werden — er ist gestorben. Bedenkt man aber, dass Tausende von begeisterten Jüngern die Worte ihres Meisters als ein Evangelium annahmen, dann hat man den Schlüssel zu der Unklarheit und aber auch zu dem Fanatismus, der sich leider sehr oft im « anarchistischen » Lager bemerklich macht.

Doch wir lassen, wie schon erwähnt, Proudhon und Bakunin hier auf der Seite und wenden uns zu den Wortführern, die heute in der « anarchistischen » Linie stehen.

Konsequenterweise kann die « anarchistische » Theorie nur auf der Voraussetzung der « absoluten Autonomie jedes Individuums » aufgebaut werden, und dieser Versuch wurde auch gemacht.

Ende 1876 und Anfang 1877 wurde im Kanton Bern seitens radikal-politischer Elemente der Versuch gemacht, durch Sammlung von 8000 Unterschriften eine demokratische Verfassungsrevision anzustreben. Der Versuch, was nebenbei bemerkt sei, misslang, weil bei der Volksabstimmung die Mehrheit des Volkes sich gegen eine totale Verfassungsrevision aussprach.

Bei dieser Bewegung hatte die « radikale » Partei im Jura (französisch-sprechender Theil des Kantons Bern) ein Programm aufgestellt, dessen erster Punkt die Einführung der « Initiative », als einer

Weiterentwicklung der Volkssouveränität, betraf, d. h. das Gesetzesvorschlagsrecht für einen gewissen Bruchtheil des Volkes verlangte. (Im Kanton Zürich steht dieses Recht einer Anzahl von 5000, also etwa dem 14. Theile der Stimmberechtigten, zu.)

Die « Anarchisten » haben nun gerade im Berner Jura, im St. Immerthale, ihr Hauptquartier, und sie nahmen in dieser Verfassungsbewegung auch Stellung, setzten dem Programm der « Radikalen » ein eigenes gegenüber, und zwar dem erwähnten ersten Punkte folgende Erklärung:

> « La souveraineté populaire ne peut exister que moyennant *la plus complète autonomie des individus* et des groupes » (v. « Bulletin de la fédération jurassienne » Nr. 3, 1877).

Nach der authentischen deutschen Uebersetzung:

> « Die Volkssouveränität kann nur vermittelst der vollkommensten Autonomie der Individuen und der Gruppen existiren. »

Das Programm, an dessen Spitze dieser Satz steht, wurde von einer « Volksversammlung » den 14. Januar 1877 in St. Immer sanktionirt, wir haben demnach ein offizielles Dokument vor uns.

Wie ist nun diese « vollkommenste Autonomie der Individuen » zu verstehen? Zunächst bedeutet Autonomie die Freiheit eines Individuums, sich nur nach seinen persönlichen Ansichten und Anschauungen zu richten. *)

Die « Anarchisten » verstehen nun das Wesen der von ihnen geforderten Autonomie so, dass es jedem einzelnen Individuum freistehen soll, sich irgend einer Gemeinschaft anzuschliessen oder nicht, dass es ihm freistehe, den Bestimmungen einer Gemeinschaft nachzukommen oder nicht, und dass weder ein Einzelner noch eine Gemeinschaft diese « vollkommenste Autonomie » beschränken darf. Das Individuum darf zu nichts verpflichtet werden, was seinem Willen, seiner Ansicht widerstrebt. Es darf desshalb keine Gesetze geben, die gegenseitigen Verhältnisse müssen nur auf Freiwilligkeit beruhen.

Das Gleiche gilt wie beim Individuum auch bei der Gruppe, die sich freiwillig gebildet hat — auch sie muss vollkommen autonom sein und nur ihr Wille selbst entscheidet, ob und wie weit sie mit anderen autonomen Individuen und Gruppen in Beziehungen tritt.

In dieser Weise wird von den konsequentesten Vertretern der « Anarchisten » die « vollkommenste Autonomie » aufgefasst. Diese Vertreter negiren desshalb nicht blos den historischen Staat (auch auf völlig demokratischer Grundlage), sie verwerfen jedwede verpflichtende Organisation und jedwede gewählte Behörde, auch wenn sie weiter nichts vollzöge als den Willen des Volkes, das sie gewählt. In konsequentester Weise wurde dies von Paul Brousse in Nr. 14 der

---

*) Autonomie ist ein zusammengesetztes griechisches Wort und besteht aus autos, d. h. selbst, und nomos, d. h. Gesetz, es bedeutet also wörtlich Selbstgesetzgebung.

in Bern erschienenen «Arbeiter-Zeitung» vom Jahre 1877 entwickelt. Er sagt dort in einem Artikel «Ueber den Staat» ausdrücklich:

> «Jedesmal, wenn man unter dem Titel Regierung, Rath, Komité, Gemeinde, öffentliche Dienstleistungen, Verwaltung die Masse durch eine kleinere, künstliche, gewählte Gesellschaft ersetzt; jedesmal, wenn man in den Händen einer solchen Gesellschaft die Interessen der Masse im Grossen und Ganzen konzentrirt, bildet man einen Staat. Jedesmal, wenn die Menschen freiwillig unter sich und für jedes ihrer Interessen Gruppen bilden; jedesmal, wenn diese Gruppen ihrerseits sich unter einander vereinigen, und zwar jede Gruppe mit ihrem getrennten Verwaltungsapparat, so ist eine freie Formation der Gruppen vorhanden. Bei dem Walten des Staates ist die Gruppe ersetzt, bei dem Walten der freien Gruppenformation ist die Masse nicht mehr ersetzt, sie ist organisirt. Im ersten Fall natürlich ist sie beherrscht, im zweiten ist sie frei.»

Wir zitiren hier die ganze Stelle, obgleich wir auf die äusseren Beziehungen der «Gruppen» erst später zu sprechen kommen, aber um dem Leser zu zeigen, dass wirklich von «anarchistischer» Seite die Auffassung von der «vollkommensten Autonomie der Individuen und Gruppen» besteht, wie wir oben sie skizzirten.

Der theoretische Kernpunkt dieser Auffassung liegt in der Forderung der «vollkommensten Autonomie des Individuums» — auf ihm beruht theoretisch das ganze Gebäude der «Anarchie». Denn ist auch nur die geringste zwingende Verpflichtung gegenüber dem Individuum zugegeben, dann wird der Grund- und Eckpfeiler aus dem Gebäude gebrochen — es stürzt zusammen.

Wir werden zwar später sehen, dass dieser Kernpunkt selbst von den konsequentesten «Anarchisten» keineswegs logisch festgehalten wird; für jetzt aber wollen wir denselben einer kurzen Kritik unterziehen.

Die Forderung der «vollkommensten Autonomie des Individuums» erscheint im ersten Augenblick als die Konsequenz des menschlichen Freiheitsgedankens — als die weitgehendste kühnste Ausgestaltung desselben — als das Endergebniss menschlicher Entwicklung. Bei näherer Betrachtung stellt es sich heraus, dass diese Forderung nur eine Verirrung dieses Freiheitsgedankens ist — eine Utopie, hervorgegangen aus einer falschen Auffassung der Willensfreiheit des Menschen.

Wäre die höchste Freiheit des Menschen nur in seiner vollkommensten Autonomie zu suchen, dann wäre ohne Zweifel Robinson auf seiner Insel der freieste Mann, denn seine Autonomie ist absolut. Aber Robinson ist trotz Autonomie kein freier Mann, und er erfreut sich auch keineswegs des Glückes, das ihm Daniel de Foë in seinem berühmten Kinderbuche andichtet — nein, Robinson verthiert bei seiner Autonomie.

Wäre der Freiheitsbegriff der «Anarchisten» der richtige, dann wären die Papuas die freiesten Menschen, obgleich auch sie nicht die

« vollkommenste Autonomie des Individuums » haben. Wer aber will bei Völkerstämmen, die auf der tiefsten Stufe menschlicher Entwicklung stehen, von Freiheit reden!

Ist Freiheit gleichbedeutend mit äusserlicher Ungebundenheit, und erschöpft sich in dieser Formel ihr Begriff? O nein — wir sehen vielmehr, dass neben grösstmöglicher persönlicher Unabhängigkeit es nur ein grösstmögliches Quantum von Machtmitteln ist, das die Freiheit des Menschen zum höchstmöglichen Standpunkte erhebt.

Diese Machtmittel erlangt aber der Mensch nur in einer gesellschaftlichen Organisation. Diese Organisation kann aber vernünftiger Weise nur auf gegenseitiger Verpflichtung beruhen, also auf einem Verzicht auf die « vollkommenste » Autonomie. Und gerade dieser Verzicht auf Etwas, das überhaupt nur in Nirgendsheim zu treffen ist, verleiht dem Menschen ein höheres Mass von Freiheit und erhebt ihn um so höher über die untern Stufen des Kampfes um's Dasein, je inniger die gesellschaftliche Organisation, je fester der soziale Kontrakt ist.

Die « Anarchisten » bestreiten nun freilich die Nothwendigkeit der gesellschaftlichen Organisation nicht, aber sie wollen dieselbe als einen « freiwilligen Vertrag » aufgefasst wissen, zu dem der Bei- oder Austritt jedem Individuum freisteht. Wir werden sofort sehen, dass hier nur ein leeres Wortspiel vorliegt.

Erstens beruht jeder Vertrag, auch wenn er freiwillig eingegangen wird, auf gegenseitiger Verpflichtung — also auf einem Verzicht auf « vollkommenste » Autonomie — diese beschränkte sich also einzig auf das « Recht », dem Vertrage beizutreten oder nicht, oder auf das « Recht », wieder vom Vertrage zurückzutreten.

Dieses « Recht » ist aber gerade so illusorisch, wie die « Freiheit » des Lohnarbeiters in der kapitalistischen Produktionsweise — die Grenze dieses « Rechts » und jener « Freiheit », sowie des « freien Willens » überhaupt, ist durch den Hunger gezogen! Eine Existenz ausserhalb der Gesellschaft ist ohne vollständigen Verzicht auf menschliche Kultur, ja auf die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse nicht denkbar — denn selbst die indischen Fakirs und die « christlichen » Säulenheiligen und Eremiten lebten und leben von den Almosen der Gesellschaft — der Einzelne ist also zum Anschluss an den sozialen Kontrakt gezwungen — er kann seine « vollkommenste Autonomie » nur dann bethätigen, wenn er sich umbringt oder wenn er vom Raube lebt. Jedenfalls aber dürften diese beiden einzig möglichen Arten der Bethätigung der « vollkommensten Autonomie des Individuums » nicht als Grundlagen einer sozialistischen Gesellschafts-Organisation angesehen werden.

Betrachten wir aber die Frage noch von einer zweiten Seite. Es handelt sich beim modernen Sozialismus doch nicht darum, auf einem bis jetzt unbewohnten Fleck Erde eine neue Gesellschaft zu etabliren mit einer Art von Menschen, wie sie jetzt noch nicht existirt, gegenüber deren Autonomie-Bewusstsein der starke Unabhängigkeitstrieb des

amerikanischen Hinterwäldlers noch Servilismus wäre. Und selbst dann müsste, wie schon erwähnt, die « vollkommenste Autonomie des Individuums » in die Brüche gehen.

Der moderne Sozialismus hat vielmehr gerade in den dichtestbevölkerten Ländern eingesetzt und Boden gefasst — er ist erzeugt worden durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse, in diesen hat er seine Wurzeln, diese geben ihm seine Gestalt, und er selbst will die Entwicklung in einer Weise fortführen, die der Gesammtheit und also auch dem Einzelnen die grösstmögliche Summe von Macht und Herrschaft über die Natur und dadurch auch von Freiheit zugänglich macht und zugleich auch die Forderung nützlicher Arbeit nach seiner Kraft für Jeden zur Menschenpflicht, sowie die Gewährleistung von Lebensgenuss nach seinem Bedürfniss zum Menschenrecht erhebt.

Zu diesem Zweck ist es eine unumgängliche Vorbedingung, dass der Privatbetrieb in Produktion, Austausch und Verkehr übergehe in den Gemeinbetrieb, infolge dessen also auch das Privateigenthum an Grund und Boden und die übrigen Mittel für Produktion, Austausch und Verkehr übergehen in Gemeineigenthum.

Gewiss wird dabei durch eine viel kürzere nothwendige Arbeitszeit der Einzelne ein unendlich grösseres Mass von Bewegungsfreiheit erhalten, als dies heute, selbst durch Fabrikgesetze, dem Arbeiter geboten ist — er wird also ein viel freierer Mann, insofern als er einen beträchtlich grösseren Theil seines Lebens zu seiner vollständig freien Verfügung hat.

Um aber dieses Mass von Freiheit zu erhalten, wird eine vernünftige Ordnung nöthig sein, eine vernünftige Eintheilung der Funktionen. Je exakter die gesellschaftliche Maschinerie arbeitet, desto mehr Zeit wird überschüssig und zur freien Verfügung jedes Einzelnen, desto grösser also auch das Mass seiner Freiheit.

Man mag sich vorstellen, dass Produktion und Austausch beim Gemeinbetrieb in ähnlicher Weise organisirt sein werden, wie in einem Lande mit Staatseisenbahnen der Bahndienst oder der Postdienst, freilich mit dem Unterschiede, dass eine viel kürzere Arbeitszeit, viel öftere Ablösung stattzufinden hat und die Funktionen nicht so ungerecht verschieden abgeschätzt werden, wie heutzutage.

Wo hätte nun in einem solchen Organismus, in einer solchen sozialen Maschinerie ein « vollkommen autonomes Individuum » Platz? Bei jeder Funktion träfe es auf eine von den Gruppen vereinbarte Ordnung, der es sich unterziehen, oder sich der Arbeit enthalten müsste. Denn man wird wahrscheinlich der Autonomie des Einzelnen zu lieb nicht Maschinen heizen und laufen lassen, wenn die nothwendige gesellschaftliche Arbeitszeit der betreffenden Gruppe noch nicht begonnen hat oder schon vorüber ist. Man wird aber wahrscheinlich auch der « Autonomie » des Einzelnen zu lieb nicht auf die Vortheile des Grossbetriebs verzichten und sich die Verschwendung des Kleinbetriebs gefallen lassen. Und es versteht sich wohl von selbst, dass auch der Landbau dem planmässigen, wissenschaftlichen Grossbetrieb anheim-

fällt und man nicht beliebige Landparzellen zur Liebhaberei der «vollkommen Autonomen» unbenützt lässt.

Ist nun der «vollkommen Autonome» nicht gerade ein aussergewöhnlich genialer Mensch, der durch besondere Leistungen sich der Gesellschaft als nützlich erweist, so dass man ihm seine autonomen Schrullen nachsehen kann, wie man das wohl bei Künstlern und Denkern thut, — dann findet er in dem Arbeitsrahmen der sozialistischen Gesellschaft keinen Platz — es bleibt ihm nur noch übrig zu faullenzen, und es ist sehr zu bezweifeln, ob die Gesellschaft bereit ist, seine Bedürfnisse nach Wunsch zu befriedigen — sie dürfte ihn am Ende mit dem Fourier'schen «Minimum» abfinden, bis er sich besinnt, dass bei Interessenfragen die Vereinbarung ein zwingendes Prinzip ist.

Aus dem Gesagten wird hervorgehen, dass die Aufstellung von der «vollkommensten Autonomie des Individuums» absolut nicht als sozialistische gelten kann, dass sie eine Fortentwicklung der individualistischen Manchestertheorie der liberalen Freihandelsschule bis zum Absurdum — zum Unsinn ist, höchstens geeignet, die Gesellschaft in ihre Atome aufzulösen, wenn das möglich wäre; — vielmehr ist diese Aufstellung — wenn man den Unsinn überhaupt klassifiziren kann — das gerade Gegentheil vom Sozialismus.

* * *

Wir kommen nun zu den Gruppen, für welche die «Anarchisten» auch, wie wir gesehen, «vollkommenste Autonomie» fordern. Unter Gruppen sind freiwillige wirthschaftliche Vereinigungen für die verschiedenen Funktionen der Produktion verstanden.

Wenn wir das Wort «freiwillig» für die Zusammensetzung und innere Organisation der Gruppen vollständig annehmen, so soll damit gemeint sein, dass in einer künftigen socialen Organisation Jedem die Wahl der Berufe, die er ausüben will, freisteht, dass Jeder nach seiner Neigung den Arbeiten obliegen kann, zu denen er sich am meisten hingezogen fühlt, und dass Niemand — Nothfälle ausgenommen — zu Funktionen angehalten werden kann, die seinen Anlagen und seiner Neigung nicht entsprechen.*) Keineswegs aber kann von uns unter dem Wort «freiwillig» eine Zerstückelung der Produktion, ein Zurückgehen auf die Zwergwirthschaft vergangener Zeiten gemeint sein.

---

*) Uebrigens zeigt es sich bei Nothfällen in zivilisirten Ländern stets, dass es zur Hülfeleistung des Zwanges gar nicht bedarf. Bei Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen etc. eilt ja ein Jeder herbei, um zu helfen — aber auch bei Ernten, die wegen drohendem Unwetter beschleunigt werden müssen, hätte man stets genug Hände zur Verfügung, wäre nicht ein so grosser Theil der Arbeitskraft des Volkes durch einseitige gewerbliche Thätigkeit gebunden. Wenn man nun sieht, wie schon heute bei Nothfällen sich immer freiwillig Leute finden, die weder Gefahr noch Anstrengung fürchten, um Beistand leisten zu können selbst da, wo sie gar nicht interessirt sind, so ist auch anzunehmen, dass die künftige, solidarisirte Gesellschaft in Nothfällen nicht wird zu einem Zwangsmittel greifen müssen.

Die Vorstellungen von einer künftigen Organisation der Arbeit müssen jedenfalls auf einem noch vorgeschritteneren Standpunkte des Grossbetriebs stehen, als es der gegenwärtige ist. Und zwar nach zwei Seiten hin.

Erstens wegen der unendlichen Vortheile, die im Grossbetrieb und der Arbeitstheilung liegen, der grössten Produktion mit den relativ kleinsten Mitteln und der Ersparnisse an Arbeitszeit, die ja in einer vernünftigen socialen Ordnung dem ganzen arbeitenden Volke zu Gute kommen und nicht wie heute nur einer kleinen Zahl von Unternehmern.

Zweitens aber der Planmässigkeit der Produktion halber, d. h. ihrer Regelung nach der Statistik der Bedürfnisse und der nöthigen Vorräthe, denn gerade der schwerste Vorwurf, der der heutigen Produktionsweise gemacht werden muss, ist ihre Planlosigkeit, ihre grenzenlose Verschleuderung von Werthen und Arbeitskräften im ungezügelten Konkurrenzkampfe und im Lotteriespiel der Spekulation, das sogar die unentbehrlichsten Nahrungsmittel des Menschen des «Profits» wegen durch profitablere Spekulationsobjekte verdrängt (Hungersnoth in Ostindien infolge übertriebener Baumwollenkultur), oder, um die Preise hoch zu halten, in den Magazinen zu Grunde gehen lässt.

Die Sozialökonomie der künftigen Gesellschaft muss die Arbeit nach diesen zwei Richtungen des grösstmöglichen Vortheils und der Planmässigkeit im Grossbetriebe organisiren, wenn die Gesellschaft dem socialistischen Zweck entsprechen, die ersehntesten Wünsche befriedigen soll, allen ihren Gliedern ein gesichertes Dasein zu garantiren, d. h. also, sie dem Kampf mit dem Elend vollständig zu entheben und ihnen dazu noch genügend freie Zeit und Gelegenheit zu einer harmonischen Entfaltung aller ihrer, besonders der geistigen, Anlagen und Neigungen und zu deren Befriedigung zu verschaffen.

Bei einer solchen Regelung der Arbeit nach den Anordnungen der Technik und der Statistik kann von einer «vollkommensten Autonomie der Gruppen» nicht die Rede sein. — Die Autonomie ist begrenzt durch die gesellschaftliche Nothwendigkeit.

Wir wollen nicht missverstanden sein und denken nicht im Entferntesten an eine Organisation der Arbeit «von oben herab», durch irgend ein Zentraldirektorium, welches einfach kommandirt nach seinem Ermessen. Keineswegs! Die Organisation der Arbeit kann sich natürlich in einer vernünftigen Gesellschaft nur auf demokratischer Grundlage vollziehen, und der Verstand, die Einsicht und Erfahrung jedes Einzelnen soll daran mitarbeiten und zu möglichster Geltung gelangen.

Der Hauptvortheil der künftigen Arbeitsorganisation muss gerade darin liegen, dass sie alle produktiven Kräfte und Anlagen mobil macht und jeder einzelnen nach ihrer Fähigkeit und Einsicht volle Geltung auf die Regelung des Ganzen erringen lässt. Der Einzelne ist keineswegs Arbeitsmaschine, sondern er ist gleichberechtigter Genosse, der in seinen Gruppen über die Eintheilung der Arbeit und das Arbeits-

büdget mit seinen Arbeitskameraden beräth und mit beschliesst, Verbesserungen in Anregung bringt etc., und das nicht nur gelegentlich auf Vorlage einer Oberleitung, sondern in regelmässigen periodischen Versammlungen. Da wo Fachfragen vorliegen, entscheiden selbstverständlich die Fachgenossen.

Ist aber ein solcher Entscheid über Arbeitsbüdget, -Eintheilung etc. mit Mehrheit erfolgt, dann kann sich die Autonomie der einzelnen Gruppen nur noch auf ihre innern Fragen beziehen, aber nicht auf den gesammten Arbeitsplan. Diesem müssen sich dieselben unterordnen, Traf die entscheidende Majorität einmal nicht das Richtige, dann wird die Erfahrung sprechen und den etwaigen besseren Vorschlägen der Minorität das nächste Mal ein um so geneigteres Ohr verschaffen — jedenfalls viel eher, als wenn die Minorität, missleitet durch eine falsche Anschauung von ihrer «Autonomie», gegen den Arbeitsplan rebellirt und dadurch seine Ausführung durchkreuzt. Man wird um so eher fehlerhafte Beschlüsse korrigiren, als die Gruppe ja auch der Gesammtheit gegenüber für die Ausführung ihrer Arbeitsleistungen gewissermassen die Verantwortlichkeit haben muss.

* * *

Es ist uns bis jetzt in der «anarchistischen» Literatur noch nichts begegnet, das den so streitigen Punkt der «vollkommensten Autonomie der Gruppen» wirklich eingehend behandelt. Vergeblich sucht man eine logische Durchführung dieser Aufstellung. Hören wir einmal, was einer der tüchtigsten und eifrigsten Wortführer der «Anarchisten», James Guillaume, in seinem Schriftchen: «Vorstellungen über die gesellschaftliche Einrichtung» *) über die Organisation der Gruppen (pag. 47 u. ff.) sagt:

> «Es existiren schon im Schoosse der heutigen Gesellschaft Organisationen, welche in einer Genossenschaft alle (?) Arbeiter eines Berufes umfassen: eine solche ist z. B. der Typographenbund. Aber diese Organisationen sind nur ein sehr unvollständiges Bild dessen, was in der künftigen Gesellschaft der Berufsverband (la fédération coopérative) sein soll. Dieser wird aus allen Arbeitergruppen, welche demselben Arbeitszweige angehören, bestehen; dieselben vereinigen sich nicht mehr, um ihre Löhne gegen die Raubsucht der Meister zu schützen, sondern in erster Linie, um sich gegenseitig den Gebrauch der Arbeitsinstrumente, die im Besitz jeder der Gruppen sind, und welche durch einen Gegenseitigkeits-Vertrag zum Kollektiveigenthum des ganzen Berufsverbandes werden, zu gewährleisten; ausserdem gestattet der Gruppenverband (la fédération des groupes) den Gruppen unter sich die Ausübung einer beständigen Kontrole über die Produktion und folglich auch die

*) Idées sur l'organisation sociale par James Guillaume, membre de l'Internationale. Chaux-de-fonds. Imprimerie Courvoisier 1876.

Regelung der grösseren oder geringeren Kraft (intensité) derselben, je nach dem Verhältniss der Bedürfnisse, welche sich in der Gesellschaft überhaupt äussern.

« Die Verfassung des Verbandes wird sich in einer ungemein einfachen Art machen. Vom Tage nach der Revolution an werden die Arbeitergruppen der gleichen Industrie das Bedürfniss haben, sich gegenseitig von Stadt zu Stadt Delegirte zu schicken, um Auskunft zu erhalten und sich zu verständigen. Aus diesen Einzelkonferenzen wird sich die Einberufung eines allgemeinen Kongresses von Delegirten der Berufsgruppen nach irgend einem Zentralpunkt ergeben. Dieser Kongress wird die Grundlagen eines Bundesvertrages (contrat fédératif) aufstellen, der schliesslich der Genehmigung aller Gruppen des Verbandes unterbreitet wird. Ein ständiges Büreau, gewählt vom Bundeskongress und demselben verantwortlich, wird bestimmt werden, als Vermittler zwischen den Verbandsgruppen, sowie zwischen dem Verband und andern Berufsverbänden zu dienen.

« Sind einmal alle Arbeitszweige, inbegriffen die der Landwirthschaft, derart organisirt, dann bedeckt ein immenses Netz von Verbänden, umfassend alle Produzenten und folglich auch alle Konsumenten, das Land, und die Statistik der Produktion und Konsumtion, zentralisirt durch die Büreaus der verschiedenen Berufsverbände, gestattet nun auf rationelle Weise, die Stunden des normalen Arbeitstages festzusetzen, ferner den Kostenpreis der Produkte und ihren Tauschwerth (valeur d'échange!), ebenso die Masse, in welcher die Produkte erzeugt werden sollen, um den Bedürfnissen der Konsumtion zu genügen. »

Das ist Alles ganz recht, und wir wollen einmal zugeben, dass sich die Sache so machen wird. Wo aber, fragen wir, bleibt da die « vollkommenste Autonomie der Gruppen »? Denn wenn eine Mehrzahl der Gruppen, pochend auf ihre « Autonomie », dieser Organisation nicht beitritt, dann haben sie zwar « anarchistisch » ganz Recht, aber die von Guillaume vorausgeplante Organisation fällt ins Wasser, die soziale Maschinerie klappt nicht — bis der ökonomische Zwang sie in's Klappen bringt. Bleiben nur einzelne Gruppen « autonomiebewusst » von der Organisation weg, so kommt wieder der ökonomische Zwang (die Hungerpeitsche) und treibt sie hinein. Item, so oder so, die Organisation macht sich schliesslich, aber die « vollkommenste Autonomie der Gruppen » ist dabei geradeso eine Utopie, wie die des Individuums.

Denn von « vollkommenster Autonomie » kann man doch nicht sprechen, wenn ein Bundesvertrag vorhanden ist, der ja gar kein Vertrag sein könnte, wenn er nicht Verpflichtungen enthielte. Und wenn gemäss diesem Vertrage die Arbeitsmittel Verbandseigenthum sind (was wenigstens relativ vernünftiger ist, als wenn sie nur Gruppeneigenthum wären, vernünftigerweise können sie nur Eigenthum der ganzen Gesellschaft sein), und wenn

nach zentralisirter Statistik Arbeitszeit, Kostenpreis und Tauschwerth der Produkte festgesetzt wird, dann — nun ja dann ist doch wohl die «vollkommenste Autonomie der Gruppen» eine hohle Redensart, die vor der Logik nicht bestehen kann und daher bei Seite geworfen werden sollte, anstatt zum Schiboleth (Losungswort) einer Parteibildung zu dienen, die der sozialen Befreiung nichts nützen, unklare Geister aber nur verwirren und dadurch viel Schaden anrichten kann.

Gegenüber einer Gruppenidee, wie sie Guillaume in der zitirten Stelle seines Schriftchens aufstellt, kann vom socialdemokratischen Standpunkte im grossen Ganzen kaum viel eingewendet werden; der ganze Unterschied liegt nur darin, dass Guillaume «Vertrag» sagt und dagegen sich wehrt, dass das gleiche Ding nichts weiter als ein demokratisch-socialistisches Gesetz sei; dass er von «Anarchie» spricht, während in der zitirten Stelle auch nicht eine Spur von «Anarchie» zu finden ist.

Damit wollen wir vorläufig von den «vollkommenst autonomen Gruppen» schliessen; es wird sich in weiteren Punkten, die noch zu verhandeln sind, zeigen, dass diese Aufstellung — soweit sie einen Gegensatz zur socialdemokratischen Anschauung bilden soll — durchaus nichts weiter als eine utopistische Grille ist, mit der man Staat machen will, um als recht «radikal» und «weitgehend» zu erscheinen, während man es doch in der That keineswegs ist.

* * *

Wir kommen nun zu einem Punkte, wo sich innerhalb der «anarchistischen» Partei zwei Strömungen bemerklich machen. Die eine Strömung, als deren Repräsentant Paul Brousse bezeichnet werden kann, will von einer territorialen Integral-Association, d. h. einer Organisation aller Bewohner eines bestimmten Flecks Erde, etwa zu einer Gemeinde, nichts wissen, weil sie wohl fühlt, dass eine solche Organisation nicht nur eine wirthschaftliche, sondern auch eine politische Einheit bildet, einen kleinen Staat, den man natürlich als «Anarchist» nicht zugeben darf. Die andere Richtung, zu der auch James Guillaume nach seinem schon erwähnten Schriftchen gerechnet werden muss, ist nicht so skrupulös und anerkennt ohne Weiteres die Nothwendigkeit der Gemeinde (Commune), die von Guillaume definirt wird als der Lokal-Verband der Arbeiter-Gruppen (la fédération locale des groupes de producteurs).

Der Unterschied zwischen diesen beiden Richtungen ist — auch wenn es bisher noch zu keiner Auseinandersetzung zwischen denselben gekommen ist — von prinzipieller Bedeutung, denn gerade der territoriale Charakter ist, wie wir später noch zeigen werden, der entscheidende beim Staatsbegriff. Nur eine nach andern Richtungen geschlossene Gesellschafts-Organisation — die allerdings ohne territoriale Zusammengehörigkeit undenkbar ist — könnte nicht als Staat bezeichnet

werden. Wir werden freilich sehen, dass schliesslich auch die den Staat bekämpfende Richtung vom Territorium nicht loskommt.

Die erste, gewissermassen konsequenter «anarchistische» Richtung zielt einzig und allein auf das «Walten der freien Gruppenformation» ab, sie negirt, wie wir in dem Zitat aus der «Arbeiter-Zeitung» gesehen haben, des Bestimmtesten die Gemeinde.

Damit wäre der Grundsatz aufgestellt, dass das menschliche Assoziationsinteresse in der speziell beruflichen Organisation erschöpft sei, dass es genüge, wenn nur Jeder bei seiner Berufsgruppe sei, um seine Ansprüche an die Gesellschaft voll und ganz zu befriedigen.

Der Gedanke ist wahrhaft ungeheuerlich, dass eine Anzahl von Lebewesen, die der gleichen Gattung Mensch angehören, die auf dem gleichen Fleck Erde wohnen, den gleichen Einflüssen der Erde, auf der, des Wassers, an dem, und der Luft, in der sie leben, unterworfen sind, dass diese Menschen gar kein Band der Solidarität mit einander verbinden soll, sondern dass diese Menschen nur als Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Maurer, Buchdrucker etc. mit einander in Beziehungen treten sollen. Als ob sie durch die «Anpassung» an ihre Berufe so «differenzirt» wären, dass keine höhere Gemeinschaft möglich wäre! Der Gedanke ist wirklich ungeheuerlich, aber — er liegt vor, wir haben es in dem Zitat von Brousse gesehen.

Da kommt einem unwillkürlich zuerst die Frage in den Sinn: Ja, was soll denn mit den k l e i n e n K i n d e r n? Ist vielleicht bei diesen armen Geschöpfen durch «Vererbung» die «Differenzirung» so ausgeprägt, dass sie, sobald sie der Mutterbrust entwachsen sind, gleich den Gruppen zugetheilt werden müssen? Und ist denn die Pflege und Erziehung der Kinder überhaupt etwas speziell Berufsgruppliges — oder ist sie am Ende etwas allgemein Menschliches, das die ganze Gesellschaft angeht?

Ferner: Ist das Essen, Trinken, Wohnen etc. etwas speziell der Berufsgruppe Anhängendes, das z. B. beim Maurer sich ganz anders äussert, wie beim Schuster, oder ist es etwas allgemein Menschliches? Besorgt jede Gruppe der lieben Autonomie wegen für sich ihren Gliedern Wohnungen, Strassen, Wasser- und Gasleitungen, Badanstalten, Abfuhr der Abfallstoffe etc. etc.? Schafft jede Gruppe für sich die Leichen ihrer verstorbenen Glieder weg? Die Fragen liessen sich in's Unendliche ausdehnen — sie laufen aber wesentlich in die eine zusammen: Gruppirt sich der lieben Autonomie willen jede Gruppe für sich auf einem Flecken Land, denselben extra für sich in Beschlag nehmend, — den günstigen Platz für die Gruppe, die zuerst kommt?

Man sieht, wir beschränken uns auf Fragen, die nur das l o k a l e Gebiet betreffen, weil es sich jetzt auch nur um dieses handelt.

Auf diese Fragen gibt B r o u s s e zwei Andeutungen, aus denen man sich eine Antwort konstruiren kann. Die eine klingt sehr konsequent «anarchistisch» und ist in dem mehrerwähnten Zitat aus der «Arb.-Ztg.» zu finden; sie lautet: Für jedes Interesse wird eine Gruppe gebildet.

Gut, es bildet sich also für das Interesse der Nahrungsmittel-Zu-

fuhr eine Gruppe Derjenigen, welche dieses Interesse empfinden, der Beitritt ist selbstverständlich vollständig freistehend — Niemand hat das Recht, diejenigen zum Beitritt zu zwingen, welche dieses Nahrungsmittel-Interesse nicht haben — auch steht Jedem zur Wahrung seiner Autonomie der Austritt jederzeit frei — — — !!

Ja wie? Giebt es auch Menschen von Fleisch und Blut, die das Interesse der Nahrungsmittel-Zufuhr nicht empfinden, und die um ihrer Autonomie willen sich unter keinen Umständen zum Beitritt in diese Gruppe zwingen liessen? Wir meinen, auch der rabiateste «Anarchist» wird es nicht erst auf einen «autoritären» Zwang durch Gensdarmen ankommen lassen, ehe er sich der Gruppe für Zufuhr der Nahrungsmittel anschliesst, denn seine Autonomie wird durch den Magen beschränkt, durch einen Tyrannen, der absolut herrscht.

Die Gruppe für Zufuhr der Nahrungsmittel wird also ohne Zweifel komplet sein, d. h. sie wird alle auf dem gleichen Fleck Erde Lebenden umfassen. Und die Gruppen für Wohnungen, Strassen, Wasser- und Gasleitungen, Badanstalten, Kanalisation, Beerdigung, Sicherheit, Erziehung, Pflege der Kinder, Kranken und Greise — alle diese Gruppen, sofern wir von kultivirten Menschen sprechen, werden merkwürdigerweise aus ganz denselben Menschen bestehen, wie die Gruppe für Zufuhr der Nahrungsmittel!

Das «Anarchistische» dabei ist nur, dass sich diese stets aus denselben Leuten bestehenden Gruppen nicht «Gemeinde» nennen dürfen, sondern, zur Wahrung der heiligen Autonomie jedesmal, wenn sie über etwas Anderes verhandeln, sich einen andern Namen geben müssen, einen andern Leiter der Verhandlungen wählen und einen andern Schriftführer, der jedesmal ein anderes Protokollbuch zum Einschreiben der verhandelten Gegenstände nimmt.

Die höhere «freiwillige» Einheit wird dann etwa dadurch besiegelt, dass z. B. die Gruppe für Besorgung von Wohnungen der, aus denselben Gliedern bestehenden, Gruppe für Zufuhr von Nahrungsmitteln die «brüderliche» Erklärung gibt, dass sie auch für die Erstellung der nöthigen Magazine sorgen werde, und — dass aus Freude über diese Verständigung beschlossen wird, beide Gruppen sollen miteinander ein Verbrüderungsfest feiern — — —.

Wir sind ironisch geworden, aber wer, fragen wir, mag bei Zergliederung solchen — Unsinns sein Gesicht in ernste Falten ziehen, ohne dass ihn der Lachreiz übermannt? Aber kehren wir wieder zum Ernst zurück.

Die zweite Andeutung zu einer Antwort, die Brousse auf die vorhin aufgeworfenen Fragen gibt, ist zwar nicht so konsequent «anarchistisch» wie die erste, dafür aber ist sie um so praktischer. In einem ebenfalls in Nr. 14 der «Arb.-Ztg.» erschienenen Artikel, «Ueber die Organisation des Kollektiv-Eigenthums in der zukünftigen Gesellschaft», gibt er zu, dass ein «Verwaltungskomité der konsumirenden Gruppen» existiren darf; er gibt also zu: erstens, dass man ein (doch wohl gewähltes!) Verwaltungskomité haben darf, und zweitens, dass die Konsumtions (Verbrauchs)-Interessen generali-

sirt und zentralisirt werden dürfen; Brousse giebt also hier genau alles Das zu, was er in dem ersterwähnten Zitat als «Bildung eines Staates» verwarf. Denn jedenfalls ist das Konsumtions-Interesse ein für alle Glieder der Gemeinschaft absolut zwingendes und der grosse Streit zwischen «Anarchisten» und Sozialdemokraten liefe schliesslich auf die «sehr wichtige» Frage hinaus, ob man die gleiche Sache «Verwaltungskomité der konsumirenden Gruppen» oder aus purer Zeitersparniss «Gemeinde-Ausschuss» nennen wolle, und ob es nicht den «Anarchisten» freistehen solle, sich den sozialdemokratischen Gesellschaftsstaat durch den «Glauben» an die «vollkommenste Autonomie der Individuen und Gruppen» zu versüssen.

Doch — wir sind noch nicht fertig.

* * *

Die zweite Richtung unter den «Anarchisten» erkennt, wie wir schon sagten, ohne Weiteres die Gemeinde an, als territoriale Einheit der gesellschaftlichen Organisation. Wir werden aber bei näherer Betrachtung auch sehen, dass der Hauptvertreter dieser Richtung, Guillaume, sobald er auf eine praktische Darstellung seiner Vorstellungen von der Gemeinde übergeht, dieser Gemeinde im grossen Ganzen so ziemlich dieselben Attribute zutheilt, wie sie etwa auch der demokratisch-socialistischen Staatseinheit, der Gemeinde, nach sozialdemokratischer Anschauung zukommen.

Guillaume bezeichnet die Gemeinde, wie wir schon erwähnten, als den Lokalverband der Arbeiter-Gruppen; wir werden nun sehen, dass diese Definition nach den von Guillaume selbst gegebenen näheren Ausführungen nicht mehr zutrifft. Betrachten wir die Sache etwas näher; auf Seite 21 u. ff. lesen wir:

> «Dieser Lokalverband oder die Gemeinde wird gebildet, um gewisse Dienste zu versehen, welche nicht der ausschliessliche Wirkungskreis (domaine exclusif) dieser oder jener Berufsgruppe sind, und welche im Interesse Aller liegen, deshalb auch öffentliche Dienste (services publics) genannt werden....
>
> «Dieselben können in folgender Aufzählung zusammengefasst werden:
>
> «1. Oeffentliche Arbeiten. Bau und Unterhalt der Wohnhäuser und aller Gebäude, Bau und Unterhalt der Wege und Strassen, Beleuchtung der Strassen und Häuser.»

Guillaume hat hierbei städtische Gemeinden im Auge. In diesen sind alle Häuser Eigenthum der Gemeinde, die neuen Häuser werden auch auf Kosten Aller gebaut; die alten, schlechten werden nach und nach durch neue Paläste ersetzt. — Auf den Dörfern mag es den Bauern freistehen, ihre meist nur auf eine Familie berechneten Häuser als Privateigenthum zu behalten, oder dieselben der Gemeinde als Kollektiveigenthum zu übergeben.

«2. Austausch. Errichtung eines Austausch-Comptoirs, welches die Aufgabe hat, die Arbeitsprodukte der verschiedenen Arbeitergruppen entgegen zu nehmen und sie nach auswärts abgehen zu lassen und ebenso von aussen andere Produkte, die zur Vertheilung an die Konsumenten der Gemeinde bestimmt sind, entgegen zu nehmen.»

Dabei hat Guillaume die Meinung, dass für die erste Zeit jeder Produzent und auch die im öffentlichen Dienste Stehenden nach einem vorher bestimmten Tarif mit Austausch-Scheinen (bons d'échange) bezahlt werden und dafür in den Verkaufslokalen (bazars) der Gemeinde ihre Bedürfnisse beziehen können. Der Austausch von Gemeinde zu Gemeinde vollzieht sich ebenfalls gegen Austausch-Scheine. Später, meint Guillaume, wird und zwar zuerst in Bezug auf die Gegenstände, welche für Alle die nöthigsten sind, die einfache Vertheilung der Verbrauchsgegenstände eintreten. (Guillaume huldigt in dem Schriftchen, dem wir diese Aufstellung entnehmen, der kommunistischen Formel für Arbeit und Verbrauch: «Jeder arbeitet nach seinen Kräften und empfängt nach seinen Bedürfnissen» [de chacun suivant ses forces, à chacun suivant ses besoins], deren Prinzip sich die künftige Gesellschaft soviel als möglich annähern müsse.)

«3. Lebensmittel-Versorgung. Organisation und Vertheilung der nöthigsten Lebensmittel als öffentlicher Dienst; es betrifft das die Bäckerei, Metzgerei und verschiedene andere Zweige der Lebensmittel-Produktion.»

Die Lebensmittel-Versorgung ist also Gemeindesache, und sie umfasst als öffentlichen Dienst auch diejenigen Funktionen, welche von Guillaume als nicht eigentlich produktiv (erzeugend) angenommen werden. Daher errichtet die Gemeinde: Gemeindemühlen, Gemeindebäckereien, Gemeinde-Schlachthäuser und -Fleischhallen und Gemeinde-Weinkeller. Natürlich können auch mehrere Gemeinden eine Mühle haben. — Bei der Lebensmittel-Versorgung wird jedenfalls zuerst an Stelle des Austausches die einfache Vertheilung treten.

«4. Statistik. Statistisches Büreau zur Ermittelung der lokalen Produktion und Konsumtion, sowie der Einwohnerzahl und zur Führung der Register über Geburten, Todesfälle etc.»

Die Eheschliessungen gehören nicht in die öffentlichen Register, «denn in einer freien Gesellschaft, sagt Guillaume, ist die freiwillige Vereinigung von Mann und Weib kein öffentlicher, sondern ein reiner Privatakt, der keiner öffentlichen Bekräftigung bedarf.» In das Gebiet der Statistik gehören auch die Erhebungen über Krankheiten, die Beobachtungen der meteorologischen (Wetter-)Erscheinungen und aller regelmässig auftretenden Vorkommnisse.

«5. Gesundheitspflege. Dieser Dienst begreift in sich die Wasserversorgung, die Abfuhr der Auswurfstoffe, die Reinigung der Strassen, die Schlachthäuser, die öffentlichen Waschanstalten und Bäder, den ärztlichen Dienst, die Leichenbestattung.»

Die Aerzte sind nicht mehr Privatindustrielle, die den grösstmöglichen Profit von ihren Kranken suchen — sie sind Gemeinde-Angestellte. Sie haben mit der Gesundheits-Kommission über die öffentliche Reinlichkeit etc. zu wachen und ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, dass die Krankheitsursachen beseitigt werden, da es viel wichtiger ist, Krankheiten zu verhüten, als sie zu «kuriren».

«6. Sicherheit. Sicherheit der Personen und Gebäude, (Organisation gegen Feuersbrünste, Ueberschwemmungen etc.)»

Diebstahl und Räuberei, sagt Guillaume in seiner Erörterung, werden in einer Gesellschaft, wo bei mässiger Arbeit Jeder in voller Freiheit leben und die genügende Befriedigung seiner Bedürfnisse finden kann, sehr wahrscheinlich kaum mehr anzutreffen sein. Das steigende materielle Wohlsein und die durch wahrhaft menschliche Erziehung bewirkte geistige und moralische Entwicklung werden auch die Verbrechen seltener machen, die eine Folge von Ausschweifung, Zorn, Rohheit oder andern Lastern sind. Immerhin wird ein Sicherheitsdienst, so zu sagen eine Gemeindepolizei, nicht unnütz sein. Dieser Dienst wird aber nicht einem Spezialkorps anheim zu geben sein, sondern alle Einwohner werden abwechselungsweise denselben ausüben und jeweilen die verschiedenen Sicherheitsposten der Gemeinde beziehen.

Zur Hülfe bei Feuersgefahr etc. wird eine Feuerwehr organisirt, und ein umfassendes System der Versicherung einigt Korporationen und Gemeinden zu gegenseitiger Hülfeleistung bei Unfällen, Feuersbrünsten, Hagelschlag, Viehseuchen, Dürre etc.

Die Verbrecher, welche der Gesellschaft gefährlich sind, mögen wohl zum Schutz der Gesellschaft zeitweise ihrer Freiheit beraubt werden, doch sollte man sie mehr als Kranke und Irre betrachten, behandeln und beobachten. Die Frage des Verbrechens verliert überhaupt unter einer bessern Gesellschafts-Organisation ihre sociale Wichtigkeit und wird zu einem Kapitel der medizinischen Philosophie.

Streitigkeiten zwischen Personen, oder Assoziationen, oder Gemeinden können durch Schiedsrichter, gewählt von den Parteien, entschieden werden, wie das ja heute schon in vielen Fällen geschieht.

«7. Erziehung. Unterhalt, Erziehung und vollständiger Unterricht der Jugend beider Geschlechter.»

Die Kinder gelten heute als Eigenthum ihrer Eltern, — sie sollten aber Niemandes Eigenthum sein, sondern, wie Guillaume bemerkt, sich selbst angehören. So lange sie aber noch schwach und hülflos sind, soll die Gemeinde, welche die Gesellschaft repräsentirt («la société est représentée par la Commune»), ihnen Unterhalt gewähren, sie beschützen und ihnen eine freie Entwicklung gewährleisten. Die Frage, bis zu welchem Alter die Kinder den Händen ihrer Mütter zu überlassen seien, mag den Gemeinden anheimgestellt bleiben.

Der Unterricht soll ein vollständiger sein und alle Fähigkeiten des Körpers und Geistes entwickeln. Im Alter von fünf bis zwölf Jahren wird es sich hauptsächlich darum handeln, die körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln, den Körper zu kräftigen und die Sinne zu

üben, — von zwölf bis sechszehn Jahren mag die Jugend in die verschiedenen Zweige des menschlichen Wissens eingeführt werden und zugleich die Ausübung eines oder mehrerer Arbeitszweige erlernen.

Uebrigens sind die Kinder in ihren Zusammenkünften selbstständig zu lassen, sie mögen sich selbst organisiren für ihre Spiele, ihre Spiel- und Arbeitsführer, sowie ihre Schiedsrichter wählen etc. Der Unterricht soll von freien Diskussionen begleitet sein. Der Lehrer betrachte sich als Freund und nicht als Zuchtmeister und Tyrann über die Kinder.

Wer wollte aber behaupten, dass durch die gemeinschaftliche Erziehung die Familie zerstört würde? Gewiss, bemerkt Guillaume, können die Eltern auch noch ihren Einfluss auf die Kinder ausüben, aber sie werden es nicht mehr ausschliesslich thun. Gewiss werden Eltern und Kinder sich gegenseitig lieben und achten, aber sie werden neben den gewissermassen ausschliessenden Gefühlen der engeren Familien-Angehörigkeit in sich die höhere und edlere Liebe zur ganzen grossen, menschlichen Familie aufnehmen.

«8. Oeffentliche Unterstützung. Unterhalt der Invaliden, Gebrechlichen, Greise und Kranken.»

Die Gesellschaft erfüllt damit nicht ein Werk der Barmherzigkeit, sondern eine Pflicht der Solidarität. Da wo die Kraft der einzelnen Gemeinden nicht ausreicht, muss eben der Verband der Gemeinden (la Fédération des Communes) aushelfen. Sowie die Jugend das Recht auf Erziehung hat, so das Alter und die Krankheit das Recht auf Pflege und Ruhe, und gerade um sich gegenseitig diese Rechte zu gewährleisten, haben sich die Menschen soziale Einrichtungen gegeben und sind vereint durch die Bande einer innigen Solidarität.

* * *

Soweit die Aufstellungen Guillaume's über die Gemeinde. Die Erklärungen zu den acht Punkten des öffentlichen Dienstes sind nur auszugsweise wiedergegeben.

Es liegt nicht im Rahmen dieses Artikels, die Mängel dieser Aufstellungen darzulegen und in eine gewissermassen utopistische Debatte darüber einzutreten, obgleich das ziemlich nahe läge. Offenbar waltete bei Guillaume das Bestreben vor, sich nicht zu weit von den bestehenden Auffassungen über die Gemeinde zu entfernen und zwar aus Propaganda-Rücksichten. Es handelte sich ja auch wohl nur darum, ein Bild davon zu geben, was man «am Morgen nach einer Revolution» machen könne.

Als ein sozialistisches Zukunftsbild wäre jedenfalls das Vorstehende sehr bescheiden, — um nur einige Bemerkungen zu machen, lassen z. B. diese Aufstellungen die Gegensätze zwischen Stadt und Land, gewerblicher und Feldarbeit, geistiger und körperlicher Arbeit ganz unberührt, während es eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialismus ist, diese Gegensätze durch Arbeitstheilung und Abwechselung und

überhaupt durch eine andere Organisation der Arbeit zu beseitigen und mit ihnen die einseitige Entwicklung der Menschen.

Sodann lassen die Guillaume'schen Organisations-Vorstellungen die ganze Einzelwirthschaft in der Konsumtion bestehen, sie vergessen die gemeinsamen Küchen und Speiseanstalten. Es haben zwar manche Socialisten über die « kommunalen Kochtöpfe » sich lustig gemacht, und doch sind dieselben das einzige Mittel, um die Haussklaverei des Weibes zu brechen, — sie sind auch wegen des kollossalen Vortheils einer grossen Ersparniss von Arbeitskraft und -Zeit, Brennmaterial, Raum (nicht für jede Familie eine besondere Küche) gerade so eine ökonomische Nothwendigkeit, wie die Grossindustrie — ; die gemeinsamen Küchen werden ferner allein den Anforderungen der Hygieine in einem ihrer wichtigsten Gebiete entsprechen, denn der Arzt soll aus der Apotheke heraus und in die Küche, wo gegenwärtig der unwissendste Theil der Menschheit über Gesundheit oder Krankheit entscheidet —, und die gemeinsamen Küchen können allein dem Einzelnen eine Mannigfaltigkeit in der Auswahl von Speisen bieten, wie es die Einzelwirthschaft nie vermag*).

Ferner sind die Ausführungen über Erziehung und Unterricht der Kinder äusserst mangelhaft und erheben sich kaum über die Kindergärten. Wer den Thätigkeitstrieb der Kinder einigermassen kennt, wird von ihm aus schliessen können, dass gerade die Entwicklung der Arbeitsthätigkeit die beste Grundlage zu jeder weiteren körperlichen und geistigen, professionellen und wissenschaftlichen Ausbildung ist.

Wir müssen uns auf diese wenigen Bemerkungen beschränken und können nur bemerken, dass die Guillaume'sche Gemeinde weit zurück bleibt hinter dem Bilde einer integralen, vollständigen, Alles umfassenden Assoziation, wie es von Fourier und Owen so genial entworfen wurde.

Doch nun zurück zu unserm Hauptthema.

Man wird finden, dass die Definition der Gemeinde als « Lokal-Verband der Arbeiter-Gruppen » durchaus ungenügend ist, denn die Gemeinde, deren Bild Guillaume in weiten Zügen entwirft, ist ein viel innigerer Verband aller ihrer Glieder, als es ein blosser Lokal-Verband von selbstständigen Gruppen wäre.

Nehmen wir die Reihenfolge der öffentlichen Dienstleistungen durch, so kommen wir zu folgenden Resultaten: Selbst nach den Aufstellungen Guillaume's stehen im unmittelbaren Dienst der Gemeinde folgende Arbeiter-Abtheilungen: die Bauarbeiter aller Branchen, Techniker inbegriffen, die Strassenarbeiter, die Arbeiter des Beleuchtungswesens, sämmtliche Arbeiter des Rechnungs- und Verkehrswesens, die Buchhalter und Verkäufer, wie die Magaziniers, Auflader, Fuhrleute,

---

*) Die vom Besuch der Pariser Weltausstellung Zurückkehrenden sind ganz entzückt über die billige und doch dabei abwechslungsweise Art zu speisen, die in den grossen Pariser Restaurants geboten wird. Es lässt sich auch im Grossen viel schmackhafter kochen.

das ganze Strassenbahnpersonal, alle Müller, Bäcker, Metzger, Küfer, das statistische Personal, das Reinigungs- und Abfuhrpersonal, die Wäscher, Bademeister, Aerzte, Krankenpfleger und Leichenbesorger, die Kinderwärter, Erzieher, Fachlehrer etc.

Welch grosser Bruchtheil der Bevölkerung einer Stadt ist in diesen Branchen schon repräsentirt!

Aber die übrigen Arbeiter-Abtheilungen sind auch nach den Aufstellungen Guillaume's nur in sehr beschränktem Masse selbstständig, denn sie empfangen vom Austausch-Comptoir die zu verarbeitenden Rohstoffe und liefern die fertigen Arbeiten wieder ab, — von «vollkommenster Autonomie» oder «Anarchie» gar keine Spur.

Es unterscheidet sich also die Gemeinde nach der Vorstellung Guillaume's, abgesehen von ihrer socialistischen Mangelhaftigkeit, gar nicht von der Gemeinde, wie sie sich ein Sozialdemokrat vorstellt, sie ist die demokratisch-socialistische Staatseinheit — ein kleiner Staat.

Demokratisch — nun ja, denn es wird in dieser Gemeinde doch wohl die Mehrheit der Bewohner entscheiden, welche Kommissionen den verschiedenen Zweigen des öffentlichen Dienstes vorstehen sollen, oder wie und wo sie die Häuser gebaut haben will (das geschieht bei öffentlichen Gebäuden heute schon in den Schweizer Gemeinden), nach welchem Tarif die Angestellten bezahlt werden sollen, was überhaupt für Einrichtungen im öffentlichen Dienst getroffen werden sollen etc. etc.

«Wer zahlt, der befiehlt,» lautet ein altes, freilich unter den heutigen Verhältnissen nicht überall zur Wahrheit erbrachtes Sprüchwort. Die Gesammtbevölkerung aber muss den Gemeindehaushalt aufrecht erhalten, — sie muss sich mehr anstrengen, wenn ein Defizit im Austausch gemacht wird, folglich muss sie auch durch Mehrheitsbeschluss über alle zu unternehmenden öffentlichen Einrichtungen entscheiden. Ebenso muss ein kleiner Bruchtheil oder in einer kleineren Gemeinde ein Jeder das Recht haben, seine Vorschläge der Gemeindebevölkerung zur Entscheidung vorzulegen. Und in den Gemeindeversammlungen wird man wohl nicht nach dem Beruf abstimmen, sondern nach der Kopfzahl.

Das Merkmal des Staates ist aber gerade sein territorialer Charakter, — der Staat ist die Vereinigung der Menschen, die auf einem gegebenen Fleck Erde wohnen. Auf die Grösse kommt es gar nicht an, denn die kleine Republik San Marino ist gerade so gut ein Staat, wie das Kaiserthum China.

Vielleicht möchte man von «anarchistischer» Seite noch geltend machen, das Mangeln eines zentralen Gemeinderathes sei der Beweis, dass diese Guillaume'sche Gemeinde kein Staat sei. Das können wir aber nicht gelten lassen, denn in den schweizerischen Gemeinden werden eine ganze Reihe von Funktionen nicht durch den Gemeinderath besorgt, sondern durch Spezialkommissionen, wie Schulpflege, Armenpflege, Gesundheitskommission, Feuerwehr etc. etc. Und der Gemeinderath hat in den Schweizer Gemeinden nirgends eine solche Bedeutung, wie

in der Guillaume'schen Gemeinde das Austausch-Comptoir, das doch eigentlich die wirthschaftliche Zentralstelle ist.

Unsere Untersuchungen haben also bis jetzt ergeben, dass die eigentlich «anarchistische» Gesellschaftsidee, d. h. die Vorstellung einer Gesellschaft, die nur auf der durchaus freien Vereinigung vollständig autonomer Individuen und Gruppen beruht, nur in der Redensart existirt, dass jeder Versuch von «anarchistischer» Seite selbst, diese Idee in irgend eine praktische Gestalt zu bringen, nur dahin führte, dass die «anarchistische» Grundlage absolut fallen gelassen wurde.

Sagt doch Guillaume selbst in der Einleitung seiner Erörterungen über die Gemeinde: «La Commune est formée *de l'ensemble* des travailleurs habitant une même localité.» Zu deutsch: «Die Gemeinde ist gebildet von der Gesammtheit der Arbeiter, welche den gleichen Ort bewohnen.» Natürlich, auf einem andern Wege lässt sich auch überhaupt eine Gemeinde nicht bilden. Der Ausspruch Guillaume's ist also ganz vernünftig — aber nicht «anarchistisch».

II.

Wir kommen nun zu einem Punkte, über den innerhalb der socialdemokratischen Richtung selbst noch verschiedene Anschauungen bestehen, der überhaupt noch wenig durchgearbeitet ist, und über den bis jetzt eine gründliche Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und «Anarchisten» noch nicht stattgefunden hat. Dieser Punkt betrifft die Streitfragen zwischen Föderalismus und Unitarismus — Fragen, die bis jetzt meist nur als Gelegenheitsfragen und im Dienste von Sonderinteressen, selten aber rein prinzipiell und in ihrer Beziehung auf das Gesammtwohl behandelt worden sind.

So lassen sich z. B. in der deutschen Socialdemokratie zwei Richtungen unterscheiden: die eine ist entschieden für den Einheitsstaat — die andere bekennt sich mehr zum Föderativstaat. Die erstere rekrutirt sich hauptsächlich aus Preussen, die letztere mehr aus Sachsen und den süddeutschen Staaten. Zu eigentlichen Auseinandersetzungen zwischem diesen Richtungen ist es nie gekommen. Es liegt dies wohl hauptsächlich darin, dass die in beständigem Vertheidigungszustande befindliche Partei durchaus keine Ursache und Zeit hatte, die trennenden Prinzipien zum Austrag zu bringen, dagegen alle Veranlassung, die gegensätzlichen Standpunkte gegenseitig zu dulden und nach aussen als Ein Körper dazustehen.

Höchstens bei Organisationsfragen kam dann und wann der Punkt zur Sprache, z. B. bei der Frage über die Bildung von Lokalvereinen. Immerhin entschied dabei weniger das Prinzip, als der Zwang gesetzlicher Bestimmungen und der Verhältnisse überhaupt für eine zentralistische Organisation, die denn auch von beiden Richtungen angenommen und gehalten wurde.

* * *

Bei einer Beleuchtung der «anarchistischen» Theorien wird aber eine nähere Auseinandersetzung über die Streitfrage «Föderalismus oder Unitarismus» unerlässlich, denn in ihrer mildesten Potenz tritt uns die «Anarchie» als ein Gemeinde-Föderalismus entgegen. Wir bemerken, dass es sich bei diesem Abschnitt nicht mehr um einen Streit über das Wesen des Staates, sondern nur um seine Form handelt, denn das Wesen des Staates ist sein territorialer Charakter, als der Vereinigung aller der Menschen, die auf einem Fleck Erde wohnen. Ob dieser Fleck Erde oder die Zahl der Menschen, die darauf wohnen, gross oder klein sei, kommt gar nicht in Betracht. Der wesentlich territoriale, also staatliche Charakter des Gemeinwesens ergab sich aber bei der eingehenderen Betrachtung des von Guillaume entworfenen Bildes einer Gemeinde des Klarsten und daraus auch die Schlussfolgerung, dass ein derartiges Gemeinwesen nicht als «anarchischer» Körper betrachtet werden kann.

Wenn also Arthur Arnould an einem Orte sagt: «Was ist der Staat? — Er ist die Autorität in den Händen Einiger!» und an einer andern Stelle: «Der Staat ist und war nie etwas Anderes, als die Gewalt im Dienste aller der Parteien, oder aller der Kasten, die auf einander folgend sich der Regierung bemächtigt haben oder bemächtigen werden,» — so ist das ein irrthümlicher Gebrauch des Wortes «Staat», eine Anwendung dieses Wortes, die man nur auf «anarchistischer» Seite findet, und die einer Form den Namen gibt, der allein der Sache und ihrem Wesen, das unter **allen** Formen gleich bleibt, zukommt.

Halten wir uns aber bei den Vorbemerkungen nicht weiter auf, sondern kommen wir auf den Kern der Frage, die uns jetzt beschäftigt.

* * *

Man kann die «anarchistische» Theorie vom Föderalismus kaum besser beleuchten, als an der Hand einer Broschüre von Arthur Arnould (der wir auch die soeben zitirten Stellen entnahmen): «Der Staat und die Revolution*). Dieselbe enthält nebst Vor- und Schlusswort 29 Aufsätze, die früher als «Briefe» in einem französischen Journal erschienen sind. Die Aufsätze haben sich des Beifalls der «anarchistischen» Richtung zu erfreuen gehabt. Das «Bulletin de la fédération jurassienne» erklärte beim Erscheinen derselben, sie sollten in deutsche Sprache übersetzt und verbreitet werden. Es ergibt sich also daraus, dass man es hier mit einer Schrift zu thun hat, die von massgebender «anarchistischer» Seite als Parteischrift anerkannt wird.

Um den Geist dieser Schrift zu verstehen, muss man zunächst bedenken, dass das Heimathland des Verfassers, Frankreich, seit Jahrhunderten einen einheitlichen Staat bildet, in welchem sich besonders seit der grossen Revolution von 1789 und dem Siege der Jakobiner

*) L'état et la révolution par Arthur Arnould. Genève, librairie socialiste du «Rabotnik», 26, chemin de Montchoisy. 1877.

ein zentralistisches Regierungssystem ausgebildet hat, wie es selbst in dem absolutistischen Russland nicht seines Gleichen findet. Dieses zentralistische System, einst im revolutionären Interesse errichtet, ist später das beste Werkzeug Napoleons I. und jeder Reaktion gewesen. Arthur Arnould verwechselt nun diese einseitige Ausbildung (Form) des Staatslebens mit dem Staat (Wesen) selbst, wenn er sich derart ausspricht, wie wir vorhin sahen.

Mit Bezug auf das zentralistische System, wie es in Frankreich ausgebildet ist, hat er allerdings nicht Unrecht, wenn er sagt, um mit ihm zu regieren, bedarf es « weder des Genies, noch des Ruhms, noch der Fähigkeit, noch des Muthes, noch der Popularität, — es braucht nichts weiter, als an der Macht zu sein — das Pferd des Caligula genügte dazu — der Marschall Mac Mahon, der Besiegte von Reichshofen und Sedan, hat dazu genügt, ... ja der erste beste Bandit, etwa ein Schinderhannes, wird mit diesem Messer, der Zentralisation, der Macht, regieren können ».

> « Nun wohl, sagt Arthur Arnould weiter, stellen wir uns aber einmal irgend einen Napoleon III. als Präsident der schweizerischen Eidgenossenschaft vor, — und so meineidig, so schurkisch, so gewissenlos er auch sei — die schweizerische Republik wird sich darum nicht schlimmer befinden. — Warum? — Weil hier Schinderhannes sein Messer — die Zentralisation — nicht mehr hat, dagegen aber das Volk seinen Revolver — die Föderation.
>
> « Wie will er einen Staatsstreich versuchen? — Der Präsident, die Regierung hat keine Armee zu ihren Befehlen. Wenn nun z. B. ein « Gesellschaftsretter » an der Spitze einer Handvoll Rebellen sich Bern's bemächtigte, so würde er einundzwanzig verbündete Kantone gegen sich haben, gerüstet zu ihrer Vertheidigung, ihr selbstständiges Leben führend, versehen mit Waffen, Richtern etc. etc.
>
> « Zentralisirt morgen die Schweiz und übermorgen zählet ihr eine Monarchie mehr in Europa » (p. 18 und 19).

Man darf nun zunächst gegenüber diesem Beispiele fragen: Ist die Schweiz kein Staat? Wer möchte bestreiten, dass die Schweiz ein Staat ist! Nun gut, folglich ist die Zentralisation kein nothwendiges Merkmal des Staates. Man kann das zentralistische Regierungssystem ganz wohl abschaffen, ohne dass damit der Staat abgeschafft wird.

* * *

Ein weiteres nothwendiges Merkmal des Staates soll die Einheit sein. Im V. Aufsatz stellt Arthur Arnould der Einheit die Einigung gegenüber (L'Unité et l'Union); zur Erläuterung seiner Ansicht führt er ein Beispiel aus der Schweiz an:

> « Es ist eine Reihe von Jahren her, da brach im Kanton Basel in der Schweiz ein Bürgerkrieg aus.

« Die Landschaft und die Stadt waren nicht mehr im Einverständniss.

« Die erstere fühlte sich erdrückt von der letzteren, diese wies alle verlangten Konzessionen zurück. Das dauerte so eine Zeit lang. Man schlug sich mit verschiedenem Glück, es floss Blut, und die Gegensätzlichkeit wurde von Tag zu Tag schärfer, derart, dass die Eidgenossenschaft dazwischen treten und eidgenössische Truppen schicken musste, um dem brudermörderischen und bedauerlichen Kampfe Einhalt zu gebieten.

« Wisst Ihr, was nun geschah?

« — Verflucht! (lässt er einen « Ordnungsmann » sagen) die eidgenössische Regierung liess die Insurgenten füsiliren, die Ueberlebenden deportiren und « das Gesetz triumphiren »!

« Nichts von alledem! Man erschoss nicht einmal die Verwundeten, die Frauen, die Kinder, die Greise.

« Man sagte den Kämpfenden:

« « Ihr seid nicht einig? Eure Verfassung gefällt wohl den « Bewohnern der Stadt, nicht aber denen der Landschaft? — « Nun wohl, meine lieben Freunde, trennet Euch! Es wird « von jetzt ab zwei Kantone Basel — Baselstadt und Basel- « land — geben, die sich nach ihrem Willen regieren. »

« Und man brach die « schöne Einheit » Basels.

« Seit dieser Zeit ist der tiefste Friede im Lande nicht mehr gestört worden, der Wohlstand ist gewachsen, die Gehässigkeiten wurden besänftigt, und die gebrochene Einheit hat gerade die Einigkeit erzeugt. » (P. 28 und 29).

Dieses Beispiel aus der Geschichte der schweizerischen Regeneration von 1830—33 ist für den föderalistischen Standpunkt recht geschickt ausgewählt, gegen die Staatsidee beweist es aber nichts, denn der losgetrennte Kanton (oder Halbkanton) Baselland bildete eben natürlich sofort einen Staat und beeilte sich sogar sehr, ein sichtbares barbarisches Zeichen seiner Souveränität zu geben, indem er, vom « Hoheitsrechte » über Leben und Tod Besitz ergreifend, einen armen Schelm wegen geringfügiger Verbrechen köpfte.

Es zeigt sich also, dass eine historisch entstandene, auf Grund des Eroberungsrechtes gebildete Staatseinheit sehr wohl gebrochen werden kann, ohne dass dadurch die getrennten Theile aufhörten, Staaten zu sein.

Im Uebrigen ist die Grenze zwischen Einheit und Einigung (sofern man von dem jakobinischen Zentralisationsregiment absieht) eine sehr schwankende und aus jeder Einigung geht mit zwingender Nothwendigkeit auch eine verpflichtende Einheit hervor, auch wenn dieselbe eine beschränkte ist und sich nur auf diejenigen Punkte bezieht, wo eine Einigung ohne eine verpflichtende Einheit gar keinen Sinn hat.

In einer Anmerkung auf Seite 37 sagt Arthur Arnould: « Ich weiss so wohl wie irgend Jemand, was in der Schweiz bezüglich der sozialen Einrichtungen mangelt. Nichtsdestoweniger glaube ich, dass Frankreich sehr glücklich wäre, wenn es die meisten ihrer po-

litischen Einrichtungen besässe, aus denen die französische Initiative in kurzer Zeit alle logischen Konsequenzen zu ziehen wüsste. »

Es ist klar, dass es hauptsächlich das föderalistische System der Schweiz ist, an dem Arthur Arnould besonders Gefallen findet und von dem er sagt, dass es alles das unterdrückt, was die Völker trennt. Er führt (p. 29) hiefür wieder das Beispiel der Schweiz an:

« Die Schweiz setzt sich aus drei Rassen zusammen, die sonst überall einander feindlich sind; sie spricht drei oder vier verschiedene Sprachen, sie theilt sich in zwei unversöhnliche Religionen. Die Schweizer sind Deutsche, Franzosen, Italiener, Katholiken und Protestanten. — Soviel Ursachen des Hasses und der Zerrissenheit im übrigen Europa! — Und doch lieben sie einander!

« Zentralisirt die Schweiz und die Gehässigkeiten beginnen.

« Der Deutsche kraft seiner Ueberzahl erdrückt den Franzosen und Italiener. — Der Italiener und der Franzose denken an nichts mehr als an Trennung und Aufstand. »

Wir wollen annehmen, dass Arthur Arnould mit solchen Beispielen seine Landsleute belehren will, dass das Föderativsystem besser sei, als das in Frankreich auf die Spitze getriebene zentralistische, und in dieser Beziehung darf man seine Beispiele wohl gelten lassen.

Um diesem Standpunkte des Verfassers die möglichste Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, zitiren wir einen Theil des IV. Aufsatzes: « Eine praktische Lösung » (p. 21 ff.). In demselben wendet er sich gegen die « Opportunisten »:

« Was sagen diese? — Die Reformen müssen reif sein, — d. h. von Allen, oder doch wenigstens von der ungeheuren Mehrheit angenommen, — also derart, dass die unbestrittenste und dringendste Reform nur alsdann an das Tageslicht treten darf, wenn sie den geistigen Standpunkt der Bewohner von Narrendorf oder Krähwinkel (die Originalbezeichnungen sind unübersetzbar) überschritten hat.

« Nach dieser Folgerung bedeutet beim Einheitssystem die Fähigkeit, Intelligenz und Bildung nichts, die Zahl Alles, — es sind die Unwissendsten, die Zurückgebliebensten, die Verzopftesten, welche die befehlende Stimme haben und die Regierung nach ihrem Bilde machen. »

Wer wollte, nach den traurigen Erfahrungen, die mit der Zentralisation in Frankreich gemacht wurden, die Wahrheit dieser Bemerkungen bestreiten?

« Es gibt eine Stadt, fährt Arnould fort, welche von der Welt bewundert wird und welche die Welt durch ihre Ideen regiert.

« Das ist Paris.

« Diese Stadt ist die Hauptstadt von Frankreich und das Gehirn der Welt.

« Nun: — Diese Stadt wird regiert von den Vertretern von Krottenpfuhl und Dummkopfsheim.

« Es sind die Böotier, die in Athen kommandiren und ihm sagen: — Halt da! »

Man darf selbst einem französischen Sozialisten es nicht verübeln, wenn die Leiden des Exils ihn zu Ueberschwänglichkeiten für sein Paris und zu verächtlichen, ja beschimpfenden Ausdrücken gegen die zurückgebliebenen Landgemeinden treiben, obgleich das nicht sozialistisch ist.

« . . . . . Paris sagte eines Tages zu seinen Böotiern:

« « Meine Freiheiten erschrecken euch, mein Ideal verur-
« sacht euch Grauen? — Behaltet eure Dufaure, eure Buffet,
« eure Broglie, eure Fourtou. Lasset euch richten von euren
« Richtern, verwalten von euren Präfekten, beichtet ihr, sammt
« euren Frauen, Töchtern und Knaben euren Kapuzinern. Ich
« warte ab, bis ihr aufgeklärt seid, da es ja nicht gerechter ist,
« dass ich euer Ideal erdulde, als es euch unbillig scheinen
« würde, wenn ich euch das meine aufbürdete; — ich werde
« einstweilen meine Richter und meine Polizei wählen, meine
« Kapuziner hinauswerfen und mich selbst nach meinem Ge-
« fallen und dem Grade meiner moralischen Entwicklung re-
« gieren.

« Wir haben gemeinsame Interessen, die Wahrung und Ver-
« theidigung der nationalen Unabhängigkeit, den Unterhalt der
« Verbindungsstrassen, der Post und der Telegraphen etc. etc.
« Wir werden daher einen kleinen, stark geschlossenen Bund
« zu diesem Zwecke machen, und wir werden Leute halten, die
« beauftragt sind, darüber zu wachen.

« Im Uebrigen aber, Jeder für sich Meister. — Wenn es
« mir gefällt, die Eigenthumsverhältnisse zu ändern, die freie
« Familie zu proklamiren, die Produktion, die Vertheilung
« und den Verbrauch der Gemeindegüter zu organisiren, nach
« einem Plane, der von dem euren ganz verschieden ist, — so
« berührt das weder eure Interessen, noch eure Vorurtheile, —
« Ihr werdet für euch die schöne gesellschaftliche Einrichtung,
« die euch entzückt, bewahren und euch eures Wohlbehagens
« im vollsten Masse und sogar noch darüber hinaus erfreuen.
« Ueber Geschmacksachen und Farben ist es unnütz zu streiten.

« Ihr also werdet meinen Geschmack und meine Farben
« respektiren, wie ich die eurigen.

« Wir werden bald sehen, wer Unrecht oder Recht hat,
« wer der Glücklichere ist, ihr oder ich. .

« Wenn ich mich irre, so greife ich wieder zu euren
« Krücken, — wenn ich mich aber nicht irre und die Bewegung
« durch den einzig möglichen Versuch, ihre praktische Durch-
« führung, als richtig erwiesen habe, — dann ist es an euch,
« eure Krücken wegzuwerfen.

. . . .

« Wenn ihr beginnet klar zu sehen und eurerseits zu be-
« greifen, — um so besser für euch! Bis dahin aber sprechet

« mir nicht mehr von der zu « rettenden » Gesellschaft. Die Ge-
« sellschaft ist die Gesammtheit der Einrichtungen, in deren
« Schoosse sich eine gewisse Anzahl von Individuen entwickelt.
« Meine Gesellschaft, so verschieden sie auch von der euren sei,
« wird eine Gesellschaft mit demselben Rechtstitel sein, wie die
« eure. »»

. . . .

« Wünsche euch viel Vergnügen, — und auf Wiedersehen !
« Diese so einfache, so logische, so praktische Lösung ist
die einzig mögliche, wenn man die grauenhaften Krisen vermeiden will, auf welche immer schreckliche Rückschläge folgen. » . . .
« Le capitaine Garcin : — Rrrrran ! » d. h. die Antwort auf diesen Lösungsversuch wurde durch die rohe Soldateska ertheilt, und sie lautete : Niederschmetterung !

* * *

Der Pariser Kommune-Aufstand vom 18. März 1871 hat als eine freiheitliche Bewegung und namentlich als ein republikanischer Protest bei den Sozialisten aller Länder und Richtungen die wärmsten Sympathien gefunden, und der grausame Fanatismus, mit dem diese Erhebung, die durchaus keine eigentlich socialistische war, im Blut erstickt wurde, hat einen Märtyrerschein auf die Betheiligten gesenkt.

Nichtsdestoweniger hat sich bereits im sozialistischen Lager die Stimme der Kritik erhoben über das Programm-Manifest der Kommune vom 19. April, das ungefähr denselben Geist athmet, wie die Darstellung von Arthur Arnould. Auch der gewissenhafteste Geschichtsschreiber der Kommune, L i s s a g a r a y, hat auf das Ungeheuerliche dieser Idee einer absoluten Gemeinde-Autonomie hingewiesen.

Lissagaray macht (S. 163 und 164 der autorisirten deutschen Ausgabe seiner « Geschichte der Kommune von 1871 ») darauf aufmerksam, dass mehr als die Hälfte der Gemeinden Frankreichs keine 600 Einwohner hat, dass es nur 1320 Gemeinden mit über 3000 Einwohnern und allerhöchstens 5—600 Gemeinden gibt, die auf einiges politische Leben Anspruch machen können.

« Es hat sich, sagt Lissagaray, nur zu deutlich gezeigt, dass es kein politisches Leben gibt ausser einigen hundert Mittelpunkten, und daran ist noch weniger der Mangel an Munizipalfreiheiten, als die U n v o l l k o m m e n h e i t d e r G r u p p i r u n g schuld. Welcher unabhängige Gedanke kann aus diesen winzigen Gemeinden entspringen, die die Reaktionäre sorgfältig hüten, damit nicht der Wille des Volkes zusammengerinne. Die gegenwärtige Landgemeinde wehrt sich nur durch die Zentralgewalt gegen sie, die autonome Landgemeinde würde ihnen gänzlich angehören und würde sich der Revolution wie ein Ungeheuer mit tausend Saugrüsseln an die Seite klammern.

« Nein, Tausende von Stummen und Blinden können keinen Vertrag unter einander schliessen. Schwach, unorganisirt, in tausend Binden eingewickelt, kann das Landvolk nur durch die Städte, das Stadt-

volk nur durch Paris geleitet werden. Das Fehlschlagen aller Provinzinsurrektionen, selbst in den grösseren Städten, legt dafür ein genügendes Zeugniss ab. Wenn die Erklärung (der Kommune) sagte: «« Die Einheit, so wie sie uns bis zu diesem Tag vom Kaiserreich, der Monarchie, dem Parlamentarismus aufgezwungen worden, ist nur die despotische, geistlose Zentralisation etc.,»» so deckte sie damit den Krebsschaden auf, der Frankreich zerfrisst; wenn sie jedoch beifügte: «« Die politische Einheit, so wie Paris sie will, ist die freiwillige Association aller Initiativen in Gemeindeangelegenheiten,»» so kannte sie die Provinz nicht.

«. . . . Warum nahm man nicht die Formel vom 28. März zum Theil wieder auf: ««Der Kommune was kommunal, der Nation was national ist.»» Warum definirte man die künftige Kommune nicht als hinlänglich ausgedehnt, um ein politisches Leben zu ermöglichen, als hinlänglich beschränkt, dass alle Bürger mit Leichtigkeit ihrer sozialen Thätigkeit nachkommen können, die Kommune von 15—20,000 Seelen, den Kommune-Kanton, warum gab man nicht eine klare Darlegung ihrer Rechte und der Rechte Frankreichs?»

Aehnlich wie Lissagaray stellt sich Charles Ferdinand Gambon, auch ein Kommune-Betheiligter, die Föderation vor. In einem Aufrufe «An die Arbeiter der Gemeinden Frankreichs», der in dem sozialistischen Kalender «La Commune» (für 1877, Buchdruckerei des «Rabotnik» in Genf) erschien, stellt er sich die Gemeinde als «eine kleine Republik in der grossen» vor, ausgestattet vor Allem mit dem Selbstverwaltungsrecht und der freien Wahl ihrer Funktionäre. Ueber die Ausdehnung der Gemeinde sagt Gambon, es «soll die befreite und erweiterte Gemeinde ein Vereinigungspunkt von solcher Bedeutung sein, um ein vollständiges System der Erziehung, der Vertheidigung, der Arbeit, der Bibliotheken, der Museen der Künste, Wissenschaften und Gewerbe zu entwickeln.» *)

Stellt nun die letztere Vorstellung auch ziemlich hohe Anforderungen an eine Gemeinde, so ist sie doch sehr weit verschieden von der Vorstellung Arthur Arnould's, der, um der Freiheit und Entwicklung von Paris willen, die Tausende von kleinen Gemeinden Frankreichs, die er mit spöttischen Namen behängt, einfach ihrem autonomen Schicksal überlassen will und ihnen dann von der Höhe der Pariser Entwicklung aus zuruft: Seht, wie gescheidt und glücklich wir sind — macht's uns nach!

Leider löst sich die grosse Frage der Entwicklung nicht durch solche Musterstationen — es bedarf dazu etwas mehr Arbeit, und mit

---

*) Gambon führt keine Zahl an, es dürfte aber wohl die Leser interessiren, in welcher Ausdehnung sich die bedeutendsten Vertreter des kritisch-utopistischen Sozialismus die Gemeinde vorstellten. Fourier nimmt für die integrale, d. h. Landwirthschaft und Gewerbe vereint treibende Association, die «Phalanx», zirka 12—1600 Hektaren (etwa eine Quadratstunde) mit einer Bevölkerungszahl von 16—1800; Owen für die «home colony» (Heimstätte) auf etwas kleinerem Flächenraum eine Bevölkerungszahl von 2000—2500 an.

einem kühnen Geistessprung setzt man sich auch nicht über die natürliche Solidarität eines ganzen Volkes weg. Es wird den fortgeschrittensten Geistern nie möglich werden, sich ein Eldorado für sich einzurichten, während rings um sie herum noch traurige zurückgebliebene Verhältnisse herrschen. Nicht in der Abschliessung der Vorgeschrittenen vollzieht sich die Entwicklung und das zunehmende Glück, sondern nur dadurch, dass gerade von den Vorgeschrittenen die zurückgebliebenen Schichten aufgeklärt, belehrt und geleitet werden.

So musste denn auch jener Versuch der Kommunebewegung scheitern, weil das Verständniss des ganzen Landes auch gar nicht darauf vorbereitet war und ein Jahrhundert eingelebter, strammer Zentralisation sich nicht so geschwind verwischen lässt — am allerwenigsten in einer Zeit, wo das ganze Volk durch einen unglücklichen Krieg tief erschüttert und von Gedanken der Wiedervergeltung beseelt ist.

Doch verlassen wir bei der Erörterung des «anarchistisch»-föderalistischen Prinzips den Boden der Gelegenheitsdebatte. Auf diesem Boden wird dieselbe immer mit viel alten Anhängseln beschwert und geräth sehr leicht auf die Abwege eines beschränkten Partikularismus, eines Kantönligeistes, wie man sich in der Schweiz treffend ausdrückt.

* * *

Betrachten wir aber die Frage des Gemeinde-Föderalismus einerseits vom Standpunkte möglichst freiheitlicher Entwicklung und andererseits vom Standpunkte der sozialökonomischen Nothwendigkeit, so gewinnen wir einen sehr sichern Massstab zur Beurtheilung derselben.

Der Standpunkt freiheitlicher Entwicklung verlangt von vornherein, dass in allen Fragen, die für eine politische oder gesellschaftlich-wirthschaftliche Einheit, also für eine Gemeinde oder Produktionsgruppe durchaus innere sind, bei Aufgaben, für welche diese Einheiten gegenüber der anderen Gesellschaft verantwortlich sind, die innere Organisation und Verwaltung selbstverständlich nur Sache der betreffenden Einheiten selbst ist.

Es versteht sich demnach von selbst, dass gemäss diesem Standpunkte jede Gemeinde oder Produktionsgruppe vor Allem ihre Funktionäre und Beamten selbst wählt, und dass dieselben nicht mehr von einer Zentralregierung ernannt werden.

Es versteht sich bei diesem Standpunkte ferner von selbst, dass auch die innere Verfassung von der Gemeinde sich selbt gegeben wird.

Hier aber stossen wir schon auf eine Kardinalfrage, die Arthur Arnould bei seinem «kleinen Pakt» vergessen hat, die aber Einem sofort begegnet, wenn man Gelegenheit hatte, eine ziemlich weit gehende Gemeinde-Autonomie, wie z. B. in der Schweiz, näher kennen zu lernen.

Niemand wird bestreiten können, dass die Bestimmungen über die Zulassung oder Ausschliessung von Mitgliedern sehr wesentliche Be-

stimmungen einer Verfassung sind. Nun — was für Resultate haben diese Bestimmungen bei einer Gemeinde-Autonomie hervorgebracht?

Die Gemeinde-Autonomie war in einzelnen Theilen der Schweiz — namentlich in Graubünden — bis in die neueste Zeit herein so ausgeprägt, dass sie sogar Souveränität, Selbstherrlichkeit genannt werden konnte. Ein Theil der Bündner Gemeinden besass noch bis in dieses Jahrhundert hinein das alte «Oberhoheitsrecht über Leben und Tod» und als sichtbares Zeichen desselben seinen «Gemeindegalgen».

Dazu steckte in diesen Gemeinden und steckt zum Theil heute noch ein gut Stück Kommunismus. Noch heute gibt es Gemeinden mit so bedeutenden Gemeindegütern, dass sie nicht nur keine Gemeindesteuern haben, sondern noch bedeutende Betreffnisse jährlich an ihre Bürger verabfolgen können. Solche Gemeinden können natürlich auch sehr leicht ihre erwerbsunfähigen, hülfsbedürftigen Bürger versorgen, so dass sie vor wirklicher Noth geschützt sind.

Als aber Industrie und Verkehr bis in die entlegensten Bergthäler eindrangen und zuerst neue Quellen des Erwerbs und Wohlstandes erschlossen, daher freudig begrüsst wurden, da trat ein neuer Faktor in das Gemeindeleben ein. Während Jahrhunderte lang die Begriffe «Bürger» und «Einwohner» sich gedeckt hatten, kam in dem Begleiter der modernen Produktionsweise, dem Fabrikproletariat, ein fremder neuer Faktor herein, und zwar ein Faktor, der durch seine Zahl bedeutend wurde. So lange das Proletariat Arbeit und Lohn hatte, war es den Bürgern schon recht, denn das Proletariat war ihnen ja zinspflichtig, es verzehrte ja den verdienten Lohn, — trat aber Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität ein, dann suchte man sich der Hülfsbedürftigen zu entledigen, und das ging natürlich nie ohne eine gewisse Grausamkeit ab.

Das ist eine Schattenseite der Gemeinde-Autonomie, die in der Schweiz schon zu unzähligen Kämpfen, Reformen und Reformversuchen Anlass gegeben und die einen Jeden, der aus mehr zentralistisch regierten Staaten in die Schweiz kam, als sehr krähwinkelig überrascht hat.

Erfahrung gegen Erfahrung! Haben die Franzosen mit ihrem Zentralismus sehr schlimme Erfahrungen gemacht, so haben dies die Schweizer nicht weniger mit ihrer ursprünglich sehr weit ausgedehnten Gemeinde-Autonomie gethan und es frägt sich noch, ob nicht durch letztere schon mehr Fortschritte gehemmt worden sind, als durch ersteren. Der «Burgerknebel»*) eines grossen Theiles des Volkes ist jedenfalls viel schwerer zu überwinden, als die zentralistische Regierungsgewalt einer Partei oder Kaste.

Mit Mühe und Noth konnten gegenüber dem durch die ausgedehnte Gemeinde-Autonomie erzeugten Gemeinde-Egoismus (Kirchthurmgeist) seitens des Staates Errungenschaften durchgesetzt werden, die

---

*) Diese schweizerische Bezeichnung stammt von dem Holz, das jährlich aus den Gemeindewaldungen an die «Burger» vertheilt wurde.

in andern Ländern viel leichter und viel früher durchgeführt wurden, z. B. Freizügigkeit, freie Niederlassung, Aufhebung der Ehebeschränkungen etc. Noch heute ist der Schweizer in verschiedenen Kantonen ausserhalb seines Heimatkantons ein « Fremder »!

Diese Zurückgebliebenheit uud Krähwinkelei, die sich bis auf den heutigen Tag noch durch Erschwerung von Aufenthalt und Niederlassung bemerklich macht, hat ihren nächsten Grund in der Armen-Unterstützungspflicht der Gemeinde, und in dem Masse, als der Staat die Autonomie der Gemeinde bezüglich der Zulassung und Ausweisung von Bewohnern beschränkte, indem er Gesetze über Freizügigkeit, freie Niederlassung, Aufhebung der Ehebeschränkungen etc. erliess, in dem Masse musste er eine ausgleichende Hülfe, namentlich den ärmeren Gemeinden, zusichern.

Bemerken wir nun noch hiezu, dass in der Schweiz diese Reformen meist erst durch den Abschluss von Handels- und Niederlassungsverträgen mit andern Staaten veranlasst wurden, weil man doch die Niederlassung dem eigenen Bürger nicht mehr versagen konnte, wo sie dem Ausländer frei stand —, so dürfte damit ein Beweis gegeben sein, wie sehr eine Gemeinde-Autonomie der freiheitlichen Entwicklung hinderlich sein kann.

Diese Verhältnisse sind freilich den Franzosen ganz unbekannt, und desshalb werden die » Anarchisten » bestreiten, dass die Gemeinde-Autonomie künftig solche Uebelstände mit sich bringen könnte, da wir doch schon weiter fortgeschritten seien.

Darauf muss entgegnet werden, dass weder für jetzt noch für später ein Gemeinde-Egoismus unmöglich gemacht ist, wenn eine zu weit gehende Autonomie denselben begünstigt, — derselbe wird sogar durch den Zwang der Verhältnisse sich bilden.

Je grösser die Autonomie, desto grösser ist damit auch die eigene Verantwortlichkeit für die Selbsterhaltung. Wenn wir nun auch annehmen wollten, dass die Zukunfts-Gemeinde eine Durchschnitts-Ausdehnung erhielte, wie sie Gambon sich vorstellt, und wenn wir ferner zugeben, dass die Zukunfts-Organisation noch mehr als die gegenwärtige Gesellschaft dafür sorgen wird, dass alle Gemeinden durch alle gegebenen Mittel des Verkehrs mit einander in Verbindung stehen, — so werden wir doch erwägen müssen, dass es desswegen immer noch Gemeinden geben wird, die durch ihre bevorzugte Lage an Kreuzungs- und Zentralpunkten des Verkehrs etc. in ganz bedeutendem Masse zur Bildung von Reichthum geeignet sein werden, während hinwieder Gemeinden, die an der Peripherie oder mehr auf der Seite liegen, mit viel grösseren Anstrengungen nur für die Erhaltung ihrer wirthschaftlichen Existenz zu ringen haben werden.

Sind in einer solchen ungleichen Stellung nicht genug Momente eines Gemeinde-Egoismus gegeben, wenn man sich vorstellt, dass eine jede dieser Gemeinden mit vollkommener Autonomie ausgestattet ist? Wer wollte oder könnte das bestreiten! Es wird demnach sich schon desshalb ein nicht nur « kleiner », sondern sogar sehr weit gehender Pakt zwischen den Gemeinden nöthig machen, vor allem ein Pakt gegen-

seitiger Hülfeleistung und aus diesem Pakt wird sich eine Beschränkung der Gemeinde-Autonomie ergeben. Die Gemeinde wird z. B. in ihrer Verfassung nicht mehr über Zulassung und Ausschliessung von Bürgern zu bestimmen haben, sondern es werden darüber allgemeine Bestimmungen erlassen werden, die für alle Gemeinden verbindlich sind.

Wir haben uns bei diesem Punkte etwas lange aufgehalten, obgleich er nebensächlich erscheinen mag. Es lag uns daran, wenigstens an einem Beispiel zu zeigen, dass selbst in Beziehung auf die eigene Verfassung die Autonomie der Gemeinde keine unbeschränkte sein kann. Wer die Sache noch eingehender studirt und namentlich die schweizerischen Gemeindegesetze etwas durchnimmt, wird noch viele Beispiele dieser Art finden.

* * *

Begeben wir uns aber noch weiter auf den Standpunkt der socialökonomischen Nothwendigkeit, so werden wir erst finden, dass der Gedanke einer vollkommenen Gemeinde-Autonomie ein beschränkter, ein unsozialistischer, ja ein im Lichte der heutigen Wissenschaft unmöglicher ist.

Zunächst finden wir, dass die Solidarität der Gemeinden, z. B. eines Flussgebietes, eine zwingende ist. Es können beispielsweise ein paar autonome Gemeinden in den Quellengebieten durch unvernünftige Forstwirthschaft die Thalschaften und das Niederland mit immer stärker auftretenden Ueberschwemmungen verheeren. Diesbezügliche Erfahrungen liegen leider zur Genüge vor. Oder — im Oberlaufe eines Flusses helfen sich etwa einige autonome Gemeinden vor Versumpfung, Ueberschwemmungen etc. damit, dass sie den in vielen Krümmungen langsam abfliessenden Fluss reguliren, ihm ein gerades Bett graben, wodurch das Wasser schneller abläuft — aber dadurch gerade die Gemeinden des Niederlandes in desto grössere Gefahr bringt. Wohin führt da das «Jeder für sich», das Arthur Arnould so gelassen ausspricht, ohne daran zu denken, dass er damit das Schlagwort des liberalen Manchesterthums in den Sozialismus einschmuggeln will.

Oder kehren wir einmal die Sache um. Die künftige Gesellschaft tritt das Erbtheil einer Periode rücksichtsloser Raubwirthschaft an. Grosse Strecken von Hochgebirgen, von Quellengebieten sind entwaldet, kahl und durch Wasserverheerungen der Erdkrume beraubt. Aus diesem Umstande ist das Gleichgewicht der Luft und die Regelmässigkeit der Wetterveränderungen gestört. Das Klima ist dadurch ein ungesünderes geworden.

Diese Schäden, die ein ganzes Land betreffen, lassen sich freilich durch zweckmässige Kultivirung wieder gut machen — hält man doch sogar eine Kultivirung der Hochalpen durch Bäume aus Polargegenden für möglich, aber das erfordert viel, sehr viel Arbeit und

Mittel — es ist ein Werk, das nur durch eine Vereinigung sehr vieler Kräfte gelöst werden kann, das ein internationales Zusammenwirken nöthig macht.

Nun gut, nehmen wir an, die Mehrheit eines betheiligten Landes sei zu den Opfern bereit, weil sie das Werk für nothwendig und nützlich hält, aber einige autonome Gemeinden, deren Zustimmung und Mitwirkung nöthig ist, wollen nicht, — soll dann ein solches Werk etwa an der Unantastbarkeit der vollkommenen Autonomie der Gemeinde scheitern? Oder glaubt man überhaupt wirklich, eine künftige Generation werde die Vollführung einer für das ganze Land nöthigen und dringlichen Kulturaufgabe zum Schaden des Landes liegen lassen, weil einige autonome Gemeinden, deren Zustimmung und Mitwirkung nöthig ist, nichts davon wissen wollen?

Wir können es nicht annehmen, dass die Zukunft von einer «anarchistischen» Marotte sich dirigiren lässt, und wer das glaubt, der muss einen sehr kleinen Begriff von der Zukunft haben; er kann sich unmöglich brüsten, weitergehende, radikalere Anschauungen zu verfechten.

Es würde zu weit führen, wollte man auf alle, auch nur die wichtigsten Gründe sozialer Nothwendigkeit eingehen, die eine vollkommene Gememeinde-Autonomie geradezu als unsinnig erscheinen lassen. Wir begnügen uns damit, noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der, sofern man wirklich von Sozialismus spricht, nicht vergessen werden darf.

Wissenschaft und Erfahrung haben gezeigt, dass die Landwirthschaft, die Urproduktion aller Ernährungsmittel, im Grossbetrieb bedeutend mehr produziren kann, als im Kleinbetrieb. Je mehr der Erdball sich bevölkert, desto zwingender wird die Nothwendigkeit, auf diese Stimme der Wissenschaft und Erfahrung zu hören. Es kann für die Gesammtheit nicht gleichgültig sein, wie die Gemeinden, welche den geeignetsten Fruchtboden besetzt haben, die Produktion betreiben, und ob das Land so bebaut und benützt wird, wie es nach dem vorgeschrittensten Stande der Wissenschaft und Technik am vortheilhaftesten ist.

Man weiss ferner, dass die chemische Zusammensetzung des Bodens in verschiedenen Gegenden eine sehr verschiedene ist, dass dieselbe daher am einen Ort mehr für die eine Kultur (z. B. Getreide, Hülsenfrüchte etc. etc.), am andern Ort mehr für eine andere Kultur (z. B. Gemüse, Wein etc.) geeignet ist.

Dieser Umstand wird beim Landbau noch vielfach missachtet oder gar nicht beachtet; die Folge davon ist, dass wir auf dem Lebensmittelmarkt so viele verkümmerte oder gar krankhafte Produkte finden (was z. B. bei den Kartoffeln schon zu Landeskalamitäten geführt hat), und dass überhaupt der Ertrag ein geringerer ist, als er es sein könnte.

Soll nun der Sozialismus dazu führen, dass die Bevölkerung der tiefen Stufe des Kampfes um's Dasein entrückt werde, dadurch dass alle Wissenschaft und Technik darauf gerichtet werde, im Interesse der Gesammtheit das möglichst Grösste mit den sparsamsten Mitteln

zu erzielen, dann ist auch eine wissenschaftlich planmässige Organisation der Landwirthschaft nöthig.

Es ist begreiflich, dass bei Erstrebung dieses Zieles die vollkommene Autonomie der Gemeinde nicht als Hinderniss entgegentreten darf. Ja, es hiesse geradezu dem, was eigentlich Sozialismus ist, entsagen, wollte man eine formale «anarchistische» Grille dazu verwenden, seine wichtigsten Aufgaben unmöglich zu machen.

* * *

Und nun kehren wir noch einmal zum Standpunkte der freiheitlichen Entwicklung zurück. Wir anerkennen, wie schon gesagt, den Gedanken der Selbstverwaltung der Gemeinde von vorneherein und ebenso auch den Gedanken der Selbstgesetzgebung, soweit es sich um Gegenstände handelt, die durchaus innerer Natur sind und das Verhältniss zu andern Gemeinden oder zum grösseren Staatsverbande nicht stören.

Wir haben aber nun auch noch zu untersuchen, was «anarchistischer»-seits unter einer Gemeinde, namentlich in Bezug auf ihre Ausdehnung, verstanden wird. Hier finden wir nun bei Arthur Arnould einfach die Gemeinde in ihrer jetzigen Gestalt — hier ein Paris mit seiner grossen Einwohnerzahl und dort ein kleines Dorf mit einigen hundert Bewohnern. Sieht man nicht sofort, dass es eine Ungeheuerlichkeit ist, in dieser Weise die Bezeichnung «Gemeinde» als Trumpf gegen den Staatsbegriff auszuspielen?

Paris, mit fast so viel Einwohnern als die ganze Schweiz, mit mehr Einwohnern, als einige deutsche Königreiche — mit seinem riesigen Budget — — — und ihm gegenüber wäre Württemberg, mit kleinerer Einwohnerzahl, viel kleinerem Budget, viel geringerer Zentralisation — ein Staat! Die Schweiz mit ihrer manigfachen Gliederung ein Staat!

Merkt man nicht, dass es nur Willkür und Eigensinn ist, wenn man so mit den Begriffen Gemeinde und Staat spielt? Ist nicht der Begriff Gemeinde, wie wir ihn bei Arthur Arnould einerseits auf Paris, anderseits auf ein kleines Dorf angewendet sehen, ein so verschiedene Organisationsformen umfassender, dass es gar nicht der Mühe lohnt, diesem Begriff den des Staates als einen grundverschiedenen gegenüberzustellen? Erscheint hier nicht die ganze Auflehnung der «Anarchisten» gegen den Begriff Staat als ein Wortstreit, wo die Begriffe fehlen?

* * *

Aber das Bestreben, die grossen staatlichen Gemeinwesen in ihre politischen Atome zu zerschlagen, ist auch bis jetzt den Beweis schuldig geblieben, dass die vollkommene Gemeinde-Autonomie wirklich im Interesse der freiheitlichen Entwicklung liege.

Wohl ist das Beispiel und der Wetteifer ein wichtiger Faktor in

der politisch-sozialen Entwicklung, und es muss allen den Unterabtheilungen des grösseren Gemeinwesens die grösstmögliche Freiheit zum Wetteifer auf der Bahn fortschreitender Entwicklung gewahrt sein. Der jakobinisch-zäsaristische Zentralismus ist unter allen Umständen ein Uebel.

Vergessen wir aber nicht, dass zum Nachahmen mehr als nur ein Vorbild gehört, dass dazu auch eine genügende Summe von Mitteln geistiger und materieller Natur erforderlich ist. Jahrhunderte lang schon gibt Paris den andern Gemeinden Frankreichs ein grosses Vorbild freisinniger und sozialer Institutionen — warum haben die andern Gemeinden, und unter ihnen die von Arthur Arnould so geringschätzig bezeichneten kleinen Dörfer, das Beispiel von Paris noch nicht befolgt? Ist es nicht viel weniger der Mangel an Gemeindefreiheit als vielmehr die Unvollkommenheit der Gruppirung, wie Lissagaray so treffend bemerkt, die einer Nachahmung dieses Beispiels im Wege war?

Und zwar ist es nicht allein die materielle Machtlosigkeit, die physische Schwäche der kleinen Gemeinden, welche deren Zurückgebliebenheit verursacht, — es ist auch der Mangel an Intelligenzen und Fähigkeiten der verschiedensten Art.

Es bedarf der Vereinigung einer grössern Anzahl von Menschen, es bedarf grösserer Gemeinwesen, um jene verschiedenseitigen Intelligenzen und Fähigkeiten zu entfalten, die das Fortschreiten in der Kultur und Zivilisation bewirken. Die natürlichen Anlagen dazu mögen wohl auch in dem kleinsten Weiler anzutreffen sein, aber um dieselben entwickeln zu können, bedarf es eines viel grösseren Kreises, in dem sie Wurzeln treiben, Nahrung und Anregung finden können.

Wie viele solcher Fähigkeiten und Intelligenzen sind schon aus den kleinen Dörfern und Weilern nach Paris gekommen, weil sie dort, im materiellen und geistigen Brennpunkt der ganzen Nation, erst jenen Kreis fanden, in dem sie sich entfalten konnten! Und nun sollen diese kleinen Gemeinden es dem grossen Paris nachmachen, während sie ihm seit Jahrhunderten das beste Theil ihrer Fähigkeit und Intelligenz abgetreten haben?

Man wird nun den Gemeinde-Gedanken von Lissagaray und Gambon verstehen, der natürlich nicht darauf hinzielt, viele grosse Städte zu machen, sondern grössere politische und wirthschaftliche Gemeinwesen zu bilden, in denen nicht nur industrielle und landwirthschaftliche Arbeit derart organisirt ist, dass jeder Bewohner in beiden seine Arbeitskraft verwerthen kann, sondern in denen auch eine Pflege der Wissenschaft und Kunst möglich ist, von der bis jetzt die Landbevölkerung stets und vollständig ausgeschlossen war.

Aber auch selbst dann noch wird es provinziale, nationale und universale Zentralpunkte geben und von einem «autonomen» Abschliessen der Gemeinden und von einem nur «kleinen Pakt» über Strassen, Eisenbahnen, Posten, Telegraphen etc. so wenig die Rede sein können, so wenig die einzelnen Organe des menschlichen Körpers

« autonom » sind und das Zusammenwirken derselben nur als ein « kleiner Pakt » bezeichnet werden kann.

Die föderalistische Idee, wie sie uns in der bizarren Gestalt der « anarchistischen » Theorie, als eine Zerstückelung in « autonome » Gemeinden entgegentritt, ist sogar ein reaktionäres Prinzip und hemmt die freiheitliche Entwicklung. Der Beweis dafür liegt sehr nahe, nur darf man nicht mit einem Mittelpunkte der Civilisation wie Paris demonstriren.

Im kleinsten territorialen Kreise ist erfahrungs- und naturgemäss der geistige und freiheitliche Horizont der Bewohner auch der beschränkteste und engherzigste. Grosse Erschütterungen können vorüberziehen, ohne dass das geistige und politische Leben in diesem kleinsten Kreise davon sonderlich berührt wird.

Je grösser der Territorialkreis des Gemeinwesens wird, desto mehr erhebt sich der Gesichtskreis der Bewohner, und desto mehr wird er im Stande sein, einen freiheitlichen Gedanken aufzunehmen. Aber erst in der nationalen und der universalen Gemeinschaft erhebt sich der geistige Horizont auf seine grösste Höhe und Weite.

Die freiheitliche Entwicklung kann daher unmöglich gefördert werden dadurch, dass man das hauptsächlichste politische Leben in die « Autonomie » einer Gemeinde einengt und die Gemeinschaft mit der übrigen Welt nur wegen der Verkehrsmittel pflegen will! Die « anarchistische « Theorie über den Gemeinde-Föderalismus kann also nicht als eine Ausgestaltung des Freiheitsgedankens oder als revolutionäre Idee — vielmehr nur als eine extreme Reaktion gegen den extremen jakobinisch-cäsaristischen Zentralismus verstanden und begriffen werden.

III.

« Das Uebel, sagt Arthur Arnould im V. Aufsatz (p. 25), besteht nicht darin, von Diesem oder Jenem regiert zu werden — von einem absoluten oder konstitutionellen Monarchen, von einer Republik mit oder ohne Präsidenten.

« Das Uebel besteht wesentlich darin: — dass die Autorität sich nicht theilen lässt, und dass die Gewalt sich nicht theilen lässt.

« Wenn der Staat die Autorität hat, dann habt ihr sie nicht.

« Wenn der Staat die Gewalt hat, dann habt ihr sie nicht.

« Nun, wenn ihr weder die Autorität noch die Gewalt habt, — was habt ihr dann? — Nichts!

« Ihr stehet in der Willkür des Staates. — Ihr seid sein Eigenthum, seine Sache. — Ihr gehört ihm an, er aber gehört euch nicht an, und folglich gehört ihr euch selbst nicht an. »

Mit diesen Gemeinplätzen will nicht etwa nur eine reaktionäre, sondern die Staatsidee überhaupt bekämpft werden! Sonderbar, welche

Ausflüchte gesucht werden, um sich der Einsicht zu entschlagen, dass es wohl Mittel gibt, den nothwendigen einheitlichen (nicht zentralistischen) Charakter des Staates zu bewahren und doch dem Volke die Autorität und die Gewalt fest in die Hände zu geben! Sollte man glauben, dass es schier dreissig Jahre her ist, seit man in Frankreich das hauptsächlichste dieser Mittel, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, lebhaft diskutirte, so dass sich selbst in die Aufsätze Arthur Arnould's (p. 67) die etwas unklare, von Victor Considérant gebrauchte Bezeichnung: « gouvernement (statt législation) direct du peuple par le peuple » — als eine Erinnerung verirrt hat, ohne dass freilich Arnould die Bedeutung dieser Bezeichnung zu kennen scheint.

Eine gewisse Erinnerung an jene Diskussion über die direkte Gesetzgebung durch das Volk ist ferner zu finden im II. Aufsatz (p. 15), wo es heisst:

> « Das ganze diktatoriale, autoritäre, gouvernementale (drei gleichbedeutende Worte) System beruht auf der unsinnigen Vorstellung, dass das Volk durch Andere als durch sich selbst vertreten sein könne.
>
> « Niemand kann das Volk vertreten, weil Niemand besser als es selbst seine Bedürfnisse und sein Wollen kennen kann.
>
> « Man vertritt bestimmte, umschriebene, begrenzte Interessen, — aber man vertritt nicht eine Abstraktion.
>
> « Man vertritt eine Gemeinde, man vertritt eine wirthschaftliche Gruppe, man vertritt eine Gewerkschaft, — aber man vertritt nicht das Volk. »

Setzt man hier ab und setzt man noch hinzu: Man vertritt vor allem seine Sonderinteressen, — so würde in den wenigen Absätzen eine kurze und bündige Kritik des Repräsentativ-Systems vorhanden sein. Arthur Arnould aber sagt unmittelbar darauf:

> « Der Staat vertritt euch also nicht. Er vertritt nur sich selbst. — Nun, ihr und er, das macht zwei, und Zwei werden niemals Einer. »

Geschwindigkeit ist keine Hexerei! Statt einer Staatsform wird auf einmal wieder der Staat selbst untergeschoben, so dass der biedere Leser es gar nicht merkt. Das Kunststückcken geschieht aber nur um der lieben « Anarchie » willen.

Aber ist denn kein Staat gedenkbar, in dem sich das Volk absolut nicht mehr « vertreten » lässt, in dem also das « niemals » Arthur Arnould's ungültig wird und Staat und Volk nicht mehr zwei, sondern eins sind?

Es ist ebenso merkwürdig wie bedauerlich, zu welchen Begriffsverwirrungen die Gespensterfurcht vor dem Staat führt. Wir müssen, um das recht klar zu legen, ein Stück aus dem XII. Aufsatz, « Die Politik der Arbeit », anführen. Da wird (p. 53 und ff.) Folgendes gesagt:

> « Föderalismus, Autonomie der politischen und ökonomischen Gruppen, — um das dreht sich Alles.

« So wird die Lösung ökonomischer Fragen den Betheiligten, die allein fähig sind, sie zu lösen, unterbreitet werden.

« Ebenso wird der Arbeiter auf praktische Weise berufen werden, selbst und ohne unnützen oder schädlichen Vermittler über seine Bestimmungen zu entscheiden.

« Ebenso wird die Nation berufen sein, sich selbst direkt zu regieren.

« Ebenso wird die ganze Gesellschaft in ihren wesentlichen, sie bildenden Elementen berufen sein, nach den Aufstellungen der Wissenschaft die soziale Frage zu lösen. »

Fasst man diese Sätze logisch zusammen, so findet man, dass die Forderung der « Autonomie » hier keineswegs jenen extremen « anarchistischen » Sinn hat, sondern in einer ganz vernünftigen, d. h. sachgemäss beschränkten Weise aufgefasst ist: der Gruppe, der Gemeinde, was die Gruppe, die Gemeinde angeht — der Nation, was die Nation angeht. Es geht ferner aus diesen Sätzen hervor, dass die Sachverständigen ihre Vorlagen machen, dass aber die Arbeiter, die dann ja doch die Gesammtheit bilden, darüber entscheiden. Dies, sowie überhaupt die Selbstregierung der Nation, kann ja vernünftiger Weise nur durch Abstimmung geschehen. Es ist daher ganz logisch, wenn Arthur Arnould fortfährt:

« Es gibt keine Scheidung zwischen Staat und Volk mehr, es existiren nicht mehr Regierende und Regierte, Herrschende und Beherrschte. »

Wie passt es nun aber, wenn auf der gleichen Zeile fortgefahren wird:

« Damit (!) tritt das Individuum erst ein in den vollen Besitz seiner selbst und in alle seine durch die natürliche Gruppe, der es angehört, totalisirten Rechte. »

Wenn etwas bei dieser Ordnung in den vollen Selbstbesitz eintritt, so ist es doch nur das ganze Volk, nicht aber das Individuum, das oft genug in den Fall kommen wird, seine Ansichten denen der Mehrheit unterzuordnen. Doch davon war ja früher schon ausführlich die Rede, gehen wir also weiter:

« Gerade so wie die politische Vertretung des Volkes in seiner Gesammtheit (durch Repräsentanten) unmöglich, willkürlich und falsch ist, gerade so ist die Vertretung der Arbeit, der autonomen Gruppen, durch Delegirte in beständigem, unmittelbarem und vollständigem Verkehr mit ihren Wählern, eine einfache, leichte und logische Sache.

« Da handelt es sich um greifbare, praktische, wahrhaft gemeinsame und klar umschriebene Interessen.

« Es handelt sich um ökonomische Interessen, deren Lösung die Wissenschaft vorbereitet hat und noch vorbereitet.

« Wenn man sich irrt, und das kann vorkommen, — wenn durch den Fortschritt der Ideen oder der Technik die heute angenommenen Lösungen morgen ungenügend oder schädlich

erscheinen, so ist der Irrthum nicht dauernd, die Aenderung ist immer möglich — während beim allmächtigen Staat, bei der autoritären Diktatur, diese Lösungen willkürlich gewählt und dekretirt werden und nachher geschützt und aufrecht erhalten um jeden Preis.

« In der That, bei der Autonomie der Gruppen und der Verbindung der gemeinsamen Interessen gibt es nicht mehr Gesetze über und ausser dem Volke, da dieses selbst sein eigenes Gesetz geworden und der Sozialstaat (l'État social) nicht mehr als die genaue Wiedergabe, das unmittelbare Inkrafttreten der Vorstellungen, Bedürfnisse und Begehren des Sozialwesens (Être social), der sozialen Gruppen ist... »

Abgesehen von verschiedenen blossen Redensarten, die zum Theil gar nicht zur Sache gehören, und mit deren Kritik wir uns auch nicht weiter aufhalten, lässt sich das Ganze recht gut als eine zwar mangelhafte Vertheidigung der direkten Gesetzgebung durch das Volk hinnehmen und hat wenigstens auf diese Weise noch einen vernünftigen Sinn. Der Verfasser geht sogar so weit, den Ausdruck « Sozialstaat » zu gebrauchen, — was muss man nun von seiner Logik halten, wenn sich diese ganze Deduktion hinterdrein wieder in dem oberflächlichen «anarchistischen» Schlagwort «Autonomie und Abschaffung des Staates» auflöst? Muss man denn da nicht denken, der gute Mann weiss nicht recht, was er will, und es ist ihm vor Allem darum zu thun, seine Schlagwörter anzubringen — eine bedenkliche Mode, die hauptsächlich durch Proudhon grossgezogen wurde.

Wie einfach, klar und gar nicht misszuverstehen ist dieser Verworrenheit gegenüber die Formel der direkten Gesetzgebung durch das Volk, das politische Schiboleth der Sozialdemokratie:

Immer und überall, wo Menschen zusammenleben, sind gegenseitige Rechte zu schützen, Interessen zu regeln, macht es sich nöthig, Normen aufzustellen, die für Alle verbindlich sind. Diese Normen nennt man Gesetze.

Es frägt sich natürlich dabei zuerst, wer soll diese Gesetze aufstellen, und sodann, in wessen Interesse sollen dieselben aufgestellt werden?

Beide Fragen hängen auf das Innigste zusammen, denn das Gesetz ist nichts anderes als das geschriebene Interesse des Gesetzgebers. Diejenigen, welche die Macht haben, Gesetze zu erlassen, machen dieselben in ihrem Interesse. Der Geist der Gesetze liegt viel weniger im Kopf als im Bauch des Gesetzgebers. So wird das Interesse des Gesetzgebers zum « Recht ».

Die sozialdemokratische Auffassung vom Recht kann aber keine andere sein, als wie sie von Rittinghausen formulirt wurde: « Recht ist das, was mit dem allgemeinen Interesse übereinstimmt. » Das ist eine präzisere Umschreibung des alten lateinischen Spruches «Salus populi suprema lex» (das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz).

Wer soll nun das allgemeine Interesse, das Volkswohl endgültig auslegen und feststellen, resp. wer kann es nur allein richtig thun? Das Volk selbst!

Nur wenn sich das Volk selbst seine Gesetze gibt, wird sich in ihnen sein allgemeines Interesse so ausgedrückt finden, wie das Volk zur gegebenen Zeit sein Interesse versteht.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk vollzieht sich durch zwei Rechte: 1. Das Gesetzesvorschlagsrecht für einen Bruchtheil ($^1/_{10}$, $^1/_{20}$ oder je nachdem) der Stimmfähigen. Dieses Recht bezeichnet man in der Schweiz mit dem Namen Initiative. 2. Das Abstimmungsrecht über die Gesetze (in der Schweiz Referendum genannt).

Bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk fällt also die sogenannte Volksvertretung ganz weg. Sobald sich für einen Gesetzesvorschlag eine verfassungsmässig festzusetzende Zahl von Unterschriften findet, gelangt derselbe zur Volksabstimmung und wird Gesetz, wenn er von der Mehrheit des Volkes angenommen ist. Ohne Volksbeschluss gibt es dabei also kein Gesetz.

Man begreift, dass auf diese einfache Weise sich alle Fragen, sei es in der Gemeinde, im Bezirk, in der Provinz und im Nationalstaat, ja selbst im universalen Staatenbund, in der Weltrepublik, entscheiden lassen.

* * *

Hier müssen wir nun auf einen Einwand eintreten, der gegenüber der allgemeinen Anwendung der direkten Gesetzgebung durch das Volk, sowohl in der Gemeinde, wie im grössern Staat erhoben wurde. Er ist zu finden in einer Abhandlung von Achselroth, betitelt: «Die Schlussabrechnung der deutschen Sozialdemokratie», erschienen in den Nummern 1—5 der «Obszina» (die Gemeinde), einer in Genf herausgegebenen «anarchistischen» Zeitschrift in russischer Sprache.

Achselroth findet in der Annahme, dass die direkte Gesetzgebung sich gerade so gut auf die Gemeinde, wie auf den Staat oder gar auf die Weltrepublik anwenden lasse, «zwei einander ganz entgegengesetzte Vorstellungen durcheinander gemischt». Er begründet diesen Einwand wie folgt:

> «Die Ergebnisse in dem einen und dem andern Falle sind so verschieden, dass gar keine Möglichkeit vorliegt, das Prinzip der direkten Gesetzgebung als Grundlage für die Verwaltung des Staatsterritoriums mit demselben Prinzip als Grundlage der örtlichen Selbstverwaltung irgendwie auszusöhnen. Entweder haben die Gruppen das unbeschränkte Recht, ihre innern Angelegenheitne selbst zu reguliren und Verbindungen unter einander einzugehen, oder dieses Recht wird beschränkt durch den oberen Willen der ganzen Bevölkerung des Staatsterritoriums. Im ersten Falle leiden die Interessen der staatlichen Einheit, da bei einer vollen Selbstverwaltung der Provinzen,

Städte, Dörfer etc. eine einheitliche Gesetzgebung für das ganze Land unmöglich noch behauptet werden kann; im zweiten Falle gehorcht zwar die ganze Bevölkerung einheitlichen Gesetzen, die Selbstverwaltung der örtlichen Gruppen ist aber dafür sehr beschränkt, oder mit andern Worten, die Einzelgruppen geniessen in Wirklichkeit gar nicht mehr die direkte Gesetzgebung.»

Diese Anschauung wird nun in einem Beispiel weiter ausgeführt. Achselroth nimmt an, es sei der Bevölkerung Russlands überlassen, vermittelst der direkten Gesetzgebung sich zu regieren. Bei der Grösse des Territoriums, der Verschiedenheit der Sitten, Entwicklungsstufen und Bedürfnisse der Bevölkerung, sei eine Uebereinstimmung derselben in allen Fragen der Gesetzgebung geradezu undenkbar. Nehmen wir nun an, es handle sich um die Frage des Kollektiveigenthums an Grund und Boden, welche entschieden werden sollte. Ein Theil der Gemeinden würde sich für das Kollektiv-Eigenthum erklären, ein anderer für das Privateigenthum. Hätte nun jede Stadt, jedes Dorf für sich die direkte Gesetzgebung, so würde wahrscheinlich in sehr vielen Ortschaften Russlands die Gemeinde-Verwaltung von Grund und Boden in Anwendung kommen, während in anderen die Privatwirthschaft angenommen würde. Durch eine unausgesetzte Propaganda würde man aber immer mehr Gemeinden zum Kollektivismus veranlassen und ihn zuletzt über das ganze Land ausbreiten.

Ganz anders, meint Achselroth, stellte sich die Sache, wenn man die Entscheidung von einer Abstimmung aller 80 Millionen Einwohner abhängig macht, — wie denn auch die Abstimmung ausfalle, für oder gegen den Kollektivismus — so muss sich die Minderheit fügen, sonst verliert die direkte Gesetzgebung durch das Volk für den ganzen Staat ihren Werth — die daraus hervorgehenden Gesetze würden ein todter Buchstabe bleiben.

Indem man die Herrschaft der Majorität als das oberste Prinzip des Volksstaates anerkennt, reduzirt man damit die Selbstverwaltung der örtlichen Gruppen fast auf Null.

Das hier von Achselroth ausgeführte Beispiel ist zwar ungeheuerlich genug ausgewählt, indem es ein Konglomerat der verschiedensten Nationalitäten und Kulturstufen, wie sie im heutigen Russland sich vorfinden, zur Grundlage nimmt, und diejenigen deutschen Sozialdemokraten, welche für den strammen Einheitsstaat sind, dürften in dieser ungeheuerlichen Konsequenz das Einseitige ihres Standpunktes merken.

Aber gibt es denn in dieser Streitfrage nur zwei Extreme, von denen das eine sich auf den durch Eroberungspolitik zusammengeschweissten Einheitsstaat — das andere sich auf die vollständige Zerschlagung dieses Einheitsstaates in lauter autonome Gemeinden stützt? Muss nicht eine unbefangene Untersuchung zeigen, dass zwischen Zentralisation und Auflösung noch ein weites Feld zu politischen und sozialökonomischen Gebilden liegt, zu Gebilden, welche erlauben, das Gute aus der Einheit und aus der Autonomie zu verwerthen? Kann denn die soziale Wissenschaft überhaupt extreme, absolute Dogmen anerkennen?

Diese Frage schon müsste den Einwand Achselroths gegen die direkte Gesetzgebung beantworten. Es müsste von «anarchistischer» Seite erst der Beweis geliefert werden, dass unter den heutigen Bedürfnissen eine Gemeinde überhaupt in sozialökonomischer Beziehung selbstständig existiren kann; erst damit könnte die Möglichkeit einer vollkommenen Gemeinde-Autonomie erwiesen sein. Dieser Beweis kann aber nicht erbracht werden. Selbst Gemeinden im Sinne Gambon's wären mit tausend und abertausend Fäden an die Welt, die ausser ihnen liegt, gekettet und würden durch den ökonomischen Zwang genöthigt werden, eine Reihe von gegenseitigen Verpflichtungen mit dieser ausserhalb liegenden Welt einzugehen.

Es wird sich also vernunftgemäss nicht um «vollkommene Autonomie», sondern wie beim Individuum und der Produktionsgruppe darum handeln, die jeweilen grösstmögliche Bewegungsfreiheit für die Gemeinde, für die territorialen Gemeindegruppirungen, die Bezirke, die grösseren Kreise und endlich die nationalen Staaten innerhalb des Universal-Staates bei der Zukunfts-Organisation zur Geltung zu bringen.

Ueber diese Aufgabe wird man sich nicht bequem mit absoluten Dogmen hinwegsetzen können, und es ist sogar für die Weiterentwicklung sehr schädlich, es muss unnütze Kämpfe und Krisen zur Folge haben, wenn man vor dieser Aufgabe die Augen schliesst.

Die Lösung dieser Aufgabe liegt in der schon erwähnten Formel: der Gemeinde, was der Gemeinde zukommt, dem Bezirk oder Kreis, was dem Bezirk oder Kreis zukommt u. s. w.

Es wird desshalb, um auf das Beispiel Achselroth's zurückzukommen, nicht in der Aufgabe einer Volksabstimmung der ganzen Bevölkerung Russlands liegen, zu entscheiden, ob das Gemeineigenthum an Grund und Boden für das ganze Russland entweder eingeführt werden muss oder nicht darf eingeführt werden. Schon an dieser Gegenüberstellung der extremsten Standpunkte sieht man, wie sehr sich Achselroth nur in der absoluten Denkweise bewegt.

Selbst in den heutigen Staaten stehen sich diese Extreme nicht gegenüber; wir finden — trotz der Garantie des Privateigenthums und der Gewerbefreiheit durch Verfassungen und Gesetze — kommunistische Gemeinwesen selbst in Deutschland (Herrenhuter etc.) und Russland, wie in den Vereinigten Staaten. Allerdings beruhen diese Gemeinwesen nur auf der vollständigen Uebereinstimmung der Gemeindegenossen in Bezug auf die kommunistische Grundlage derselben.

Also selbst der heutige Staat hat kein solch' absolutes Verbot des Kollektivismus, wie es Achselroth dem sozialdemokratischen Volksstaat eventuell zuschieben will. Ist z. B. die Bevölkerung einer Bauerngemeinde oder auch einer Stadt in Deutschland einig, die Gemeinwirthschaft einzuführen, so steht ihr, da die Bildung von Wirthschaftsgenossenschaften auf kommunistischer Grundlage, d. h. mit Solidarhaft der Genossen, gesetzlich erlaubt ist — seitens der Staatsgesetze nichts im Wege. Ist aber auch nur Einer darunter, der sich durch einen solchen Gemeindebeschluss in seinem Privateigenthum oder seiner Privat-

Gewerbethätigkeit verletzt sieht, so hat er das Recht, Klage zu erheben, und die Gerichte werden den Gemeindebeschluss aufheben müssen.

Die Einführung des Kollektivismus ist also heute desswegen unmöglich, weil der heutige Staat in Verfassung und Gesetzgebung die besitzlose Majorität an Entschliessungen hindert, welche in die an den Besitz geknüpften Vorrechte des kapitalistischen Privateigenthums und des privaten Gewerbebetriebs eingreifen. Der heutige Staat ist eben darum, weil er durch Verfassung und Gesetzgebung Privateigenthum an Arbeitsmitteln und Gewerbefreiheit garantirt, eine Versicherungsanstalt der Besitzenden, welche Verfassung und Gesetze in ihrem Interesse machten.

Aus diesem Grunde aber wollen die Sozialdemokraten die verfassungs- und gesetzgebende Macht in's Volk verlegen, um ihm das Recht und die Macht in die Hand zu geben, die Bahn der Entwicklung frei zu machen und die Mehrheit dadurch zu befähigen, Ansprüche und Vorrechte einer Minderheit zu überwinden, wie man dies ja auch heute schon z. B. bei Expropriationen für Eisenbahnen etc. macht.

Das Volk Russlands würde also, vorausgesetzt dass es seine jetzige Staatseinheit beibehält, so lange es noch zum Theil unter so zurückgebliebenen ökonomischen Verhältnissen lebt, erst verschiedene Vorfragen zu erledigen haben, welche den Kollektivismus in den vorgeschritteneren Gemeinden möglich machen und erleichtern — während anderseits das Volk Englands, in Folge seiner hohen ökonomischen Entwicklung und der extremen Ausbildung des Grossgrundbesitzes, schon jetzt oder doch mindestens in sehr kurzer Zeit befähigt wäre, die Frage, ob Privat- oder Gemeineigenthum an Grund und Boden, durch eine allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden, und dürfte das Resultat einer solchen Abstimmung in England kaum zweifelhaft für das Gemeineigenthum ausfallen.

Der Streit über die Frage, wie weit die Bewegungsfreiheit der territorialen Unterabtheilungen zu gehen habe, ist ein müssiger, — hier muss die ökonomische Nothwendigkeit — hier müssen die praktischen Verhältnisse entscheiden. Für den Zweck dieser Abhandlung genügt es, nachgewiesen zu haben, dass eine nach «anarchistischen» Forderungen «vollkommene Autonomie» der Gemeinde, ebenso wie eine solche des Individuums oder der Gruppe unausführbar und unsozialistisch ist, dagegen ein grösstmögliches Maass von Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht von den Sozialdemokraten zugegeben werden muss und von der Mehrheit auch unstreitig zugegeben wird.

Dabei mag ferner noch bemerkt werden, dass, wenn die Sozialdemokraten vom Volksstaat sprechen, sie dabei nicht von ferne behaupten wollen, es sollen in einem Staate solch' unnatürliche Verbindungen, wie sie durch Eroberungspolitik zusammengeschweisst wurden, zwangsweise aufrecht erhalten werden. Kein Mensch denkt daran, wie dies Achselroth den Sozialdemokraten unterzuschieben beliebt, die Bewohner von Kiew und Odessa einer Mehrheit von Mordwinen, Wot-

jaken, Baschkiren, Finnen etc. auszuliefern oder die Einheit des russischen Reiches durch Gensdarmen aufrecht zu erhalten.

Es versteht sich ganz von selbst, dass die Staats-Organisationen sich sowohl nach dem Willen der Bevölkerung, als nach der Nothwendigkeit gemeinsamer Interessen bilden werden, ob dabei Russland, oder Grossbritannien oder Frankreich sich in 5 oder 10 oder 20 oder noch mehr Staatsorganisationen vertheilt, ist für unsere Frage ganz gleichgültig, darüber mag die territoriale Solidarität, die Nothwendigkeit entscheiden.

Und ebenso versteht es sich von selbst, dass das Selbstbestimmungsrecht dieser Staatsorganisationen sich nach der Nothwendigkeit richten wird, mit andern Staatsorganisationen gegenseitige Verpflichtungen betreffend Verkehr, Austausch, gemeinsame Werke etc. einzugehen. Eine jede solche Verpflichtung wird natürlich die Autonomie einschränken, weil es im Interesse der Solidarität liegt.

Die Extreme, Zentralismus und vollkommene Autonomie, lösen sich einfach in einem vernünftigen Föderalismus auf, und die allersicherste Garantie dafür, dass in der künftigen Organisation keines der beiden Extreme obsiege, liegt gerade in der direkten Gesetzgebung durch das Volk.

Es muss zwar zugegeben werden, dass die Masse des Volkes noch sehr in Unwissenheit ist, doch aber wird das Volk trotzdem in vielen und dringenden Fragen gewiss das Richtige treffen. Hätte z. B. Napoleon III. im Frühjahr 1870 anstatt der Plebiszit-Komödie dem französischen Volke die Frage vorgelegt: Wollt ihr einen Krieg mit Deutschland? — ohne Zweifel hätte die übergrosse Masse der Bauern entschieden mit « Nein » gestimmt. Konnte man dieselben beim Plebiszit doch nur damit zum « Ja »-stimmen bewegen, weil man ihnen sagte: Wenn Ihr « Nein » stimmet, dann gibt's Krieg.

Würde man ferner heute das Volk in Frankreich, Deutschland, Oesterreich etc. abstimmen lassen, ob es jährlich so viele Millionen für die stehenden Heere ausgeben wolle, und würde man es diese Frage in Versammlungen frei discutiren und durch geheime Abstimmung ohne Druck von oben entscheiden lassen, — ohne Zweifel würde eine grosse Mehrheit die Frage verneinen, und der Militarismus wäre damit gefallen.

Ebenso würde jedes Volk in Europa, wenn man ihm die Frage vorlegte: Willst du dieses oder jenes Nachbarvolk mit Gewalt unterdrücken? diese Frage heute schon trotz aller Unwissenheit verneinen. Gelang es doch sogar in Russland nur damit, eine Kriegsbegeisterung zu erzielen, dass man dem Volke vorredete, es gelte, die bulgarischen Brüder vom türkischen Joche zu befreien.

Es steht darum den « Anarchisten » nicht gut an, vor der Majorität des Volkes eine solche Furcht zu haben und dieselbe für freiheitsfeindlich zu halten. Gerade die so naheliegende Idee möglichster Gemeindefreiheit steht bei Volksabstimmungen am allerwenigsten in Gefahr. Bei der grossen Mehrheit, namentlich unter dem Landvolk, ist vielmehr das Gemeindebewusstsein viel stärker entwickelt als das Staats-

bewusstsein. Das hat sich bei Abstimmungen in der Schweiz des deutlichsten gezeigt, — würde man in andern Ländern mit der direkten Gesetzgebung durch das Volk vorgehen, so würde man ganz bestimmt die gleichen Erfahrungen machen. Selbst im zentralistischen Frankreich fängt man bei Deputirtenwahlen die Bauern dadurch, dass man ihnen für ihre Gemeinde und ihren Kreis Versprechungen von Strassen, Kanälen etc. macht.

Man braucht also gar keine Furcht zu haben, dass bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk die Interessen und Freiheiten der Gemeinden zu kurz kommen; das wird hier so wenig wie bei den Interessen und Freiheiten der Individuen und Gruppen der Fall sein, weil ja jeder Einzelne, jede Gruppe und jede Gemeinde ihre nächstliegenden Interessen und Freiheiten am klarsten begreift und daher sicher nicht für Gesetze stimmen wird, durch welche ohne Nothwendigkeit oder praktischen Nutzen dieselben angetastet werden. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk ist also gerade die beste Garantie gegen übertriebenen Zentralismus.

* * *

Aber nicht nur die Furcht, dass die direkte Gesetzgebung durch das Volk zu zentralistischer Unterdrückung der Gemeindefreiheiten führen könne, bringt man «anarchistischer»seits als Einwand — man beruft sich auch überhaupt auf die Unwissenheit der Volksmassen und ihre Verständnisslosigkeit gegenüber den Zukunftsideen des Sozialismus.

Es lässt sich allerdings nicht bestreiten, dass diese Unwissenheit und Verständnisslosigkeit noch vorhanden ist, dass namentlich im letzten Jahrhundert Wissenschaft und Technik, Produktion, Austausch und Verkehr sich in einem derartigen Maasse entwickelt haben, dass das Verständniss des Volkes, namentlich der landwirthschaftlichen Bevölkerung, nur langsam nachfolgen kann. Dieses Verständniss musste um so mehr zurückbleiben, als der Volksschulunterricht noch sehr im Argen liegt und nach allen Richtungen, nach der religiösen, politischen und sozialen, ganz unter reaktionärem Einflusse steht.

Wird also auch die Thatsache der Unwissenheit und Verständnisslosigkeit der Volksmasse für die weitergehenden Fragen zugegeben, so sind doch die von den «Anarchisten» daraus gezogenen Schlussforderungen falsch.

> «Das Recht der Majorität, sagt Arthur Arnould (p. 35), ist das Recht der Gewalt — es ist nicht die Gewalt des Rechts!»

Das ist eine sehr hohle Redensart, denn eine Gewalt des Rechts, die nicht ein Recht der Gewalt wäre, hat es überhaupt noch nicht gegeben — ausser in den Köpfen spekulativer Philosophen und Metaphysiker. Besonders war Proudhon stark in solchen Schlagworten — halten wir uns nicht weiter dabei auf.

> «Es gibt keinen Irrthum, der nicht von der Majorität geglaubt, kein Verbrechen, das nicht von der Majorität verziehen, ja angenommen worden wäre.»

Warum das erstere? Weil man das Volk nicht unterrichtet hat? Warum das zweite? Weil das Volk keine politische Organisation und keine Machtmittel besass, um das Verbrechen verurtheilen und bestrafen zu können!

> «Lohnte es wohl der Mühe, frägt nun Arnould, das «göttliche Recht» der Monarchie abzuschaffen, um es durch das «göttliche Recht» der Majorität zu ersetzen?
>
> «Was gewinnt dabei die Freiheit und der Fortschritt?»

Der Begriffsverwirrung, welche in diesen Fragen liegt, kann man kaum etwas Besseres entgegensetzen, als die Gegenfrage: Glauben die «Anarchisten», die Freiheit und der Fortschritt in politischer und socialer Beziehung lassen sich durchführen ohne die Mehrheit, oder gar gegen die Mehrheit?

> «Unter den jetzigen Verhältnissen, sagt Arnould (p. 94), ist die Mehrheit nothwendiger Weise unwissend, unbewusst oder gleichgültig gegenüber den Interessen, welche sie nicht versteht, und welche ihr nicht direkt als die ihrigen erscheinen.
>
> «Nach diesem Schluss sind es die im Dunkel Lebenden, welche vermittelst der Intriganten den Aufgeklärten das Gesetz machen, und es ist die Vergangenheit, die mit der Faust die Zukunft am Kragen packt und in's Loch steckt.»

Beachte man nun aber doch übrigens, ehe wir genauer auf die Frage eintreten, dass — abgesehen von barbarischen Invasionen — die Mehrheit bis jetzt noch nie Freiheit und Fortschritt unterdrückt hat. Die Mehrheit hat wohl in Personenfragen grosse Fehler gemacht, sie hat sich von Unterdrückern blenden lassen und z. B einen Louis Napoleon gewählt etc. Unterdrückt wurde aber Freiheit und Fortschritt nur von Minderheiten.

Wie findet sich nun Arthur Arnould mit dieser Thatsache ab? Da lesen wir auf S. 64:

> «Man sagt: Es sind die Kapitalisten, die Arbeitgeber, die Bourgeois, die Männer der herrschenden Klassen, die jede Besserstellung der Arbeiter bekämpfen, jedes Zugeständniss an die Arbeiter zurückweisen, um ihre bevorzugte Stellung zu behaupten.
>
> «Es ist dabei gewiss Wahres; aber — die Kapitalisten sind doch weniger zahlreich als die Arbeiter, die Arbeitgeber weniger zahlreich als die Arbeitnehmer, die Ausbeuter weniger zahlreich als die Ausgebeuteten, die Bourgeois weniger zahlreich als die Arbeiter und Bauern, die Herrschenden weniger zahlreich als die Beherrschten.
>
> «Wie macht es sich nun, dass in jedem Streit zwischen dem Einen und dem Andern es immer die weniger Zahlreichen d. h. die Schwächeren sind, welche die Zahlreichern d. h. die Stärkeren erdrücken?
>
> «Was ist das für ein Wunder?
>
> «Es ist kein Wunder dabei!
>
> «Es ist der Staat!

. . . .

«Es ist der Staat allein, der eure Schwäche und euer Elend macht, wie er die Gewalt und den Uebermuth der Andern macht.»

Dieser Gedanke wird noch etwas deutlicher ausgeführt in Folgendem (p. 56 u. f.):

«Man hat öfter die gegenwärtige Gesellschaft mit einer umgekehrten Pyramide verglichen, welche auf der Spitze steht und mit der Grundfläche nach oben.

«. . . . man muss nun wohl annehmen — (weil diese Stellung eine unnatürliche ist) — dass irgend eine Gewalt die Pyramide in dieser widersinnigen und dem Gesetz der Schwere widersprechenden Stellung gewaltsam erhält.

«Es genügte daher diese Gewalt zu beseitigen, damit die Pyramide kraft der natürlichen Gesetze der Schwere sich wieder auf ihre Grundfläche stelle.

«Wer ist nun diese Gewalt?

«Der Staat, unterstützt durch die Einheit und Zentralisation.

«Beseitiget den Staat, und die Gesellschaft, weit davon entfernt zusammenbrechen, findet ihren Schwerpunkt wieder, wir gehen ein zur Logik und Wahrheit — d. h. zur Gerechtigkeit.»

Da wäre ja die Sache recht einfach! Der Staat ist also der «anarchistische» Sündenbock, den man einfach in die Wüste jagt. Wie bequem! Merkwürdig ist nur der noch nicht beseitigte Widerspruch, dass die «unwissende, unbewusste und gleichgültige Mehrheit» mit dem Verschwinden des Staates plötzlich auf die Logik, Wahrheit und Gerechtigkeit kommt!

Hierin liegt neben der extremen Auffassung der Autonomie die tiefste Differenz zwischen den Anschauungen der Sozialdemokraten und «Anarchisten», und hier haben wir auch den Punkt, von dem die scheinrevolutionäre Taktik der «Anarchisten» ausgeht — eine Taktik, die mit dem einen Flügel in Blut und Eisen getaucht ist, mit dem andern Flügel aber in der Manchester-Weisheit von Schulze-Delitzsch flattert. Ja wohl, Schulze-Delitzsch! denn bald nach dem zuletzt Zitirten kann man auf S. 59 lesen:

«Wenn ihr Arbeiter vom Staate verlanget, er soll euch Freiheit lassen, sich nicht mit euch beschäftigen, so ziehet ihr das Programm der Zukunft, ihr weiset den Weg der Wohlfahrt, den Weg, den die Revolution von nun an gehen muss . . . . .»

Mit Ausnahme des Nachsatzes könnte das Schulze-Delitzsch geschrieben haben!

* * *

Auf der einen Seite Manchesterthum, auf der andern Seite die «Propaganda der That», die Putsche und bewaffneten Spaziergänge,

sowie die Glorifikation von Hödel, Nobiling etc. — Das sind die Extreme, in denen sich «anarchistische» Taktik bewegt, und die alle nur daraus entstehen, dass man die Aufgabe ignoriren und umgehen will, die Hauptaufgabe der grossen Kulturbewegung, die man Sozialismus nennt, die nämlich: Das Volk zur Selbstgesetzgebung und zur Selbsterringung einer bessern Zukunft zu befähigen.

Bevor wir die Lösung dieser Aufgabe durch die direkte Gesetzgebung durch das Volk erörtern, mögen noch einige Bemerkungen über das von den «Anarchisten» so viel hervorgehobene Thema von der blutigen Revolution ihren Platz finden.

Selbstverständlich sprechen wir nicht über Berechtigung oder Nichtberechtigung blutiger Revolutionen, auch nicht über die Nothwendigkeit derselben, denn wenn man nicht gerade ein Barbar ist, der am Blutvergiessen Freude hat, und wenn man den Mord in jeder Form verabscheut, so kann man auch nicht die blutige Revolution als nothwendig erklären.

Gegenüber dem Kultus, der bei den «Anarchisten» mit der blutigen Revolution und der Vernichtung der herrschenden Repräsentanten der Reaktion getrieben wird, wollen wir nur einige Bemerkungen über die Hauptursache von blutigen Revolutionen und deren Nutzen für die Entwicklung resp. den Fortschritt hier niederlegen.

Blutige Revolutionen erscheinen immer nur dann, wenn die Machthaber den zur Reife und zum Bewusstsein gelangten Forderungen des Volkes, oder doch eines bedeutenden Theiles desselben, als letzten Grund die blutige Gewalt entgegenzusetzen vermeinen. Dann facht der kleinste Funke das Feuer an — die Machthaber sind überrascht, werden unsicher, begehen Fehler, und die Revolution siegt. Diese Revolutionen sind in der Regel mit wenig Blutvergiessen verbunden. So z. B. waren es verhältnissmässig wenige Opfer, welche in der grossen französischen Revolution von 1789 vor der Aufhebung der Feudallasten, ihrem Hauptwerke, fielen.

Diese Revolutionen bringen nur vorher schon spruchreife und im Bewusstsein des Volkes liegende Forderungen zur Anerkennung — sie sind gewissermassen nur der Schlussakt einer gewissen Entwicklungsstufe. Sie können wol in Beziehung auf den blutigen Verlauf durch Nachgiebigkeit der Machthaber verhindert, nie aber «gemacht» werden. Die hauptsächlichste revolutionäre Arbeit liegt eben in der Entwicklung bis zur Revolution. Dies muss uns ein einziger Blick auf die bedeutenden literarischen Erscheinungen in Frankreich vor der grossen Revolution und vor den kleineren bisherigen Revolutionen dieses Jahrhunderts beweisen, die allesammt viel bedeutender sind, als die literarischen Erscheinungen während und nach einer Revolution. Man muss also daraus schliessen, dass diese Revolutionen, da sie nur eine Entwicklungsstufe abschliessen, wohl der Sache des Fortschritts nützen, was aber nicht im Blutvergiessen, sondern in der vorangegangenen Entwicklung seinen Grund hat.

Weitere Fortschritte werden aber erst dann wieder erzielt, wenn

die innere und äussere (die geistige und die ökonomische Entwicklung) wieder zu einem Punkt der Reife gelangt ist.

Ausser diesen Revolutionen, die nur allein den Namen Revolution beanspruchen können, weil sie eine Umgestaltung bewirken, kommen und kamen namentlich früher eine ganze Reihe von blutigen, revolutionären Zuckungen vor. Dieselben entspringen aus einer gewissen Ueberreizung eines Volkstheiles, sei es durch gesteigertes soziales Elend, gesteigerten politischen Druck, vorangegangene Erschütterungen, oder — was nicht zu vergessen ist — damit zusammentreffende künstliche Aufreizungen, die mitunter von ehrlichen Hitzköpfen, mitunter aber auch von Regierungsagenten ausgehen.

Diese Zuckungen verlaufen in der Regel unglücklich und führen zu schwerem Blutvergiessen und fürchterlichen Racheakten der Reaktion. Die bedeutendsten Erscheinungen dieser Art sind die Bauernkriege des 15., 16. und 17. Jahrhunderts, die Junischlacht von 1848 und der Kommune-Aufstand von 1871.

Wenn bei diesen Zuckungen von einem Nutzen für den Fortschritt die Rede sein kann, so liegt er höchstens in den Lehren, die aus ihnen zu ziehen sind. Ob aber diese Lehren durch das Blut so vieler der fähigsten, einsichtigsten und aufopferungsvollsten Männer der Bewegung nicht viel zu theuer erkauft sind, das ist eine ernste Frage, die man nicht mit einigen «anarchistischen» Schlagworten abthun kann.

Wir bejahen diese Frage und verweisen dabei nur auf die innere und äussere Kraft der französischen Arbeiterbewegung vor dem Kommune-Aufstand und jetzt, schier acht Jahre später. Diese Lehre ist schwer — ein Jahrzehnt ist verloren, denn die französische Arbeiterbewegung ist noch nicht auf ihrem Stand von 1869 wieder angelangt — sie sollte alle Denkenden veranlassen, mit den alten Revolutions-Legenden zu brechen, anstatt sie mit den glühendsten Farben für die Schüler des Sozialismus auszuschmücken.

Die deutsche Socialdemokratie ist von den «Anarschisten» darum hart angegriffen worden, dass sie diesen Kultus der blutigen Revolution über Bord geworfen hat — die Zukunft wird zeigen, dass die deutsche Sozialdemokratie sehr wol daran that. Die jetzige Mundtodtmachung wird unter diesen Umständen die Entwicklung nicht hindern, vielmehr, da sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Sozialdemokratie lenkte und ihre Anhänger alle noch auf dem Platze sind, wird sie wesentlich zur Ausbreitung und namentlich zur Vertiefung der Bewegung beitragen.

Ueber die «Kopfabschneide»-Schwärmerei, die man auch unter den «Anarchisten» antrifft, verlieren wir nicht viele Worte. Die Unterdrückung und Ausbeutung wird nicht dadurch beseitigt, dass man die Personen, die heute eine unterdrückende und ausbeutende Stellung einnehmen, beseitigt. Der Grund der Unterdrückung und Ausbeutung liegt in den Verhältnissen, welche dieselbe ermöglichen. Vor dem Anmarsch der Kultur verschwinden die wilden Raubthiere, bei den Städte-Kanalisationen verschwinden die Ratten, bei höherer Reinlich-

keit verschwindet das lästige Ungeziefer. Und mit einer Umgestaltung der Wirthschaftsordnung im Sinne des Gemeineigenthums und der Gemeinwirthschaft werden auch die Unterdrücker, Ausbeuter und Schmarotzer verschwinden.

* * *

Wir sehen, wie von «anarchistischer» Seite erklärt wurde, durch die Unwissenheit, Bewusstlosigkeit und Gleichgültigkeit der Mehrheit des Volkes werde von den herrschenden Klassen der jetzige Stand der Dinge aufrecht erhalten — daher müsse man den Staat abschaffen.

Dieser gebrechlichen Logik gegenüber ist der sozialdemokratische Standpunkt ein sehr einfacher: Das Volk muss erzogen und befähigt werden! Der beste Lehrmeister ist die Praxis, die Uebung. Durch theoretische Vorlesungen lernt Niemand schwimmen — er muss in's Wasser gehen.

O, und das Volk lernt viel leichter, verdient viel mehr Vertrauen, als die sich zwar «antiautoritär» nennenden, aber sich sehr autoritärdogmatisch geberdenden «anarchistischen» Lehrmeister ihm zutrauen wollen. Man plage das Volk nur nicht mit Theorien, sondern zeige ihm eine Organisation der Gesetzgebung, wodurch es seine praktischen Angelegenheiten selbst reguliren kann: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Erfahrungen beweisen. Bringen wir statt dürrer Deduktionen lebensfrische Erfahrungen.

Vor dem Jahre 1830 waren die Bauern des Kantons Zürich nicht mehr geschult, als die Bauern irgend eines französischen Departements oder eines preussischen Regierungsbezirkes; sie waren auch gerade so bigott und abergläubisch, gerade so politisch rechtlos und mindestens so ökonomisch gedrückt wie jene.

Auf die Pariser Julirevolution von 1830 folgte im Kanton Zürich am 22. November des gleichen Jahres die Landsgemeinde von Uster, eine grosse Volksversammlung, die den Sturz des Aristokratenregimentes zur Folge hatte. Man begann eine gründliche Regenerationsarbeit, und vor allem im Schulwesen. Das Volk verstand aber die Sache noch nicht recht, und am 6. September 1839 rückten, von Pfaffen und Aristokraten aufgehetzt, die Bauern des Zürcher Oberlandes in die Stadt und verjagten wegen der Anstellung des liberalen Theologen F. D. Strauss die radikale Regierung. Der Kulturstufe wegen mag hier erwähnt werden, dass diese Bauern ausser den Dreschflegeln auch — Zwilchsäcke auf dem Rücken mitbrachten, um etwas zu plündern! Die Thatsache ist historisch und dem Schreiber dieses zudem noch von Augenzeugen bestätigt worden.

Ein paar Jahre später fing die bessere Schulbildung schon an zu wirken, und es wurde wieder heller. Zu dieser Zeit begann eine sozialistische Bewegung, an deren Spitze J. J. Treichler stand, die bald bedeutend wurde, aber später durch den Abfall Treichlers, der einträgliche Aemter bekam, einen harten Schlag erhielt.

Es folgte nun eine Zeit grosser Theilnahmlosigkeit, so dass die regierende «liberale» Partei selbst über Mangel an Opposition klagte. Bald aber zeigte sich's, dass im Volke eine grosse Unzufriedenheit vorhanden war, die zu einem Umschwunge heranreifte.

Am 15. September 1867 platzte die Fruchthülse. Bei Sturm und Schneeregen versammelten sich an vier Orten des Kantons etwa 20,000 Mann im Freien und hielten Landsgemeinden ab, worin sie Verfassungsrevision durch einen Verfassungsrath verlangten, welches Begehren am 26. Januar 1868 durch einen fast an Einstimmigkeit grenzenden Volksbeschluss zur Geltung gebracht wurde.

Die Verfassung, welche hieraus hervorging und am 18. April 1869 vom Volke angenommen wurde, enthält die wichtigsten Bestimmungen der direkten Gesetzgebung durch das Volk, wenn auch mit dem Repräsentativsystem noch nicht ganz gebrochen, sondern ein Kantonsrath beibehalten wurde.

Wenn von den etwa 70,000 Stimmberechtigten des Kantons Zürich 5000 Bürger mit Unterschrift einen Gesetzesvorschlag (Volks-Iniziative) einbringen, dann muss derselbe unverändert zur Volksabstimmung (Referendum) kommen. Kein Gesetz kann auch nur provisorisch in Kraft erklärt werden, wenn es nicht von der Mehrheit der an einer Volksabstimmung theilnehmenden angenommen wird. Der Kantonsrath kann daher nur Gesetzes-*Entwürfe* ausarbeiten — Gesetze werden sie erst durch Volksbeschluss.

Kaum ein Jahrzehnt ist vorübergegangen, seit das Zürcher Volk diese Rechte hat, und wie viel hat namentlich die landwirthschaftliche Bevölkerung dabei gelernt? Natürlich sind dabei auch etwa gute Gesetze verworfen, ja sogar auch mangelhafte angenommen worden — aber das hat gar nichts zu bedeuten gegenüber den Fortschritten, welche die *politische Bildung* des Volkes in dieser Zeit gemacht hat.

Gegenstände, die anderswo noch von gebildeten Leuten kaum verstanden werden, wie Organisation von Banken, Eisenbahnfragen, Steuerfragen etc. etc. werden in den Kreisen und Vereinen der Bauern diskutirt. — Die Unwissenheit hat dem Verständniss und dem Streben nach besserer Schulbildung Platz gemacht, die Zahl der Sekundarschulen (die auf Initiative der Gemeinde gebildet werden) ist auf dem Lande erheblich gestiegen, mit «Religionsgefahr» und dem «rothen Gespenst» bringt man die Zürcher Bauersame nicht mehr aus der ruhigen Ueberlegung — im Gegentheil gibt es bereits verschiedene Lokalblätter in den Landbezirken, die ganz sozialdemokratisch gehalten sind.

Ferner, das Bewusstsein der politischen Macht ist unter den Bauern gewachsen und an die Stelle der früheren Schüchternheit getreten. Wer die Volksrechte der direkten Gesetzgebung antasten wollte, würde gerade bei den Bauern auf einen unüberwindlichen Widerstand stossen. Und endlich ist an die Stelle der früheren Gleichgültigkeit eine rege Betheiligung an den Gesetzgebungsfragen getreten, so dass — obgleich jeder Bürger durchschnittlich im Jahre 10—15 mal zur Urne gehen

muss — in den Landbezirken die Betheiligung an den Volksabstimmungen bis auf 80, 90, ja über 90 % der Stimmberechtigten gestiegen ist.

Solchen Thatsachen gegenüber mussten diejenigen, die früher abschätzig über diese direkte Gesetzgebung durch das Volk dachten, verstummen und die wachsende Reife des Volkes anerkennen.

Und nun komme ein «Anarchist» und beweise vor allem, dass der französische Bauer, oder der deutsche weniger bildungsfähig sei, als der von Natur keineswegs besonders talentirte Zürcher Bauer. Da dieser Beweis aber nicht erbracht werden kann, müssen die Redensarten von der «unwissenden, unbewussten und gleichgültigen Mehrheit» nur als sehr oberflächliche Einwendungen betrachtet werden, mit welchen man das unsozialistische Schneckenhaus der «vollkommenen Autonomie» vertheidigen und die Hauptaufgabe bei Seite schieben will.

Eine Frage, wie die soziale, die so alle Gebiete des menschlichen Lebens und Denkens umfasst, die alle alten Gewohnheiten und Lebensverhältnisse umgestaltet, kann nur durch eine Umgestaltung der ganzen Denkens- und Willensrichtung des ganzen Volkes gelöst werden. Daran arbeitet allerdings nicht nur die ökonomische Entwicklung, sondern überhaupt die Entwicklung der Wissenschaft und Technik.

Fast unbemerkbar gehen wir Schritt vor Schritt immer mehr in die Gemeinwirthschaft hinein. Da sind die Gas- und Wasserversorgungen, in einigen Schweizer-Gemeinden die unentgeltliche und gleiche Beerdigung durch die Gemeinde, da beginnt man in Amerika ganze Städte mit Dampf zu heizen — da werden Riesenhotels gebaut, die den Vortheil gemeinsamer Konsumtion zeigen, da sind Posten, Telegraphen, Staatseisenbahnen, Staatsbanken (in einem demokratischen Gemeinwesen, wie im Kanton Zürich, von besonderer Bedeutung für das Volk), da wird die Frage des staatlichen Getreidehandels angeregt (kam im Kanton Zürich als Volks-Initiative jüngst zur Volksabstimmung) — so gehen wir mehr und mehr der Gemeinwirthschaft entgegen. Das Denken und Wollen des Volkes erhält nach und nach eine andere Richtung.

Es fehlt deshalb neben der Propaganda nur noch hauptsächlich daran, dass das Volk zum Gebrauch des Selbstbestimmungsrechtes und der Selbstbefreiungskraft befähigt werde und das geschieht, indem man ihm das Lehr- und Machtmittel dazu in die Hand gibt: die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Da wird das Volk lernen, sein eigener Gott, sein eigener Erlöser zu sein, es wird seinen Weg — und sei es auch durch Irrthum — zu finden wissen, haben doch die grössten Geister geirrt und schliesslich vom Volke gelernt und ist doch das Volk der starke Boden, aus dem der Lebensquell der Nahrung und Kraft fliesst, wie der edle Leopold Schefer so wahr sagt:

«Was das Volk nicht weiss, o das weiss Niemand!
«Was das Volk nicht will, o das will Niemand!
«Was das Volk nicht thut, o das thut Niemand!

Der isolirte sozialistische Staat.

Das Gebiet, welches der wissenschaftliche Sozialismus zu bebauen hat, ist ein immenses — umfasst es doch alle Beziehungen des Menschen zum Menschen. Wie klein ist dagegen die Schaar der kühnen Pionniere, die es mit Hingebung und Verständniss cultiviren! Und unter welchen Verhältnissen muss diese Arbeit vollbracht werden! Wie einst die römischen Besatzungen an der Reichsgrenze gegen Germanien nur die wenigen Augenblicke, die ihnen der unaufhörliche Kampf gegen die andrängenden Barbaren frei liess, auf die friedliche Arbeit des Pfluges und Karstes verwenden konnten, so bleibt den im aufreibenden Parteikampf stehenden Vorkämpfern des Sozialismus nur blutwenig Zeit zu theoretischen Reflexionen, zum weiteren Ausbau des Systemes*).

Ist es da ein Wunder, dass noch weite Strecken dieses Gebietes von Cultur wenig gewahren lassen, manche aber noch ganz unberührt liegen? Ich halte es im Gegentheil für viel bemerkenswerther und aller Achtung würdig, dass der Sozialismus auf dem theoretischen Gebiet bis jetzt trotz alledem schon so viel geleistet hat. Oder kennt die Geschichte irgend eine gesellschaftliche Bewegung, welche so eminent praktisch gewirkt und doch gleichzeitig ihre Theorie unaufhörlich vervollkommnet, zugleich so in die Breite und in die Tiefe gewachsen wäre, wie es die sozialistische seit ihrem Bestehen that?

Dass dies Resultat erzielt wurde, haben wir indessen nicht nur der begeisterten Selbstlosigkeit der sich ganz der Sache widmenden «Agitatoren», sondern auch zum Theil den Gegnern zu verdanken. Der Korn- und Weinbau jener römischen Legionäre wäre schlecht gefördert worden, wäre er nur auf die selten verfügbare Arbeitskraft der Combattanten angewiesen gewesen. Vielmehr waren es hauptsächlich die augenblicklich Waffenunfähigen, zur Erholung von den Strapazen und Wunden des Kriegsdienstes zeitweilig ausser Reih' und Glied Getretenen, welche sich im Verein mit einigen wenigen sich durchaus der friedlichen Arbeit Widmenden am erfolgreichsten der Bodenkultur annahmen. Ganz ebenso verhält es sich auf unserm Gebiet. Standen die fruchtbarsten Ideen schon zu allen Zeiten in einer

---

*) Der Artikel ist vor dem Erlass des Oktobergesetzes geschrieben — jetzt ist mehr Musse zu theoretischen Untersuchungen. Anm. d. Herausg.

innigen Verbindung mit dem Kerker, so ist auch der Ausbau des sozialistischen Systemes — seien die Beiträge grosse oder kleine gewesen — zum grossen Theil in den Gefängnissen geschehen.

Augenblicklich auch derart hinter der Front stehend, will ich die mir gegönnte Musse dazu benützen, um ein im Drang der Ereignisse bis jetzt fast völlig unbeachtet gebliebenes Terrain etwas zu bearbeiten, das der darauf verwendeten Mühe vollauf würdig ist. Es ist dies die Frage: ob der Sozialismus zur Durchführung seiner wirthschaftlichen Pläne in der ganzen zivilisirten Welt resp. bei allen ökonomisch entwickelteren Völkern zugleich zur Herrschaft gelangen müsse, oder ob auch ein einzelner sozialistisch organisirter Staat möglich sei.

Diese Frage ist bisher sowol in der mündlichen Agitation — so weit mir bekannt geworden — wie in der Presse kaum mehr als ganz oberflächlich erörtert worden, obwohl ihre Wichtigkeit einleuchtend ist. In der Regel hat man sich damit begnügt, es für wahrscheinlich, ja nothwendig zu erklären, dass die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus gleichzeitig in den Hauptländern der zivilisirten Welt vor sich gehen müsse. Eine ausreichende Begründung dieser Ansicht suche ich aber vergeblich.

Ich bin nun gerade der der erwähnten entgegengesetzten Meinung. Ich glaube nämlich — und werde es nachfolgend zu beweisen suchen — dass der endliche Sieg des Sozialismus in vorerst nur einem einzelnen Staat nicht nur historisch wahrscheinlicher sei, sondern dass auch der Existenz und Prosperität des isolirten sozialistischen Staates gar nichts im Wege stehe.

Keine Gefahr liegt der unzureichenden Erkenntniss näher, als eine neu erworbene Erfahrung sofort alles anwenden, aus einer neu erkannten Wahrheit ohne Rücksicht auf die sonstigen in Betracht kommenden Umstände alles erklären zu wollen. Da man das Ganze nicht kennt, hält man den Theil dafür. Diesem Fehler begegnen wir sehr häufig und zwar sowol im gewöhnlichen Leben, als auf dem Gebiet der Wissenschaft. Gute Ernährung z. B. ist gewiss eine wesentliche Voraussetzung der körperlichen Gesundheit, aber zu glauben, dass von ihr allein Wohlbefinden und Kraft abhänge, wie es Viele thun, ist unrichtig; denn es kommen noch eine ganze Menge anderer Dinge in Betracht, in Verbindung mit welchen das gewünschte Resultat erzielt werden kann, welche aber anderseits den Einfluss jenes Einen theilweise oder sogar ganz neutralisiren können. — Wasser ist gewiss ein vortreffliches Heilmittel, aber zu glauben, dass in ihm alle Körpergebresten ersäuft werden können, wie zahlreiche Anhänger der Hydrotherapie meinen, ist lächerlich; das Wasser ist eben ein Heilmittel, aber kein Arkanum, und gibt es ausser ihm noch viele andere Heilmittel, deren bei den meisten Krankheiten zur Erzielung einer günstigen Wirkung mit jenem zusammenwirken müssen. — Oder: Es ist sicher, dass der geologische Bau eines Landes von wesentlichem Einfluss auf das Leben des dasselbe bewohnenden Volkes sei, insoferne er auf dessen

hauptsächlichste Beschäftigung und deren Einförmigkeit oder Verschiedenheit massgebend, auf die sonstige Lebensweise und das Klima etc. theilweise, einwirkt; die Meinung aber, dass vom Bodenbau allein der politische und soziale Zustand eines Volkes abhänge, wäre so absurd, dass ich nicht erst nöthig habe, das Gegentheil nachzuweisen.

Nicht minder einseitig und unverständig verfahren aber sehr viele Sozialisten bei Beurtheilung der gesellschaftlichen Zustände und deren geschichtlicher Entwicklung. Diese Leute machen sich ihre Arbeit ungeheuer leicht, indem sie, gleichviel ob es sich um die französische Revolution oder den Untergang Karthago's, die Entstehung des Christenthums oder den Einfall Tschingis-Chans handelt, das grosse Wort gelassen aussprechen: alles das war und alles ist in den jeweiligen wirthschaftlichen Zuständen begründet! — Diese Erklärungsmethode hat sicherlich den Vortheil, einfach zu sein und zeitraubender Studien zu ersparen, im Uebrigen aber «erklärt» sie sehr wenig. Sicherlich ist es eine Wahrheit, dass die ökonomischen Verhältnisse die Grundlage aller gesellschaftlichen und politischen Organisationen und Institutionen bilden, und dass daher jede Entwicklung jener massgebend auf diese einwirken muss. So richtig es aber ist, dass die wirthschaftlichen Verhältnisse den allerschwerwiegendsten geschichtlichen Faktor bilden, ebenso falsch ist es, zu glauben, dass es sonst überhaupt keine geschichtlichen Faktoren gebe. Um die Absurdität dieser Behauptung zu erkennen, braucht man blos einen Blick auf die politischen und sozialen Zustände in den heutigen Hauptkulturländern und besonders auf die Stellung des Sozialismus in den letzteren zu werfen. Der Sozialismus setzt unbedingt ökonomisch entwickelte Verhältnisse voraus; käme es nun auf letztere allein an, so müsste er da am mächtigsten sein, wo die wirthschaftliche Entwicklung am grössten ist. Das ist aber keineswegs der Fall. England ist sicher das wirthschaftlich entwickeltste Land; trotzdem sehen wir in ihm den Sozialismus noch eine sehr untergeordnete Rolle spielen, während derselbe in dem ökonomisch minder entwickelten Deutschland bereits eine solche Macht ist, dass sich die ganze alte Gesellschaft nicht mehr sicher wähnt und zu seiner «Ausrottung» verbündet. Ebenso wenig lassen sich die politischen und religiösen Zustände Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens etc. aus den ökonomischen Verhältnissen allein erklären.

Die Wahrheit ist eben, dass die Geschichte kein kindlich einfaches Urväterwerkzeug ist, dessen Bau auch der Ungeübteste auf den ersten Blick begreift, vielmehr ein sehr komplizirter Mechanismus zahlreicher ineinandergreifender Theile von zwar sehr verschiedener Grösse und Bedeutung, die aber alle ihre Funktion haben. Ausser dem Hauptfaktor der wirthschaftlichen Verhältnisse sind noch zahlreiche andere bewegende Kräfte thätig, welche freilich alle in kausalem Zusammenhang mit jenem stehen, da sie grösstentheils direkt von ihm erzeugt, mindestens aber von ihm beeinflusst sind, die aber im Laufe der Geschichte zu so selbstständigen Mächten geworden sind, dass von ihnen und ihrer Kombination die Art — sowohl nach Form, als Zeit — in

welcher sich jene ursprüngliche Kraft äussert, sehr wesentlich abhängt. Diese wichtigen Faktoren sind: politische, rechtliche, wissenschaftliche, religiöse Zustände, Raceneigenthümlichkeiten etc., nicht zu vergessen auch des individualistischen Moments, das trotz der allgemeinen Gesetzlichkeit — denn gesetzmässig ist keineswegs gleichbedeutend mit mechanisch — im einzelnen eine grössere und einflussreichere Rolle spielt, als manche Geschichtsfatalisten ihr einräumen wollen.

Dass beim Zusammenwirken so zahlreicher Kräfte die Entwicklung irgend einer allgemein menschheitlichen Bewegung bisher kaum auch nur in zwei Ländern, geschweige denn in allen (selbstverständlich zivilisirten) eine nach Zeit und Art gleichheitliche sein konnte und noch kann, vielmehr eine überaus verschiedene sein musste und muss, ist klar. Und demselben Gesetz unterliegt auch der Sozialismus. Allerdings werden die politischen, religiösen etc. Ueberlieferungen und Institutionen, welche seiner Ausbreitung jetzt so häufig hindernd in den Weg treten — obwohl sie ihm unter gewissen, freilich selteneren, Umständen auch förderlich sein können — im Verlauf seiner Entwicklung mehr und mehr an Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft verlieren, bis schliesslich diese zwischen den Völkern errichteten Schranken vollständig fallen. Aber das wird bei der grossen Gewalt des Hergebrachten noch eine gute Weile dauern, und kann an die Möglichkeit der Hinausschiebung der Umgestaltung der Dinge durch den Sozialismus bis dahin im Ernst wohl nicht gedacht werden.

Unter den heute und auch für die heute absehbare Zukunft massgebenden Verhältnissen erscheint sonach die Annahme eines gleichzeitigen Sieges des Sozialismus in allen Kulturländern als schlechthin ausgeschlossen; nicht weniger und aus denselben Gründen aber auch die, dass dem Beispiele eines sozialistisch organisirten Staates nothwendig sofort alle übrigen zivilisirten Staaten folgen würden. Möglicher dagegen erscheint es schon, dass der Sozialismus in zwei oder drei wirthschaftlich und auch geistig entwickeltsten Ländern annähernd zugleich zur Herrschaft gelange. Die ökonomischen Gegensätze, welche schon heute in diesen Ländern einen hohen Grad erreicht haben, spitzen sich täglich mehr zu, Kapitalmonopolisirung und Massenverarmung machen rapide Fortschritte. Angesichts dessen wenden sich die enterbten Völker mehr und mehr von den politischen und religiösen Velleitäten, welche ihre Aufmerksamkeit und Kraft bisher so sehr von dem Hauptziel abwandten, ab und dem einzig rettenden Sozialismus zu, der sie organisirt und in ihrem Fühlen und Denken einander nähert. Gegenüber diesen täglich wachsenden Massen, die durch keinen Autoritätsglauben mehr von dem Streben nach den materiellen und ideellen Gütern zurückgehalten werden, müssen die herrschenden Klassen zu immer neuen physischen Unterdrückungsmassregeln schreiten, auch da, wo solche bis jetzt nicht beliebt waren. Bei solcher Gleichheit des Elends — und je weiter wir uns das Ende der heutigen «Ordnung» hinausgerückt denken, desto mehr wird sie eintreten — und allgemeiner Spannung kann dann allerdings die Bewegung, durch irgend ein das

Mass übervoll machendes Ereigniss in Fluss gebracht, mehrere Völker zugleich erfassen.

Ich sage, das ist möglich. Es wäre es aber auch nur dann, wenn die genannten Umstände auch wirklich einträfen und zwar nicht nur im Allgemeinen, sondern auch in vielen Einzelheiten, welche zur wirksamen Kooperation nöthig sind; das aber ist aus dem angeführten Grunde der so überaus verschiedenartigen Entwicklung der Völker um so unwahrscheinlicher, je näher wir uns den Zeitpunkt der Umgestaltung denken. Ein einziger vorurtheilsloser, nicht durch Wünsche getrübter Blick auf die genannten Länder genügt, um sich von dieser Unwahrscheinlichkeit zu überzeugen. Auf alle Fälle aber darf der praktische Politiker — und die Gegner sehen schon jetzt ein und werden später noch mehr einsehen, dass wir keineswegs so «unpraktisch» sind, als sie bisher glaubten — keine solch optimistischen Calcüls machen, sondern nur die sichersten Posten (und seien ihrer noch so wenige) anschreiben — sonst steht seine Rechnung auf schlechten Füssen.

Damit wären wir also auf den isolirten sozialistischen Staat gekommen, von dem ich nachgewiesen zu haben glaube, das er zwar nicht das allein Mögliche, aber das Wahrscheinlichste ist.

Indem ich nun dazu übergehe, die Existenzfähigkeit des isolirten sozialistischen Staates zu untersuchen, sehe ich von einer Erörterung der Art und Weise, in welcher der Sozialismus in diesem Staate zur Herrschaft kommt (resp. kam), absichtlich gänzlich ab, obwohl Reflexionen über dieses Thema nicht nur in jeder Beziehung sehr interessant wären, sondern auch bei der Neuorganisation des Staatswesens der Weg, auf welchem man zu ihr gelangt, selbstverständlich von gewichtigem Einfluss ist. Wollte ich aber alle die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten: den allmäligen friedlichen Uebergang von der alten in die neue Ordnung, oder die in Folge langer Zurückhaltung plötzliche und damit rücksichtslosere Umwälzung oder die verschiedenen zwischen beiden denkbaren Abstufungen, den früheren oder späteren Zeitpunkt der Umgestaltung etc. in Betracht ziehen, so würde ich mich in Einzeluntersuchungen verlieren, was meinem Willen vollständig ferne liegt. Meine Absicht ist vielmehr, die wesentlichen Bedingungen, welche mir für den Bestand des isolirten sozialistischen Staates, seine ökonomische Organisation und sein Verhältniss zu den übrigen, nicht sozialistisch organisirten Staaten massgebend erscheinen, so allgemein als irgend möglich zu fixiren — mit der einzigen Voraussetzung, dass ich als Zeitpunkt der Organisation dieses ersten sozialistischen Staates nicht eine in nebelhafter Ferne liegende Zukunft, sondern einen der Existenzmöglichkeit heute Lebender erreichbaren Termin im Auge habe.

Wir haben also einen Staat, in welchem der Sozialismus zur unbedingten Herrschaft gelangt ist, während in allen übrigen zivilisirten Staaten noch die alte Ordnung der Dinge, d. h. das alte Wirthschaftssystem — in Verbindung mit welchen politischen Formen ist hier gleichgültig — besteht. Welche Mittel wird nun unser Staat ergreifen, um einerseits seine innere Einrichtung nach den Prinzipien des Sozialismus zu gestalten und anderseits nach Aussen eine Stel-

lung einzunehmen, welche die Collision der alten und neuen Wirthschaftsordnung zu Gunsten der Letzteren löst und überhaupt sein Gedeihen sichert?

Was die Neuordnung der innern Verhältnisse betrifft — ich beschränke mich hier rein auf das wirthschaftliche Gebiet, dieser Stufe ökonomischer Entwicklung entsprechende administrative, politische, Bildungs- etc. Institutionen als selbstverständlich voraussetzend — so möchte es jedenfalls als das Einfachste erscheinen, durch die ganze, gründlich verpfuschte alte Rechnung einen resoluten Strich zu machen und frisch zu beginnen, d. h. sämmtliche Produktionsinstrumente durch einen gesetzgeberischen Akt aus dem unberechtigten Besitz der Einzelnen in den der Gesammtheit überzuführen und so an Stelle der anarchischen Privatproduktion die planmässige Kollektivproduktion zu setzen. Aber wenn die Geschichte auch an gewissen grossen Wendepunkten ihren gewohnten gleichmässigen Schritt beschleunigt und zahlreiche Hindernisse, die sie sonst bedächtig abträgt, im energischen Vorwärtsstreben mit einem Tritt niederwirft, so kennt sie doch keine Saltimortali, und wer sie je dazu nöthigen wollte, hat es schwer zu büssen gehabt. — In der ersten Zeit unseres Staates wird nothwendig ein Uebergangszustand eintreten müssen, in welchem das Alte, das Privateigenthum an den Produktionsinstrumenten, noch Platz findet, wobei es sich freilich von selbst versteht, dass möglichste Garantien gegen seinen bisherigen, dem Gemeinwohl schädlichen Einfluss und für sein successives Erlöschen geschaffen werden.

In Bezug auf die sofortige Besitzergreifung von Produktionsinstrumenten seitens unseres Staates wird im allgemeinen die schon öfter erörterte Regel massgebend sein, dass sie bei allen wirklich konzentrirten Betrieben zu erfolgen habe, während mangelhaft konzentrirte Branchen und solche, welche ihrer Natur nach schwer konzentrirbar sind, zunächst unter der Aufsicht des Staates dem Privatbetrieb und vor allem dem Wirkungskreis der Kommune zu überlassen sind. Es ist keineswegs der Zweck dieser Abhandlung, all die verschiedenen Produktionen unter den erwähnten Gesichtspunkten zu betrachten; es werden sich zu dieser Aufgabe andere, kompetentere Federn finden und haben sich zum Theil schon gefunden. Um aber die Grundsätze, nach welchen meiner Idee nach sowohl die sofortige Expropriation, als insbesondere die Unschädlichmachung, Unterordnung unter den allgemeinen Betriebsplan und allmählige Ueberführung in den Kollektivbesitz vorläufig noch in Privathänden befindlicher Produktionsmittel zu erfolgen haben, darzulegen, wähle ich einen wichtigen Produktionszweig, die Landwirthschaft, als Beispiel.

Ueber die Nothwendigkeit des Kollektivbesitzes von Grund und Boden braucht man unter Sozialisten so wenig ein Wort zu verlieren, wie über dessen Rechtmässigkeit; aufmerksam zu machen ist aber darauf, dass die Sicherung der unentbehrlichsten Lebenbedürfnisse in unserm isolirtem sozialistischen Staat in Folge der Möglichkeit, wenn auch nur vorübergehender, ganzer oder theilweiser Zufuhrstockung durch feindliche Massregeln der kapitalistischen Nachbarstaaten noch nothwendiger

als sonst, zeitweilig zu einer wahren Lebensfrage werden kann. Trotzdem ist es sehr zweifelhaft, ob in unserm Staate sofort das gesammte Land oder auch nur dessen überwiegender Theil in den Kollektivbesitz übergehen können wird. In England, vielleicht auch in Italien, wo schon heute fast die gesammte Bodenfläche von einer geringen Anzahl Grossbesitzern monopolisirt ist und die Kleinbesitzer kaum in Betracht kommen, wird die «Expropriation der Expropriateurs» keine Schwierigkeit machen, und der Staat ohne erheblichen Widerstand, sozusagen auf einen Schlag, Besitzer des gesammten Landes werden (denn die den Kleinbesitzern vielleicht gewährte Ausnahme wird ohne jeden gesetzlichen Zwang blos durch die Natur der neuen Wirthschaftsordnung bald ein Ende nehmen). Für die zersplitterten Bodenverhältnisse Frankreichs und Deutschlands aber das Gleiche zu fordern, würde — selbst die Entwicklung einiger künftiger Jahrzehnte vorausgesetzt — eine Absurdität sein. Das ganze Mittel- und Kleinbauernthum, das trotz seiner grossentheils bedeutenden Bedrängniss und Noth mit der grössten Zähigkeit an seiner Scholle hängt, würde, trotzdem seine Enteignung grösstentheils nur eine rein nominelle wäre und es dafür thatsächliche Vortheile erränge, ohne weitere Einsicht in unserm Staate nicht seinen Wohlthäter, sondern seinen Todfeind erblicken und demselben nicht nur passiven, sondern auch sehr aktiven Widerstand leisten.

Der von uns vorgestellte Staat wird also in seinen Besitz zunächst nur die schon vorhandenen öffentlichen Güter nehmen, also alles Staatseigenthum, das Kirchen-, Schul- und sonstiges Stiftungseigenthum und die Gemeindegüter. In wieweit und nach welcher Massgabe auch der private Grossbesitz zur sofortigen Expropriation heranzuziehen sein wird, resp. ob dies in Hinblick auf die nachfolgend dargelegten, die schnelle Vergrösserung des Kollektivbesitzes sichernden Grundsätze, welche unser Staat dem fortbestehenden Privatgrundbesitz gegenüber zur Anwendung bringt, überhaupt nöthig ist, wird auf den speziellen Fall ankommen, ist also hier nicht zu erörtern. — Durch diesen Besitz der öffentlichen Güter hat — wenn derselbe zentralisirt ist, was heute nicht der Fall — der Staat schon einen gewichtigen Einfluss auf die landwirthschaftliche Produktion, einmal in Folge der Vortheile rationellen Grossbetriebes und dann durch die ökonomische Hebung seiner Arbeiter, — ein Einfluss, der freilich erst durch anderweitige, nachher zu erläuternde Bestimmungen massgebend werden kann.

Die bedeutend grössere Menge des Bodens befindet sich also immerhin noch im Privatbesitz. Welche Massnahmen hat nun unser Staat zu treffen, um diesen Privatbesitz nicht nur zu hindern, dass er in der bisherigen Weise dem öffentlichen Wohl schädlich werde, sondern ihn zu zwingen, demselben dienstbar zu sein? Um diese Frage präzis beantworten zu können, muss ich vor allem eine Gegenfrage stellen: Was verschafft dem Privateigenthümer von Produktionsmitteln die Möglichkeit, letztere zum Schaden der Allgemeinheit zu gebrauchen? Nun, wird man erwidern, eben der Umstand, dass diese Produktionsmittel sein «Eigenthum» sind, mit dem er an-

fangen kann, was er will. Diese Antwort ist im allgemeinen vollkommen richtig, genügt aber im einzelnen und speziell für unsern Fall keineswegs.

Der Begriff «Eigenthum» ist kein ein für allemal feststehender, vielmehr ist er von den verschiedenen Zeiten und Völkern sehr verschieden aufgefasst worden, wobei dem unumschränkten römisch-rechtlichen Eigenthumsbegriff des jus utendi et abutendi und jus quæ cuique rem suam negligere licet (den die Eigenthumsfanatiker noch heute am liebsten zur obersten unnahbaren, ausser aller Diskussion stehenden Gottheit erklären möchten) praktisch nach zeitlicher und örtlicher Ausdehnung das geringste Wirkungsgebiet zukommt. Fast überall erlitt und erleidet das Eigenthumsrecht zahlreiche Einschränkungen, die häufig sogar soweit gehen, dem Eigenthümer im Interesse des öffentlichen Wohles jede Disposition über sein Eigenthum (mit Ausnahme des Veräusserungsrechtes) zu nehmen. Die Vergangenheit, die bei den Griechen, Römern etc. Beispiele des unbestrittenen Verfügungsrechtes des Staates, d. h. der Allgemeinheit über den Besitz des Einzelnen, genug böte, ganz beiseite lassend, will ich nur einen prägnanten derartigen Fall aus der Gegenwart anführen. Nach den neuesten Forstgesetzgebungen Oesterreichs und Württembergs (nach deren Ausdehnung auf alle Kulturstaaten die Forstmänner streben) darf der Eigenthümer eines Waldes in demselben ohne Erlaubniss der Forstaufsichtsbehörde absolut gar keine Veränderung vornehmen. Hält die Forstbehörde aus forstwirthschaftlichen Gründen eine Holzfällung für schädlich, so darf der Eigenthümer keinen einzigen seiner Bäume schlagen, und brauchte er das Holz auch noch so dringend; ist dagegen ein Hieb nöthig (z. B. wegen Ueberständigkeit), so muss ihn der Eigenthümer ausführen, wenn er auch gar keine Lust dazu hat. Das, was das Privateigenthum an Produktionsinstrumenten am gefährlichsten für die Allgemeinheit macht, nämlich die vollkommen freie Verfügung, es gut oder schlecht zu gebrauchen, ist ihm so genommen; es kann der öffentlichen Wohlfahrt nicht nur entgegen handeln, sondern muss ihr in allen Dingen dienen. Geblieben ist dem Eigenthümer nur das, den Grundbestandtheil des Eigenthumsbegriffes ausmachende Recht, früher oder später aus seinem «Eigenthum» einen der Gesammtheit nicht zukommenden, separaten Nutzen zu ziehen, der zwar in Folge jener Beschränkungen keineswegs nach Belieben vergrössert werden kann, aber immerhin noch ein wesentliches Vorrecht dem Nichtbesitzenden gegenüber bildet.

Halten wir diese Eigenthumsdefinition fest (man sieht, dass wir keineswegs lauter so ganz «Unerhörtes» und «Niedagewesenes» einführen wollen, vielmehr nach jeder Richtung blos an schon vorhandene Zustände anknüpfen, viele schon in der heutigen «Ordnung» existirende Keime nur zu entwickeln brauchen), so ist die Aufgabe, im Uebergangsstadium einen modus vivendi zwischen dem sozialistisch organisirten Staat und dem Privateigenthum zu schaffen, der die nöthigen Garantien für das öffentliche Wohl — sowohl für das augenblickliche als für das künftige, d. h. für den successiven Uebergang des Privat-

besitzes in den Kollektivbesitz — bietet, zu finden, keineswegs allzuschwierig.

Für das ganze Land wird ein nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Landwirthschaftslehre und den Ergebnissen der Konsumstatistik entworfener Wirthschaftsplan aufgestellt, dessen Bestimmungen über die Kultur des Bodens (zum Getreide-, Futter-, Garten- etc. Bau) und die dazu anzuwendenden Mittel (Bewirthschaftungsart, Samensorten etc.) genau einzuhalten, die Privateigenthümer gesetzlich ebenso verpflichtet sind, wie die Betriebsleiter der Staatsgüter. Zum Zwecke der Durchführung des Wirthschaftsplanes wird der ganze Staat in Landwirthschaftsbezirke eingetheilt, deren jeder das nöthige Beamtenpersonal zur Beaufsichtigung und Hilfsbewirthschaftung erhält. Privatgüter, welche aus Renitenz oder Unkenntniss anders, als es der Wirthschaftsplan vorschreibt, verwaltet werden, werden vorläufig auf Kosten ihrer Eigenthümer unter besondere Kontrole der staatlichen Landwirthschaftsbeamten genommen; zeigen sich die Eigenthümer aber dauernd widerspenstig oder unfähig, die zur Erzielung einer rationellen Bewirthschaftung gegebenen Bestimmungen zu erfüllen, so erfolgt Expropriation — ebenso selbstverständlich bei Emigration und Landesverrath der Eigenthümer (in den letztern Fällen natürlich ohne Entschädigung). — Wie die Privatbesitzer sich hinsichtlich des Bodens nach den staatlichen Bestimmungen zu richten haben, so haben sie dies auch in Bezug auf die bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu thun. Es werden nicht nur gesetzliche Massnahmen in Betreff der Arbeitszeit, der nöthigen sanitären und sonstigen zum Arbeiterschutz erforderlichen Einrichtungen getroffen, sondern auch ein Minimallohn festgesetzt (wobei selbstverständlich der Staat auf seinen Gütern nach jeder Richtung mit gutem Beispiel vorangeht).

Was die Verwerthung der Erträgnisse betrifft, so ist dabei natürlich die gemeinschädliche Spekulation auszuschliessen, was ebenfalls durchführbar ist, ohne an die Substanz des Eigenthums zu gehen. Unser Staat ist auf dem gesammten Markte massgebender Preisbestimmer. Er verkauft seine Produkte, welche immerhin schon einen bedeutenden und dabei immer wachsenden Prozentsatz der gesammten Produktenmenge ausmachen, zu einem fixen Preis, der ausser den gesammten Erzeugungskosten nur noch die Entschädigungsraten an die Expropriirten (wovon später) deckt. Da nun der Privateigenthümer seine Produkte weder in eigennütziger Absicht dem Konsum vorenthalten darf, noch sich etwa durch Ausfuhr einen lohnenderen Markt suchen kann (da sich der Handel, wie noch zu zeigen, im Alleinbesitz des Staates befindet), so ist für seinen Verkauf der vom Staat bestimmte Preis wesentlich massgebend, so lange nämlich ein eigentlicher «Markt», d. h. Konkurrenz überhaupt noch existirt. Durch die successive Einführung der staatlichen Lebensmittelämter wird dies Verhältniss jedoch ziemlich schnell sein Ende erreichen und den Privateigenthümern dann nichts übrig bleiben, als ihre Produkte dem Staate zu dem von diesem ermittelten Preis zu verkaufen. Ihr ganzer Gewinn wird also — im Hinblick auf die oben erwähnten Massregeln, welche den Privatprodu-

zenten kaum billiger als der Staat produziren lassen — lediglich in dem Lohn für die Betriebsleitung (so weit sie zu dieser gewillt und fähig) und jenem Theil des Verkaufspreises bestehen, den der Staat als Entschädigungsrate an die Expropriirten zu bezahlen hat, den der Privatproduzent aber für sich behalten kann.

Unter solchen Umständen sind freilich die Vortheile des Privateigenthums sehr prekärer Natur. Der Eigenthümer kann seinen Grund und Boden nicht mehr nach Belieben zur Ausbeutung des Arbeiters und Konsumenten, zur Befriedigung seiner Passionen etc. verwenden; dagegen hat er dem Staat gegenüber sehr bedeutende Pflichten und eine schwere Verantwortung. Als einziger reeller Nutzen seines Eigenthums bleibt ihm aber genau so viel, als er ohne jede Verantwortlichkeit und Verdriesslichkeit auch erhielte, wenn er sein Eigenthum freiwillig expropriiren liesse. Unter diesen Verhältnissen dürfte wohl die überwiegende Mehrzahl der grösseren Besitzer bald freiwillig auf ihren «Eigenthümer»-Titel verzichten und sich mit der vom Staate gewährten Entschädigungsrente zurückziehen. Diejenigen von ihnen aber, die ein träges Genussleben verabscheuen und arbeiten w o l l e n, werden entweder fortfahren, ihr Eigenthum tüchtig zu bewirthschaften und dadurch sich selbst und dem Gemeinwohl nützen, oder sie werden als Wirthschaftsbeamte der verschiedensten Art im Staatsbetrieb ein lohnendes Feld für ihre Thätigkeit finden. Die Kleinbesitzer aber werden schnell einsehen, dass sie als Staatsarbeiter eine weit günstigere Existenz haben, denn früher als «Eigenthümer», und werden deshalb aus Feinden des Kollektiveigenthums dessen eingefleischteste Freunde werden.

Dass sich in Folge alles dieses das Staats-(Kollektiv-)Eigenthum rapid vermehren wird, liegt auf der Hand. Um die Amortisirung des Privateigenthums noch mehr zu beschleunigen, bedarf es dann nur noch einer gesetzlichen Bestimmung, wonach jeder, der sein Privateigenthum nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt an den Staat abgetreten hat, für die später erfolgende Expropriation nur mehr einen Theil der bis dahin gewährten Entschädigungsrente erhält, während von einem ferneren Termin ab das Privateigenthum an den Produktionsmitteln überhaupt aufhört. —

Hinsichtlich der erwähnten «E n t s c h ä d i g u n g s r e n t e» habe ich noch einige Erläuterungen zu geben, damit kein Missverständniss darüber entstehe, was ich darunter verstehe. Von einer förmlichen «Ablösung» (nach Art derer der deutschen Feudallasten oder der russischen Leibeigenschaft), einer Entschädigung dem vollen Geldwerth nach, wie sie sich z. B. Rodbertus und Schäffle vorstellen, wird schwerlich die Rede sein. Würde doch durch die Vererbbarkeit so kolossaler Genussmittelmengen auf Generationen hinaus der Fortbestand einer zahlreichen Klasse von durch die Arbeit der übrigen Bürger zu ernährenden Faullenzern gesichert. Das ist aber dem Prinzip des Sozialismus diametral entgegen. An Leuten, welche die Nichtgewährung einer solchen Ablösung eine «Ungerechtigkeit» nennen, wird es natürlich unter den bisherigen Privilegirten nicht fehlen. Uebrigens sind wir Sozialisten

wahrlich nicht die ersten, welche ein derartiges «Recht» der enteigneten Enteigner nicht anerkennen. Welche «Ablösung» erhielten denn die atheniensischen Eupatriden bei der Solonischen Seisachtheia? oder die französischen Feudalherren für die Aufhebung ihrer Lehnsrechte durch die Augustdekrete des Jahres 1789? oder die südamerikanischen Sklavenbarone für die Emanzipation der Negersklaven? oder die Zunftmeister vieler Länder bei der Einführung der Gewerbefreiheit? Keine.

Die Gerechtigkeit der socialistischen Gesellschaft besteht darin, dass sie jedem ihrer Angehörigen eine gleich menschenwürdige Existenz und gleichen Antheil an den geistigen und körperlichen Lebensgenüssen sichert, sofern er an der Erhaltung und Vervollkommnung der Gesellschaft nach seinen Kräften mitarbeitet. Durch diese Garantie gewinnt nicht nur der früher Arme, sondern auch der ehedem Reiche, da er die Unsicherheit des Eigenthums mit all' ihren materiellen und moralischen Nachtheilen gegen eine absolute Sicherheit der Existenz vertauscht. Indem unser Staat dem bisherigen Eigenthümer diese Sicherheit gibt, erfüllt er nur seine Pflicht, aber auch seine ganze Pflicht. Und wenn er diesen Leuten trotzdem noch mehr gibt, so geschieht das deshalb keineswegs in Anerkennung irgend eines nicht existirenden «Rechtes» auf solche Mehrleistung, sondern lediglich aus praktischen Gründen, um nämlich den Uebergang aus dem alten Zustand der Dinge in den neuen zu erleichtern. Einzig aus diesem Gesichtspunkte lässt sich die erwähnte «Entschädigungsrente» rechtfertigen, woraus sich die Art, in welcher sie zu geben ist, leicht ergibt. Wie schon ihr Name sagt, wird diese Entschädigung (richtiger und bezeichnender: Trost- und Beschwichtigungsgeld) nicht auf einmal, sondern als eine Art von Genussmittel-Leibrente gegeben. Sie wird eine mässige sein, d. h. das Durchschnittseinkommen der Bürger nicht allzu unverhältnissmässig übersteigen; aus diesem Grund wird sich auch mit der steigenden Grösse des expropriirten Vermögens der Prozentsatz der Entschädigung entsprechend vermindern und bei einer gewissen Höhe jede Steigerung aufhören. Diese Rente erhält nur die expropriirte Generation selbst, während die ihr folgende blos noch einen Theil davon bekommt; nach dieser ist auch das letzte Ueberbleibsel der alten Ungleichheit verschwunden.

Aehnlich, wie ich es vorstehend von der Bodenbebauung gezeigt habe, wird unser Staat auf allen Produktionsgebieten vorgehen und dadurch das Privateigenthum — soweit nicht grosse Konzentration des betr. Betriebes dessen sofortigen Uebergang in den Gemeinbesitz möglich und nothwendig macht, wie z. B. bei der Montanindustrie (bei den Eisenbahnen*) und sonstigen Verkehrsinstituten ist es ja ohnehin selbstverständlich) — nicht nur hindern, dem Gemeinwohl wie bisher zu schaden, sondern es auch zwingen, in seinem Dienste zu fungiren, dadurch aber sich allmählig selbst aufzuzehren. Die Art der Anwendung der aufgestellten Grundsätze auf die verschiedenen

---

*) Deren Expropriation in einigen deutschen Staaten in ähnlicher Weise betrieben wird.. Anm. d. Herausg.

Produktionszweige zu erörtern, fühle ich micht nicht berufen, ich wollte nur an einem Beispiele die Grundsätze selbst zeigen; eine derartige, auf Grund des heutigen und der für die nächste Zukunft voraussichtlichen Entwicklung angestellte Untersuchung würde aber ohne Zweifel sehr verdienstlich sein.

Nur einer Art von Privateigenthum muss ich noch besonders gedenken, weil bei ihr die vorerwähnten Grundsätze der Natur der Sache wegen nicht durchweg zutreffen, vielmehr wesentliche Modifikationen erleiden müssen. Ich meine jenen Besitz, der heute vulgär allein als «Kapital» bezeichnet wird, nämlich der Geldbesitz, der Besitz an Leihkapital. Dessen Rolle ist in unserm Staate mit dem Wegfall seiner Voraussetzungen selbstredend gründlich ausgespielt; es hat in einer ökonomischen Organisation, welche lediglich auf Arbeit beruht, absolut keinen Platz mehr. Desshalb kann auch hier von einer allmähligen Expropriation keine Rede sein, sondern muss dieselbe unbedingt sofort und auf ein Mal erfolgen. Sämmtliche Schuld- und Pfandtitel aller Art, heissen sie nun Hypotheken, Wechsel, Privatschuldscheine, Aktien, Pfandbriefe, Börseneffekten jeder Gattung, — sie gehen gesetzlich alle an den Staat über. Die Expropriirten erhalten eine nach dem faktischen Werth ihres früheren Besitzes bemessene Entschädigungsrente. Vermögliche, d. h. noch privatbesitzende und nicht lediglich von ihrer Arbeit lebende Schuldner werden vom Staat zur entsprechenden Abtragung ihrer Verpflichtungen an ihn angehalten. Muss die Expropriation des bereits zinsbar gemachten Kapitals eine obligatorische sein, so ist dies keineswegs der Fall in Bezug auf das im Privatbesitz befindliche Baargeld. Da der Wegfall des Metallgeldes, des Weltgeldes, mit dem der Handel oder vielmehr die Ausbeutung der Arbeit durch den Handel unzertrennbar verbunden ist, eine nothwendige Voraussetzung der sozialistischen Organisation unseres Staates ist, so ist das bisherige Geld in unserm Staat fortan nur mehr einfaches Metall, aus dem sich der Eigenthümer Werkzeuge, Kunstgegenstände etc. fertigen lassen kann, aber nicht mehr ein allgemeines Zirkulationsmittel, durch das sich der Eigenthümer jeden Augenblick beliebige Genüsse zu erkaufen vermag. In Genussmittel umsetzen können die Metallgeldbesitzer dies ihr Eigenthum nur mehr auf zwei Arten: Entweder sie treten ihr Geld an den Staat ab, der es zu Leistungen an das Ausland braucht und ihnen dafür Entschädigungsrente gibt. Oder sie gehen mit ihren Geldsäcken in's Ausland, woran sie zu hindern unser Staat gar keinen Grund hat — je weniger Faullenzer, desto besser; wie lange sie übrigens dort ihre Existenz fortfristen, ist eine andere Frage. —

Wie ich schon oben bemerkt habe, verzichte ich darauf, alle die mit der sozialistischen Organisation des Produktionswesens Hand in Hand gehenden politischen, administrativen etc. Umgestaltungen aufzuzählen; meine Absicht ist ja, ein bisher vernachlässigtes Gebiet zu bearbeiten, nicht aber von Dingen zu sprechen, die häufig genug erörtert wurden und werden, dass man wenigstens ein allgemeines Verständniss derselben voraussetzen darf. Aber ein kurzer Hinweis

darauf ist mir doch gestattet, welch kolossale Menge von Arbeitskräften durch all diese Umgestaltungen für die Produktion verfügbar werden, die bisher gegen ihren Willen brach liegen oder schädlich wirken mussten (Armee, Theil der Beamten etc.).

Durch diese bedeutende Vermehrung der Arbeitskräfte und den rationellen Betrieb, mit einem Worte durch die Entwicklung und Zusammenfassung aller dinglichen und persönlichen Produktionskräfte zu einem planvoll geleiteten Ganzen wird eine grossartige, jetzt noch gar nicht absehbare Vermehrung der Produkte stattfinden. Deutschland z. B. würde unter solchen Verhältnissen bald nicht mehr nöthig haben, alljährlich für zirka 100 Mill. Mark an Getreide, Mehl und Fleisch einzuführen, weil dieses Land, sobald erst die ungeheueren gar nicht, schlecht oder falsch bebauten Landstrecken richtig kultivirt und an Stelle der Kräfte vergeudenden Zwergwirthschaft ein rationeller, mit allen Hülfsmitteln der Wissenschaft und Technik arbeitender Grossbetrieb getreten sein wird, diese Lebensmittel bald selbst erzeugen könnte. Und dieselbe Produktenvermehrung würde auch auf allen Industriegebieten, ja dort erst recht, eintreten, so dass nicht abzusehen ist, woher der Mangel, ja der Hunger, der nach der Prophezeihung von Gegnern in unserm Staate bald herrschen soll, kommen sollte; wahrscheinlicher ist vielmehr, dass das gerade Gegentheil davon eintreten wird.

Mit dieser Organisation der Produktion muss aber die der Konsumtion d. h. der Genussmitteldistribution, Hand in Hand gehen, wenn der erstrebte Zweck erreicht werden soll. Dass sich die auf diesem Gebiet herrschende vollkommene Anarchie, die Ausbeutung des Volkes durch Spekulation, Schwindel, Fälschung, massenhaften Zwischenhandel etc. nicht mit dem sozialistisch organisirten Staat verträgt, braucht nicht erst erörtert zu werden. So nothwendig aber hier das energische Einschreiten des Staates ist, so wenig schwierig ist es, da man es hier mit gar keinem festen Eigenthum zu thun hat. Der Staat kann die private Genussmitteldistribution ohne Weiteres mit deren eigenster Waffe todtmachen, indem er als grösster Konkurrent seine kleineren Rivalen aus dem Feld schlägt. Er errichtet zahlreiche Lebensmittelämter, in denen er sowohl die eigenen Produkte, als die von ihm allein importirten Waaren (worüber nachher ausführlicher) zum Selbstkostenpreis verkauft. Da die Kaufleute aus den angegebenen Gründen weder die inländischen Produkte noch die ausländischen Waaren billiger kaufen können, da ferner infolge der auch von ihnen einzuhaltenden Arbeiterschutzgesetze mit dem Minimallohn etc. auch ihr Geschäftsbetrieb keineswegs billiger ist, da endlich die lediglich im Dienste des Gemeinwohles funktionirenden Lebensmittelämter den Konsumenten hinsichtlich der Qualität der Waaren eine viel grössere Garantie bieten, als die auf ihren Privatvortheil bedachten Kaufleute, so werden die letzteren mit dem Staat nicht lange konkurriren können, vielmehr wird der Zulauf zu den Lebensmittelämtern und damit der Bedarf nach deren Vermehrung ein immer grösserer werden, bis dieselben den Privathandel vollkommen verdrängt haben. Dass die Kauf-

leute desswegen nicht brodlos werden, braucht man nicht eigens zu versichern; sie werden eben zum Theil bei den Lebensmittelämtern angestellt werden, während ein anderer Theil, der durch die Beseitigung des Zwischenhandels und der bisherigen, fabelhaften Kräfteverlust erzeugenden Zersplitterung in diesem Thätigkeitszweige überflüssig wird, in anderen Arbeitsbranchen Verwendung findet. Wer sich vergegenwärtigt, welche ungeheuren Schäden durch den ausserordentlichen Transportluxus, die ebenso grosse Lokal- und Arbeitskräfte-Verschwendung, die Verfälschung und den Verderb der Waaren — abgesehen von Betrug, Schwindel etc. — entstehen, der kann sich einen Begriff machen, wie sehr die Organisation der Konsumtion, zusammenwirkend mit der der Produktion, das Wohl unseres Staates und seiner Bürger fördern wird.

Mit dieser Organisation der inneren Verhältnisse ist aber noch keineswegs Alles gethan. Kein Kulturvolk lebt nur für sich, nichts brauchend, als was es selbst erzeugt und nichts erzeugend, als was es selbst verbraucht; je weiter die Kultur fortschreitet, desto zahlreichere Lebensfäden verbinden die Völker mit einander, desto nothwendiger braucht eins das andere. Unser Staat bedarf — von den geistigen Gütern, welche ja ohnehin Gemeingut aller Menschen sind, abgesehen — zahlreicher Producte, welche er nicht hat und von andern Ländern beziehen muss, während hinwiederum diese viele Produkte brauchen, welche er im Ueberfluss erzeugt. Der nöthige Ausgleich wird durch den internationalen Handel bewirkt. Diese wichtige ökonomische Funktion befindet sich in der innigsten Wechselwirkung mit der inneren Produktion und Konsumtion, von denen sie nicht getrennt werden kann, und muss daher ganz denselben ökonomischen Gesetzen unterliegen wie jene. Will also der Staat seine ökonomischen Verhältnisse nach dem Prinzip des Sozialismus umgestalten und entzieht er zu diesem Zweck Produktion und Konsumtion der Willkür des Privateigenthums, so muss er das auch beim Handel thun, weil dieser heute auf demselben Ausbeutungsprinzip wie jene beruht und (wie schon die Bemerkungen über die Rolle des Handels in der Produktion und Konsumtion unseres Staates bei den betreffenden Abschnitten zeigten) überhaupt gar nicht durchzuführen ist, ohne dass auch der Handel sozialistisch organisirt ist. Das alte ausbeuterische Wirthschaftssystem kann so lange einem anderen nicht Platz machen, als ihm durch den Handel noch die Möglichkeit der Spekulation gegeben ist. Desshalb, und da es auch der Natur der Sache nach dem Handel gegenüber keinerlei Mittel gibt, durch welche dem Privatbetrieb desselben die Möglichkeit, dem Gemeinwohl zu schaden, genommen werden und sein allmäliger Uebergang in den Kollektivbetrieb angebahnt werden könnte, — so kann hier auch von einem Uebergangszustand in Bezug auf das Eigenthum (anders verhält es sich natürlich in Betreff der Entschädigung an die Expropriirten, hinsichtlich deren das hierüber schon Gesagte zutrifft) keine Rede sein, sondern hat vielmehr der gesammte Handel und die Rhederei sofort in den Kollektivbesitz, in das Staatseigenthum überzugehen.

Dass nun ein Handelstreibender — wie unser Staat, — der den

gesammten Export und Import eines ganzen Landes in seinen Händen hat und nach einem einheitlichen Plan leitet, auf dem Weltmarkt die denkbar günstigste Position einnehmen muss, wird kein Kaufmann bestreiten. Unser Staat produzirt für den auswärtigen Markt ebenso wie für den inneren nicht blindlings, rein auf gut Glück, wie es die Privatproduktion thun muss, sondern er regulirt seine Produktion nach der (durch seine Agenten im Ausland vermittelten) Nachfrage bezw. Bestellung und kennt damit den ungefähren Bedarf des Exportes. Anderseits importirt er ebenso wenig aufs Gerathewoht, sondern nur das, was wirklich konsumirt werden kann, worüber er aus den Berichten der Lebensmittelämter, resp. aus der daraus zusammengestellten Konsumstatistik, genau unterrichtet ist. Dadurch fällt das auf der Unkenntniss des Wirthschaftsganzen beruhende Handelsrisiko für unsern Staat fast vollständig hinweg, er braucht sich nicht auf Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten, d. h. auf Spekulation einzulassen, denn er hat Gewissheit, wenn auch nicht in den Einzelheiten, so doch im grossen Ganzen. Damit ist er die *sicherste* Handelsfirma der Welt. Und da die Qualität seiner Waaren nicht durch die betrügerische Gewinnsucht der sich überbietenden Privatproduktion beeinträchtigt wird, so ist er auch die *solideste*. Er braucht demnach gute Kunden ebenso wenig zu suchen wie gute Lieferanten, vielmehr wird alle Welt mit ihm handeln wollen, und kann er desshalb die Bedingungen stellen; ja, unser Staat hat einen viel grösseren Einfluss auf den Weltmarkt, als dieser auf ihn, weil dieser nichts ist als ein Chaos von tausend einander wechselweis abstossenden und anziehenden Interessen, deren Gruppirung sich stets verändert, während er selbst eine einheitliche, sich im Wesen stets gleich bleibende, zielbewusste Macht ist.

Gegen diese folgerichtige Aufstellung erheben nun aber die Gegner einen Einwand, durch welchen sie die totale Unmöglichkeit des isolirten sozialistischen Staates, bezw. des Sozialismus überhaupt, schlagend nachzuweisen glauben. Sie argumentiren nämlich folgendermassen: Durch die in Eurem sozialistischen Staat erfolgende bedeutende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes — höherer Verdienst bei geringerer Arbeitszeit — werden Eure Produkte so vertheuert, dass sie das Ausland nicht mehr kaufen wird. Es wird sie durch wesentlich billigere Arbeitskräfte, welche die etwaige Transport- und sonstige Vertheuerung bei weitem aufwiegen, selbst herstellen. Wenn Euch aber der Export mangelt, dann fehlen Euch die Mittel zur Erwerbung von tausenderlei zum Leben nöthigen oder es doch erst angenehm machenden ausländischen Produkten. Ihr werdet also in Eurem Staate ein trauriges Dasein führen und höchstens durch Landwirthschaft und ein paar armselige Gewerbe Euer Leben fristen.

Dieser Einwand, schon von *Mazzini* (I sistemi e la democrazia) gemacht, *scheint* wirklich etwas für sich zu haben, hat es aber in Wirklichkeit nur für die Gedankenlosen. Bei der ganzen schlauen Berechnung, dass sich die Produkte im sozialistischen Staat gegen heute um so viel vertheuern müssen, als der Verdienst der sie erzeugenden Arbeiter steigt, ist blos die Kleinigkeit vergessen, dass mit dieser Ar-

beitsverdienstverbesserung der Wegfall des Kapitalgewinnes korrespondirt. Dieser Kapitalgewinn beträgt aber heute nicht weniger als durchschnittlich den dritten Theil (nach Boccardo in England 21 %, in Amerika 25 %, in Frankreich 36 %, in Italien gar 58 %) des Waarenpreises, mithin kann das Einkommen der Arbeiter um ein volles Drittheil oder, wenn wir die (die Höhe des ehemaligen Kapitalgewinns natürlich bei weitem nicht erreichende) Entschädigungsrente der expropriirten Kapitalisten in Anrechnung bringen, immer noch um ein Bedeutendes — vielleicht ein Fünftel bis ein Viertel — vergrössert werden, ohne dass desshalb das Produkt vertheuert würde. Dazu kommt aber noch weiter, dass sich die sachlichen Produktionskosten infolge der gründlichen Beseitigung der schon erwähnten zahllosen Uebelstände der heutigen Produktionsweise und durch die höchste Steigerung aller ökonomischen Kräfte erheblich vermindern werden, woraus einerseits eine weitere Verbesserung der Lage der produzirenden Arbeiter oder besser der Bürger unseres Staates, anderseits eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit resultirt. Die sozialistische Organisation der Produktion gereicht mithin unserem Staate auch hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt — weit entfernt, ihm zu schaden — zum grössten Vortheil.

Eine nicht-sozialistische Production, deren Arbeiter sich mit denen unseres sozialistischen Staates vor dessen Neugestaltung hinsichtlich ihrer materiellen Lage — also des Arbeitslohnes und der Lebensbedürfnisse — in annähernd gleichen Verhältnissen befanden (und die Gleichheit dieser Art ist ja in den meisten Kulturstaaten schon grossentheils erreicht und nimmt täglich zu), wird unserm Staat als Konkurrentin auf dem Weltmarkt niemals gefährlich werden können. Denn da aus den angegebenen Gründen die Produkte unseres Staates keineswegs theurer werden, so könnte ihnen die nicht-sozialistische Produktion nur dadurch erfolgreiche Konkurrenz machen, dass sie die Produkte bei gleicher Güte billiger lieferte. Da das aber selbstverständlich keineswegs auf Unkosten des Kapitalgewinnes geschehen dürfte (was nützte es denn sonst den Unternehmern?), so bliebe nichts übrig, als eine Verminderung der Produktionskosten, d. h. — da eine Verminderung der sachlichen bei der angewandten Produktionsart nicht möglich — der Arbeitslöhne. Ob sich aber die unter dem Regime der kapitalistischen Produktionsweise ohnehin schon in einer sehr schlimmen Lage befindenden Arbeiter eine weitere Verschlechterung derselben angesichts der günstigen Stellung ihrer Brüder im sozialistischen Staat so ruhig gefallen lassen würden, dürfte mindestens sehr zweifelhaft sein, um so zweifelhafter, als auch der sozialistische Staat einem derartigen Beginnen nicht ganz regungslos zusehen würde.

Nach dem Gesagten kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, dass in unserm Staate eine Verringerung der Produktion infolge mangelnden Exportes auf keinen Fall, vielmehr eher eine Vergrösserung der Ausfuhr und infolge dessen der Produktion eintreten wird. Damit fällt aber auch der weitere Einwand, dass im (isolirten) sozialistischen Staat alle jene Industrien, welche Gegenstände der Behaglichkeit, des

Wohllebens, des Luxus hervorbringen, infolge mangelnden Absatzes zu Grunde gehen und so eine grosse Anzahl von Arbeitern brodlos werden. Denn aus den oben angegebenen Gründen werden die Produkte dieser Art — natürlich soweit eine Geschmacksveränderung nicht eintritt, welcher die kollektive Produktion aber mindestens ebenso gut Genüge leisten kann als die private — vom Ausland wie bisher fortbezogen werden. Ferner darf nicht vergessen werden, dass der inländische Konsum einer ganzen Reihe derartiger Erzeugnisse sich wesentlich steigern wird, da infolge der bedeutend verbesserten Lage des Volkes viele solche Produkte, welche bisher nur den Reichen zugänglich waren, in den allgemeinen Gebrauch übergehen werden. Sollte aber wirklich der eine oder andere Industriezweig, welcher ausserordentliche Luxusgegenstände erzeugt, infolge eines Konsumstrikes der erbitterten ausländischen Reichen und völligen Absatzmangels im Innern aufhören, so wäre wenig Schade darum; die bisher in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter gingen einfach zu einem andern Produktionszweig über, in dem sie ihre Arbeitskraft in für die Menschheit nützlicherer Weise als bisher verwenden würden.

Soweit unser Staat als Exporteur. Was nun den Import betrifft, so kann die von unserm Staat einzunehmende Stellung keinen Augenblick verkannt werden, sobald man sich daran erinnert: dass er allein importirt und die Vertheilung der Einfuhr besorgt. Durch diese Thatsache werden für uns die beiden Formen des internationalen Verkehrs, um welche sich heute alle Welt auf's Hitzigste streitet, Schutzzoll und Freihandel, vollkommen hinfällig. Eine private Einfuhr findet in unsern Staat überhaupt nicht statt, weder mit noch ohne Einfuhrzoll; für sich selbst aber braucht der Staat doch keinen Zoll aufzustellen. Der Verkehr zwischen unserm Staat und dem Ausland, resp. der sozialistischen und der nichtsozialistischen Produktion, wird in weit einfacherer und unmittelbarerer Weise regulirt. Die grösste Gefahr für unsere Produktion besteht — neben der Konkurrenz billigerer ausländischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, wovon schon die Rede war — darin, dass das Ausland gewisse auch von uns erzeugte Produkte so billig herstellt, dass dieselben trotz des Transportaufschlages uns noch billiger zu stehen kommen als die eigenen und dadurch unserer Produktion eine gefährliche Konkurrenz machen. In diesem Falle wird nun unser Staat zweierlei Mittel zu ergreifen haben. Entweder die Ursache, warum jene Produkte so billig geliefert werden können, ist eine dauernde, nicht durch Veränderungen in der Herstellungsart zu hebende, also an gewisse Lokalitäten, Naturschätze etc. gebundene; in diesem Fall wird der Staat die unvortheilhaft gewordene Produktion aufgeben und die bisher darauf verwendeten Kräfte anderweitig besser verwerthen. Oder die Ursache ist eine vorübergehende, veränderliche, z. B. ausserordentlich niedriger Lohn (Sklaven, Kulis); dann wird das betreffende Produkt entweder ganz vom Import ausgeschlossen oder, soweit es zugelassen wird, sein Verkaufspreis dem des einheimischen Produktes vollkommen gleichgestellt. In letzterem Falle wird, da unser Staat selbstverständlich keinerlei indirekte

Besteuerung kennt, das einheimische Produkt allerdings im Preise sinken müssen, aber ein Verlust wird daraus doch nicht entstehn, da die Minderbezahlung des einheimischen Produktes durch die Ueberbezahlung des eingeführten ausgeglichen wird.

Unser Staat duldet nichts Fremdes, nach anderen als seinen Lebensbedingungen Existirendes in sich, denn er ist kein Haufe zusammenhangsloser, ihre Verbindung beliebig verändernder Kräfteatome, sondern ein lebendiger Organismus; was in ihn eingeht, muss sich seiner Materie assimiliren. —

Noch einer wirthschaftlichen Verbindung zwischen unserm Staat und dem Ausland ist zu gedenken, bei der es sich allerdings nicht um Forterhaltung, vielmehr um schleunige Lösung handelt. Diese Verbindung ist der Privatbesitz von Ausländern (Privaten und Staaten) in unserm Staat, und zwar sowohl der Besitz an Produktionsinstrumenten als an Leihkapital. Selbstverständlich ist dieser Besitz hinsichtlich seiner Beschränkung, bezw. Aufhebung ganz denselben Gesetzen unterworfen, wie der der Inländer. Und insofern diese ausländischen Privateigenthümer Bürger unseres Staates werden, werden auch in Betreff der ihnen zustehenden Entschädigungsrente ganz die gleichen Bestimmungen platzgreifen. Anders aber verhält es sich mit Jenen, welche Ausländer bleiben. Vor Allem ist natürlich die Genussmittelrente ausserhalb unseres Staates schon aus praktischen Gründen nicht anwendbar. Ferner ist aber ein fortdauerndes Schuldverhältniss unseres Staates zum Ausland überhaupt unzulässig, da jede wie immer gestaltete Zinszahlung eine Abhängigkeit, eine Knechtschaft ist. Aus beiden Gründen wird die Entschädigung dieser ausländischen Privateigenthümer, behufs sofortiger Beseitigung ihrer Besitzrechte, eine einmalige und zwar in Geld — baar oder (ausländischen) Effekten — auszahlbare sein. Ob diese Entschädigung in der vollen Rückzahlung des Dargeliehenen, resp. des Besitzwerthes, besteht, oder nach welcher Massgabe sonst dabei verfahren wird, dafür werden wohl konkrete Verhältnisse massgebend sein, die sich jeder Vorausberechnung entziehen. —

Es bleibt mir noch übrig, Einiges über die allgemeinen Beziehungen des isolirten sozialistischen Staates zu den übrigen Staaten, oder vielmehr, da ein jeder von ihnen — wie Plato schon von den griechischen Staaten sagte — aus zwei Staaten besteht, dem der Reichen und dem der Armen, zu dem Volk einer- und den Privilegirten anderseits zu sagen. Dass unser sozialistisch organisirter Staat, der jedem seiner Bürger volle politische und soziale Gleichberechtigung und eine ökonomische Existenz sichert, welche in andern Staaten nur wenige bevorzugte Prozente der Bevölkerung haben, — der seinen Angehörigen durch Beseitigung der Knechtschaft und Ausbeutung in jeder Form erst die wirkliche Freiheit und damit die wahre Menschenwürde und Lebensfreudigkeit gibt, — dass dieser Staat auf alle zum Bewusstsein ihrer Lage gekommenen Völker eine immense Anziehungskraft ausüben wird: darüber wird unter Vernünftigen wohl keine Meinungsverschiedenheit herrschen.

Die erste, am wenigsten bedeutende Folge dieser Attraktionskraft wird ein starker Zuzug ausländischer Arbeiter in unsern Staat sein. Der sozialistische Staat kennt keine Unterschiede der Nation oder Race — jeder Mensch hat in ihm gleiche Rechte, wie er gleiche Pflichten hat; unser Staat hat daher gegen die Einwanderung neuer Bürger prinzipiell selbstverständlich gar nichts einzuwenden. Und doch wird er gezwungen sein, dieselbe wesentlich zu beschränken. Nehmen wir an, es herrsche im Ausland oder einem Theile desselben ein Nothstand, — ja vielleicht bedarf es dessen gar nicht einmal und genügt schon die allgemeine Sehnsucht der ausländischen Arbeiter nach den Zuständen in unserm Staat, um eine massenhafte Einwanderung in letzteren zu veranlassen. Unter diesen Verhältnissen würde die Gefahr entstehen, dass schliesslich in unserm Staate weit mehr Menschen vorhanden sind, als er ausreichend ernähren kann. Diese Gefahr abzuwenden, ist demnach eine Existenzbedingung für unsern Staat. Nebst der Erhaltung seiner Existenz wird durch die Beschränkung der Einwanderung aber noch ein anderer, ebenso wichtiger Zweck erreicht: es ist ein Sporn für die an der Einwanderung Gehinderten, die in unserm Staat gesuchten besseren Zustände in ihren eigenen Ländern einzuführen. —

Der isolirte sozialistische Staat fordert schon durch seine blosse Existenz die beherrschten und ausgebeuteten Völker aller Zonen auf, auf Verbesserung ihrer heimatlichen Verhältnisse bedacht zu sein; denn er zeigt ihnen durch das lebendige Beispiel, *was* sie erreichen können, wenn sie nur ernstlich wollen, und *wie* sie es erreichen können. Auf diesen Anschauungsunterricht wird sich aber unser Staat keineswegs beschränken. Besteht er doch nicht aus kalten Egoisten, die vollkommen zufrieden sind, wenn es ihnen selbst gut geht, und sich nun um die übrige Menschheit nichts mehr kümmern; seine Bürger sind vielmehr Sozialisten, welche nicht eine Klasse, ein Volk, eine Race, sondern die ganze Menschheit befreien wollen aus der alten Sklaverei, — für die dieses grosse Befreiungswerk so lange nicht durchgeführt ist, als es noch einen Unterdrückten und Rechtlosen gibt, — die auch ihre eigene Freiheit und Wohlfahrt nicht für gesichert halten, so lange noch ein Stück ökonomischer und politischer Tyrannei vorhanden ist, und die daher nicht ruhen werden, bis das letzte Privilegium aus der Welt geschafft ist. Unser Staat wird daher auch aktiv durch alle den jeweiligen Umständen entsprechenden Mittel dazu beitragen, dass auch in den übrigen Ländern der Sozialismus so schnell als möglich zur Herrschaft gelange.

Es ist daher zu erwarten, dass die Regierungen und herrschenden Klassen aller Staaten unsern sozialistischen Staat ebenso tödtlich hassen, als ihm die Völker zujubeln. Es wird und muss hier derselbe Fall eintreten, wie bei der Errichtung der ersten französischen Republik, gegen welche auch alle übrigen Regierungen eine feindliche Stellung einnahmen; wussten sie doch, dass die siegreiche Revolution die französischen Grenzen bald überfluthen werde, und dass bei dem dauernden Bestand einer lebenskräftigen (revolutionären) Republik der Sturz des autokratischen und aristokratischen Regime's auch in ihren Ländern

nur mehr eine Frage der Zeit sei. Eben so wenig, als zwischen der Republik Danton's, Marat's, Hébert's und den reaktionären Regierungen des alten Europa eine wirkliche Freundschaft möglich war, eben so wenig wird sie es zwischen einem sozialistischen Staat und den nichtsozialistischen Regierungen der übrigen Staaten sein. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass sich beide Parteien unablässig mit den Waffen in der Faust bekriegen, wozu wenigstens unser Staat nicht die Initiative ergreifen wird, da er den Krieg prinzipiell verwirft und nur als nothgedrungene Vertheidigung gelten lässt. Vielmehr wird dieser Kampf — soweit es auf unsern Staat ankommt — ein durchaus unblutiger, aber darum nicht minder intensiver sein; denn es liegt in der Natur des sozialistischen Staates, dass er die Bestrebungen der Völker nach politischer und sozialer Befreiung in jeder Weise fördert und damit unausgesetzt auf die «Untergrabung» jener Unterdrückungsformen hinarbeitet.

So natürlich nun aber auch der Hass der herrschenden Klassen gegen unsern Staat ist, so ohnmächtig wird er sein. Vor allem wird durch die in Folge des immer mächtigeren Anwachsens der sozialen Bewegung im Innern ihrer Länder entstehenden Schwierigkeiten die Macht dieser Klassen so vollauf in Anspruch genommen sein, dass sie sich nicht auch noch freiwillige äussere Schwierigkeiten schaffen und mit einem Gegner anbinden werden, den zu fürchten sie allen Grund haben, — einmal weil er an sich eine einheitlich geschlossene, gewaltige Macht ist, und dann, weil er eine sehr starke Partei in ihren eigenen Ländern hat. Wenn sie unserm Staat aber auch mit Feindseligkeiten begegnen wollen — in welcher Weise wollen sie das anfangen? Wollen sie ihm durch wirthschaftliche Massregeln, durch Verbot der Einfuhr, Verhinderung der Ausfuhr schaden? Von der Macht unseres Staates, einem derartigen Vorgehen entsprechend zu begegnen, ganz abgesehen: das Ausland braucht die Produkte unseres Staates so gut, als es in seinem (des Auslandes) Interesse ist, für seine Produkte an unserm Staat einen Abnehmer zu finden; von einer derartigen Massregel kann also schon in des Auslandes eigenem Interesse keine Rede sein. Da kleinliche Reibereien und Plackereien hier natürlich gar nicht in Frage kommen, so bliebe nur mehr die offene Gewalt.

Und welche Chancen hätten jene Regierungen und herrschenden Klassen da? Vor sich das waffengewaltigste Gemeinwesen, das je existirt hat; denn unser Staat ist für seine Bürger kein imaginäres «Vaterland», sondern der Inbegriff ihrer freien und glücklichen Existenz, die mit ihm geschädigt und vernichtet wird, aus welchem Grund er über eine Vertheidigungsarmee verfügt, wie sie die Welt bis heute noch nicht gesehen hat; wozu noch kommt, dass er sich im unbeschränkten Besitz aller dinglichen Vertheidigungsmittel befindet. Wie ist es dagegen mit der Macht seiner Feinde bestellt? Ihre Völker sind nicht in ihrem Lager; dieselben sind im Gegentheil die besten Freunde des von ihren Herrschern bekriegten Staates und werden denselben auf jede Weise, nach Umständen auch direkt mit Waffengewalt unterstützen. Die stehenden Armeen? Sie bestehen in ihrer Masse aus

eben dem Volke, dessen Sache mit der des von ihnen bekriegten Staates unauflöslich verbunden ist; ihr Sieg wäre der ärgste Schlag für sie selbst, der Sieg ihres «Feindes» aber ihre Befreiung. Und hinter ihnen das Volk, aus dem sie hervorgegangen, als offene Parteigänger ihres «Feindes».

Kann da der Ausgang des Kampfes zweifelhaft sein? Die erste Niederlage der «herrlichen Kriegsheere» — und die betreffenden Herrscher wären von ihren eigenen Völkern und Armeen wie Spreu im Sturm hinweggefegt und ihrer Herrschaft für alle Zeit ein Ende gemacht.

Die Beherrscher der nichtsozialistischen Staaten werden es also wohl oder übel sein lassen müssen, mit dem verhassten sozialistischen Staat anzubinden. Mit dieser seiner Unbesieglichkeit ist aber nicht nur die vollständige Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Staates von äusseren Einflüssen gewährleistet, sondern auch seine Uebermacht, sein fast unbeschränkter Einfluss sowohl auf die internationalen Angelegenheiten, wie auf das innere Leben der nichtsozialistischen Staaten.

Dieser Einfluss kann nur überaus segensreich für die Menschheit wirken: durch ihn wird die bisherige, durch die ungezügelte Willkür der Mächtigen erzeugte allgemeine Unsicherheit ein Ende nehmen und an ihre Stelle die Stetigkeit der natürlichen Entwicklung treten. Die Massenmorde der Kriege, wodurch entstehen sie, als durch die Willkür? Und die Bürgerkriege, die offenen wie die geheimen, ob die Völker durch Hinterlader und Kartätschen oder durch «Gesetze» und Polizei unterdrückt werden, oder ob sie in der Verzweiflung schliesslich selbst zur Waffe greifen und sich schrecklich an ihren Quälern rächen? Durch die Willkür der Herrschenden entstehen sie, der Mächtigen, welche sich den Gesetzen der menschlichen Entwicklung nicht unterwerfen wollen und sich gegen sie aufwerfen, wenn auch das Wohl von Millionen über dem Verfolg ihres Sonderinteresses vernichtet wird.

Diese Herrscherwillkür wird dem mächtigen Bunde des sozialistischen Staates und der sich auf ihn stützenden Völker gegenüber in Ohnmacht versinken. Die gesellschaftliche Entwicklung wird fortan freie Bahn haben; nicht mehr gewaltthätig aufgehalten, wird sie sich auch nicht mehr gewaltsam Raum zu schaffen brauchen und dadurch die von uns allen angestrebte friedliche Umgestaltung der alten kapitalistischen Gesellschaft in die neue sozialistische ermöglichen. Sollten sich aber die bisherigen Gewaltigen dem Unabwendbaren nicht fügen und sich in ihrer Blindheit dem unaufhaltsam vorwärts rollenden Rad der Geschichte noch einmal in den Weg werfen, dann wird der Kampf so kurz als sein Ausgang unzweifelhaft sein. —

Auch nach Beseitigung der bisherigen ihre Entwicklung hemmenden Hindernisse werden die Staaten und Völker das Ziel, den Sozialismus, nicht gleichzeitig, sondern je nach ihrer bisherigen Entwicklung früher oder später erreichen; auf alle Fälle aber wird unser Staat sehr bald aufhören, der isolirte sozialistische Staat zu sein.

G. V.

Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland.

Kritische Aphorismen von * * *

So wenig ein einzelner Mensch ohne schwere Schädigung seiner geistigen Entwickelung in ununterbrochener Folge nach aussen hin thätig sein kann, so wenig zuträglich ist ein ohne jede Ruhepause, ohne jeden Waffenstillstand geführter Kampf auch für die Klärung einer politischen Partei. Im Ringen mit dem Gegner, in der rastlosen Agitation zur Gewinnung neuer Anhänger und Freunde ist keine Partei in der Lage, die Tag für Tag gebrauchten Waffen einer Revision zu unterziehen, zu prüfen, ob sie für die Folge noch brauchbar sind, zu überlegen, ob es nicht andere, bessere Erfolge versprechende Mittel zu Angriff und Vertheidigung gibt. Das Alles kann erst geschehen, wenn eine Ruhepause eingetreten ist, in welcher dann auch ein Rückblick auf die erreichten Erfolge, die erfochtenen Siege und die erlittenen Niederlagen die etwa gemachten Fehler zum klaren Bewusstsein kommen lässt.

Der sozialdemokratischen Partei in Deutschland hat das « Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie » vom 21. Oktober 1878 die ihr recht nöthige Ruhepause, freilich sehr gegen ihren Wunsch und Willen, aufoktroyirt. Es wäre ein grosser Fehler, wenn die junge und rührige Partei diese Ruhepause nicht recht gründlich benutzen wollte, um sich über die bisher befolgte Taktik, ihre Vortheile und ihre Mängel, klar zu werden, wenn sie nicht ernste Rückschau halten wollte auf den bisher im Sturmschritt durchlaufenen Weg. Je strenger die dabei gehandhabte Selbstkritik ausfällt, je rücksichtsloser die gemachten Fehler an das Tageslicht gezogen, ihre Folgen besprochen werden, um so gegründetere Aussicht ist vorhanden, dass diese Missgriffe für die Zukunft vermieden, oder, wo sie in der Hitze des Gefechts hin und wieder doch noch vorkommen, in ihren schädigenden Wirkungen abgeschwächt werden.

Indem wir es hier unternehmen, einen kritischen Rückblick auf die Thätigkeit der sozialdemokratischen Partei zu werfen und verschiedene Dinge zur Sprache zu bringen, die unseres Erachtens der Idee,

der wir dienen, geschadet haben, so bemerken wir ausdrücklich, dass dies subjektive Ansichten und Meinungen sind; die nachstehenden Erörterungen machen also keinen Anspruch auf autoritären Charakter. Was in ihnen wahr und zutreffend ist, wird sich mit der Gewalt der Wahrheit schon selbst zur Geltung bringen; wo etwa einseitige oder irrthümliche Auffassungen untergelaufen sind, werden dieselben den Lesern Anregung zur Prüfung und Richtigstellung geben und damit zur Klärung der Ansichten beitragen.

* * *

Noch immer begegnet man selbst in Kreisen, denen man ein grösseres Verständniss von den bewegenden Kräften in der Geschichte zutrauen sollte, der Meinung, die deutsche Sozialdemokratie sei das Produkt einzelner unzufriedener oder ehrgeiziger Menschen und wäre ohne die Agitation Lassalle's und ohne die Schriften und Reden von einigen Demagogen überhaupt nicht entstanden. Die Menschen vergessen immer, dass der Tritt eines Gemsenjägers nur dann eine Lawine zu Fall bringen kann, wenn sich die Schneemassen in genügender Menge an den Abhängen aufgehäuft haben; dass ein Funke nur dann eine Mine in die Luft sprengen kann, wenn dieselbe ausreichend mit Pulver gefüllt ist. So ist es auch mit den religiösen, politischen und sozialen Bestrebungen. Kein Mensch, und wäre es der fähigste und gewandteste, ist im Stande, eine grossartige Bewegung der Geister in Fluss zu bringen, wenn das Bedürfniss nach einem Fortschritt nicht schon in den Massen vorhanden war. Wenn aber die Zeit zu einem derartigen Fortschritt auf dem langen Wege der Kulturentwickelung gekommen ist, dann tritt auch meist der rechte Mann zur rechten Zeit auf und spricht das erlösende Wort, das in tausend und abertausend Herzen Anklang findet und den Bann bricht, der die Massen so lange gefangen gehalten hat.

Das Wort zur rechten Zeit gesprochen zu haben, ist das Verdienst L a s s a l l e's. Die Bewegung ging von Arbeitern aus, welche eingesehen hatten, dass die deutsche Bourgeoisie sie nur benutzte, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ihnen aber nicht einmal den Beitritt zum Nationalverein gestatten wollte. Denn der Beitrag wurde trotz des Protestes der Arbeiter so hoch gestellt, dass dieselben die Mitgliedschaft nicht erwerben, an den Berathungen und Beschlussfassungen also auch nicht theilnehmen konnten. Die Arbeiter ersahen daraus, dass die bestehenden politischen Parteien nicht gewillt waren, sich um die Arbeiter zu bemühen, und beschlossen desshalb, die Wahrung ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen. So entstanden die Anfragen bei Lassalle und R o d b e r t u s über die einzuschlagenden Wege und das berühmte Antwortschreiben des Ersteren. Er hat die Bewegung nicht gemacht, er gab ihr aber die Richtung an, in der sie marschiren sollte, und noch viele Jahre nach seinem Tode zeigt die Bewegung deutliche Spuren von dem Geist und dem Einfluss des bedeutenden Mannes.

Jetzt freilich wird von den verschiedensten Seiten behauptet, die Forderungen und Absichten Lassalle's seien im Vergleich mit den von den heutigen Sozialdemokraten geplanten Zuständen durchaus gemässigt und berechtigt zu nennen.

Was Lassalle wollte, geht klar und deutlich aus seiner Frankfurter Rede hervor, in welcher er sich folgendermassen ausspricht: «Nur um das Prinzip handelt es sich heute, um das Prinzip, das allgemeine und direkte Wahlrecht als unsere Fahne zu proklamiren zu dem ausgesprochenen Zwecke: durch die Gesetzgebung, durch die Intervention des Staates die Verbesserung Eurer (der arbeitenden Klassen) Lage herbeizuführen. Welches die geeigneten Mittel hierzu wären — diese Diskussion ist eigentlich hier noch ganz verfrüht. Diese Diskussion gehört erst in den gesetzgebenden Körper. Es sind manche und sehr verschiedene Mittel hierbei denkbar und im Laufe der Zeit nothwendig.» Und in einer Anmerkung zu dieser Stelle heisst es: «Der Vorschlag der Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit soll noch keineswegs die Lösung der sozialen Frage darstellen. Ich habe nirgends in meinem Antwortschreiben von der Lösung der sozialen Frage gesprochen, ja, ich habe desshalb den Ausdruck «soziale Frage» überhaupt vermieden. Ich habe ausdrücklich nur von einer praktischen Massregel zu einer Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gesprochen. Die definitive Lösung der sozialen Frage wird die Arbeit von Generationen sein und das Resultat einer Reihe von Einrichtungen und Massregeln, von denen sich organisch jede folgende aus der früheren entwickeln muss. Die durch den Staatskredit hervorgerufenen Produktiv-Assoziationen sind eben auch deshalb das angezeigte bahnbrechende Mittel, weil sie in der Zukunft Verhältnisse schaffen müssen, die von selbst eine weitere Entwicklung hervorrufen.»

Obgleich den klarsehenden und nationalökonomisch durchgebildeten Männern schon aus diesen Andeutungen hervorgehen musste, dass der Verfasser des «System der erworbenen Rechte» kein anderes Ziel im Auge haben konnte, als die Aufhebung des kapitalistischen Privat-Eigenthums, von dem er gesagt hatte, es sei «Fremdthum» geworden, so hat doch ein grosser Theil der deutschen Sozialdemokraten sich an die Produktiv-Assoziationen als an das nächste Ziel gehalten, ohne viel zu überlegen, was denn eigentlich die Konsequenz dieses Vorschlages sei. Ja, Mancher ist so weit gegangen, die Forderung nach Aufhebung des Privat-Eigenthums für eine Exzentrizität zu halten, die Lassalle unendlich fern gelegen habe.

Nachdem wir nun aber die Briefe kennen, die Lassalle an Rodbertus geschrieben, schwindet jeder Zweifel über seine Auffassung von dem Endziel der sozialen Bewegung.

«Dass Grund- und Kapitaleigenthum abzulösen ist — das ist eben, seitdem ich ökonomisch denke, der innerste Kern meiner Ansicht! Sie haben sie ja auch schon am Ende Ihres dritten sozialen Briefes ausgesprochen. Und gerade desshalb war ich seit je Ihnen warm ergeben. Freilich darf man das dem Mob heut noch nicht sagen, und eben desshalb habe ich das in meiner Broschüre sehr vermieden. Ich

glaube aber, dass, wenn wir den Staatskredit für die Assoziationen haben, dies eben der kleine Finger ist, der, mit der Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmählig, freilich erst in 100 oder 200 Jahren, dazu führen muss.» So lautet eine Stelle seines Briefes vom 28. April 1863.

Daraus geht denn doch wohl unbestreitbar hervor, dass auch Lassalle mit den Mitteln, welche die heutige Partei als diejenigen bezeichnet, durch die sie ihren Endzweck zu erreichen gedenkt, einverstanden war, dass auch Lassalle in der Ablösung des Privateigenthums an Boden und Kapital das letzte, radikale Mittel zur Hebung der arbeitenden Klassen erkannt hat.

Aber «das darf man dem Mob heut noch nicht sagen.» — Lassalle war ein zu feiner Menschenkenner, um nicht zu wissen, dass die Parole: «Ablösung des bestehenden Privateigenthums an Boden und Kapital» ihm weit schlimmer ausgelegt worden wäre, als wenn er etwa zum Sturz der Dynastie und zur Proklamirung der Republik aufgefordert hätte. Er kannte zu gut den blinden Fanatismus des Mob für das Althergebrachte — «was grau vor Alter ist, das ist ihm göttlich» — und war klug genug, nicht gleich seine letzten Ziele zu enthüllen. Er kannte aber auch die Natur der Menschen genug, um klar einzusehen, dass er den Massen ein ihnen verständliches und greifbares Ziel zeigen müsse, um sie zu einem energischen Vorgehen zu veranlassen — waren die Arbeiter doch endlich zu der Einsicht gekommen, dass sie von den verschiedenen politischen Parteien bisher nur als Hülfstruppen benutzt worden seien, um für jene die Kastanien aus dem Feuer zu holen!

Wie wenig Lassalle die geplanten Assoziationen als einen unbedingt nothwendigen Schritt zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen betrachtete, ersieht man aus seinem Brief vom 22. April 1863 an Rodbertus, in welchem er schreibt: «Ich habe vorläufig nur die Assoziation vorgeschlagen, weil ich vorläufig wirklich kein Mittel sehe, das zugleich so relativ leicht und so wirksam wäre, die Arbeiter aber irgend etwas ganz Bestimmtes, Greifbares vorgeschlagen haben müssen, um sich dafür zu interessiren. Ich bin aber sehr gern bereit, wenn Sie mir das andere gleich leichte und gleich wirksame zeigen, auf dieses einzugehen und das meinige fahren zu lassen.»

Es ist erklärlich, dass Lassalle mit irgend einem Vorschlag vor die Oeffentlichkeit treten musste, da er dem damals ja noch allmächtigen Manchesterthum gegenüber stand, welches sich selbstverständlich die günstige Gelegenheit nicht entgehen liess, dem unbequemen Gegner durch die Behauptung, er erstrebe durchaus unrealisirbare Zustände und wisse selber nicht, auf welchem Wege er zu diesen, den Arbeitern nur vorgespiegelten Zielen gelangen wolle, vor der öffentlichen Meinung als einen unklaren Kopf zu verdächtigen. Nachdem das Projekt der Assoziationen mit Staatshülfe, das sogenannte Hundert-Millionen-Projekt, vor den Arbeitern entwickelt war, fiel die Kritik unbarmherzig über dasselbe her und erzielte trotz aller Einwände doch nichts weiter, als dass die Anhänger Lassalle's um so entschiedener an demselben festhielten.

Das aber ist sehr erklärlich. Hatte doch der König Wilhelm im Jahre 1864 der Deputation schlesischer Weber die Mittel zur Gründung einer Produktiv-Genossenschaft bewilligt, hatte doch der Minister-Präsident v. Bismarck damals wie auch heute noch den Gedanken für ausführbar und überlegenswerth erachtet! Sollten die schlichten Arbeiter klüger sein wie diese hohen Herren?

Lassalle liess sich also durch keine Angriffe, durch keine Versetzung und Verleumdung verleiten, dem «Mob» die letzte Konsequenz seiner Agitation zu verrathen, und hat es dadurch zu Wege gebracht, dass seine ersten Anhänger sich für die Erringung der, ihnen leicht erreichbar erscheinenden, Assoziationen mit Staatskredit fanatisirten, und dass selbst Männer, wie der Reichskanzler Fürst Bismarck vollständig über die Tragweite der Bewegung im Unklaren blieben!

Während Lassalle sich so gehütet hat, Zukunftsbilder auszumalen, ist die deutsche Sozialdemokratie nach seinem Tode einen andern Weg gegangen. Der kritische deutsche Geist bemächtigte sich des einmal zur Sprache gebrachten Gegenstandes, und das Studium der National-Oekonomie führte ganz von selbst zu der Erkenntniss, dass der Kapitalgewinn ein «Eigenthum an fremdem Arbeitswerth» sei, wie sich Lassalle ausdrückt. Sobald diese unbestreitbar richtige Thatsache einmal in den Arbeiterkreisen bekannt geworden war, erklärten sich dieselben mit der Einseitigkeit, die nach Hrn. von Treitschke's Ausspruch die Tugend des tapferen Mannes ist, für vollständige Abschaffung des Privateigenthums an Produktionsmitteln!

War das vielleicht ein taktischer Fehler, der die Gelegenheit gab, die Sozialisten als «Theiler» zu verschreien — welche wunderbar unklare Auffassung selbst von einem Moltke im Reichstage zum allgemeinen Gaudium aller Sozialisten vorgebracht wurde — so ist doch damit endlich eine Klarlegung der letzten Mittel eingetreten, durch welche nach der Ansicht der heute lebenden Sozialisten der Noth und dem Elend, so weit überhaupt möglich, ein Ende gemacht werden kann.

Wir meinen, dass dies offene Aussprechen der Sache des Sozialismus mehr genützt als geschadet hat. Einmal ist damit die Kritik der bestehenden Eigenthumsform auf die Tagesordnung gesetzt worden und wird nicht mehr von derselben verschwinden, bis die Frage endgültig in einem oder dem anderen Sinne entschieden ist. Nachdem Männer, wie Ihering, Schäffle und Ad. Wagner sich schon dahin ausgesprochen haben, dass alle bisher für die Vertheidigung des Privateigenthums beigebrachten Gründe hinfällig seien und es sich nur noch frage, ob es möglich sei, die wirthschaftlichen Aufgaben der Gesellschaft ohne die heutige Form des Privateigenthums zu erfüllen, kann sich der Fanatismus der besitzenden Klassen für Aufrechterhaltung der jetzigen Eigenthumsorganisation nicht mehr dauernd auf die «Heiligkeit des Privateigenthums» berufen, auf diese ebenso volltönende wie gedankenlose Phrase, welche selbst in die Erklärung der Menschenrechte Aufnahme gefunden hat!

Andererseits ist aber damit der Phantasie ein Spielraum eröffnet

worden, welcher die Partei zu unfruchtbaren Debatten über den Zukunftsstaat verleitet und von der Aufstellung näher liegender, für die lebende Generation noch erreichbarer Ziele vielfach abgezogen hat. Es mag spekulativen Köpfen Befriedigung gewähren, sich und Anderen die in zukünftigen Zeiten mögliche Form der Gesellschaft in den glänzendsten Farben auszumalen, zu zeigen, wie angenehm das Leben in grossen, prächtig und bequem eingerichteten communistischen Städten und Häusern sein wird, nachzuweisen, durch welche Umformungen sich allmälig eine neue, in der Zukunft allein Geltung habende Weltsprache entwickeln wird und dgl. — für das praktische Leben, für die Gewinnung neuer Anhänger, für die Erreichung besserer Zustände für die heute lebende Arbeiter-Generation ist damit aber nur wenig gethan. Ausserdem lenkt die unausbleiblich an derartige Zukunftsbilder sich anknüpfende und durch sie provozirte Debatte die Thätigkeit der besten Köpfe auf ein Gebiet, dessen Bearbeitung mit Fug und Recht unseren Nachkommen überlassen bleiben kann, und verhindert sie dadurch, ihre ganze Energie und Thatkraft Bestrebungen zuzuwenden, deren Realisirung schon in nächster Zeit möglich ist, der heute lebenden Generation zu Gute kommt und als eine Etappe auf dem Wege zu dem endlichen Ziele angesehen werden kann.

Die ungemeinen Erfolge, welche z. B. in Bezug auf Vermehrung der Abonnenten und Leser vieler Parteiblätter bei den Strikes und vornehmlich bei den Wahlagitationen erzielt worden sind, liefern unseres Erachtens den Beweis, dass sich viel mehr Menschen für ein nahe liegendes, ihnen als wünschenswerth erscheinendes Ziel erwärmen, als sich durch den schönen, aber ohne greifbare Erfolge arbeitenden Idealismus für einen in der Ferne schimmernden Zukunftsstaat begeistern lassen. Die Aussicht, durch festes Zusammenhalten eine Lohnerhöhung durchzusetzen, eine Verringerung der Arbeitszeit herbeizuführen, eine bestimmte Person bei der Wahl durchzubringen, hat der Partei immer starken Zulauf verschafft. In solchen Momenten sind fast alle Agitatoren, fast alle Redaktionen energisch für den nächstliegenden, gerade in Frage stehenden Zweck in's Feuer gegangen, haben ihre ganze Kraft auf diesen einen Punkt konzentrirt und sich keinen Augenblick besonnen, die ferneren Projekte und Wünsche der Partei vorläufig auf sich beruhen zu lassen; sie haben damit, vielleicht ohne sich über die Motive vollständig klar zu sein, durch die That zugestanden, dass es leichter ist, Bundesgenossen zur Eroberung eines allen Arbeitern und vielen Kleinmeistern wünschenswerthen Rechtes zu erlangen, als Anhänger und Freunde für unsere letzten Zwecke und die zur Erreichung derselben in ferner Zukunft nothwendig werdenden Mittel zu erwerben.

Man missverstehe uns jedoch nicht. Wir wünschen nicht, dass unsere Partei ihren Gesichtskreis und ihre Pläne nicht weiter erstrecke, als es etwa die Fortschrittspartei in politischer und die Gewerkschaftsbewegung in wirthschaftlicher Beziehung thut. Abgesehen davon, dass es doch bei vielen unserer Anhänger aus den höheren Ständen und selbst aus den gedrückten Klassen gerade das Bild des Zukunftsstaates

ist, welcher die eigentliche Begeisterung hervorruft, muss dies Bild in seinen ungefähren Umrissen schon desshalb dargestellt und die Möglichkeit seiner Realisirung — wozu immerhin Eingehen auf die Details gehört — dargelegt werden, um einerseits alle Reformen des Augenblicks mit Rücksicht auf und in der Richtung nach dem Zukunftsstaat auszuführen, und anderseits um zu zeigen, dass der so eingeschlagene Weg, konsequent fortgesetzt, nicht in eine Sackgasse führt oder in einen Abgrund, sondern auf geebnete sichere Pfade. Was wir sagen wollen, ist einfach: man darf die Gegenwart dieser Zukunft willen nicht übersehen, man muss sich darein finden, dass man nicht mit einem Sprung in's Zukunftsland gelangen, sondern nur auf langen Wegen und langweiligen Umwegen dorthin dringen kann. Und diese Wege, die Hauptstrassen und die Nebenpfade, auszukundschaften, sie sorgfältig ausgerüstet zu verfolgen, uns nicht davon abdrängen zu lassen, langsam aber sicher in der vorgesteckten Richtung darauf fortzuschreiten: das ist für die nächste Zeit die wichtigste Aufgabe, — die aber öfters, theoretisch wie praktisch, nicht gehörig berücksichtigt wurde. Was nützen die Karten des Zukunftslandes, wenn man die Strassen, die zu ihm führen, nicht ordentlich studirt hat — in der Meinung, hinüberfliegen zu können? Wir müssen natürlich die Gegend kennen, in der jenes Land liegt, und wenn wir Leute suchen, die sich unserem Zuge anschliessen sollen, so muss man denselben auch plausibel machen, dass jenes Land keine Wildniss ist, dass sich dort sogar besser leben lässt, als hier; aber vor allen Dingen müssen wir den Weg wissen, der hinführt, und unsere Hauptkraft auf seine Verfolgung verwenden — besonders wenn schon die einzelnen Etappen, die Haltepunkte, die den Leuten näher liegen, und die sie besser beurtheilen können, Vortheile gegen den jetzigen Aufenthalt bieten, und Viele einstweilen nur bis zu gewissen Stationen mitzugehen gesonnen sind — sich die Entscheidung vorbehaltend, ob sie da nur kurze Rast machen oder bleiben wollen. Solche Leute gibt es viele; sie nehmen sich ihre Reisebillets lieber stationsweise, weil ihr Horizont ein beschränkter ist, oder weil sie keine grosse Reiselust haben; aber an jeder folgenden Station werden sie einsehen, dass es auf der ferneren doch noch besser sein wird und das Weiterfahren lohnt. Per Luftballon werden nur sehr wenig Leute die Tour mitmachen wollen — — und « wie leicht kann da ein Unglück passiren » — — —

Folgendes hängt in gewisser Weise eben damit zusammen, dass man die Zwischenstationen überspringen wollte, ohne genügend zu bedenken, dass der langsame Gang sozialer Entwicklung Sprünge nicht erlaubt. Allerdings waren auch noch andere mitwirkende Ursachen zu jener Neigung vorhanden.

Wir haben weiter vorne den Ausdruck gebraucht, dass es Lassalle verstanden habe, seine Anhänger für die Erringung der ihnen erreichbar scheinenden Assoziationen mit Staatskredit zu fanatisiren. Der Ausdruck erscheint Manchem vielleicht etwas zu weitgehend, wir haben ihn aber absichtlich gewählt, weil es unserer Ansicht nach nur Ausfluss eines gewissen Fanatismus gewesen ist, dass sich die Partei,

welche das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als Fahne aufgepflanzt hatte, bei allen nicht nach diesem Wahlrecht vorzunehmenden Wahlen vollständig indifferent gehalten hat. Erst in den letzten Jahren hat die Erkenntniss immer weiter um sich gegriffen, dass die Sozialisten jede überhaupt stattfindende Wahl einerseits als brillante Gelegenheit zur Verbreitung der Idee und damit zur Gewinnung neuer Anhänger, anderseits aber auch benutzen müsse, den gegnerischen Parteien ihre Stärke zu zeigen.

Das ist besonders bei den Kommunal-Wahlen geschehen und an einzelnen Orten von einem früher für unmöglich gehaltenen Erfolg begleitet gewesen. Es ist an verschiedenen Plätzen gelungen, ausgesprochene Sozialdemokraten in die städtischen Vertretungen zu bringen. Von welch' eminenter Wichtigkeit das ist, liegt zwar auf der Hand, ist aber doch noch immer nicht genug zum Bewusstsein aller Genossen gelangt. Es gibt noch eine grosse Zahl ehrlicher und recht energischer Sozialisten, welche sich von der Idee nicht frei machen können, es nütze dieses Eindringen in die Verwaltungskörper der Sache selbst gar nichts; nur wenn die Majorität der gesetzgebenden Versammlungen aus lauter Sozialisten bestehe, werde eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse, dann aber auch eine gründliche, eintreten können.

Das ist unseres Erachtens ein ungeheurer Irrthum. Wer die Leitung eines bestehenden Geschäftes in die Hand nehmen will, muss sich mit der bisher gehandhabten Form des Geschäftsbetriebes bekannt machen, um danach entscheiden zu können, ob und in welchen Stücken er eine Aenderung vornehmen will, und in welcher Weise diese für nöthig erachtete Umformung des Betriebes mit der geringsten Störung für den Gang des Geschäfts durchgeführt werden kann. Gilt das schon bei einem einfachen Geschäft, um wie viel mehr bei einem so komplizirten Mechanismus, wie er uns in jeder Stadtgemeinde und nun gar erst in der Staats-Verwaltung entgegentritt. Je mehr Sozialisten also in Vertretungen gewählt werden, zu deren Obliegenheiten derartige Verwaltungen oder die Beaufsichtigung derselben zählt, um so grösser wird die bisher noch so sehr beschränkte Kenntniss dieses Verwaltungsmechanismus, welcher, nebenbei bemerkt, den Inhabern bei geschickter Benützung immer einen ungeheuren Einfluss auf die Wahlen in die Hand gibt.

Durch den Eintritt in diese Körperschaft klären sich aber auch die Ansichten über deren Wirksamkeit. Es liegt eine gewisse Wahrheit in dem Wort, welches der frühere Abgeordnete, jetzige geheime Regierungsrath Michaelis seinen Freunden im Abgeordnetenhause gegenüber einmal gethan hat: dass nämlich die Dinge ganz anders aussähen, wenn man hinter dem Regierungstisch, als wenn man vor demselben sitze. Wir glauben der Zustimmung aller Parteigenossen sicher zu sein, welche mit der Leitung eines Geschäftes, einer genossenschaftlichen Druckerei oder dgl. betraut waren, wenn wir behaupten, dass sie dadurch ein anderes Urtheil über die Stellung und die Leistungen der Unternehmer bekommen haben, als sie es früher gehabt und oft energisch ausgesprochen hatten. Ganz so muss und wird sich das

Urtheil über viele Massregeln, welche die heute funktionirenden Behörden treffen, bedeutend modifiziren und gerechter werden, sobald von dem Vertrauen der Parteigenossen da hineingestellte Männer es nicht besser zu machen, die Sachen nicht anders zu handhaben verstehen und dann die Gründe dafür öffentlich darlegen.

Es liegt aber auch im direkten Interesse der Partei, dass Parteigenossen in recht vielen Kommunal-Vertretungen Sitz und Stimme haben. Da die Verhandlungen dieser Körperschaften öffentlich sind, ist damit die Gelegenheit zur öffentlichen Kritik des jetzigen Verwaltungs-Systems geboten; es ist die Möglichkeit gegeben, Anträge zu stellen, welche schrittweise auf die Durchführung unserer Ideen hinarbeiten, diese Anträge zu vertheidigen und die Gegner zur öffentlichen Klarlegung ihrer Einwände zu zwingen.

Gerade in den Gross-Städten, welche ja die Herde der Demokratie sind, bietet sich in dieser Hinsicht ein weites, bisher beinahe unbenutzt gelassenes Feld für die sozialistische Propaganda. Derartige Städte haben schon vielfach die Versorgung des Bedarfs an Wasser und Gas auf Rechnung und Gefahr des Stadtsäckels in die Hand genommen. Es liegt kein ernster Grund vor, nicht auch andere gemeinnützige Produktions-Anstalten anzulegen. Je mehr die grosse Zahl der Konsumenten durch ihre materiellen Interessen für derartige Projekte gewonnen werden kann, um so grösser ist die Aussicht auf endlichen Erfolg, der, wie jeder Erfolg, der siegenden Partei wieder neuen Anhang verschafft.

In dieser Richtung hat sich die Sozialdemokratie früher eine Unterlassungssünde zu Schulden kommen lassen; die steigende Betheiligung bei den Kommunalwahlen liefert uns den Beweis, dass das eingesehen worden ist und somit in der Folgezeit durch um so energischeres Eingreifen in die Wahlbewegung wieder gut gemacht werden wird.

Aber auch bei Wahlen nach einem System, welches den besitzenden Klassen die Entscheidung fast ganz in die Hand gibt, wie bei den Wahlen zu dem preussischen Abgeordnetenhause, war es nicht richtig, sich so ganz passiv zu verhalten, wie das bisher geschehen ist. Die zahlreiche dritte Wählerklasse vermag ganz gut eine respektabele Zahl von Wahlmännern durchzubringen, welche bei der Kandidatenfrage nicht verhindert werden können, einen Gesinnungsgenossen aufzustellen; nach dem überall gebräuchlichen Modus wird bei diesen Wahlen jeder Kandidat, der von einer genügenden Zahl von Stimmen unterstützt wurde, zum Halten einer Kandidatenrede aufgefordert und zugelassen (?). Wenn es also den Genossen auch nur gelingt, in einzelnen Wahlkreisen etwa 50 Wahlmänner in der dritten Wählerklasse aus unseren Reihen durchzubringen, so haben sie dadurch die Macht erlangt, mit dieser Zahl drei, vier Kandidaten aufzustellen und somit redegewandten Genossen Gelegenheit zu geben, unsere Ideen vor einem Kreise von Zuhörern zu entwickeln, deren Mehrzahl in der Regel nur durch die gegnerischen Blätter Kenntniss von denselben erhalten hat. Das ist ein Agitationsmittel, dessen Werth und Wirksamkeit nicht hoch genug anzuschlagen sind. (Unter dem Sozialistengesetz aber schwerlich anwendbar. D. Herausg.)

Ausserdem liegt die Entscheidung über die Personenfrage sehr häufig in der Hand einer kleinen Anzahl entschlossener Männer. Wir haben es mehrfach erlebt, dass sich in den massgebenden Parteien sehr grosse Differenzen über die zu nominirenden Personen erhoben, dass diese Personenfrage die betreffende Partei in zwei feindliche Lager spaltete, und dass bei sonst gleicher Parteischattirung doch um die Personen mit der grössten Erbitterung gekämpft wurde. In derartigen Fällen haben die sozialistischen Wahlmänner, sobald sie nur einmüthig zusammenstehen, die Macht, besonders missliebige Gegner zu stürzen und den weniger gehässigen, anständigen Gegnern zum Siege zu verhelfen.

Wir meinen also, dass die Partei nicht gut gethan hat, sich von den nicht nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht stattfindenden Wahlen fernzuhalten, und geben uns der Hoffnung hin, die Erkenntniss werde immer mehr um sich greifen, dass eine voranstrebende Partei mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Waffen, also auch mit einem sonst perhorrescirten Wahlrecht kämpfen muss, sei es auch nur, um diese Wahlen als Agitationsmittel zu gebrauchen.

Die Forderung von Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit ist für längere Zeit wie ein Dogma betrachtet worden, gegen welches sich die Angriffe der Gegner richteten, welches die Sozialdemokratie als Universalmittel ansah. Diese übertriebene Einseitigkeit hat nach einer Richtung bedauerliche Folgen gehabt. Es gewann immer mehr den Anschein, als ob die ganze Bewegung für Menschenalter hinaus gar keinen andern Zweck verfolgen würde und könnte, als den Staat zur Hergabe der zur Begründung dieser Assoziationen nöthigen Millionen zu veranlassen. Die Bewegung, welche Lassalle als eine eminent politische ansah, zu welcher er nicht nur die Arbeiter, sondern alle ehrlichen Demokraten aufrief, an deren Spitze die unabhängigen Vertreter der Wissenschaft und alle von wahrer Menschenliebe erfüllten Männer marschiren sollten, verflachte sich unter dem Präsidium J. B. v. Schweitzer's zu einem einseitigen Interessenkampf der Industriearbeiter. Mochte es dem eben genannten Herrn zur Aufrechterhaltung seiner Stellung auch wünschenswerth sein, möglichst alle Elemente von dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein fern zu halten, die sich dort durch grösseres Wissen und höhere Bildung Einfluss verschaffen und der einreissenden geistigen Stagnation entgegenarbeiten konnten, so wäre ihm das doch sicher nicht in der Weise geglückt, wie es geschehen, wenn sich nicht in den Arbeiterkreisen die Meinung festgesetzt gehabt hätte, der Lassalleanismus sei eine Privatangelegenheit der Handarbeiter, welche durch Betheiligung von «Intelligenzen» nur geschädigt werden könnte. Es war eine natürliche und unausbleibliche Folge dieser Zurückweisung der bürgerlichen Demokratie und beinahe aller nicht direkt zur Arbeiterklasse zählenden Personen, dass die sozialistische Idee so selten und so wenig Eingang in die Kreise des besitzenden Bürgerthums fand.

Die junge Partei, welche wie keine andere von allen Seiten angegriffen, verhöhnt und verleumdet wurde, hatte mehr wie jede andere

Ursache, sich nach tüchtigen Bundesgenossen umzusehen, Leute von Intelligenz und Wissen für sich und dadurch die Mittel und die Möglichkeit zu einer fortschreitenden Entwickelung zu gewinnen. Sie zog es vor, sich in einseitigster Weise als «Arbeiterpartei» zu geriren, sie hielt dadurch ihre besten Freunde von sich fern und blieb demnach auf die geistige Produktionskraft weniger Männer beschränkt, welche in dem Parteiorgan den Inhalt der Lassalle'schen Agitationsbrochüren vielfach mit denselben Schlagworten wiederholten.

Nur für Arbeiter schreibend, nur zu Arbeitern sprechend, fast durchweg aus dem Kreise der Arbeiter hervorgegangen, haben diese Männer den auch in Arbeiterkreisen früher üblichen Ton, die auf der Tribüne einer Volksversammlung lauten Beifall hervorrufende kräftige Ausdrucksweise in die Presse übertragen und sich gegenseitig darin zu überbieten gesucht.

Wenngleich in dieser Hinsicht durch die Bildung der Eisenacher Partei, in welche eine grössere Zahl von Männern eintraten, die nicht direkt dem Arbeiterstande angehören, schon eine Besserung zu Wege gebracht wurde, und es namentlich nach der Vereinigung beider Richtungen nicht mehr an literarisch gebildeten Kräften fehlt, so muss doch rücksichtslos anerkannt werden, dass der Ton, in welchem die Mehrzahl der sozialistischen Zeitungen geschrieben wurde, wohl an drastischer Ausdrucksweise nichts zu wünschen übrig liess, aber sonst durchaus nicht zur Bildung eines guten Geschmacks beizutragen geeignet erscheint.

Wer im Sozialismus ein Mittel zur Veredelung der Massen erblickt, wird zugestehen, dass auch die Schriften der Sozialisten durch ihren Ton und ihre Form veredelnd wirken müssen. Daran hat es aber die sozialistische Zeitungspresse arg fehlen lassen. Einzelne von Lassalle in dem Bastiat-Schulze gebrauchten Wendungen von mehr als zweifelhafter Schönheit bildeten für viele unserer Genossen Vorbilder, die sie zu übertreffen sich alle Mühe gaben, und wenn man ein Lexikon aller in unseren Zeitungen vorgekommenen Schimpfereien anlegen wollte, so dürfte dasselbe selbst von dem enragirtesten Genossen sicherlich nicht als eine Mustersammlung zur Erlernung des guten Tons angesehen werden.

Wir wissen recht gut, dass es die Gegner oftmals nicht besser gemacht haben. Das mag zur Entschuldigung dienen, rechtfertigt uns aber durchaus nicht.

Und — der Styl ist der Mensch. Nicht blos in der drastischen und vielfach geradezu rohen Ausdrucksweise haben unsere Redakteure gesündigt, sondern einzelne sogar in ihrem sonstigen Auftreten. Wir haben es erlebt, dass gut bezahlte Arbeiter mit dem ganzen Staub der Werkstätte behaftet zu Arbeiterfesten gekommen sind und den Arbeiter und Proletarier gewissermassen durch den Arbeitsanzug und den bei der Arbeit unvermeidlichen Schmutz repräsentiren zu müssen geglaubt haben. Offen gesagt, hat hier das böse Beispiel einzelner Führer geradezu demoralisirend gewirkt. . . .

So unbedingt nothwendig, wie es für die in den vordersten Reihen einer Partei marschirenden Männer ist, dass sie in ihrem öffentlichen, bürgerlichen und häuslichen Leben fleckenlos dastehen, ebenso nothwendig ist es, dass ihr äusseres Auftreten auch dem ärmsten Arbeiter als Vorbild und Muster dienen kann. Der abgetragene und geflickte Rock schändet sicherlich keinen Menschen, wie Cylinderhut und Glacéhandschuhe noch Niemanden zu einem anständigen Mann machen. Von der Arbeit schmutzig zu sein, ist sicherlich keine Schande, wohl aber, sich nach gethaner Arbeit in dem Schmutz wohlzufühlen.

Nebenbei gibt ein derart verlumptes Auftreten den Gegnern scheinbar Recht, welche behaupten, gewisse Führer der Sozialdemokraten seien materiell so verkommen, dass sie auch bei dem brutalsten Umsturz nie etwas verlieren, sondern immer nur gewinnen könnten, ihnen liege also auch nur daran, sich durch eine Revolution eine bessere materielle Position zu verschaffen. Wie sehr solche mit Eifer nachgesprochene Schlagworte bei der über die eigentlichen Tendenzen der Partei herrschenden Unklarheit der Sache schaden, liegt auf der Hand. Um so mehr ist es Pflicht, gegen ein Gebahren zu protestiren, welches die Veranlassung zu dieser Schädigung der Partei bietet.

Uebrigens hing diese Tendenz eng zusammen mit einem andern Umstand, den wir auch nicht unerwähnt lassen dürfen. Aus dem berechtigten Streben, dem Arbeiterstand Bewusstsein seiner Kraft und Würde einzuprägen, entwickelte sich hie und da ein — wie sollen wir es nennen? — Kriechen vor den Arbeitern, ein in den Himmel Erheben aller — auch der schlechten — Eigenschaften derselben. Es trat ein, was Lassalle in seinem «Arbeiterprogramm» so treffend kennzeichnete: «Damals steigerte sich das entgegengesetzte Dogma sogar so weit, dass fast jeder, der einen ganzen Rock hatte, eben dadurch verderbt und verdächtig erschien, und Tugend, Reinheit und patriotische Sittlichkeit nur solchen innezuwohnen schienen, die keinen guten Rock besassen. Es war die Periode des Sanskulottismus.» So kam es, dass viele Arbeiter an Stelle ihres berechtigten Klassenbewusstseins eine Ueberhebung zur Schau trugen, die abstossend wirken musste. Ja ein sonst nicht unbedeutender Redakteur ging einmal soweit, als Argument gegen die direkte Gesetzgebung geltend zu machen, das Volk könne doch einmal ein schlechtes Gesetz annehmen, und da dürfe man dann nichts dagegen einwenden! — Doch das nur nebenbei.

Es sind dies Bemerkungen, die wir nicht unterdrücken konnten und wollten, obgleich sie, wie gesagt, nur auf vereinzelte Exemplare bezogen werden können; wer aber die Stimmen in der indifferenten, also für uns noch zu gewinnenden Masse über das besprochene äusserliche Auftreten gewisser Persönlichkeiten gehört und beachtet hat, wird zugestehen, dass die Partei dafür Sorge zu tragen habe, dass ihre Führer wie ihre Anhänger auch in ihrer äusseren Erscheinung nicht an die «Petroleure» der Kladderadatsch-Karikaturen erinnern. Sie brauchen nicht Glacéhandschuhe zu tragen, aber durch «bürgerliches» Auftreten können sie sich und der Partei nur nützen. Je mehr man Verstösse gegen den guten Geschmack überall vermeidet, desto rascher werden sich

zahlreiche Anhänger aus den Kreisen der gebildeten und besitzenden Klassen einfinden. Diese müssen aber erst gewonnen werden, wenn die mit so vielen Opfern an Kraft und Familienglück betriebene Agitation greifbare Erfolge erreichen soll, Erfolge, welche unter den thatsächlich bestehenden Verhältnissen nimmermehr errungen werden können, so lange die Arbeiterbewegung sich nicht zu der Höhe erhebt, auf welche sie Lassalle gern bringen wollte, als er ausrief: «Es wäre das grossartigste Kulturfaktum, es wäre ein Triumph des deutschen Namens und der deutschen Nation, wenn in Deutschland die Iniziative in der sozialen Frage gerade von den Besitzenden ausginge, wenn sie aufträte als ein Produkt der Wissenschaft und der Liebe, nicht als eine Gährung des Hasses und der wilden sanskulottischen Wuth.»

Wir stehen ganz auf dem Standpunkt, den Genosse Bebel in einer Rede in Berlin vertrat, in welcher er ausführte, die Arbeitermassen seien, wenn geeint, vielleicht im Stande, den Staat und die ganze Organisation der Produktion an einem schönen Vormittage über den Haufen werfen; sie würden dann aber schwerlich wissen, wie sie auf den Trümmern und aus den Trümmern ein neues, wohnliches Gebäude errichten sollten, wenn nicht Männer der Wissenschaft und Männer von praktischen Erfahrungen in der wirthschaftlichen Organisation ihnen helfend und stützend zur Seite stünden.

Machen wir uns doch keine Illusionen! Der Nihilismus in Russland besteht, wie man aus seinen Thaten sehen kann, aus einer kleinen Schaar von gebildeten, fanatisirten Leuten, gewissermassen aus Offizieren ohne Armee, die zu allerhand persönlichen Gewaltmitteln greifen, weil die Masse der arbeitenden Klassen nicht hinter ihnen steht. Im direkten Gegensatz hat der deutsche Sozialismus zu viel Werth auf die Gewinnung der Massen gelegt und dabei versäumt, in den sogenannten «oberen Schichten» der Gesellschaft energische Propaganda zu machen. Erst in den letzten Jahren ist hiefür etwas mehr gethan worden.

Das Eindringen sozialistischer Ideen in die Kreise der Gebildeten und Wohlhabenden ist zum Glück auch in Deutschland eine freilich nicht mehr abzuleugnende Thatsache. Alle Studenten, welche Dühring, Schäffle und Ad. Wagner gehört oder gelesen haben, sind mehr oder minder schon von dem sozialistisehen «Gift» infizirt. Das Auftreten der Pastoren Stöcker und Todt, ja das Verhalten des Fürsten Bismarck zu so entschieden sozialistisch, wenn auch nicht sozialdemokratisch gesinnten Personen wie Geheimrath Wagener und Lothar Bucher zeigt evident, dass die neue Wahrheit unwiderstehlich die Gemüther gefangen nimmt, wenn auch persönliche Interessen, alt eingesogene Vorurtheile und Rücksichtsnahme auf die bestehenden Verhältnisse zum Drehen und Deuteln, zur Modifizirung und Abschwächung der Konsequenzen verführt.

Die Partei zeigt gerade jetzt unter dem Druck des Sozialistengegesetzes, dass sie nicht gewillt ist, den Weg der gewaltsamen, blutigen Revolution zu gehen, sondern entschlossen ist, trotz mancher früheren Ungehörigkeiten und Ausschreitungen, die sie sich wie alle übrigen

Parteien in ihrer Jugend hat zu Schulden kommen lassen, den Weg der Gesetzlichkeit, d. h. der Reform, zu beschreiten. Je ruhiger, sachlicher, überlegter sie also in ihrer Kritik der bestehenden Zustände und in ihren Vorschlägen zur Abänderung derselben auftritt, um so weniger kann der jetzt wieder gelungene Schachzug wiederholt werden, mit dem die bewusste Reaktion das Bürgerthum durch die Furcht vor dem rothen Gespenst in's Bockshorn gejagt hat. Um so weniger werden sich alle unabhängigen Menschen scheuen, mit den Proletariern Hand in Hand zu gehen, und sie werden sich nicht mehr irre führen lassen durch jene Verläumdungen, welche uns zu einer Bande «verrückter Schwärmer», «verbrecherischer Thoren» und barrikadensüchtiger Lumpe machen.

Man verstehe uns wohl, wir plädiren nicht für ein Aufgeben unseres Programms und unserer Partei, wir meinen aber, dass wir für Jahre hinaus genug zu thun haben, wenn wir unsere ganze Kraft, unsere ganze Energie auf Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen sein müssen, bevor an eine Realisirung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann. Für einzelne dieser Forderungen sind schon eine grosse Zahl von gebildeten und wohlhabenden Männern gewonnen; stellen wir also bei den Wahlen immer solche bestimmt formulirte Postulate auf, so ist mit Sicherheit zu erwarten, dass sich nicht nur jene Männer, sondern auch tausende und abertausende von Kleinbürgern und Arbeitern uns anschliessen werden, welche jetzt durch die weitgehenden Forderungen — wie wir das oben genauer ausgeführt haben — von dem Anschluss an unsere Partei abgeschreckt werden.

Noch fehlt es der Partei an Männern, welche dieselbe im Reichstage zu vertreten geeignet sind. Wer das Suchen nach geeigneten Kandidaten kennt, welches vor jeder Reichstagswahl stattgefunden hat, wird das zugestehen müssen. Denke man doch daran, dass wir, um die Majorität im Reichstage zu haben, 200 Abgeordnete hineinsenden müssten. Nun unterliegt es ja keinem Zweifel, dass jetzt zwar im Reichstag eine mindestens ebenso grosse Zahl von Personen sitzt, deren Qualifikation zu dem Amt eines Gesetzgebers sicher nicht grösser ist als die vieler Genossen, welche sich bescheiden im Hintergrund halten. Die im Reichstag mit Majorität gefassten Beschlüsse zeigen aber auch, dass die Entscheidung über Annahme oder Ablehnen fast immer von den Führern der verschiedenen Fraktionen abhängt, dass das Gros aller Fraktionen blind dem Willen der Führer folgt. Wie sehr das der Fall ist, geht aus der Aufregung hervor, welche bei der Abstimmung über die Schutzzölle zu Tage trat, als sich zeigte, dass in diesen Fragen die Autorität der Führer nicht mehr anerkannt wurde, dass die Abgeordneten einmal eine eigene, sich von der sogenannten Parteidisziplin emanzipirende Meinung zu haben entschlossen.

Gerade weil wir nicht übermässig viel Respekt vor dem Parlamentarismus haben, meinen wir, im Parlament sollten möglichst viel selbstdenkende, selbstprüfende, selbstentscheidende Männer sitzen, damit die zu erlassenden Gesetze nicht vom einseitigen, sondern von möglichst vielseitigen Gesichtspunkten aus geprüft, nicht von einzelnen

Führern gemacht werden. Dazu ist es wünschenswerth und nothwendig, die Mandate Männern anzuvertrauen, die Gelegenheit und Zeit genug gehabt haben, sich mit den einschlagenden Materien gründlich vertraut zu machen. Der einfache Arbeiter und Kleinmeister, der seine ganze Arbeitskraft auf Erwerbung des täglichen Brodes verwenden muss, hat dazu nur in seltenen Ausnahmefällen die nöthige Musse, wenn wir ihm die Befähigung auch durchaus nicht absprechen wollen. So lange die Partei nur in einer verschwindenden Minorität im Reichstage sitzt und ihre Hauptaufgabe in entschiedener, prinzipieller Opposition besteht, wird auch der schlichteste Arbeiter den Posten ausfüllen können; sobald es sich aber darum dreht, positiv schaffend vorzugehen, ist es nothwendig, die Mandate an gründlich durchgebildete Parteigenossen zu vergeben.

Obschon nun wenig Aussicht vorhanden ist, dass die jetzt in Acht und Bann gethane Partei schon im Lauf der nächsten Jahre in die angenehme Lage kommen wird, ausschlaggebend im Reichstag aufzutreten, so muss sie doch in unserer schnell lebenden Zeit auf Alles gefasst sein und sich desshalb bemühen, auch in den Kreisen Anhänger zu gewinnen, in welchen die Agitation früher ganz vernachlässigt wurde.

Es wäre aber ein nicht wieder gut zu machender Fehler, wenn der von uns eben geltend gemachte Gesichtspunkt einseitig aufgefasst und durchgeführt würde. So richtig es ist, dass unsere Arbeiterbevölkerung nicht die Bildung, das Wissen besitzt, welches zur richtigen Ausfüllung eines Platzes in den gesetzgebenden Versammlungen nöthig ist, weil in unseren Schulen dieses Wissen nicht nur nicht gelehrt, sondern auch nicht einmal das Streben geweckt wird, sich dies Wissen später anzueignen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, dass die Zahl der Genossen unendlich gross ist, welche die Fähigkeit und den Wunsch besitzen, sich gediegene Bildung zu verschaffen, aber nicht wissen, wie sie die Sache anfangen, wo sie die Gelegenheit dazu suchen sollen.

Wenn es möglich wird, in dieser Hinsicht dem lang gefühlten Bedürfniss der strebsamen Arbeiter Genüge zu leisten, wird die Zeit nicht fern sein, in welcher der Arbeiterstand ein genügendes Contingent tüchtig qualifizirter Kandidaten für alle Wahlen aus seinen eigenen Reihen zu stellen im Stande sein wird. Und in diesem Fall ist uns ein aus den Reihen der Arbeiter gestellter tüchtiger Abgeordneter sogar lieber, als ein Mitglied der bevorzugten Klassen. Darum gilt es, die Mittel und Wege aufzusuchen, die das Heranbilden der wissensdurstigen Arbeiter ermöglichen und erleichtern.

Es kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, diese Arbeiter zu wissenschaftlich durchgebildeten Männern zu machen. Das Gebiet des menschlichen Wissens hat einen Umfang erreicht, der eine Theilung der Arbeit selbst für diejenigen nothwendig gemacht hat, welche ohne Sorge um das tägliche Brod ihre ganze Zeit dem Studium widmen können. Ein tieferes Eindringen in die verschiedenen Zweige der Wissenschaft wird daher den Arbeitern nur in sehr seltenen Fällen

möglich sein. Es genügt aber für den angestrebten Zweck auch eine allgemeine Kenntniss gewisser Disziplinen, vor Allem Schulung des Denkvermögens.

Wir sind der Meinung, dass die Partei sich angelegen sein lassen müsste, besonders staatsrechtliche und staatswissenschaftliche Kenntnisse zu verbreiten.

Fragen wir, was denn geschehen ist, um den Genossen Gelegenheit zu verschaffen, sich eingehende Kenntnisse von dem Recht, wie es ist, und dem Recht, wie es sein sollte, zu verschaffen, so begegnen wir nur dem von der «Berliner Freien Presse» gemachten Versuch, durch Verbreitung einer besonderen Beilage, in welcher die wichtigsten Gesetze, mit Erläuterungen versehen, erschienen, in dieser Richtung dem Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Der allseitige Beifall, den diese Idee erntete, ist Beleg dafür, wie sehr die mangelnde Gesetzeskenntniss gefühlt und bitter empfunden wird. Hier hätte man durch Vorträge und Verbreitung von billigen, populär gehaltenen Gesetzeserklärungen viel thun können und gewiss auch viel gethan, wenn es nur nicht so sehr an rechtskundigen Genossen gefehlt hätte, die mit Wort und Schrift belehrend vorzugehen im Stande waren.

Also auch in dieser Richtung zeigt sich der Nachtheil, den die einseitige Agitation unter den arbeitenden Klassen, die Vernachlässigung der Propaganda unter den Gebildeten für die Partei, d. h. hier gerade für die Arbeiter gehabt hat.

Weit besser ist die Art und Weise, in welcher die Volkswirthschaft sowohl in Brochüren wie in Zeitungsartikeln behandelt worden ist. Man wird schwerlich zu viel sagen, wenn man die Behauptung aufstellt, dass von keiner politischen Partei so viel für Verbreitung volkswirthschaftlicher Kenntnisse gethan worden ist und so gute Erfolge erzielt worden sind, als von der unsrigen.

Das Bewusstsein, in den national-ökonomischen Wissenschaften einen höheren Standpunkt einzunehmen, darin mehr zu wissen und klarer zu unterscheiden, als die sogenannte «Vulgärökonomie», verführte aber leider manche sozialistische Notabilitäten zu dem Glauben, sie verständen auch die übrigen wissenschaftlichen Disziplinen besser, als deren bürgerliche Vertreter, und seien berufen, auch in anderen Branchen des menschlichen Wissens eine neue, eigenthümlich sozialdemokratische Schule zu begründen. Derartige Versuche, die besonders auf dem Gebiet der Philosophie — mit mehr Berechtigung auch auf dem der Geschichte — unternommen worden sind, und zwar von Leuten, denen man weder den Beruf noch die nöthige Vorbildung zu einem derartigen Vorgehen zugestehen kann, haben einerseits die Partei bei den Fachleuten und Gebildeten kompromittirt, andererseits in den sozialdemokratischen Kreisen eine gewisse Ueberhebung gefördert, welche sich bald in der ostensiblen Geringschätzung der «offiziellen» Wissenschaft, bald in der Neigung äusserte, in absprechendster Weise über Dinge mitzureden, von denen man nichts verstand.

Dieser Vorwurf trifft nun freilich nicht bloss unsere Partei, sondern auch einen sehr grossen Theil der sogenannten gebildeten, in der

That aber nur halbgebildeten Welt. Die Philosophie hat mit den grossen Fortschritten der Naturwissenschaften nicht gleichen Schritt gehalten, oder vielmehr, ihre Ergebnisse konnten nicht so rasch und so leicht popularisirt werden; und daher, und theilweise wohl auch in Folge einer, von früheren Ausschreitungen der Philosophie datirenden Diskreditirung derselben, hat sich bei einer Menge von Leuten aller Berufsklassen ein flacher Materialismus Bahn gebrochen, — eine unendlich oberflächliche Weltanschauung, die vor dem kritischen Messer der Erkenntnisstheorie keinen Augenblick Stand hält.

Freilich ist diese letztere Wissenschaft nicht für Jedermann; sie stellt nicht nur bedeutende Ansprüche an Vorbildung, sondern ist mittelmässigen Köpfen überhaupt unzugänglich.

Die einer falsch aufgefassten Gerechtigkeitstheorie entsprungene doktrinäre Ansicht, nach welcher alle Menschen gleichbegabt sind und Jeder verstehen kann, was der Andere versteht, hat seit den Tagen ihrer Entstehung aus der «Egalité» der ersten französischen Revolution viel Unheil angerichtet und besonders die Ueberhebung der halbgebildeten Schichten stark gefördert.

Es muss offen gesagt werden: die Gerechtigkeit fordert es weder noch ist es durchzusetzen im Stande, dass alle auf derselben Stufe der Bildung stehen. So schön und aus mancherlei Gründen wünschenswerth das wäre, so unmöglich ist es in Folge der grossen Verschiedenheit in der Veranlagung. Darin besteht aber auch keineswegs die Gerechtigkeit, deren Ideal schon erreicht ist, wenn sich Alle in gleichem Masse ihres Lebens freuen.... Doch wir kommen von unserem Thema ab. Wir wollten hervorheben, dass die Halbbildung und das von ihr gepflegte vorlaute Mitsprechen über die schwierigsten Dinge auch diesem Vorurtheil mit ihre Entstehung schuldet, wonach es keine Dinge geben dürfe, die nicht Alle lernen und begreifen könnten. Jeder Psycholog, jeder Pädagog und auch jeder Reisende, welcher niedrig stehende Volksstämme studirt hat, weiss aus der Praxis das Gegentheil.

Mit dieser Oberflächlichkeit der Weltanschauung in so vielen, und durchaus nicht nur sozialistischen, Kreisen hängt die zur Schau getragene Missachtung aller Ideen, die an die alten Religionen auch nur anstreifen oder erinnern, eng zusammen. Dass in dieser Richtung im Schooss der Partei manches gesündigt worden ist, ist auch schon innerhalb derselben ausgesprochen worden und wird hier nicht zum ersten mal betont. Dabei ist indessen eine Trennung vorzunehmen zwischen dem, was als Verstoss gegen unsere Prinzipien, und dem was nur als taktischer Fehler betrachtet werden muss.

Dorthin sind zu rechnen jene einseitigen Bestrebungen nach Darstellung einer besonderen «sozialdemokratischen Religion», die sich selbst im Zentralorgan der Partei breitmachen durften; hierher die arg im Sande verlaufene Kirchenaustritts-Bewegung in Berlin.

Pinzipiell lässt sich gewiss nichts dagegen einwenden, wenn man Leute, welche nicht mehr an christliche oder sonstige Dogmen glauben, auffordert, nicht durch Beibehaltung äusserlicher Formen eine Heuchelei

zu begehen, die weder der Sache noch der Personen würdig ist. Aber der Zeitpunkt für diese Bewegung war nicht günstig gewählt, obgleich Provokation von anderer Seite den Schritt fast nothwendig hervorrief. Ist hier ein Fehler gemacht worden, so darf derselbe daher aber auch weder einer einzelnen Person zur Last gelegt, noch allzuscharf beurtheilt werden.

Dagegen meinen wir, es sei ebenso sehr aus prinzipiellen wie aus taktischen Gründen zu verurtheilen, dass häufig auch ohne jede Provokation, nur aus intolerantem und fanatischem Materialismus die religiösen Gefühle von Leuten verletzt worden sind, die an denselben mit Pietät festhielten und sich doch nicht von ihnen hätten hindern lassen, gute Sozialdemokraten zu werden. Man hätte nie den Programmsatz aus den Augen verlieren sollen, der die Religion zur Privatsache erklärte. Wir bestreiten selbstverständlich Niemandem das Recht, aufklärend zu wirken und die Menschen von dem zu befreien, was in den Religionen unwissenschaftlich und schlecht ist; nie aber durfte irgend eine Religion — und der Materialismus ist entschieden auch eine solche, wenn auch keine der besten — mit den politischen und sozialen Bestrebungen der Partei so verquickt werden, wie das vielfach geschehen ist. Freilich lange nicht in dem Maasse, als es die gegnerische Presse darzustellen beliebte. Würde man deren Berichten Glauben schenken, so hätten wir die «Abschaffung der Religion und der Ehe» als ebenso dringende Punkte unseres Programms behandelt, wie die Verwandlung des Privatkapitals in Kollektivkapital. Das ist nie und nirgends der Fall gewesen. Die Reporter und Redakteure der liberalen Blätter — dieser fast noch mehr als der konservativen — griffen begierig jede unvorsichtige Aeusserung auf, um über sie ungerechtfertigten Lärm zu schlagen. Etwas mehr Takt und Vorsicht hätte in unseren Redaktionen freilich walten können und wäre um so mehr zu empfehlen gewesen, als Missverständniss und Niedertracht seitens der Gegner ganz unschuldige Kundgebungen in der übelsten Weise umdeuteten. Es sei hier nur an das Schicksal des sogenannten «Petroleumliedes» erinnert, eines der harmlosesten Erzeugnisse des politischen Humors, das sich in scherzhafter Weise über die Angst der Philister vor den Sozialisten lustig macht. Nun, dies von einem Studentenklub zuerst in Berlin eingeführte Lied, nach einer hübschen Melodie aus Mademoiselle Angot zu singen, wurde von Treitschke — der jedenfalls den Text nicht recht kannte — als ein «Kannibalenlied» erklärt, von einem Reporter der Nationalzeitung mit Abscheu erwähnt und schliesslich — eine natürliche Folge der so geschaffenen öffentlichen Meinung — auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.... Die Berliner Zeitungsreporter (und besonders einer derselben, der mit einem der Führer der Sozialdemokratie persönlich verfeindet war) haben durch ihre tendenziös gefärbten Darstellungen aus der sozialistischen Agitation mehr zum Hass der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie und damit zum Gelingen des Sozialistengesetzes beigetragen, als sich mancher Geschichtsschreiber der Zukunft wird träumen lassen. Es klingt vielleicht paradox und ist doch vollständig wahr, dass diese unbedeu-

tenden Leute vermöge der schlechten Einrichtungen der hauptstädtischen Presse — aus der wiederum fast alle Provinzblätter schöpfen — einen bedeutenden Einfluss auf die öffentliche Meinung in ganz Deutschland auszuüben vermögen. Es sind da einzelne Herren, die gewissermassen ein Monopol der Lokalberichterstattung haben, und deren Notizen von den Redaktionen unbesehen und ungenügend kontrolirt in die Druckerei gegeben werden. — Doch dies nur beiläufig als ein immerhin nicht uninteressanter Beitrag zur Kulturgeschichte. Wir mussten diesen Umstand auch erwähnen, um zu erklären, warum wir keinen Anlass nehmen, auf gewisse andere Vorwürfe, die man unserer Agitation speziell in Berlin gemacht hat, näher einzugehen. Wir wünschen hier — das wird jeder Leser gern zugeben — so unparteiisch zu sein, als möglich; aber gerade desshalb müssen wir sagen, dass uns mit Unrecht Dinge vorgeworfen worden sind — es ist dies auch von sonst befreundeter Seite geschehen —, welche nur jene tendenziöse Berichterstattung auf dem Gewissen hat.

Wir dürfen freilich, um gerecht zu sein, nicht ungesagt lassen, dass auch unsere Presse öfters recht leichtsinnig und tendenziös redigirt wurde. Wenn wir auch wohl zu würdigen wissen, wie leicht man sich eine Verurtheilung wegen Beleidigung und Verläumdung zuziehen konnte, so soll doch nicht verschwiegen werden, dass eine Reihe derartiger Verurtheilungen — die immer einen schlechten Eindruck auf das Publikum machen — bei grösserer Vorsicht und Selbstbeherrschung hätte vermieden werden können. — Nach anderer Seite zeigte sich das tendenziöse Uebertreiben darin, dass die Nachrichten über die Arbeiterbewegung (oder die freiheitliche Sache überhaupt) zu günstig dargestellt wurden und so einen Optimismus schufen, der keineswegs immer gut ist. Wir erinnern uns, gewiss ein dutzend Mal gelesen zu haben: Russland sei bankerott, in Spanien sei die Revolution vor der Thür, England stürze demnächst dem Sozialismus in die Arme — von Deutschland las man Aehnliches zwischen den Zeilen —, so dass man zum Glauben verleitet werden konnte, in zwei oder drei Jahren werde die sozialdemokratische Weltrepublik definitiv konstituirt sein. Wir bezweifeln, wie gesagt, ob diese Taktik eine kluge war, — um so mehr, als unterrichtete Leute, die ausser dem sozialdemokratischen Blatt noch andere Zeitungen lasen, wissen mussten, wie die Sachen in Wahrheit standen, und von jenen illusionären Uebertreibungen gewiss unangenehm berührt wurden. — Noch in manchen anderen Richtungen machten sich Uebertreibungen geltend, auf die wir speziell nicht weiter eingehen können. Durch nichts aber schadet man gerade einer wirklich guten Sache mehr als durch unwahre Vergrösserungen, wenn dieselben vom Publikum leicht als solche erkannt werden können. Es entsteht dann, wie natürlich, ein Misstrauen auch gegen den Kern von Wahrheit, den die Sache enthält. Bei dieser Gelegenheit mögen auch gerügt werden jene Anspielungen auf Revolution, die man sich manchmal — ohne rechte Ueberlegung — erlaubte, und die um so eher hätten unterbleiben können, als sie doch nicht ernst gemeint waren. — Allen solchen und ähnlichen Fehlern der Presse stehen freilich

eine Menge Erklärungs- und Entschuldigungsgründe mildernd gegenüber. Es darf nicht vergessen werden, dass viele Zeitungsnummern von viel beschäftigten Agitatoren in grösster Eile und mit unzureichenden Hülfsmitteln, oft nach vorangegangener anstrengender Arbeit, durchreisten Nächten etc., hergestellt werden mussten, wobei Vieles unterlaufen konnte, was ein mit Musse und Material besser ausgerüsteter Redakteur nicht hätte passiren lassen. Es ist geradezu erstaunlich, dass trotz aller Massregelungen, trotz aller sonstigen propagatorischen Thätigkeit des Redaktionspersonals, trotz dem öfteren Mangel an geeigneten redaktionellen Kräften, trotz den fehlerhaften finanziellen Verhältnissen mancher Partei-Unternehmungen keine grösseren Unterbrechungen eintraten und nicht noch mehr Verstösse vorkamen. Nur die grosse Aufopferungsfähigkeit, welche die meisten Parteigenossen beseelte, konnte es fertig bringen, die Maschine immer im Gang zu erhalten.

Nicht ganz glücklich war die Partei in ihrer auswärtigen Politik. Allerdings die Partei als solche weniger als einzelne besonders hervorragende Führer derselben, deren Domäne die hohe Politik von jeher gewesen ist. Besonders drastisch hat sich eine gewisse Ungeschicklichkeit in diesem Fache während des orientalischen Krieges herausgestellt. Es kann nichts dagegen gesagt werden, dass den deutschen Sozialdemokraten die Ausbreitung und Vergrösserung des russischen Czarenthums unlieb sein müsste, aber es war ein starkes Versehen, desshalb für die Türken und die Erhaltung der Türkei — um der englischen Interessen willen — Partei zu nehmen. Bekanntlich hat sich über diesen Punkt schon im «Vorwärts» seiner Zeit eine eingehende Diskussion entsponnen, die ihren einstweiligen Abschluss in einer Broschüre des bekannten «Vorwärts»-Mitarbeiters H. L. fand. (Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zürich 1878.) — Ganz abgesehen von dieser russisch-türkischen Streitfrage dürfte überhaupt die Macht der deutschen Sozialdemokratie noch nicht so gross sein, um in der auswärtigen Politik mit einigem Erfolg mitreden zu können. Die in dieser Hinsicht während der Orientwirren eingeleitete — jedoch nicht von der Partei offiziell unterstützte — Agitation wäre auch im Sande verlaufen, wenn es sich um greifbarere Gegenstände gehandelt hätte, als damals vorlagen. Es sollte dem Reichskanzler ein Misstrauensvotum wegen seiner angeblichen «russenfreundlichen» Politik gegeben werden, ohne dass man im Stande war, zu sagen, in welchen speziellen Fällen sich diese Russenfreundlichkeit gezeigt hätte.

Doch zurück zum obigen Thema. Der Mangel an Taktgefühl einzelner Redaktionen zeigte sich auch in der Art, wie sie uns wohlwollend gesinnte Blätter verwandter Parteirichtungen behandelten. Man scheute sich für gewöhnlich nicht, ganze Spalten aus denselben abzudrucken, und traktirte sie dann wieder in einem wegwerfenden und ironischen Tone, den sie nicht verdient hatten. Einen besonders unglücklichen faux pas beging ein Blatt, als es mit der «Frankfurter Zeitung», die sich im Allgemeinen immer anständig gegen uns benommen hatte, einen Streit über «Republik und Monarchie» (in Bezug

auf französische Verhältnisse) vom Zaune brach, der von vorneherein als verloren betrachtet werden konnte und auch — verloren wurde.

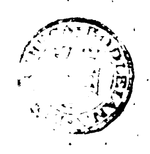
Obwohl manche der hier gerügten Mängel auch bei der mündlichen Agitation zu Tage getreten sind, so dürfen wir doch sagen, dass wir im Ganzen und Grossen nur angenehme und erhebende Eindrücke von derselben empfangen haben. Sogenannten «Ausschreitungen» seitens der Redner erinnern wir uns nicht, begegnet zu sein, — es sei denn, dass man die übertriebenen Angriffe auf die «Gründer» dahin rechnen wollte. Wir beabsichtigen nicht, die Frivolität, die Betrügereien und Ausbeutungen des «Gründerthums» in Schutz zu nehmen, müssen aber doch betonen, dass dessen Vertreter nur Kinder der Zeit und für die misslichen Verhältnisse der Arbeiter und Bürger nicht mehr verantwortlich zu machen sind als alle Andern, die mit den jetzigen gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Zuständen aus Interesse oder aus Unwissenheit zufrieden sind. Das Schimpfen auf Strousberg und dergleichen Leute, wie es in Reden und Zeitungen üblich war, wäre daher besser unterblieben, zumal es die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen der Noth auf die Symptome ablenkte. —

Will man einen Uebelstand der «Volksversammlungen» hervorheben, so könnte die Art und Weise getadelt werden, in der öfters das «Büreau» gebildet und verwaltet wurde. Man übertrieb hier manchmal das demokratische Prinzip, einestheils indem man «Büreauwahl» auch da vorschlug, wo an einem gewissen Hausrecht der einberufenden Partei nicht zu zweifeln war, anderseits, indem man in der «Diskussion», welche den Reden zu folgen pflegt, Leute zu lange «quatschen» — man verzeihe den vulgären, aber hierfür technischen Ausdruck — liess, welche Unsinn auskramten oder die Zuhörerschaft sonst langweilten. Das musste die Versammlungen diskreditiren, ohne sonst zu nützen, und etwas mehr Strenge seitens des Präsidenten wie des Publikums wäre daher vortheilhaft gewesen. —

Man hat der Partei — um nur noch einen Punkt hervorzuheben — auch ihre Parteinahme für die Pariser Commune zum Vorwurf gemacht. Was die richtige Taktik in diesem Falle gewesen wäre, ist indess sehr schwer zu entscheiden. Die Geschichte der Commune ist noch keineswegs so vollkommen aufgeklärt, dass man die derselben gemachten Vorwürfe ganz entkräften könnte; aber jedenfalls kann sich jeder freisinnige und humane Mann noch viel weniger auf die Seite der Versailler stellen. Und dann bedenke man, dass man sich noch nicht mit Allem, was die Commune oder einzelne Repräsentanten derselben gethan oder unterlassen, einverstanden erklärt, wenn man den Grundgedanken, aus dem sie hervorgegangen — eine gewisse Autonomie für Paris zu erhalten — und die Berechtigung ihrer Entstehung anerkennt. Man hätte allerdings manchmal etwas weniger demonstrativ bei dieser Anerkennung und Parteinahme verfahren können. Was man hierbei vielleicht an Freundschaft bei französischen Sozialisten gewann, ging auf der anderen Seite dadurch verloren, dass uns sonst zugeneigte Leute zurückgestossen und überhaupt der Hass der Bourgeoisie gegen uns vergrössert wurde. Manche Sozialdemo-

kraten vertrauen freilich so fest auf die «Wahrheit der Sache», dass sie sich nicht viel daraus machen, wenn die Zahl der Feinde wächst. Dies dürfte aber doch eine viel zu optimistische Taktik sein. Theilweise hing sie auch zusammen mit dem schon oben berichteten Fehler: die Sozialdemokratie ausschliesslich als eine Partei der Arbeiter zu betrachten und sich desshalb aus der Freundschaft von Angehörigen anderer Stände nicht viel zu machen.

Wir sind mit unserer Kritik zu Ende. Sie entsprang aus der Ueberlegung, dass jetzt oder nie der geeignete Zeitpunkt sei, zu untersuchen, ob die Partei nicht selbst einige Schuld daran trägt, dass sie die Schlacht vom 21. Oktober 1878 verloren hat. Wir müssen bekennen: ja! sie ist nicht ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Oktobergesetzes, denn sie hat den Hass der Bourgeoisie in unnöthiger Weise vermehrt — allein mit diesem Zugeständniss ist natürlich noch kein Buchstabe des Gesetzes gegen die «gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie» moralisch gerechtfertigt. Wir sind überzeugt, dass die Partei auf dem besten Wege war, sich in manchen Beziehungen zu reformiren, und dass sie die oben gerügten kleinen Schwächen bald durch eigene Initiative und Energie überwunden hätte — wenn ihr freies Wirken nicht beschränkt worden wäre. Wir können das mit vollkommener Sicherheit aussprechen, denn schon auf dem für den Sommer 1878 in Gotha projektirten Parteikongress (welcher durch ein behördliches Verbot verhindert wurde) wären unzweifelhaft einige Hauptmissstände zur Sprache gekommen und würden Mittel gefunden worden sein, dieselben zu beseitigen. Dies sei für diejenigen Verfechter des Sozialistengesetzes bemerkt, welche dasselbe höchst naiver Weise als ein Erziehungsmittel ansehen, lediglich zu dem Zweck in's Leben gerufen, einer an sich ganz berechtigten und zu unterstützenden Partei etwas bessere Manieren und mehr Takt beizubringen. Es gibt in der That solche Leute, die ihren sonstigen Anschauungen nach zu uns hinneigen und nur aus derartiger kleinlicher Schulmeisterei sich des Gesetzes annahmen. In ihrem Unverstand haben diese politischen Kinder ungefähr dieselbe Heilmethode angewendet, wie der Dr. Eisenbart, als er Jemanden den hohlen Zahn mit der Pistole herausschiessen wollte — dabei freilich den Patienten in's Jenseits beförderte; sie wollten einige geringfügige Ausschreitungen beseitigen und gaben der Regierung die Waffe in die Hand, um sozialdemokratischen Ideen überhaupt den Garaus zu machen! Nun, dahin wird es freilich nicht kommen, — aber es ist auch nicht ausgemacht, ob unser Zahnweh auf diese Weise gewaltsam geheilt wird. Jedenfalls wäre es auf dem anderen Wege rationeller und sicherer geschehen. Indessen, dem Gerechten, heisst es in der Bibel, müssen alle Uebel zum Besten dienen; hoffen wir das auch im vorliegenden Falle; hoffen wir, dass alle jene kleinen Mängel der grossen Partei abgelegt sein werden, wenn sie — was nur eine Frage der Zeit ist und, wie wir glauben, keiner langen Zeit — wieder zum öffentlichen Leben neugestärkt und frischen Muthes erwacht!



Zur Frage des Staatsmonopols.

Die Frage der staatlichen Monopolisirung des Handels und der Grossindustrie unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ist für uns Sozialisten von eminenter prinzipieller und praktischer Bedeutung. Wir müssen sie nicht an und für sich, als «Theorie», sondern auch im Zusammenhang mit den unter bestimmten Verhältnissen hervortretenden Bedingungen und Folgen betrachten. Wir müssen dabei mit vorsichtiger Ruhe erwägen, ob die Monopolisirung der Grossindustrie und des Handels unter gewissen Bedingungen die Verwirklichung unserer humanitären Ziele fördern oder gar im Gegentheil die Herbeiführung einer auf sittlichen Grundlagen beruhenden gesellschaftlichen Ordnung dauernd verzögern könnte.

Die Monopolisirung des industriellen und kommerziellen Betriebs durch den Staat könnte auf zweierlei Weise geschehen: erstens durch das Verbot des selbstständigen Privatbetriebes, wie es z. B. innerhalb des Weltpostvereins theilweise mit Post und Telegraph oder im Kanton Zürich mit dem Salzhandel und in Oesterreich, Frankreich u. s. w. mit dem Tabakhandel *) der Fall war resp. ist, und zweitens auf dem Wege der freien Konkurrenz. Im erstern Fall jedoch müsste die Ausführung, wenngleich sicherer, dafür aber auch langsamer vor sich gehen, da die plötzliche Monopolisirung des gesammten oder auch nur eines sehr grossen Theiles des industriellen und kommerziellen Verkehrs, so lange derselbe noch so wenig konzentrirt ist wie gegenwärtig, meiner Meinung nach, wirthschaftliche Krisen und bedeutende Störungen im Volksorganismus mit sich bringen müsste.

Wohl würde die Konzentration des Handels und der Industrie in den Händen des Staates an und für sich in dem Volke das Verständniss für unsere Bestrebungen fördern und die volle Verwirklichung derselben beschleunigen. Der Staat vermöchte, auch im Wege der

---

*) Es ist beachtenswerth, dass durch das Tabakmonopol in der österreichischen Monarchie der Tabak weder besser noch billiger geworden ist, während dies bei dem Salzmonopol in der Zürcher Republik der Fall ist; hier hat jeder Salzverkäufer sogar eine besondere staatliche Salzwaage, das Salz kostet, gemäss Volksbeschluss (durch Abstimmung), nur fünf Rappen das Pfund, und trotzdem hat der Staat noch 100,000 Fr. jährlichen Reingewinn.

freien Konkurrenz, in verhältnissmässig sehr kurzer Zeit das spekulative*) Privateigenthum zu paralysiren und damit der Ausbeutung der Massen durch Einzelne ein entschiedenes Ende zu machen. Durch das Monopol und durch die unter solchen Umständen unvermeidliche Verbindung seiner grossartigen, gegenwärtig mehr oder weniger unproduktiven Hülfsmittel, wie z. B. Gesandtschaften, Konsulate, Marine, einen grossen Theil des Beamtenthums, sowie solcher Institutionen, wie Post und Telegraph etc. mit den wirthschaftlichen Interessen würde der Staat, im Verhältniss zu der gegenwärtigen zersplitterten Organisation der Industrie und des Handels, so viele Ausgaben sparen und den kommerziellen Verkehr durch Verbindung mit andern Staaten so sehr erleichtern, dass keine Privatgesellschaft mit ihm in der Billigkeit der Produktion und der Produkte würde konkurriren können; schon jetzt z. B. wäre keine Privatgesellschaft im Stande, bei den gegenwärtigen Post- und Telegraphentarifen auch nur zu bestehen, während der Staat dabei noch Millionen verdient. Dann ist es Thatsache, dass die Staatsbeamten ehrlicher und pflichttreuer sind, als Privatangestellte, trotzdem die ersteren viel schlechter bezahlt werden als die letzteren; man braucht z. B. nur die Zahl der Unterschlagungen und Diebstähle zu vergleichen, die einerseits von den höheren Angestellten bei den Staatsbanken und andererseits von denen bei Privatbanken und anderen Aktiengesellschaften verübt werden. Ferner müsste die staatliche Monopolisirung der Industrie und des Handels dadurch, dass der enorme Spekulationsgewinn Einzelner aufhört resp. den Staatskassen zufällt, das Volk von den anderen direkten und indirekten Steuern entlasten, dessen Kauffähigkeit steigern, die Produkte durch Billigkeit zugänglicher machen und damit den Konsumtionsverkehr erhöhen und die Produktion fördern. Selbst Produzent und Verkehrsregulator, würde der Staat überdies das Lehrlingswesen, die Ausbildung der Arbeiter in die Hand nehmen und zur möglichsten Vollkommenheit führen; infolge dessen würde die Arbeitsfähigkeit des Volkes steigen. Endlich würde eine solch grossartige, ja, was dabei unvermeidlich wird, internationale Regelung des Produktenverkehrs, wie es schon gegenwärtig bei Post und Telegraph der Fall ist, Arbeits- und Arbeiterkrisen abschwächen.

Aber die Sache liegt, was die praktische Durchführung betrifft, unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen doch nicht so einfach.

Bei Aufstellung der Frage des staatlichen Monopols in der Schweiz würde einem Sozialisten schwerlich ein Bedenken gegen das Projekt in den Sinn kommen. Die Schweiz ist im Grossen und Ganzen ein demokratisch-republikanischer Staat unter Volkssouveränetät. Das

---

*) Man muss den Begriff des produktiven Eigenthums von dem des spekulativen präzis unterscheiden. Der Grund und Boden, das «Geld» (als Vermittler des Produktenaustausches) und die Produktionsinstrumente sind produktiv in Beziehung zu den Produzenten, in Beziehung aber zu den nicht produzirenden Besitzern nur spekulativ. (? d. Herausg.)

Schweizervolk besitzt das Recht der Initiative und in gewissem Sinne auch der direkten Gesetzgebung in Bundessachen und, mit Ausnahme von vier kleinen Kantonen, auch in Kantonalangelegenheiten. Die Geschichte der schweizerischen Demokratie belehrt uns, dass der Zeitpunkt nicht ferne ist, wo die Schweizer das volle Recht der direkten Volksgesetzgebung haben werden. Aber schon gegenwärtig unterliegen die Gesetze, wie in den Monarchien der Begutachtung resp. Sanktion des Monarchen und in der nordamerikanischen Union und in Frankreich der des Präsidenten, hier der Sanktion von Seiten des Volkes; dieses entscheidet in direkter und geheimer Abstimmung durch die Majorität, ob die von den gesetzgebenden Körpern ausgearbeitete Gesetzesvorlage Gesetzeskraft erhalten solle oder nicht. In eidgenössischen Angelegenheiten durch 50,000 und, wie z. B. in Zürich, in Kantonalangelegenheiten durch 5000 Unterschriften kann das Volk die Revision jedes Gesetzes, ja der ganzen resp. Verfassung, sowie die Ausarbeitung ganz neuer Gesetze verlangen. Ueberdies werden in der Schweiz fast alle Behörden unmittelbar vom Volke gewählt (der «Bundesrath», d. h. das Ministerium, wird von der Bundesversammlung auf die Dauer einer Legislaturperiode ernannt; die Bundesräthe dürfen aber nicht zu gleicher Zeit auch Mitglieder der Bundesversammlung sein). Die Regierungen sind hier also ausser Stande, Etwas gegen den Willen des Volkes durchzusetzen. Zur vollen politisch-sozialen Freiheit fehlt demnach der Majorität des Schweizervolkes blos noch die Einsicht, dass seine Selbsständigkeit durch die herrschende sozial-ökonomische Anarchie gestört wird, und dass diese letztere durch die staatliche Monopolisirung des Handels und der Industrie beseitigt werden kann.

Ganz anders liegt jedoch die Sache z. B. in Deutschland. Die gegenwärtige politische Organisation desselben ist eigentlich kein Staatssystem; bei Weglassung ihrer heute ja kaum etwas bedeutenden Parlamentelei hat sie eine gewisse Aehnlickeit mit dem System eines Gefängnisses, wo alle Insassen dem ebenfalls in bestimmtem Grade begrenzten Willen der «Regierung» unterworfen sind. Der normale Staat, das ist das vereinigte, organisirte, souveräne Volk. Die Staatsgesetze sollten ihre Bestätigung direkt durch das Volk erhalten. Die Staatsregierung, die Staatsbehörden müssten aus von dem Volk direkt gewählten und diesem verantwortlichen Personen bestehen. Eine solche Regierung steht innerhalb des Volkes, innerhalb des Staates. Die deutschen Regierungen aber stehen gewissermassen über dem Volke, über dem Staate. Die Behörden werden nicht vom Volke, sondern vom Monarchen resp. von dessen «Dienern» ernannt und sind nur ihm Rechenschaft über ihre Thätigkeit schuldig. Die Parlamente haben, unter ihrem gegenwärtigen Verhältniss zu den Regierungen, nur geringe Bedeutung; sie dürfen die Regierungsvertreter wegen vorgefallener Unregelmässigkeiten blos «interpelliren», dürfen aber der Regierung resp. dem Minister nicht einmal ein Misstrauensvotum geben, da die Staatsregierung ihnen gegenüber nicht verantwortlich ist. Das Militär schwört Treue dem «Throne» und bildet eine Macht, die die Unverantwortlichkeit des letztern vor dem Volke schützt; das Volks-

verdummungssystem in der allgemeinen Erziehung der Kinder und die lange Dienstzeit stumpft im Militär den Bürgersinn ab, macht es zu einer Kaste und zum blinden Werkzeug der Regierungen. Erklärt sich das Volk thatsächlich mit dem ungerechten Regierungssystem oder nur mit manchen Massnahmen der Behörden nicht einverstanden, so wird es, wenn es hartnäckig ist, durch militärische Gewalt «zum Schweigen» gebracht.

Allein zum «Regieren» braucht man Geld, und zwar viel Geld. In dieser Beziehung sind nun die Regierungen auf das Volk angewiesen und in gewissem Sinne von demselben abhängig. Das Budgetrecht der «konstitutionellen» Völker bildet daher gegenwärtig ihre einzige Waffe gegen eine volksfeindliche Regierung. Das Interesse der letztern erheischt aber eine möglichst grosse Unabhängigkeit vom Volke in dieser Beziehung. Dazu dienen lange Legislaturperioden, damit die Regierungen mit den geschmeidigen Volksvertretern (à la «Nationalliberalen»), die dadurch unabhängiger von ihren Wählern werden, um so leichter «kompromittiren» können. Ein ferneres Mittel, die Abhängigkeit der Regierung abzuschwächen, sind lange Budgetperioden. Beide bilden auch das Ideal des Fürsten Bismarck. Schon bei Konstituirung des norddeutschen Bundes stimmte derselbe, damals «einfacher» Abgeordneter, für die beantragte fünfjährige Legislaturperiode und erklärte sich für eine dreijährige Budgetperiode. Beide Anträge fielen jedoch damals durch. Gegenwärtig nun, als «Fürst-Reichskanzler», geht er mit dem Gedanken um, die existirende einjährige Budgetperiode wenigstens in eine zweijährige umzuwandeln. Dieser Plan wird ihm wohl auch gelingen, da ein grosser Theil der «nationalliberalen Inopportunisten», die nun von ihm an die Wand gedrückt sind, ihm mit «schweren Herzen» nachgeben werden, um ja nur seine Gunst wieder zu gewinnnen; Ueberzeugungskraft gibt es ja bei diesen Herren nicht. — Das allein genügt jedoch dem deutschen Reichskanzler auch noch nicht. Er braucht für die «Vaterlandsvertheidigung» Geld, und das Einkommen desselben sollte nicht ganz von einer jedesmaligen Bewilligung des Reichstages abhängen; seine «volkswirthschaftlichen» Reformbestrebungen gehen, wie jeder Sehende merken kann, dahin, das Budgetrecht des Parlaments möglichst zu entkräften. Diesen Zweck will und kann er durch Erhöhung der indirekten Steuern, sowie durch Staatsmonopole erreichen.

Und monopolisirt man nun in der That den kommerziellen und industriellen Verkehr, ohne jede Garantie gegen Missbrauch, in den Händen eines solchen «Staates», so gibt man damit der über dem Volke stehenden Regierung nur eine für lange, lange Zeit unbesiegbare und sehr schwer wieder zu erobernde Macht, ihre privilegirte Stellung gegen alle Freiheitsbestrebungen des erwachten Volksgeistes zu schützen. Sie erhält dadurch die Macht, jede gegnerische Stimme niederzuhalten und damit die Völker in die frühere despotische Tyranney zurückzuführen.

Es kann wohl nicht so schlimm werden, würde man vielleicht entgegnen. Aber sie irren sehr diese schwärmerischen Optimisten,

die da meinen, «das Rad der Geschichte» könne nie rückwärts gehen. Diese Meinung ist eben so irrthümlich, wie diejenige, als vermöge gegenwärtig ein Mensch, und wenn dieser «auch ein Bismarck» wäre, allein dieses zu vollbringen. Unser verstorbene Genosse Dr. Moritz Hess entwickelt in seiner «Dynamischen Stofflehre» mit der ihm eigenen Geistesschärfe den richtigen Gedanken, dass der Glaube an einen unter allen Umständen unendlichen, d. h. ununterbrochenen Fortschritt ebenso falsch sei, als die absolute Negierung des Fortschrittes überhaupt. So haben z. B. die Kriege dieses Jahrhunderts, die die physisch Besten der Nationen vernichteten, resp. zu Krüppeln machten, sowie den Wohlstand von Millionen untergruben, unterstützt durch die Ausbeutung der Massen seitens einzelner Spekulanten, den Gesundheitszustand der Völker stark beeinträchtigt. Aehnliches ist im geistigen Leben der Fall. Die Unterdrückung, eigene Fehler und unglückliche Umstände vermögen ein Volk lange, lange Zeit in finsterer Unwissenheit zu halten, ja sogar ein gebildetes Volk in die Barbarei zurückzuführen. Was ist z. B. aus den gebildeten alten Hellenen durch den kaiserlich-christlichen Byzantinismus und endlich durch die türkische Tyrannei geworden? Oder auch aus den Arabern, dem gebildetsten Volke des Mittelalters? Aus dem Volke der Aristoteles', Homer's, Plato's, Sokrates', Solon's etc. ist ein Volk von halben, aus den Schöpfern der Algebra, dem Volke der Gelehrten und Dichter sind ganze Barbaren geworden! . . . Freilich gegenwärtig, bei der allgemeinen Verbreitung der Bildung (die «Bildung» der Masse des Volkes besteht übrigens einstweilen in kaum mehr als im Lesen und Schreiben), sind solche Vorgänge bei weitem unwahrscheinlicher als im Mittelalter. Aber unwahrscheinlich heisst noch nicht «unmöglich».

Zwei Faktoren sind es, die den reaktionären Bestrebungen der Regierungen Hemmnisse entgegensetzen; erstens und hauptsächlich der Mangel an Finanzmitteln, der die Regierungen abhängig von den Völkern macht, und zweitens — der durch die so oft sich geltend machende Ehr- und Selbstsucht der Herrscher bedingte Antagonismus zwischen denselben. Diese beiden Faktoren — hauptsächlich aber, ich wiederhole es, der erstere — lassen die reaktionäre Herrschaft nicht von anhaltender Intensivität sein; im Momente der Noth muss die Reaktion endlich der Freiheit nachgeben, aber nur, um nach Ueberwindung der Noth die Konzessionen wieder rückgängig zu machen resp. die Versprechungen nicht zu halten. Die Geschichte weist uns genügend solche Beispiele auf. Ich will hier nur eines erwähnen. Um ihre Throne und Thrönchen vor dem Usurpator Napoleon I. zu schützen, hatten die europäischen Regierungen den von ihnen beherrschten Völkern Freiheiten versprochen und zum Theil auch sogleich ausgeführt. Nachdem aber Napoleon durch die aufgeweckten Völker besiegt worden war, beschenkten die aus ihrer Noth befreiten Fürsten ihre Erretter mit der «heiligen Allianće» und schmälerten die schon gegebenen Freiheiten bis zum Aeussersten. Hätten die also behandelten Völker wenigstens das Budgetrecht gehabt und verstanden, dieses zu

wahren, so hätten sie die fromme Reaktion mehr oder weniger paralysiren können. Ich sagte: «und verstanden, dieses zu wahren», denn, um das neueste traurige Beispiel aus der deutschen Geschichte anzuführen, wäre die «liberale Majorität» des deutschen Reichstages so ehrlich und klug gewesen, von der ihr durch das Budgetrecht verliehenen Macht energischen Gebrauch zu machen, so hätte sie die Reichsregierung wenigstens zur Bildung eines verantwortlichen Ministeriums zwingen können und wäre dadurch die jetzt herrschende politische Krisis und schwarz-weisse Reaktion unmöglich gemacht.

Doch das Budgetrecht ist dem deutschen Volke noch nicht entrissen worden. An der Hand desselben vermag es noch, wenn es keine feigen «liberalen» Phraseure, sondern muthige und ehrliche Männer, wie es die sozialdemokratischen Abgeordneten sind, in den Reichstag wählt, die Freiheit, die natürliche Herrschaft über seine Staatsdiener wieder zu erobern. Würde man aber der gegenwärtigen deutschen Regierung eine solche finanzielle Macht ausliefern, wie sie durch hohe Steuern oder Staatsmonopole geboten wird, so zerstörte man damit die einzige Waffe, die das Volk noch gegen eine feindliche Regierung besitzt — das Budgetrecht; dieses wird fast ganz illusorisch, da die Regierung, in Zeiten des Friedens besonders, genug finanzielle Mittel haben wird, um es zu umgehen. Die gemeinsame Gefahr vor dem Ueberhandnehmen der freiheitlichen Ideen würde dann auch die verschiedenen «weltlichen» und «geistlichen» Gewalten, wie es schon gegenwärtig im Anzuge ist, sehr bald zu einer schwarz-weissen Internationale vereinigen und ihnen auf diese Weise die Macht verleihen, den mühsam errungenen Fortschritt auf lange Zeit hinaus zu hemmen.

Nun möchten vielleicht Manche, Angesichts des herrschenden furchtbaren Elends und der drohenden Degenerirung des Volkes durch die rücksichtslose Privatwirthschaft, meinen, man müsse zuerst diese zu paralysiren suchen, um das Loos des arbeitenden Volkes wenigstens um etwas zu bessern. Dagegen haben wir Sozialisten vernünftiger Weise nichts einzuwenden; das wäre auch unser sehnlichster Wunsch. Der Unterschied zwischen uns Sozialdemokraten und den «Anarchisten» ist der, dass wir die blutige Revolution nicht als das geeignete Mittel zur Erkämpfung besserer gesellschaftlicher Zustände ansehen, und dass wir mit der Besserung der Lage des Volkes nicht bis zur «Errichtung» des »Zukunftsstaates» resp. der «Arbeitsgruppen» warten wollen, sondern vielmehr die Armuth und Unterdrückung, so weit es möglich ist, schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu beseitigen bestrebt sind. Die Erfahrung lehrt uns ja, dass, je besser die materielle Lage des Volkes, desto höher auch die Intelligenz, die Energie und der Freiheitssinn desselben und mithin auch seine Empfänglichkeit für wirthschaftliche und politische Reformbestrebungen sind. Allein die Erfahrung lehrt uns auch, dass die gegenwärtigen Regierungen ihre «niederen» Angestellten genau ebenso behandeln, wie es Privatspekulanten zu thun pflegen. An den Staatseisenbahnen, Staatswerken, Staatsfabriken, gleich wie bei anderen Staats- und Kommunalarbeiten,

als Strassen- und Kanalbau etc. etc., werden die Arbeiter von den Verwaltungen eben so geschunden, haben eine eben so lange Arbeitszeit, müssen für einen eben so niedrigen, oft noch niedrigeren Lohn arbeiten und sind in Bezug auf Anstellung und Entlassung der Willkür ihrer «Vorgesetzten» eben so ausgeliefert wie in Privatinstituten!

Also ohne die schwere materielle Lage der Arbeiterschaft zu lindern, würde die Konzentrirung des Handels und der Grossindustrie in den Händen eines Bismarck'schen «Staates» nur dazu dienen, das Volk in zwei Kasten zu trennen: in «Hochgestellte» und «Plebs». Die Monopolisirung durch den Staat kann die historisch nothwendigen sozialen Reformen nur dann normal*) fördern, wenn die Regierung nicht eine Macht über dem Staat, über dem Volke repräsentirt, sondern vielmehr innerhalb des Staates, innerhalb des Volkes steht und vor demselben verantwortlich ist.

Freilich wir brauchen in Deutschland mit dem Anfang der Monopolisirung des Handels und der Industrie keineswegs so lange zu warten, bis es ein wahrhaft demokratischer Staat geworden sein würde. Wir müssen einstweilen blos sichere Garantien haben, dass die der Regierung durch das Monopol verliehene Macht nicht zu Ungunsten des Volkes missbraucht werden könnte. Und dafür genügen auch unter dem heutigen System einstweilen, da die Monopolisirung ja nicht mit einem Schlage die gesammte Volkswirthschaft umfassen, sondern nur allmälig vor sich gehen kann, schon folgende Hauptbedingungen:

1) Allgemeine, direkte und geheime, nur an Feiertagen stattfindende Wahlausübung für alle vom Volke zu wählenden staatlichen und kommunalen Körperschaften, sowie eine strenge Gesetzgebung gegen offizielle und private Beeinflussung der Wahlfreiheit. — Die Legislaturperiode darf drei Jahre und die Budgetperiode ein Jahr nicht übersteigen. — Die Abgeordneten aller Körperschaften erhalten Diäten, damit auch weniger Bemittelte das Amt annehmen und eifrig ausüben können. — Staatsbeamte sind als solche wahlunfähig, da sie ja nicht unter der eigenen Kontrole stehen können.

2) Ein vor dem Parlament verantwortliches, unter Zulassung der Wiederwahl nur für eine Legislaturperiode (wenn auch durch den betreffenden Monarchen) gewähltes Ministerium.

3) Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Parlament.

4) Unbeschränkte Press- und Versammlungsfreiheit.

5) Unentgeltlicher und obligatorischer Elementarunterricht für beide Geschlechter bei ebenfalls unentgeltlicher Verabreichung von Lehrmitteln an die Schulkinder.

Die Verwirklichung dieser bescheidenen, nicht «gemeingefährlichen sozialdemokratischen» Bedingungen bietet uns schon die Garantie für

---

*) Es gibt auch eine abnorme Förderung der Herbeiführung besserer Zustände und zwar durch noch grössere Unterdrückung des Volkes, die dasselbe zur Sprengung der Fesseln durch Gewalt bringt. Wir Sozialdemokraten kämpfen um die normale Förderung des Fortschrittes.

eine normalere Entwickelung des Staatssystems. Und unter den gegenwärtigen innern politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands kann, bei einigermassen energischer Agitation diese Zeit nicht lange auf sich warten lassen. Dem gegenwärtigen deutschen «Staate» aber muss man energisch entgegenrufen: Weder Monopol noch Schutzzoll!

Ad. Bl.

~~~~~~~~~~~~
~~~~~~~~~~~~

Rezensionen.

Dr. **Albert E. Fr. Schäffle.** Bau und Leben des sozialen Körpers. Encyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirthschaft als sozialen Stoffwechsel. III. Band (XV u. 575 S.), IV. Band (VIII u. 538 S.). Tübingen, 1878. Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. (Mk. 20.)

Professor Dr. Schäffle's Werk «Bau und Leben des sozialen Körpers» liegt nun vollständig vor, indem der dritte und vierte Band auf dem Büchermarkt erschienen sind. Und ohne vorgreifen zu wollen, kann ich mir wohl von vornherein die Bemerkung erlauben, dass der Verfasser mit diesem Produkt eine Leistung ersten Ranges bietet. Mancher, dem — wie mir selber z. B. — bei Durchsicht des schon vor mehreren Jahren erschienenen ersten Bandes bei aller Anerkennung von Einzelnem die Veranlagung des Ganzen nicht recht zweckmässig oder gar verschwommen erscheinen mochte, dürfte jetzt sein Urtheil bei einiger Ehrlichkeit wesentlich modifiziren. Denn der Autor hat in der That geliefert, was er versprochen: einen «encyklopädischen Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft», was mir übrigens nur eine Umschreibung von Gesellschaftswissenschaft zu sein scheint und mehr der Form als dem Wesen des Werkes halber gewählt worden sein mag.

Mit Recht ist Schäffle von dem alten Schematismus der engherzigen Nationalökonomie abgegangen und hat dieselbe, indem er in der Soziologie ein höheres Gebiet betrat, gleich der Geschichte, der Statistik, wie überhaupt allen Wissenschaften, welche sich mit speziellen Menschheits-Verhältnissen oder mit methodisch begrenzten Untersuchungen derselben befassen, gewissermassen zur quellensichtenden, wenn auch eminent wichtigen, ja als Vorstufe zur Soziologie unentbehrlichen Fachdisziplin gestempelt.

Vielfach ist es bedenklich gefunden worden, dass Schäffle in seiner Darstellung nicht nur die Methode, sondern oft sogar die Ausdrücke der Biologie entlehnte; allein man sollte doch nicht übersehen, dass diese Manier augenscheinlich wegen der Bequemlichkeit der bildmässigen Demonstration, wie sie wirklich der Vergleich des animalischen Individual-Organismus mit dem Gesellschaftskörper nach hundert Richtungen hin erlaubt oder gar aufdrängt, gewählt wurde, vielleicht daneben auch wegen der hieraus sich ergebenden Originalität

— eine Liebhaberei, die wohl nachzusehen ist, zumal wenn sich, was hier der Fall, ein namhafter Nachtheil für die Sache selbst nicht davon ableiten lässt.

Viele haben gewiss auch nur deshalb über diesen Punkt sich aufgehalten, weil sie dahinter eine Gefährdung der bequemen Herkömmlichkeits-Schablone witterten. Denen hat daher der Verfasser nur Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem er in einem Anhang ihnen zu verstehen gab, dass der Gegenstand seines Werkes der «wissenschaftlichen» Plattheit nimmer den Gefallen erweise, sich in alle Ewigkeit wie eine Kommode behandeln und auf die drei Züge: «Individuum — Gesellschaft — Staat» ohne Aechzen und Knarren auf- und zuschieben zu lassen. Wer an solchem Spiel akademische Freude habe, meint er, möge es fortsetzen; lange werde diese ja ohnehin nicht mehr dauern.

Im Allgemeinen tritt indessen Schäffle nichts weniger als unbescheiden auf. Präsentirt er sein Werk nur als einen Entwurf, so beschliesst er es mit dem Hinweis auf die Schranken des individuellen Wissens, indem er sagt: «Daher wird kein Einzelner ohne umfassende Kenntniss des sozialen Lebens, ohne Erfahrung und theoretische Bildung Etwas, nur Viele zusammen werden Vieles und Tüchtiges in langsamer Arbeit leisten. Am Abschlusse dieses Werkes hat der Verfasser das Bewusstsein, nicht ohne vielseitige Umschau im Leben und in den Lehren an seinen Stoff sich gewagt zu haben, aber auch das lebhafte Gefühl dafür, dass für keine Wissenschaft mehr als für die Soziologie wissenschaftliche Gesammtarbeit — in der Zeit weithin ausgedehnt, reich an Arbeitskräften, vielseitig in den Methoden — nöthig ist, um Befriedigendes zu leisten. Darin erkennt er auch für sich einen Rechtstitel auf Nachsicht in der Beurtheilung der Schwächen und Lücken des hiemit abgeschlossenen Werkes.»

Im Hinblick auf den Raum, den ich füglich nicht gar zu ausgedehnt in Anspruch nehmen kann, und in Anbetracht des Umstandes, dass die beiden ersten Bände des Schäffle'schen Elaborats bereits seit Langem erschienen und daher schon vielfach bekannt sind, ist es mir zur Pflicht gemacht, mich mit meiner Besprechung nur an die jetzt vorliegenden beiden letzten Bände zu halten. Ich kann dies um so leichter thun, als dieselben ohnehin mehr oder weniger in sich abgeschlossen sind. Sie enthalten nämlich Das, was der Verfasser die «spezielle Sozialwissenschaft» nennt, während die beiden ersten Bände generelle Betrachtungen — der erste Band eine Analyse der Gesellschaft, der zweite die Entwickelungs-Theorie — boten. Ausserdem lässt sich aber auch nicht verkennen, dass der dritte Band vorwiegend als eine Ergänzung des ersten Bandes sich charakterisirt, was ohne resumirende Wiederholungen natürlich nicht leicht angänglich wäre. Demgemäss greift der Gegenstand selbst genügend auf Aelteres zurück, um ein ähnliches Verfahren für den Referenten vollkommen überflüssig zu machen. Endlich mag gleich hier erwähnt werden, dass die Quintessenz einer älteren Arbeit von Schäffle, «Kapitalismus und Sozialismus», die nicht mehr speziell aufgelegt werden soll, gleichfalls in diesem Band untergebracht worden ist. Der vierte Band befasst sich fast ausschliesslich mit der Staatslehre, also mit den politischen Formen der Gesellschaft, und bildet sonach einen ganz angemessenen Abschluss des Ganzen.

Bei aller Trockenheit des Themas hat es der Verfasser — abgesehen von etlichen weniger interessanten Weitschweifigkeiten — verstanden, selbst für Solche, die an doktrinäre Dialektik nicht gewöhnt sind, nicht bloss leicht fasslich, sondern sogar fesselnd und einnehmend sich zu geben. Stellenweise, und zwar gerade da, wo er seine Lanze für den Sozialismus einlegt, erscheint Schäffle geradezu im Gewande begeisternder Beredsamkeit; und es berührt äusserst angenehm, aus diesen Leistungen entnehmen zu können, dass dieser Mann von Buch zu Buch, welches er in's Dasein ruft, mehr nach links hin schreitet. Er liefert uns damit einen lebendigen und schlagenden Beweis, dass ehrliche und ernsthafte Forschung, aber auch nur diese, früher oder später in's Lager des Sozialismus führt. Dieser letztere Umstand allein würde wahrlich Veranlassung genug sein, mir den Wunsch zu entlocken, dass Werke von der vorliegenden Art eine möglichst weite Verbreitung erlangen möchten. Denn die Gegenwart ist von so betrübenden Erscheinungen begleitet, namentlich was die Unwissenheit der wohlhabenderen Klassen in sozialen Dingen betrifft, dass eine gerechte und gründliche Aufklärung ohne Nachtheil für das ganze Kulturleben nicht mehr lange entbehrt werden kann.

Ausgehend von der Familie, welche Schäffle als «Zelle» im Gesellschaftsorganismus auffasst, schildert er deren Wechselbeziehungen zu den zusammengesetzteren Gebilden, hebt die wichtigsten Daten aus der Familienstatistik hervor, erörtert ihre Genesis und wirft schliesslich einen Blick auf ihre Zukunft. Alle diese Unterabtheilungen tragen das Gepräge des Wahrheitsgemässen, der Abneigung zum Vertuschen und Schönfärben an sich. Wenn darin einerseits der Nachweis geliefert wird, dass die heutige Familie im Vergleich mit dem ursprünglichen Heerden- (Horden-, Sippschafts-) Dasein einen grossartigen Fortschritt darstellt, so ist andererseits eine Zeichnung der Schattenseiten nicht vergessen worden, eben so wenig, wie gesagt, eine Skizzirung ihrer muthmasslichen Zukunft.

Unser Autor ist nämlich so frei, aus dem Gewordenen und Seienden — wie der Naturforscher — eine Hypothese hinsichtlich des Werdenden zu konstruiren: «Allen Spöttern zum Trotz,» sagt er, «wird der sozialwissenschaftliche Forscher von dem, was geworden, nach dem aussschauen, was erst geschaffen werden soll.» Und da Schäffle, wenn auch nicht für eine demnächstige, wohl aber für eine spätere Zukunft den Sozialismus — wir werden noch hören wieso — für eine nahezu selbstverständliche Sache hält, so knüpft er auch die zukünftige Gestaltung der Familie daran. Er entwickelt dabei so durchschlagende und klarstellende Argumentirungen, dass ich es mir nicht versagen kann — obgleich ich nicht Allem, was da gesagt wird, zustimme — Einiges davon zu zitiren.

«Der sozialistische Grundsatz berufsanstaltlicher Konstituirung der grossen Stoffwechselfunktionen führt in keiner Weise zur Aufhebung der Einehe oder zur Beeinträchtigung der unverlierbaren Grundaufgaben der Familie . . . .» Während die heutigen Besitzverhältnisse Ehelosigkeit, Prostitution, Konvenienzehen u. s. w. vielfach bedingen, würde der Sozialismus «Allen die Ehe möglich machen, eine Ehe ohne den Luxus der Millionäre, ohne Bru-

talität roher Arbeiter, ohne die Langweiligkeit des reichen Geldmannes, ohne den sinnlosen Luxus üppiger Weiber, ohne die Verthierung vieler Theile des heutigen Proletariats . . . . » Die Stellung der Frau wäre schon deshalb eine ganz andere, weil sie in einem Stadium der Existenzsicherheit, wie sie die sozialistische Produktionsweise bietet, nicht mehr nach der Höhe ihrer Mitgift, sondern lediglich nach ihrem persönlichen Werthe geschätzt würde. Ebenso würde die Kindererziehung sich radikal heben.

«Jetzt haben wir in Waisen- und Findelanstalten massenhaft die Hordenkinder statt der Elternkinder. Jetzt nimmt der Reichthum durch Bezahlung der Armen dem armen Kind die Brust seiner Mutter . . . . Jetzt sterben die Kinder massenhaft durch Verwahrlosung im zartesten Alter. Jetzt werden die Meisten sowohl in das Elend als in den Reichthum hineingeboren . . . . Ganz anders wäre es, wenn mit dem Wegfallen des extremen Reichthums und der Massenarmuth allen Eltern die süsseste aller Pflichten, beste leibliche und geistige Ausbildung der Kinder, erfüllbar würde . . . . . Der Schutz der Kinder gegen Ausbeutung durch Eltern oder Arbeitgeber wäre durch die gesellschaftliche Organisation der Produktion von selbst gegeben . . . . . . Die Ausstattungs-, Waisen- und Wittwen-Versicherung liesse sich allgemein und fast kostenlos organisiren . . . . Allen Individuen aber wäre eine Theilnahme an den Freuden eines mässigen Kindersegens möglich. Nur für Affenliebe und Erbschleicherei wäre kein Raum übrig . . . . . »

«Auch der letzte Rest thatsächlicher Sklaverei, das Gesindewesen, würde durch bessere Kollektivbefriedigung gewisser Dienstbedürfnisse . . . . . beseitigt werden können . . . . . . Das Eigenthum an Mitteln des spezifischen Familienlebens . . . . . . würde nun zum ersten Male allgemein und ausreichend hergestellt werden, während es heute den Meisten fehlt. . . . . Heute haben die meisten Familien eine miserable, viele gar keine gesicherte Wohnung. Ihre häuslichen Verhältnisse stehen dem Urzustande näher, als die Berufswohnung, deren allgemeine Herstellung dem Sozialstaat nicht blos möglich, sondern als Grundlage seiner Stoffwechselorganisation nothwendig wäre . . . . Bei zureichendem Durchschnittseinkommen würde die gute Bekleidung möglich sein. . . . . . Kinderbeaufsichtigung und Krankenpflege könnten durch ergänzende Kollektivanstalten auf höherem Fuss organisirt werden. . . . .»

«Auch der Familienhaushalt . . . . würde nicht auf Gütergemeinschaft zurück gebildet, sondern weiter differenzirt werden. Die der Familie noch anklebenden Reste unwirthschaftlicher Produktions- und Umsatz-Verrichtungen würden vollends abgestossen werden; jene so mühselige Kleinproduktion der Waaren, die der «geringe» Mann jetzt nur noch mit Strömen Schweisses und doch nur kostspielig und für's Hungersterben durchführt, dann der jämmerlich unproduktive parasitische Handelsbetrieb des Krämers, Hausirers, Zwischenhändlers, Marktgängers, ländlichen Viktualienzuträgers, wären von der Familie abgelöst und einer grösseren Umsatz- und Bezugsorganisation zugeführt. . . . . Auch die Produktion der Nahrung, der Heizungswärme, der Kleidung u. s. w. könnte noch

weit mehr, als es schon geschehen, der häuslichen Naturalwirthschaft entzogen und gesellschaftlich organisirten Küchen-, Keller-, Bekleidungs-, Heiz-Einrichtungen übergeben werden. Man könnte die Vortheile der grossen Gasthöfe und Miethkasernen ohne deren Nachtheile allgemein herstellen. **Das wäre gleichwohl kein Abbruch an den spezifischen Familienfunktionen.** Es würde familiäres gemeinsames Speisen, Bewirthen, Erfrischen, Sichunterhalten nicht ausschliessen, wohl aber dem Familienbedarf viel vollkommener und allgemeiner dasselbe leisten, was der Konsumverein, der Klub- und Kasino-Haushalt theilweise und unvollkommen leistet; nämlich gute Qualität und Wohlfeilheit unverfälschter Mittel zur Befriedigung aller Familienbedarfe. Allgemein wäre eine menschenwürdige Ernährung des materiellen Familienlebens möglich, mit Ausschluss des unfruchtbaren Luxus und einer proletarischen Familienarmuth . . . . .»

«Die Prunk-, Kunst- und Unterhaltungs-Gegenstände der reicheren Einzelnfamilie würden Einzelnen fehlen, sie könnten aber — bei Befriedigung des Wohnbedürfnisses in grossem Stil und im Anschluss an grosse Berufskörperschaften — durch besondere Anstalten geselliger Natur höher und allgemeiner zur Nutzung dargeboten werden, ohne dass deshalb Gegenstände des Komforts und der ästhetischen Erholung in der engeren Familie irgendwie ausgeschlossen zu werden brauchten . . . . Die Mittel der Geschmacksbildung wären verbreitet. Die Kunst und die schöne Literatur, die bis jetzt fast nur bei bevorzugten Klassen zu Tische sitzen konnten und die Korruption der letzteren theilen mussten, würden die breiteste Grundlage am Familienleben des ganzen Volkes erlangen. . . . . . Das allgemeine Ehrgefühl würde gesteigert werden. Die Familien würden auf eine für die Gesammtheit fruchtbare Weise um Ehre und Anerkennung rivalisiren, ohne in Titeln, Wappen und Namen das Wesen der Ehre zu finden oder das Mittel von Privilegien zu suchen. . . . . Mit extremer Massenarmuth und extremem Reichthum wären auch die zwei Hauptwurzeln des Lasters und Verbrechens, die Hauptreize der Prostitution, die hauptsächlichen Waffen des Egoismus und Uebermuthes, die Hauptursachen des inneren Krieges . . . . . gehoben. . . . .»

Genug! Noch nach vielen Richtungen hin werden da solchermassen Betrachtungen angestellt und deren Ergebniss ist durchgängig die zuversichtliche Annahme einer mächtigen Hebung der Familie vermöge der zu errichtenden sozialistischen Wirthschafts-Institutionen. Dann folgt ein Abschnitt, welcher sich mit der Gesammtbevölkerung befasst. Hier springt es vor Allem in die Augen, dass mit guter Auswahl statistische Daten herangezogen worden sind, welche über Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse u. dergl. Anschaulichkeit verbreiten, doch können nähere Mittheilungen um so mehr übergangen werden, als Neues hiebei nicht zu Tage tritt. Was sich hieran anschliesst, ist noch weniger zu eingehenderem Referat geeignet, weil die betr. Erörterungen zwar ergänzungsweise an ihrer Stelle einzufügen waren, demungeachtet aber nur eine Kompilation bilden, welche aus grösseren naturwissenschaftlichen Werken geschöpft wurde. Da der Verfasser seine Quellen nicht verschweigt, wird er in

dieser Angabe auch keinen Vorwurf erblicken wollen. So begnüge ich mich denn mit der Betonung, dass diese Kapitel die Darlegung der Geschlechts-, Schädel-, Gehirn-, Grössen-, Gestalts- und Farben-Unterschiede, der Racen- und geistigen Individualcharaktere der Bevölkerungen enthalten. Daran schliessen sich Betrachtungen über die Entwickelung der Massenzusammenhänge und Gruppirungen der Menschen. Neben beherzigenswerthen Ausführungen hinsichtlich des Nationalitäts-Begriffs erregt hier namentlich das Kapitel der Entstehungsgeschichte der Stände und Klassen ein lebhafteres Interesse.

Schäffle sucht da zu zeigen, «dass der Klassenunterschied der letzte thatsächliche Ueberrest von Jahrtausenden rechtlicher und faktischer Unfreiheit der Volksmassen ist, und dass er sich als das Mittelglied einer unendlich langen weltgeschichtlichen Bewegung darstellt, welche entwickelungsgesetzlich mit allgemein herrschaftlicher (unfreier) Schichtung beginnt, um zuletzt einer direkt berufsständischen (freien) Gliederung der Bevölkerung auf dem Höhepunkt der Zivilisation zuzuführen.» Nachdem der bekannte historische Entwickelungsgang entrollt ist, kommt unser Autor u. A. zu folgendem Facit:

« . . . . Es bedarf nur des konsequenten öffentlich-rechtlichen berufs-anstaltlichen Ausbaues der Gesellschaft auch auf jenen Gebieten gesellschaftlicher Verrichtungen, die bis jetzt der anstaltlich gesellschaftlichen Organisation noch entzogen und in der Beherrschung durch private Besitzübermacht befangen geblieben sind, so wird die unfreie Stände- und Klassenschichtung an ihr Ende gelangen und die Bevölkerung wird ein Ganzes von sich wechselseitig dienenden, ihrer freien und ebenbürtigen Solidarität sich bewussten Berufsschichten werden können. . . . . . Das Machtbedürfniss der Herrschenden konzentrirt die Volksmassen, es verschmilzt Stadt- und Landbevölkerung, organisirt sie im Volksheer und in der Staatsverfassung. Das Kapital führt in Grosswirthschaften das Proletariat zusammen, drängt es in den Grossstädten aneinander; es selbst bedarf steigender Volksbildung, da ohne Volksbildung kein Sieg in der internationalen Herrschafts- und Erwerbs-Konkurrenz mehr möglich ist. Das führt nothwendig auch zur Emanzipation des vierten Standes. . . . . . Auch die Proletarier erleben, was der dritte Stand von 1789 erlebt hat, dass die herrschenden Schichten und die Besitzenden *sich selbst am meisten aufreiben*. Diese haben es wohl nie stärker und rascher gethan, als in unserer Zeit der Thronstürze, der Mediatisirung, der Angliederung, der ruinösen Konkurrenz, des Bereicherungs- und Gründungsrausches, der Zerstörung aller moralischen Grundlagen des kapitalischen Geschäftslebens durch eine ungeheure Ausbreitung der Korruption, des Spielens, des Schwindels, des Bankerotts, des Betrugs, der Werth- und Waarenfälschung . . . . . .» Halb ironisch verheisst schliesslich Schäffle trotz alledem einen Zukunfts-«Adel». «Die Edleren und Gebildeteren — meint er — werden oben stehen. . . . . . Aber nicht durch Geburtsrecht, nicht durch eigenberechtigten Besitz gesellschaftlicher Aemter, nicht durch Privateigenthum an Anstalten sozialer Produktions- und Umsatzprozesse (Kapital) würden sie einen führenden Adel darstellen, sondern als Vertrauensmänner und erste Beamte des gegliederten Gesellschaftskörpers; weder durch wüst aufgetriebene zusammenhangslose

Wählerhaufen, noch durch privatherrliche Launen, sondern durch die allgemeinen und besonderen Organe und Gruppen des durch und durch berufsständisch gegliederten Volkes würden sie in ihre leitende Stellung berufen werden. Der einzige Adel, der zuletzt übrig bleiben kann, ist der durch Vertrauenswahl ausgezeichnete, nicht mit äusserem Flitter behängte, nicht betresste, Personaladel der Tüchtigkeit, des Verdienstes, der Bildung, der Verstandesüberlegenheit, der begeisternden Idealität, der geselligen und sonstigen Liebenswürdigkeit . . . . . »

Von grossem Umfang ist die Betrachtung über « die Gesellschaft in Zeit und Raum», wobei insbesondere letzterer, wie es in der Natur der Sache liegt, zu den mannigfaltigsten Darstellungen, Rück- und Ausblicken herausforderte. Was die Zeit in ihrer Bedeutung gegenüber der Gesellschaft anlangt, so genügte ein Hinweis auf die zahlreichen, zum Theil sehr komplizirten Einrichtungen, welche zu ihrer Messung, Publikation etc. dienen, wie auf die mit der Zivilisation stetig zunehmende Wichtigkeit, welche sie im gesellschaftlichen Leben hat.

Hinsichtlich des Raumes wird nicht etwa Bezug genommen auf das Gesammtvolumen aller Güter, sondern nur auf den mit der Gesellschaft so zu sagen verwachsenen «Stützorganismus», das soziale Knochengerippe und dessen Verbänderung. Man mag die Komplizirtheit unbequem finden, welche z. B. dadurch entsteht, dass der Verfasser einerseits die tausendfältigsten örtlichen, nationalen und internationalen Verflechtungen von Niederlassungs- und Verkehrs-Vorrichtungen als Bestandtheile jenes « Stützorganismus » der Gesellschaft schildert, während er andererseits durchaus nicht dulden will, dass die Gebäude in ihrer Totalität demselben eingeordnet werden, sondern nur in ihrer gröberen Konstruktion, weil viele ihrer sonstigen Zubehöre nach der Schäffle'schen Klassifikationsmethode zu anderen Kategorien sozialer Organisationen gehören; demungeachtet wird man von der Darstellung eingenommen werden. Es wird da eine solche Fülle von mit ameisenartigem Fleisse zusammengehäuften Detailzeichnungen vor dem geistigen Auge des Lesers ausgebreitet und gleichsam spielend zu einem Riesentableau kombinirt, dass es sogar für Diejenigen, welchen das soziale Gebiet bisher eine terra incognita war, nicht schwer sein kann, auf die fraglichen Dinge einen Blick aus der Vogelperspektive zu werfen und sich zu orientiren.

Auch der Entwickelungsgang ist recht anschaulich gemacht. Bei der Niederlassung wie beim Verkehr vollzog und vollzieht sich noch ein Zentralisationsprozess grossartigster Art. Jene bekömmt in den stetig anschwellenden Hauptstädten thatsächlich Köpfe, welche nicht nur die Intelligenz bergen, sondern auch alle sonstigen Oertlichkeiten fester und fester an sich ketten, der Verkehr aber nimmt bei zunehmender Vervollkommnung in allen seinen Arten immer mehr den Charakter der Vereinheitlichung an und wird in seinen mobilen und stabilen « Stützpunkten » (Werkzeugen etc.) zu einem vielmaschigen und doch nicht verwirrenden Netzmechanismus.

Trotz alledem müssen erst höhere Sozialordnungen in's Leben treten, wenn Verkehr und Niederlassung nicht an gewissen Uebelständen der Gegenwart untergrabende Faktoren finden und im Vorschreiten zu ihrer Ideal-Gestaltung

gehemmt werden sollen. Denn dass das Niederlassungswesen «heute in Folge einer anarchischen Platzkonkurrenz, welche durch Vermögensübermacht, nicht nach dem sozialen Gebrauchswerth der Plätze, entschieden wird, einer massenhaften Verunstaltung unterliegt, wer könnte dies angesichts moderner Platzspekulation und Anlagemissgriffe, Wohnungsnöthe und Unterstandslosigkeiten leugnen wollen!?» Solche und andere Missstände sind auf's Engste mit dem liberalen Rechts- und Wirthschaftssystem verknüpft, stehen und fallen mit demselben. «Nur eine wahrhaft gesellschaftliche Organisation der Ansiedelung . . . . mag einstens im Stande sein, auch im Gebiete des sozialen Stoffwechsels die das Volksleben bedrohenden Krankheiten des sozialen Stützorganismus zu heilen und eine höhere Integration aller seiner Bestandtheile, einheitlichen Zusammenhang zwischen Stadt und Land, Wahl der natürlichen Standorte für jeden Industriezweig, Scheidung zwischen Wohn- und Geschäftslokalen, Stätigkeit des Betriebsstandortes, Allgemeinheit der Berufswohnung, Beseitigung der Austreibungen aus Wohn- und Geschäftslokalen durch den Privatwucher, Aufhebung der Ausbeutung des Platz- und Lage-Bedürfnisses durch Grundrenten-Monopole zu Stande bringen . . . .»

Die Colonisation, welche nach Roscher, dem sich Schäffle anschliesst, «ein Kinderzeugen im Grossen durch ganze Völker» ist, hat gewissermassen anhangsweise ihre Besprechung gefunden, vermuthlich, weil sich dieser Gegenstand nirgends so passend einschieben liess, wie hinter dem Verkehrswesen. So wenig der Verfasser die bisherige Kolonisirung unterschätzt, so wenig misskennt er, dass auch in diesem Punkte der Privatkapitalismus furchtbares Unheil anrichtet. «Der schrankenlose Erwerbsgeist impft grossen Staaten das Gift der härtesten Sklaverei ein und mischt durch Verschiffung der Kuli und schuldbelasteten Tagelöhner jungen Staaten ethisch und freiheitlich bedenkliche Elemente bei. . . . . . Nur eine wahrhaft gesellschaftliche Organisation der Volkswirthschaft könnte über die Schäden und Verwüstungen der heutigen Kolonisation hinwegkommen, ohne der Vortheile privater Zu- und Auswanderung sich zu begeben . . . .»

Immer getreu seiner biologischen Manier, kommt der Verfasser nun zu den Integumenten, den «Sicherheits-Einrichtungen und Bedeckungen des Gesellschaftskörpers». Er findet, dass für diesen Kleider, Waffen, Hüllen, Verschlüsse, Ueberzüge etc. die nämliche Bedeutung haben, wie für den animalischen Organismus Haut, Haare, Panzer, Schaale u. s. w. Indessen sind die diesbezüglichen Erörterungen verhältnissmässig sehr knapp ausgefallen. Desto umfangreicher präsentirt sich der folgende Abschnitt — der wichtigste des dritten Bandes —, welcher den «sozialen Stoffwechsel und seine wirthschaftliche Regelung oder die Organe und Funktionen der Volkswirthschaft» bespricht. Und es wird keinem Leser entgehen können, dass darin drei Dinge ganz besondere Aufmerksamkeit erregen: die Schäffle'sche Werththeorie, die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und die Diskussion des modernen Sozialismus.

«Produkte, welche gleich grosse Mengen gesellschaftlich möglichen Minimalaufwandes an Arbeit verursacht haben, sind gleich zu setzen.» Wer die Marx'sche Werththeorie kennt, wird zugeben

müssen, dass die darin betonte «gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit» als Werthmass eine auffallende Aehnlichkeit hat mit diesem «gesellschaftlich möglichen Minimalaufwand an Arbeit». Nun ist es aber bekannt, dass Schäffle die Marx'sche Werththeorie als unzulänglich verwirft — in dem vorliegenden Werke betont er übrigens, dass dieselbe als kritisirendes Argument nicht ganz zu verdammen sei —; woher kommt jetzt diese Uebereinstimmung? Gemach! Die Sache hat ihr Aber. Nach Schäffle sind nämlich Produkte, welche «gleich grosse Mengen gesellschaftlich möglichen Minimalaufwandes an Arbeit» enthalten, nur dann gleich zu setzen, «wenn der Gebrauchswerth aller in Liquidationsgemeinschaft stehender Arbeits- bezw. Produkt-Arten derselbe ist». Dass dies jedoch immer der Fall sei, bestreitet er ganz entschieden. Geschmacksveränderungen, das Aufkommen neuartiger Bedürfnisse und viele andere Momente seien so zu sagen im Stande, den hinsichtlich ihres Werdeprozesses mit völliger Gleichheit ausgestatteten Produkten Werthe anzuzaubern oder abzuzwacken. Dem etwaigen Einwande, dass dieses Verhältniss mit dem Tauschwerth an sich nichts zu thun habe, sondern in das Bereich der Marktschwankungen, in die Angebots- und Nachfrage-Sphäre falle, begegnet unser Autor mit dem Nachweis, dass bei sozialistischer Produktion und Distribution die Veränderlichkeit des Gebrauchswerths, so leicht es hiebei sein mag, Anpassungen und Ausgleichungen dafür stets rasch zu bewerkstelligen, auch mitrede, wenn der Tauschwerth bestimmter Waaren fixirt werde. Ueber diese Zukunftsbeweisführung liesse sich streiten, doch verschlägt es für einen Sozialisten gar nichts, wenn er die ganze Theorie in Bausch und Bogen acceptirt. Denn sie enthält ja nichts als eine Ergänzung der viel besprochenen Werththeorie von Marx. Ist dieser Zuschuss überflüssig, so regt er doch zu wissenschaftlichem Denken an und kann leicht wieder fallen gelassen werden; ist er nothwendig, so haben die Sozialisten keinen Grund, ihn unbenützt zu lassen. Ich möchte jedoch die Frage vorläufig offen lassen. Hingegen möchte ich folgende Erklärung bezüglich der Arbeitszeit als werthschätzender Masseinheit ohne Weiteres für zutreffend ansehen. Bei organisirter Produktion müsste darnach (behufs Werthfindung) «die einheitliche Abschätzung verschiedenartiger Arbeit auf wissenschaftlich strenge, physiologische Erfahrung über Muskel- und Nerven-Verbrauch (Nahrungsbedarf) begründet, für jeden Produktionszweig je ein besonderes Arbeitsquantum als Aequivalent des Normalzeittages festgestellt, die Zeitausnützung durch das Postulat bestimmter Werkleistungs-Minima gesichert, und bei der Werkleistung die Unproduktivität der ungünstigeren Produktionshülfsmittel der einzelnen Betriebe, die Ungunst oder mehr als mittlere Gunst der Jahrgänge u. s. w. berücksichtigt werden». In Summa Summarum möchte ich mir bei dieser Gelegenheit die Bemerkung erlauben, dass der ganze Streit über die verschiedenen Werththeorien häufig stark überschätzt wird. Es ist falsch, zu sagen, dass mit der Marx'schen Werththeorie der ganze moderne Sozialismus stehe und falle — mindestens ist eine solche Behauptung gewagt —, und es ist nicht minder falsch, zu glauben, irgend eine sonstige Werththeorie vermöge den Kapitalismus über die Periode seiner historischen Existenznothwendigkeit hinaus

vor dem Untergang zu retten. Sicher ist es dagegen, dass die Praxis im entscheidenden Moment derartige Theorien am besten zu kommentiren versteht.

Den Kapitalismus zeichnet Schäffle mit so lebenswahren Strichen, dass ich fast Wort für Wort des diesbezüglich Gesagten zu unterschreiben vermöchte — das, was zur relativen Rechtfertigung dieses Systems dient, nicht ausgeschlossen. Denn auch Marx und andere hervorragende Sozialisten geben gerne zu, dass der Kapitalismus ein berechtigtes Glied in der Kette historischer Entwickelung ist, das nicht übersprungen werden kann; dass unmittelbar aus der feudalen Gesellschaft gar keine vollkommenere Sozial-Ordnung hervorgehen konnte; dass sogar gerade die momentan drückendste Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise — die Zentralisation der Werkzeuge und Arbeitsmittel — den vornehmlichsten und in seinen letzten Konsequenzen revolutionärsten Beruf des Kapitalismus vorstellt, und dass derselbe erst dann beseitigt werden kann und darf, wenn die Möglichkeit gegeben ist, an seine Stelle ein gemeinnützigeres System zu setzen. Gebe ich dies Alles zu, so kann ich aber auch nicht umhin, die schon jetzt erkennbaren Schattenseiten der Kapitals-Ordnung, welche auf das Eindringlichste die dereinstige Beseitigung derselben predigen, und welche sich bei Schäffle so rückhaltlos enthüllt finden, wie nur irgendwo, mit diesem zu verdammen. Auszugsweise soll im Nachstehenden das Wesentlichste hierüber mitgetheilt werden.

Die Anhänger des «Laisser faire, laisser passer» nennt Schäffle ganz angemessen volkswirthschaftliche Nihilisten, Staatsfeinde und Anarchisten. Sie und alle Kapitalisten überhaupt bestreben sich nicht etwa, der Gesammtheit möglichst nützlich zu sein, sondern «vom Ertrag der Nationalarbeit so viel wie nur möglich zu appropriiren». Was die Sozialisten hinsichtlich des Arbeitslohnes sagen, wird für vollkommen richtig befunden. «Den Lohnarbeitern ist nur der Ertragsantheil gesichert, welchen ein aufrechtes Arbeitsthier, das mit Vernunft begabt ist und desshalb nicht zu blos thierischem Bedürfniss herabgesetzt werden kann, nothwendig hat, um sich in jener historisch bedingten Qualität zu erhalten, die für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmers selbst Bedürfniss ist.....» so dass nach Rodbertus «bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein (relativ) immer kleinerer Theil des Nationalprodukts wird!»

«.... Den einzelnen Kapitalisten trifft hiebei ein subjektives Verschulden nicht. Das System der Organisation nöthigt zum äussersten Druck auf die Löhne und führt zur Vernichtung schwächerer Konkurrenten, zur Monopolisirung immer grösseren Renten- und Gewinnbezuges in immer wenigeren Händen .... Im furchtbar ernsten Ringen um die materielle Existenz und um die Besitzbehauptung über dem immer höher hinaufrückenden Niveau konkurrenzfähiger Kapitalgrössen ist schliesslich jedes Mittel, das nicht in's Zuchthaus führt, willkommen, und die Lockerung einschränkender Ordnung bis zu einer Moral und Politik reinen Geschehenlassens ist geradezu kapitalistisches Bedürfniss. Staat, Gesetzgebung und Religion sollen durch Parteiverwaltung, Parlaments- und Zeitungskorruption, Zensus-Wahlsysteme und durch Verbindung mit der Kirche .... den Interessen des Kapitals dienstbar gemacht werden.»

Das Kapital herrscht unter solchen Umständen über allen Kräften und sogar Intelligenzen der ganzen Gesellschaft. Diese Uebermacht «vermag nicht blos sich selbst Bildungsüberlegenheit zu verschaffen, sondern kapitallose Intelligenz für ihr Privatinteresse zu kaufen, die private Moral und das Recht zu ihren Gunsten zu beugen ... Allerdings wären die Arbeiter die grössere Macht, wenn sie nicht überzählig und unter Gefahr des Hungersterbens den Lohnvertrag abzuschliessen hätten .....» Strikende werden durch die «industrielle Reservearmee» ersetzt, technische Verbesserungen schaffen stets weitere Ueberzählige, die Furcht vor Entlassung bei Krisen schüchtert sie ein, «die Verbindung der Arbeiter zu gemeinsamer Interessenwahrung wird von Polizei und Justiz des Klassenstaates beengt» etc. etc.

«....Der wilde Unternehmungsgeist führt Stockungen herbei. ....Der Leichtsinn eines Unternehmers wirft den ganzen Arbeiterkörper grosser Geschäfte brodlos auf die Strasse. Verbesserungen müssen um den Preis des Untergangs alter Betriebe erkauft werden. Die Risiken der wilden Spekulation fallen schliesslich Jahre lang auf Massen unbeschäftigter Lohnarbeiter zurück .... Das gemeinsame Unglück wird von Einzelnen herbeigeführt, kann von den Besseren nicht sicher vereitelt werden, gereicht aber Manchem zum Sondervortheil ....!»

So offenbart schon die kapitalistische Tauschwerthbildung eine Menge Grundübel: «eine neufeudale, schrankenlos willkürliche Beherrschung der gesellschaftlichen Ernährungsfunktion durch den Kapital-Privatbesitz; Auslaufen der Konkurrenz vieler in das Monopol weniger Kapitale und in erbliche Konkurrenzunfähigkeit der kapitallosen Subjekte, also Selbstvernichtung und Selbstverunstaltung der Konkurrenz nach zwei Seiten; eine dem Parasitismus günstige Zunahme von Prioritätsrenten, Vernichtung des Kleinbesitzes durch den Grossbesitz, endlich Steigerung der Produktions-, Bedarfs- und Absatzschwankungen ....., in Folge dessen unnöthig starke Produktions-, Absatz-, Haushalts- und Entwickelungskrisen, Erweckung des aleatorischen Elements, des Spiels, der Agiotage, des Schwindels.»

Neben diesen allgemeinen Schäden treten tausend besondere hervor. Schädliche Dinge werden produzirt, unsinnige Moden aufgedrängt, ja selbst der Staat wird zu schlechter Wirthschaft, namentlich zum Schuldenmachen verlockt, weil dies im Interesse der Kapitalisten liegt. «Sobald aus der kapitalistischen Produktion das Geldmagnatenthum herausgewachsen ist, wird dieses erste Grossmacht des Staates, direkt durch Wahlvorrechte, indirekt durch seine Parteiministerien, durch den Besitz der Presse, durch Bestechung der Volksvertreter, Beamten und Journalisten. Kaiser- und Königreiche müssen der Geldmacht huldigen; denn diese bestimmt die öffentlichen Bedarfe..... Das Kapital gewinnt an der Emission der Anlehen für Staatsverschwendung und leitet in Form der Staatsschuldzinsen einen wachsenden Theil aller dem Staatsbedarf zugewiesenen Mittel (in Europa $^1/_3$—$^1/_4$!) dauernd in seine Taschen.» — —

Die vielgepriesene Oekonomie des Kapitalismus entpuppt sich, genau be-

sehen, als eine sehr destruktive, wenigstens nach verschiedenen Richtungen hin. « Die amtlich erhobenen Fabrikgräuel, welche in England zur Einführung der Fabrikpolizei geführt haben, beweisen, dass das Kapital gierig an der nationalen Arbeitskraft zehrt, wenn das Bedingung des Profits ist . . . . » Für Annoncen, Schaustellungen etc. wird Kapital vergeudet; viele Werthe unterliegender Konkurrenten gehen zu Grunde; unberechenbar sind die Verheerungen, welche durch Krisen angerichtet werden. Diese letzteren haben schon darin ihren Grund, dass beim kapitalistischen System « dem völlig Ungewissen gegenüber bald unbegründete Verzagtheit, bald ein vom fessellosen Gewinntrieb geheizter Sanguinismus Platz greift. . . . Kommen dann noch unerwartete Ereignisse, magere oder fette Jahrgänge, Kontributionsmilliarden, Staatsanlehen, Steuerveränderungen, technische Umwälzungen, Modewechsel, so geht das Gleichgewicht in Grösse und Richtung der Bedarfe und der Produktion nach allen Seiten ausser Rand und Band. Erst kommt masslosester Gründungsschwindel; Spielgeist und Betrug finden Nahrung und haben leicht im Trüben dieses volkswirthschaftlichen Tohuvabohu zu fischen. Das Ende mit Schrecken und der Schrecken ohne Ende ist Arbeitsmangel darbender Massen, Ruin der Kapitalisten, der leichtsinnigsten und thörichtsten Rentner und Unternehmer — Konzentration des Besitzes in noch wenigeren Händen. . . . »

Der kapitalistische Güterumsatz ist auf allen Wegen und Stegen vom Betrug begleitet. Was nicht durch Waarenfälschung, Agiotage etc. im Grossen geleistet wird, das besorgen die Detailisten. « Auf dem Weg aus der Werkstatt in die Haushalte gehen die Produkte als Waaren unter mehr oder weniger Handelsschlagbäumen hinweg, an deren jedem eine Abgabe erhoben, ein Zu- oder Abschlag stets zum Nutzen einzelner Händler, nicht immer zum Vortheil des Publikums, bewerkstelligt wird. Eine Unzahl Parasiten wirft sich auf den Handel, um hier ohne produktive Arbeit durch Aufschläge auf den Produktionspreis zu leben. . . . . Auch hier erliegen die Kleinen den Grossen, die Redlichen leiden Schaden von Bankerotteuren, die Verkäufer loyal erhandelter Waare von Verschleissern gestohlenen und ausgepfändeten Gutes, die Soliden von Marktschreiern . . . . »

Das Kreditwesen ist ebenfalls vorwiegend eine Domäne des Grosskapitals und der Betrügerei. « Die moderne Entwickelung des Kredits verdoppelt im grossen Ganzen den Gang der Grosskapitalbildung, das Ausmünden der Konkurrenz in neue Privat-, Koalitions-, Fusions- und Konsortial-Monopole . . . . Ein riesiges Staats-, Kommunal-, Hypothekar-, Prioritäts-, Lotterie- u. dgl. Schuldenwesen hat sich entwickelt. Es ernährt eine Masse von Börsentitel-Besitzern und beschäftigt die Effektenbörsen durch riesige Tagesumsätze. . . . Die Börse wird zum Grab zahlloser Familienvermögen, zum Hebel des legalen Diebstahls von grösster Ausdehnung, zum Richtplatz rascher Dekapitalisation der Mittelklassen, zum Treibhaus des Bankerotts, zur Pflanzschule Derer, die mit Fallstaff sagen: Ich mag das Zurückzahlen nicht, es ist doppelte Arbeit. »

Was die Vertheilung des Produktionsertrags anlangt, so ist bereits betont worden, dass und wesshalb die arbeitenden Klassen nur ihren nothwendigen

Unterhalt daraus ziehen. Eine Menge von Familien dagegen, welche gar keinem Berufe obliegen, erhält eine zum Theil erstickende Fülle von Einkünften in Gestalt steigender Bodenrente, in Gestalt von Zinsen und Dividenden. Bei ihnen nistet ein nicht minder unproduktives Parasitenthum arbeitsloser oder halbbeschäftigter Existenzen . . . Nicht weniger als 12,000 Millionen Mark Rentenkapital mit 700 Millionen Mark Zinsenertrag hatte 1876 die Zinsrentnerklasse Englands, nach mässiger Schätzung, allein bei öffentlich bekannten Schuldnern ausstehen. Dazu kommt der Ertrag der Pacht- und Miethsrenten, die Rente der Latifundien. — Weit über die Hälfte der hamburgischen Steuerzahler (fast 64%) hatten (1872) unter 400 Thaler Einkommen und verzehrten nicht mehr als 17% des Gesammteinkommens; die über 10,000 Mark oder 4,000 Thaler Verzehrenden machten 3,39% der Steuerzahler aus, hatten aber 48,57% des Gesammteinkommens zur Disposition. . . . In England und Wales haben neuestens nur 22½% der Bevölkerung Antheil an Grund und Boden. . . . . 290 Personen nennen den achten Theil des Landes ihr Eigen, und 4,917 Personen haben fast eben so viel Einkommen aus Grundbesitz als 264,340 andere. . . . .» Alle diese Verhältnisse haben nach Proudhon im Gefolge; «den Parasitismus, den Luxus, die Handelsanarchie, den Betrug, die Ungleichheit der Lagen, den Bettel, das Vagabundenthum, die Prostitution, den Diebstahl, den Todtschlag und den Mord; zum Palliativ die öffentliche Wohlthätigkeit, die christliche Liebe und die Philantropie.»

«Sicherer Boden unter den Füssen, wie ihn das Glück des Volkes heischt, fehlt fast allen Existenzen. . . . . Namentlich gilt dies vom Proletariat, dessen Hinauswerfen aus festem socialem Gefüge fast noch bedenklicher ist, als die Kargheit der Löhne. . . . . Uebrigens haben wir keineswegs blos eine «Arbeiterfrage» vor uns. . . . . Die Könige sind dem Geld, seinen Interessen und Gelüsten verknechtet, wie die Proletarier. Zum Theil ist es sogar die Kanzel, die Presse, die Wissenschaft, die Kunst.»

Aber was wird uns die Zukunft bescheeren? Schäffle tritt mit kritischem Geiste und scharfer Logik an diese Frage heran. Für ihn liegt es auf der Hand, — genau so, wie für einen Sozialisten par excellence —, dass der Kapitalismus in letzter Linie sein eigener Todtengräber werden muss, dass sein Untergang in den Konsequenzen seines Wesens gegeben ist. Und wenn es ihm auch nicht beifällt, irgend einen näheren oder entfernteren Zeitpunkt betreffs des Zusammenbruchs oder der durchgreifenden Umgestaltung dieses Systems in Aussicht zu stellen, so kann er doch nicht umhin, wenigstens die Richtungen anzudeuten, in welchen, seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung nach, die Wandelung von Statten gehen dürfte. Alle Humanitätsflickereien, welche sich auf der Grundlage des Kapitalismus bewegen, gelten ihm nicht mehr, wie jene Kleinbürgereien, denen in ihrer Noth und Beschränktheit viele Handwerker nachjagen. Derartige Dinge können nur die allgemeine Krise etwas aufschieben und verlängern, nicht aber Heilung bereiten. Statt das Uebel, gegen das sie ankämpfen, zu beseitigen, verschleppen sie es und steigern so seine Schmerzhaftigkeit. Das Nämliche gilt von sämmtlichen reaktionären Projekten auf wirthschaftlichem Gebiete, wie sie

hie und da in Zeitungen und Geheimrathsstuben auftauchen. Das Heil kann nur in einer Weiterentwickelung des Gegebenen liegen, jedoch muss dafür eine Form gefunden werden, welche dessen Vortheile der Gesammtheit möglichst zugänglich macht. Ausser dem Sozialismus, den Schäffle strengstens dem Primitivkommunismus als Gegensatz gegenüber stellt, so sehr, dass ihm nichts verwerflicher scheint, wie einer auf die Zukunft berechneten Gesellschaftsänderung auch nur den Namen Kommunismus zu geben, — ausser dem Sozialismus steht für Schäffle im Hinblick auf die Zukunft einfach nichts Denkbares in Diskussion. Daher bemüht er sich zunächst, das Lügennetz zu zerreissen, welches Bosheit und Ignoranz darum gesponnen haben, dann aber hypothetisch den Sozialismus in seiner positiven Gestaltung zu skizziren. Verdient das erstere Beginnen, welches mit grosser Sachkenntniss und Präzision durchgeführt ist, den Beifall jedes rechtlich Denkenden, so darf man von den übrigen Erörterungen wohl erwarten, dass sie manche Voreingenommenheit zerstören und zu einem ernstlicheren Studium der sozialen Frage anregen. Endlich wird auch der Fortgeschrittenere, obgleich er vielleicht — wie ich — nicht in Allem dem Verfasser beizupflichten vermag, allerlei acceptable Ideen herausfinden, welche um so einladender sind, als sie mit einer gewissen Gefühlswärme und tief sittlichem Ernste dargelegt werden.

Nach diesen Vorausschickungen lasse ich den Verfasser wieder vorwiegend selber reden, indem ich die hauptsächlichsten Grundgedanken von seinen Abhandlungen aushebe. « Nur Ignoranten und Denunzianten — sagt er — können noch gemeint sein, jeden Sozialismus als einen Angriff auf die absoluten Grundlagen der Gesellschaft: Eigenthum, Familie, Ehe überhaupt zu bezeichnen. . . . . Sein (des modernen Sozialismus) grundsätzlich nothwendiges Verlangen ist Ueberführung des Kapitals der gesellschaftlichen Produktions- und Umlaufsprozesse aus Privat- in Kollektiv-Eigenthum. Nicht periodisches « Theilen, » vielmehr Zusammenlegung des jetzt getheilten Eigenthums Privater an den Mitteln der bereits gemeinsamen arbeitstheiligen Produktionsprozesse zu vereinten und künftig untheilbaren, der Gesellschaft gehörigen, gesicherten Stoffwechselanstalten . . . . » Die Systeme der sogenannten Anarchisten aber und die der « christlichen Diakonie » sind nicht diskutabel, da sie weder auf irgend einem Werthbegriff, noch auf dem festen Halte einer gesellschaftlichen Organisation fussen. « Wie in einer Welt von Privatinteressen blos durch freien und allgemein vorhandenen Willen, gerecht in der wechselseitigen Bedienung zu sein, also ohne jede äussere Organisation, « brüderliche Gegenseitigkeit », oder wie aus der freien christlichen Erweisung Aller gegen Alle ein irgendwie geordneter und wirthschaftlich geregelter Gesammtunterhalt hervorgehen soll, ist nicht erfindlich. . . » Auch der « Kathedersozialismus » steht nicht auf realem Boden und muss sich den Einwurf gefallen lassen, « dass er ideologisch vom liberalen Staat, welcher politische Herrschaft des Kapitalistenstandes bedeutet, eine den Kapitalismus zügelnde Polizei erwartet . . . . »

Was nun den Vorwurf, welchen man dem wirklichen Sozialismus macht, dass er das Privatkapital schlechtweg konfisziren wolle, anbetrifft, so widerlegt

denselben Schäffle ganz gut. Er sagt: « Käme der Sozialismus auf dem Wege der Reform zur Geltung, so wäre wol nur sein schrittweises Vordringen im Bereiche des land-, gewerbe- und transportwirthschaftlichen Grossbetriebes denkbar. Es würde sich um langsamen Aufkauf und Expropriation einzelner Grossgeschäfte mit Beihülfe der Kommunen, Provinzen und Staaten und gegen Entschädigung handeln..... Ob es zu dem Wege der Gewalt kommen wird oder nicht, wäre eben eine historische Frage der Zukunft. Würden die Kapitalisten gegen Entschädigung freiwillig ihr Kapital anbieten, so würde der Sozialismus gewiss mit beiden Händen zugreifen; käme es zu dem Aeussersten, wie 1789, wahrscheinlich nicht! In beiden Fällen würde der Sozialismus sagen, und er sagt es schon: « « Der dritte Stand hat für sein Sonderinteresse die Privatrechte der feudalen Stände und das Eigenthum der Kirche angegriffen, wie kann er gegen Aenderung des Privat- in Kollektiv-Kapital im allgemeinen Interesse der Sozialreform — die Heiligkeit des Privateigenthums anrufen! » »

« Vom Sozialismus der Gegenwart scheint weiter der Gedanke völliger Gleichmacherei aufgegeben zu sein..... Prämien und höheres Einkommen der Tüchtigen bedarf auch der Sozialismus..... Eine andere Vorstellung ist die, dass Ehe, Privathaushalt, Familienleben und Erbrecht mit dem kollektivistischen Prinzip unverträglich seien..... Im Programm des internationalen Sozialismus ist darüber nichts ausgesprochen..... Dem Kollektivbesitz der Produktionsmittel könnte von keiner dieser « absoluten und ewigen » Institutionen der Gesellschaft ein Eintrag gethan werden. Man vergegenwärtige sich doch nur, dass man eventuell Privateigenthum nur noch an Gebrauchs- und Unterhaltsmitteln ansammeln könnte und zwar nur in sehr gleichmässigen Beträgen, da die in dem individuellen Arbeitsgebrauchswerth begründeten Ungleichheiten des Einkommens nicht schroff sein könnten..... Das Mässige dann frei vererben zu lassen, würde dem Sozialistenstaat nicht ein Haar krümmen. Der Unterschied wäre nur der, dass Alle wirklich ein privates Hausvermögen bilden und vererben könnten, nicht blos wenige Reiche. Die Verzehrung des Einkommens aus der Berufsarbeit in separatem Familienleben und geschlossener Ehe würde ebenfalls mit dem Prinzip der Kollektivproduktion völlig verträglich sein....»

« Endlich ist nicht einzusehen, weshalb der Socialismus irreligiös bleiben müsste. Heute ist er es hauptsächlich deshalb, weil er ein Recht zu haben glaubt, die christlichen Kirchen anzuklagen, dass sie dem Kapital als Seelenpolizei Hülfe leisten und das Volk durch Wechsel auf die Ewigkeit über seine unvollkommene Lage hinwegtäuschen. An sich haftet aber weder die Irreligiosität noch ihr Stachel dem Sozialismus selbst an..... Die an den Rockschössen der weltlichen Interessen hängenden historischen Kirchen wird daher der Sozialismus allerdings nicht erhalten, aber höhere, edlere und allgemeinere Religiosität wäre das ethisch praktische Bedürfniss des Sozialstaates. »

Den letzteren Gedanken möchte ich nicht unterschreiben. Denn es will mir nicht einleuchten, wie bei allseitiger Volksbildung, die doch gewissermassen zum Lebenselement des Sozialismus gehört, ein Bedürfniss obschweben soll, schwärmerische Systeme zu pflegen, denen jeder wissenschaftliche Halt abgeht.

Uebrigens ist dies nur meine persönliche Meinung, und ich füge derselben gerne erläuternd hinzu, dass ich dabei durchaus nicht an ein etwaiges Hinwegdekretiren der Religionen denke, so wenig wie ich mir eine sozialistische Religionsreformation im Sinne Schäffle's vorzustellen vermag. Aber ich bin der festen Ueberzeugung, dass mit zunehmender Bildung die Religionen stetig an Anhängern verlieren werden. Ein zukünftiges (sozialistisches) Gemeinwesen dürfte sonach zwar völlige Religionsfreiheit garantiren, aber auch nichts zur Förderung oder gar Privilegirung irgend welcher Religionsgesellschaften beitragen. Meiner Ansicht nach genügte der religiöse Indifferentismus des Gemeinwesens in Verbindung mit guten Schulen und sonstigen Bildungsmitteln vollständig, um das Absterben aller Religionssysteme ganz von selbst eintreten zu lassen.

Dieser mein Einwurf thut augenscheinlich dem Gesammtraisonnement Schäffle's keinen Abbruch, und die Schlussworte davon bleiben in vollberechtigter Kraft. Er betont da nämlich, dass er auf jede Gefahr der Denunziation hin es für seine Pflicht gehalten habe, die hohlen Einwürfe gegen den Sozialismus abzuthun, weil er, was an ihm sei, « verhindern möchte, dass die besitzenden Klassen mit verbundenen Augen und durch blinde Selbsttäuschung in ein zweites und potenzirtes 89 hineintreiben ». — —

« Entwickeln wir nun, so ruft er dann aus, ... die positiven Forderungen des wirklich sozialistischen Prinzips! Entwerfen wir in den Grundzügen ein Bild der Volkswirthschaft, wie sie sich aus dem Prinzip des Kollektivkapitals herausgestalten könnte! .... Den wirklichen Verlauf einer weitausholenden Zukunft kann kein Sterblicher voraus angeben; noch im Jahre 1789 wusste Niemand, was aus der liberal bürgerlichen Neuerung sich entwickeln sollte. Nur eine Vorstellung des Möglichen, vom Werthe diskussionsfähiger Thesen, wollen wir gewinnen..... Es ist zwar eine ganz neue Welt, in die man sich hineindenken muss und nur sehr schwer hineindenken kann. Indessen dem Fürsten, Ritter, Bürger und Bauern der Feudalzeit ist die liberale Volkswirthschaft, die jetzt volle Wirklichkeit ist, ebenso schwer denkbar gewesen. Und sie kam doch! » — —

Nach Schäffle's Ansicht hätte es mit der Feststellung des Tauschwerths bei kollektivistischer Produktion, wie schon früher erwähnt wurde, seine Schwierigkeiten; er scheint nicht zu bedenken, dass mindestens die rasch zu Tage tretenden praktischen Erfahrungen selbst die untergeordnetsten Missgriffe in dieser Beziehung aufdecken und zur alsbaldigen Ausgleichung herausfordern müssten, zumal nicht anzunehmen ist, dass die öffentliche Meinung geneigt wäre, derartigen eventuellen Verrechnungen gegenüber ein Auge zuzudrücken. Die Marx'sche Werththeorie, meinethalben mit der Schäffle'schen Modifikation, spricht ja nur einen Grundsatz aus, der vorwiegend darauf hinausläuft, den Gaukelspielen, welche aus allen erdenklichen Kapitaleigenschaften und Unternehmertugenden direkt Werthe ableiten, den Garaus zu machen. In der Praxis sozialistischer Produktion bleibt vor Allem der Fundamentalsatz bestehen, dass nur menschliche Arbeit Werthe zu schaffen vermag, und nicht minder bleibt es fraglos, dass nur die normale (« gesellschaftlich nothwendige ») Arbeit bei der Werth-

schätzung der Dinge eine Durchschnittseinheit abgeben kann, dessgleichen, dass höhere (qualifizirte) Arbeiten als Multiplikationen einfacher Arbeiten aufgefasst werden müssen. Und dennoch bleibt nicht ausgeschlossen, dass der Begehr korrigirend einzuwirken vermag, nur nicht so wie heute, da er bei einheitlicher Wirthschaft in seiner ganzen Ausdehnung täglich sich offenbart und damit die Möglichkeit schafft, weniger auf nachträgliche Werthregulirungen, wie auf die Schöpfung der Güter selbst stets ihm entsprechend bedacht zu sein.

Nach dieser Erläuterung brauche ich keinen weiteren Widerspruch gegen Schäffle zu erheben, wenn er sagt: «Der Tauschwerth müsste von einem öffentlichen Organ oder von einem Organsystem festgestellt werden, bei welchem einerseits Kenntniss der Art und Grösse des Gesammtbedarfs, andererseits Kenntniss aller Kosten der sozialen Totalproduktion jedes besonderen Güterbedarfes und hiemit des gesellschaftlichen Durchschnittskostensatzes jeder Verkehrseinheit vorhanden wäre. Zu diesem Durchschnittskostensatz würde der Werth festgestellt, wenn Sozialvorrath und Nachfrage sich decken würden, unter ihm, wenn das Angebot vorschlüge und der Gebrauchswerth sänke, über ihm, wenn die Nachfrage vorschlagen und der Gebrauchswerth steigen würde.»

«..... Die Anmeldung der Bedarfe würde bei Sozialmagazinen ..... seitens der öffentlichen und privaten Konsumtion statthaben. Die lokalen Magazinverwaltungen würden bei den Engroslagern ihren Bedarf anmelden, diese bei den von einander unabhängigen Zentraldirektionen der einzelnen Produktionszweige. .... Die Taxen würden veröffentlicht, wie heute die Preise; alle Spezialbedarfe und individuellen Arbeitskräfte würden sich unter ihrem Einfluss klassiren, wie heute unter dem der Marktpreise und Löhne. Nur wäre Alles einfacher, durchsichtiger, dem Privatmissbrauch und der prioritätischen Ausbeutung weniger ausgesetzt, die ganze Tauschwerthbewegung aller Produkt- und Arbeitsgattungen ersichtlich. Der Hausbrauch jeder Gewerkschaft an Eigenprodukten käme nicht in die Verkehrsrechnung. Die Buchhaltung im Ganzen wäre hiebei wohl einfacher, als die Summe von Sonderbuchhaltungen, welche heute nöthig sind, um die Ausgleichung des Bedarfes und des Angebotes durchzuführen.»

«.... Man sieht, dass die volkswirthschaftliche Grundfunktion in Selbstverwaltung organisirt werden könnte ohne Centralisation und mit Vermeidung auch der allergeringsten Störungen durch oder für andere Sozialorgane, insbesondere ohne Bevormundung des Staates. .... Der Aufsicht, Ordnung und Hemmung des Staates unterläge sie nur so, wie alle Culturgebiete. .... Die Organisation dieser Tauschwerthbestimmung würde den Bedarf der Gesellschaft für jede Güterart fast von Stunde zu Stunde zum Gesammtbewusstsein bringen und gestatten, den Gang der Produktion mit ihm unmittelbar in Einklang zu setzen. .... Jede Berufsarbeit wüsste sofort, ob ihr Gebrauchswerth fällt, und welche andere Arbeit, wozu der Uebergang möglich, im Steigen begriffen ist. Oertliche Ueberfüllung und Uebervölkerung könnte durch eine entsprechende Tauschwerthregulirung der örtlichen und speziellen Arbeiten beseitigt werden, schonend unter Hinweisung auf andere Erwerbszweige und unter Regelung der

Auswanderung und Freizügigkeit mit Hülfe der Reserven. Aeusserer Arbeitszwang wäre für die Regel ausgeschlossen, der Fall des Mangels an unerlässlichen Arbeitsleistungen ausgenommen; der Drang zur Arbeit durch Selbsterhaltungstrieb wäre dagegen allgemein, und kein Arbeitsfähiger könnte Faullenzer sein. Neue Erfindungen könnten aus gesellschaftlichen Mitteln belohnt und angeregt werden, und die Organe für die Beurtheilung des Erfindungswerthes wären in den — diesfalls nicht bureaukratisch konstituirten — Direktionen gegeben; die Prämien fielen in den gesellschaftlichen Kostensatz, die Kosten der Erfindung würden also von allen Konsumenten getragen, wie ihr Nutzen sofort Allen zukäme. . . . . Da der normale Bedarf und der Gebrauchswerth jeder Leistung für den Arbeitstauschwerth massgebend wären, so könnte von einer Nivellirung der Einkommen nicht die Rede sein. Für den brennendsten Ehrgeiz hätte die Organisation lockende Laufbahnen, jedem Tüchtigen wäre der Wettlauf zugänglich. . . . »

Das Hartgeld hält Schäffle bei « sozialisirtem Stoffwechsel » für überflüssig. « Als Tauschmittel wäre es entbehrlich, theils weil mit dem privaten Produktions- und Umsatzgeschäft die Masse des privaten Entgelts von Hand zu Hand, die Zahlung der Ankaufspreise, Löhne und Zinsen überhaupt fortfiele, theils weil auf das Arbeitskonto eines Jeden die vollste Sicherstellung von Verpflichtungen gegen Andere, Strafen und Entschädigungen ohne Geld realisirt werden könnten, theils weil als Vergeltungs- und Schenkungsmittel der Arbeitsgutschein alle Vortheile des heutigen Geldes darbieten würde. Als Werthmass wäre das Hartgeld ersetzt durch ein viel gesellschaftlicher substanzirtes neues Werthmass, den aliquoten Theil der wirklichen periodischen Gesammtarbeit des Gesellschaftskörpers. . . . . Nur da, wo der sozialisirte Verkehr mit der restlichen Sphäre kapitalistischer Volks- und Weltwirthschaft in Wechselwirkung träte, käme Geldgebrauch vor, so im auswärtigen Handel mit kapitalistisch organisirten Staaten und im Tausch gegen die restlich fortbestehenden Privatleistungen im Innern. . . . . Der Hauptmissbrauch des Geldes, die masslose Anhäufung von Reichthum, Macht und Einfluss jeder Art in Privathänden und die von da ausgehende Korruption aller sozialen Lebenskreise wäre gründlich beseitigt; erstens, weil die Hauptform dieser Anhäufung, die Kapitalspekulation, völlig beseitigt wäre, und zweitens, weil bei blossem Arbeitseinkommen Aller keine grosse Vermögensungleichheit sich erhalten und ausbilden könnte. »

Trotzdem würde individuelle Freiheit herrschen, was die meisten Gegner des Sozialismus nicht begreifen wollen. « In jedem Bedarfszweig wäre Vorrath, wie ihn der Handel heute auch hält; denn die Produktionsorgane hätten zu produziren, wofür Nachfrage wäre. . . . . Aber sehr viel gleicher wären die Bedarfe, da die Riesen- und Hunger-Einkommen fortfielen. Die privaten Luxusbedarfe würden ab-, die öffentlichen Luxusbedarfe für Kunst, Verschönerung, Literatur, Volksgeselligkeit wahrscheinlich zunehmen. . . . . Gesellschaftsschädliche, gesundheitswidrige Bedarfsarten könnten mit absoluter Sicherheit beseitigt oder durch Uebertaxirung gehemmt werden. Die öffentlichen Bedarfe wären

unmittelbar gesichert (durch Vorwegerhebung aus der Masse der Gesammtleistungen). . . . »

« Da eine gute Taxation den Ursachen jener stossweisen Bewegung, welche dem Marktpreis der Güter jetzt eigen ist, nicht unterliegen würde, so wäre ein Hauptübel sozialer Ernährung, der cyklische Wechsel von hitzigem Produziren und von Absatzstockung, von hypertrophischer Ueberschwemmung und atrophischem Verkommen, im jetzigen Masse wohl nicht da. . . . . Fast stündlich würde der neueste Stand aller Ertragsaussichten und Bedarfsgrössen bei den Zentraldirektionen klar gestellt, ein unermesslicher Vortheil, wie ihn die kapitalistische Ordnung nie und nimmer zu erreichen vermag. . . . »

«Die leitenden Organe des Produktions- und Umsatzprozesses wären nicht mehr Private oder « Herren », sondern Direktionen, welche aus dem ganzen Körper der Berufsarbeit, unter Gefahr des Verlustes der Prämien bei schlechter Wahl, hervorgehen würden . . . . . Diese obersten Direktionen des ganzen Produktionszweiges hätten (u. A.) auch den Beruf, in Anstalten, wo Unordnung und Anarchie einreisst, einzugreifen, die Autorität zu schützen, Ausstossungen ausführender und Absetzung leitender Arbeiter strafweise zu vollziehen und die Leitung provisorisch zu bestellen. Die leitende Arbeit, vom Contremaitre bis zum obersten Direktionsvorstand, hätte höhere Gehaltssätze, so dass nicht bloss eine ganze Menge von Ehrenstellungen, sondern auch eine Skala von höheren Einkommen geschaffen wäre, ein Ziel für den Ehrgeiz der Tüchtigsten. Für wichtigere Ordnungs- und Rekurssachen könnte eine höchste General-Zentral-Direktion aus Vertretern aller Spezialdirektionen bestellt werden.»

Die rationellste Produktion bei sozialistischen Organisationen wäre nach Schäffle's Ansicht «dadurch zu erreichen, dass man nur einen Theil aller Berufsarbeitsgehalte (also eine Art Minimallohn) fixiren, den anderen und kleineren auf Tantièmen oder Prämien setzen würde. Von den Spezial-Central-Direktionen an bis zum letzten Arbeiter träte dann in Beziehung auf die Erzielung des höchsten Gebrauchswerthes ein individuelles Motiv der Wirthschaftlichkeit in Kraft, und da der Erfolg jedes Einzelnen von der Leistung je der Nächsten am meisten abhinge, eine allwechselseitige Kontrole, ein Hass gegen die Faulenzer, ein Interesse, die tüchtigsten Fachmänner an die Spitze zu bringen (beziehungsweise Solchen die Bestätigung zu geben), neuen technischen Gedanken und Formen den Sieg gegen Neid und Trägheit zu verschaffen . . . . .»

«Und welchen enormen Zuwachs erhielte die Produktivkraft dadurch, dass alle Berufsarbeiter . . . . eine feste soziale Berufsstellung in einem freien grossen Ganzen erlangt hätten! . . . . Dazu käme noch, dass die wirthschaftliche Berufsorganisation mit einer ebenso breit volksthümlichen Organisation der Geselligkeit, der Volksbildung, des Gemeinde- und Staatslebens verwachsen würde; Jedem könnte da vielseitige geistige Bethätigung ermöglicht werden, die geistig verödende Wirkung einseitiger Arbeitstheilung liesse sich auf diesem Boden überwinden, ein jetzt scheinbar unlösbares Problem sich lösen . . . . . Die niedrige, hässliche und mechanische Arbeit liesse sich Allen auferlegen, zum Theil im nichtverletzenden Alternat der Altersklassen . . . . . Eine allgemeine

Einbürgerung der jetzt in ihrem Vaterland heimathlos werdenden Volksmasse wäre erfolgt. Alle hätten festen Fuss, wären zuverlässige Arbeiter. Der Ertrag an gemüthlichem Lebensglück wäre unberechenbar gesteigert, selbst wenn das materielle Einkommen nur bescheiden anwüchse; für die freie Liebe zur Arbeit wie für veredelte Sittlichkeit wäre damit der dankbarste und fruchtbarste breite Volksboden gewonnen . . . . . Nicht der Geldadel soll zur Hörigkeit degradirt, sondern die zum Proletariat herabgesunkene Volksmasse soll auf das Niveau eines freieren und höher entwickelten kooperativen Mittelstandes emporgehoben werden . . . .»

«Die ganze so wichtige Ausgleichung durch Leihe und Anleihen . . . . ist nicht ausgeschlossen. Allein nicht mehr ein Privater, sondern die Gesammtheit würde Gläubiger oder Versicherungsschuldner der Privaten, Gemeinden und vertrauenswürdigen Vereine. . . . . Die Gemeinschaft wäre der denkbar sicherste Schuldner. . . . . Sie wäre aber auch der best urtheilende Gläubiger; denn sie würde die Vorschussnehmer kennen. Dabei der best gesicherte Kreditor; denn bei ihr muss Jeder Arbeit nehmen. Der mildeste Helfer; denn sie hat an der Erhaltung wirklich nothleidender (wohl selten vorkommender) Existenzen Interesse. . . . .»

«Man denke sich nun, dass es weder Aktien, noch Staatspapiere, noch Loose, noch Prioritäten, noch Pfandbriefe, noch Privatschuldtitel, noch Pachtschillinge, noch Miethseinkünfte mehr gäbe! Offenbar wäre mit dieser radikalen Aufhebung des Kurszeddels und Privatkredits das ganze heutige Gesellschaftsleben total verändert. . . . . Mehr als Ablösung der Rententitel durch eine Anzahl von Genussmittel-Annuitäten in der Uebergangszeit kann der Sozialismus grundsätzlich nicht zugeben. Die ungeheuren thatsächlichen Missbräuche öffentlichen und privaten Kredits, das unsaubere Raubritterthum der Börsianer, will er aber gründlich abschneiden.»

Dass der Sozialismus den Familienhaushalt nicht negiert, ist bereits hervorgehoben worden; dass derselbe jedoch heutzutage gewöhnlich sehr im Argen liegt, sollte nachgerade Keinem mehr unbekannt sein. «Einer der grössten Misstände im Haushalte sehr vieler Familien, die Unsicherheit der Wohnungs- und Dienstverhältnisse, liesse sich heilen. Das Prinzip der Berufswohnung würde allgemein durchgeführt werden und Jedem auf Lebenszeit eine feste Wohnstätte bei seinem Berufsstandort sichern. Austreibungen wären ausgeschlossen. . . . . Die Herstellung der Wohnungen in den gesündesten Lagen und in Verbindung mit dem Berufsgeschäfte liesse sich wenigstens allmählig durchführen. Desgleichen eine eingreifende sanitätspolizeiliche Reform des Niederlassungswesens! Heiz-, Wasch-, Brunnen-, Koch- und sonstige Haushaltungs-Einrichtungen liessen sich in der Richtung durchführen, dass die häusliche Dienstarbeit eingeschränkt wird. . . . . Das Unterkommen in Gasthäusern, Herbergen, Erholungsaufenthalten, welche in den schönsten Erdwinkeln am meisten der spekulativen Ausbeutung zum Opfer gefallen sind, könnte vom letzteren Uebel befreit, und einem viel umfassenderen, bildenden und veredelnden Reise- und Naturgenuss könnte Vorschub geleistet werden. . . . .»

«Auch für die freien Anstalten gemeinnütziger, geselliger und anderer Vereine fände die Vermögensbildung so wie bisher statt, durch Einverleibung der aus freien Beiträgen und Widmungen bestrittenen Anschaffungen. . . . . Offenbar würden die besser betheilten Volksmassen physisch und namentlich geistig . . . . eine höhere und edlere Gesammtkraft darstellen. Am wenigsten sollten daher hervorragende Geister der Kunst und der Wissenschaft sich vor kargem Einkommen fürchten. Jetzt sind sie vielfach auf die Brosamen, die vom Tische des Luxus abfallen, angewiesen und stehen oft widerwillig genug in Abhängigkeitsverhältnissen, die ihren Leistungen und ihrem Charakter nicht förderlich sind. Ein höheres geistiges Niveau der Massen wird ihre Geltung nur steigern, nicht herabsetzen.»

«. . . . Es ist unmöglich, dass der liberale Staat einen nachhaltigen und probehaltigen Patriotismus allgemein nähre, da er das Bewusstsein der Solidarität nicht allgemein begünstigt, die Masse der (materiellen) Interessen in Selbstsucht isolirt und Gegensätze der Klassen nothwendig hervorruft. Nicht so wäre es im Sozialstaat! Gewiss gäbe es noch immer viel Neid, falschen Ehrgeiz, Unfrieden, aber nicht mehr klassenweise Spaltungen der Bürger in zwei einander feindliche Lager. . . . . Einer Menge der gemeinsten Verbrechen, die aus der Armuth, dem Uebermuth, der Ueppigkeit, der masslosen Privatbereicherung entspringen, wäre die Ursache und das Objekt benommen. Die Masse negativen Aufwandes für die Verhütung von Unrecht und für jene Civilstreite, welche nur dem kapitalistischen Konkurrenzkampf entspringen, wäre erspart. Dass ein innerlich einiger Volkskörper stark gegen aussen wäre, ist ebenfalls anzunehmen. Jeder wäre Vollbürger. Er wüsste, dass er, wenn er für den Staat kämpft, für sich kämpft. . . . . Ein wirklich disziplinirtes Volksheer liesse sich von Jugend auf erziehen. . . . . Es würde grösste militärische Kraft, bei Ersparung des jetzigen erdrückenden Aufwandes für ein zur stehenden Armee ausgeartetes Volksheer, sich einstellen. . . . .»

«Die Fassung des Volkskörpers in den Staat oder die Verfassung würde wirklich einen durchaus organischen Aufbau zulassen. . . . . Die Körper der idealen, wie der wirthschaftlichen Berufe wären nach allen Seiten gegeben. Das jedem Beruf zuzugestehende Gesammtgewicht wäre ziffermässig evident. . . . . Der jetzigen wüsten Majoritäts- und selbst Minoritätsdespotie von parlamentarischen Kliquen, welche durch Fälschung der Verfassung allerlei Gewalt und Unrecht sich erlauben, den Minderheiten Sprache und Glauben vorschreiben, den Staat zum omnipotenten Despoten für ihre Sonderinteressen aufblähen, wäre in dieser Verfassung kaum ein Spielraum gegeben. . . . . Staatsstreiche von oben auf eine Verfassung, die kollektivistisch organisch von unten aufbaut, wären unmöglich. Die Macht, solche Streiche auszuführen und sich zu behaupten, könnte sich nicht bilden. Staatsstreiche von unten hätten noch weniger Sinn und Aussicht. . . .»

Zu allen diesen Thesen, welche als Hauptsätze aus den Schäffle'schen viel eingehenderen Erörterungen anzusehen sind, und die ein Urtheil über das Ganze

ermöglichen dürften, habe ich keine weiteren Bemerkungen zu machen. Hingegen ist es mir schwer begreiflich, wie dieser geistreiche und tiefblickende Denker dazu kam, schliesslich für die Monarchie in dem von ihm skizzirten Sozialstaat nicht nur Raum zu finden, sondern sie geradezu als ein wahrscheinlich unentbehrliches Element zu bezeichnen. Wenn er in Allem Recht behält, hierin dürfte er sich doch wohl irren. Denn es ist noch sehr fraglich, ob der Monarchismus auch nur für die bürgerliche Gesellschaft passt, — er wird von den Trägern derselben — aller Loyalitätsheuchelei ungeachtet, wie Schäffle selbst weiss — wohl durchgängig nur als nothwendiges Uebel, welches der alte Feudalstaat hinterlassen hat, angesehen und demgemäss, so viel nur möglich ist, in seiner Macht beschränkt. Bei weiteren gesellschaftlichen Fortschritten wird das jetzt schon Antiquirte allmählig verschwinden. Und irgendwie geartete Restaurations- und Romantisirungsgelüste sind wohl dem Sozialismus nimmermehr zuzutrauen. Meine Zustimmung indessen vermag ich wiederum sehr Vielem zu geben, was der Verfasser über die «Einführungschwierigkeiten und Uebergangsstadien» anführt.

Denn auch für den ungeduldigsten Sozialisten modernen Schlages liegt es auf der Hand, dass dichtbevölkertes Land, überwiegender Grossbetrieb, Konzentration der Kapitalien wesentliche Vorbedingungen der Einführung des Sozialismus sind. Und was Schäffle entgegen den Einwänden, welche die Unmöglichkeit der Errichtung eines Sozialstaates darthun wollen, äussert, ist ebenfalls zutreffend, so namentlich die Abführung Derjenigen, welche die Auswanderung der Kapitalisten androhen. «Wie oberflächlich!» ruft er aus. «Die Immobilien: Wälder, Felder, Häuser, Fabriken, Strassen, Wasserkräfte kann keine Macht der Welt aus dem Lande treiben. Diese Bestände machen aber in jedem Lande mindestens drei Viertheile des Nationalkapitals aus. Vom übrigen Viertel, dem mobilen Vermögen, steckt höchstens ein Drittel in der konzentrirten Werthform des Geldes und der Pretiosen. Also höchstens ein Zwölftel oder, greifen wir hoch, ein Zehntel könnte exportirt werden, — wenn kein Exportverbot hälfe. Uebrigens hätte ja der Sozialismus in dem Augenblick, da er überhaupt reif wäre, seine Hüter in jedem Magazin und in jedem Kassenzimmer. Um nun ein Zehntel des Nationalkapitals zum Export zusammenzuraffen, würden die übrigen neun Zehntel unabgelöst dem Sozialstaat in Händen gelassen, gewiss die billigste freiwillige Ablösung des Privatkapitals, die er sich wünschen könnte. Was aber wäre dem Sozialstaat entzogen? Das, was er gar nicht oder am Wenigsten braucht — das Metallgeld! . . . .»

Der Trost mit der Gewalt ist ein eitler. «Die steigende Noth des Lebens, die Massenarmuth und die Konzentration des Proletariats in den Städten, Werkstätten und Armeen werden die Arbeiterbewegung zum hundertsten Mal wieder erwecken, wenn sie neunundneunzig Mal niedergeschlagen sein wird.»

Genug der Zitate! Statt jeder weiteren Erörterung möchte ich hier nur noch den Wunsch aussprechen, dass es dem Autor, dessen Werk ich vorführe, gefallen möge, seine Kritik des Kapitalismus und Erläuterung des Sozialismus speziell in Volksausgabe erscheinen zu lassen. Ein sehr starker Absatz könnte nicht ausbleiben, und gute Früchte wären gleichfalls davon zu erwarten.

Gewissermassen als Anhängsel bringt der dritte Band schliesslich noch eine nicht sehr eingehende Abhandlung über die Technik im engeren und weiteren Sinne. Die kurze Art, in der dieser Gegenstand behandelt wird, und die Stelle, an welcher er untergebracht wurde, erklären sich jedoch damit, dass die Technik fast in allen Lebensäusserungen der Gesellschaft hervorsticht, und dass demgemäss an hundert Stellen seines Werkes Schäffle darauf ohnehin zu sprechen kommt.

Der vierte Band dreht sich um die geistigen Verrichtungen der menschlichen Gesellschaft, um die «soziale Psychologie», doch nehmen naturgemäss jene Abschnitte, welche eine speziellere Staatslehre enthalten, wie ich schon Eingangs meines Referates betonte, weitaus den grössten Theil des Buches ein.

Ausgehend von einer Betrachtung der menschlichen Sprache, von welcher der Verfasser mit vielen Anderen überzeugt ist, dass sie dem Menschengeschlecht «nicht als fertige Mitgift in die Wiege gelegt worden ist», sondern erst auf dem Wege einer vieltausendjährigen intellektuellen Entwickelung erworben wurde, wirft er hernach einen kurzen Blick auf das Schriftwesen und kommt sodann auf die menschliche Vernunft im Allgemeinen zu sprechen, wobei er sich nicht gerade immer sehr durchsichtig ausdrückt. Er korrigirt zwar z. B. seine ältern Ansichten über «Gott», indem er zugibt, dass alle Versuche, dessen Dasein zu beweisen, «lediglich irreführend» sind; allein er schiebt dies auf die Unzulänglichkeit des nur auf irdische Verhältnisse zugeschnittenen Menschengeistes, Transcendentes zu erschliessen.

Ueber das Bildungswesen finden sich sehr zutreffende Gedanken vor, wie sie bei Professoren selten so vernünftig angetroffen werden dürften, noch gar bei Leuten, welche schon einmal Minister waren. Wer von den Unbefangenen hätte beispielsweise nicht ein «Sehr wahr!» für die folgende Stelle?: «Die doktrinäre Bildung kann sogar schädlichste Verbildung der Volksseele, gar auf Kosten der Nervenkraft und Gesundheit, herbeiführen, wenn sie nicht durch die praktische Schule des Lebens, für die sie vorbereiten soll, ergänzt und korrigirt wird.» Namentlich aber scheint mir das Folgende als ein klares und muthiges Urtheil sehr beachtenswerth zu sein:

«Nach meiner Ueberzeugung (Schäffle spricht!) wird erst ein verständiger Sozialismus die Lehrkräfte, die Vorbilder, die Triebfedern, die Controlen und die Zuchtmittel besitzen, um die Aufgabe einer guten professionellen Bildung mit vollem Erfolg nach der ethischen und ästhetischen, wie nach der intellektuellen Seite zu lösen.»

Auch das gesellige Leben wird einer Betrachtung gewürdigt; denn der Mensch «als geistig und sozial angelegtes Wesen» hat das Bedürfniss, «Ideen und ästhetischen Genuss bei Anderen selbst zu holen und Anderen geistige Erholung bei sich zu gestatten. . . .» Ja, die Geselligkeit ersetzt «den Markt und den Journalismus da, wo eine stupide Despotie einem ganzen Volke oder einer Volksschicht den Mund stopfen will.» (!!)

Was das wissenschaftliche Forschungswesen betrifft, so ist namentlich anzuerkennen, dass Schäffle mit Nachdruck hervorhebt, dass dasselbe unter dem

Einflusse des Sozialismus die schönsten Früchte tragen könnte. «Am wenigsten,» heisst es da, «dürfte der sozialistische Staat, der in jeder Hinsicht geistige Freiheit und allgemeine Bildung voraussetzt, die Freiheit der wissenschaftlichen Volksarbeit unterdrücken. Er müsste die öffentlich dotirten Anstalten der Forschung mehr als jeder andern dem Einfluss der Zentralregierung und der orthodoxen Kirchengewalt (dürfte wohl dann kaum noch existiren, d. Ref.) entziehen, die verschiedenen wissenschaftlichen Institute gegen einander in Konkurrenz stellen, genossenschaftliche Bildungsanstalten und Literaturbestrebungen gewähren lassen und reiche Mittel der intellektuellen Arbeit zur Benützung Jedermanns über das ganze Land hin verbreiten. Unter den Einwendungen gegen den Sozialismus scheint mir kaum eine so unstichhaltig, als die, dass er der Wissenschaft die Mittel und die Freiheit entziehen müsste.»

Und weiter erscheint mir auch das Nachstehende sehr beachtenswerth: «Reiche Anhäufung öffentlicher Einkünfte und Erbreiterung des Wohlstandes der Volksmassen — zusammen mit Begeisterung für die grossen Aufgaben des Sozialstaates und für die Verherrlichung der einzelnen sozietären Berufsanstalten — wäre auch unerlässliche Bedingung jener von Lassalle geweissagten hohen und zugleich breit volksthümlichen Gestaltung und endlichen Demokratisirung der schönen Kunst und Literatur der Zukunft. . . . .»

«. . . . Dagegen eine Zeit der Blasirtheit, der negativen Kritik, der religiösen, sozialen, politischen und wirthschaftlichen Zerrissenheit, des Zustandes charakterlosen ethnischen Gemengsels, eine Zeit der Verdummung, Abstumpfung und Knechtung der Geister, der Herrschaft des Säbels und der Kanone, der materiellen Genusssucht wird keine grossen Kunst- und Literatur-Erzeugnisse reifen können; Kunst und Dichtung werden den Leidenschaften und der Sinnlichkeit zu gefallen suchen und den Verfall beschleunigen, statt die Vervollkommnung anzuregen und zu verherrlichen; kitzelnde Realistik bei vollendeter Technik wird möglich sein, nimmer eine erhebende, den Idealismus des Volkes ausgestaltende und anregende Leistung . . . .»

Was hingegen Schäffle über Religions- und Kirchenwesen im Speziellen bringt, das wird Vielen, die sich schon an anderen diesbezüglichen Einstreuungen gestossen haben mögen, inkonsequent und halb erscheinen. Wir wissen bereits, dass Schäffle vom orthodoxen Glauben nichts hält, und dass er die historischen Kirchen nicht ohne Vorwurf lässt. Nun bemerken wir auch noch, wie er beweist, dass die Religionen im Fetischaberglauben und Schamanenbetrug ihren Ausgang genommen, in der menschlichen Furcht und einem dunkeln Drange unvernünftiger Massen ihre Stützpunkte, an geistlichen und weltlichen Herrschern ihre vornehmlichsten Förderer gefunden haben, und dass sie überhaupt das, was sie jetzt sind, im Laufe der Geschichte unter tausenderlei Einflüssen wurden, kurzum, wir hören da Ansichten, welche noch vor ein paar Jahrhunderten in jedem christlichen Staate ohne Weiteres ihren Urheber auf die Folterbank und den Scheiterhaufen gebracht hätten. Und doch polemisirt der nämliche Mann, welcher sie hegt, gegen den wirklichen Unglauben mit scharfen Worten! «Man kann und soll den Glauben — meint er schliesslich — in der bisherigen Rich-

tung seiner Höherbildung weiter entwickeln, sozial fruchtbar, in gewissem Sinn positiver und realer machen. Aber ich glaube nicht, dass ohne erhabenen religiösen Idealismus und Schwung des Volksgeistes Ziele, wie sie sich die Weltgeschichte für die Zukunft gesteckt hat, erreicht werden können.» Wäre ich nicht überzeugt, dass Schäffle kein Opportunitätsmann ist, so würde ich denken, er halte derartige Spekulationen für unentbehrliche Konzessionen an den sogenannten «guten Ton»; nach Lage der Dinge aber bleibt mir nur die Verwunderung.*)

Diese wird begreiflicher Weise angesichts der gesunden Urtheile, welche schon das nächste Kapitel, das von der ethischen Entwickelung der Gesellschaft handelt, wiederum enthält, nur geschärft. Mit sichtlichem Behagen konstatirt hier u. A. unser Autor, dass die individuelle Freiheit, in höherer subjektiver Sittlichkeit über die Forderungen der gesellschaftlichen Sitte hinwegzuschreiten, historisch einen veränderlichen Spielraum habe. «Die Nichtachtung der allge-

*) Der Herausgeber theilt zwar nicht ganz die Ansicht Schäffle's, aber auch nicht die Verwunderung des geehrten Rezensenten und hält es für angemessen, zur Erläuterung des Standpunktes des ersteren noch folgende Stelle aus dem besprochenen Werk anzuführen: «Bei aller Positivität des ethischen Idealismus, bei allen Erfolgen steigender Selbstvervollkommnung, bei aller Wahrung menschlichen Glückes, bei allen Fortschritten unseres wissenschaftlichen Erkennens wird wohl für unser Hoffen und Sehnen, für unser Gemüth und für unsere Weltanschauung stets ein ungedeckter Rückstand übrig bleiben, mit welchem sich die Religion — welcher historischen Gestalt immer — befassen wird. Was unser Geschlecht an relativer Vollkommenheit auch erreichen möge, es wird darin nicht seine letzte Bestimmung finden. Wie glücklich es sich in den Vervollkommnungsperioden fühlen möge, es wird sich nicht selig fühlen. . . . . . Unser Geschlecht wird ferner bei allem Jammer, durch welchen hindurch der Gang der natürlichen Schöpfung bis zur Höhe menschheitlicher Zivilisation fortschritt, doch nicht verkennen, dass aus dem Chaos eine Ordnung, aus allgemeinem Krieg universale Gemeinschaft, aus Gewalt Friede, aus Feindschaft Liebe, aus Selbsthülfe Wetteifer im Guten, aus Rohheit des Anfanges höhere Selbstvervollkommnung immer mehr hervorging. Eben diese Richtung, in welcher die zivile Schöpfung fortschritt, die Hervorbildung eines geistigen Universalreiches aus dem Drang und Jammer unendlichen Daseinskampfes durch Führung erlösender und durch Mitarbeit aller übrigen Geister wird dem religiösen Bewusstsein für immer als höchstes Symbol des an sich Unwissbaren, als Andeutung über den Sinn des räthselhaften Weltdrama's gelten. . . . . Der Verfasser begreift daher die Feindschaft gegen die Religion überhaupt nicht. Er kann nicht zugeben, dass das Gefühl des Erlösungsbedürfnisses unbegründet ist. Er kann nicht zugeben, dass Versenkung des Vervollkommnungsstrebens in die Gluth und Tiefe des religiösen Gemüthes an und für sich gemeinschädlich sein sollte. Er hält es für vollkommen begründet, die Symbolisirung des unwissbaren Gottes und des unbekannten Entwickelungszieles durch die erhabenen soziologischen Grundvorstellungen zu vollziehen. . . . . Er hält es nicht für begründet, das Unwissbare für nicht seiend zu erklären und daher dem Atheismus zu huldigen.

Mögen trocken nüchterne Geister darauf verzichten, sich mit Unwissbarem überhaupt zu beschäftigen, sei es auch nur im Gemüth, — mögen Andere Atheisten bleiben, indem sie wegen der Unwissbarkeit das Nichtsein Gottes behaupten, mag der religiöse Geist unseres ganzen Geschlechtes sich, wie es wahrscheinlich ist, weit über seine jetzige Sinnlichkeit und Buchstäblichkeit emporheben, — so vermögen wir doch nicht anzunehmen, dass die Religion schliesslich werde gegenstandslos werden und aus der Gesellschaft verschwinden können.«

Anm. d. Herausg.

meinen Gesellschaftssitte, sagt er, ist in ältester Zeit ein Verbrechen, heute wird sie zwar durch den Lärm der blinden Blindenleiter, welche die Kuhschelle der öffentlichen Meinung vorantragen, auch noch verfolgt, aber doch nicht mehr gesteinigt, gekreuzigt und verbrannt.»

Unsere Zeit bekommt in diesem Abschnitt auch ein hübsches Spiegelbild vorgehalten, nämlich die «spezifischen Untugenden der bürgerlichen Epoche». Es heisst da: «Die Laster, die der raffinirte materielle Unterhaltskrieg züchtet, gewannen an Boden. Habsüchtige, betrügerische, schwindlerische Neigungen haben weite Verbreitung gefunden. Unwahrheit, Fälschung, Verleumdung, Verruf sind beliebte Mittel, um im Kampf um's Dasein obanzukommen. Das Jagen nach Geld und die Pflege eines den Kredit stützenden heuchlerischen Glanzes im äusseren Auftreten gewinnen an Intensität. Hochmuth und Eitelkeit, Affenliebe zu den Kindern bei den Reichen, Kriecherei und Kindervernachlässigung bei den Armen sind weit verbreitet. . . . . . Die Moral der Zukunft wird mit dieser jetzt gezeichneten Richtung schwere Kämpfe zu bestehen haben. Sie wird aber bei einer etwaigen besseren und wirklich gesellschaftlichen Organisation der Volkswirthschaft allmälig den materiellen Egoismus einschränken. . . . . .»

Ferner ist die folgende Stelle beachtenswerth: «Jedes Werk über Völkerkunde und Sittengeschichte, verglichen mit dem Inhalt unserer Systeme der christlichen Moral zeigt die ungeheuren Veränderungen in den sittlichen Anschauungen der Menschheit. Der Chinese wirft sein Kind in den Fluss, der Fidji-Insulaner frisst seinen Nebenmenschen, der Irokese tödtet seinen alten Vater, Sokrates hat kein Missfallen für die Knabenliebe, Aristoteles keinen Tadel für die Abtreibung, der Mohammedaner freut sich seines Harems, der Pietist verbietet seinen Kindern das Theater. Und da redet man von ewigen Prinzipien der Moral oder von Stillstand der letzteren seit Jahrhunderten!»

Als die hervorragendsten Organe der gesellschaftlichen Willensthätigkeit bezeichnet Schäffle die «Kommunal- und die Staatskörper in ihrer Abstufung von der Lokal- bis zur Provinzialgemeinde, vom Kleinstaat bis zum Weltreich und der Staatenallianz». Daher wird über diese Materie in der ganzen zweiten Hälfte des Buches Abhandlung gepflogen. Ich kann natürlich zu meiner Besprechung nur Einzelnes herausgreifen.

Z. B. die Kritik des modernen Steuerwesens, dessen vorwiegend indirekten Charakter der Verfasser als eine strikte Folge der privatkapitalistschen Produktionsweise bezeichnet. Mit Sarkasmus hält er den heutigen Staatsfinanzleuten vor, dass sie ohne Skrupel kommunistisch vorgingen, indem sie aus dem allgemeinen Güterstrom der Volkswirthschaft mit grossen Eimern schöpften und die Masse des Staatseinkommens in Zöllen und inneren Aufwandsteuern einzuheimsen suchten. Solcher Kommunismus möge praktisch sein für die Finanzminister, er sei aber sehr unvollkommen und ungerecht, weil er die Lasten relativ sehr ungleich auf die Einzelnen vertheile. «Reifer Sozialismus würde die Zuleitung des Staatseinkommens weit vollkommener als das jetzige gemischte Steuersystem durchführen. Produktion und Umsatz wären kollektiv organisirt, aus den öffentlichen Produktmagazinen würde mit Wegfall nahezu der ganzen

jetzigen Finanzverwaltung die ausgabeetatgemässe Abfuhr des Naturalbedarfes an die öffentlichen Anstalten wie an die Einzelnen ohne komplizirte Erhebungsanstalten, ohne unproduktiven Zwischenhandel, ohne Zinsverpflichtung gegen die heutige Finanzbaronie, erfolgen. Und nicht blos dies. Die Aufopferungen der Einzelnen für das Ganze würden durchaus gleichmässig sein, da der in Privateinkünfte vertheilbare übrige Rest des Nationalprodukts für alle nach Massgabe ihrer Berufsleistung betheilten Privaten in gleichem Verhältniss ihres Berufseinkommens kleiner werden würde! Wohl gäbe es noch Einkünfte für die ausserhalb des sozialisirten Theils der Volkswirthschaft stehenden Privatexistenzen, aber diese Einkünfte wären allgemein bekannt, nicht sehr ungleich, leicht nach demselben Massstab zu erfassen, der die sozialisirten Berufe mittelbar treffen würde!»

Den Entwickelungsgang betreffs der Staatsfunktionäre und des Antheils der Bevölkerung an der öffentlichen Macht gibt Schäffle im Wesentlichen folgendermassen: «In der prähistorischen Zeit ist der Häuptling sammt den Sippschaftshäuptern Alles in Allem, Regierung, Ministerium, Beamtenthum Volksvertretung. Sobald sich erste Stände bilden, wird die ganze Last und Lust der Regierung und Verwaltung von der weltlich-priesterlichen Aristokratie als Sondervorrecht übernommen. In der alt-landschaftlichen Zeit sind die Familienväter der Mark- und Gaugenossenschaft mit den Vorständen aus ihrer eigenen Mitte unter Königsgrafen Administrativ-, Gesetzgebungs- und zum Theil Regierungsorgan. In der Feudalzeit sind die besten Arbeitskräfte der herrschaftlichen Familie, die Ministerialen, bezw. die Vasallen, die zeitgemässe Form des Beamtenthums; das Amt ist dinglich fixirt und erblich. In der landesherrlich-absolutistischen Periode gibt es nur Diener des Landesherrn, reine Bureaukraten, Leiboffiziere und Leibsoldaten des Fürsten; die Stellen sind zum Theil käuflich. Erst in der liberalen Periode kamen voller Berufsstaatsdienst und das Berufsvolksheer zur Entwickelung, grossentheils im zentralisirenden Uebermass.»

«Wieder andere Organisation wird der Staatsdienst einer späteren Zukunft erlangen. Schliesslich werden alle wesentlichen Sozialfunktionen eine öffentlich rechtliche Gestaltung gewinnen, welche in den Staat hinein gipfelt, ohne im Staat aufzugehen; das jetzige subsidiarische Eingreifen des liberalen Staates und der heutigen Gemeinde wäre durch neue berufsanstaltliche Organisationen ersetzt. Es ist klar, dass alsdann eine Masse der heutigen Staatsbeamten-Verwaltung überflüssig wäre, und dass umgekehrt die hülfreichsten Berathungs-, Ausführungs- und Mitentscheidungsorgane für den Staat an den Direktionen aller sozialen Anstalten gewonnen wären. In der That ist dies der einzige Weg, um aus Vielregiererei und Vielschreiberei, aus dem, was am jetzigen Bureaukratismus übertrieben, aufgeblasen, mechanisch, volksfremd, herrisch und servil, zugleich steif äusserlich, unbehülflich und bevormundungssüchtig ist, herauszukommen. Uebrig bliebe noch immer das Bedürfniss des politischen Berufsamtes. Letzteres wäre dann erst in reiner Form möglich. Politischer Gelegenheitsdienst von Klassen wäre von Grund aus unmöglich gemacht.»

« . . . . . Die Gegenwart bringt durch Volksvertretung, Presse und Agitation

den Volksgeist in der Sphäre des Staatslebens zur Geltung. Eine spätere Zukunft, welche so glücklich sein wird, alle ihre verschiedenen Berufssphären zu zeitgemässer Organisation erhoben zu haben, wird stärker, doch verhältnissmässig viel einfacher als jede frühere Epoche den Einfluss des ganzen berufsmässig gegliederten Volkes in die Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung durch eine neuständische Verfassung und durch freie Diskussion hineintragen; selbst die unmittelbare Bestellung einzelner Vollzugsgewalten durch das Volk könnte eine berufsanstaltlich wohlgegliederte Gesellschaft in Aussicht nehmen; dann erst wäre politische Selbstregierung der positivsten Art mit einem Minimum von Bureaukratie möglich.»

«..... Die Richtung, in welcher die politische Macht fortschreitet und entwickelungsgesetzlich fortschreiten muss, ist die Demokratie; denn die Gesammtgesellschaft in willens- und machteinheitlicher Durchbildung ist höchste Macht, diese Durchbildung ist daher letztes und unausbleibliches Ergebniss der politischen Machtauslese im Laufe der Geschichte. ....»

«..... Macht aber kann ein Volk nicht werden über Nacht durch einen Beschluss oder durch Verkündung einer Verfassungsurkunde, auch nicht durch eine einmalige Abstimmung oder auf einen bestimmten Kalendertag hin, an welchem es etwa einen »Gesellschaftsvertrag» zu schliessen beliebte, sondern nur durch lange Zusammengewöhnung der materiellen und ideellen Interessen, in einer gerechten und freistaatlichen Verfassung, durch Leistung ebenso des Gehorsams gegen die verfassungsmässigen Staatsorgane, wie durch gemeinnützige Uebung der dem Volke überlassenen politischen Befugnisse. Wo diese Voraussetzung nicht zutrifft — und sie wird ohne allgemeine anstaltliche Durchbildung aller sozialen Berufssphären mit der Folge überwiegenden Mittelstandes nie sich einstellen, — da wird allem formellen Scheine der Volkssouveränetät zuwider thatsächlich Cäsaren- oder Oligarchen- oder Priester- oder Coterien- oder Demagogenherrschaft sich geltend machen, das «souveräne Volk» ausgekauft und bestochen oder berückt und belogen werden. Es hat weder die reale Macht, noch die innere Berechtigung zur Herrschaft. ....»

Diese letztere Ausführung mag als Theorie passiren, in der Praxis jedoch ist sie nicht ganz möglich. Denn jene Organisation aller sozialen Berufssphären wird eben nur unter dem Drucke der Volksmacht sich durchführen lassen, so dass diese mindestens bis zu einem gewissen Grade Vorbedingung und nicht Folge solcher Gliederung sein muss. Allerdings wird diese dann wiederum politisch erziehlich wirken und die Befestigung und harmonische Bethätigung der Macht des Volkes wesentlich erleichtern; aber von einer einseitigen Voraussetzung des Einen und Folge des Andern ist dann nicht mehr die Rede, sondern es findet eben, wie in vielen anderen Beziehungen des gesellschaftlichen Entwickelungsganges, ein wechselseitiges Einwirken statt.

Viele der allgemeinen staatswissenschaftlichen Erörterungen Schäffle's leiden überhaupt ein wenig an Einseitigkeit, wozu wesentlich der Umstand beigetragen haben mag, dass sich der Verfasser etwas zu stark an die «Politik» des Aristoteles anlehnte. Denn es ist unverkennbar, dass jene Partien, bei welchen

dieser Einfluss nicht zur Geltung kam, nicht nur frischer und geniessbarer, sondern auch mit konsequenterer Schärfe und Allseitigkeit behandelt sind, als das bei Aristoteles Entlehnte, was offenbar an und für sich den Autor vortheilhaft auszeichnet, aber auch beweisst, dass er es nicht nöthig hat, von den Schätzen alter und zum Theil veralteter Gelehrten zu zehren.

Unter dem beregten Uebelstande leidet z. B. das Kapitel, welches von der Monarchie handelt, welcher Staatsform Schäffle, wie schon gesagt wurde, ohnehin stärker zuneigt, als nach seiner sonstigen Unbefangenheit und radikalen Rücksichtslosigkeit im Kritisiren zu erwarten wäre. Er weiss ja sehr wohl, welches Schicksal die Monarchie haben dürfte, wenn die von ihm für unausbleiblich erklärte Demokratie ans Ruder kommt, da er Mehreres über die Nullheit der etwaigen Schattenkönige, welche vielleicht eine Volksmacht dulden könnte, anführt, so die Aussprüche Mirabeau's: «Ihr (Könige) seid die bezahlten Commis der Völker!» «Die Monarchie ist der abgetragene Hut.» «Der König ist bestimmt, einen Nachfolger zu erzeugen, der allenfalls noch das Recht hat, das Tüpfelchen auf das i zu machen.» So auch die Abneigung Napoleons I., sich «zur Rolle eines Mastschweines» herzugeben, «das mit ein paar Millionen gefüttert wird» Also wozu dann die Schüchternheit?

Noch mehr! Schäffle beweist nun sogar selbst, dass schon in einer wirklich l i b e r a l e n Zeitepoche die Monarchie stark ins Gedränge kommen, nämlich in der Geldaristokratie untergehen kann. «Die Geldkaste weiss sich,» sagt er, «namentlich wo sie die gelehrten Stände und die Bureaukratie ganz oder theilweise zu gewinnen und durch grosse Carrièren auf parlamentarischem Wege zu ködern versteht, in der Volksvertretung eine Stellung zu erlangen, durch welche der Schwerpunkt der Macht von der Krone weicht. . . . . Die Parlamentsherrschaft, ein Ausfluss der real vorhandenen sozialen Geldübermacht und insofern historisch begründet, will nicht Demokratie, eben d e s s h a l b keinen förmlichen Bruch mit der Monarchie, da der Fortbestand dieser die thatsächliche Klassenherrschaft vor der Masse des Volkes verhüllt und mildert. Dem gefügigen Schattenkönig schüttet sie von ihrem Gold gerne und reichlich in den Schooss, aber sie verflüchtigt seine Majestät «zur Erhabenheit des Knopfes am Kirchthurm». . . . . Der echt parlamentarische König muss entgegen alle der Klassenherrschaft förderlichen Massregeln der vom Parlament oktroyirten Minister sanktioniren, durch häufigeren Wechsel der Ministerien die Ehrgeizigen zugleich befriedigen und abnützen. Thut er das nicht, so stürzt die thatsächliche Aristokratie Throne gerade so um, wie die thatsächlich souveräne Demokratie. Allerdings sind die Revolutionen der ersteren mehr «mit Glacéhandschuhen und in Pantoffeln» gemacht und ist der Geldadel der Anstellung eines zweiten und dritten Pantoffelkönigs nicht so abgeneigt, wie der demokratische Republikanismus. Sein Ideal ist das «Bürgerkönigthum», formell angebetet, faktisch gefügig, hinter welchen die Geldkaste den wahren Alleinherrscher darstellt. . . . .»

Und wenn die konstitutionelle Monarchie nicht diese Richtung nimmt, so kann nach Schäffle's wiederum sehr richtiger Ansicht leicht nach der ent-

gegengesetzten Seite hin eine Wendung zum Schlechteren herbeigeführt werden, nämlich durch ein staatsstreichlerisches Gebahren der Dynastie. «Dieser Umschlag ist entweder ein offener und geradliniger durch Beseitigung der Volksvertretung, absolutistischer Staatsstreich, oder ein verdeckter, indem die Volksvertretung mittelbar in ihrem Einfluss gebrochen wird, insbesondere durch Zersetzung und Versetzung der Parteien, noch mehr durch Beeinflussung und durch Korruption. Dieser thatsächliche Absolutismus, welcher den konstitutionellen Schein wahrt, ist mit Recht Scheinkonstitutionalismus genannt worden, ein System, das von Anfang Lüge und Korruption ist und nur Lüge und Korruption zur Frucht haben kann. Die Formen der Korruption sind verschiedenartig: Köderung der Sonderinteressen der Wählerkörper, Durchsetzung von abhängigen Kandidaten, namentlich Beamten, Ausspielung der verschiedenartigsten Sonderinteressen gegen einander im Parlament, Gewinnung und Abnutzung der Parteiführer und Redner durch Privatvortheile, gute Aemter und Ministerposten, Bestechung der Masse der Volksvertreter durch vortheilhafte Konzessionen, durch Entgegenkommen gegen Kirchthurmsinteressen und durch direkte Bezahlung, endlich Korruption der politisch einflussreichen Presse. Hilft dies Alles nicht, so hilft doch die Herbeiführung einer öffentlichen Lage, welche den Werth der Monarchie gegenüber dem Parlament hebt und den Gehorsam der Völker steigert: die Anzettelung äusserer Unruhen und Kriege oder der Schrecken des rothen Gespenstes.»

Da kommt nun Schäffle, ähnlich wie einst Lorenz Stein, der konstitutionellen Monarchie, an deren Aufrechterhaltung nach seiner eigenen Schilderung eigentlich doch wenig gelegen sein kann, mit einem weisen Rathschlag zu Hülfe, indem er sagt: «Meine Ueberzeugung ist es, dass die konstitutionelle Erbmonarchie durch Schutz des vierten Standes, in Oesterreich durch Schutz der Gleichberechtigung der Nationalitäten, an Lebensdauer gewinnen kann, wie sie durch Schutz des dritten Standes gewonnen hat. Versäumt sie diese Aufgabe, so droht ihr — nach definitivem Vollzug der natürlichen Nationalitätseinigungen und Nationalitätsgliederungen — das Schicksal der Bourbonen, die Herabsetzung zur Restaurations-, Geld- und Proletariats-Despotie (Cäsarie), der Untergang mit dem Volke oder der Untergang in der sozialen Republik. Durch Einräumung des allgemeinen Stimmrechts ist die Weiterentwickelung schon in diese Alternative hineingedrängt.»

Hinsichtlich des Cäsarismus zieht Schäffle das Urtheil des Aristoteles über die Tyrannis an, welches in der That recht passend ist und in diesem Falle den Aristotelismus entschuldigt. Hienach huldigt der Cäsaren-Despotismus folgenden Künsten: «Nachäffung der echten Monarchie, Verfehmung, Vernichtung, Verläumdung, Kriminalverfolgung aller hervorragenden unabhängigen Männer, Heranziehung der schwachen Charaktere unter den Reichen und Vornehmen, Korruption in jeder Form, Unterdrückung der Vereine und der freien Diskussion, gegenseitige Verhetzung der Stände, Klassen und Freundschaften, grosser öffentlicher Aufwand, Fütterung und Unterhaltung des Pöbels, Anstiftung auswärtiger Kriege zur Ableitung der inneren Opposition, Polizeichikane und Denunziantenwesen.»

Kurzum: Schäffle kennt die Finessen jeder Sorte von Monarchie; aber trotz alledem kommt er wieder und wieder darauf zu sprechen, dass und wie man monarchische Institutionen bis in alle Ewigkeit konserviren könnte.

Die Aristokratien werden auch nicht übel gezeichnet, jedoch begnüge ich mich mit folgendem Zitat: «Die Geldaristokratie ist die brutalste, sobald es sich um Verfolgung derjenigen handelt, die ihre Herrschaft irgendwie in Frage stellen. Man denke an die Ermordung des Gracchus, an die Gräuel der venetianischen Geheimjustiz, an die Anschauungen gewisser Theile unserer Bourgeoisie gegenüber der Sozialreform, an das Benehmen der Sklavenbarone in den amerikanischen Südstaaten. . . . .»

Hinsichtlich des Verfassungswesens im Allgemeinen schliesst sich Schäffle den Grundgedanken aller bedeutendsten staatswissenschaftlichen Autoritäten an. «Jede sociale Kraft, docirt er, hat den Drang, sich geltend zu machen. Daher hat das Verfassungsrecht das Streben, nach der Proportion der realen Machtverhältnisse die Befugnisse und Pflichten im Staate auszutheilen. Von Aristoteles bis auf Spinoza, Haller, Lassalle ist dies klar erkannt worden; politische Verfassungsfragen sind soziale Machtfragen. Verfassungen müssen sich daher ändern, wenn die realen Machtverhältnisse nach innen und aussen sich ändern. Da nun der soziale Daseinskampf dafür sorgt, dass sich die Machtverhältnisse beharrlich ändern und die reale Machtvertheilung die Träger wechselt, so ist eine durchaus stabile Verfassung undenkbar. . . . .»

«. . . . Nachhaltig ist jene Umwälzung, welche die den realen Machtfaktoren entsprechende Verfassung durch die Gewinnung der Volksüberzeugung für die neuzuschaffenden Verhältnisse des Staatsgebäudes durchsetzt. Das Werk einer solchen Revolution ist immer haltbar; sie gilt bald als glorreich.»

«. . . . Unter den Verhältnissen unserer Zivilisationsstufe sind reformistische und revolutionäre Verfassungsänderungen nur durch vorherige Ueberführung neuer Ideen in die Volksüberzeugung, nur durch Gewinnung des Uebergewichts im Volksgeiste durchzusetzen. Eine bedeutende Bewegung der Geister und ein siegreicher Abschluss dieser Bewegung muss voran gegangen sein. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, so ist es eine Sünde an der Sache der Reform, eine Frühgeburt durchzusetzen. Beispielsweise wäre eine soziale Revolution in der Gegenwart das grösste Verbrechen gegen den Sozialismus selbst. Dieser hat den Volksgeist noch lange nicht gewonnen. Hat er ihn einstmals für sich, so wird er in einem gegebenen Moment der Erregung oder Noth die Soldaten, die Gesetzgeber, selbst weise Könige für sich haben. Ohne siegreiche Ideen, bloss mit Soldaten, Putschen und Gewaltthaten im Augenblick der Noth des Staates, macht man noch keine glorreiche Revolution. . . . .»

Ich kann mich im Wesentlichen den letzteren Ausführungen voll und ganz anschliessen, und thue dies um so lieber mit Ausdrücklichkeit, als darin einerseits eine Widerlegung jener böswilligen Gespensterseher steckt, denen radikale Parteien mit Komplotteuren gleichbedeutend sind, und als andererseits die moderne Sozialdemokratie ohnehin solche Ansichten hegte und verbreitete. Nicht weniger richtig finde ich, was an einer späteren Stelle über die Staats-

macht gesagt wird: «Die grösste Macht erlangt der Staat, der sich auf eine dem Staatszweck konvergente Entwickelung aller Einzelkräfte, also auf eine Freiheit stützen kann, welche die Kraft des Volkes aus reiner Ueberzeugung zur Verfügung stellt. Gerade die Zuneigung eines im freiesten Gebrauch seiner Kräfte stehenden Volkes, die freie Gewinnung der materiellen Interessen, der Einsichten, Moral- und Glaubens-Ueberzeugungen schafft Macht, während harter Zwang Widerwillen und Unmacht hervorruft. . . . .»

Für die Parlamentler ist sehr lehrreich, was Schäffle über Parteiregierung sagt. Diese an sich mache den Staat nicht mächtig, vielmehr könne sie nur ein zu wohlgefügter Macht gelangter Staat vertragen. «Wenn die Parteien den Vereinigungspunkt eines über allen Gegensätzen stehenden Rechts- und Gemeinschaftsgefühles verloren haben — und alle Systeme schrankenloser Mehrheitsregierungen führen dazu — so ist die Parteiregierung so viel, wie sichere, wenn auch langsame Auflösung; denn der ganze innere Zusammenhalt des Volkes, welcher die Grundlage der Macht ist, wird hiedurch zerfasert. . . . Mit anderen Worten: die Majoritätsregierung ist nur dann nicht staatauflösend, wenn sie auf der Basis einer gesunden Organisation der Volksvertretung ruht. Das wahre Ziel der Staatsmannschaft ist nicht Gewinnung der Mehrheit, sondern die Vereinigung aller Interessen, Berufe, Stände, Klassen und Nationalitäten in der Anhänglichkeit an eine Allen gerechte Verfassung, Vertretung und Regierung. Blosses Uebergewicht einzelner Interessen, welchem eine bedeutende Minderheit anderer Sonderinteressen gegenübersteht, ist ein Keil in die Macht des Staates. Ausnahmsgesetze gegen Mitbürger wirken auflösend. . . . .»

«. . . . Man hat oft geglaubt, politische Macht aus Volksabstimmungen und Wahlumtrieben schöpfen zu können. Es mag gelingen, durch Fälschung der Wahlsysteme, Terrorismus, Lüge, Bestechung u. s. w. Majoritäten und durch letztere gewisse Legitimationen zu erzwingen und zu erschwindeln. Macht wird aber durch die Verfassungsfictionen doch nicht begründet. . . . .»

Auch das Folgende können sich gewisse Realpolitiker merken: «Reine Militärstaaten müssen endlose, schliesslich sie selbst zerrüttende Kriege führen, denn sie verlieren, wie das Eisen, ihre Schärfe, sobald sie Frieden haben; endloser Krieg und Sieg im Krieg sind aber nicht möglich.» Und ferner: «... So sicher der Nationalstaat den mittelalterlichen Orts- und Stammstaat in ein höheres Ganzes aufgesogen hat, so gewiss gehen die heutigen Staaten und Reiche einer innigeren Conföderation entgegen. Absolute Souveränetät ist reiner Partikularismus im nationalen Massstab. Genau betrachtet, ist sie schon jetzt durch zwingende internationale Rücksichten beschränkt. . . . .»

Endlich könnten die Chauvinisten diesseits und jenseits des Rheins Schäffle's Raisonnement über den Krieg beachten, worin es u. A. heisst: «Die Sophisten des Militarismus und des Nationaldünkels haben zu jeder Zeit den Krieg als einen sittlichen Zuchtmeister gepriesen. Für innerlich schon verlotterte Völker, denen ihr Tyrann äussere Motion machen muss, mag diese Behauptung, wie schon Aristoteles andeutet, eine traurige Wahrheit sein. Da heisst es: Gift gegen

Gift! Revolution im Völkerleben gegen innere Revolution. Dennoch kann Niemand verkennen, dass der Krieg der höheren Kultur tausendfach schadet. Er ist dem humanen, idealen Streben feindlich und bringt einen bengelhaft brutalen Nationalegoismus, der sich als ««Mordpatriotismus»» breit macht, zur Herrschaft. Er schwächt den Freiheitssinn der Völker, erzieht sie für die innere Knechtschaft. Er hätschelt einen blutdürstigen Nationalstolz, voll von furchtbaren Gefahren, erschüttert die Achtung des Rechtes und des Eigenthums, erweckt die Raubthiertriebe im zivilisirten Menschen wieder, zerrüttet den Nationalwohlstand; durch das Schuldenwesen in seinem Gefolge leistet er der Geldoligarchie Vorschub und wird Zuchtschule von zahllosen anderen Aeusserungen privater und öffentlicher Unsittlichkeit. Er beugt nicht einmal den Chauvinismus des besiegten Volkes, sondern macht den Rachedurst zum einzigen Hebel, um der Zerrüttung, der es nur dem Sieger zum Nutzen verfällt, Einhalt zu thun. Bis zur Erschöpfung aller Völker erzeugt ein Krieg den andern, und in jedem wird die Gesammtexistenz mehr oder weniger dem Spiel des Zufalls preisgegeben. . . . .»

Nachdem noch staatliche Einrichtungen von sittlicher Bedeutung, wie die Rechtspflege etc., erörtert worden, kommt der Verfasser auf die Stellung des Staates zur individuellen und korporativen Freiheit zu sprechen, wobei wiederum sehr beachtenswerthe Ansichten zu Tage treten. Schäffle nennt die pure Anarchie eine «nihilistische Faullenzerei» des Staates und will nichts davon wissen; dagegen tritt er für das grösstmögliche Mass des Gewährenlassens ein, soweit dadurch die Gesammtinteressen nicht geschädigt werden. «Es ist,» sagt er in dieser Beziehung, «nicht des Staates, Familien, Individuen und Privatverbände zu knebeln und ihren Freiheitstrieb zu fesseln. Seine Sache ist es, diesen zu erwecken, ihn aber zugleich in die Richtung zweckmässigen Einklangs mit der sozialen Gesammtbewegung zu drängen. Der selektionistisch begründeten Staatslehre kann es also nicht beifallen, vom jetzigen oder künftigen Staate zu erwarten, dass er den Haushaltungsplan der Privaten entwerfe und überwache, in den Eheschluss der Einzelnen seine Vorsorge einmische, die Familienerziehung ersetze, Jedem Freude und gesellige Unterhaltung sichere, wissenschaftliche Forschung selbst treibe und die Wahrheit der wissenschaftlichen Sätze einer souveränen Kritik unterwerfe, den Gewissen den besten Glauben auferlege, die geistige Arbeit der Literatur und Tagespresse zum Staatsamt mache, den Wettstreit und Verkehr der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Subjekte aufhebe. Aber es ist Sache jedes selbstständigen Lebensganzen, einheitlichen Willens und mit vereinter Kraft nicht bloss den Schaden an Vermögen, Leben und Gesundheit, den übermächtige Elemente, gefährliche Volksklassen (Gauner, Schwindler u. s. w.), Unwissenheit und Lässigkeit drohen und stiften, zu verhüten und zu beseitigen, öffentliches Aergerniss der Volksmoral ferne zu halten, sondern auch jenes Recht, das nur aus der Perspektive des Gesammtlebens richtig gefunden werden kann, einheitlich zu setzen, allem Rechte den Schutz der Gesammtkraft zu leihen, die Verknüpfung Aller zum Ganzen zu fördern, endlich ordnend, ausgleichend, auseinandersetzend, ver-

söhnend, aneifernd zu wirken. . . . . » Man vergleiche übrigens damit, was Schäffle über den Sozialismus im dritten Bande sagt, und wovon ich Manches angeführt habe. Ich übergehe verschiedene Deduktionen, welche nun noch als allgemeine Betrachtungen des Staates folgen, weil sie weniger hervorstechende Gedanken enthalten, und wende mich dem letzten Abschnitt zu, in welchem eine recht klarlegende und bei aller Kürze sehr präzise ethnisch-genetische Völkerübersicht gegeben wird.

Wie im ganzen Werke — zahlreiche Stellen schliessen hierüber jeden Zweifel aus — jene Entwickelungslehre festgehalten wird, welche unter dem Namen «Darwinismus» am bekanntesten geworden ist, so wird namentlich in diesem Kapitel zu beweisen gesucht, dass und wieso aus den allgemeinen Daseinskämpfen der «sozialen Auslese» nicht allein gewisse Racen und Völkerschaften siegreich, andere unterliegend hervorgehen mussten und müssen, sondern es wird, unter Rückbeziehung auf den Gesammtgedankengang aller vier Bände, auch dargethan, dass und wesshalb diese Reibungen zu immer höheren Kulturfortschritten führten, die letzten Konsequenzen derselben aber den harmonischen Ausbau der menschlichen Gesellschaft (den Sozialismus) darstellen werden. Die Herren Darwinianer, die sich mit einer nicht sehr nobeln Scheu und Scharfsinnigkeit (Einzelne ausgenommen) in der jüngsten Zeit förmlich entsetzt gegen den Gedanken sträubten, als enthielte die von ihnen vertretene Doktrin gewissermassen eine naturwissenschaftliche Rechtfertigung und natürliche Erklärung der modern-sozialistischen Bewegung, würden daher vor Allem wohl daran thun, wenn sie das Schäffle'sche Werk eingehend studirten. Aus verschiedenen Aeusserungen mehrerer hervorragender Repräsentanten des Darwinismus, wie sie in der Presse und sonst in die Oeffentlichkeit getreten sind, geht nämlich leider nicht mehr und nicht weniger hervor, als dass die fraglichen Gelehrten, deren Verdienste mir im Uebrigen hohe Achtung einflössen, sich hinsichtlich des Sozialismus damit begnügt zu haben scheinen, durch die in diesem Punkte unzuverlässigsten, unwissendsten und dabei dennoch mit unerhörter Arroganz auftretenden Leute, die Journalisten der sogenannten «grossen Blätter», Belehrung im Vorbeigehen zu gewinnen. Da sie auf solche Weise nur ein halb lächerliches, halb gräuliches Bild vom Sozialismus zu Gesicht bekamen und das eigentliche Wesen desselben, seinen sozialwissenschaftlichen Charakter, absolut nicht kennen lernten, so mussten sie natürlich von der irrthümlichen Voraussetzung aus auch zu einem total verfehlten Urtheil gelangen. Dabei kommt ihnen übrigens nicht einmal die Entschuldigung zu Gute, sie seien eben dupirt worden. Denn als Verfechter einer Wissenschaft, welche dem Werde- und Entwickelungsprozess des Menschen nachspürt, müssen sie sich auch mit der Gesellschaftswissenschaft in allen ihren Abzweigungen wenigstens insoweit vertraut machen, dass ihnen Materien, wie der Sozialismus, ihrem Charakter nach geläufig sind. Und dass unsere Tagesliteratur keine Quelle für irgend welche wissenschaftliche Studien bildet, sollte man ihnen nicht erst sagen müssen. Diese Einschaltung schien mir nach Lage der Sache unumgänglich zu sein, was mir der Leser daher nachsehen mag.

Indem ich mich nun wieder der Schäffle'schen Arbeit zuwende, unterlasse ich es, aus dem fraglichen Theile derselben Einzelheiten anzuführen, aber zu einigen Generalmeinungen muss ich dem Verfasser schon nochmals das Wort geben, zumal damit meine obige Mahnung an die Darwinianer ihre Rechtfertigung findet.

«.... Im Kampf mit der äusseren Natur und mit menschlichen Feinden — sagt unser Autor — überleben die geistig und physisch Mächtigsten. Die grösste Macht zum Daseinskampf wird erreicht durch den höchsten Grad der Vereinigung und Gliederung der besonderen physischen und geistigen Kräfte. Da die Gesellschaft diesen Grad vollkommenster Vereinigung darstellt, so muss die Zivilisation als höchste Macht wirklich durchdringen.... Noch heute sterben die ««Naturvölker»» den Racentod, sobald sie mit weit überlegenen ««Kulturvölkern»» in Verbindung treten.... Eben desshalb muss aber nach dem sozialen Entwickelungsgesetz trotz aller grossen Mannigfaltigkeit divergent angepasster Einheiten derselben Art eine menschheitliche Konvergenz, universelle Zivilisirbarkeit und wirklich universelle Zivilisation sämmtlicher Theile der Menschheit sich ergeben. Die Unzivilisirbaren sind in Jahrtausenden ausgeschieden worden, und jene, welche unter dem Niveau der zum zivilen Daseinskampf erforderlichen Kraft zurückgeblieben sind oder unter dasselbe zurücksinken, sterben auch jetzt noch den Völkertod.... Untergang oder nützliche Anpassung (d. h. Theilnahme an der Arbeitstheilung der höheren Zivilisation) bildet das unentfliehbare Entweder — Oder. Der Streit erhält lebendig und treibt zur — Welteinheit!»

«..... Entwickelungsgesetzlich nothwendige Folge des Umschlages der ausweichenden in die wechselseitig nützliche Anpassung ist die Zivilisation überhaupt und die Herausbildung und fortgesetzte Steigerung einer «gesellschaftlichen Natur» des Menschen, welche eben desshalb jetzt nicht mehr als ein ursprüngliches Geschenk, nicht als von je fertige Mitgift gelten darf, sondern als ein Ergebniss und als eine Bedingung der Erhebung des Menschen über die Thiere, der höheren über die niedrigen Völker im Kampf um's Dasein, angesehen werden muss.....»

«.... Alle Organsysteme und Funktionen wachsen in einen immer höheren Massstab hinein, erlangen immer höhere Grade der Spezifikation, Mannigfaltigkeit und Einheit.... Das immer stärkere Umschlagen der ausweichenden in die wechselseitig nützliche Anpassung .... ist aber selbst nichts Anderes als Gesellschaftsbildung, als Verwachsung aller menschlichen Kräfte zu immer höherer Gemeinschaft.... Unzertrennlich von dieser nothwendigen Entwickelung ist auch die stets höhere Geltung des ökonomischen Prinzips innerhalb der materiellen und der geistigen Lebensbewegung. Der entwickelnde Daseinskampf hat ein Maximum von Leben zum Ergebniss und erreicht es durch steigende Verwirklichung des Prinzips des geringsten Zwanges, bezw. der geringsten Hinderung zwischen den in Wechselwirkung stehenden Kräften der sozialen und natürlichen Welt, d. h. durch höchste Oekonomie des Güter- und Geistesgebrauches.... Schon jetzt können wir ahnen, dass einst materiell und gei-

stig die Menschheit ein einheitliches Ganzes besonderer Hauptanstalten und Hauptfunktionen darstellen werde, woran alle Nationen und alle Generationen Antheil haben, worin jedes zentralste und jedes peripherische Element der einzelnen Gewebe- und Organsysteme des Gesellschaftskörpers alle übrigen stützen und tragen wird.»

«Im Innern der intensivsten Zivilisationsherde der Gegenwart bemerken wir dieselbe Erscheinung und dieselbe Richtung der Geschichte. Ein ungeheures Ringen geht durch alle Sphären und Schichten unserer Gesellschaft. Desshalb dürften wir einem bisher unerreichbaren Ziel nahe gekommen sein. ««Wir lassen uns, sagt A. Lange, nicht durch die Kleinmeister stören, die uns altklug noch einmal predigen, was wir uns längst an den Kinderschuhen abgetreten haben: dass zu allen Zeiten Adel und Reichthum und Stände gewesen, dass die Masse immer nur zum Beten und Arbeiten, zum Dulden und Gehorchen dagewesen, und dass alle Idealisten, Plato mit seinem Vernunftstaat an der Spitze, stets in der Praxis schmählich Schiffbruch gelitten hätten! Wir verstehen die Geschichte besser als diese Kleinmeister; denn wir wissen, dass das tausendfältige Misslingen dessen, das endlich doch werden soll, nur einen wohlbekannten Grundzug des Schaffens und Vernichtens in einer besonderen Form seiner Erscheinung darstellt. Wir wissen aber auch, dass alles Grosse in der Geschichte stets von Trägern einer Idee ausging, die weit über die bisherige Erfahrung hinausgriff. Wir wissen, dass auch das Ringen der Vorzeit nicht verloren ist, und dass wir uns auch im schlimmsten Falle mit unserem Eifer für eine bessere Zukunft der Menschheit einer würdigen Reihe von Vorgängern anschliessen und glücklichere Nachfolger haben werden. Wir wissen aber endlich auch, dass niemals, nie, seit den Anfängen der Geschichte, die Gesammtheit der geistigen und materiellen Bedingungen des Völkerlebens eine so grosse innere Umwandelung unter der schwachen Hülle der bestehenden Formen erlitten hat, als in den letzten hundert Jahren.»» Dass früher oder später diese Umwandelung der Geister sich auch ihr Recht in den Gestaltungen des Lebens erringen wird, ist ausser Zweifel. Unsere Epoche ist mehr als irgend eine bisherige dazu angethan, hohen Idealen eine gewisse Geltung im Leben zu erkämpfen.»

Damit lege ich das interessante Werk aus der Hand und knüpfe daran den Wunsch, dass es — im Verein mit jener nachgerade ganz stattlichen Anzahl guter sozialwissenschaftlicher Bücher, welche bereits in dieser Richtung ihre Wirkung thut — ihm beschieden sein möge, manche Bresche in den Wall sozialpolitischen Aberglaubens, hinter dem sich die moderne Gesellschaft hinlänglich verschanzt wähnt, zu legen und einer edleren Weltanschauung Bahn zu brechen. Es sei allen Gutdenkenden in erster Linie bestens empfohlen. J. M.

Rudolf v. Jhering. Der Zweck im Recht. I. Bd. (XVI und 557 S.) Leipzig, Breitkopf & Härtel, 1877.

In der Vorrede verwahrt sich Jhering ganz ausdrücklich gegen eine Beurtheilung seiner Schrift nach den in ihr enthaltenen einzelnen Stellen; wir fürchten, dass er hiernach mit den folgenden Zeilen schlecht zufrieden sein wird.

Unsere Besprechung wird freilich, wir hoffen es wenigstens, des leitenden Gedankens nicht ermangeln; aber sie wird weder eine eingehende Darlegung des Inhalts noch eine Untersuchung oder Kritik der Grundidee des vorliegenden Werkes bringen. Das letzte nicht, weil wir es einer unvollendeten Arbeit gegenüber für gleichmässig gefährlich und unerspriesslich halten; das erste nicht, weil der Inhalt derselben ein so reicher, mannigfaltiger ist, dass auch eine kurze Angabe der behandelten Gegenstände fast mehr Raum erfordern würde, als uns zu Gebot steht.

Nur so viel sei zur Orientirung der Leser bemerkt.

Der Grundgedanke des gegenwärtigen Werkes besteht nach Jhering (Vorrede p. VI) darin, dass «der Zweck der Schöpfer des gesammten Rechts ist, dass es keinen Rechtssatz gibt, der nicht einem Zweck seinen Ursprung verdankt.» Der Begründung dieses Gedankens ist aber nur der zweite Theil des Werkes gewidmet; der erste (in dem vorliegenden ersten Band noch nicht einmal vollständig enthaltene) beschäftigt sich nur mit einer Vorfrage philosophischer oder rechtsphilosophischer Art, mit dem Zweckbegriff nämlich.

Um zu diesem Begriff zu gelangen, verfährt Jhering nach einer geistreichen, aber gefährlichen und jedenfalls höchst eigenthümlichen Methode. Nachdem er gefunden hat, dass es kein Handeln ohne Zweck gibt, dass «Handeln und um eines Zweckes willen handeln,» aber auch «Wollen und um eines Zweckes willen wollen» gleichbedeutend sei, — untersucht er die Triebfedern des menschlichen Handelns. Er findet, dass der Egoismus zur Erklärung des menschlichen Thuns nicht ausreicht, dass es ausser ihm noch eine andere Triebfeder für den Willen geben muss. Diese — die Selbstverleugnung, Liebe, Wohlwollen etc. — nicht sowohl zu finden, sondern um sie zu begreifen, gibt es nur einen Weg, den der Durchforschung der realen Welt.

«Das menschliche Leben heisst der Inbegriff der menschlichen Zwecke. So gestaltet sich denn die Aufgabe, der wir uns im Folgenden zuwenden, zu einer Systematik der menschlichen Zwecke» (p. 63). Es soll der Zusammenhang aufgedeckt werden, in dem diese zueinander stehen, wie einer in der Konsequenz seiner selbst den andern aus sich hervortreibt.

Dieser Plan wird nur dadurch beschränkt, dass das Werk auf Juristen berechnet ist und nur das diese Interessirende behandeln soll.

«Vielleicht treffe ich das was mir vorschwebt am besten, wenn ich sage: sie (die Schrift) soll sein eine Theorie des praktischen Lebens, und zwar nicht entworfen um ihrer selbst willen, sondern lediglich zu dem Zweck, um mit ihrer Hülfe schliesslich die Frage zu beantworten: worin besteht der Zweck beim menschlichen Willen» (p. 64).

Das Schema, zu dem Jhering nun bei dieser Systematik der menschlichen Zwecke gelangt, ist ein äusserst verwickeltes, aber auch äusserst reichhaltiges. Es erlaubt ihm, die mannigfachsten Gebiete zu berühren, und alle Gebiete — römisches und gemeines Recht, Strafrecht, Prozessrecht, Gesetzespolitik, Rechtsphilosophie etc. — sind in der geistvollen, glänzenden Sprache behandelt, wie sie eben nur Jhering («dem einzigen Genialen unter unseren Juristen», wie wir ihn einmal von einem unserer ersten Rechtslehrer bezeichnen hörten) zu Gebot steht. Es gibt kaum eine Seite und jedenfalls keinen Abschnitt in dem Buch, der nicht geistreiche Aperçu's oder interessante neue Gesichtspunkte über die behandelten Fragen enthält; und bei kaum einem Werk mag dem Kritiker sein Amt — das Ganze des Werkes zu beurtheilen — so schwer, zugleich aber seine Aufgabe, auch wo er missbilligt — so angenehm werden, wie hier.

Wir werden uns indess, so sauer die Enthaltsamkeit auch sein mag, unter Beiseitelassung des gesammten übrigen Inhalts, und streng dem Zweck dieses Jahrbuchs gemäss, lediglich mit der einen Frage befassen: Wie stellt sich Jhering zu unseren Theorien, oder, wenn man der Frage eine persönliche Spitze geben will: Ist Jhering Sozialist, oder nicht?

Da ist es nun vielleicht am besten, wenn wir zunächst, gleichsam als Illustrationen, an die sich die Besprechung anschliessen kann, einige Sätze aus dem Buch anführen: «Es wird eine Zeit kommen, wo das Eigenthum eine andere Gestalt an sich tragen wird als heute, wo die Gesellschaft das angebliche Recht des Eigenthümers, von den Gütern dieser Welt beliebig viel zusammen zu scharren, eben so wenig mehr anerkennen wird als . . . . das Fehderecht und den Strassenraub der Ritter, das Strandrecht des Mittelalters (p. 519)» und im Verfolg dieser Ansicht plädirt der Verfasser dafür, «dass eine, den Interessen der Gesellschaft entsprechendere, d. h. gerechtere Vertheilung der Güter der Welt herbeizuführen sei, als sie unter dem Einfluss eines Eigenthums herbeigeführt worden ist und möglich war, welches, wenn man es beim rechten Namen benennen will, die Unersättlichkeit des Egoismus ist (p. 520).»

Beide angeführten Sätze stehen im Zusammenhang einer Ausführung, dass die fortschreitende Entwickelung des Rechts die Willkür der Individuen immer mehr beschränke. Diesen von Lassalle weit früher gelehrten und wunderschön entwickelten Satz exemplifizirt Jhering ausser mit dem Eigenthum auch mit der Machtbefugniss, welche unser heutiges Recht den Eltern über ihre Kinder gewährt. Er nimmt keinen Anstand, diese übermässig ausgedehnte Macht «als vielleicht den wundesten Punkt unseres gesammten Privatrechts» zu bezeichnen (p. 506).

Das sind aber nicht etwa nur zufällige Annäherungen an die Anschauungen unserer Partei. Wenn man einen Mann nach seinen Idealen beurtheilen darf, so ist Jhering internationaler Sozialist — wir bedauern, im Interesse vieler ehrlicher Gegner, dem ersten deutschen Juristen dies Prädikat nicht ersparen zu können.

Jhering weist (p. 304) nach, wie der Staat immer mehr «Zwecke» zu be-

friedigen unternimmt, die früher von Vereinen, und noch früher nur von Privatpersonen gepflegt worden seien; er fährt fort (p. 304): «Individuum — Vereine — Staat, das ist die geschichtliche Stufenleiter der menschlichen Zwecke . . . . Der Staat ist der, der alle Zwecke der Gesellschaft verschlingt; wenn der Schluss von der Vergangenheit auf die Zukunft ein berechtigter ist, so wird er am Ende der Dinge die ganze Gesellschaft in sich aufgenommen haben.»

Die Erklärung, dass es eine unvollkommene, vorübergehende Organisationsform sei, welche die Menschheit zur Erlangung dessen was sie bedarf auf die Thätigkeit von Privatpersonen oder Vereinen angewiesen hat, dass es Sache des Staates — unter welchen Begriff wie Jhering ausdrücklich erklärt (p. 303) auch die Gemeinde inbegriffen ist — sei; diese Bedürfnisse zu befriedigen, und dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis wann der Staat diese Aufgabe lösen werde — diese Erklärung ist doch wohl echt sozialistisch. Und weiter:

« Die Zukunft des Menschengeschlechts » liegt nach Jhering « in der immer weiter fortschreitenden Annäherung zwischen Staat und Gesellschaft, bis Hand in Hand mit der Gesellschaft auch der Staat sich über den ganzen Erdball erstreckt. » (p. 309).

Dergleichen Sätze, die jederzeit ihren Platz in sozialistischen Manifesten und Wahlreden finden könnten, enthält das Buch noch gar manche; — aber sehen wir jetzt auch einmal die Kehrseite an.

Wer die jetzige Form des Eigenthums und der Familie so hart verurtheilt, wie Jhering, wer so genau weiss, dass die jetzige Organisation von Staat und Gesellschaft eine noch durchaus niedere, unentwickelte ist, — der, sollte man denken, musste an den Zuständen, die sich auf Grund unseres Eigenthums- und Familienrechts, auf Grund der jetzt herrschenden Ideen über Staat und Gesellschaft gebildet haben, doch gar Manches auszusetzen finden. Dem ist aber nicht so.

Jhering findet (p. 545), dass es ein arger Mangel sei, dass der Mann des Volkes so wenig Gelegenheit habe, sich darüber zu belehren, warum Staat und Recht im Wesentlichen nicht anders sein können, als sie es sind, er hält sogar unsere Zustände im Ganzen geradezu für vollkommen:

« Man darf behaupten, dass keine Kraft, welche die Fähigkeit besitzt, der Menschheit zu nützen, für den Dienst derselben verloren geht; jede findet in unserer heutigen Zeit ihre angemessene Verwendung. » (p. 98.)

« Heutzutag kann der Welt kein Genie verloren gehen; wo es auch auftaucht, wird es bemerkt und von selbst an die richtige Stelle geschoben. » (p. 164).

« Die Lohnsätze des Verkehrs sind regelmässig gerecht; sie sind der wahre Ausdruck für den ökonomischen Werth der Leistung. » (p. 235).

« Ein Handwerker, Fabrikant, Kaufmann, der im Lauf eines langen Lebens bei angestrengter Thätigkeit nichts erübrigt hat, hat damit den Beweis geliefert, dass er sein Geschäft nicht verstanden oder dass er schlecht gewirthschaftet hat. » (p. 209.)

In der That der wunderbarste Gegensatz! Die rechtliche Ausprägung,

welche Privateigenthum und Familie erfahren haben, wird verdammt; die jetzt bestehende Form von Staat und Gesellschaft als unvollkommen nachgewiesen, und doch die bestehenden Verhältnisse als jedenfalls im Ganzen und den Grundzügen nach vollkommene und mustergültige gekennzeichnet!

Ein Widerspruch, der um so auffälliger erscheint, als wir Mangel an Logik, an Denkvermögen einem Jhering gewiss nicht vorwerfen können.

Die Erklärung ist jedoch nicht allzu schwer zu finden.

Jhering konnte seinen Vorsatz, eine «Theorie des praktischen Lebens» zu schreiben, nicht ausführen, er musste bei seiner Betrachtung unserer Zustände zu sich selbst widersprechenden Resultaten kommen, weil ihm die Kenntniss der Wissenschaft fehlt, welche zur Lösung einer derartigen Aufgabe die wichtigste ist — der Wissenschaft, die man vielleicht schon an sich als «Theorie des praktischen Lebens», um Jherings Ausdruck zu gebrauchen, bezeichnen könnte — der Nationalökonomie nämlich. Das Vorhandensein dieses Mangels kennt Jhering; merkwürdig ist aber, dass er nicht einsieht, wie verhängnissvoll derselbe für sein ganzes Vorhaben sein muss; merkwürdiger noch, dass er im Bewusstsein desselben nicht nur die Grundsätze darzulegen unternimmt, welche nach seiner Ansicht unsere Zustände beherrschen, sondern dass er glaubt, trotz seines Ignorirens der wirthschaftlichen Gesetze unsere wirthschaftlichen Zustände beurtheilen zu können!

Er selbst kennzeichnet die Methode, nach der er bei seinen Untersuchungen verfährt, an einer Stelle des Buches auf's Schärfste.

Er bespricht im siebenten Kapitel den Verkehr, «die Organisation der auf dem Motiv des Lohnes beruhenden gesicherten Befriedigung des individuellen Bedürfnisses» (p. 104), und erklärt hierbei ausdrücklich (p. 105):

«Die nationalökonomische Seite der Frage liegt meiner Untersuchung gänzlich fern; letztere ist ausschliesslich sozialer Art, d. h. mir kommt es darauf an, auf welchen Einrichtungen für die Gesellschaft die Sicherung der Befriedigung des individuellen Bedürfnisses beruht, nicht aber darauf, nach welchen Gesetzen sich die Verkehrsbewegung regulirt.»

Was bleibt aber dann, wenn man von den «Gesetzen, welche die Verkehrsbewegung reguliren», abstrahirt? Ein rein äusserlicher Mechanismus, den man, für sich allein betrachtet, ebenso wenig erklären kann, als etwa das Spiel einer Dampfmaschine, wenn man die physikalischen Gesetze, welche die Bewegung verursachen, ignoriren will — oder ignorirt! Und wenn Jhering trotz dieses augenscheinlichen Mangels sich doch unterfängt, am Schluss seiner Untersuchungen über den Verkehr eine ethische Würdigung desselben zu geben, und zu erklären, dass der Verkehr bereits in seiner dermaligen Organisation die höchsten sittlichen Probleme, welche die Ethik kennt — die Unabhängigkeit der Person, die Gleichheit der Person und die Gerechtigkeit — in einer Weise realisirt habe, mit der die Art, wie es von Seiten des Staates geschieht, sich durchaus nicht messen kann, — so möchten wir ihm doch auf's Dringendste seine eigenen Worte in's Gedächtniss zurückrufen, Worte, die er bereits vor mehr als 20 Jahren gesprochen hat, und die sich in seinem «Geist des römischen

Rechts» (II. p. 379 der ersten Auflage) finden: «dass selbst eine rein ethische Würdigung eines bestimmten Rechts nicht möglich ist ohne Kenntniss der Technik.» Gilt, was von «einem bestimmten Recht» richtig ist, nicht auch von «einer bestimmten Volkswirthschaft»? — und wenn dem so ist, können dann die Urtheile Jhering's über den Verkehr — der doch nur der äussere Niederschlag unserer Volkswirthschaft ist — und über die einzelnen Hülfsmittel desselben überhaupt irgend welchen Werth beanspruchen?

Wir konnten es uns unter diesen Umständen füglich ersparen, auf die einzelnen Kapitel des Jhering'schen Buches einzugehen, ja, wir konnten sogar unterlassen, den Grundgedanken zu diskutiren, ohne dass Jhering uns einen Vorwurf machen darf. Sein Werk ist vortrefflich, auch wo man mit dem Autor nicht einverstanden ist, so lange es sich auf juristischem Boden bewegt; es bleibt interessant — freilich vielfach vom pathologischen Standpunkt aus —, auch wo es «Theorie des menschlichen Lebens» auf nicht juristischen Gebieten treiben will. Nur tritt eben da der bezeichnete Mangel überall und in den verschiedensten Formen hervor.

Er zeigt sich direkt, wo Jhering es gelegentlich versucht, national-ökonomische Theorie zu treiben; — wir verweisen hiefür auf die sonderbare Herleitung des Lohnes, die sich p. 73 findet; oder auf die Auseinandersetzung über das Verhältniss von Beruf und Theilung der Arbeit p. 156; oder auf die Erörterung über den Kredit p. 165—186, wo Jhering mit sehr schlechtem Erfolg versucht, den ihm auf diesem Gebiet weit überlegenen Knies zu bekämpfen, und wo er als Definition des Kredits nichts gibt, als eine selbst vom juristischen Standpunkt aus äusserst mangelhafte Definition des römisch-rechtlichen creditum*).

Der bezeichnete Mangel tritt aber noch stärker hervor, wo Jhering, gleichsam unwillkürlich, es versucht, bestehende Institutionen vom nationalökonomischen Standpunkt aus zu würdigen.

Er spricht z. B. über die Aktiengesellschaften, die er, übertrieben einseitig, aber in wahrhaft poetischer Sprache, als «eine der verhängnissvollsten Einrichtungen unserer Gesellschaft» (p. 225) verurtheilt. Er wolle, sagt er, sie «lediglich vom ökonomischen Standpunkt» aus beurtheilen. Trotzdem aber kommt ihm, wo er vermeint Nationalökonomie zu treiben, lediglich Jurisprudenz in die Feder, und er leitet alle die, nach seiner Ansicht geradezu grauenhaften Folgen des Aktienwesens lediglich aus einer juristischen Quelle her, — aus dem ungenügenden Schutz, den das Privatrecht gegen die Untreue der Verwalter fremder Gelder im Allgemeinen und der Verwalter von Aktienkapitalien im Besondern gewährt!

Noch schlimmer geht es ihm aber, wo er nicht nur volkswirthschaftliche Theorie treiben will, sondern auch im Stand zu sein glaubt, der Nationalökonomie Irrthümer vorzuwerfen.

Er erklärt z. B. (p. 201 ff.), er habe zu seiner Ueberraschung wahrgenommen,

*) «Credit ist Einräumung der vorübergehenden Benutzung von fungiblen Sachen an Stelle des bisherigen Eigenthümers.» So wörtlich zu lesen p. 172.

dass die Nationalökonomen den Gehalt unter den Begriff des Arbeitslohnes gebracht haben.

Das sei falsch; der Gehalt sei kein Arbeitslohn, denn — er bleibt hinter dem Mass, das sich im Verkehr für den Werth der Arbeit herausgebildet hat, oft recht weit zurück. Der Arbeitslohn richtet sich nach der Güte und dem Mass der Arbeit, im Staatsdienst übt aber dieser Umstand in Bezug auf den Gehalt gar keinen Einfluss aus (sondern höchstens auf die Beförderung); der Arbeitslohn fluktuirt nach Angebot und Nachfrage, jener ist unbeweglich. Wenn Engel das Postulat, dass die Arbeit ihren Selbstkostenpreis decken müsse, auch auf den Staatsdienst erstreckt, so irrt er, und zwar aus doppeltem Grund: erstens weil dies thatsächlich nicht der Fall ist, zweitens weil man diese Anforderung beim Staatsdienst nicht erheben darf etc.

«Die nationalökonomische Theorie irrt, denn — die Thatsachen entsprechen ihr nicht.» — Das ist Jhering'sche Beweisführung! In der That eine so eigenthümliche Beweisführung, dass wir einem Andern als gerade ihm gegenüber einfach mit Achselzucken darüber weggehen könnten. Bei Jhering indess erwächst uns die Pflicht, zu untersuchen, wie der Fehler überhaupt möglich wurde.

Die Antwort ist nicht gar schwer zu finden. Jhering ist über den Begriff der nationalökonomischen Gesetze und der nationalökonomischen Lehren völlig im Unklaren.

Er fasst die Aufgabe des Nationalökonomen den Erscheinungen des wirthschaftlichen Lebens gegenüber genau so auf, wie die ihm so wohl bekannte Arbeit der älteren Romanisten, wenn sie aus den einzelnen Fragmenten des Corpus Juris ihre Lehrsätze — die «Gesetze» des römischen Rechts — zusammensuchten. Die einzelnen Thatsachen des praktischen Lebens sind ihm eben so unantastbar, ebenso der Prüfung entrückt, wie Jenen die einzelnen Bruchstücke des Corpus Juris. Die Gesetze der Nationalökonomie müssen sich nach seiner Meinung diesen Thatsachen ebenso anpassen, wie nach der Ansicht Jener die Gesetze des heiligen römischen Reichs der im Corpus Juris niedergelegten *raison écrite;* und ganz konsequent ist er der Ansicht, dass, wenn eine Thatsache dem aus anderen Thatsachen abstrahirten Gesetz widerspricht, dies ein Beweis ist, dass — das Gesetz falsch ist. So beschränkt er die Aufgabe der Nationalökonomie — und die der von ihm versuchten «Theorie des praktischen Lebens» — darauf, die einzelnen wahrnehmbaren Thatsachen des Lebens zu klassifiziren und zu systematisiren; tiefer einzugehen und die Gesetze zu untersuchen, welche über das Werden und Entstehen und über den Zusammenhang der Erscheinungen Rechenschaft geben, unterlässt er nicht sowohl, sondern die thatsächlichen Verhältnisse imponiren ihm derart, dass er — ganz wie s. Z. die Glossatoren — es überhaupt für unmöglich hält, dass es anders sein könnte, und dass er manche an sich höchst auffallende, ja geradezu anstössige Erscheinung für gut und recht erklärt, nur weil sie ist.*)

---

*) So findet er z. B. bei Besprechung der angeblichen Unterschiede zwischen

Nur einen Punkt gibt es, in dem sich dies Verhalten ändert.

Die alten Juristen nahmen jeden, auch den fremdartigsten Satz des Corpus Juris willig auf, so lang er nur nicht mit den Lehren der Kirche in Widerspruch stand. Was für sie die Religion, das ist für Jhering sein Gerechtigkeitsgefühl; wo dies verletzt wird, da regt sich seine Kritik, da wird sie schneidig und scharf, und die oben zitirte Würdigung des modernen Eigenthumsbegriffs hat uns bereits gezeigt, wie er zuzuschlagen versteht. Freilich zeigt sich aber gerade an jener Stelle des Werkes neben der ganzen Stärke*) auch die ganze Schwäche des Mannes. Er hofft, die « gerechtere Vertheilung », welche er, wie oben gezeigt, befürwortet, dadurch herbeizuführen, « dass durch gesteigerte Einkommen-, Erbschafts-, Luxus- und andere Steuern auf das Privateigenthum ein Druck ausgeübt wird, welcher dem Uebermass seiner Vertheilung auf einzelnen Punkten vorbeugt » (p. 520).

Mit anderen Worten — Jhering steht gerade auf dem Standpunkt, den man so oft durchaus fälschlicher Weise uns vorwirft. Er glaubt durch gleiche Vertheilung des vorhandenen Eigenthums die bestehenden Uebelstände bessern zu können und übersieht gänzlich, dass die gleiche Vertheilung nur unserer jetzigen — an sich so segensreichen — Grossproduktion ein Ende machen und eben damit das Elend, das sie beseitigen will, verallgemeinern würde.

Während er auf jeder Seite des Werkes auf den Zusammenhang aufmerksam macht, der zwischen Recht und Staat einerseits und den gesellschaftlichen Verhältnissen anderseits besteht, übersieht er gänzlich die unlösbare Verbindung, in der diese beiden wieder mit der wirthschaftlichen Eigenart einer jeden Zeit, eines jeden Volkes stehen, von der sie nur ein Ausfluss, eine Erscheinungsform sind. — — —

«Durch das römische Recht über das römische Recht hinaus» — in diesem Wort hat ein geistvoller Kollege Jhering's Gegenwart und Zukunft unserer Jurisprudenz zusammengefasst.

Jhering, der dieses Wort kennt, hätte wissen sollen, dass es auch für die Volkswirthschaft Geltung hat. In's Nationalökonomische — wir sagen absichtlich nicht: in's Sozialistische — übersetzt, lautet es: «Durch den Individualismus in Recht und Wirthschaft über den Individualismus hinaus,» — oder kürzer, verständlicher: «Durch die Privatproduktion über die Privatproduktion hinaus.»

Die jetzige Gestaltung des Eigenthums — «die Unersättlichkeit des

---

Gehalt und Arbeitslohn ganz in Ordnung, dass der Beamte wegen des niederen Gehalts auf eine reiche Heirath geradezu angewiesen ist: «Die Tochter des reichen Fabrikanten oder Kaufmanns ist die geborene Frau des Offiziers oder Beamten» (p. 205); vergl. auch das in seiner Uebertriebenheit und Unbeschränktheit nahe an's Burleske anstreifende Lob des Geldes, in dem nicht nur unsere ökonomische, sondern auch unsere moralische Unabhängigkeit stecke (p. 128).

*) Nur beiläufig sei erwähnt, dass schon vor Jhering der Nationalökonom Knies dargethan hat, dass der jetzt im Recht herrschende Eigenthumsbegriff kaum als der des römischen Rechts gelten kann (Knies: das Geld p. 87).

Egoismus» — kann in ihre richtigen Grenzen zurückgeführt werden nur im Sozialismus. Und wer über die grauenvollen Missstände unserer heutigen Rechtstheorie einen so klaren Blick hat, wer so genau anzuzeigen vermag, in welcher Richtung die Zukunft unseres Staatslebens und die Zukunft unserer Gesellschaft zu suchen ist, der wird sich auch auf die Dauer nicht der Einsicht verschliessen können, dass der Weg, der nach dieser Zukunft geht, nur durch eine Reform der wirthschaftlichen Verhältnisse führen kann. Und in diesem Sinne sprechen wir schliesslich dem von uns so hoch verehrten Verfasser warmen Dank aus für die vielfache Anregung und Belehrung, die sein Buch uns geboten hat.

B. U.

R. Schiattarella. *Profili di sociologia industriale nell' evoluzione delle società moderne.* (80 S.) Siena, 1878. Tip. Mucci.

Man kennt die historische Theorie der Positivisten: Alle Herrscher und Todtschläger der Vergangenheit haben anständig und würdig ihre soziale Mission erfüllt. Es genügt, um zu den Grossen gezählt zu werden, lange Zeit Sieger gewesen zu sein. Die indischen und ägyptischen Theokraten, die römischen Eroberer und ihr unnachahmbarer Cäsar, die Raubritter des Mittelalters sowie das Papstthum und die absoluten Herrscher, sie alle sind bewunderungswürdig und gross, ausgenommen allein die Besiegten, die Völker, welche bis zum Tode (und leider vergeblich!) für ihre Freiheit gekämpft. Die Folterknechte unserer Väter sind die Bahnbrecher der Menschheit, — lehrt der Gründer der positiven Philosophie und seine Schüler. «Und,» fügen sie hinzu, «der Fortschritt ist die Fortentwickelung der bestehenden Ordnung» — eine durchaus konservative Theorie. Denn wäre es der Fall, dann würde eine soziale Wiedergeburt nicht möglich, Gleichheit und Gerechtigkeit nur trügerische Träume sein. Glücklicherweise haben wir es hier aber nur mit der rückschrittlichen Versicherung eines eingefleischten Systemmachers zu thun. Man muss wirklich die Augen vor den Thatsachen verschliessen, um nicht zu sehen, dass die Revolutionen und Fortschritte neue Ideale und neue Organe der Gerechtigkeit erzeugen. Herr Schiattarella ist, wie er selbst sagt, ein Schüler von August Comte. Jedoch scheint er mehr als sein Meister in Dem, was die historische Theorie betrifft, das Gepräge St. Simon's sich bewahrt zu haben. Bei ihm ist die St. Simon'sche Theorie der organischen und kritischen Epochen überwiegend und das «Gesetz der drei Zustände» nicht einmal erwähnt.

Unser Autor wollte ein historisch-philosophisches Résumé der industriellen Zivilisation vom Mittelalter bis auf unsere Zeit geben. Er hat es mit Methode und Logik, Wissen und Ueberlegung gethan; aber für Denjenigen, welcher das A B C der positiven Philosophie kennt, ergibt sich der Schluss seines Werkes eigentlich schon auf den ersten Seiten. Diese übrigens sehr undeutlich aus-

gesprochene Schlussfolgerung ist einfach die Aufrechterhaltung des Lohnsystems. Im Positivismus nennt man dies die nothwendige soziokratische Hierarchie. Zweifellos aber wird auch diese Hierarchie verschwinden wie die anderen, und die Positivisten der Zukunft werden beweisen, dass sie überflüssig wurde.

Wir lassen die eigenen Worte des Verfassers folgen, die, wie man sehen wird, sehr optimistisch gehalten sind, namentlich wenn berücksichtigt wird, dass sie inmitten einer Bevölkerung geschrieben sind, die buchstäblich vor Hunger stirbt.

«Der wachsende Einfluss der industriellen Strömung (richtiger dürfte man sagen: das Bedürfniss, die Gesellschaft auf rationellere Art zu beherrschen) hat eine allgemeine Verbesserung erzeugt, deren Tragweite nur Derjenige gehörig ermessen kann, welcher unter diesem Gesichtspunkte das industrielle Prinzip mit dem militärischen sorgfältig vergleichen wollte, wo Leiden und Tod so oft schon alle Art von Unterdrückung besiegelt haben. Was mir am wichtigsten scheint, das ist die elementare Wirkung der industriellen Entwickelung, die darauf hinausläuft, den Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen neue Grundlagen zu geben.»

«Diese bereits im Mittelalter ziemlich stark hervortretende Grundtendenz, trotz der verschiedenartigsten Hemmnisse national-politischer und selbst religiöser Art alle Völker zu verbinden, hat keine Unterbrechung erfahren. Ihre Energie hat selbst über die wirksamsten Kräfte des Egoismus gewisser mächtiger Nationen, triumphirt, z. B. über England, dessen egoistischer Geist selbst unter den günstigsten Umständen nicht die fortschreitende Verbesserung der internationalen Beziehungen zu verhindern vermochte.»

«Man darf also behaupten, dass der industrielle Geist, der sich herausbildet in der Schule der geheimen organischen Verbindungen verschiedener Elemente der gesellschaftlichen Kultur, die Bestimmung besitzt, dem grossen Prinzipe der Solidarität der menschlichen Familie und in Folge davon der lebhaftesten und raschesten Entwickelung des Völkerfriedens zum Triumphe zu verhelfen.»

Die internationale Solidarität als Schlussstein einer europäischen Friedenspolitik, das ist gewiss viel — aber es ist nicht Alles! Es ist nothwendig, auch unter den Individuen, welche die Nationen bilden, eine gerechte Ordnung herzustellen.

Resumiren wir. Herr Schiattarella hat in dem geometrischen Style August Comte's die positivistische Theorie der historischen Entwickelung der Industrie gegeben. Seine Arbeit ist — ich kann nichts Anderes sagen — mit Methode durchgeführt. B. M.

E. Fauconnier. *La question sociale, rente, intérêt, société de l'avenir.* (329 S.) Paris, Germer Baillière, 1878.

Die Idee eines gesellschaftlichen Eigenthums gewinnt täglich neue Anhänger unter den ausgezeichnetsten Denkern unserer Zeit. Bereits ist sie adoptirt worden von Stuart Mill, Herbert Spencer, Wilson, Schäffle u. s. w. (Wir sprechen hier natürlich nur von nichtsozialistischen Anhängern.) Neuerdings hat sich wiederum ein Publizist aus der Bourgeoisie, Herr Fauconnier, zu der Erklärung veranlasst, gesehen, dass es kein Heil für die Gesellschaft gäbe, als den Geldzins abzuschaffen, die Selbstbestimmung der Gemeinden zu proklamiren und die Ueberführung des Grund und Bodens in den Besitz der Gesellschaft zu beschliessen, lauter Forderungen, die auf den Sozialismus hinauslaufen. Bei dem Wort «Kommune» kann es sich Herr Fauconnier zwar nicht versagen, auf die «Communards» vom Jahre 1871 auch sein Steinchen zu werfen, indess mag er sich darüber mit den hoch gestellten Lobrednern der Kommune auseinandersetzen, wir sind ihm, angesichts seiner weiteren Ausführungen, desshalb nicht gram.

Ueber den Geldzins ist Herr Fauconnier mit einer grossen Anzahl Rechtslehrer und Kirchenväter, die er mit vieler Gründlichkeit anführt, der Ansicht, dass derselbe eigentlich ein Diebstahl sei.

«Der Wucher ist ein Verbrechen, welches die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung untergräbt,» ruft er mit Domat aus; und nachdem er ausgeführt hat, dass das Geldverleihen nicht einem Verkauf gleichzuachten sei, dass, da der Verleiher nicht an den Gefahren des Verlustes theilnehme, er auch keinen Anspruch auf den etwa eintretenden Gewinn habe, sagt er wörtlich: «Das Geld kann nicht vermiethet werden, denn man vermiethet nur Dinge, von denen der Miether Gebrauch machen kann, ohne sie zu verbrauchen, und welche er nach dem Gebrauch zurückgibt. Man vermiethet ein Pferd, ein Haus, ein Kleidungsstück; der Miether bedient sich ihrer, zahlt die Miethe oder den Gebrauchspreis und gibt denselben Gegenstand zurück. Aber den Gebrauch einer Sache vermiethen, die man ohne sie aufzuzehren nicht verwenden kann, das heisst ein Nichts verkaufen. «Es ist eine Ungerechtigkeit,» sagt der heilige Thomas, «für geliehenes Geld Zins zu nehmen, denn es heisst etwas verkaufen, was nicht da ist.»»

«Wenn auch eine geliehene Summe,» sagt Pothier, «in den Händen der Gewerbetreibenden der Vermehrung fähig ist, so ist dies nebensächlich; der Gewerbetreibende empfängt den Mehrertrag für seinen eigenen Gewerbefleiss, nicht so der Verleiher, der ihm nur das Geld gab, weiter nichts.»

«Wenn der Geldbesitzer zum Entleihenden, um Wucherzinsen fordern zu können, sagen würde: Ich würde mein Geld selbst verwerthet haben, wenn ich es dir nicht geliehen hätte; und wenn dieser ihn nun nach der Art und Weise fragen würde, so würde der Verleiher in nicht geringe Verlegenheit versetzt werden, denn er will weder arbeiten noch sich dem Zufall unterwerfen.»

Ist der Zins die Risikoprämie?

«Aber der Verleiher kann sich sicher stellen; das Pfand, die Hypothek etc. sind für ihn eingeführt, und der Wucherer erwartet niemals, etwas zu verlieren.»

Bezüglich des gesellschaftlichen Eigenthums beweist Herr Fauconnier die Gerechtigkeit und die Wirksamkeit dieser Art der Besitzergreifung, sowohl aus den Lehren der Geschichte als der Denker, welche diese Frage behandelt haben.

«Die Gesellschaft hat den Boden ursprünglich in Besitz genommen,» sagt er, «sie hat ihn bewohnbar gemacht, sie besorgt noch die grossen Arbeiten, welche seine Ausbeutung erleichtern und seinen Werth vermehren; sie hat das Recht, ihn wieder zu übernehmen, und die Summe der natürlichen Reichthümer, welche Allen gehören, ist der Lohn für ihre Leistungen.»

«Wir anerkennen, dass der Einzelbesitz des Bodens seiner Zeit berechtigt war, aber diese Zeit ist vorbei. Die Vernunft muss die Köpfe erleuchten und die Billigkeit die Herzen erfüllen, damit das Einzeleigenthum am Boden nicht mehr eine geringe Anzahl bereichere, sondern dem Gesammteigenthum weiche, welches das Glück Aller verbürgt.»

Nach schönen Seiten sozialer Kritik und gründlicher Untersuchung der Mittel und Wege schliesst Herr Fauconnier sein Buch folgendermassen:

«Wenn das einige und gesammelte Frankreich ernsthaft das Loos Aller verbessern und der Theilung eines grossen Volkes in zwei Klassen, Arbeiter und Müssige, ein Ende machen will, wenn es begreifen wird, dass in einer wohl eingerichteten Gesellschaft Jeder nach Mass seiner Kräfte arbeiten soll, dass Niemand von der Arbeit Anderer leben kann, ohne seinen Mitmenschen zur Last zu fallen, dann wird das Wort «Kommune» die Ordnungsparole der Zukunft sein, und selbstverwaltete und selbstbesitzende Gemeinden werden einen freien Staatsverband schliessen. So soll der Staat beschaffen sein, und die freie Verbindung der Staaten wird einst die Organisation der gesammten Menschheit herstellen.»

Man sieht, Herr Fauconnier ist ein vollständiger Sozialist. Er hat sein Buch der herrschenden Klasse Frankreichs gewidmet: wird er sie zum Nachdenken bringen? Wer möchte es nicht wünschen, wer nicht hoffen! B. M.

C. F. W. Walther, Kommunismus und Sozialismus. Verhandlungen der ersten deutschen evang.-luth. Gemeinde zu St. Louis, Mo. Nach stenograph. Aufzeichnungen auf Beschluss der Gemeinde herausgegeben. (60 S.) St. Louis, Mo. Zu haben bei M. C. Barthel. 1878.

Herr Pfarrer Walther hat sich berufen gefühlt, gegen Kommunismus und Sozialismus im Namen Gottes etwelche Bannstrahlen zu schleudern, die seine Gemeinde sammeln und drucken liess. Veranlasst wurden sie durch die Sprache der «Volksstimme des Westens» in St. Louis, die nicht nur kommunistische Anschauungen vertrat, sondern auch von Gott und seinen Priestern nichts wissen wollte, — Anlass genug, um die allerchristlichste Liebe in gährend Drachengift zu verwandeln. Diese Bannstrahlen aber treffen weder den Kommu-

nismus noch den Sozialismus. Herrn Pfarrer Walther fehlt Alles zu einem Streiter gegen das Ungeheuer, das in sein und seiner Gemeinde Phantasie lebt. Ihm mangelt zunächst das hellblickende, über den Bibelhorizont hinausreichende Auge; er weiss nicht, was Kommunismus und Sozialismus ist, und was sich hinter diesen Begriffen birgt. Die Naturwissenschaft ist ein der Theologie feindliches Gebiet, und man kann von ihm nicht verlangen, dass er sie kennt. Man darf ihm auch keinen Vorwurf daraus machen, dass ihm die « heidnische Philosophie » unbekannt geblieben ist. Doch etwas schärfere Logik hätte man von ihm erwarten können, etwas mehr Kenntniss der Geschichte des Christenthums und — auch der Bibel. Eins aber ist Pfarrer Walther nicht abzustreiten; für die gesellschaftlichen Missstände besitzt er einiges Verständniss, wie er auch etwas gerecht in der Beurtheilung der christlichen Religion und Kirche ist.

« Wir wissen recht gut, » sagt er, « dass die schreckliche Noth, welche über die Arbeiter, namentlich jetzt, gekommen ist, keineswegs ihren Grund allein in einer Naturnothwendigkeit hat, dass vielmehr zu einem Theil, ja wohl zum grössten Theil, die Quelle dieser Noth in dem Eigennutz, im Geize, in der Selbstsucht, in der Grausamkeit, in der Herzlosigkeit, ja, dass ich's nur gerade heraus sage, in der Blutsaugerei und Schinderei der Reichen liegt. Wir stehen auch nicht herzlos der Noth der Arbeiter gegenüber, das glaube Niemand. Wenn wir hören, welch' herzzerreissende Szenen sich jetzt täglich, namentlich in den grossen Städten, in den Hütten der Arbeiter abspielen, so blutet uns wahrlich das Herz, und wir sind willig und bereit, das Unsere, so wenig es auch sein mag, dazu beizutragen, dass des armen Arbeiters Loos ein besseres werden möge. Es ist auch dem nicht so, dass wir unter allen Umständen mit den Reichen und mit den Einflusshabenden gehen wollten. Nein, wenn die Reichen unchristlich gegen die Armen handeln, wenn sie dieselben nur ansehen für Personen, die dazu da seien, sie auszubeuten, wenn sie dieselben behandeln wie eine Kuh, die man nur melkt und dann in den Busch stösst, wenn sie dem Arbeiter nicht seinen gebührenden Lohn geben wollen, wenn sie dem in ihrem Dienst verunglückten Arbeiter nicht seinen Entgelt dafür geben wollen, wenn sie ihm nicht auch, wo sie können, eine lohnende Arbeit verschaffen wollen, wenn sie den krank gewordenen Arbeiter nicht mit seiner Familie erhalten wollen, wenn sie herzlos, während der Arbeiter darbt, in Saus und Braus leben wollen: so sind wir nicht ihre Freunde, sondern ihre prinzipiellen Feinde. »

Herr Pfarrer Walther ahnt nicht, dass diese Vorhaltungen im Grossen und Ganzen sozialdemokratische sind, und dass ihre beharrliche Nichtbeachtung durch die Reichen, welche die herrschende Klasse in der Gesellschaft und im Staate und in der Christenheit bilden, mit zu den eigentlichen Quellen des Kommunismus und Sozialismus gehören.

Herr Pfarrer Walther erinnert an das höchste und erste Gebot, Gott über Alles zu lieben, und seinen Zusatz: « Das andere ist dem gleich, du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst. » « Gerade die heilige Schrift ist es ja, welche sagt: « Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute thun sollen, das

thut ihr ihnen; das ist das Gesetz und die Propheten,» d. h. das ist der kurze Inhalt, die Summa, der Kern und Stern, das Herz der ganzen heiligen Schrift nach ihrem gesetzlichen Theil. Ist es doch die heilige Schrift, welche, dass ich mich so ausdrücke, Zeter schreit über die ungerechten Reichen, welche ein tausendfaches Wehe herabruft über diejenigen, die ihren Reichthum nur haben, um ihn zu vermehren, oder um sich ein gemächliches Leben in dieser Welt zu bereiten, die nicht nach ihrem Nächsten fragen, nicht daran denken, dass sie ihren Reichthum vor allen Dingen haben um der Armen willen, die daher den armen Lazarus vor den Pforten ihrer Paläste liegen lassen und drinnen in ihren Palästen herrlich und in Freuden leben. Nein, auf deren Seite stehen wir nicht. Von ihnen sagen wir uns los, und wenn jetzt der Sozialismus und Kommunismus ihnen Angst und Noth macht, so haben sie nichts Besseres verdient. Die Sozialisten werden die Gottesgeissel für sie sein.»

Trotz alledem will aber Pfarrer Walther weder mit den Sozialisten noch mit den Kommunisten gehen, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen: erstlich, weil sie ein zu weites Ziel erstreben, welches sie weder erreichen können noch wollen, und zum Andern, weil sie Mittel anwenden wollen, welche kein gottesfürchtiger Mensch anwenden kann.

Was denkt sich Pfarrer Walther unter diesen zu weiten Zielen? Er bekämpft zunächst folgenden Satz: «Da politische Freiheit ohne ökonomische Unabhängigkeit nur eine leere Redensart ist, so kämpft die Partei vorerst auf ökonomischem Gebiete und verlangt, dass alle Arbeitsmittel Eigenthum der Gesellschaft werden, um an Stelle der Lohnarbeit die genossenschaftliche Produktion mit gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages zu setzen.» «Wenn eine Anzahl Menschen,» meint Herr Walther, «diese Idee unter sich allein verwirklichen wollte, so weit sie es im Stande wäre, dann könnte man ganz ruhig zusehen. Die Freiheit hat Jeder, sich gewisser Rechte zu begeben und sich mit Andern vertragsmässig zu verbinden» — aber dadurch, dass diese Verbindung auf die ganze Menschheit übertragen werden soll, wird sie Herrn Pfarrer Walther unannehmbar. Das ist eine Logik, die wir nicht zu begreifen vermögen. Wenn eine Anzahl Menschen sich verständigt, die gegenseitige Ausbeutung zu unterlassen und den Egoismus zu bekämpfen, wie und wo er sich auch zeigen mag, so könnte man vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes doch nichts dagegen einwenden, sondern nur wünschen, dass ein solches Vorgehen allseitige Nachahmung fände, zumal dann, wenn es — was Herr Walther auch nirgends bestreitet — sittlich ist. Allerdings gefallen Pfarrer Walther gewisse Grundsätze der Kommunisten nicht. «Zu diesen gehören: «Grund und Boden soll Niemand mehr persönlich besitzen, sondern das soll gemeinsames Eigenthum werden und von gewissen Leuten bearbeitet werden.» Es heisst dann weiter: «Maschinen, Verkehrswege u. s. f.» Sie überlassen das nun dem Leser, in die Worte «und so fort» hineinzulegen, was ihm beliebt. Die enthalten freilich sehr viel. Die lieben Brüder, die in die Arbeitervereine gehen, ahnen es freilich nicht, was in dem «und so fort» liegt. Ja sie ahnen auch nicht, was schon darin liegt, wenn Grund und Boden

nicht mehr Privateigenthum sein soll, sondern Eigenthum der Gemeinschaft der Menschen, die irgendwo leben. Ja, sie ahnen nicht, welche gewaltige Umwälzungen das voraussetzt, ehe es verwirklicht werden kann.»

Das klingt ganz furchtbar, ist aber doch nur leeres Gerede und setzt ein äusserst bescheidenes Auditorium voraus. Was soll die geheimnissvolle Andeutung bedeuten, dass die Worte «und so fort» sehr viel und mehr, als man sich ahnen lässt, bedeuten? Entweder verbirgt man dahinter eine Unwissenheit, oder man will verleumden. Wahrscheinlich will man durch etwas Verleumdung die Unkenntniss der sozialistischen Bestrebungen verbergen und — so im Trüben fischen. Es ist hier durchaus nothwendig, die bereits berührte Kardinalfrage zu stellen: Ist das Streben der Sozialisten und Kommunisten ein sittliches oder ein unsittliches? Ist es sittlich, dann verdient es die Unterstützung aller Volksfreunde, ist es unsittlich — ihre Bekämpfung.

Nirgends behauptet oder beweist gar Pfarrer Walther, dass dieses Streben ein unsittliches sei, nur als ein religionswidriges bekämpft er es und stützt diese Behauptung darauf, dass Gott zwar die Erde dem Menschen zum Besitz verliehen, jedoch nicht bestimmt habe, wie das Eigenthum der ganzen Menschheit und in welcher Ordnung die Erde sammt Allem, was darauf lebt und webt, gebraucht werden soll. «Also muss der liebe Gott, diese Ordnung zu machen, dem Menschen selbst, nämlich seiner Vernunft überlassen haben.» Das Privateigenthum wäre also nicht göttlichen Ursprungs, sondern Ausfluss der Vernunft, eine Konzession, die Herrn Pfarrer Walther davor bewahrt, seinen Gott zu beleidigen, indem er ihn als den eigentlichen Vater der denkbar ungerechtesten aller unserer Erdinstitutionen hinstellt und so zur Quelle des unsäglichen Elends macht, unter dem die Unterdrückten zu leiden haben. Man kann Pfarrer Walther für dieses weise Einlenken nur dankbar sein, denn entspringt das Privateigenthum der menschlichen Vernunft, so ist doch nichts natürlicher und gerechter, als dass die gleiche Vernunft es beliebig gestalten und je nach Bedürfniss wieder ganz abschaffen kann. — So wenig wie der Besitzstand Abrahams, Isaaks und Jakobs bis auf unsere Zeit erhalten geblieben, ebenso wenig wird auch der Besitz der heutigen Gesellschaft bis in alle Ewigkeit dauern; dafür wird die gesunde Vernunft der Gesellschaft schon sorgen.

Im Uebrigen wollen wir doch Herrn Pfarrer Walther auf 3. Mos. 25, 23 und 55 aufmerksam machen, wo es sehr bezeichnend heisst: «Mein ist das Land, spricht der Herr, und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir; darum soll das Land nicht verkauft werden, dass es verfallen bleibe. Mir sind die Söhne Israels Knechte, meine Knechte sind sie, die ich ausgeführt aus dem Land Aegypten. Darum sollen sie nicht der Menschen Knechte werden.» Wir glauben, Herr Pfarrer Walther wird diesem Ausspruch, der entschieden gegen jedes Privateigenthum an Land und gegen jede Knechtschaft gerichtet ist, von seinem biblischen Standpunkte aus keinen weiteren Einwand entgegensetzen können. Immerhin erinnern wir ihn daran, dass das jüdische Volk, sich diesem göttlichen Gebote beugend, eine Gesetzgebung in's Leben rief, welche bezweckte,

die Gleichheit des Besitzes und die Gleichberechtigung der Bürger auf allen Lebensgebieten zu sichern. Er mag nur nachschlagen.

Herr Pfarrer Walther bestreitet, dass die erste christliche Gemeinde kommunistisch gelebt habe, obgleich es viele Beweise dafür gibt. Eine eigenthümliche Deutung gibt er dem Worte des Petrus zu Ananias, der einen Theil des aus seinem Güterverkaufe erlösten Geldes unterschlug: « Anania, warum hat der Satan dein Herz erfüllt, dass du dem heiligen Geiste lügest und entwendest etwas vom Gelde des Ackers? Hättest du ihn doch wohl mögen behalten, da du ihn hattest, und da er verkauft war, war er auch in deiner Gewalt. » — Herr Pfarrer Walther folgert hieraus, aller Logik und den Anschauungen Jesu vom Reichthum und vom Leben seiner Gemeinde durchaus widersprechend, dass Petrus dadurch dem Ananias bezeuge: « Es wäre kein Unrecht gewesen, wenn du Acker und Haus behalten hättest. Ja er setzte hinzu: Und da er verkauft war, war er auch in deiner Gewalt. Du hättest auch sagen können: Ich will die Hälfte hergeben, so wäre Alles gut gewesen; kein Mensch würde dir ein Gewissen gemacht haben. » — Es ist hier nicht der Ort, Herrn Pfarrer Walther ein Kolleg über die Grundanschauung Jesu zu geben, und wir begnügen uns desshalb mit der Bemerkung, dass Jesus, in der Schule der Essäer gross geworden, grundsätzlich den Reichthum verachtete, da er ihn als das vorzüglichste Hinderniss betrachtete, den Geist von den Versuchungen des « sündhaften Fleisches » frei zu halten. Er musste — und er hat es auch wiederholt gethan — von seinen Anhängern die Entsagung auf die Freuden und Genüsse der Welt fordern, und er musste darauf bestehen, dass sie der Hauptquelle derselben, dem Privateigenthum, entsagten. Ananias war Mitglied der Gemeinde geworden, als solches hatte er die Pflicht, das erlöste Geld in vollem Betrage abzuliefern; that er es nicht, so unterschlug oder entwendete er es der Gemeinde. Anders hätten die Worte des Petrus auch keinen Sinn. — Wir wollen nicht bestreiten, dass die kommunistische Lebensweise auch manche Ausnahme gehabt, welche lokalen Ursachen ihren Ursprung verdankte. Auf alle Fälle aber darf man die Scene zwischen Petrus und Ananias als einen Beweis dafür betrachten, dass der Kommunismus einen Grundpfeiler der christlichen Gemeinde bildete, und man kann weiter daraus entnehmen, mit wie grosser Strenge und Wachsamkeit man in der ersten Zeit des Christenthums die kommunistische Organisation hochhielt.

Trotz dieser Verwahrung gegen Kommunismus und Sozialismus vom religiösen Standpunkte aus nimmt Herr Pfarrer Walther doch keinen Anstand, zu bekennen: « Wenn die ganze Welt aus lauter wahren Christen bestände, dann könnte sie getrost einen gewissen Kommunismus einführen. Es müssten aber freilich auch lauter starke Christen sein, denn schwache (wie Ananias) können das auch nicht ertragen. »

Hieraus ergibt sich unzweifelhaft, dass der Kommunismus nicht nur nicht unsittlich und religionswidrig, sondern sogar in hohem Masse sittlich und religiös ist; die Herren von der lutherischen Kirche machen wenigstens auf hohe Sittlichkeit und Religiosität Anspruch, und wenn für den kommunistischen Staat

starke Christen erforderlich sind, so setzt der Kommunismus die denkbar höchste sittliche Kraft voraus.

Worin liegt nun das Uebel? Sind diejenigen, welche dem Kommunismus ohne Aussicht und Anspruch auf himmlischen Lohn huldigen und für ihr durchaus selbstloses Streben dulden und leiden, etwa schlechter und weniger zu dem hohen Werke berufen, als warm in der Wolle sitzende Christen, welche für etwaige irdische Entsagung überreichen himmlischen Lohn zu ernten hoffen? Wir glauben, den ersteren gebührt unter allen Umständen der Vorzug.

Herr Pfarrer Walther macht nun allerdings noch einen Unterschied: Er hält nichts von äusserlicher Gleichmachung der menschlichen Gesellschaft, sondern fordert — die Bekämpfung der Selbstsucht, die er für die starken Christen in Anspruch nimmt, während er das erstere den Sozialisten und Kommunisten andichtet. Das ganze sozialistische Streben aber, was Herr Pfarrer Walther nicht weiss, ist auf Bekämpfung des Egoismus in seinen rohen Formen und auf die Erzielung des edelsten Egoismus gerichtet, der in der treuen Pflichterfüllung und im Bewusstsein gipfelt, zum Glück und Wohlergehen der Gesammtheit beigetragen zu haben.

Gegen diesen Kommunismus dürfte Herr Pfarrer Walther doch kaum etwas einzuwenden haben. Wie die auf historischer Unkenntniss beruhenden Vorwürfe, welche er gegen die Pariser Kommune erhebt, durchaus der Begründung entbehren, so ist auch seine Furcht unbegründet, dass die Sozialisten und Kommunisten die Verwirklichung ihrer Ideale durch «blutige Mittel» zu erreichen suchen. Sie wollen im Gegentheil nichts mehr, als dass man ihnen die Möglichkeit gewähre, auf gesetzlichem Boden die Selbstsucht zu bekämpfen und einer höheren edleren Lebensanschauung, als der herrschenden selbstsüchtigen, durch Wort und Schrift und eigene Sittlichkeit die Wege zu bahnen.

Wir können auf die weiteren Ausführungen und Einwendungen des Herrn Pfarrer Walther nicht näher eingehen, es fehlt uns der Raum, seine vielen, oft wahrhaft unbegreiflichen Irrthümer zu berichtigen. Kommen wir zum Schluss:

Ueber das schreckliche Elend der unterdrückten Volksklassen hat uns Herr Pfarrer Walther unterrichtet, die hohe Sittlichkeit und Berechtigung des Kommunismus zugegeben. Er erkennt an, dass es anders in der Gesellschaft werden muss, als es jetzt ist. Wer soll an der Beseitigung des Elends arbeiten, die Evangelisch-Lutherischen oder die Sozialisten? Das ist streitig geblieben.

Herr Pfarrer Walther sagt: «Und es ist wahr, meine Brüder; durch das Christenthum ist in der That das alte System der Unterdrückung nicht aufgehoben worden. Durch das Christenthum ist nicht nur das natürliche Uebel in der Welt nicht beseitigt worden, sondern die Welt hat, seitdem Christus in die Welt kam, in ihrer Bosheit fortgefahren. Aber kann man denn von einer Religion diese Wirkung fordern und erwarten? Ist die Religion nicht dazu da, das rechte Verhältniss des Menschen zu Gott und zu einem andern Leben zu zeigen und herzustellen? Wohl

soll auch die Kirche, die Religion zeigen, worin das rechte Verhältniss zum Menschen besteht, und dieses verwirklichen. Aber sie kann es nur in ihrem eigenen Kreise. Oder soll sich die Kirche etwa in die Politik und die Gesetze des sozialen Lebens mischen? Ist nicht die Anwendung der physischen Gewalt gerade dasjenige, was der Natur der christlichen Kirche und Religion gänzlich entgegen ist?» —

Von der christlichen Kirche ist also keine Erlösung der Menschheit zu erwarten. In den bald zweitausend Jahren ihres Bestehens hat sie nichts in dieser Richtung zu erzielen vermocht, auch nichts erzielen wollen, und wenn sie heute ihre Mitglieder in ein Sieb thut, so wird sie sicher eine ungeheure Menge Spreu und nur blutwenig Körner finden. Die Sozialisten und Kommunisten aber können mit Genugthuung auf ihre kurze Thätigkeit zurückblicken. Sie haben schon manche veraltete Institution des Egoismus, welche die arbeitenden Klassen bedrückte, zu Fall gebracht, für Aufklärung und Bildung der Massen gesorgt, die von Staat und Kirche bisher in sklavischer Abhängigkeit erhalten wurden, die Massen selbstständig gemacht, in ihnen die Erkenntniss erweckt, dass nicht durch eine fabelhafte, die Thatkraft lähmende Gottheit, sondern durch eigenes männliches und vernünftiges Handeln ein menschenwürdigeres Dasein als das heutige gewonnen werden kann.

Mag Herr Pfarrer Walther über die Fahnenflucht in seiner Gemeinde sich nicht wundern; es ist nur natürlich, wenn die Menschen die schlaffe, fruchtlose Frömmigkeit, die christliche Geduld, die sie so lange im Elend genarrt, mit rüstigem Schaffen auf politischem und gesellschaftlichem Gebiete vertauschen.

C. L.

Gustav Cohn. Was ist Sozialismus? (Deutsche Zeit- und Streitfragen, Heft 108, 31 S.) Berlin, 1878. Verlag von Carl Habel.

Der Herr Verfasser versucht es, eine wissenschaftliche Klarstellung des Begriffs «Sozialismus» zu geben. Dazu wäre es jedenfalls erforderlich gewesen, den Quellen jener mächtigen Strömung nachzuforschen, die in allen Zeitaltern der Menschheitsgeschichte, in allerdings wechselndem Gewande, in bahnbrechender Weise sich bemerkbar macht, und die in unseren Tagen die Fundamente des zum Schützer und Hüter des rücksichtslosesten Egoismus entarteten Staates untergräbt, eine materielle und geistige Wiedergeburt der Gesellschaft anstrebt, die Solidarität der Menschen, ihre Gleichheit und Brüderlichkeit predigt und den herrschenden Egoismus durch hingebende Liebe für den Einzelnen sowohl als auch für die Gesammtheit zu ersetzen sucht. Hätte Herr Cohn dies gethan, dann hätte er klarer geblickt und würde er manche der freiwilligen Gemeinwirthschaften, die im heutigen Staat zahlreich emporschiessen, als Kinder einer von sozialistischem Geiste berührten Zeit erkannt haben. Er macht sich

jedoch die Mühe einer solchen Quellenforschung nicht, viel mehr interessirt ihn der Ursprung des Wortes «Sozialismus», und er entdeckt sein erstes Auftreten in den Dreissiger- oder Vierziger-Jahren dieses Jahrhunderts bei französischen Schriftstellern. Seine Entdeckung führt ihn zugleich zu einer «authentischen Interpretation» des Wortes. «Im Gegensatz zu dem Individualismus, welcher die Gesellschaft in Atome auflöst, indem er jeden Einzelnen auf sich selber und nur auf sich selber stellt, bezeichnet der «Sozialismus» die Organisation, in welcher die persönliche Freiheit des Einzelnen durch die Gesammtheit verschlungen wird.» Es sind dies nach Herrn Cohn zwei Extreme, die nur in der abstrakten Vorstellung existiren, niemals ausschliesslich im Leben der Gesellschaft, der heutigen natürlich, sich verwirklicht finden. Wenn man unter persönlicher Freiheit die individuelle Willkür versteht, die, wie Herr Cohn erkennen lässt, heute schon gewaltig eingedämmt ist, so könnte man diese authentische Interpretation zugeben. Eine andere Freiheitsverschlingung durch die Gesammtheit können wir uns wenigstens nicht denken. Der Sozialismus soll ja nicht knechten, sondern aus der Knechtschaft erlösen und befreien, und er kämpft auch thatsächlich gegen jede Knechtschaft im Staate des Individualismus an. Während der heutige Staat nur die Freiheit privilegirter Klassen kennt und von der Gesammtheit die Achtung dieser Freiheit gebieterisch fordert, will der rein sozialistische die Freiheit Aller im Rahmen der Achtung der Gleichberechtigung Aller zur Basis nehmen. Die Freiheit der Willkür würde damit allerdings «verschlungen» sein.

Herr Cohn möchte einen unabhängigen Standpunkt zwischen den beiden Extremen einnehmen; er bestreitet weder die Berechtigung des einen, noch die des andern und sucht nur nach Grenzen, welche von keinem Theile zu überschreiten wären, wobei er auch das Recht des Staates anerkennt, von seinen Bürgern die weitgehendsten Opfer zu fordern. «Nachdem die grossen Staaten Europas einer nach dem andern die allgemeine Militärpflicht zum Bestandtheile ihrer Verfassungen gemacht, nachdem also anerkannt worden, dass jeder Bürger verpflichtet ist, sein Leben für den Staat zu opfern, wenn dieser es fordert, sollte über die Verpflichtung zu irgend einer andern Leistung — die weniger werth ist als das Leben — prinzipiell kein Zweifel übrig sein. Die Frage ist nur die, wie diese Verpflichtungen im Einzelnen gerecht und zweckmässig zu vertheilen, in welch Verhältniss das jeweilige Mass der Verpflichtungen zu den staatlichen Aufgaben zu setzen sei.» — Die Grenzfeststellung, welche Herr Cohn mit leisen Zügen anzudeuten versucht, betrifft den heutigen Staat, der ein Uebergangsstadium zu einem besseren, sittlicheren und gerechteren ist. Die Zeichnung ist im Allgemeinen objektiv gehalten, wenn auch nicht unanfechtbar. Wir verzichten um so lieber näher darauf einzugehen, als es eigentlich fruchtlose Arbeit ist, der mächtigen Strömung, die uns umfluthet und trägt, Grenzen und noch dazu so haltlose zu ziehen. Heute kann es nur noch heissen, ihr die Wege zu bahnen und verderbliche Katastrophen zu verhüten. Das aber war und ist heute noch die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, die längst schon die Kinderschuhe abgestreift und erkannt hat, dass nicht die Revo-

lution, sondern ein langer friedlicher Entwicklungsprozess zu wahrer Freiheit und Gerechtigkeit, zum Sozialismus führen muss.

Herr Cohn hätte dies eigentlich wissen sollen. Warum er sich dessen wohl nicht erinnerte? Sein Artikel wäre vielleicht ungeschrieben geblieben.

C. L.

Alfred Fouillée. *L'idée moderne du droit en Allemagne, en Angleterre et en France.* (VIII u. 364 S.) Paris, Hachette & Co., 1878.

Herr Alfred Fouillée, Verfasser mehrerer werthvoller philosophischer Werke, scheint jener Klasse von rechtlich und klar urtheilenden Männern anzugehören, welche in unserm so verwirrten Zeitalter die philosophischen, politischen und sozialen Fragen mit voller Geistesschärfe und wahrer Menschenliebe erforschen, Männer, zu denen mehr oder minder die J. St. Mill, A. E. Schäffle, Em. de Laveleye, Wilson, Fauconnier u. A. zu rechnen sind.

Nachdem er festgestellt, dass unser Jahrhundert alle moralischen, religiösen und sozialen Anschauungen, welche die Menschheit bisher an den Tag gelegt, der Kritik unterzogen hat, und dass in Deutschland durch Kant und seine Nachfolger, in Frankreich durch Comte und die Positivisten und in England durch Bentham, J. St. Mill, Spencer und Darwin Alles in Frage gestellt worden ist, dass die alten Begriffe von Gott, der Seele, dem freien Willen, der Pflicht sich modifiziren oder abtreten mussten, weist der Verfasser nach, dass eine der Ideen, von denen der rastlos fortschreitende menschliche Gedanke Neuformulirung verlangt, sollen sie nicht ganz verloren gehen, die Idee oder besser der Begriff der Rechts sei; und angesichts der Unzulänglichkeit des alten Spiritualismus, frägt er sich, ob die in Frankreich seit Rousseau geltend gemachte idealistische Auffassung der Menschenrechte zu verwerfen ist, und ob Deutschland und England besser als Frankreich berichtet sind, wenn sie alle bürgerliche und politische Ordnung auf einfache Ergebnisse von Macht (deutscher Begriff) oder Interessen (englische Auschauung) zurückführen. Er glaubt, dass es möglich sei, eine neue, gleichzeitig naturalistische und idealistische Rechtstheorie aufzustellen, verständlich genug, um die sich gegenüberstehenden Systeme zu versöhnen.

Das ist die Aufgabe der modernen Idee vom Recht, wie sie Herr Fouillée in sachkenntnissreicher, gelehrter und fliessender Behandlung entwickelt.

Obwohl kein ausgesprochener Sozialist, versteht Herr Fouillée seine Zeit genügend, um zu wissen, dass die Rechtsphilosophie keiner ernsthaften Diskussion werth ist, wenn sie sich nicht in sozialer Anwendung verwirklicht oder verwirklichen soll; und er ist ebenso seinem Zeitalter hinlänglich voraus, um einzusehen, dass eine gründliche Gesellschaftsreform eine historische Nothwendigkeit geworden ist.

Von diesem doppelten Gesichtspunkte geht er aus, und von ihm aus behandelt er sein Thema.

«Es handelt sich, sagt er, jene zukünftige Organisation der Gesellschaft festzustellen, welche das ungeduldige Frankreich als Anerkennung von Recht verlangt, welche das ehrgeizige Deutschland aus den Machverhältnissen hervorgehen lassen will, und welche England zuversichtlich von dem einfachen Spiel der Interessen erwartet.»

Das ganze Werk des Herrn Fouillée ist der Untersuchung der besonderen Rechtsphilosophie der drei grossen Nationen der Neuzeit, Deutschlands, Englands und Frankreichs gewidmet, welche sich schmeicheln, jede besser als die andere in ihrem nationalen Geist den Geist der Menschheit darzustellen.

Unser Autor fasst seine Studien über die drei grossen Nationen der Neuzeit mit seiner gewohnten Klarheit und Darstellungsgabe selbst in folgenden Zeilen zusammen, deren Wiedergabe uns einer längeren Kritik enthebt.

«Man hatte seit dem achtzehnten Jahrhundert dem französischen Geiste zugegeben, dass er der am wenigsten ausschliesslich nationale und der am meisten wahrhaft menschliche sei. Das achtzehnte Jahrhundert bezeichnete sich selbst als das Jahrhundert der Vernunft und der Aufklärung, als das Jahrhundert der Freiheit und der Menschlichkeit. Heute geht die Hoffnung Deutschlands weiter: nach seinen Philosophen und Politikern vertritt es nicht weniger als den «universellen Geist, die absolute Idee», was auch die absolute Macht ist; — das sagte schon Fichte am Morgen nach unsern einstigen Siegen, welche unsere blutigen Niederlagen nach sich ziehen sollten, mit einer so edlen Begeisterung in seinen mannhaften, oft beim Geräusch der französischen Trommeln verkündeten Reden an die deutsche Nation; das wiederholten später Schelling, Hegel und seine ganze Schule, das sprechen heute mit einer nahe an Stolz streifenden Zuversicht die Philosophen, die Theologen und Politiker des neuen Kaiserreiches nach. Hinter diesen nationalen Rivalitäten stehen gewichtige philosophische und soziale Fragen. Die Deutschen scheinen nicht dieselben Ideen, wie wir, über die Gerechtigkeit, über das Naturrecht und das geschriebene Recht zu haben; auch England hat, namentlich seit Bentham und den Utilitariern, seine besondern Ansichten über diesen Punkt. Der Volksgeist wechselt also mit den Völkern, und es würde nicht gleichgültig sein, kennen zu lernen, welche Auffassung sich diejenigen von der menschlichen Gesellschaft machen, welche sie zu leiten beanspruchen. Könnte man nicht sagen, dass die drei zeitgenössischen Hauptnationen sich die verschiedenen philosophischen Begriffe des Rechts und der sozialen Ordnung theilen zu wollen scheinen, um sie in Theorie und Praxis zu entwickeln? Während Deutschland durch die Spekulationen seiner gewaltigen Metaphysiker und die Thaten seiner Politiker das Recht in der höheren materiellen oder intellektuellen Macht aufgehen zu lassen scheint; während England durch die Stimme seiner Oekonomen und durch seine hergebrachte Geschäftspraxis das Recht auf das grössere Interesse zurückführt, hat Frankreich durch die Lehren seiner ersten Philosophen und Rechtsgelehrten, trotz der Widersprüche und der Schwäche seiner Politik,

trotz der Untreue gegen seine eigenen Traditionen und seiner Vorliebe für das Fremde, hat das wahre Frankreich, sagen wir, das der Montesquieu, der Turgot, der Rousseau, das, welches heute noch, seiner Vergangenheit getreu, denkt und hofft, stets die Grundlage des Rechts und der Sozialphilosophie in Dem gefunden, was gleichzeitig das Prinzip der Moralphilosophie ist, in der Vernunft und der Freiheit. Auf welcher Seite ist das Wahre, und welches Volk vertritt die Zukunft? Schwere Frage, welche die Zukunft allein lösen kann, aber welche sich von jetzt an dem Nachdenken Aller aufdrängt.»

Nachdem er die drei Ideen, die der Macht, die des Interesses und die des Rechts des Längeren entwickelt hat, nimmt Herr Fouillée sie in ihrem positiven Prinzip an und baut sie nach Dem, was er ihre hierarchische Ordnung nennt, aufeinander auf. Die deutsche Machttheorie ist die Basis des Gebäudes, denn ohne Macht ist Nichts möglich, und Alles, was Wirklichkeit besitzt, besitzt auch Macht; aber die Organisation der Macht (force) ist ohne die der Interessen nicht verständlich, und hierher gehört die englische Philosophie. Die Versöhnung von Macht und Interesse war leicht; es sind Dinge, die sich ergänzen, oder vielmehr, es sind dieselbe Sache unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten. Die Versöhnung der Macht und des Interesses einerseits mit dem Recht anderseits ist schwerer. Indess Macht und Interesse ohne Recht wäre ein Leben ohne Ideal, das Recht ohne Macht und Interesse ein Ideal ohne Leben, aber in Wirklichkeit ist auch das Ideal eine Macht, da es die Menschheit bewegt und sogar die Welt zu bewegen scheint, es ist ein Interesse, weil es das unaufhörliche Bedürfniss des Gedankens und der beständige Gegensatz des Verlangens ist.

«So, schliesst Herr Fouillée, versöhnt die Theorie, welche wir vorschlagen, die anderen, sie ist gleichzeitig naturalistisch und idealistisch, sie hält alle Thatsachen aufrecht, aber auch alle Ideen.»

In seinen Schlussfolgerungen beschränkt sich der Verfasser, nach einer glänzenden Zurückweisung der aristokratischen Schule, und nachdem er sich in der Theorie für die Gleichheit ausgesprochen, darauf, die bürgerliche und rechtliche Gleichheit und die vollkommenste republikanische Freiheit zu fordern, ohne indess ein Wort über die Gleichheit der Produktionsmittel und der Mittel zur Ausbildung zu verlieren.

Wir denken aber, unser wackerer Philosoph hat sein letztes Wort über die Freiheit und Gleichheit, die ihm so theuer sind, noch nicht gesprochen.

B. M.

B. Malon. *Histoire du Socialisme.* (627 S.) Lugano, F. Veladini & Cie., 1879.

Bis jetzt ist die Geschichte des Sozialismus entweder nur bruchstückweise oder in einem der Sache feindlichen Sinne behandelt worden. Zu den Schriften

der erstern Klasse gehören diejenigen von Meyer, Jäger, Dühring, Noyes, zu denen der letztern die Werke von Reybaud, Thonissen, de Sudre, Treitschke, Sybel, Mehring u. A. Hier haben wir zum ersten Male ein gänzlich vorurtheilsfreies, ausführliches und bis auf den Sozialismus in Amerika vollständiges Buch vor uns. Bedenkt man, dass der Verfasser in einer kleinen Stadt ohne Bibliothek wohnt, isolirt und fern von gleichgesinnten Freunden, dass er zudem nur seine knapp zugemessenen Mussezeit auf die Arbeit verwenden konnte, so muss man staunen über ihre Reichhaltigkeit und sorgfältige Behandlung. Zunächst möge hier ein kurzer Auszug aus dem Inhaltsverzeichniss Platz finden.

I. Untersuchungen über den Ursprung der Gesellschaft. Die Mysterien, Sekten und kommunistischen Schulen. Pythagoras, Plato, die Neu-Platoniker und Neu-Pythagoräer etc.

II. Das Christenthum. Kommunistische Vereinigungen. Die Anhänger der Lehre vom tausendjährigen Reich. Die Gnostiker, Manichäer u. s. w. Kommunistische Bestrebungen in Persien. Revolution in Peru.

III. Bürgerliche Aufstände im 10. und 12. Jahrhundert. Lollard, Wicleff, Huss, Ziska. Die moravischen Brüder. Geschichte des Bauernkrieges.

IV. Die Bestrebungen im 16. Jahrhundert. Der französische Hof und die Emanzipation der Frauen. Die zeitgenössischen Schriftsteller Ronsard, Brantôme, Rabelais, del Pozzo, Savonarola, Thomas Morus, Franz Bacon. Die «Levellers» u. s. w.

V. Francesco Doni und seine Citta-nuova. Bonifaccio, Campanella, Giordano Bruno. Aussprüche der berühmtesten Publizisten des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Telemach von Fénélon. Boisguilbert.

VI. Die grossen Bewegungen des 18. Jahrhunderts. Die liberalen Optimisten, die Oekonomisten, Materialisten. Helvetius. Volney. Die Perfektibilisten. Rousseau. Die Utopisten. Diderot, Mably, Brissot, Morelly. Die Colonien von Paraguay und San Leuccio.

VII. Vorbereitungen der französischen Revolution. Die National-Werkstätten. Die Frauenfrage. Die erste Pariser Kommune. Der Sozialismus von St. Just. Das Recht auf Arbeit. Die Verschwörung der Babouvisten.

VIII. Die ersten französischen Sozialisten. Saint-Simon und die vier Phasen seiner Lebensphilosophie. Die St. Simonistische Propaganda: Enfantin, Rodrigues Mony etc.

IX. Fourier und seine Theorie der vier Bewegungen. Der Streit mit Owen und den St. Simonisten. Exposé des Fourierismus.

X. Der Sozialismus in England vor 1848. Robert Owen, New-Lanark, New-Harmony. O'Brien und der Sozialismus in Irland.

XI. Die französischen Kommunisten. Buchez und seine Schule. Cabet. Die ikarischen Kolonien in Amerika. Barbès, Blanqui, Villegardelle, Louis Blanc und seine Organisation der Arbeit.

XII. Verschiedene sozialistische Schriftsteller. Anzeichen der Revolution von 1848.

XIII. P. I. Proudhon, seine Werke und seine Schüler.

XIV. Der Sozialismus während der zweiten französischen Revolution. Erste Forderungen des Volkes. Die National-Werkstätten. Schrecken vor dem rothen Gespenst.

XV. August Comte.

XVI. Der rationelle Sozialismus von Colins.

XVII. Der französische Neu-Sozialismus. Die Gründung der Internationalen. Die Kommune. Sozialistische Schriftsteller: Jules Guesde, Reclus, Brousse, Fauconnier.

XVIII. Der deutsche Sozialismus. Fichte. Weitling, Karl Marx, Rodbertus, Marlo, Albert Lange, Grün, Becker, Lassalle, Schweitzer, Bebel, Liebknecht u. A. Die österreichisch-ungarische Bewegung. Die Krisis von 1878.

XIX. Der Sozialismus in Belgien und in England.

XX. Der Sozialismus in der Schweiz, in Italien und in Spanien.

XXI. Der slavische Sozialismus.

Man sieht, das Buch ist sehr reichhaltig, ja wir haben wohl die erschöpfendste Arbeit vor uns, die über unsern Gegenstand im Zusammenhange erschienen ist.

Jetzt zu einigen Auszügen. Interessant ist es, zu hören, wie weit schon Morus in seinem 1516 zu Löwen veröffentlichten Werke: «De optimo reipublicæ statu deque nova insula Utopia» gegangen, wie viele Anklänge an die Lehren späterer, berühmt gewordener Schriftsteller sich darin finden. «Um die Dinge mit Gleichheit und Gerechtigkeit zu vertheilen und die Glücklichkeit der Menschen nicht zu stören, ist es zunächst nöthig, dass das Eigenthum abgeschafft werde, denn — so lange es bestehen wird, wird der zahlreichsten und achtungswerthesten Klasse nur Mangel, Pein und Verzweiflung als Erbtheil zufallen.»

«Da der Boden Gemeineigenthum ist, so werden seine Erzeugnisse durch gewählte Magistratspersonen gesammelt und magazinirt werden; letztere vertheilen sie je nach den Bedürfnissen jedes Einzelnen und nach Massgabe der Mittel. Gleicherweise wird mit den industriellen Produkten verfahren werden.»

«Da Jeder arbeitet und die Produktion besser regulirt ist, genügen 6 Stunden Arbeit per Tag zur Deckung der vorhandenen Bedürfnisse.»

«Ausser dem Ackerbau erlernt jeder Utopist ein Handwerk; die Knaben wie die Mädchen. Wenn Jemand seine Beschäftigung wechseln oder mehrere Gewerbe lernen will, so wird ihm dies sofort gewährt. . . . Man geht zur Arbeit wie zu einem Feste, und man kehrt unter Musik von ihr zurück. Die Studiensääle sind stets offen, im Sommer wird aber in den Gärten gelehrt, Musik und Gesang lernen Alle u. s. w.»

Bei Weitem höher steht indess Campanella's «Sonnenstaat» (Philosophiæ realis libri quatuor. 1637), welcher überdies mit der Doctrin von Saint Simon und der Theorie von Fourier überraschende Aehnlichkeiten darbietet. Morus blieb Engländer, Campanella ist Kosmopolit. Wer bewundert nicht Worte wie diese: «Könnten die Völker sich zu einem friedlichen Verbande ver-

einigen, so würden die Wissenschaften zunehmen, und der Verkehr würde zum Wohl und zur Aufklärung Aller sich ausdehnen.»

In der Erziehung will Campanella durch die Augen mehr als durch die Ohren, durch die Praxis mehr wirken als durch Axiome. In der Frauenfrage steht er hingegen noch auf dem alten Standpunkt.

Erhebend sind die von Malon zitirten Aussprüche bedeutender Schriftsteller des 17. und 18. Jahrhunderts, wie der von Grotius, Hobbes, Spinoza, Pascal, Montesquieu, Locke, Turgot, Rousseau, Condorcet, Necker, Larochefoucauld-Liancourt u. A. Interessant ist die Mittheilung, dass das geflügelte Wort: «La propriété c'est le vol» eigentlich nicht von Proudhon stammt, obschon dieser sehr damit gross that. Es rührt vielmehr von Brissot († 1793) her, der bereits in seiner Schrift: «Recherches philosophiques sur le droit de propriété et sur le vol» gesagt: «La propriété exclusive est un vol dans la nature.»

Dass Könige kommunistische Gesellschaften gründen, dürfte so bald nicht mehr vorkommen, und selbst Kennern der italienischen Geschichte dürfte es nicht bekannt sein, dass Ferdinand I. von Neapel im Jahr 1789 die Kolonie San Leuccio in's Leben rief, welche ganz auf der Solidarität ihrer Mitglieder beruhte und trotz Revolutionen, reaktionären Bewegungen und Kriegen mehrere Jahrzehnte hindurch sich einer blühenden Existenz erfreute (p. 61).

Erfreulich ist es, zu vernehmen, dass weder die Jakobiner, noch die Dantonisten, noch der Konvent sozialistisch gesinnt waren. Robespierre und Marat wetteiferten sogar mit unsern Spiessbürgern in der Vertheidigung des Eigenthums. *Jongleurs, faiseurs* war noch das Geringste, was die Anhänger der Agrar-Republik (St. Just) hören mussten. Dagegen lesen wir das «Manifest der Gleichen» von Silvain Maréchal mit dem Motto von Condorcet: «Egalité de fait, dernier but de l'art social.» Hören wir:

«Die französische Revolution ist nur die Vorläuferin einer andern, viel grossartigeren, viel erhebenderen, welche die letzte sein wird. Das Volk ist über die Leichen der gegen es vereinigten Könige und Priester hinweggeschritten, und so (?? D. Herausg.) wird es mit den neuen Tyrannen verfahren, mit den neuen politischen Heuchlern, die an ihre Stelle getreten sind.»

Ziemlich viel Raum widmet Malon der Epoche der St.-Simonisten, die man auch das poetische Zeitalter des Sozialismus genannt hat, und dem Fourierismus; es sind dies vielleicht auch die interessantesten Kapitel. Wie hört es sich heute an, wenn man vernimmt, dass Personen, die sich einen Weltruf errungen, eifrige, begeisterte Anhänger St. Simons gewesen sind, wie Michel Chevalier, Barrault, F. de Lesseps, Félicien David, Péreire, Arlès-Dufour, Halévy, Ch. Lemonnier, Carnot, Armand Carrel, August Comte und viele Andere mehr? Auf den St. Simonismus ist auch direkt der Gedanke an die Durchstechung der Landenge von Suez durch Lesseps zurückzuführen, wie das Malon sehr schön nachweist; gleicherweise die berühmt gewordenen «Mélodies du Désert» von David. Ist es nicht bedeutungsvoll, wenn kürzlich ebenfalls einem entschiedenen Sozialisten, dem verdienstvollen Geographen Elisée Reclus die Anerkennung zu Theil wurde, dass für den Durchstich der Landenge von Panama sein Pro-

jekt angenommen wurde? Zwei der berühmtesten Werke dieses Jahrhunderts Schöpfungen des Sozialismus! . . . . Hierher gehört noch ein Wort Garibaldi's, das aufbewahrt zu werden verdient. Der alte Haudegen war damals Kapitän des Schiffes, das die exaltirtesten unter den St. Simonisten, unter ihnen Lesseps, nach Konstantinopel führte, von wo aus der weibliche Messias (la femme-messie) gesucht werden sollte. Barrault war Führer. Dreissig Jahre später sagte Garibaldi: «Ehe ich Barrault kannte, liebte ich mein Vaterland; seitdem ich ihn kenne, liebe ich die Menschen.»

Nicht weniger bedeutende Anhänger hatte Fourier, der Hegel Frankreichs, wie er von Karl Grimm genannt wird. Erwähnt seien Krantz (Direktor der Ausstellung von 1878), Eugen Sue, Fröbel (Schöpfer der Kindergärten), Briancourt, Considérant u. A. m. Fourier selbst muss auch als der geistige Entdecker des Planeten Neptun betrachtet werden. (Vide pag. 119).

Mit grossem Fleiss und vielem Verständniss des Stoffes ist auch der deutsche Sozialismus und die deutsche Arbeiterbewegung behandelt worden. Namentlich hat der Verfasser sich bemüht, seinen Landsleuten eine Idee von dem bedeutenden theoretischen Fortschritte, welche der Sozialismus durch seine deutschen Vertreter (Marx, Engels, Lassalle, Rodbertus, Schäffle u. A.) erfahren hat, zu geben. Freilich muss auch zugestanden werden, dass dem Verfasser manches Erwähnenswerthe entgangen ist, während eine übergrosse Gerechtigkeit ihn manchmal minder Bedeutendem etwas zu grossen Werth beilegen liess. Auch bei den Personalien laufen hie und da einige — allerdings geringfügige — Irrthümer unter. Doch fallen diese Ausstellungen wenig in's Gewicht, wenn man die bereits erwähnten Umstände berücksichtigt, unter denen er seine Arbeit anfertigen musste.

Der Verfasser selbst gehört jener Richtung an, welche in Frankreich «kollektivistisch» genannt wird und sich nur wenig vom deutschen Kommunismus unterscheidet. (Mit letzterem Worte bezeichnet man bekanntlich in Frankreich den sektirerischen Kommunismus à la Cabet.) Indess drängt er uns seine Ansicht niemals auf; im Gegentheil befleissigt er sich einer Unparteilichkeit, die manchmal bis zur Kritiklosigkeit geht. Doch wollen wir desshalb mit ihm nicht rechten. Einerseits wird sein Buch so einen grösseren Leserkreis finden, andererseits scheint es auch uns für geboten, mehr Werth auf das zu legen, was den heut bestehenden sozialistischen Richtungen gemeinsam ist, als auf das, was sie trennt. Natürlich darf dabei von den entscheidenden Merkmalen des Sozialismus nicht abgesehen werden, erst wo diese erfüllt sind, beginnt der innere, sozusagen häusliche Streit.

Bei diesen Bemerkungen wollen wir uns für heut bescheiden *). Mögen diese Zeilen dem interessanten Buche viele neue Leser gewinnen. —tt.

---

*) Eine ausführlichere Kritik, welche für diesen Theil des Jahrbuchs nicht mehr möglich war, bleibt vorbehalten. Anmerk. d. Herausgebers.

Dr. med. **G. Stille.** Die Bevölkerungsfrage in ihrer Beziehung zu den sozialen Verhältnissen. Vom medizinischen Standpunkt aus betrachtet. (56 S.) Berlin, Friedrich Luckhardt. 1879.

Seit langer Zeit haben wir unter all' den Brochüren, mit denen der deutsche Büchermarkt jetzt überschwemmt wird, keine gefunden, deren Lektüre uns grössere Befriedigung gewährt hat, als diese kleine Schrift. Der Verfasser kennt und beherrscht das Gebiet, welches er behandelt, aus dem Grunde und versteht es, den Leser schon im Vorwort durch die massvolle Sprache und das unbefangene Urtheil für sich und sein Thema zu gewinnen. Bei der Bedeutung, welche wir dieser Schrift zuerkennen müssen, halten wir es für angebracht, etwas näher auf den Inhalt einzugehen, wodurch wir dem Büchlein Freunde zu erwerben und zu seiner weitesten Verbreitung beizutragen hoffen.

Der Verfasser weist in der Vorrede auf die grenzenlose Unwissenheit hin, die in gebildeten Kreisen sowohl über das Wesen der sozialen Frage als auch über deren heutige Auffassung seitens der deutschen Sozialdemokratie herrscht, und bringt als Beweismaterial für den Umfang dieser Unwissenheit einige Stellen aus Prof. v. Treitschke's «Zehn Jahre deutscher Kämpfe», welchem Zitat er die glänzende Abfertigung gegenüberstellt, die Franz Mehring vor seiner Bekehrung in dem «Herr von Treitschke, der Sozialistentödter» seinem jetzigen Gesinnungsgenossen zu Theil werden liess. Die im Publikum herrschende mangelhafte Kenntniss von dem zu behandelnden Thema veranlasst unsern Autor zu einem kurzen, den Kernpunkt der Sache scharf und geistvoll hervorhebenden Resumé der Tendenzen, welche die heutige Sozialdemokratie beherrschen und bewegen; es ist diese kurze Darstellung so objektiv und sachlich aufgefasst und geschrieben, dass wir sie unbedingt zu dem Besten rechnen können, was überhaupt in dieser Hinsicht existirt.

Nach dieser Einleitung geht Dr. Stille auf sein eigentliches Thema über, auf die Bevölkerungsfrage. Da hat es uns ungemein angenehm berührt, eine unbefangene und unserer Ansicht nach durchaus gerechte und zutreffende Würdigung der vielgeschmähten Malthus'schen Bevölkerungstheorie zu finden.

Schwerlich ist ein Schriftsteller erst überschwänglicher gelobt und dann härter und bitterer getadelt worden, als Malthus. Seitdem Marx ihn mit dem Epitethon «Pfaffe» zitirt hat, ist es Mode geworden, nur von dem «schamlosen Pfaffen» zu reden und in seinen Schriften den Inbegriff aller Unmoralität, Herzlosigkeit und Arbeiterfeindlichkeit — vorauszusetzen; denn gelesen haben ihn gewiss die Wenigsten von Denen, die am Lautesten gegen seine Theorie sich ereifern. Die sachlichen Urtheile über Malthus in den wissenschaftlichen Werken unserer bedeutenderen Oekonomen sind, wie diese Werke überhaupt, terra incognita in den Kreisen der Gebildeten wie der Arbeiter, und wo hin und wieder Jemand solch ein Buch in die Hand genommen und darin die vernünftigen Konsequenzen der Malthus'schen Anschauungen gelesen hat, die freilich dem beliebten «laissez faire, laissez passer, le monde va de lui-même» stark wider-

sprechen, da wurde dann natürlich in das einseitige Urtheil mit eingestimmt und die gesammte Malthus'sche Lehre als unwahr oder unmoralisch verdammt.

Um so werthvoller ist die kurze und klare Darstellung des Grundgedankens, der Malthus bei seiner Theorie vorschwebte. Dr. Stille hält sich nicht lange bei der Widerlegung des Formalismus auf, in welchen Malthus seine Lehre eingezwängt hat. Es ist und bleibt ja auch ganz gleichgültig, ob sich die Menschen in dieser oder jener Progression vermehren — die Thatsache liegt vor Aller Augen, dass die Fruchtbarkeit der Menschen, wie aller übrigen organischen Wesen, eine so bedeutende ist, dass die Erde binnen kurzer Zeit nicht mehr im Stande wäre, die erzeugten Exemplare zu ernähren, wenn alle Keime zur Reife gediehen.

Unser Autor zeigt an der Bevölkerungszunahme der verschiedensten Staaten, dass sich die Zahl der Menschen unter günstigen Verhältnissen überall in 25 Jahren verdoppeln könne, und zitirt die Berechnung Marlo's, wonach bei einer dieser Möglichkeit entsprechenden Fortpflanzung die Menschen nach 400 Jahren nur noch dicht gedrängt auf der Erdoberfläche stehen könnten und nach 1600 Jahren schon so viel Menschen existirten, als der ganze Erdball Sandkörner fasst.

Der Grund, dass sich die Menschheit thatsächlich nicht in einem ihrer Fruchtbarkeit entsprechenden Masse vermehrt, liege nun in nichts Geringerem, als in der schon bestehenden Uebervölkerung. Je dichter die Menschen wohnen, um so langsamer vermehrt sich die Einwohnerzahl, während in allen neuen Ländern, in denen noch Raum und Luft genug für den Nachwuchs ist, eine schnelle Vermehrung der Menschen eintritt. Eine relative Uebervölkerung besteht, nach der von Dr. Stille vertretenen Ansicht, schon überall, wo die Zahl der Arbeiter so gross ist, dass sie sich auf dem Arbeitsmarkt eine unverhältnissmässige, den Lohn herabdrückende Konkurrenz machen. Das eherne Lohngesetz wirkt ja gerade nur dadurch, dass die Arbeiter bei verbesserten Lohnverhältnissen sofort früher heirathen, mehr Kinder erzeugen und aufziehen und somit eine Steigerung des Angebots von Arbeitskraft hervorrufen, die ihnen den Lohnsatz wieder auf das zum Leben nothwendige Niveau herabdrückt. Desshalb erwartet Dr. Stille von den von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Mitteln, als da sind Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsinstrumenten, Einführung genossenschaftlich organisirter Grossproduktion etc., keine gründliche Abhülfe der bestehenden Uebelstände, sondern glaubt in der vorhandenen Uebervölkerung die Hauptursache der jetzigen Missstände entdeckt zu haben und meint daher auch mit Beseitigung dieser Ursache ein gut Theil des Elends und der Noth aus der Welt schaffen zu können. Die statistischen Zahlen, die uns vorgeführt werden, zeigen evident, wie sehr der gerade in der neuesten Zeit so oft gepriesene Reichthum Frankreichs mit dem dort zur Herrschaft gelangten Zwei-Kinder-System zusammenhängt. Es sind sieben verschiedene Punkte, auf welche der Verfasser aufmerksam macht, die in nicht abzuleugnendem ursächlichem Zusammenhang mit jenem Zwei-Kinder-System und dem Reichthum des Landes stehen; wir können uns nicht versagen, dieselben hier kurz aufzuführen:

1. Frankreich hat von allen Ländern das günstigste Verhältniss der erwerbsfähigen zu den nicht erwerbsfähigen Altersklassen.
2. In Frankreich ist von allen Ländern das Durchschnittsalter der Lebenden am höchsten.
3. Frankreich hat die grösste Ehefrequenz, längste Ehedauer und eine verhältnissmässig geringe Zahl unehelicher Geburten.
4. Frankreich zeigt eine geringere Auswanderung als fast alle anderen europäischen Länder.
5. Frankreich weist von allen Kulturstaaten die geringste Bevölkerungszunahme auf.
6. Frankreich hat eine der geringsten Sterblichkeitsziffern im Verhältniss zu der Zahl seiner Einwohner.
7. Frankreich hat die geringste Zahl von Geburten.

Das sind Momente von so bedeutendem Gewicht, dass man nicht so leicht über sie hinwegkommen kann, sondern anerkennen muss, es liege in ihnen eine Wahrheit, die einer eingehenderen Untersuchung werth ist. Diese Untersuchung stellt der Autor nun an; er weist nach, dass schon im ganzen Alterthum die Gesetzgebung Sorge getragen hat, der Uebervölkerung vorzubeugen und damit der lebenden Generation ein auskömmliches Einkommen, dem Nachwuchs die Vorbedingung eines guten Fortkommens zu sichern. Er zeigt dann, dass all' die Mittel und Bestimmungen, die man zur Erreichung dieses Zieles angewendet hat, dass die ganze bevormundende Bevölkerungspolitik des mittelalterlichen, korporativ-bureaukratischen Staates, der Zunftzwang, die Niederlassungs- und Verehelichungsbeschränkungen heut zu Tage ebenso wenig mehr zeitgemäss sind, als jene drastischen Mittel des Kindermords, der Fruchtabtreibungen, Castration und der Knabenliebe, zu der das Alterthum seine Zuflucht nahm.

Da nun aber die Thatsache nicht abzuleugnen ist, dass der Wettbewerb um die Existenz immer heftiger und dabei immer weniger aussichtsvoll werden muss, sobald die Bevölkerung sich schnell vermehrt, hat der Verfasser den in der heutigen Zeit nicht hoch genug zu achtenden sittlichen Muth, offen für das Zwei-Kinder-System einzutreten.

Hören wir ihn an dieser Stelle selbst:

« Geht es auf den bereits versuchten Wegen also nicht, so muss man einen neuen auffinden; er braucht vielmehr nicht mehr gefunden zu werden, es muss nur dafür gesorgt werden, dass dieser, das ersehnte Ziel erreichende Weg betreten wird. Wir haben gesehen, dass er in Frankreich bereits häufig beschritten wird; bei uns ist er in den sogenannten besseren Ständen und in einigen beschränkten Gegenden mit ländlicher Bevölkerung nicht mehr unbekannt; schon gibt es auch in Deutschland Manche, die dem Spruche folgen: « Liebet, aber zeuget nicht! » Und dies Wort, welches einen Hauptangelpunkt allen noch menschenmöglichen sozialen Fortschritts enthält, wie wird es angegriffen, wie werden die Leute geschmäht, welche ihm nachzuleben oder gar es zu empfehlen wagen! Wie sieht man von der hohen Warte der vorgeblichen Sittlichkeit auf das « unsittliche französische Zwei-Kinder-System » herab. Wie hat man die

Gesundheit deutscher Zustände, welche theilweise die Ehen als reine Heckanstalten erscheinen lassen, gepriesen im Gegensatz zu den verachteten, unmoralischen französischen! Gerade die berufenen Lehrer des gemeinen Volkes, die Geistlichen, welche bei richtigem Verständniss so viel für das Volk der unteren Klassen thun könnten und würden, haben keine Idee von der wahren Beschaffenheit dieser Verhältnisse; sie segnen vielmehr die proletarischen Erzeuger eines unglücklichen Kinderhaufens, wenn der Bund der Eltern nur den Segen der Kirche empfangen hat; sie verheissen und versprechen Gottes Hülfe für die überfruchtbaren Eheleute! Und im Volksmunde heisst es gar: Je mehr Kinder, desto mehr Segen! Nun frage ich aber jeden ehrlichen, aufrichtigen Menschen auf Ehre und Gewissen: Ist es besser und sittlicher, einen Haufen dem Hunger und Elend auszusetzender Kinder in die Welt zu setzen, oder nur so viele zu erzeugen, als wirklich genährt und «menschenwürdig» aufgezogen werden können? Ist es besser und sittlicher, dass, wie in einigen Gegenden Deutschlands, die Hälfte aller Geborenen im ersten Jahre sterben muss, oder dass die Möglichkeit gegeben ist, alle das Licht der Welt Erblickenden bis auf einen geringen Bruchtheil ihren Lebenszweck erfüllen zu lassen? Ist es besser und sittlicher, unglückliche Mädchen Jungfernkinder in die Welt setzen zu lassen, welche in den meisten Fällen das denkbar traurigste Loos zu erwarten haben, ja oft von den verzweifelten Müttern bei der Geburt gewaltsam beseitigt werden, oder blos zu «lieben» und nicht zu zeugen! Denn das «Lieben», die Erfahrung liegt doch wohl klar genug vor Aller Augen, ist, wenigstens bei den Personen, welche die unehelichen Geburten liefern, doch nicht zu verhindern, weder mit Kirchen- noch Höllenstrafen, weder mit Güte noch mit Gewalt, weder durch Ueberredung noch durch Gebot, noch durch Furcht vor Schande und Noth!»

Es gehört, wir wiederholen es, ein sittlicher Muth dazu, so offen gegen ein Vorurtheil aufzutreten in einem Staate, der einen seiner tüchtigsten und hochgestelltesten Richter, von Kirchmann, im Disziplinarwege aus dem Amte entfernt hat, weil er dieselben Ideen in einem Vortrag vor Arbeitern ausgesprochen hat! Der Verfasser erklärt, keine Auskunft über das Technische der «Liebe ohne Zeugung», des «präventiven geschlechtlichen Verkehrs» geben zu wollen, und verweist diejenigen, die in dieser Hinsicht Rath bedürfen, auf jeden beliebigen Arzt oder auf das «mit merkwürdiger Offenheit und Ungenirtheit geschriebene Buch: Die Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft, Berlin bei E. Staude». Gerade das gefällt uns, dass der Herr Verfasser sich von diesem «Technischen» fernhält; seine Schrift gewinnt dadurch doppelten Werth, weil sie es klug vermeidet, der skandalsüchtigen Presse Gelegenheit zu schmutzigen Angriffen zu bieten. Bricht sich die Ueberzeugung von der Richtigkeit der Stille'schen Ansichten Bahn, dann wird sich auch die Kenntniss des «Technischen» schnell genug verbreiten.

Zum Schluss weist der Verfasser noch nach, wie durch die Liebe ohne Zeugung der Prostitution und der Syphilis Einhalt gethan werden kann, und wendet sich an alle vorurtheilsfreien Männer mit dem Ersuchen, seine Vorschläge einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Wir können den Wunsch des Dr. Stille nur theilen und empfehlen daher seine Schrift allen Denen, welche freisinnig und unbefangen genug sind, um auch ein den landläufigen Anschauungen widersprechendes Mittel zur Abhülfe der Noth in den weiten Schichten des arbeitenden Volkes einer sachlichen Prüfung zu unterziehen. Wir sind zwar insofern nicht der Ansicht Dr. Stille's, als wir glauben, dass eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse in sozialistischer Richtung die eigentliche Uebervölkerung, wenigstens in Europa und Amerika, noch für eine gewisse Zeit aufheben würde, stimmen ihm aber darin bei, dass man durchaus nicht den Optimismus Derjenigen theilen dürfe, welche in dem Sozialismus ein unbedingtes Mittel gegen die Uebervölkerung auf ewige Zeiten sehen. Auch im mehr oder minder sozialistischen Staat werden schon nach nicht allzu langer Zeit besondere Massregeln gegen die allzu starke Bevölkerungszunahme nothwendig werden, und es fragt sich höchstens, mit welchem Zeitpunkt man dieselben beginnen lassen muss. Aufklärung über diese Frage und Diskussion derselben ist aber gewiss schon heute zeitgemäss und nützlich, und auch unter den Sozialisten um so mehr, als sie von manchen Parteigenossen mehr als gebührlich abgewiesen worden ist. C. A. S.

Otto Hausner, Reichsrathsabgeordneter. Das menschliche Elend. Geschichte seiner Auffassung und Entwurf einer Statistik desselben. (23 S.) Wien, Verlag der «Alma mater», Commissions-Verlag: Mor. Perles. 1879.

Der Verfasser theilt das menschliche Elend, das er statistisch untersuchen will, in drei grosse Kategorien:

«I. Das kosmische, unabwendbare, durch die Weltordnung und die Naturgesetze bedingte menschliche Elend;

II. Das anthropologische, schwer und langsam abwendbare, durch die bösen Triebe, durch die Verschuldung der einzelnen Menschen herbeigeführte Elend;

III. Das politisch-soziale, leichter und rascher abwendbare, durch die staatliche und gesellschaftliche Organisation bedingte Elend.»

Die erste Kategorie theilt er in:

1. Das Elend an der Schwelle der Daseins. Die Geburt.
2. Das Elend des Kampfes mit den Elementen.
3. Das Elend des menschlichen Körpers.
4. Der Tod.

Zur zweiten Kategorie wird von Hausner gerechnet:

1. Die Unzucht und ihre Folgen.
2. Die Völlerei und ihre Folgen.
3. Zorn, Hass, Rache, Neid, Rohheit, Grausamkeit, Eifersucht und verschmähte Liebe und deren Folgen.

4. Habgier, Geiz, Verschwendung und deren Folgen.
5. Die Verzweiflung und deren Folgen: Selbstmord.
6. Der falsche Ehrbegriff und das Duell.
7. Die Trägheit, der Müssiggang und die Fahrlässigkeit.
8. Die Unwissenheit und ihre Folgen.
9. Die Erblichkeit der Fehler, Laster und Verbrechen.

In die dritte Kategorie reiht er ein:

1. Das Elend des Krieges.
2. Das Elend der Entnationalisirung.
3. Das Elend des Glaubensdruckes.
4. Das Elend des Despotismus.
5. Das Elend der sozialen Ungleichheit.
6. Das Elend der einzelnen Verwaltungsmassregeln, namentlich des Steuerdruckes.
7. Das Elend der Repression.
8. Das Elend der Massregeln und Anstalten gegen das Elend, der Armengesetze und Armenhäuser.

Mit dieser Eintheilung sind wir in verschiedenen Punkten nicht einverstanden. Einige Quellen des Elendes, die Hausner zur zweiten Kategorie zählt, wären besser zur dritten zu rechnen, da sie durch verbesserte soziale Einrichtungen (diesen Begriff allerdings im weitesten Sinne genommen) sicherlich zum Versiegen gebracht werden könnten. Nur solche anthropologische Gebrechen sollten in die zweite Abtheilung eingereiht werden, die wirklich durch Verschuldung einzelner Menschen entstehen und nicht durch soziale Einrichtungen, sondern nur durch bessere Erziehung in moralischer und intellektueller Hinsicht nach und nach vielleicht beseitigt, jedenfalls aber gemindert werden können. Dahin gehören also zum Theil die Punkte, die unter 3., 7., 8. aufgeführt sind, während die meisten übrigen (z. B. Prostitution, Völlerei, Raub, Bankerott, Wucher, Schmuggel, Steuerverheimlichung (!), Spielwuth, Börsenspiel, Gründungsschwindel u. s. w. — alle bei 1., 2. und 4. aufgezählt) in die dritte Kategorie zu rechnen wären. Man wird über die Richtigkeit der einen oder andern Eintheilung natürlich verschiedener Anschauung sein können, je nachdem man ein Uebel durch Veränderung der gesellschaftlichen Organisation und Sitten ausrottbar hält oder nicht, und es bedürfte desshalb zur Begründung unserer abweichenden Ansichten einer grösseren Abhandlung, für die hier nicht Raum ist. Diese Abweichungen können uns nicht verhindern, die Grundidee des Abgeordneten Hausner für eine sehr glückliche zu erklären, und zu wünschen, dass er oder ein Anderer dieselbe recht bald eingehender ausführe. Eine Statistik des menschlichen Elends zu schaffen, wäre ein interessantes und für den Fortschritt der Menschheit — der ja eben in der Verminderung des Elends besteht — höchst wichtiges Unternehmen. K. H.

Boleslaw Limanowsky. Der Sozialismus als nothwendige Erscheinung der geschichtlichen Entwickelung (Socyjalizm jako konieczny objaw dziejowego rozwoju). (98 S.) Lemberg 1879.

Eines der Haupthindernisse der Verbreitung des Sozialismus in Polen ist unstreitig die nationale Idee, welche von falschen Patrioten als der sozialen entgegengesetzt dargestellt wird.

Ein Heer von Soldskribenten erhebt ein Zetergeschrei, dass neben der sozialistischen die nationale Idee in Vergessenheit gerathen müsse, und dass namentlich durch das Fraternisiren der arbeitenden Klassen in Polen mit denselben Klassen im Auslande der nothwendige nationale Hass gegen die Unterdrücker schwinde, wobei natürlich Volk und Regierung als gleich schuldig angenommen werden.

Das Irrige dieser Auffassung nachzuweisen und zu zeigen, in welch engem Zusammenhange die Freiheit Polens mit dem Siege des Sozialismus stehe, hat sich Herr Limanowsky im vorliegenden Buche zur Aufgabe gemacht.

Die ersten drei Kapitel behandeln allgemeine Fragen, nämlich den Sozialismus in Theorie und Praxis. Das vierte Kapitel betrachtet den Sozialismus in seinem Verhältnisse zur patriotischen Idee.

Herr Limanowsky sucht nach einer realen Grundlage für den Begriff Patriotismus und findet sie in dem Wunsche des Einzelnen, sein Volk glücklich zu wissen. Hier fällt also der Patriot mit dem Sozialisten zusammen, nur dass, während der Patriot blos für sein Volk sorgt, der Sozialist die ganze Menschheit im Auge hat. Bei der praktischen Durchführung der Idee arbeitet Jeder da, wo er am besten die Verhältnisse kennt, also Jeder zum Besten seines Volkes. «Wer den Patriotismus so begreift,» sagt der Verfasser, «dass er nicht die völlige Freiheit des Volkes verlangt, der betrügt entweder sich selbst, oder — was schlimmer ist — er betrügt mit Absicht Andere. Solch' ein Patriot liebt nicht sein Volk, aber er liebt seine Vorrechte, sein Vermögen, seine Tasche. Es ist ihm nicht um's Vaterland zu thun, sondern nur um eine ausbeutende Stellung.»

Das fünfte Kapitel beantwortet die Frage, ob der Sozialismus in Polen die nöthigen Existenzbedingungen habe. Der Verfasser führt zuerst Namen geachteter polnischer Schriftsteller aus früherer Zeit an, welche die soziale Idee begriffen und zur ihrigen gemacht haben. Ferner tritt der Verfasser gegen die allgemeine Ansicht auf, als ob es in Polen keine eigentlichen Fabrikarbeiter gäbe. Er konstatirt, dass eine soziale Frage in Polen gerade so gut wie in anderen Ländern besteht. Wir brauchen hier nur auf das namenlos elende Bauern-Proletariat hinzudeuten, um die Existenzbedingungen für einen Agrar-Sozialismus nachzuweisen.

«Die polnischen Sozialisten,» sagt Herr Limanowsky, «wollen Hand in Hand gehen mit den Völkern, aber nicht mit den Regierungen und den herrschenden Klassen. Sie reichen die Hand dem russischen und dem

deutschen Volke gegen die gemeinsamen Feinde: Despotismus, Knechtschaft und Ausbeutung.»

Der ganze Vortrag ist klar und überzeugend; statistische Daten unterstützen den Autor, und es steht zu hoffen, dass das Erscheinen dieses Buches gute Früchte tragen wird. A. J.

Pietro Ellero. *La questione sociale.* Bologna, 1877. — *La tirannide borghese.* Bologna, 1879.

An der grossen theoretisch-sozialistischen Bewegung, welche im Laufe des 19. Jahrhunderts das ganze westliche Europa so tief bewegte, hat Italien nur geringen Antheil; einen viel geringeren, als man von der ältesten Tochter der europäischen Zivilisation hätte erwarten dürfen.

Unter den wenigen erwähnenswerthen Schriftstellern zeichnet sich durch die Bedeutung der von ihm erhobenen Fragen, durch die Originalität seiner Denkweise und seinen hinreissenden Styl Pietro Ellero besonders aus.

Ellero gehört jener Klasse von intelligenten Konservativen an, welche einsehen, dass die heutige Gesellschaft einer Reform bedarf, soll sie nicht zu Grunde gehen, und er richtet an seine Zeitgenossen diesen Mahnruf.

Indess beschäftigt er sich weniger damit, die Thatsachen zu untersuchen, sie zu spezialisiren und zu erklären, als vielmehr, alle Elemente des sozialen Kampfes mit Fleiss und unter einer idealen Auffassung zu betrachten. Er thut es, ohne irgend welche Rücksicht zu nehmen; bald entwirft er von den hauptsächlichsten sozialen Institutionen ein Bild in den dunkelsten Farben mit der trostlosesten Perspektive, bald häuft er auf die Sozialisten seine Schmähungen, alle Verläumdungen der Reaktion acceptirend, bald endlich unterwirft er die Bourgeoisie einer Kritik, welche nur mit dem verglichen werden kann, was Fourier, Proudhon, Marx oder Lassalle Vernichtendes über diese Klasse geschrieben haben. Der ausgezeichnete Bologneser Rechtsgelehrte hat wirklich etwas von der Gedrängtheit eines Tacitus, der Bitterkeit eines Machiavell und der Entrüstung eines Dante. Doch lasse man sich dadurch nicht täuschen: im Grunde steckt hinter dieser düstern und herben Missstimmung eine tiefe Liebe zur Menschheit, der umana famiglia, wie er sagt. Zum Beweise beschränke ich mich auf den Schluss seiner Questione sociale:

«Wer wird uns den Hoffnungsbalsam bringen? Das Bewusstsein, immer die Gerechtigkeit geliebt zu haben, stets ein tapferer Streiter für sie gewesen zu sein, durch unsern Schweiss und unsere Thränen den Weg derer, die uns folgen werden, weniger beschwerlich gemacht, mit ihnen gelebt zu haben und in ihnen fortzuleben, ein Herz mit ins Grab zu nehmen, welches die Würmer zerfressen können, welches sie aber nicht verhindern können, in Liebe geschlagen, das Unendliche und Ewige in sich gefühlt und angebetet zu haben. . . . . Das ist der einzige Trost, welcher uns bleibt.»

«Die menschliche Wissenschaft kann dem strebenden Menschen nur sagen, was der Engel zu Gideon sagte: «Kämpfe mit den Vorkämpfern und sei stark!» Man kann Ellero vorwerfen, die soziale Frage erörtert und dabei die Sozialökonomie fast vollständig vernachlässigt zu haben, ebenso wie er, nach einer mannhaften Blossstellung aller gesellschaftlichen Schäden, und nachdem er mit zwingender Logik die Konservativen vor die Alternative Reform oder Revolution gestellt hat, vor den Folgerungen aus seinen Prämissen zurückschreckt; er glaubt, der Sozialismus sei die Zerstörung der Gesellschaft, und um diesem Aeussersten zu entgehen, weicht er plötzlich zurück und schliesst mit folgenden Worten:

«Obwohl die Gesellschaft mit unendlichen Uebeln behaftet ist, kann sie in Folge der ewigen Nothwendigkeit der Dinge keine andere als ihre gegenwärtige Organisation haben, und alle Bemühungen der Sozialisten werden ebenso ohnmächtig wie verderblich sein.»

Was Ellero hier fehlt, ist das Verständniss für die historischen Kategorien. Er unterscheidet nicht zwischen der menschlichen Gesellschaft an und für sich und den verschiedenen gesellschaftlichen Formen, welche sich im Lauf der Geschichte umbilden und vervollkommnen.

Der hervorragende Gelehrte fühlt wohl den Fehler in seinen Folgerungen und beeilt sich, eine Einschränkung des Eigenthumsrechtes und die Anerkennung eines positiven Rechts der Arbeiter, die gegenüber den Besitzenden das Bewusstsein ihres Elends erlangt haben, in Vorschlag zu bringen. «Eine Reform ist nöthig», sagt er, «nicht aber eine Revolution.» Wenn aber eine Reform Noth thut, dann sind doch die Bemühungen der Sozialisten nicht vergeblich. Dann appellirt er an die Brüderlichkeit, er beschwört die herrschenden Klassen, von ihrem Egoismus abzulassen, und diese Idee betonend ruft er aus: Gerade der Name und der Gedanke einer Brüderlichkeit sind es, die am besten der menschlichen Vereinigung (umana convivenza) anstünde, nachdem sie von allen Zwangsmitteln, welche die bürgerliche Gesellschaft bilden, befreit ist.

«Daher kommt es, dass die wirklich innige Brüderlichkeit der Angelpunkt der neuen Art des Daseins sein sollte, die Brüderlichkeit und nicht die Freiheit und Gleichheit, welche nur einfach juristischer und negativer Natur sind. Gegenüber den sozialen Neuerern ziehe ich der Gegenseitigkeit und Solidarität die Brüderlichkeit vor, denn jene begreifen Tauschgedanken in sich und können nur vermöge der Verwirklichung sozialer und politischer Ideen zur Geltung kommen, während die Brüderlichkeit durchaus umsonst ist und von Herzen kommt.»

Alles dies in Bezug auf «*la Questione sociale*».

Die *Tirannide borghese* ist von Anfang bis zum Ende ihrer 500 gedrängten Seiten nur eine lange und vernichtende Philippika gegen die Bourgeoisie, von ihren semitischen Anfängen bis in die neueste Zeit hinein und besonders gegen die italienische Bourgeoisie, eine der unmoralischsten Europa's, welche das befreite Italien derart zugerichtet hat, dass man von einem bis zum andern Ende desselben Massen misshandelter, abgezehrter und ausgehungerter Bauern und

Proletarier findet, welche die früheren österreichischen, bourbonischen, päpstlichen und herzoglichen Unterdrückungen schwer vermissen. Diese schreckliche Situation wird durch ein zur Zeit in Italien verbreitetes Sprichwort: « *Si stava meglio quando si stava peggio* » (Es stand besser, als es schlechter stand) treffend illustrirt.

Im Vorübergehen zeichnet Ellero die römischen Plebejer und die gracchischen Forderungen, welche er in Italien wieder aufgenommen zu sehen wünscht, und mit echt patriotischer Entrüstung fragt er die so lediglich spekulirende, so kalt egoistische, so beschränkte und so blinde italienische Bourgeoisie, was sie aus dem Vaterland gemacht hat.

Hier begnügt sich Ellero nicht mit heftigen Philippiken, sondern mit der Statistik in der Hand erklärt und beweist er. Und zwar mit so viel Gewicht, dass bis jetzt kein Vertheidiger der Bourgeoisie sich mit ihm zu messen wagte. Man beschränkt sich darauf, ihn systematisch todtzuschweigen.

Er schliesst so:

«Es gibt ein Mittel, um den Rückgang und den Umsturz zu vermeiden und dem gegenwärtigen Todeskampfe zu entgehen, ohne sich Gefahren und Befürchtungen auszusetzen und sich mit Verbrechen und Gewissensbissen zu behaften; es gibt ein Mittel, die Tyrannen zu bändigen und die Sklaven zu befreien, fast in gegenseitiger Nachsicht und Uebereinstimmung, ein Mittel, durch welches die heute Glücklichen in ihren gerechten Freuden nicht gestört werden, die Unglücklichen aber an diesen Freuden theilnehmen, ein Mittel, durch welches die sozialen Wohlthaten Denen, welche sie heute geniessen, erhalten bleiben und Denen zu gute kommen, welche heute ihrer beraubt sind, durch welches sie für Alle in den Grenzen des Rechts und der Gleichheit heranreifen; ein Mittel endlich, durch welches die Menschheit auf den rechten Weg gelangen und unser Vaterland seinen früheren Glanz wiedergewinnen wird.

Dieses Mittel werde ich in einem demnächst erscheinenden Buche: «Die gesellschaftliche Reform» (la Reforma civile) nachweisen. . . . Wenden wir uns also von dem durch Schwindler beschmutzten, durch Wucherer ausgesogenen Italien zu dem von den Propheten verkündeten und den Märtyrern gesegneten Italien . . . . von dem oligarchischen Monopol zur Volkssouveränität, von der Bourgeois-Tyrannei zum Gerechtigkeitsstaat. »

Wir wollen seine « *Reforma civile* » abwarten, um die Wirksamkeit der vom Verfasser vorgeschlagenen Mittel zu beurtheilen.

B. M.

J. B. Meyer. Fichte, Lassalle und der Sozialismus (« Deutsche Zeit- und Streitfragen », Heft 110 u. 111. 64 S.) Berlin, Habel, 1878.

Der Herr Verfasser glaubt die Stelle entdeckt zu haben, wo die Sozialdemokratie verwundbar ist, und wo sie mit leichter Mühe auf den Tod getroffen

werden kann. Er findet zwischen Fichte's «sozialistischen Utopien» und den heutigen sozialistischen Ideen und Forderungen eine gewisse Aehnlichkeit und möchte diese gern in eine volle Uebereinstimmung verwandeln, so dass als Ideal der Sozialdemokratie — der Fichte'sche «Handelsstaat» herauskäme. Es ist beklagenswerth, dass die Sozialdemokratie nicht schon zu allen sozialistischen Ideen der Vergangenheit klar Stellung genommen, sie hätte Herrn J. B. Meyer und seinen wahrscheinlichen Nachfolgern viele unfruchtbare Arbeit erspart. Es sollte uns wenigstens gar nicht wundern, wenn sich jetzt auch noch andere der Herren Mitarbeiter der «Deutschen Zeit- und Streitfragen» das Vergnügen machten, die getreue Uebereinstimmung der Forderungen der Sozialdemokratie mit irgend einem andern frühern Reformvorschlage auf Grund von Aehnlichkeiten in gewissen Ideen nachzuweisen. Wahrscheinlich haben die Sozialdemokraten sich diese Mühe nur desshalb nicht genommen, weil sie nicht erwarteten, dass man ihnen das einfache Kopiren früherer Erscheinungen auf dem Gebiete des staatlichen oder gesellschaftlichen Lebens und das Bestreben andichten würde, den Strom der Gesellschaftsreform statt vorwärts, wohin er strebt, zurück zu leiten. Dass die Sozialdemokratie sich nicht ablehnend gegen die geistigen Errungenschaften früherer Menschheitsepochen verhält, dass sie vielmehr aus der historischen Wüste der Vergangenheit gern das wahrhaft Schöne und historisch Unsterbliche ausliest, das ist wohl nur natürlich, fusst doch auch unsere Kulturentwicklung mehr oder weniger auf dem Vernünftigen der hinter uns liegenden Zeit. Wenn die Sozialdemokratie mit einem Gefühle von Pietät bei Fichte weilt, so geschieht es doch wahrlich nicht desshalb, weil sein «Handelsstaat» ihr als das Ideal ihres eigenen Strebens erscheint, sondern weil sie in Fichte den Menschenfreund und den scharfblickenden Denker verehrt und bei ihm bahnbrechende, unsterbliche Gedanken findet. Sie wird Manches dagegen an seinen Ideen als unrichtig und unvollkommen bezeichnen müssen und schwerlich die Naivetät begehen, die ihr Herr J. B. Meyer ansusinnen scheint, den Fichte'schen «Handelsstaat» einfach nachbilden zu wollen. Herr J. B. Meyer sagt an einer Stelle selbst, dass nach Lassalle alles Recht ein historisch gewordenes und desshalb auch historisch werdendes und wandelbares sei. Hieran sei die Versicherung geknüpft, dass diejenigen, welche seine Anschauungen theilen, nicht rückwärts, sondern vorwärts blicken und danach streben, dem Rechte eine den jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Gestaltung zu geben. Und wenn nun wirklich der kulturhistorische Gang aller Rechtsgeschichte darin besteht, immer mehr die Eigenthumssphäre des Privatindividuums zu beschränken, immer mehr Objekte ausserhalb des Privateigenthums zu setzen, und wenn diese Beschränkung wie bei Fichte — scheinbar rückwärts — dahin führt, dass als Privatbesitz nichts mehr anerkannt wird, «als das Bischen Eigenthum, das sich Jeder für sein Geld als unmittelbaren Zubehör des eigenen Leibes in seinem Hause hält», käme es also zu einem dem Fichte'schen «Handelsstaate» etwa entsprechenden Ausgange des von Lassalle skizzirten kulturhistorischen Prozesses, so würde das schwerlich als ein Kulturrückschritt zu betrachten sein. Ein solches Minimum des Eigenthums wäre insofern grundverschieden von dem

heutigen Elende der grossen Mehrheit der Menschen, als es ein freiwilliges und nicht ein erzwungenes ist, und weil es nur als Ausfluss einer hoch entwickelten Sittlichkeit gedacht werden kann. Wir können uns von einem solchen Staate in seiner äussern Organisation noch kein klares Bild machen, wohl aber annehmen, dass all' das, was heute bei uns an Tugend nur kümmerlich gedeihen will, dort zur Blüthe gelangen und dass überhaupt jede staatliche oder gesellschaftliche Massnahme lediglich der allgemeinen Wohlfahrt gewidmet sein wird. In einem solchen Staate würde sicher der «uneigennützigere Trieb zur Vervollkommnung Anderer», den man heute trotz Herrn J. B. Meyer noch mit der Laterne suchen kann, sehr gepflegt und der «Verschiedenheit der Menschen, als Ausfluss eines unabänderlichen Naturgesetzes», eine unendlich grössere Aufmerksamkeit als in unseren Tagen werden, was aber durchaus nicht ausschliesst, dass die Mitglieder der Gesellschaft sich als Brüder betrachten und als solche mit einander leben und nicht als neidvolle und hasserfüllte Gegner. Hier wird die Menschennatur endlich jenen «sittlichen Trieb der Selbstliebe und Mitempfindung für Andere» besitzen, den sie heute bei allem rohen Egoismus, der sie beherrscht, kaum kennt. In einem solchen Staate würde man wohl dem Einzelnen nicht nur die «Möglichkeit», sondern die Garantie gewähren, vom Ertrage seiner Arbeit angenehm leben zu können. Seine Sache wäre es, die Lebensbeschäftigung seinen Fähigkeiten entsprechend zu wählen, Pflicht der Gesellschaft aber, wie es auch heute im Staats- und Privatdienste durch Entlassung u. s. w. geschieht, etwaige Missgriffe so früh als möglich und so schonend als möglich zu verbessern. Das Gebot der Nächstenliebe wird sich nicht mehr, wie es in der gegenwärtigen Gesellschaft hie und da geschieht, in «Werken geregelten Wohlthuns und Erbarmens» äussern, die oft genug kalt und nur widerstrebend geleistet werden, sondern in der hingebendsten Sorge dafür, dass keiner der Nächsten in eine unglückliche Lage geräth. Und wo er unfähig ist oder wird, der Gesellschaft zu nützen, da wird man ihn nicht anders als einen andern Bürger behandeln und pflegen.

Ob der Fichte'sche «Handelsstaat» eine derartige Gesellschaftsentwickelung herbeigeführt hätte, wenn er ohne Weiteres, wie sein geistvoller Zeichner es gewünscht, eingeführt worden wäre? Wir bezweifeln es, da sein Gedeihen mit Nothwendigkeit eine sittliche Umbildung der Gesellschaft voraussetzt. Hätte man aber der Gesellschaft zu einer solchen die Zeit gelassen, so wäre mit jedem ihrer Schritte zu höherer Sittlichkeit die Gesellschaft auch dem Idealstaate selbst näher gerückt, wobei dieser zweifellos wesentlich anders, d. h. weit vollkommener gestaltet worden wäre, als der Philosoph selbst es hoffen durfte.

Herr J. B. Meyer darf der Sozialdemokratie füglich so viel Einsicht zutrauen, als die Beurtheilung einer solchen Entwickelung erfordert. Sie ist verständig genug, um einzusehen, dass durch die gewaltsame Einführung eines neuen Staates ohne Erfüllung der vorerwähnten unerlässlichen Vorbedingungen absolut nichts gewonnen wäre. Misst man ihr aber so viel Vernunft bei, dann erscheint es etwas leichtfertig, ihre Bestrebungen, wie es Herr J. B. Meyer versucht, zu karrikiren.

Die Einwendungen des Verfassers gegen Fichte sind zum Theil sehr oberflächlich, zum Theil begründet, jedoch können wir hier nicht näher darauf eingehen.
C. L.

Strascha (Die Wacht). Zeitschrift für Wissenschaft, Literatur und soziales Leben. Neusatz, A. Pajevits. 1878/79.

Es liegen uns die fünf ersten Hefte der seit September vorigen Jahres in serbischer Sprache erscheinenden Zeitschrift «Strascha» («Die Wacht») vor. Dieselbe darf als der Repräsentant einer neuen Periode im sozialpolitischen Leben des serbischen Volkes bezeichnet werden und insofern auch für einen weiteren Leserkreis von Interesse sein.

Die idealpolitische Sturmfluth, welche das serbische Volk im Laufe der letzten Dezennien durchzumachen hatte, und welche allem Anscheine nach ihrem Ende zueilt, scheint einer realeren Strömung Platz machen zu wollen, die, von der Politik sich wegwendend, in erster Linie ihr Augenmerk auf die wirthschaftlichen Zustände richtet und auf eine Besserung derselben ausgeht. Es soll namentlich auch mit dem grenzenlosen Chauvinismus, wie er bisher sich breit machte, entschieden gebrochen werden und eine realere Politik an dessen Stelle treten, welche die geschichtlichen Thatsachen und Erfahrungen zu ihrer Grundlage zu machen und daraus, gestützt auf die Wissenschaft, Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen hat.

«Jetzt, wo in unserm nationalen Leben eine Periode zum Abschluss gelangt ist, müssen wir Abrechnung halten mit der Vergangenheit, um richtig beurtheilen zu können: worin unsere Macht bestand, und wo die Quelle unserer Uebel lag; — was wir aus der Vergangenheit für die Gegenwart beibehalten, was wir erst in Gegenwart und Zukunft erwerben sollen; mit einem Worte: wir müssen sehen, was wir haben, was nicht, und was wir erwerben müssen.»

Diese Worte — dem Programm der neuen Zeitschrift entnommen — mögen zur Bestätigung des Gesagten dienen. Es ist übrigens dies nicht der erste Versuch, sozialdemokratische Prinzipien bei den Serben geltend zu machen, da schon mehrere Jahre vor dem Ausbruch der orientalischen Wirren in Serbien sich eine geschlossene Partei gebildet hatte, welche sozialistische Grundsätze mit grossem Geschick in Wort und Schrift vertrat und im Volke sehr bald Anklang fand. Während der Dauer des Krieges aber war es der Regierung gelungen, durch die eingetretenen Ausnahmegesetze die Partei mundtodt zu machen. Auch die «Strascha» — welche an diese frühere Bewegung anknüpft — musste bei den zur Zeit noch immer herrschenden, eine freisinnige Presse unmöglich machenden Gesetzen auf österreichischem Boden erscheinen und wurde sogleich für Serbien verboten. Im Februarhefte d. J. machten die Herausgeber ihren Lesern bekannt, dass ihnen — infolge der Denunziation eines Professorenkollegiums —

der weitere Aufenthalt in Neusatz, wo die Zeitschrift herausgegeben wurde, verboten sei. Es blieb den Leuten nichts übrig, als das «geistige Rüstzeug» ihrer Gegner zu bewundern.

So viel zur Geschichte der neuen Schöpfung!

Es ist dies nicht ein Produkt, das in die Kategorie der gewöhnlichen Tagesjournalistik fällt, sondern ein in jeder Hinsicht mit grossem Geschick geführtes publizistisches Werk, in welchem literarische Gewandtheit und eindringende sozialwissenschaftliche Kenntnisse gleich gut vertreten sind. Der Standpunkt, von welchem aus sie die sozialpolitischen Zustände und Erscheinungen beurtheilt, ist der des modernen ökonomischen Sozialismus, wie er in den Werken seiner Begründer Marx, Engels etc. zum Ausdrucke gelangt ist.

«In den Sozialwissenschaften — so lautet eine Stelle im Programm — halten wir an dem Prinzip fest, dass die menschliche Gesellschaft ein lebender Organismus ist, der sich stets verändert und entwickelt; dass die gesellschaftliche Bewegung nach bestimmten Gesetzen vor sich geht; dass der Mensch als Bestandtheil der Gesellschaft in erster Linie das Produkt der gesellschaftlichen Umstände ist; dass die Gesellschaft den Zweck hat, den Fortschritt zu befördern; dass es endlich Gesellschaftsformen gibt, durch welche sich dieser Zweck erreichen lässt.»

Zu den einzelnen Zweigen der Sozialwissenschaft übergehend, hält sie in der Nationalökonomie dafür, dass die ökonomische Struktur der Gesellschaft die Basis und die Hauptbedingung des ganzen Vor- und Rückschreitens der Nationen bildet; dass die ökonomischen Formen der Veränderung und Entwickelung unterliegen; dass namentlich auch die heutigen Eigenthumsverhältnisse nicht konstant sind, sondern dass sich aus ihnen mit unwiderstehlicher Kraft des geschichtlichen Ganges eine neue vollkommenere Form entwickeln muss, in welcher die privaten Produktionsmittel in Gemeineigenthum mit gemeinsamer — auf Grund der vervollkommneten Arbeitsinstrumente und der grossen Kollektivproduktion organisirter — Arbeit übergeben werden.

In der Politik tritt sie für das Prinzip der vollkommensten Volkssouveränität in die Schranken, indem sie die Völker vollständig «reif» erklärt für alle politischen Freiheiten, welch' letztere die unumgänglichen Vorbedingungen für eine leichtere, regelmässige Entwickelung auf allen Gebieten sind. Dort aber, wo Bedrückung und Tyrannei herrscht, sind Volksaufstände und Revolutionen nothwendige Erscheinungen.

Es kann natürlich nicht in unserer Absicht liegen, hier alle bisher veröffentlichten Arbeiten zu besprechen, vielmehr müssen wir uns darauf beschränken, aus dem mannigfachen Inhalte das herauszugreifen, was von allgemeinerem Interesse ist.

Unter den Originalarbeiten heben wir daher folgende zwei Publikationen hervor:

1. Briefe über den Arbeitersozialismus. (I. Allgemeine und örtliche Aufgaben des Sozialismus.) Von P. Lawrow.
2. Der Sozialismus und die Darwin'sche Theorie. Von S. Podolinsky.

Der erste der genannten Artikel — aus der Feder des durch seine philosophischen Arbeiten rühmlichst bekannten russischen Sozialisten — entwickelt in einfachen und verständlichen Worten die Organisation der sozialistischen Propaganda und geht namentlich auf das Verhältniss näher ein, in welchem die einzelnen nationalen Gruppen zu den allgemeinen Bestrebungen des Sozialismus überhaupt zu stehen haben. «Die Aufgaben der sozialistischen Politik — so heisst es an einer Stelle — sind heutzutage so zusammengesetzt und verschiedenartig, dass es einem gewissenhaften Menschen schwer fällt, sich dieselben auch nur bei zwei verschiedenen Völkern ordentlich anzueignen. Begreiflicher Weise fällt ihm dies am Leichtesten in seiner Heimat, wo ihm die Gewohnheiten des Denkens und Lebens mehr zu helfen pflegen, als Wissen und Verstand. Desshalb ist auch Jeder in seinem Volke der nützlichste Arbeiter.»

Die Gruppen, die innerhalb derselben Nationalität wirken, sollen durch ein engeres Band an einander geknüpft sein und in gewisser Hinsicht als geschlossene Einheit selbstständig wirken können. Der Nutzen, den diese Art von Arbeitstheilung hat, liegt auf der Hand — sind doch auf dieser Grundlage seit der Aufhebung der «Internationale» die Arbeiterorganisationen fast aller Länder errichtet! — aber man darf auch andererseits die Gefahren nicht übersehen, welche eine solche Zersplitterung und Abgrenzung der Agitationsfelder nach Nationalitäten haben könnte: wie jeder, selbst der geringste Fehlgriff in diesem oder jenem Punkte zu bedenklichen Differenzen führen könnte, und wie die nationalen Vorurtheile, die wir bekämpfen, bei uns selbst ihre verderbliche Wirkung haben könnten. Nie darf man also über der Nationalpolitik die allgemein menschlichen Ziele, denen man zustrebt, aus dem Auge verlieren!

Die zweite der angeführten Arbeiten knüpft an die vor Kurzem erschienene Broschüre des bekannten Zoologen Oskar Schmidt (Darwinismus und Sozialismus) an, und indem sie die darin gegen den Sozialismus gemachten Einwände zurückweist, beleuchtet sie gleichzeitig das wirkliche Verhältniss, in welchem die beiden Ideenkreise — Darwinismus und Sozialismus — stehen; sie bezeichnet namentlich scharf die Grenzen, in welche die Berührungspunkte der beiden Disziplinen fallen können. Mit einer allgemeinen Charakteristik der in den letzten Jahren seitens der «offiziellen Wissenschaft» pflichtschuldigst gegen den Sozialismus gemachten Angriffe beginnend, geht der Verfasser dazu über, die Behauptung, dass die Entwickelung von der Unpersönlichkeit der Polypen — welche angeblich in sozialistisch organisirten Gesellschaften leben sollen — ausgeht und mit dem Egoismus des Wolfes endet (ein Satz, der schon eo ipso die Widersinnigkeit der sozialistischen Bestrebungen so recht ad oculos demonstriren soll), eben als eine blosse Behauptung, ja geradezu als bewusste Fälschung der Wissenschaft darzustellen. Das Resultat, zu welchem der Verfasser der Arbeit kommt, ist vielmehr in den Satz zusammenzufassen, dass die Entwickelung der Gesellschaftlichkeit bei den Thieren im Grossen und Ganzen mit der Entwickelung der physischen und geistigen Fähigkeiten im gleichen Sinne fortschreitet. Im Ferneren wendet sich der Verfasser gegen die Meinung, als könne das Bevölkerungsgesetz, das Darwin für die Thier- und Pflanzenwelt aufgestellt, in dieser

abstrakten Form als Naturgesetz ohne Weiteres auf die menschliche Gesellschaft übertragen werden, und sucht nachzuweisen, dass seine Wirkung in jedem einzelnen Falle durch den Einfluss und die Einmischung der Menschen bedeutend modifizirt wird. Die menschliche Gesellschaft kann z. B. die Zahl ihrer Mitglieder dadurch vermehren, dass sie die Zahl der den Nutzpflanzen schädlichen Thiere vermindert oder durch Vervollkommnung der Landwirthschaft, Urbarmachung neuer Ländereien etc. die Nahrungsmittel um ein Bedeutendes vermehrt. So sehen wir, dass das Bevölkerungsgesetz in seinen Wirkungen auf die Menschen bedeutenden Modifikationen unterliegt. Der Mangel an Raum nöthigt uns hier schon, abzubrechen, und die weiteren, zum Theil hochinteressanten Betrachtungen des Verfassers bei Seite zu lassen. Die vorausgeschickten Prinzipien und die gegebenen Proben aus dem Inhalte der neuen Zeitschrift — welche in jedem Hefte auch mehr oder weniger ausführliche Besprechungen der Erscheinungen der in- und ausländischen Literatur, namentlich aber auch sehr werthvolle Beiträge zur Kennzeichnung der wirthschaftlichen Lage der südslavischen Völkerschaften bringt — mögen genügen, um dem Leser ein ungefähres Bild von den Bestrebungen der «Strascha» zu geben. L. H.

Constantin Frantz. Der Föderalismus als leitendes Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, kritisch nachgewiesen und konstruktiv dargestellt. Mainz, Franz Kirchheim. 1879.

Wir begrüssen in Constantin Frantz einen alten Bekannten, der uns sympathisch war, weil er in versumpfter charakterloser Zeit, in Mitten des vollsten Byzantinismus ein Mann, ein Charakter blieb, den nichts zu beugen vermochte, und der mit aller Standhaftigkeit die politischen Anschauungen vertheidigte, die ihm als die richtigsten und besten erschienen. Ein prinzipieller, unversöhnlicher Gegner Bismarcks und seines Regierungssystems, ein Feind des Militarismus, überhaupt einer der schärfsten und geistvollsten Kritiker des Cäsarenstaates, konnte Constantin Frantz in seiner Fortentwickelung nur weiter nach links gelangen. Mit einem klaren Blicke für die politischen und gesellschaftlichen Erscheinungen seiner Zeit und mit einem warmen Herzen für das Elend in der Gesellschaft ausgerüstet, konnte er auch der brennendsten aller Tagesfragen, der grossen sozialen, die für die meisten der alten Politiker unfassbar bleibt, nicht fremd gegenüber verharren. Das uns vorliegende Buch gibt uns Kunde von dem Eifer, mit dem er dem wichtigen Gegenstande sich gewidmet. Er ist kein Konservativer, kein auf die Bibel schwörender Christ, der den Sozialismus kritisirt. Er verwirft den Konservatismus und bekämpft ihn als unsinnig, da er die Mensch-

heit in einem stetig vorwärtstreibenden Entwickelungsprozesse begriffen sieht. Die grosse französische Revolution ist in seinen Augen berechtigt, ein «Weltgericht, das über das alte Europa kam und den Anbruch der neuesten Zeit bezeichnete.» Constantin Frantz will auch nicht als christlicher Fatalist, als Dogmatiker gelten, er will es nicht und er wendet sich scharf gegen die Konservativen, die historische Vorgänge auf das Walten der Gottheit zurückführen, und denen die Religion dazu dient, «die Massen im Zaume zu halten.» Er ist aber unduldsam, er ist es nicht, weil er den christlichen Gott höher als den jüdischen oder buddhistischen oder muhammedanischen hält, sondern weil in der christlichen Religion die für den sozialen Föderativstaat seines Erachtens durchaus erforderliche Einheit aller Menschen gegeben sei. In seiner Unduldsamkeit ist er entschieden ungerecht gegen die Juden, aus denen einzelne Spezies ihm zur Beurtheilung der Gesammtheit dienen. Er musste wissen, dass die Juden in ihrer Urheimath sich mit nützlichen Gewerben beschäftigten, wie sie heute noch in Polen z. B. auch Handwerk treiben und selbst die schwersten Arbeiten verrichten. Es sollte ihm, dem sonst so scharf blickenden Historiker, nicht entgangen sein, dass die heutigen Juden Kinder der Verhältnisse sind, in denen sie zu leben gezwungen waren und unter deren Druck sie zum Theil heute noch stehen. Er hat keine Ahnung von dem schrecklichen Elende, in dem die Juden selbst, zum guten Theil auch noch im Reiche der «Gottesfurcht und frommen Sitte», sich befinden, von einem Dasein, dem gegenüber der Vorwurf «lukrativer Geschäfte» tief verletzender Hohn wäre. Wenn man all das berücksichtigt, was die Juden im Laufe der Geschichte erduldet, dann kann man über ihre zähe Ausdauer nur staunen und anerkennen, dass sie mehr als ein anderes Volk zu höherer Kultur berufen sind.

Schaffen wir vernünftige, von allem religiösen Spuk freie Schulen, geben wir den Juden Gelegenheit, sich zu bilden, und die Fehler im National-Jüdischen werden ganz verschwinden, was in reichem Masse schon durch die bisherigen Erfahrungen bestätigt worden ist. An der Gewinnung vernünftiger Menschen kann der gegenwärtigen wie der zukünftigen Gesellschaft nur gelegen sein. Wünschen muss man natürlich heute schon, dass der altjüdische Wahrspruch: «Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst» von Juden und Christen in Ehren gehalten wird. Würde das Christenthum ihn gepflegt haben, dann hätten wir in seinem Bereiche schwerlich ein so raffinirtes christliches Ausbeuterthum und so schroffe Klassengegensätze wie diejenigen, gegen die die Sozialdemokratie und — Constantin Frantz ankämpfen. In der That, auch er stellt sich vollständig auf den Boden der Sozialdemokratie, wenn er auch bemüht ist, eine volle Uebereinstimmung zurückzuweisen. Er tritt mit ganz positiven Sozialreformvorschlägen auf. Auf dem Gebiete der Produktion, des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, sowie im Verkehre der Völker mit einander soll das föderative, oder wie wir sagen würden, das genossenschaftliche, das Prinzip der Brüderlichkeit Platz greifen; das Privateigenthum ist ihm eine Quelle des Unrechts, das den besitzlosen Klassen zugefügt wird, es muss beschränkt werden, und dazu werden die Progressiv-, die Erbschaftssteuer und

Aehnliches in Vorschlag gebracht, — kurz sozialdemokratische Forderungen. Constantin Frantz aber will auch der Gesellschaft eine ganz neue Organisation geben. Grossgrundbesitz, Grossindustrie und Handel, Alles soll bleiben, der Unternehmer jedoch verhindert werden, seine Arbeiter wie bisher auszubeuten. Jeder soll seine volle Existenz finden; der Unternehmer hat dem Arbeiter vom Ertrage seines Geschäftes einen gewissen Prozent-Antheil zu zahlen, der progressiv mit den Jahren steigt. «Unleugbar läge, führt Frantz aus, in allen diesen Anordnungen für die Gutsherren, die Fabrikherren und Handelsherren eine erhebliche Beschränkung ihrer bisherigen freien Befugniss. Müssten sie doch sogar vor ihren Arbeitern Rechnung ablegen und damit denselben Einsicht in den ganzen Geschäftsbetrieb eröffnen, was wohl Vielen als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen möchte. Aber ist es nicht etwa eine viel grössere Ungeheuerlichkeit, dass Menschen zu blossen Arbeitsinstrumenten herabgewürdigt werden, welche der Gutsherr oder Fabrikherr, nachdem er sie abgenutzt, oder wenn es ihm sonst beliebt, kurzweg auf die Strasse wirft? Wie darf ein solcher Zustand in sich christlich nennenden Staaten noch länger geduldet werden? Ist denn die Freiheit der Reichen für so überaus heilig, die Sklaverei der Armen hingegen für eine um so gleichgültigere Sache anzusehen?»

Constantin Frantz, dem das Königthum ziemlich gleichgültig geworden ist, und dem er sogar nach der Bibel die Erblichkeit abspricht, macht u. a. triftigen Gründen für die Berechtigung seines Vorschlages nach Petermann geltend, dass doch selbst souveräne Fürsten, die ehemals über das Landeseinkommen, wie über ihr Privateinkommen verfügten, sich die Kontrole und die Aussetzung einer Zivilliste gefallen lassen mussten. Umsomehr hätten die Staubgeborenen die Verpflichtung, derartige Einrichtungen sich gefallen zu lassen. — An die Stelle der heutigen Parlamente wären Interessenvertretungen zu setzen u. s. w. —

Zieht man nun diese Reformvorschläge in nähere Erwägung, so kann man nur sagen, dass die Sozialdemokratie auf ihrem durchaus reformirenden Wege unter Umständen zu ähnlichen Zuständen gelangen könnte, wie sie Konstantin Frantz in sozialer Beziehung vorschweben. Sie würden ihr aber keine Ideale sein, sondern nur Uebergangsstufen zu höheren und besseren Gesellschaftsbildungen. Constantin Frantz betrachtet seine Vorschläge wohl auch nicht als ideale. Will man eine gesunde Gesellschaft, dann kann man nicht dulden, dass allein die Geburt und ererbter Reichthum eine einflussreiche Stellung gewähren. Das will auch Herr Frantz nicht, und so wird er uns in der Auffassung beipflichten, dass die Kontrole, welche er den Arbeitern einräumt, mit Nothwendigkeit zum vollen Ausgleich der gesellschaftlichen Unterschiede oder Gegensätze führen muss.

Behalten wir nur den Kern der Sache im Auge, so finden wir zwischen dem Frantz'schen und dem sozialdemokratischen Standpunkte keine grossen Unterschiede, und wir meinen, die Wege Beider laufen schliesslich in gewissen Punkten zusammen. Gegen eine Religiosität, die die göttliche Einwirkung in die Geschichte der Einzelnen und der Völker verwirft und dem Menschen volle

Freiheit des Handelns gewährt, kann und hat die Sozialdemokratie auch nichts einzuwenden. Ihr ist jeder Mitarbeiter willkommen, der einen freien Blick und einen thätigen Arm mitbringt, gleichgültig ob er religiöse Anschauungen besitzt, und ob diese sich auf Buddhismus, Christenthum oder Judenthum zurückführen lassen.

Ziemlich weit scheinen die Wege jedoch bei der Frage, ob Föderalismus oder Zentralismus, auseinander zu gehen. Die Sozialdemokratie, obwohl zentralistisch gesinnt, wie Constantin Frantz auch sehr richtig konstatirt, gewährt der Entwickelung genossenschaftlicher Kräfte freien Spielraum, der nur durch die Rücksicht auf die Gesammtheit eine nothwendige und gerechte Begrenzung findet. Die Rücksicht auf die Gesammtheit wiederum zwingt zu Zentralisation. Der Föderalismus entwickelt sich anarchistisch, und hierin dürfte die wundeste Stelle des Frantz'schen Zukunftsstaates liegen, wenn er bei der Negirung des Zentralismus verharrt.

Erwähnen wollen wir noch, dass Constantin Frantz gegen die Marx'sche Werththeorie polemisirt und die Ansicht vieler seiner Vorgänger theilt, dass mit derselben eigentlich die wissenschaftliche Begründung der sozialdemokratischen Forderungen stehe und falle. Seine Einwendungen, die sich mehr oder weniger im Rahmen früher widerlegter gegnerischer Auffassungen bewegen, sind zum Theil schwach und unbegründet. Wahrscheinlich hat er nicht an der Quelle selbst, sondern an der Hand von anderweitigen Kritiken das Marx'sche «Kapital» kennen gelernt. Dafür spricht mancher Einwand, der sich aus dem «Kapital» selbst widerlegen lässt. Er scheint auch nichts davon zu wissen, dass das im Buchhandel erschienene «Kapital» nur den ersten Band eines grossen Werkes bildet, und dass dieser, der Disposition entsprechend, mit exklusiver Beschränkung nur von den Werthobjekten handelt, welche sich beliebig vermehren lassen, während der zweite noch ausstehende Band den Zirkulationsprozess des Kapitals und der dritte die Gestaltungen des Gesammtprozesses bringen soll. Manche der von Constantin Frantz aufgeworfenen Fragen werden zweifellos erst in den folgenden Bänden, so namentlich die vom «Naturfaktor», ihre gründliche Erörterung finden. Dass dieses Naturfaktors schon im ersten Bande, wenn auch nur beiläufig, bereits gedacht ist, davon kann sich Herr Frantz in dem Buche selbst überzeugen. Marx hat übrigens keine funkelnagelneue Werththeorie geschaffen, sondern nur auf der Basis der bereits vorhandenen weitergebaut. Sein Hauptverdienst besteht in den scharfen, unwiderlegbaren Konsequenzen, die er aus den Theorien seiner Vorgänger gezogen. Diese selbst sowohl wie ihre belebende Einwirkung auf die um ihre Emanzipation ringenden unterdrückten Klassen haben ihm für alle Zeiten einen ehrenvollen Namen in der Erlösungsgeschichte der Menschheit gesichert, obwohl er doch nur wie Jesus von Nazareth — ein Jude ist, was Constantin Frantz ausdrücklich und mehrfach, sogar mit der Anspielung konstatiren zu müssen glaubt, dass er in die Kategorie der Schacherjuden gehöre. Auf die erwähnten Konsequenzen hier näher einzugehen, das ist uns bei dem beschränkten Raum unmöglich. Festhalten wollen wir nur, dass Marx es ist, der vom Mehrwerth und seinem

Verbleiben den zweifellosesten Aufschluss gibt, und dass es nach ihm die Arbeitskraft ist, die der Unternehmer kauft, und wofür er als Aequivalent den Arbeitslohn gibt. — Ueber die Bedeutung mancher im «Kapital» gegebener Definition ist man selbst innerhalb der Sozialdemokratie getheilter Meinung, was aber an der Verfolgung sozialdemokratischer Bestrebungen nicht hindert. Wie Constantin Frantz unabhängig von der Marx'schen «Werththeorie» für die Befreiung der unterdrückten Klassen eintritt, so könnte man auch der Sozialdemokratie nicht das Streben nach dem gleichen Ziele verwehren, wenn wirklich die Marx'sche «Werththeorie», was wir bestreiten, unrichtige Schlüsse enthalten sollte.

Wir können das geistvoll gehaltene und überaus anregende Buch nur warm empfehlen, namentlich auch zur Verbreitung im gegnerischen Lager.

C. L.

Bericht über den Fortgang der sozialistischen Bewegung.

Amerika.

A. D. — In den Vereinigten Staaten gibt es eine Arbeiterbewegung seit dreissig Jahren und darüber. Es hat eine internationale Arbeiter-Association gegeben seit 1869 und eine sozialdemokratische Partei seit 1875. Darüber ist bereits in deutschen Zeitungen berichtet worden. Hier soll blos derjenige Theil der Geschichte dieser Bewegung in gedrängten Umrissen mitgetheilt werden, welcher seit etwa einem Jahre spielt. Es ist nichts daran besonders merkwürdig; es handelt sich um eine ruhige Weiterentwickelung, um Material zu einer zukünftigen Geschichte der Runde, welche die Sozialdemokratie um die Erde macht.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich eine merkliche Annäherung der gewerkschaftlichen und der politischen Richtung innerhalb der Partei an einander ungesucht vollzogen. Der erste Ausdruck, welchen diese Annäherung sich gibt, besteht darin, dass der Rath der St. Louiser Gewerkschaften eine Aufforderung sowohl an alle Gewerkschaften, als auch an alle Parteisektionen des Landes erlassen hat, den 4. Juli, den Geburtstag der Nation, durch eine neue Unabhängigkeitserklärung zu feiern — durch die Erklärung der Unabhängigkeit der Arbeit vom Kapital, welcher am 5. Juli ein Versuch folgen soll, den achtstündigen Normalarbeitstag in so weiter Ausdehnung als möglich von den Arbeitgebern zu ertrotzen. Dieser Aufruf ist auf beiden Seiten mit Befriedigung aufgenommen worden, und binnen wenigen Wochen muss es sich entscheiden, wie viele Gewerkschaften und Sektionen sich an dieser Demonstration und an diesem Versuche betheiligen, und wie viel Erfolg sie dadurch erlangen werden. Sollten sich auch die Leute von der Greenback-Partei — oder wie sie sich jetzt nennt, von der nationalen Arbeits- und Greenback-Partei — an der Demonstration und dem Versuche betheiligen, so wäre ein bedeutender Erfolg in Aussicht. Denn diese Partei hat den achtstündigen Normalarbeitstag in ihr Programm aufgenommen, wie überhaupt die meisten unserer gegenwärtigen Arbeiterforderungen, und sie ist also eigentlich verpflichtet, diese praktische Bewegung zu unterstützen. Und da sie in allen Staaten der Union organisirt ist und bei der letzten Nationalwahl im Herbste 1878 fast ein Zehntel aller Wahlstimmen abgegeben hat, so kann sie viel für den beabsichtigten Plan thun.

Es wird jedoch besser sein, wenn man die Erwartungen von dieser De-

monstration nicht zu hoch schraubt. Ihre eigentliche Bedeutung ist darin zu suchen, dass eine innigere Annäherung der vordem sich feindseliger als selbst die gemeinsamen Gegner bekämpfenden Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung im Werke ist und — wenn auch nicht am bevorstehenden 4. Juli, so doch am nächstjährigen einen praktischen Sieg in ziemlicher Ausdehnung durchsetzen kann. Es ist nicht minder von Bedeutung, dass die Greenbackpartei auf die Probe gestellt wird, ob es ihr mit der Aufnahme wirklicher Arbeiterforderungen in ihr Programm Ernst ist, oder ob sie es damit blos auf Stimmenfang abgesehen hat.

Was nun zunächst die Stärke der sozialdemokratisch Gesinnten betrifft, so lässt sich darüber keine nur einigermassen genaue Berechnung anstellen. Die Partei sowohl als die Gewerkschafts-Union haben keine Statistik, welche sie veröffentlichen. Man kennt blos die Zahl der Sektionen, von denen in jeder Stadt und an jedem Orte blos eine bestehen darf. Diese ist binnen einem Jahre von 35 auf 100 gewachsen. Es ist die Organisation über 25 von den 38 Staaten der Union verbreitet, während sie vor einem Jahre erst in 12 oder 13 Staaten bestand. Die Zahl der Mitglieder, welche regelmässig Beiträge bezahlen, würde, weil sie beständig stark wechselt, selbst vom Exekutiv-Komité der Partei nicht einmal annähernd richtig angegeben werden können. Sie ist aber immerhin auf das Dreifache der vorjährigen zu schätzen. Die Zahl der Parteimitglieder, welche bei Lokalwahlen für die von der Partei aufgestellten Kandidaten stimmt, ist bei weitem stärker als die der Beiträge Zahlenden. Sie betrug im letzten Herbste in New-York 3—4000, in Brooklyn 1200, in Newark, N. J., nahe an 300, in Cincinnati nicht ganz 1000, in Chicago an 7000 (und bei der Frühjahrswahl d. J. über 8000), in St. Louis über 5000 — und dies sind fast die einzigen Orte, wo die Partei sich als solche an den Wahlen betheiligt hat. Auch diese Zahlen drücken jedoch bei weitem nicht die Stärke der Partei aus, theils weil viele Mitglieder noch nicht das Bürgerrecht erworben haben, theils weil viele Wahlberechtigte nicht mitgestimmt haben, weil sie mit der Betheiligung an der Wahl oder mit den aufgestellten Kandidaten nicht einverstanden waren. Eher schon gibt die Verbreitung der Parteipresse einen Anhalt zur Beurtheilung der Parteistärke. Die «Newyorker Volkszeitung» (täglich, wöchentlich und als Sonntagsblatt erscheinend) setzt zwischen 8000 und 10000 Abzüge ab; die «Chicagoer Arbeiterzeitung» (täglich, wöchentlich unter dem Namen «Vorbote» und seit Kurzem Sonntags unter dem Namen «Fackel» erscheinend) etwa 7—9000 Abzüge; die «Volksstimme des Westens» in St. Louis (täglich) etwa 5000; der «Sozialist,» das amtliche englische Parteiorgan (in Chicago wöchentlich erscheinend) etwa 4000 Abzüge; das «Philad. Tageblatt» (täglich) etwa 3000 Abzüge. Das Eingehen einiger kleineren Lokalblätter in Cincinnati, Milwaukee, Louisville und San Francisco ist desswegen weniger zu bedauern, weil es den gut redigirten Blättern, welche noch bestehen, mehr Geld- und geistige Mittel zu Gebote gestellt hat. Die Zahl der Leser dieser Blätter ist selbstverständlich bedeutend grösser. Die Organisation und Disziplin der Partei ist leider noch lose, und es ist noch nicht gelungen, störende Elemente daraus zu entfernen, welche herrschen oder ruiniren wollen; doch haben sich die schlimmsten darin selbst «unmöglich» gemacht, während leider viele der besten ausgetreten sind, um die inneren Streitigkeiten zu beenden. Es wird aber hierin sichtlich besser, und die ausgetretenen Freunde der Sache werden sich wieder betheiligen.

Die grösste Schwierigkeit, mit welcher die Partei zu kämpfen hatte und noch hat — der Mangel an englisch redenden und besonders an angloamerikanischen Genossen, welche agitatorisch wirken können — ist im laufenden Jahre einigermassen überwunden worden. Theils haben deutsche Eingewanderte des Englischen sich soweit Herr gemacht, dass sie dies können, theils sind uns Angloamerikaner in allerdings noch geringer Zahl beigetreten. Die Hoffnung also, dass die Agitation mittelst der Landessprache nunmehr einen Aufschwung nehmen werde, ist berechtigt. Es sind fünf oder sechs englische Flugschriften abgefasst und einigermassen verbreitet worden, welche zusammengenommen so ziemlich das ganze Gebiet sozialdemokratischer Gedanken und Bestrebungen decken, und es soll von nun an möglichst stark mittelst dieser und anderer englischer Flugschriften Propaganda gemacht werden. Bei der ungeheuren Ausdehnung des Landes ist die persönliche Agitation sehr durch die Armuth der Partei erschwert. Dennoch konnte so viel erreicht werden, dass die ganze Presse des Landes, welche vor kaum zwei Jahren hartnäckig verweigerte, von unserem Dasein Kenntniss zu nehmen, jetzt von Artikeln wimmelt, welche wegen Ausbreitung des «Kommunismus» Lärm schlagen.

Die Gewerkschaftsrichtung, so weit sie sich einigermassen mit den sozialdemokratischen Gedanken befreundet hat, ist in neun nationalen und internationalen Gewerks-Organisationen vertreten, welche zusammen mit einigen und dreissig lokalen Gewerkschaften die Internationale Arbeiter-Union bilden und zu ihrem amtlichen Organe den Paterson (N. J.) Labor Standard haben. In Chicago, wo überhaupt die Gewerkschaften und die Partei am meisten sich einander angenähert haben, sind 28 Gewerkvereine auf sozialdemokratischer Grundlage vorhanden, und ziemlich gleich viel in St. Louis. Die Zahl der gutstehenden Mitglieder aller dieser Gewerkschaften lässt sich nicht genau angeben. Es sind darunter einige, welche viele Tausende von Mitgliedern zählen. Die stärksten aber, wie die Brüderschaft der Lokomotiv-Führer, die der Lokomotiv-Feuerleute, die National-Organisation der Bergleute — an 100,000 Mitglieder — und die internationale Böttcher-Union sind nur lose an die internationale Arbeiter-Union angeschlossen. Auch hier ist im verflossenen Jahre ungemein rüstig gearbeitet worden, besonders durch Geo. E. Mc Neill, den Präsidenten der letztgenannten Verbindung. Man darf behaupten, dass jetzt erst das Eis des Misstrauens zu brechen anfängt, mit welchem die Eingebornen und die blos englisch redenden Gewerkschaften den Internationalismus und die sozialdemokratische Bewegung anzusehen pflegten. Bekanntlich schlossen die englischen Gewerkschaften, und ebenso die ihnen nachahmenden angloamerikanischen, alle Politik aus ihrer Mitte aus, angeblich der Einigkeit willen; es war dies jedoch mehr ein Vorwand als ein wirklicher Grund. Denn heimlich zogen die langjährigen Führer der Gewerkschaften die grosse Mehrzahl ihrer Mitglieder sich nach; sie standen im Solde oder Interesse der Parteipolitiker und machten deren Zubringer von «Stimmvieh» aus. Das fängt an, anders zu werden. Nicht als ob man innerhalb der Gewerkschaften selbst schon Politik triebe; aber der Abfall von den beiden alten korrupten Parteien hat mächtig begonnen, und im Privatgespräch, sowie in den gewerkschaftlichen Organen wird Arbeiterpolitik getrieben, und es werden die sozialdemokratischen Parteigrundsätze besprochen. Das Programm der Internationalen Arbeiter-Union stimmt mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramme in allen Punkten überein, nur dass die Bildung

einer abgesonderten Partei ausgeschlossen erscheint, wenn auch nicht für immer und unbedingt. Sie soll aber erst in Folge einer möglichst vollständigen gewerkschaftlichen Organisation eintreten. Die Macht der Verhältnisse aber muss den Zeitpunkt nahe rücken, da politische Thätigkeit im Sinne des Referendums und der Volks-Initiative für alle Gewerkschaftler und zuletzt für alle noch nicht organisirten Arbeiter unerlässlich wird.

Wenn wir in diesem Zusammenhange auch auf die Greenbackpartei zu reden kommen, so ist es nicht ihrer Führer und ihres Programms, sondern ihrer Anhänger wegen. Diese sind grösserentheils von der demokratischen Partei abgefallene Irländer. Es ist die Wahrnehmung, dass beide alten Parteien immer auf's Neue ihr Gelübde brechen, durch Gesetzgebung etwas für die um Lohn arbeitende Klasse zu thun, und dass ihre Geistlichkeit im Bunde mit der demokratischen Parteileitung ist — diese Wahrnehmung entfremdet sie ihren langgewohnten Führern und Fesseln. Einmal dieser beengenden Gewohnheit entwachsen, gehen sie bereitwillig zu revolutionären Anschauungen über. Der andere Theil, welcher die Greenbackpartei zusammensetzen hilft, besteht aus Kleinbauern des Westens, welche mit der in der republikanischen Partei verkörperten Geldaristokratie und Wuchererklasse gebrochen haben, aber nicht begreifen mögen, dass aller Kapitalismus im Privatgrundeigenthum wurzelt. Wenn also diese beiden Bestandtheile der Greenbackpartei zusammen und bei der Fahne gehalten werden sollen, so darf nur gegen die grossen Land-Monopole, aber nicht gegen das kleine private Grundeigenthum zu Felde gezogen werden; es darf nicht das Lohnsystem an sich, die Ausbeutung in jeder Form, sondern nur die amtliche Dieberei und die bestochene Gesetzgeberei und Verwaltung angefochten werden. Diese Partei erklärt sich öffentlich gegen allen Kommunismus, im Stillen aber bereit, so weit nach links mitzugehen, wie es jedesmal möglich sei. Und zweideutig wie ihre Politik sind ihre Führer. Trotzdem werden sie von beiden alten Parteien des Kommunismus und der Umstürzlerei ganz ebenso beschuldigt wie die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften. Die Logik der Ereignisse muss also — wenn auch nicht die eigensüchtigen Führer — die Massen ihrer Anhänger wirklich immer weiter nach unserer Seite zu treiben; und schon in der im Jahre 1880 zu liefernden National-Wahlschlacht muss eine entscheidende Wendung der Dinge eintreten. Dann werden die so lange spröden Volksmassen endlich in Fluss kommen, und während die sozialdemokratische Richtung bisher fast nur unter den Deutschen, sowie unter den Franzosen, Czechen, Skandinaviern und festländischen Europäern überhaupt vertreten war, wird sie dann in grösserem Masse auch die Angelsachsen und Irländer an sich ziehen.

Dies musste hier berührt werden, um die grossen Schwierigkeiten begreiflich zu machen, mit welchen die Ausbreitung der Sozialdemokratie hierzulande zu kämpfen hat, und um gerechter würdigen zu können, was trotzdem von ihr geleistet worden ist. In dieser Verbindung ist noch zu erwähnen, dass in Californien unsere Parteimitglieder den äussersten linken Flügel in der Arbeiterpartei dieses Staates bilden und ihren Antheil an dem dort erfochtenen Siege haben. Es war im Juli 1878 die Zeit gekommen, dass die alle zwanzig Jahre vorzunehmende Verfassungs-Revision auf der Tagesordnung war, und die Räuberei der beiden alten Parteien hatte so sehr alle Wohlstandsquellen des Staates im Besitz einer kleinen Zahl von Ausbeutern monopolisirt, hatte durch Einführung von mehr als 100,000 chinesischen Kulis die Löhne so arg herabgedrückt und

durch das Börsenspiel in Minen-Aktien den Mittelstand in so grossem Masse verarmt, dass die Irländer und Deutschen eine vollständige Niederlage der beiden alten Parteien zustande bringen konnten. Zwar konnten sie nur ein Drittel der Abgeordneten zur verfassunggebenden Versammlung selbst wählen, weil die alten Parteiführer klug genug waren, als solche keine Kandidaten aufzustellen, sondern sich zu einer «unabhängigen Partei» mit neuen Kandidaten zu verschmelzen. Allein die neue Verfassung ist trotzdem im Sinne einer radikalen Demokratie ausgefallen und trotz mancher Mängel vom Volke bei der Urabstimmung mit ziemlicher Mehrheit angenommen worden. Die Verdrängung der Kulis, die Aufhebung der ungeheuren Land-Monopole und der Eisenbahn-Vorrechte können von der nächsten Legislatur in Angriff genommen werden, und der Börsenschwindel wird stark beschränkt sein. Die beabsichtigte Verbreitung der Kulis bringt den Staat in einen Zusammenstoss mit der Bundesgewalt; denn ein mit China vor Jahren abgeschlossener Vertrag erlaubt den Chinesen das Reisen und die Ansiedlung in den Vereinigten Staaten; und ein im letzten Kongress passirtes Gesetz, welches Californien zu lieb die Einwanderung von mehr als 16 Chinesen in *einem* Schiffe verbieten wollte, wurde durch das Veto des Präsidenten auf Grund des genannten Vertrags vereitelt. Allein während der bevorstehenden National-Wahlkämpfe wird die Regierung sich wohl vor jedem gewaltsamen Vorgehen gegen Californien hüten, wenn dieses die Kulis merklich auszutreiben versucht. In diesem californischen Parteigewirr hat unsere Sektion vollauf ihre Schuldigkeit gethan, um ihre Ansichten zu verbreiten und das Programm der Volkspartei vernünftig zu gestalten; ihr geringer Erfolg kann erst später zu grösserer Ernte sich entwickeln.

Als weitere Erfolge unserer Partei sind noch die nachstehenden zu verzeichnen. In Chicago, wo die Gewerkschaften und die Partei am besten Hand in Hand gehen, wurden im letzten Herbste *vier* Sozialdemokraten in die Legislatur (drei in das Haus und einer in den Senat) gewählt. Sie setzten durch, dass ein Untersuchungsausschuss nach Chicago geschickt wurde, um von der bedrückten Lage der dortigen Arbeiter durch Vernehmung vieler Zeugen und Besuch von Werkstätten und Wohnungen Kenntniss zu nehmen. Sie bewirkten die Einsetzung eines statistischen Staats-Bureau's zur Ermittlung aller die Arbeit betreffenden Verhältnisse. Sie setzten ein Gesetz gegen das *Trucksystem* durch (welches aber schliesslich vom Governor mit einem Veto belegt worden ist). Sie scheiterten mit dem Versuche, die Kontrakt-Arbeit im Staatsgefängnisse (Schuhmacherei) sowie die Fabrikarbeit der Kinder unter 14 Jahren zu verbieten, und mit dem Versuche, den 8stündigen Normalarbeitstag einzuführen, die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber für Unglücksfälle und eine gewissenhafte Lebensmittel-Inspektion anzuordnen, sowie mit der Sicherung von Lohnforderungen bei Bankrottfällen und mit dem Widerrufe des Gesetzes gegen die Tramps (Landstreicher aus Noth). Sie konnten auch nicht verhüten, dass ein Miliz-Gesetz erlassen wurde, welches die in Chicago bestehenden freiwilligen Militär-Kompagnien der Arbeiter verbietet. Diese Kompagnien waren entstanden, um zu verhüten, dass friedliche Arbeiterversammlungen, wie es bei dem grossen Ausstande der Eisenbahnarbeiter am 28. Juli 1877 geschehen war, durch mörderische Anfälle der speziell dazu eingeschwornen Konstabler gesprengt würden. Doch ist Aussicht, dieses Gesetz als verfassungswidrig erklärt und vereitelt zu bekommen.

In St. Louis haben die Sektion und die Gewerkschaften bei der Wahl von

Schulvorstehern ein Viertel der ganzen Zahl durchgesetzt. Sie haben einen Agitator vor die Gesetzgebung geschickt, und dieser hat bewirkt, dass ein Bureau für Arbeits-Statistik eingerichtet wurde, und sie haben im Ganzen ihren Gegnern Respekt eingeflösst. Mittelbar oder unmittelbar haben unsere Parteimitglieder noch in folgenden Staaten Bureaux für Arbeits-Statistik zu den schon bestehenden errungen: im Staate New-York, in Maine und in Californien; die in New-Jersey und in Ohio bestehenden haben sie vor Abschaffung geschützt. Fast alle übrigen Versuche, die Arbeiterforderungen unserer Partei in einzelnen Staaten zur Gesetzeskraft zu bringen, sind gescheitert. Im Kongresse jedoch ist ein neues Untersuchungs-Komité niedergesetzt worden, um die Verhältnisse der Arbeiter zu erforschen.

Die Rührigkeit der Partei hat zur Folge gehabt, dass das böse Gewissen der herrschenden Klasse und ihrer Politiker geschärft worden ist, dass sie laut nach einer «starken Regierung» schreien, die Miliz vermehren und verbessern und, trotz allem Rufe des Volkes nach sparsamerem Haushalt, die Armee der Vereinigten Staaten eher vermehrt als vermindert haben. Der Ton, welchen die Organe der Gegner uns gegenüber einschlagen, wechselt zwischen verbissener Wuth, giftigen Denunziationen, albernen Abwiegelungs- und Bestechungsversuchen und trostloser Angst.

Die Arbeiterverhältnisse fahren fort, schlimmer zu werden. Obwohl viele Fabriken, Hochöfen und Minen wieder nach langem Stillstande in Betrieb genommen worden sind, obwohl eine wachsende Auswanderung aus den überfüllten Gegenden in den fernen Westen zum Farmen im Gange ist, und obwohl ein Theil unserer Industrie und unseres Ackerbaues jetzt auf Absatz nach dem Auslande arbeitet und die halbe Million Arbeitsloser durch neue Arbeitsgelegenheit, durch Selbstmord, Einsperrung und Verzug in die Wildnisse stark gelichtet ist: so ist dadurch nichts gebessert. Die Löhne sind noch stets im Sinken, die Beschäftigung dauert nicht viel über eine Hälfte des Jahres, weil nicht mehr auf Vorrath, sondern nur noch auf Bestellung gearbeitet wird, und die allgemeine Einschränkung, welche man endlich gelernt hat, vermindert den einheimischen Absatz. Die begüterten Klassen fangen nach langer Kaltsinnigkeit aus Furcht an, im kleinen Massstabe Linderungsmittelchen der Noth zu betreiben; aber das wirkt wie ein Tropfen Wasser auf einen heissen Stein. Nur ausnahmsweise noch sind Strikes erfolgreich.

Da somit die Ursachen der Weltkrisis ungeschwächt fortdauern, so treibt die soziale Aufgabe ihrer Lösung so oder so immer näher.

(Mitte Juni 1879.)

Dänemark, Schweden und Norwegen.

W. B. — Die skandinavischen Länder haben als besondere Eigenschaft ein ausgebildetes konstitutionelles Staatsleben aufzuweisen. Dänen, Schweden und Norweger haben mit der Zähigkeit, die den nordischen Stämmen eigen ist, ihre althergebrachten Volksrechte im Allgemeinen gegen jede grössere Schmälerung zu wahren gewusst. Der eigentliche Absolutismus gedeiht weder am Sund, noch an der vielgezackten Küste Norwegens, noch am Mälarsee. Der

freie Bauer und Bürger jener Länder war und ist ein aufgewecktes und trotziges Menschenkind, das ganz genau weiss, was in der Staatsverfassung geschrieben und verbrieft steht, und das mit derselben Hartnäckigkeit jeden Buchstaben seiner Rechte vertheidigt, mit welcher ein altlutherischer Pfaffe für die Wunder der Bibel kämpft.

Aber wie der sagenhafte Maelström an der Küste Norwegens jedes Schiff mit Mann und Maus verschlingt, so gehen auch die altehrwürdigsten Volksrechte, so nur geschrieben stehen, unter in der modernen Form des Eigenthums. Der Bauer und der Bürger ist nur dann frei, wenn er Eigenthum hat; verliert er sein Eigenthum, so wird er zum rechts- und besitzlosen Proletarier. Mit dem Verlust des Eigenthums muss er auf sein Wahlrecht und auf seinen ganzen Antheil am öffentlichen Leben Verzicht leisten, denn alles politische Recht in jenen konstitutionellen Staaten gründet sich auf das Eigenthum. Ohne Eigenthum keine Freiheit; ohne Besitz kein Recht. Der bürgerliche Radikalismus in Dänemark und namentlich in Norwegen reicht über den engen Horizont des Eigenthums nicht hinaus, so ungeberdig er sich auch manchmal anstellen mag. Die J. A. Hansen und Björnsterne Björnsen gehen kaum über die deutschen Eugen Richter oder Hänel hinaus — allerdings mit dem Unterschied, dass sie mehr Muth und Schneide haben, als die deutschen Fortschrittler.

Im konstitutionellen Dänemark ist der aufgeblasene, protzige und fette Bauer der Normalmensch. Der dänische Bauer ist weder der deutsche « Ackersmann », der ein klein Stück Land mühsam bebaut, und dem man mit Kornzöllen aufhelfen will, weil man nichts Anderes weiss — der dänische Bauer ist weder in der elenden Lage des französischen Parzellenbesitzers noch des englischen Pächters — der dänische Bauer ist der Bourgeois des Ackerbaues. Das Jahr 1848 hat ihn aus einem Pächter in einen freien Bauern verwandelt; die Ablösung war billig, daher sein Wachsthum. Dieser Bauer drückt dem politischen Leben in Dänemark seinen bäuerlichen Stempel auf. Er bildet die zu Konflikten geneigte und regierungsfeindliche Majorität im Folkething, die so manches Büdget verweigert hat. Nichts Unfruchtbareres als diese konstitutionellen Zänkereien und Haarspaltereien. In 15 Jahren hatte Dänemark 25 Ministerien.

Dänemark ist vorwiegend ein ackerbautreibendes Land; aber in der Hauptstadt hat die moderne Industrie ihr Banner entfaltet. Seit 1857 herrscht Gewerbefreiheit. In und bei Kopenhagen gibt es etwa 1400 Fabriken mit über 30,000 Arbeitern. Hier gährt die moderne Entwickelung. Existenzen in Masse werden vernichtet und bilden sich wieder; der Kleinbürger und Handwerker erliegt der Konkurrenz der Grosskapitalisten; Hütten und Paläste neben einander; rastloses Drängen und Jagen nach Gewinn und, als Träger der ganzen gesellschaftlichen Maschine, keuchend und schwerbedrückt das Proletariat.

Wenngleich die Arbeiter die oppositionelle Taktik der Linken im Folkething billigten, so reagirten sie doch sehr bald gegen die Bestrebungen der bäuerlichen Demokratie auf wirthschaftlichem Gebiet. Die Bauern drückten ihre Tagelöhner noch weit härter, als die Kapitalisten den Lohnarbeiter. Begreiflicher Weise fanden die Arbeiter keinen Geschmack an solcher Demokratie. Die Linke suchte die Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen zu gewinnen; die Rechte im Folkething, die von den dänischen Nationalliberalen, verbohrten Professoren und verschrobenen Doktrinären gebildet wird, suchte die Arbeiter mit Konsumvereinen,

Vorschusskassen und Bildungsvereinen, in denen Vorträge über den Mond u. dgl. gehalten wurden, zu ködern. Rimestod wurde der Nachahmer von Schulze-Delitzsch; Sonne wurde der Nacheiferer von Max Hirsch. Beide gründeten Vereine und Zeitungen nach Art ihrer deutschen Vorbilder und im Verhältniss mit gleichem Erfolg.

Aber die klassenbewussten Proletarier liessen sich weder von der Rechten noch von der Linken bestechen. Sie konnten in Folge des beschränkten Wahlrechts bei den Wahlen zum Folkething nicht selbstständig auftreten und stimmten desshalb für die Linke, deren Mitglieder sich als « Radikale » bezeichneten. Rimestod und Sonne erzielten ihre Erfolge auf dem Lande und in den kleinen Spiessbürgerstädten. Aber die Kopenhagener Arbeiter wahrten ihre Selbstständigkeit, trotzdem ein aus Bankiers und andern Bourgeois bestehender « Nationalökonomischer Verein » die Agitation von Rimestod und Sonne auf jede Art unterstützte.

Die blutige Maiwoche von 1871 setzte die Kopenhagener Arbeiterschaft in Bewegung. Während zu Paris die Vertheidiger der Kommune von den Versaillern in Masse niedergemetzelt wurden, erhob in Kopenhagen die Sozialdemokratie mit jugendlicher Kraft das Haupt. Die Arbeitermassen strömten ihr auf den ersten Ruf zu. Im August 1871 begründete man den « Internationalen Verein für Dänemark », der im Laufe der Agitation eine sehr bedeutende Mitgliederzahl erlangte. Dieselbe wurde später auf 8000 angegeben, von denen 5000 sich in Kopenhagen selbst befanden. Der Verein erstreckte sich nämlich über ganz Dänemark. Das rasche Anwachsen des Vereins wurde dadurch erzielt, dass man sich nicht darauf beschränkte, nur jene Arbeiterbranchen zu der Bewegung heranzuziehen, die für dieselbe am zugänglichsten sind. Es nahmen auch ein Theil des Landproletariats und einige Branchen daran Theil, die sonst mehr oder weniger fern zu bleiben pflegen. So z. B. die Angestellten der Pferdebahnen in Kopenhagen. Im Uebrigen traten namentlich die Cigarrenarbeiter, die Schuhmacher, die Tischler, die Werftarbeiter, die Maschinenbauer, die Maurer u. s. w. in starken Kontingenten der Bewegung bei. Zahlreiche sozialistische Gewerkschaften wurden unter dem Namen « freie Gewerkvereine » gebildet, nach dem Muster der in England und Deutschland bestehenden. Die erste Nummer des Parteiorgans « Sozialisten », später « Sozialdemokraten » wurde schon im Juli 1871 herausgegeben. Das Blatt erschien später in grossem Format täglich; gegenwärtig ist sein Format bedeutend verkleinert.

Die Leiter der Bewegung waren Louis Pio, früher Offiziersaspirant, Postbediensteter und Lehrer, Paul Geleff, ein früherer Lehrer, und Harald Brix, ein früherer Buchhändler. Geleff war Kassier des Vereins, Pio und Brix redigirten das Parteiorgan. Alle drei waren auch agitatorisch thätig. Nicht unerwähnt dürfen auch die Verdienste bleiben, welche sich Jacquette Liljenkrantz, eine begabte Schriftstellerin, durch geistige und materielle Unterstützung um die Arbeiterbewegung erwarb.

Die Bewegung wuchs mit riesiger Schnelligkeit; die sozialistischen Organe wurden im ganzen Lande gelesen und von allen Seiten strömten die Arbeiter der Bewegung zu. Die bäuerliche Demokratie trat in den Hintergrund, sobald das Volk selbst in's Spiel kam. Aber mit der Bewegung wuchsen auch die Verfolgungen Seitens der Regierung und die Brutalitäten Seitens der herrschenden Klassen. Es begann jene Reihe von ebenso kleinlichen als niederträchtigen

Scheerereien, welche die Arbeiter stets zu erdulden haben, sobald sie als Klasse auftreten. Für sie existirt dann kein Gesetz und kein Recht mehr, die doch angeblich Allen «garantirt» sind. Einige Strikes wurden siegreich, andere ohne Erfolg durchgeführt. Die Hülfe der Sozialdemokratie war bei den Erfolgen ausschlaggebend. Als die Gasarbeiter strikten, war Kopenhagen einen Abend unbeleuchtet. So mächtig war diese Bewegung. Indessen trat man bald energisch mit weiteren Forderungen auf. In einer grossen Versammlung auf dem Norderfelde sollten Ausdehnung des Wahlrechts, Schiedsgerichte in gewerblichen Sachen u. s. w. verlangt werden. Die Polizei verhängte über diese Versammlung ein brutales Verbot. Die sozialistischen Führer forderten, da sie sich diesen Gewaltstreich nicht gefallen lassen wollten, auf, die Versammlung doch zu besuchen; da wurden Pio, Brix, Geleff u. A. verhaftet und die zur Versammlung sich einfindenden Arbeiter von Polizei und Militär mit Waffengewalt auseinander getrieben, wobei auch Blut floss. Während des langwierigen Hochverrathsprozesses, der gegen die verhafteten Führer eingeleitet wurde, liefen beim Folkething mehrfache Petitionen zu Gunsten der Verhafteten ein, die einmal beinahe zu einem Verfassungskonflikt führten. Aber die Linke wich einem solchen feige aus. März 1872 wurde das Urtheil gefällt, das Pio, Brix und Geleff zu mehrjähriger Zuchthausstrafe, 15 Andere zu Gefängnissstrafen verdammte. In der Appellationsinstanz trat einige Ermässigung ein, so dass Pio 5, Brix und Geleff je 3 Jahre Zwangsarbeit zu verbüssen hatten. Zu Gunsten der Verurtheilten wurde ein «Gnadengesuch», besser eine Adresse, an den König eingereicht, der abschlägig beschied, eine Taktik, welche die deutschen Sozialisten mit Recht nicht billigten. Dabei kam es abermals zu Polizeiaffairen, in Folge deren der Sozialist Piehl zu 8 Monaten Zuchthaus verurtheilt wurde. Piehl hatte 1872 auf dem Haager Kongress der Internationale 6000 dänische Arbeiter vertreten. Zugleich wurde die Partei durch Ministerialbefehl aufgelöst, worauf die Sozialdemokraten sofort einen neuen demokratischen Verein bildeten. Die dänische Polizei wurde von der russischen Knutenregierung beglückwünscht. Ein Antrag der Linken, dass die dänische Regierung eine Untersuchung der Verhältnisse der arbeitenden Klassen vornehmen möge, fand die Billigung der Arbeiter.

Die Agitation ging unterdessen rüstig fort; man gründete viele Gewerkschaften, und die Sozialdemokratie erstarkte trotz der Verhaftung ihrer Führer immer mehr.

Seit 1871 gingen neben der Sozialdemokratie auch die wirklich arbeiterfreundlichen Bestrebungen des alten Lunde her, eines Industriellen, der früher dem Folkething angehört hatte. Er verlangte Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, Altersversorgung u. s. w. und stand auf demokratischer Basis. 1877 erklärte er, dass eine Durchführung seines Programms nur von der Sozialdemokratie zu erwarten sei. Der Anhang Lunde's ist immer sehr zahlreich, seine positiven Bestrebungen aber bisher ohne Erfolg gewesen.

Die Ergebnisse der unten erwähnten Enquête lieferten das Material zu einem Fabrikgesetze. Dasselbe ist im Ganzen gleichartig mit allen derartigen Schöpfungen, welche in den modernen Staaten bestehen und die von den Bourgeois so oft übertreten werden. Man kann sich ja diesen Luxus der «Humanität» schon gestatten. Das dänische Fabrikgesetz schränkt die Kinderarbeit ein, doch nicht genügend. Auch zwei Fabrikinspektoren sind von Staatswegen angestellt. Das Fabrikgesetz fand auch Opposition von Seite der «radikalen»

Bauerndemokratie, soweit diese aus Grossgrundbesitzern bestand. Es ging indessen durch.

Die Gewerkschaftsbewegung nahm immer zu; es wurden viele glückliche Strikes durchgekämpft, und so suchte auch Max Hirsch in Dänemark Proselyten zu machen. Es gelang ihm aber nicht. Die Gewerkschaftsorganisation war in Dänemark ziemlich straff durchgeführt, und die einzelnen Gewerkschaften gruppirten sich fest um die Partei herum. Die Partei stand in enger Verbindung mit der Sozialdemokratie anderer Länder und hatte sich zur vollsten Blüthe entwickelt. Sie war eine mächtige und einflussreiche Verbindung geworden. Das Pressorgan « Sozialdemokraten » war ein viel gelesenes und gewichtiges Blatt.

Da kamen die drei Führer aus dem Gefängniss. Wir müssen gestehen, der Personenkultus, der damals mit ihnen getrieben wurde. überstieg ein weises Mass. Sie hätten dem selbst steuern sollen, aber sie thaten es nicht. Im Gegentheil berauschten sie sich in ihrer Popularität und übten eine Art Diktatur aus. Das Blatt « Sozialdemokraten » war so ziemlich ohne Kontrole in Pio's Hände gegeben; man muss ihm zugestehen, dass er es geschickt redigirte. Die Verwaltung war aber weniger lobenswerth, soweit es auf Pio ankam, wie wir noch sehen werden.

Die Reaktion trat insofern wieder brutal gegen die Sozialdemokratie auf, als Brix, der ein Witzblatt (« Ravnen ») herausgab, in verschiedenen Pressprozessen zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. Er verbüsst gegenwärtig, wenn wir recht wissen, diese Strafe.

Pio und Geleff unternahmen nun allerlei merkwürdige Manöver. Das Merkwürdigste davon war der Kolonisationsversuch. Sie warben sehr rührig für eine zu gründende sozialistische Kolonie in Amerika. Der Plan war albern, und sein Gelingen von vornherein fast unmöglich. Die deutsche sozialdemokratische Presse bekämpfte ihn mit aller Schärfe. Allein es fanden sich doch Solche, die theilnehmen wollten. Einige finden sich immer bei solchen Dingen.

Die Betheiligung an den Wahlen zum Folkething brachte wegen des Wahlsystems, das erst mit 30 Jahren wahlberechtigt macht, keinen Sieg. Da mit einem Male verbreitete sich die Nachricht, Pio und Geleff seien entflohen, und zwar nach Amerika.

Es war wirklich so. Sie hatten über ihre Geschäftsführung Rechenschaft ablegen sollen, aber sie hatten es nicht gethan. Man rückte ihnen auf den Leib, und sie ergriffen die Flucht, nachdem sie vorher reichliche Mittel aus dem Geschäft gezogen. Sie liessen das ganze Zeitungsunternehmen in grosser Verwirrung zurück und lieferten den Beweis, dass sie keine überzeugten Sozialisten, sondern gewissenlose Glücksritter waren, welche die Bewegung benutzt hatten, um sich die Taschen zu füllen. Die Summen, welche sie bei ihrer Flucht in Händen hatten, waren bedeutend. Das Auswanderungsprojekt fiel mit der Katastrophe natürlich in's Wasser. Die Partei war schwer getroffen, und sie krankt noch jetzt an diesem furchtbaren Schlag, den ihr zwei Schwindler versetzt haben. Das Parteiorgan existirt noch; allerdings steht es nicht so glänzend damit wie früher. Die Gewerkschaften bestehen noch und stützen die Bewegung. Von grösseren Demonstrationen hat man allerdings nicht wieder gehört.

Man behauptete, Pio und Genossen seien von der Polizei bestochen worden, um die Sozialdemokratie zu ruiniren. Bewiesen ist das nicht. Thatsache ist nur, dass es Dumme gab, welche die Schwindler wieder zurückrufen wollten.

Die erwähnte Sozialistin Liljenkrantz wirkte kräftig dagegen, und so unterblieb es auch, zum Glück für die dänischen Arbeiter.

Die dänische Arbeiterbewegung hat herbe Lehren und schwere Schläge empfangen; aber sie wird bestehen und wachsen. An dem Tage, da sie das Landproletariat zu sich heranziehen kann, hat sie das Uebergewicht. Und dieses Heranziehen ist in Dänemark nicht so schwer wie anderswo.

Wir haben noch hinzuzufügen, dass die schon erwähnte, zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse eingesetzte Kommission einen weiteren Bericht erstattet hat, welcher u. A. die Altersversorgung der Arbeiter von Staatswegen vorschlägt.

In Schweden und Norwegen hat sich die Arbeiterbewegung weniger entwickelt. In Stockholm besteht ein Arbeiterverein, der die deutsche Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen mit Geld unterstützt hat.

Schweden und Norwegen haben fast durchgängig ackerbautreibende Bevölkerung, die zäh an ihren alten Rechten hängt. Der norwegische Bauer und auch der Bürger haben viel demokratische Gesinnung und sind nicht so protzenhaft wie die dänischen. Norwegen hat eine ziemlich freie Verfassung; die dortigen Radikalen agitiren für allgemeines Stimmrecht. Im Allgemeinen gleichen die norwegischen Zustände den dänischen.

Der Arbeiter ist auch dort das Lastpferd der Gesellschaft. Daher agitirten schon 1850, durch die europäische Bewegung von 1848 angeregt, die industriellen Arbeiter für ihre Besserstellung. Man ging mit Assoziationen vor, erreichte aber wenig. 1868 gab es Gewerbefreiheit, und es entstand ein leidliches Fabrikgesetz, während in Schweden sich eine Art Schulze-Delitzsch, Axel Krook, fand, der Konsum- und Bildungsvereine errichtete. Es gab grosse und zähe Arbeitseinstellungen in Schweden und Norwegen, aber eine umfassende Organisation hat noch nicht geschaffen werden können. Die Agitation des dänischen Sozialisten Jansen in Norwegen schuf einigen Anhang für die Sozialdemokratie. Man hat indessen in neuester Zeit nichts mehr gehört.

Die Institutionen der nordischen Länder beruhen auf sehr fester Grundlage. Sie sind nicht leicht zu ändern Aber je mehr das moderne Leben dort einkehrt, desto mehr wächst auch die Sozialdemokratie.

Deutsches Reich.

I.

M. Sch. — Während Frankreich die Wiege des Sozialismus ist, ist Deutschland das klassische Land der modernen Arbeiterbewegung geworden. Im Deutschen Reiche haben es die sozialistisch gesinnten Staatsbürger verstanden, durch den umfassenden Gebrauch, welchen sie von den durch die Verfassung garantirten Gesetzen, insbesondere von dem Wahlrecht machten, nicht nur eine starke Zahl von Gleichgesinnten um sich zu sammeln, sondern auch ihre Stärke vermöge der bei den regelmässigen Wahlgängen beständig wiederkehrenden offiziellen Zählungen der Parteigänger für Jedermann sichtbar und erkennbar zu machen. Die wissenschaftliche Begründung des neuen Gesellschaftssystems

hat durch deutsche Gelehrte ihre exakteste Fortbildung gefunden, die praktische Propaganda durch populäre Belehrung der Massen in Wort und Schrift ist in Deutschland am eifrigsten und geschicktesten genährt worden, und auch ausserhalb ihres Mutterlandes, allenthalben im Auslande sind es vornehmlich Deutsche, die zur Bildung sozialdemokratischer Gemeinschaften die Anregung gaben. Der Umstand, dass der legale Gebrauch der verfassungsmässigen Rechte, wenn er auch der inneren Entwickelung der Partei nicht förderlich gewesen sein sollte, doch mindestens dazu führte, dass das stete Wachsthum der Anhängerschaar in vollster Oeffentlichkeit jederzeit wahrgenommen wurde, legte es den Gegnern der neuen Weltanschauung nahe, bei ihrer Bekämpfung der unbequemen Partei den Hebel an jener Gesetzgebung anzulegen. Man glaubte durch die Beseitigung der vordem gewährten Freiheiten den Mitgliedern der sozialistischen Partei den Boden zu entziehen, auf welchem sie bislang ihre Erfolge erzielt hatten. Die ersten Versuche in dieser Richtung unternahm die Deutsche Reichsregierung vor fünf Jahren. Sie legte dem Reichstage den Entwurf eines Pressgesetzes vor, welches in seinem § 20 die Unterdrückung jeder freisinnigen Presse bezweckte. Die gesetzgebende Körperschaft hat 1874 den Wünschen der Regierung nur zum Theil entsprochen, indem sie die Vorlage zwar in einer Weise veränderte, die einen Rückschritt gegenüber den bisher gültigen Partikular-Bestimmungen darstellte, aber den § 20, durch welchen dem Reichskanzler das Recht gewährt werden sollte, gewissen Zeitungen das Weitererscheinen zu untersagen, ablehnte. Die Regierung gab damals die Erklärung ab, sie würde «wiederkommen», und sie hielt schon nach zwei Jahren Wort. Es stellte sich nämlich angeblich das Bedürfniss heraus, das in den Jahren 1869 und 1871 erlassene Strafgesetzbuch des neuen Deutschen Reiches zu verschärfen. Zu den strenger zu fassenden Strafbestimmungen gehörten auch sämmtliche Paragraphen politischer Natur, der «Hass- und Verachtungsparagraph», der «Aufreizungsparagraph» u. A. m. Der preussische Polizeiminister Graf zu Eulenburg klagte dem Reichstage in langer Rede, dass es so selten gelinge, eine Verurtheilung der sozialistischen Redner und Schriftsteller durch die ordentlichen Gerichte herbeizuführen, und befürwortete demzufolge eine Abänderung der Gesetze, damit durch eine kautschukartig dehnbare Fassung der einzelnen Bestimmungen den Staatsanwälten die Verfolgung, den Richtern die Verurtheilung der missliebigen Politiker erleichtert würde. Die Sozialisten selbst, denen somit das Kompliment gemacht wurde, dass sie sich im Rahmen der Gesetze bewegt hätten, hatten sich übrigens noch niemals einer besonders entgegenkommenden und milden Haltung der richterlichen Organe gerühmt. Obgleich Fürst Bismarck in der dritten Lesung der Strafgesetznovelle in längerer Rede die von der Sozialdemokratie drohende Gefahr beleuchtete, wurden dennoch sämmtliche Neuerungen politischer Natur durch den Reichstag einstimmig verworfen. Aber man versprach abermals «wiederzukommen», die Gelegenheit hierzu fand sich weitere zwei Jahre später. Ein ohne Erziehung aufgewachsener, in jeder Hinsicht verwahrloster Mensch richtete die Waffe gegen den deutschen Kaiser. Die Kugel fehlte ihr Ziel, das Wurfgeschoss aber wurde aus Anlass dieses Ereignisses zum dritten Male gegen die Partei gerichtet, der man in Ermanglung jedes positiven Beweises für ihre Urheberschaft wenigstens die «intellektuelle Verantwortlichkeit» für das Geschehene aufbürdete. Ein Gesetzentwurf wurde ausgearbeitet, dessen Inhalt in dem Bestreben gipfelte, den Sozialdemokraten sämmtliche politischen

Rechte zu entziehen. Für diese Vorlage stimmte nur eine geringe Minderheit des deutschen Reichstages, bestehend aus den beiden konservativen Fraktionen. Die nationalliberale Partei verhielt sich nicht unbedingt abweisend gegen eine die Sozialdemokratie vernichtende Aenderung der Gesetzgebung. Sie sprach dies offen aus, und wiewohl sie nicht so unvorsichtig war, hinzuzufügen, dass es ihr blos darauf ankomme, den «liberalen» Schein zu retten, gab sie doch durch den Mund ihres Führers, Herrn v. Bennigsen, die sachlich gleichwerthige Erklärung ab, dass sie prinzipiell alle «Ausnahmsgesetze» verwerfe, weil sie nicht einer einzelnen Partei die Rechte entziehen wolle, die dem gesammten Volke verbleiben; sie sei jedoch bereit, in Aenderungen des «gemeinen für Alle gleichen Rechtes» zu willigen. Somit wurde die Attentatsvorlage ebenfalls zurückgewiesen.

Ein neues Ereigniss trat ein. Ein Mitglied der besseren Stände, dessen Vater lange Jahre geisteskrank war, und dessen Schwester gegenwärtig noch im Irrenhause sich befindet, hatte, aufgestachelt durch den Neid und den herostratischen Ruhm des Klempnergesellen Hödel, den Rest seines Verstandes verloren und fasste den unseligen Entschluss, einen neuen Mordversuch auf das Leben des deutschen Kaisers zu machen. Die Zeitungen veröffentlichten, leider erst in neuester Zeit, einen Brief, den Nobiling wenige Tage vor seiner That an einen Freund richtete, und aus welchem sich unzweifelhaft ergiebt, dass der verderbliche Plan keineswegs die Frucht einer langen sorgfältigen Ueberlegung, sondern die Folge einer plötzlichen Eingebung des Wahnsinns, begünstigt durch die unwillkommenste aller Gelegenheiten war. Es ist nicht schwer, den Vorgang und seine Entstehung psychologisch zu erklären: Dr. Nobiling, das Mitglied einer wohlhabenden Familie, Bewohner eines eleganten Quartiers Unter den Linden, dabei von kindisch-eitlem Charakter und mit der ererbten Disposition zur Geisteskrankheit, tritt an das Fenster seines Salons und sieht von fern den Kaiser im offenen Galawagen heranfahren. In diesem Moment drängt sich die Erinnerung an die mächtige Aufregung des vergangenen Monats durch sein Gehirn. Er durchdenkt im Augenblick alle jene Zeichen gewaltigen Aufsehens, das der unbedeutende Klempnergeselle aus Leipzig zu erregen verstanden hatte, die Menschenmassen tauchen vor ihm auf, welche die Schaufenster, in denen das Bild des Verbrechers ausgestellt war, umgaben, die Gespräche, die sich durchweg um diese Person bewegten, die zahllosen Zeitungsartikel, die sich mit diesem Menschen beschäftigten — von ihm, von Nobiling hatte die Welt keine Notiz genommen —, da erfasst ihn die Wuth der Eitelkeit und des Wahnwitzes, — mit Blitzesschnelle reisst er die mit Schrotkörnern geladene Jagdflinte von der Wand und sendet ihren Inhalt auf den greisen Fürsten, der unten vorbeifährt!

Der Schuss hat ein mächtiges Echo erregt, der Wahnsinn machte Weltgeschichte. Ein kaum entwirrbares Lügengewebe wurde über die sozialdemokratische Partei geworfen, um sie in den Maschen zu verstricken und wehrlos in den Abgrund zu stürzen. Zwar widerlegte jeder folgende Tag die Lügen des vorhergegangenen, aber *semper aliquid haeret.* — Das Socialistengesetz war jetzt möglich geworden. Einer der Schöpfer des Ausnahmegesetzes, der Abgeordnete Lasker, äusserte in einer Rede zu Gunsten desselben, dass durch die That Nobiling's die politische Sachlage für die Gesetzgebung um Nichts geändert worden sei. Niemals ist eine unbestreitbare Wahrheit von dem, der sie sprach, und von Seinesgleichen schnöder verleugnet worden. Es begann eine

Zeit, in der die Welt auf dem Kopfe zu stehen schien. Recht schien Unrecht Rohheit Vernunft geworden zu sein. Gekannte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei konnten sich auf den Strassen kaum vor Insulten und Thätlichkeiten schützen. Der Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung zog die schlimmsten Folgen auf Schuldige und Unschuldige herab. Die Arbeitgeber verbanden sich, um jeden Arbeiter, der durch sein Verhalten eine Neigung zur Sozialdemokratie erkennen liess, sofort zu entlassen und nicht wieder zu beschäftigen. Der 21. Oktober 1878 krönte die langjährigen Bemühungen der Reichsregierung, an diesem Tage wurde das «Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie» endgültig von allen kompetenten Faktoren sanktionirt. Hiernach ist der Exekutive die Befugniss eingeräumt, Vereine, «welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken» — oder in denen derartige Bestrebungen «in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten», zu verbieten, Versammlungen dieser Art zu untersagen, Druckschriften zu konfisziren resp. zu unterdrücken.

Welche Wirkungen hat dieses Gesetz geübt? Wie steht es seit dem Erlass desselben mit der sozialen Bewegung in Deutschland? Wir müssen bei Beantwortung dieser Frage dreierlei in's Auge fassen und zu prüfen suchen, welchen Entwickelungsgang seit dem Oktober 1878 erstens die äussere Form der Parteithätigkeit, die Parteiorganisation, zweitens das innere Wesen derselben, der Geist der Bevölkerung, und drittens die wissenschaftliche Forschung auf sozialitärem Gebiete, die soziale Literatur genommen haben. Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden über die voraussichtliche Wirkung desselben die widersprechendsten Vermuthungen laut. Die Einen versprachen sich davon das sofortige Aufhören der sozialdemokratischen Bewegung und riefen: «Entzieht die Massen der Verführung, und sie werden von selbst zur Zucht und Ordnung zurückkehren»; Andere glaubten, dass dieses Ziel erst nach und nach zu erreichen sei, «durch strenge Durchführung des Gesetzes in Verbindung mit Reformwerken der Liebe zur Versöhnung des Arbeiterstandes»; wieder Andere prophezeiten nunmehr ein bedeutendes unwiderstehliches Wachsthum der sozialistischen Partei. Die Thatsachen lehren uns, dass keine dieser Vorausverkündigungen richtig war.

Die grosse Menge derer, die bei Beurtheilung politischer Ereignisse nur den äusseren Erfolg als Massstab anlegen, wird glauben, dass von den drei erwähnten Vermuthungen die erste eingetroffen sei. Man könnte von diesem Standpunkte aus sich kaum einen glänzenderen unmittelbareren Erfolg wünschen, als denjenigen, der thatsächlich erzielt worden ist. Alle sozialistischen Broschüren, die im Laufe der letzten fünfzehn Jahre auf den Büchermarkt kamen, wurden verboten, sämmtliche periodische Pressorgane der Partei wurden unterdrückt, die späteren Versuche, diese Blätter in anderer Form zu ersetzen, inhibirt, alle Wahl- und Agitationsvereine, sowie zahlreiche Gewerkschafts- und Krankenkassenverbindungen ereilte dasselbe Schicksal; seit dem 21. Oktober 1878 haben die deutschen Sozialdemokraten im ganzen Reichsgebiete nicht eine einzige Versammlung mehr abhalten dürfen, und all' dies geschah, ohne dass von Seiten der Partei auch nur der Versuch gemacht worden ist, es zu verhindern. Es kam nirgends zu offenem Widerstande, zu tumultuarischen Szenen, zu Exzessen irgend

welcher Art. Ueberall hat das Gesetz gesiegt, und die Sozialdemokratie unterlag. Die Sozialdemokratie scheint todt zu sein! Sie liess es ruhig geschehen, dass ein Theil ihrer Genossen arbeitslos und erwerbslos wurde, dass Unterstützungsvereine aller Art ihre Thätigkeit einstellten, dass die wirthschaftlichen Schöpfungen, die Druckereigenossenschaften und Bildungsvereine zur Liquidation gezwungen wurden und die Sparpfennige der Mitglieder verloren gingen. Auch die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über einen Theil der Mark Brandenburg, die Ausweisung zahlreicher Parteigänger aus ihrer Heimath rief im sozialistischen Lager keinen Widerstand hervor. Wer möchte nicht den wunderbaren Erfolg dieser Gesetzgebung preisen, die mit einigen Federstrichen die unzufriedensten und ungeberdigsten Elemente des Staates zum Schweigen gebracht hat?

Blickt man aber durch die Hülle, die auf den Massen lagert, hindurch und sieht in ihre Herzen und Nieren, so gewahrt man nicht die bewegungslosen Organe eines Leichnams, sondern das frische pulsirende Leben des vollkräftigen Mannes. Es ist schwer, ein richtiges Bild von rein innerlichen Vorgängen, die sich in dem Geist der Bevölkerung vollziehen, zu gewinnen, weil der Beschauer stets nur einen begrenzten Kreis sieht, und zudem sein Blick zu leicht durch die Subjektivität der eigenen Parteiansicht getrübt wird. Die Verführung liegt hier nahe, isolirte Erscheinungen für Symptome der gesammten Denkweise des Volkes anzusehen. Andererseits wird es erforderlich sein, Schlüsse auf die Allgemeinheit nur aus unbestrittenen Thatsachen zu ziehen, und wir müssen desshalb bei unserem Bestreben, den gegenwärtigen Stand der sozialen Bewegung zu erfassen, uns lediglich an solche Vorkommnisse halten, die eine mehr als untergeordnete Bedeutung haben.

Vier Monate waren seit Erlass des Ausnahmegesetzes verflossen, als die sozialistische Partei zum ersten Male in die Lage kam, den Ruf: «Zur Wahlurne!» an ihre Anhänger zu richten. Der Vertreter des westlichen Wahlkreises der Stadt Breslau, der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Bürgers, war gestorben, eine Ersatzwahl sollte stattfinden. Die Sozialdemokratie beschloss, alle Kraft daran zu setzen, um den Wahlkreis für sich zu erobern und die beiden Gegenkandidaten, ein Mitglied der Konservativen und einen Angehörigen der Fortschrittspartei, zu verdrängen. Man muss, um die Wichtigkeit dieses Kampfes zu würdigen, die Umstände kennen, unter denen er vollzogen wurde. Bisher waren bei ähnlichen Anlässen Luft und Licht zwischen den Parteien ziemlich gleich vertheilt, alle Nebenbuhler genossen dasselbe Mass von Press- und Versammlungsfreiheit, und was den Sozialdemokraten in Folge der Ungunst der Behörden davon abging, ersetzten sie durch um so höhere Rührigkeit. Jetzt aber entspann sich ein Kampf, den ein völlig Waffenloser gegen zwei wohlbewehrte, mit allem Vertheidigungs- nnd Angriffsmaterial trefflich ausgerüstete Gegner unternahm. Die Konservativen und Liberalen besitzen in Breslau zahlreiche, viel verbreitete Zeitungen, die täglich ihre Spalten mit agitatorischen Artikeln füllten und unablässig im Sinne ihrer Mandatgeber die Wählerschaft zu beeinflussen suchten. Ihnen standen grosse Versammlungslokale, schlagfertige Redner und wohlgefüllte Parteikassen zur Verfügung; hierzu kommt noch das ökonomische Uebergewicht der Reichen bei der Abhängigkeit der Armen, das sich bei Wahlen stets in verhängnissvoller Weise geltend macht. Die Sozialdemokratie dagegen war aller Mittel beraubt, durch die sie sonst auf die Wählerschaft zu wirken wusste. Sie besass keine

Pressorgane, in denen sie die Angriffe der Gegnerschaft abschlagen, die üblichen Verleumdungen widerlegen konnte, sie durfte weder Flugblätter verbreiten noch Versammlungen abhalten, jederlei Ansprachen und Agitationen in den Fabriken und Werkstätten waren unmöglich. Ihre gesammte Thätigkeit bestand darin, dass Stimmzettel mit dem Namen des Kandidaten in die Häuser der Stadt getragen und am entscheidenden Tage vor den Wahllokalen ausgegeben wurden. Bisher hatte sie öffentlich, in Rede und Schrift Alles aufgeboten, um die indifferente Masse für sich zu gewinnen, durch zündende Ansprachen wurde die Theilnahme, die Begeisterung des Volkes erweckt, überallhin erschallte der Werberuf, um die Säumigen herbeizuziehen, die Widersprechenden zu überreden. Dies Alles musste nunmehr unterbleiben, man konnte nicht mehr das Volk rufen, man musste ruhig bei Seite stehen und abwarten, ob es von selbst kommen würde.

Und es kam. 5700 Wähler gaben am Tage der Wahl ihre Stimmen zu Gunsten des Sozialisten ab, 5700 traten unaufgefordert an die Wahlurne und legten Zeugniss ab für ihre Gesinnung. Dieser erste Wahlgang blieb unentschieden, keiner der drei Konkurrenten erreichte die absolute Stimmenmehrheit; es wurde eine engere Wahl erforderlich zwischen dem Fortschrittsmann und dem Sozialdemokraten, bei welchem zwar der erstere siegte, der letztere aber auf's Neue 2000 Stimmen gewann. Vergleichen wir das Wahlergebniss mit dem Resultat der vorangegangenen Wahl in demselben Kreise, so finden wir, dass sämmtliche Parteien numerisch Stimmen eingebüsst hatten, auch die sozialistische. Diese Erscheinung hat nichts Befremdliches; isolirte Wahlgänge, die an der Zusammensetzung des gesetzgebenden Körpers nichts mehr ändern können, finden immer unter geringerer Betheiligung statt. Aber das Verhältniss der Stärke der Parteien zu einander hatte sich, wenigstens soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, nicht verändert. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes wies die Gesammtheit der Wählenden genau denselben Prozentsatz von Sozialdemokraten auf, wie zur Zeit des freisinnigeren Regiments. Diese Thatsache lehrt uns nicht nur, dass alle Angaben über den Rückgang der sozialistischen Partei falsch sind, sie zeigt auch auf das Schlagendste einen unleugbaren Fortschritt, den die Bewegung in wenigen Monaten gemacht hat. Nicht mehr wie bisher bedarf es einer intensiven Agitation, um die Bevölkerung zur Stimmabgabe im sozialistischen Sinne zu bewegen und den Indifferentismus zu überwinden, — die Theilnahmlosigkeit von ehedem ist geschwunden, unaufgefordert eilen die Massen herbei, man braucht sie nicht mehr zu rufen. Diejenigen, die man früher in ihrer Häuslichkeit aufsuchen musste, wenn sie ihr staatsbürgerliches Recht ausüben sollten, suchten jetzt freiwillig die Stätten auf, wo sie Unterweisung über die Wahl und Stimmmaterial zu erhalten wussten. Mit der winzigen Summe von 600 Mark, die für den Druck von Wahlzetteln und für Entschädigung des persönlichen Zeitverlustes der Austräger verausgabt wurden, bestritt die sozialistische Partei in Breslau die Kosten beider Wahlgänge!

Noch eine andere charakteristische Wahrnehmung konnte man in Breslau machen. Bisher hatten die Sozialisten darüber zu klagen, dass ihnen durch die Unkenntniss ihrer Gesinnungsgenossen, durch falsche Auslegung der gesetzlichen Vorschriften und allerhand Missverständnisse zahlreiche Stimmen als «ungültig» oder «zersplittert» verloren gingen. Man hätte wohl annehmen dürfen, dass in Folge des Mangels an jeder öffentlichen Belehrung über die herrschenden Ge-

bräuche sich diese Irrthümer vermehren würden. Das Gegentheil hievon trat ein, weil, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Intelligenz des Volkes mit den sich aufthürmenden Schwierigkeiten und den Verkürzungen seiner Rechte gradatim zunimmt. — Mehrere weitere Nachwahlen, die seitdem im Königreich Sachsen und der preussischen Provinz Brandenburg stattgefunden haben, hatten einen ähnlichen Verlauf wie die Breslauer Wahl.

Im Monat Mai 1879 wurde Breslau auf's Neue der Schauplatz eines Ereignisses, das vortrefflich geeignet ist, die wahren Gesinnungen der Bevölkerung erkennen zu lassen. Der Vertreter des östlichen Wahlkreises der Stadt, der sozialdemokratische Abgeordnete Reinders, starb in Folge eines Lungenleidens, das er sich in unermüdlichem Dienste für seine Partei zugezogen hatte. Man hat bei Gelegenheit der grossen sozialdemokratischen Leichenbegängnisse zu Berlin im Jahre 1878 behauptet, dass die gewaltige Betheiligung durch die Agitation des sozialdemokratischen Organs der Reichshauptstadt hervorgerufen worden war. Mittel dieser Art konnten in Breslau selbstverständlich nicht zur Anwendung kommen. Die dem Verstorbenen Nahestehenden begnügten sich damit, den Tod ihres Freundes in den liberalen Lokalblättern bekannt zu machen und die Zeit der Beerdigung gleichzeitig mitzutheilen. Am festgesetzten Tage waren aus zahlreichen schlesischen Ortschaften Deputationen erschienen, welche Kränze, mit Schleifen verziert, überbrachten. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich vor dem Trauerhause eingefunden, sogar die benachbarten Strassen waren dicht mit Leidtragenden gefüllt, und auf dem Wege von der Wohnung des Entschlafenen zum Friedhofe bildeten die Einwohner Breslau's Spalier. Nicht die Neugier hatte die überwiegende Mehrzahl der Anwesenden herbeigeführt, warme Theilnahme las man auf allen Gesichtern und rege politische Sympathie für den Verstorbenen. Die liberale Presse Breslau's hat die Zahl derer, die dem Leichenwagen folgten, auf mindestens 12,000 geschätzt. Welcher Monarch hat je ein solches Begräbniss gehabt?

Wir folgern aus dem Mitgetheilten, dass durch die Zerreissung des äusseren Bandes, welches die Sozialisten Deutschlands früher in ihrer Parteiorganisation umschlang, der innere Zusammenhang, das gemeinsame Fühlen und Denken, sowie der Wille, diese Solidarität auch durch gemeinschaftliches Handeln zu bethätigen, nicht vernichtet worden ist. Die Sozialdemokratie in Deutschland ist heut noch derselbe Faktor, der sie vor Jahresfrist war. Sie hat sich nicht zu ungesetzlichen Schritten, die nur ihre zeitweilige Vernichtung bewirken könnten, hinreissen lassen, sie hat aber auch die Prinzipien, für welche sie stritt, nicht aufgegeben. Untersuchen wir nun, wie es mit den literarischen und praktischen Arbeiten auf sozialem Gebiete inzwischen in Deutschland gegangen ist. Der Gedanke des Forschers ist zum Glück geborgen vor allen Unterdrückungsmassregeln der Polizei. Findet die freie Forschung in Deutschland keine Heimstätte mehr, wo sie sich öffentlich entfalten und gedeihen kann, so werden andere Länder ihr nicht die Thore verschliessen. Gedanken sind zollfrei, auch im neuen deutschen Reiche. Freilich darf man nicht verkennen, dass der Entwickelung der Wissenschaft Schwierigkeiten bereitet werden können, die deren Fortschritte zu verzögern vermögen.

Der Zeitraum, der seit dem Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes verstrichen ist, ist viel zu kurz, als dass sich bereits über den Einfluss, den die neuen Zustände auf die Förderung der sozialökonomischen Lehre ausüben, urtheilen

liesse. Die wirthschaftlichen Reformen, die von den Gegnern der Sozialdemokratie versprochenen «Werke der Liebe», von denen oben die Rede war, lassen immer noch auf sich warten. Man hat auf Veranlassung des Grafen Moltke im vorigen Jahre einen Fonds gesammelt, über dessen Verwendung eine Einigung, wie es scheint, nicht erzielt werden kann. Im Uebrigen fehlt es bis jetzt auch noch an jedem Versuche zur Besserung der sozialen Verhältnisse, wenn man nicht die neue Zollpolitik Bismarcks, durch welche dem Volke die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse vertheuert werden, hierzu rechnen will. Die Christlich-Sozialen der orthodox-evangelischen und -katholischen Richtung sowohl als die Gewerkvereine der Fortschrittspartei haben inzwischen wenig von sich reden gemacht, das Sozialistengesetz hat ihnen sicherlich keinen Nutzen gebracht. Im radikalen Lager selbst hat die schriftstellerische Thätigkeit fast gänzlich geruht, im Inlande dürfen sich ja die Erzeugnisse nicht an das Tageslicht wagen, nur eine einzige bedeutende Schrift von Bebel: «Die Frau und der Sozialismus» ist seitdem in der Schweiz erschienen und liefert den Beweis, dass die Fortbildung der philosophischen und wirthschaftlichen Grundsätze der Sozialdemokratie nach wie vor am Herzen liegt. Ebenfalls in das Ausland haben sich diejenigen Blätter flüchten müssen, welche die Vertretung der Partei in der periodischen Literatur erhalten wollen. Es erschienen während des letzten Semesters zwei Druckschriften dieser Art. In Belgien gab Karl Hirsch die «Laterne» heraus, welche nach dem Vorbild der Rochefort'schen «Laterne» einen rein politisch-polemischen Charakter trug und in Opposition gegen die Reichsregierung aufging. In London redigirt Most die «Freiheit», die sich ein etwas weiter begrenztes Gebiet für ihre Erörterungen gewählt hat, indem sie die Leser durch thatsächliche Mittheilungen über den Stand der Arbeiterbewegung in allen Ländern zu unterrichten sucht. Leider ist dem Autor dieses Blattes früher in Deutschland von den Regierungen so arg mitgespielt worden, dass er sich in einer masslosen Verbitterung befindet und gegen jede ruhige Erwägung der Sachlage, gegen jede vernünftige Prüfung der Verhältnisse sich hartnäckig verschliesst. Wenn durch injuriöse Traktirung der Gegner die soziale Frage gelöst werden kann, dann ist die Most'sche «Freiheit» allerdings auf dem besten Wege zum Ziel. Wir erlauben uns hier nur die bescheidene Bemerkung, dass man zur Beurtheilung der deutschen Verhältnisse und dessen, was der Sozialdemokratie daselbst frommt, um so weniger befähigt ist, je ferner man dem Schauplatz der Ereignisse steht, ferner dass man durch Drohungen mit Mord und Todtschlag, Revolution und rothem Hahn immer das Gegentheil des Eindrucks, den man erzielen möchte, hervorruft, — so lange man nämlich erweislich nicht die Macht besitzt, seinen Drohungen eine praktische Folge zu geben. Man kann aber hierdurch leicht eine schwere Verantwortung auf sich laden. Minder überlegte Naturen können durch die Lektüre der brandigen Kraftphrasen erhitzt und zu fruchtlosen Alterationen getrieben werden. Die üblen Wirkungen, welche die unglücklichen Opfer dieser neuen sozialistisch-anarchistischen Presse alsdann auf sich und die Gesammtheit herabziehen, werden den Urhebern ihrer Verblendung nicht verziehen werden. — Nachschrift. Bei der am 8. Juli stattgehabten Nachwahl in Breslau erhielt Hasenclever 5404 Stimmen, Leonhard (konserv.-nationall.-fortschrittl.) 5674, Hager (klerik.) 2933. Das ist um so mehr als ein Erfolg der Sozialdemokratie zu betrachten, als die Wahllisten seit vor. Jahr nicht geändert wurden, was die flukturende Arbeiterbevölkerung benachtheiligt.

II.

K. H. — Die Leute, denen das Zustandekommen des Sozialistengesetzes hauptsächlich zu verdanken ist, die Herren vom linken Flügel der Nationalliberalen, wollten der Regierung zwar die Unterdrückung von «Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten,» ermöglichen, allein sie hatten — mit Ausnahme des Ludwig Bamberger vielleicht — wohl nicht die Absicht, auch in wissenschaftlicher Form auftretende sozialdemokratische Erörterungen der Regierung auszuliefern. Sie waren leider so treuherzig, zu glauben, dass die Behörden die nationalliberale Auslegung des Gesetzes zu der ihrigen erheben würden. Bekanntlich haben aber die Pessimisten Recht behalten: es sind selbst solche Schriften verboten worden, wie die Berliner «Zukunft», Engel's «Umwälzung der Wissenschaft» und Bebel's «die Frau und der Sozialismus», so dass man sagen kann, es seien auch ganz wissenschaftliche (in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes, an den sich die Behörden nicht zu halten brauchen) Diskussionen, sobald sie zu sozialdemokratischen Schlussfolgerungen kommen, in Deutschland heutigen Tages nicht erlaubt — wenigstens wenn sie von bekannter sozialdemokratischer Seite ausgehen. Um objektiv zu sein, muss man allerdings hinzufügen, dass nicht dazu geschritten wurde, die Hand an ein älteres Hauptwerk der sozialistischen Kritik, das «Kapital» von Karl Marx, oder an die Werke E. Dühring's zu legen, was immerhin als gutes Zeichen dafür betrachtet werden kann, dass das wissenschaftliche Gewissen der Deutschen — auf das sie sich von jeher so viel einbilden — noch nicht ganz ausgestorben ist. Weniger auffallend dürfte es sein, dass man die Bücher des Herrn Dr. Schäffle verschont hat, dass das Verbot der bekannten «Quintessenz» sofort wieder rückgängig gemacht wurde, obgleich wenige Schriften so geeignet sind wie diese, die in Bezug auf den Sozialismus herrschenden Vorurtheile bei gebildeten Leuten zu zerstreuen.*)

Wenn aber auch den Sozialdemokraten der Mund geschlossen ist, so kommen doch sozialistische Ideen mehr oder minder offen oder verstohlen da und dort in wissenschaftlichen Schriften zum Vorschein. Die sogen. kathedersozialistische Richtung — und zwar gerade die am weitesten links stehende Fraktion derselben — hat sich in der letzten Zeit recht rührig gezeigt. Lassen wir einige Erscheinungen der diesbezüglichen Literatur Revue passiren.

Noch kurz vor dem Oktobergesetz erschienen die letzten Bände des grossartigen Werkes von Schäffle: «Bau und Leben des sozialen Körpers»**) sowie die Uebersetzung des bekannten Laveleye'schen Buches über die ursprünglichen Formen des Eigenthums. Der Uebersetzer, Herr Dr. Karl Bücher, hat der deutschen Ausgabe***) noch mehrere werthvolle Kapitel hinzugefügt; jedoch

---

*) Wie die «Germania» und andere Blätter mittheilten, sind Ostern des Jahres von Brüssel aus zahlreiche Exemplare der «Quintessenz» gratis nach Deutschland verschickt worden; nach der, gewöhnlich gut unterrichteten, «Laterne» wären es 10,000 Stück gewesen.

**) Der Leser findet einen Auszug daraus auf S. 105 ff. Anm. d. Herausg.

***) «Das Ureigenthum.» Leipzig, Brockhaus.

ist er durch die herrschende Stimmung etwas beengt worden und hat es unterlassen, aus seinen Forschungen sozialpolitische Folgerungen zu ziehen. — Die von Professor Schmoller in Strassburg herausgegebenen «Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen»*) nahmen einen guten Fortgang. Unter den zuletzt erschienenen Bänden verdienen besondere Erwähnung des Russen A. Thun's Werk über «die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter», sowie, mit einigen Einschränkungen, Michaelis' «Die Gliederung der Gesellschaft nach dem Wohlstande». Herr Michaelis scheint gegen eine gleichmässige und gerechte Vertheilung nichts weiter einwenden zu wollen, als dass man damit noch eine gewisse Zeit warten müsse. — Der neueste Band betitelt sich: «Die schweizerische Almend in ihrer geschichtlichen Entwickelung vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart» und hat zum Verfasser A. v. Miaskowski. — Ebenso fährt die Tübinger «Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft» unter der bewährten Leitung von Schäffle und Adolf Wagner fort, vom sozialistischen Geiste angehauchte Artikel zu bringen; indessen scheint sie sich vom Sozialistengesetz doch etwas genirt zu fühlen, wie sich aus verschiedenen Aeusserungen schliessen lässt. — Weiter können hier bemerkt werden die von Dr. R. F. Seyfferth herausgegebenen «Staatswirthschaftlichen Abhandlungen» (Leipzig bei Eckerlein), auf deren weitere Entwickelung — bis jetzt sind erst zwei oder drei Hefte erschienen — man gespannt sein darf. — Wie sehr überhaupt bereits die Presse vom «sozialistischen Gift» infizirt ist, ergibt sich wohl am schlagendsten aus der Besprechung, welche die «Kölnische Zeitung» (Nr. 176 vom 27. Juni 1879, 3. Blatt) dem «Lehrbuch der politischen Oekonomie» von A. Wagner und E. Nasse widmete. Da heisst es u. A.: «Die oberste und einzig praktische Frage der Volkswirthschaft ist die des Verhältnisses des einzelnen wirthschaftenden Individuums zur wirthschaftenden Gesellschaft und zum Staat. Wagner nun wie Schäffle bestimmen wesentlich die rechtliche wie wirthschaftliche Sphäre des Einzelwesens nach den Bedingungen und Anforderungen des wirthschaftlichen Gemeinwesens; und selbst das Ziel jeder staatlichen Entwickelung erkennen sie (namentlich Schäffle) darin, die öffentlichen Gewalten auf wirthschaftende Gruppen je nach deren Grösse und Wichtigkeit zu vertheilen. Hier begegnen sich beide mit den wissenschaftlichen Sozialisten, wie ja auch beide der Vorwurf, im Ziele mit letzteren sich zu begegnen, nicht mit Unrecht trifft; wenn das ein Vorwurf ist. In den Mitteln zu diesem Ziele gehen sie natürlich auseinander (?) und huldigen der Förderung ruhiger, stetiger Entwickelung der wirthschaftlichen Organisation, des sozialen Stoffwechsels. Die Frage des persönlichen Privateigenthums wie die die letztere bedingende des Erbrechts halten sie mit Lassalle und Marx für diskutirbar; freilich nicht jetzt, sondern auf einer späteren Stufe der Entwickelung, welche naturgemäss und von selbst zu einer Modifikation dieser Begriffe führen könne und werde.»

«Wenn das ein Vorwurf ist» — dieses Zugeständniss des sonst so liberalmanchesterlichen Blattes durften wir wohl durch den Druck hervorheben.

Aber nicht nur in der Literatur, sondern im ganzen öffentlichen Leben brechen sozialistische (wenn auch nicht sozialdemokratische) Ideen sich in einer Weise Bahn, welche vor 10 oder 15 Jahren noch geradezu unmöglich gewesen wäre. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Kommunalisirung der Pferde-

*) Leipzig, Duncker und Humblot.

bahnen wird betrieben, das Tabaksmonopol kommt nicht von der Tagesordnung u. s. w., kurz: es schwindet merklich die Scheu, Staat und Gemeinde von industriellen und Transport-Betrieben fernzuhalten.*) — Dagegen möchten wir die Schutzzollbewegung durchaus nicht als eine sozialistische gelten lassen, wiewohl ihr dieser angebliche Charakter von den Freihändlern oft vorgeworfen wurde. Aber Freihandel und Handelsfreiheit, äusserte sich einmal sehr richtig Rodbertus in einem kürzlich wieder veröffentlichten Schreiben, sind genau zu unterscheiden. «Freihandel ist nur das sich selbst überlassene individualistische Verkehrsgetriebe auf den heutigen sozialen Grundlagen; Handelsfreiheit ist nur die Befreiung des internationalen Handels von Allem, was Sperrmassregeln ähnlich sieht, also auch von Schutzzöllen. Diese Unterscheidung ist keine willkürliche Erfindung von mir, sie besteht in der Theorie und hat in der Praxis bestanden. Carey z. B. ist ein entschiedener Freund des Freihandels, aber ein ebenso entschiedener Gegner der Handelsfreiheit, insofern er Schutzzölle für sein Vaterland begehrt. Neuvorpommern und Mecklenburg besassen, ehe sie Preussen und dem deutschen Reiche einverleibt wurden, Handelsfreiheit im vollsten Masse, aber von Freihandel war bei ihrer Zunftverfassung und ähnlichen Institutionen für den Grundbesitz keine Rede. So bin ich denn, Carey gerade entgegengesetzt, der entschiedenste Gegner des Freihandels, aber ein ebenso entschiedener Freund der Handelsfreiheit.» Dieser Standpunkt von Rodbertus, der natürlich als Beschränkung des Freihandels keine Zunftverfassungen, sondern sozialistische Massregeln eingeführt sehen wollte, ist auch derjenige der Sozialdemokratie. Wenn man in den Schutzzöllen eine Staatshülfe erblickt und alle Staatshülfe, gleichgültig, welchen Charakter sie trage, mit Sozialismus gleichsetzt, dann müsste man z. B. auch jede Art von Polizei zu den sozialistischen Institutionen rechnen. — An dieser Darlegung ändert nichts, dass bei den Berathungen im Reichstag die sozialdemokratischen Abgeordneten sich theilweise für Schutzzölle engagirt haben. Es geschah das in dem Glauben — einem Glauben, den Verfasser dieses Berichts nicht theilt — dass sich die Lage der Arbeiter durch «Schutz der heimischen Industrie» in einigem Masse heben könne, vielleicht auch mit Rücksicht auf den Glauben eines Theils der Industriearbeiter an eine solche Wirkung. Aber keiner unserer Abgeordneten — auch nicht Max Kayser — scheint ernstlich die Ansicht zu hegen, als vertheidige er in schutzzöllnerischen Massregeln sozialistische Einrichtungen.

Ebenso wenig wie die schutzzöllnerischen kann man, wie schon angedeutet, die zünftlerischen Bestrebungen als sozialistische betrachten. Wenn auch in

*) Ein Frankfurter Börsenblatt stimmte kürzlich folgende Kassandra-Klage an: «Künftighin wird man keine industriellen Gesellschaften mehr für Ausrüstung der Schienenstrassen gebrauchen. Der Staat wird Maschinen- und Waggon-Bauer, Personen- und Güterbeförderer werden, wie er schon Brief- und Depeschenbeförderer, Bankier, Salz- und Kohlen- (bald vielleicht auch Tabaks-) Händler, Drucker und Verleger ist. Was bleibt da schliesslich der Privatthätigkeit? Wenn es noch eine Zeit lang in dieser Tonart fortgeht, wird sie bald auf die Privat wohlthätigkeit angewiesen sein. Wir nähern uns in der That dem sozialdemokratischen Ideal des Staates», (? von der Demokratie gewahre ich nichts. [Der Berichterstatter.]), «nur dass es wunderbarerweise nicht von Unten, sondern von Oben erstrebt wird. . . . »

denselben eine Reaktion gegen den Freihandel zu erblicken ist, so ist es doch eben eine rückläufige Bewegung, die auf etwas ganz Anderes hinaus will als die genossenschaftliche Regelung der Produktion, wie sie von Sozialisten vorgestellt wird. — Eher lässt sich das Gesetz gegen die Verfälschung der Lebensmittel, welches kürzlich angenommen worden ist, als ein sozialistisches bezeichnen, insofern es dem Regime des «Gehen- und Geschehen-Lassens» einen empfindlichen Streich versetzt.

Auch als Zeichen der Zeit zu betrachten ist der Antrag des Reichstagsmitgliedes Stumm — eines hochschutzzöllnerischen Freikonservativen — auf Einführung von Altersversorgungs- und Invalidenkassen. Gewiss liegt diesem Antrag ein gut-sozialistischer Gedanke zu Grunde, aber gerade desshalb wird seine Verwirklichung unter den heutigen politisch-wirthschaftlichen Verhältnissen auf nicht geringe Schwierigkeiten stossen. Uns macht es daher den Eindruck, als sei sich Herr Stumm über die Tragweite seines Antrags nicht vollkommen klar gewesen. Jedenfalls hat die Kommission, welcher die Angelegenheit zur Berichterstattung übertragen wurde, nicht Lust oder Muth gehabt, die Frage genau zu untersuchen.

«Obgleich die Kommissarien des Reichskanzleramts, Geh. Rath Nieberding, und des preussischen Handelsministeriums, Geh. Oberregierungs-Rath Lohmann, die Kommission dringend ersuchten, sich nicht mit einer allgemeinen und desshalb nichtssagenden Resolution zu begnügen, sondern durch Eingehen auf die Einzelfragen die Probe auf das Exempel zu machen, hat die Kommission davon Abstand genommen, den von dem Abg. Stumm vorgelegten Gesetzentwurf auch nur in der Hauptfrage zu diskutiren. Die von der Kommission sogar mit 12 gegen 3 Stimmen angenommene Resolution fordert den Reichskanzler auf, dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Invaliden- und Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter mit obligatorischer Beitragspflicht vorzulegen. Die Resolution hat selbstverständlich nur den Werth einer Demonstration, da die Berathungen der Kommission selbst ohne jedes praktische Resultat geblieben sind.»

So schreibt ein konservatives Blatt. Ob nun diese «Demonstration» ernst gemeint ist, oder nicht, das wird die Zukunft lehren. Jedenfalls ist zu beachten, dass man überhaupt anfängt, sich mit derartigen Gesetzesvorschlägen zu beschäftigen. Hier liegt entschieden ein indirektes Verdienst der Sozialdemokratie vor; denn würde dieselbe nicht die Massen des Volks zum politischen Verständniss ihrer Lage gebracht haben und dasselbe wach erhalten, so fiele es den Herren nicht ein, auch nur die geringsten Verbesserungen anzuregen oder gar Anträge zu stellen, die mit Ernst angefasst und rationell modifizirt von weittragender Bedeutung werden könnten.

Es kann übrigens der Verlauf dieser Sache, wie die ganze Art und Weise, in der sozialistische Ideen heutzutage zur Verwirklichung kommen, zum Beweis dafür angeführt werden, dass diejenigen Recht haben, welche die *wirthschaftliche Entwickelung allein* für unfähig halten, die Gesellschaft sozialdemokratisch umgestalten, vielmehr die Erweckung des *Gerechtigkeitsgefühls* für einen ebenso nothwendigen Faktor hierbei erklären. Denn würde dieser letztere seinen Einfluss nicht geltend machen, würden sich die unteren Klassen auch fernerhin Zurücksetzung und Ausbeutung gefallen lassen, so könnte zwar die wirthschaftliche Entwickelung zu einem sozialistischen Staate

führen, aber nur zu einem sozialaristokratischen, nicht zu dem sozialdemokratischen. Es könnte dahin kommen, dass der Staat, wie jetzt die Eisenbahnen und in einigen Ländern die Tabaksindustrie, so die gesammte Produktion und den Verkehr in seiner Hand vereinigte, ohne dass damit eine Besserung der Lage des arbeitenden Volkes Hand in Hand zu gehen brauchte. Denn die Vertheilung des unter staatlicher Leitung Produzirten bliebe durchaus von den politischen Machtverhältnissen abhängig. Wir glauben zwar nicht, dass ein sozialaristokratisches Gemeinwesen sich lange halten würde, da die unterdrückte Majorität sehr bald einsehen müsste, wie leicht sie eine gerechte Vertheilung herbeiführen kann. Aber sie wird dies doch nur einsehen und sich helfen, wenn das Gefühl, dass sie unterdrückt ist, und der Wunsch, besser zu leben, die Initiative ertheilt hat.

Wenn wir nun von dieser Frage, auf was man am meisten vertrauen müsse, ob auf die «wirthschaftliche Entwickelung» oder auf das Erwachen des «Gerechtigkeitsgefühls» und des Verlangens nach «menschenwürdigerem» Dasein, zurückkommend, noch ein Wort über die Chancen der Sozialdemokratie in der nächsten Zeit sagen sollen, so möchten wir unsere Meinung dahin aussprechen, dass dieselben durchaus keine ungünstigen sind. Es entspringt diese Aeusserung nicht etwa dem Wunsche, durch optimistische Träume den eigenen Muth und den der Freunde zu heben und darum die wahre pessimistische Gesinnung zu verbergen — lieber würden wir in Bezug auf diesen Punkt ganz geschwiegen haben —, sondern wir sprachen unsere volle Ueberzeugung aus. Worauf sich unsere Hoffnungen gründen, detaillirt auseinanderzusetzen, wäre indessen nicht sehr diplomatisch. —

Frankreich.

I.

C. H. — Die Weltausstellung von 1878 musste nothwendig der Arbeiterbewegung in Frankreich einen mächtigen Impuls geben. Seit 1851, wo die Serie dieser grossen periodischen Wettkämpfe der Industrie begann, hat sich unter den strebsameren Elementen der französischen Arbeiterwelt die Tradition herausgebildet, die Ausstellungen durch selbstgewählte Delegirte der Fachvereine zu beschicken. Diese Delegirten berichten auf Grund eines ihnen ertheilten, von den Fachgenossen durchberathenen ausführlichen Mandats, eines Fragebogens, sowohl über die von ihnen konstatirten Fortschritte der Industrie im Allgemeinen und über die Eindrücke, die sie durch den Besuch der Ausstellung gewonnen haben, als auch insbesondere über die gewerbliche Branche, die jeder von ihnen speziell vertritt. Die deutschen Arbeiter erinnern sich noch des Empfangs, der 1873 in Pforzheim, Stuttgart, Augsburg, München etc. den französischen Arbeiterdelegirten auf ihrer Reise nach der Wiener Ausstellung von uns bereitet wurde. Es war das ein Akt der Verbrüderung, welcher um so wohlthuender wirkte, je mehr die Presse in beiden Ländern beflissen war, die Kluft, die der Krieg von 1870 zwischen beiden Nationen gerissen hatte, offen zu erhalten. Die Berichte der Delegationen von Wien und Philadelphia, die

im Druck erschienen sind und mehrere dicke Bände füllen, zeugen von selbstständigem Denken, scharfer Beobachtung und warmem Gefühl für die Arbeitersache; sie stehen vielleicht nicht immer auf der Höhe der ökonomischen Wissenschaft, aber nichtsdestoweniger haben sie mit ihren Schlussfolgerungen der Bewegung in Frankreich einen neuen Anstoss gegeben. Die Arbeiter haben daher gut gethan, auch die Pariser Ausstellung durch Delegirte aus ganz Frankreich zu beschicken. Schon die Wahl und das Zusammentreffen dieser Delegirten war ein gutes Stück Verbrüderung und Organisirung des französischen Proletariats. Viele Republikaner, Gemeinderäthe, Generalräthe *) etc. steuerten Summen zur Deckung der Reisekosten bei, der Pariser Gemeinderath allein den Betrag von 100,000 Fr. In Folge dieses Umstandes wurde die Delegation zahlreicher als auf irgend einer der früheren Ausstellungen. Die Fachgenossen aus allen Theilen des Landes fanden sich zusammen und legten den Grundstein zu grossen, bereits auf den früheren Arbeiterkongressen von Paris und Lyon in Aussicht genommenen gewerkschaftlichen Organisationen.

Wir geben im Nachfolgenden eine Uebersicht der hauptsächlichsten Fachvereinigungen (chambres syndicales), die schon seit Jahren in Paris bestehen und namentlich 1873 auf der Wiener Ausstellung vertreten waren: Bijoutiers, Keramisten (Porzellan-, Thon-, Glasarbeiter), Kesselmacher, Lederbereiter, Holzvergolder, Handlungsdiener, Druckereimaschinisten (Schnellpressen-Führer), Schuhmacher, Klempner, Schriftgiesser, Kaminarbeiter, Handschuhmacher, Graveure, Stutzuhrenmacher, Kupferstich-Drucker, Schriftsetzer, Lehrer und Lehrerinnen, Lithographen, Marmorarbeiter, Inkrustationsarbeiter, Maschinenbauer, Feinmechaniker, Bautischler, Möbelbildhauer, Modellmechaniker, Optiker, Gold- und Silberschmiede, Bronzearbeiter, Wagenbauer, Papier- und Schreibbücherarbeiter, Posamentiere, Tapetendrucker, Pianoforte- und Orgelmacher, Portefeuillearbeiter, Buchbinder, Sattler, Bauschlosser, Kammarbeiter, Schneider, Steinsäger, Weber, Stuhldrechsler, Kartonnagearbeiter, Stock- und Schirmarbeiter, Zuschneider, Kutscher, Bauzeichner, Lackirer, Dachdecker, Heizer. **)

Hierzu sind inzwischen viele neue Gewerkschaften getreten, theils durch Ausscheidung aus den vorstehenden, theils durch Neubelebung entsprechender Vereinigungen, die vor dem Krieg bestanden, aber in Folge der Ereignisse ihre Thätigkeit eingestellt hatten, u. A.: Blumenarbeiter, Gerber, Korbmacher, Bäcker, Köche, Nähterinnen, Taschenuhrenmacher, Holzschneider, Steinbildhauer, Färber, Appreteure, Bierbrauer, Diamantschleifer, Goldschläger, Tapezierer, Geigenmacher, Hutmacher, Giesser (Former), Ciseleure, Dreher, etc. etc. **)

Die Stärke der einzelnen Syndikatskammern ist sehr verschieden, ebenso ihre finanzielle Lage. Beide hängen natürlich von der Organisation der Vereine, der Höhe der Beiträge, den Vortheilen, die die Mitglieder durch die Vereinigung erlangen, u. s. w. ab. In fast allen Syndikatskammern ist neben fluktuirenden Elementen ein nicht sehr zahlreicher, aber eifriger Kern aktiver Mitglieder vor-

---

*) Die Generalräthe sind die Vertretungen der Departements, also in Bezug auf ihre Befugnisse den preussischen Provinzial-Landtagen ähnlich, gehen aber, ebenso wie die französischen Gemeinderäthe, aus dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht hervor. (Anmerk. d. Herausg.)

**) Einzelne dieser Vereine theilen sich noch in Sektionen, gewissen Fachspezialitäten entsprechend.

handen, auf deren Zusammenwirken die ganze gewerkschaftliche Bewegung beruht. Diese Bewegung ist nach ihrem Ursprung, ihrer Organisation und ihrer ganzen Geschichte seit 1871 zwar ein wesentliches Stück des allgemeinen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, und wenn sie nicht allenthalben diesen Charakter offen zeigt, ja wenn sie sich selber dieses Charakters nicht immer bewusst ist, so muss man sich erinnern, welch furchtbare Verfolgung noch bis vor Kurzem auf den französischen Arbeitern gelastet hat. In keinem anderen Lande hat die Bourgeoisie so rücksichts- und gewissenlos, so zynisch und grausam die politische Maschinerie benützt, um ihre Klassenherrschaft zu vertheidigen; in keinem anderen Lande hat sie desshalb auch den Arbeitern eine so gründliche politische Bildung gegeben. Diese Thatsache macht hinlänglich klar, warum in Frankreich die Bewegung nicht blos einen politischen Anstrich trägt — das kann sie auch anderwärts — sondern von der Politik abhängig, durch und durch eine politische ist. Anderwärts konnten die Arbeiter im Verfolg ihrer Klasseninteressen auf politische Hindernisse stossen und dadurch in das ihnen zuvor fremde Gebiet der Politik hineingerathen: sie wurden z. B. Republikaner in Folge des Einschreitens der monarchischen Staatsgewalt zu ihren Ungunsten. Dem französischen Arbeiter dagegen sind durch die ihm anerzogene Auffassungsweise die Fragen des staatlichen Lebens zu Denkformen geworden, in die er seine Klasseninteressen erst hineinlegt. Seit dreissig Jahren ist er Republikaner, aber Sozialist in unserem Sinne, d. h. Anhänger einer politischen Partei, die die spezifischen Interessen der Lohnarbeiter vertritt und die Abschaffung der Kapitalsherrschaft zum Ziel hat, wird er erst jetzt.

Ein Umstand, der wesentlich mit zu diesem so späten Eintreten der französischen Arbeiter *en masse* in den Kampf des europäischen Proletariats beigetragen hat, liegt darin, dass die grosse französische Revolution durch die Theilung des Bodens Millionen von Kleinbesitzenden geschaffen hat, die zwar keineswegs mit ihrer Lage zufrieden sind, die aber ihre eigenen, wenn auch dürftigen prekären Existenzbedingungen auf demselben modernen Eigenthums- und Erwerbsrecht basirt erblicken, auf Grund dessen etwa fünftausend Familien in Frankreich zusammen drei Viertel des französischen Nationalreichthums, nämlich circa 27 Milliarden, besitzen. Wenn man diesen Millionen von Parzellenbauern von Expropriation des Bodens spricht, so ist ihnen nicht leicht klar zu machen, was man ihnen geben will, aber handgreiflich dünkt ihnen, was sie verlieren sollen: ihr ererbtes oder durch mühsame Ersparnisse erworbenes, mühsam im Stand erhaltenes und noch mühsamer verbessertes Arbeitsinstrument, ihre Feldparzelle.

Erst wenn die Bourgeoisie dem Bauer wieder genommen haben wird, was sie ihm 1792 gegeben hat, erst wenn ein grösserer Theil des ländlichen Proletariats auch äusserlich in dieselbe souveräne Besitzlosigkeit gebracht ist, in der sich die städtischen Arbeiter befinden, erst dann hat die Arbeiterbewegung in Frankreich die gleiche ökonomische Basis wie in den benachbarten Ländern. Diese nothwendige Veränderung hat bereits begonnen und ist in rapidem Vorschreiten begriffen. Die Zahl der Landbevölkerung nimmt nicht blos relativ zu der der Städte, sondern absolut ab. Man behauptet zwar dem gegenüber, die Zahl der Parzellen nehme zu, und will daraus den Schluss auf eine noch fortschreitende Vermehrung der Kleinbesitzenden schliessen, allein bei

näherer Prüfung ergibt sich, dass die Mehrzahl der auf der Grundsteuerliste neu eingetragenen Parzellen nichts sind, als — Baustellen in den Vorstädten der wachsenden industriellen Zentren, Gärten in der Umgebung der letzeren und Feldertheilungen, die durch neue Eisenbahnlinien uud ähnliche Expropriationen entstanden sind. Die Zahl der Eintragungen hat zugenommen, aber die der Grundbesitzer nimmt ab. Der Grundbesitz konzentrirt sich, weil der Kleinbetrieb (ausser der Gemüsegärtnerei in der Nähe der Städte) immer unrentabler wird.

Eine gleiche Entwickelung macht die Industrie durch, namentlich in der tonangebenden Hauptstadt, wo die grosse Spezialisirung der Kunst- und Luxusgewerbe bisher dem Kleinbetrieb günstig war, so dass viele Arbeiter Aussicht auf eine bescheidene Selbstständigkeit hatten. Die lange Krisis seit 1870 hat hier gewaltig unter den Kleinmeistern aufgeräumt, die heute zum grossen Theil Hausarbeiter geworden sind, wenn sie nicht ganz und gar in den Fabriken früherer Konkurrenten Beschäftigung suchen müssen.

Wenn so die französischen Arbeiter (von Einzelnen, die vorausgegangen sind, natürlich abgesehen) etwas später als diejenigen mancher anderer Kulturländer in die grosse Bewegung unserer Epoche eintreten, so bringen sie dafür Dinge mit, die den Arbeitern anderwärts noch mehr oder weniger fehlen: eine hohe politische und gesellschaftliche Reife, Schnelligkeit der Auffassung, Ueberlieferungen von Energie und Initiative des Handelns, endlich eine staatliche Organisation, die, weil sie zunächst ihre Spitze gegen die Arbeiter kehrt, darum nicht minder geeignet ist, gelegentlich, wenn auch vielleicht unter erheblichen Modifikationen, ein Werkzeug zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu werden.

Ein sozialistisches Blatt hat vor einiger Zeit bemerkt, die französischen Arbeiter erwarteten heute weniger vom Staat, als 1848, und desshalb ertrügen sie ihre missliche Lage unter der dritten Republik geduldiger als unter der zweiten. Dies ist nur richtig, wenn man für «Staat» «Regierung» setzt. In Wahrheit wissen sie heute besser als damals, dass die staatlichen oder vom Staat sanktionirten Einrichtungen die Ursache ihrer Leiden sind, sie machen also heute m e h r als damals den Staat, die Gesammtorganisation, für die Lage der Einzelnen verantwortlich. Wenn sie aber heute nicht Barrikaden errichten, wie drei Monate nach der Einführung des Allgemeinen Stimmrechts, so liegt der Grund einfach darin, dass sie bis jetzt das letztere ganz in den Händen der herrschenden Klassen gelassen haben und nunmehr daran gehen, von dieser unbestrittenen Staats-Grundlage als organisirte Masse, als politische Partei Besitz zu ergreifen.

Dies ist jetzt die Aufgabe der französischen Sozialisten.

Es ist das Verdienst des von einer kleinen Anzahl von Sozialisten vor zwei Jahren gegründeten Wochenblattes «Egalité» gewesen, diese Aufgabe zuerst klar formulirt und ihre Lösung theoretisch in Angriff genommen zu haben. Allein das Blatt konnte keinen Boden fassen. Selbst die geweckteren Elemente in der arbeitenden Klasse hatten noch nicht das richtige Verständniss der Lage gewonnen; auch hielten sich viele Arbeiter von einem Unternehmen zurück, welches nicht aus der Initiative der Syndikatskammern hervorgegangen war und nicht aus ihr hervorgehen konnte, weil eben in den Syndikatskammern das sozialistische Element noch nicht überwog. Journalisten mit gewandter, ja glänzender Feder, aber ohne Kenntniss des ökonomischen Problems und bisweilen auch ohne Charakter haben seit dreissig Jahren die französischen

Arbeiter so oft irre geleitet, dass man es den letzteren nicht übel nehmen kann, sondern im Gegentheil ein gutes Zeichen darin erblicken muss, wenn sie genau prüfen, bevor sie sich anschliessen. Im gegebenen Falle war ihr Misstrauen freilich unbegründet, aber dieser Fehler ist leichter wieder gutzumachen, als leichtgläubige Hingabe.

Die Arbeiter hatten insofern Recht, als sie ihre Presse selbst schaffen und selbst leiten wollten, wogegen sich leider einige der bei der «Egalité» Betheiligten so lange sträubten, bis es zu spät war. Das Werk dieses ersten sozialistischen Parteiorgans, welches einem Pressprozess unterlag, setzte der von den Syndikatskammern langsam und mit vieler Mühe in's Leben gerufene «Prolétaire» fort. Dieses Blatt hat sich in seiner äusseren Einrichtung und in seiner allgemeinen Tendenz die «Egalité» zum Muster genommen. Es wird ausschliesslich von Arbeitern redigirt und verwaltet. Dank seiner trefflichen Leitung gewinnt es von Woche zu Woche an Lesern und hat seine Lebensfähigkeit bereits dadurch glänzend bewiesen, dass es eine harte Verurtheilung zu Gefängniss- und Geldstrafe, die wegen eines Artikels über den 18. März gegen es ausgesprochen wurde, glücklich überstanden hat. Die Redaktion hat durch ihre bisherige Haltung zur Genüge bewiesen, dass die französischen Sozialisten sich nicht zu reaktionären Manövern missbrauchen lassen, sondern, getreu dem Prinzip der Untrennbarkeit der politischen von der wirthschaftlichen Frage, die republikanischen Einrichtungen als das politische Instrument der ökonomischen Befreiung vertheidigen. Wir glauben, dass sie nunmehr, ohne sich etwas zu vergeben, Pressprozesse vermeiden darf, wenn es möglich ist. Die Organe der radikalen Bourgeoisie, die kein anderes Ziel als die Vervollkommnung der politischen Maschinerie kennen, haben das Bedürfniss, sich durch den Strafrichter ihren «Radikalismus» von Zeit zu Zeit in Gestalt eines Erkenntnisses attestiren zu lassen; eine Verurtheilung, die sie «erleiden», nachdem sie sie oft geradezu geflissentlich herbeiführen, nennen sie triumphirend «eine gewonnene Schlacht». Arbeiterblätter haben eine solche Reklame nicht nöthig und werden sie sich um so lieber versagen, als das Publikum neuerdings gegen die moralischen Wirkungen der Pressprozesse etwas blasirt geworden ist.

In der Provinz hat die Arbeiterbewegung namentlich in Lyon und in dem industriellen Theil des Nordens, Lille und Umgegend, neuerdings einen regeren Charakter angenommen, insbesondere seit den letzten Strikes der Seidenweber und der Kohlenbergleute, welche mit Geschick geführt wurden und einen trefflichen Geist der Solidarität sowohl unter den Fachgenossen selbst, die der Strike zunächst anging, als auch unter den übrigen Arbeitern bekundeten.

In Lyon bestehen viele Syndikatskammern, unter denen wir die folgenden als die stärkeren und schon längere Jahre existirenden hervorheben:

Bijoutiers, Knopfmacher, Bronzearbeiter, Hutmacher, Kesselmacher, Chokoladearbeiter, Schuhmacher, Lehrer, Maschinenbauer, Schleierweber, Tischler, Goldschmiede, Posamentiere, Schneider, Gerber, Weissgerber, Färber, Weber, Tüllmacher.

In Angoulême und Umgegend sind die Papiermüller besonders gut organisirt.

Ein Gleiches gilt in Limoges von den Töpfern und Porzellanarbeitern, in Elboeuf von den Tuchmachern und Appreteuren, in Roubaix und St.-Quentin von den Webern, in Reims von den Kupferschmieden, im Hé-

rault-Departement (Montpellier, Mèze und Cette) von den Böttchern. Alle diese Industrien sind an den betreffenden Orten zentralisirt.

Bemerkenswerth ist, dass aus den Departements zuerst der Ruf nach gesetzlicher Beschränkung der Arbeitszeit laut wurde, während die Pariser Arbeiter darin noch immer eine «Beschränkung der Freiheit» erblicken. Letzteres erklärt sich hinlänglich aus dem bereits oben erwähnten Umstand, dass in Paris noch immer sehr viel Kleinindustrie und Hausindustrie existirt, bei welcher der Arbeitstag schon von selbst in den persönlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen der Meister gewisse Grenzen findet, während die Grossindustrie durch die theuren Miethen, das hohe Oktroi etc. aus Paris mehr und mehr nach der Provinz getrieben wird. In Lyon kam die Frage des Normalarbeitstages schon auf dem Arbeiterkongress von 1877 zur Sprache, und mehrere Delegirte aus den Departements (u. A. Nicaise) sprachen sich entschieden zu Gunsten eines solchen aus. Neuerdings, im Mai d. J., brach infolge der übermässigen Arbeitszeit, die in den Webereien von St.-Quentin herrscht, ein Strike daselbst aus. Die Arbeiter machten geltend, dass die lange Arbeitszeit neben ihren ungesunden Wirkungen an sich auch noch den Nachtheil habe, viele Arbeiter, für welche bei einer vernünftigen Arbeitszeit noch Beschäftigung vorhanden wäre, «überflüssig» zu machen und durch deren dringliches Angebot auch den Lohn der übermässig Beschäftigten herabzudrücken. Die Fabrikanten konnten diesen dreifachen Nachtheil der Verlängerung der Arbeitszeit nicht leugnen, weigerten sich aber dennoch, eine gemeinsame Verkürzung derselben zu bewilligen, unter dem Vorgeben, dass alsdann die Industrie von Saint-Quentin nicht mit der von Rouen, Roubaix, Tarare u. s. w. zu konkurriren vermöge. Nicht der gute Wille einzelner Fabrikanten könne dem Uebel abhelfen, sondern nur ein alle Unternehmer in gleicher Weise zwingendes Gesetz.

Die Arbeiter liessen sich dies nicht zweimal sagen. Sofort setzten sie eine Petition an die Kammern auf, in der sie die Herabsetzung des (bekanntlich 1848 nach der Februarrevolution dekretirten) zwölfstündigen Normalarbeitstages auf zehn Stunden verlangten. Zugleich richteten sie an die Vertreter der Stadt Saint-Quentin und des Aisne-Departements, Villain, Malezieux und Waddington, die sich als Vermittler zwischen den Arbeitern und Fabrikanten aufgeworfen hatten, die Aufforderung, diese Petition in der Kammer zu befürworten, was dieselben auch feierlichst versprachen. In der That haben sie schon wenige Tage hernach einen betreffenden Antrag eingebracht.

Natürlich werden die Kammern, die überwiegend die Interessen der Mittelklassen im Auge haben, diesen Antrag auf die lange Bank schieben und schliesslich, unter Betheuerung ihrer warmen Gefühle für die Arbeiter, «im Namen der wirthschaftlichen Freiheit» verwerfen. Allein die Massregel ist darum nichts desto weniger nun einmal von den Arbeitern als ein Mittel zur Verbesserung ihrer Lage erkannt worden, und die Propaganda zu Gunsten derselben wird mit der Zeit immer grössere Dimensionen annehmen.

Diese Frage ist ja schliesslich nur ein Theil der alten Streitfrage, die man unrichtig «Staatshülfe oder Selbsthülfe?» formulirt hat und deren Lösung zwischen den beiden Extremen «Nichts vom Staat» und «Alles vom Staat» in der Mitte liegt. Der Staat soll nicht Alles bis in's kleinste Detail reglementiren, wie dies s. Z. Cabet und seine Anhänger wollten, er soll z. B. nicht durch

Gesetz die Zahl der Gemüse, die auf der Nationalspeisekarte figuriren sollen, und ihre Zubereitungsart fixiren, aber wozu die Einzelnen zu schwach sind, das kann eben nur durch die organisirte Gesammtheit, durch den Staat geschehen.

Hoffentlich wird sich auch der in einigen Monaten (im September d. J.) bevorstehende französische Arbeiterkongress zu Marseille eingehend mit dieser Frage beschäftigen, die schon jetzt im «Prolétaire» Gegenstand einer interessanten Debatte geworden ist *). Es sind zu diesem Kongress bereits zahlreiche Delegirte von Arbeitervereinen aus allen Gegenden Frankreichs gewählt worden, und wir zweifeln nicht, dass aus den Berathungen von Marseille die Grundlage einer wahren französischen Arbeiterpartei hervorgehen wird, die ein wichtiges Glied in der Verbrüderung des Proletariats aller Länder werden wird. Bevor eine solche Partei mit einem klaren, praktischen Programm existirt, haben auch die Versuche einzelner französischer Sozialisten, internationale Organisationen zu schaffen, keine Aussicht auf grossen Erfolg.

Ein verfehlter Versuch dieser Art war der «Congrès socialiste international révolutionnaire», welcher im vorigen Jahre während der Weltausstellung von mehreren Arbeitern und Journalisten in Paris veranstaltet wurde. Die Organisatoren desselben huldigten den buntesten politischen und sozialen Ansichten **).

Eine Einigung unter ihnen selbst wäre eben so schwierig gewesen, als eine solche unter den vom Ausland gekommenen Delegirten, unter welchen sich einige der sanftmüthigsten Exemplare englischer Trades-Unionisten neben früheren Delegirten Bakunin'scher Kongresse etc. befanden, die aber ausserdem fast alle gleichzeitig als Reporter grosser Tageszeitungen erschienen waren. Wie wäre da ein der Arbeitersache förderliches Resultat zu erwarten gewesen? Wenn noch Diskussionsfreiheit in Frankreich existirte, wie in England, der Schweiz, Holland oder Belgien, wo sonst die internationalen Zusammenkünfte der Sozialisten abgehalten zu werden pflegen! Aber in einem Lande mit Staatsstreichgesetzen wie Frankreich setzte ein solches Unternehmen die Sache der Arbeiter, die man verfechten wollte, von vornherein einem Fiasko aus. Dass unter der Republik, wie sie jetzt ist, weder Gleichheit vor dem Gesetz noch Freiheit besteht, war längst bekannt, und es bedurfte wahrlich nicht eines mit schweren Opfern verbundenen Prozesses, um diese Thatsache zu beweisen. Anderseits verdient hervorgehoben zu werden, dass ein Theil derer, die zu dem, wie man sich erinnert, polizeilich verhinderten Kongress delegirt gewesen waren, sich später bei der Gerichtsverhandlung auf den sozialdemokratischen Standpunkt stellten, und dass namentlich einer der Angeklagten, Jules Guesde, bei der Vertheidigung die Gelegenheit wahrnahm, die Idee der Sozialdemokratie in einer ausgezeichneten Rede darzulegen, welche später im Druck erschienen ist. Auch wenn sie bei einem anderen Anlass gehalten worden wäre, als gelegentlich jenes Prozesses, hätte dieses sozialistische Glaubensbekenntniss für die Förderung der Arbeitersache in Frankreich die beste Wirkung hervorbringen müssen.

---

*) Wir verweisen namentlich auf einen vortrefflichen Artikel von A. Lavy in Nr 39 des «Prolétaire» vom 28. Juni d. J.

*) Eines der hervorragendsten Mitglieder des einberufenden Comités u. A. war Finance, ein sehr intelligenter Arbeiter, aber Anhänger der «Positivistensekte», die gegen das allgemeine Stimmrecht, gegen das Prinzip der Gleichheit, gegen die Abschaffung des Lohnsystems ist. Andere Theilnehmer, wie Chabert und Genossen, sind die absolutesten Selbsthülfler.

Von dem gleichen Verfasser sind noch einige andere Schriften erschienen, in welchen mit beredter Sprache, an der Hand der Wissenschaft, die Arbeiter über ihre Klassenlage und über die Mittel, aus derselben heraus in den Besitz ihrer ökonomischen Unabhängigkeit zu kommen, aufgeklärt werden. Wir erwähnen den in Brüssel erschienenen « Sozialistischen Katechismus », « Das Lohngesetz und seine Wirkungen » und « Kollektivismus und Revolution ».

Von anderen theoretischen Leistungen auf dem Felde der französischen Arbeiterbewegung seien angeführt:

« Die Forderungen des Proletariats. » (Eine Reihe von Broschüren mit zahlreichen Artikeln, herausgegeben von Chevalier u. A., die jedoch nur zum Theil auf dem kollektivistischen Standpunkte stehen.)

« Der Sozialismus und die Bauern. » Von Maria.

« Die revolutionären Echos », gesammelt und mit Noten herausgegeben von Paulard.

Alle diese Schriften sind durch die « Librairie des publications populaires » (Volksbuchhandlung) 54, rue Amelot in Paris, zu beziehen.

Wir schliessen unseren Ueberblick über die Bewegung in Frankreich mit dem Wunsche, dass dieselbe aus der « doktrinalen Periode », die nach den s. Z. in der « Egalité » gegebenen Erklärungen mit diesem Blatt begonnen hatte und seitdem rüstig weitergeschritten ist, durch den Marseiller Kongress zu der zweiten Periode übergeführt werde: zu der der Propaganda und Organisation. Wir sind überzeugt, dass das französische Proletariat, nachdem sich gediegene und hingebende Schriftsteller gefunden haben, die seine Sache verfechten, auch praktische, besonnene, scharfblickende Männer finden wird, die es um das Banner des Programms zu schaaren, ihm die Disziplin einer neuen Partei anzuerziehen und es vor neuen blutigen Fallstricken, wie man sie ihm 1848 und 1871 heimtückisch gelegt hat, zu warnen verstehen. Dies, und nicht « Aktion », ist heute die Aufgabe, oder vielmehr: dies ist heute die beste « Aktionspolitik » der französischen Arbeiter. Ihre dirigirenden Klassen wollen sie über ihre wahren Interessen, über das, was sie als Arbeiter interessirt, im Dunkeln lassen; wenn sie sich trozdem darüber unterrichten, so fehlt ihnen keine der Eigenschaften mehr, die aus ihnen die Vorkämpfer des Proletariats machen. Sie haben politische Bildung, Gewandtheit, Energie, Muth und grosse Erinnerungen, — wenn sie auch noch die klare, wissenschaftliche Erkenntniss des ökonomischen Problems besitzen, so ist ihnen und damit den Arbeitern überhaupt der Sieg gesichert!

II.

B. M. — Wenn man unter Partei eine Vereinigung von Menschen, Gruppen und Verbindungen versteht, die durch ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Politik verbunden sind und nur den Vorschriften irgend eines leitenden Komité's oder Ausschusses gemäss handeln, so hat es in Frankreich — ausser zur Zeit der Babouvisten — nie eine sozialistische Partei gegeben.

Wenn man dagegen den Namen Partei einer Vereinigung von Menschen beilegen will, die im Allgemeinen gemeinsame Ideen hegen und sich auf ihre Weise und nach ihrem Ermessen der Verwirklichung dieser Ideen (die in den Einzelnheiten sehr unterschieden sein können) widmen, so ist bis heute Frankreich die Nation, welche die zahlreichste, ausdauerndste und thätigste sozia-

listische Partei geliefert hat. Man weiss längst, dass gegenüber fast allen Völkern die Franzosen sich viel besser auf die Aktion als auf die Ideen verstehen.

Der reaktionäre Joseph de Maistre tadelte schon zur Zeit der Revolution an den Franzosen dieses Bestreben, sofort zur Aktion überzugehen. «Ihr könnt,» rief er ihnen zu, «keine Idee fassen, ohne unverzüglich darauf versessen zu sein, sie zu propagiren und in's Werk zu setzen.»

Kurz nach der Pariser Kommune sagte ein anderer Reaktionär, der Philosoph Caro, das Gleiche: «Das französische Volk hat einen unbesiegbaren Drang, das Schlechte (lies: Revolutionäre) zu verwirklichen. Wenn das Schlechte in irgend einem Hirn keimt, so offenbart es sofort den unwiderstehlichen Drang, draussen in's Werk gesetzt zu werden. Bei andern Völkern kann das Schlechte unendlich lange als verschrobenes Hirngespinnst fortexistiren».*)

Wenn man diese Bemerkungen ihrer gehässigen Form entkleidet, enthalten sie eine treffende Wahrheit. Die Geschichte der Franzosen, besonders im 19. Jahrhundert, bestätigt sie, und was wir von der sozialistischen Partei in Frankreich zu sagen haben, liefert einen weiteren Beweis dafür.

Desshalb muss man, um die Haltung und Handlungen der sozialistischen Partei in Frankreich richtig zu beurtheilen, dieser Besonderheit des französischen Charakters, die auch Mazzini**) konstatirt, wenn er Deutschland die Nation des Gedankens und Frankreich die der That nennt, Rechnung tragen.

Man kann in der That im Allgemeinen sagen, dass die französischen Socialisten nie ein gemeinsames Programm gehabt haben, dass sie aber nichtsdestoweniger, wenn es galt, zur Handlung, besonders zur revolutionären, überzugehen, sich — wenigstens die grosse Majorität — meist einig zeigten; aber es muss hinzugesetzt werden, dass dieser für die Perioden des Kampfes zutreffende Vorgang nie zutraf, wenn es sich darum handelte, zu dem überzugehen, was wir den Wiederaufbau nennen können.

Bevor wir indess untersuchen, ob die französischen Sozialisten diese Taktik oder vielmehr dieses Wesen aufgeben sollen und können, ist ein historischer Abriss nöthig.

* * *

Nach der Niederlage der Babouvisten und der Revolution selbst trat, wie nach allen Siegen der Reaktion eine grosse moralische Niedergeschlagenheit ein. Aber als nach dem militärischen Uebermuth und den Verwüstungen des Kaiserreichs die bourbonische Restauration vermöge ihrer klerikalen und absolutistischen Ausschreitungen selbst die Konservativen anekelte, als man endlich zum Denken zurückkehrte, machte sich der Einfluss der Revolution auf's Neue in den Gemüthern bemerkbar. Die St. Simon und Fourier, diese wahren Vorläufer des modernen Sozialismus, hörten auf, einsame Träumer zu sein und wurden Führer von Schulen. 25 Jahre darauf, d. h. 1845, gab es in Frankreich Hunderttausende von Sozialisten, welche sich in 7 oder 8 feindliche Schulen trennten

---

*) Geschichte des Sozialismus von B. Malon. S. 200.

**) Mazzini, scritti politici, vol. I. Mazzini stellte diese Ansicht auf, um nachzuweisen, dass keiner dieser beiden Nationen die politische Hegemonie in Europa gebühre, sondern Italien, welches — wie er glaubte — Gedanken und That zu vereinigen wüsste.

(St. Simonisten, Fourieristen, Kommunisten, Cabetisten, revolutionäre Kommunisten, Lerouxisten, Buchezisten, Anhänger von Louis Blanc u. s. w.), und 3 oder 4 Schulen waren noch in der Bildung begriffen (Mutualisten, Positivisten, Fusionisten und Colinisten).

Da kam die Februar-Revolution. Die sozialistischen Führer schienen anfangs zu begreifen, dass sie sich unbedingt vereinigen müssten, um der allgemeinen Idee, die ihnen gemeinsam war, zum Siege zu verhelfen, und sie waren wenigstens so verständig, dieselben Wahllisten zu acceptiren und sich in der Nationalversammlung niemals anzugreifen. Aber in ihren Journalen liessen sie sich das nicht entgehen, und besonders Proudhon gegenüber allen andern Sozialisten und Pierre Leroux speziell gegenüber den Fourieristen und Proudhon.*) Später sahen sie den begangenen Fehler ein, aber es war zu spät. Schon drosselte Bonaparte Frankreich, und der französische theoretische Sozialismus liess aus der Revolution nicht einmal ein Programm zurück, so verschieden waren die Ideen. Damit es dazu kam, bedurfte es übrigens nicht des französischen Partikularismus. Der Sozialismus war in seiner utopistischchen Phase, und wo es sozialistische Denker gab, bewegten sie sich in rein subjektiven, persönlichen Vorstellungen. Indess hatten sie in 30 Jahren sozialistischer Propaganda genug gemeinsame Ideen angenommen, und ein Programm-Minimum hätte vereinbart werden können.

Die Männer der That *par excellence*, die Proletarier, hatten das auch wohl begriffen; sie waren in's Luxemburg gekommen, wo Louis Blanc, Vidal und Pecqueur sich unter Anderm mit sofortigen Massnahmen beschäftigten. In dieser Hinsicht waren die französischen Proletarier viel vernünftiger, als ihre Führer. Und als es sich später in den trüben Junitagen darum handelte, das Recht auf Arbeit zu vertheidigen, liessen sie Jene beim Disputiren und fanden sich — 20,000 Mann stark —, ohne Unterschied der Schule, ein, um hinter den Barrikaden zu kämpfen, und selbst als sie, trotz Wunder von Tapferkeit, von der mit dem Klerikalismus koalirten Bourgeoisie besiegt waren, verzweifelten sie nicht an dem Erfolge der Sache der Menschheit. Die summarischen Erschiessungen und Transportationen ohne Urtheil von Cavaignac und Komplicen, sowie die reaktionären Gesetze, welche folgten, schüchterten sie nicht ein. Belehrt durch die Niederlagen, begriffen sie mehr als je die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Gedankens und ein bemerkenswerther Versuch wurde gemacht.

Im November 1848 bildete sich, gelegentlich der Präsidentenwahl ein demokratisch-sozialistisches Zentralkomité, zusammengesetzt aus Vertretern der 14 Arrondissements von Paris. Ihr erster Schritt war, Pierre Leroux, Cabet, Considérant, Proudhon und Louis Blanc einzuladen, sich über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmes zu verständigen. Diese begingen den Fehler, abzulehnen. Die Delegirten gingen an's Werk und verfassten ein Programm voll ganz vorzüglicher Dinge, welches indess ohne Einfluss blieb, weil die sozialistischen Notabilitäten es nicht acceptirten.

Im gleichen Sinne eines gemeinsamen Vorgehens gründeten die französischen Proletarier 1849/50 einen Bund der brüderlichen Assoziationen, welcher im An-

---

*) Proudhon's Kritik hat immerhin das gute Resultat gehabt, dem autoritären und utopistischen Sozialismus in Frankreich einen tödtlichen Streich zu versetzen.

fange 107 Arbeiterassoziationen umfasste und gelungen wäre, wenn Dufaure, dieser ewige Feind der Arbeiterklasse, damals Minister Louis Bonaparte's, den Bund nicht zweimal mit Gewalt aufgelöst und die Delegirten in's Gefängniss geworfen hätte.

So sehen wir 1848 diese Doppelseite des französischen Charakters — Individualismus in der Idee, Wunsch nach Einverständniss in der Aktion — im Grossen und Ganzen hervortreten.

* * *

Nun kam das Erwachen von 1864, welches der tödtlichen Stille der bonapartistischen Reaktion folgte. Für die Sozialisten war das historische Terrain hinlänglich aufgeräumt. Die alten Schulen von 1825—48 waren entweder verschollen oder hatten sich auf sich selbst zurückgezogen. Für die streitbare Aktion waren nur zwei extreme Parteien des Sozialismus auf dem Schauplatz geblieben: Die Kommunisten*) und die Mutualisten; aber zwischen ihnen war eine theoretische Versöhnung unmöglich, und man dachte auch nicht einmal daran.

Dem gegenüber, welches Einverständniss in der Handlung, als es galt, die internationale Arbeiterassoziation zu gründen, die zahlreichen Strikes, welche damals ausbrachen, zu unterstützen, die Bourgeois-Oekonomisten und die Liberalen in den öffentlichen Versammlungen und den Wahlkomité's zu bekämpfen und endlich den Sturz des Kaiserreichs vorzubereiten!

Indess trat damals in Europa ein Ereigniss von grosser Bedeutung ein. Der sozialistische Gedanke hatte andere Heerde als Frankreich, und auf den Kongressen der Internationale gehörten die französischen Delegirten in theoretischer Beziehung zu den unbedeutendsten.

Die Zeit der utopistischen Schulen und selbst der lediglich kritischen Schule Proudhon's war vorüber. Neben der französischen Aktion, welche bis dahin für den Sozialismus fast Alles gewesen war, war besonders ein wissenschaftlicher und historischer Sozialismus, deutschen Ursprungs, entstanden.

Dieser neue sozialistische Gedanke entwickelte sich durch die Kritik der intelligentesten und streitbarsten Sozialisten und Führer des europäischen Proletariats zum Kollektivismus.**)

---

*) Ein für allemal sei bemerkt, dass hier unter Kommunisten schlechtweg die Anhänger des sogenannten autoritären Kommunismus von Cabet, Dezamy, Blanqui, Buchez etc. gemeint sind. Anm. d. Uebersetzers.

**) Die kollektivistische Idee trägt je nach den Nationen einen anderen Charakter; hier ist sie mehr autoritär, dort mehr föderalistisch oder sogar fast korporativ. Wir sprechen hier nur von der allgemeinen ökonomischen Idee, welche man ungefähr so zusammenfassen kann:

Unterscheidung zwischen Produktions- und Konsumtionsmitteln. Verwandlung der Produktionsmittel in Kollektiv-Eigenthum und Aufrechterhaltung des Privateigenthums an Konsumtionsmitteln.

Ueber die politischen wie ökonomischen Details der Organisation ist die Diskussion noch offen. Sicher ist, dass die französischen Kollektivisten (ohne dem Kollektivismus die anarchistische Ergänzung zu geben, welche einzelne Fraktionen der sozialistischen Partei ihm beilegen) weniger Staatsanhänger und viel mehr Föderalisten sind, als die deutschen Sozialdemokraten.

Der Kollektivismus fand in Frankreich, wo man das Bedürfniss fühlte, aus den utopistischen Schulen herauszukommen, warme Aufnahme. Die so zahlreichen Kommunisten schlossen sich in Masse an, und bald waren die mutualistischen Kommissionen der Internationale fast durchweg durch kollektivistische Kommissionen ersetzt.

Die Mutualisten verloren überall an Boden, und die intelligentesten unter ihnen machten bedeutende Zugeständnisse. Es ist sicher, dass, wenn der Krieg nicht eingetreten wäre, die französischen Arbeiter sich im Laufe des Jahres 1871 zu einer sozialistischen Partei mit gemeinsamem Programm konstituirt hätten.

Erwähnenswerth ist, dass der Prinzipienstreit nicht in einen persönlichen Streit ausartete; man arbeitete mit gleicher Hingebung an der sozialistischen Propaganda, und schon konnten die Bourgeoisparteien an eine Vereinigung der sozialistischen Partei unter dem grossen Banner der Internationale glauben.

Die letzten Monate des Jahres 1869 und namentlich die ersten des Jahres 1870 zählten zu den schönsten und fruchtbarsten der sozialistischen Propaganda in Frankreich. Die Pariser Arbeitervereine gehörten in Masse der Internationale an, und die sozialistischen und Arbeiterorganisations-Ideen breiteten sich wie ein Lauffeuer nicht nur in Lyon, Marseille und Rouen, wo sie schon mächtig waren, sondern auch in Lille, in Roubaix, in Dijon, in St. Etienne, in Creusot, in Bordeaux, in Brest, in Mülhausen, in Vienne, in der Nièvre u s. w. u. s. w. aus, als der Krieg ausbrach.

In der Pariser Kommune waren die Internationalen in der Minderheit, aber sie bildeten — ohne Unterschied der Schule — eine Partei, die einhellig für die Vertheidigung gewisser gemeinsamer, allgemeiner Ideen eintrat, aber die gerade durch diese Verschiedenheit jedesmal dann gezwungen ohnmächtig war, wenn es sich um Beschlüsse positiver Natur handelte.

Die Kommune fühlte wohl die Nothwendigkeit eines Programms, und sie erliess jene E r k l ä r u n g a n d a s f r a n z ö s i s c h e V o l k, eine beredtsame Aufstellung der Prinzipien des Föderalismus und der sozialen Gerechtigkeit, die jedoch vom eigentlichen sozialistischen Gesichtspunkt aus sehr ungenügend war. Aber es konnte nicht anders sein. Ging doch diese E r k l ä r u n g aus der — in Bezug auf die Absicht lobenswerthen — Uebereinkunft zwischen Jakobinern, Mutualisten und kommunistischen Kollektivisten hervor, welche sich in die Stimmen der Kommune theilten.

Durch ihren Charakter als erster Versuch einer Arbeiterregierung, durch den Muth ihrer Kämpfer, durch ihre so eminent humanitären Tendenzen und auch durch die scheussliche Grausamkeit und Würdelosigkeit ihrer Besieger ist die Pariser Kommune die grösste That und der grösste Gedenktag des modernen Sozialismus geworden. Aber um wie viel gewaltiger würden ihre positiven Handlungen während des Kampfes und ihre moralische Wirksamkeit nach der Niederlage gewesen sein, wenn sie ein bestimmtes Programm, eine Summe ökonomischer Ideen gehabt hätte, deren Anwendung sie versucht haben würde?

Man wird sich von der Wahrheit dieser Bemerkung überführen, wenn man den ungeheuren politischen Einfluss in Betracht zieht, den die Kommune in Frankreich gehabt hat, indem sie die Geister mit dem Gedanken des Föderalismus vertraut machte, der bis dahin mit dem politischen Geiste der Franzosen unvereinbar schien. Die Kommune konnte diesen Druck auf die widerstrebende öffentliche Meinung durch die einfache Thatsache ausüben, dass alle Führer und

Kämpfer über diesen Punkt einig waren. Es würde mit ihrem ökonomischen Programme ebenso gegangen sein, wenn sie ein wissenschaftliches und klar bestimmtes gehabt hätte.

* * *

Dieser Mangel eines Programms machte sich in Frankreich nach der Niederlage stark fühlbar, als trotz des Thiers'chen Schreckens die Proletarier mit einem höchst anerkennenswerthen Glauben an die Zukunft nicht verzagen wollten und — bei Gefahr der Einkerkerung und Deportation, welche 24 in Permanenz tagende und mit 50,000 Verhaftungen noch nicht besänftigte Kriegsgerichte über ihre Häupter bereit hielten — über den Leichen von 30,000 niedergemetzelten Sozialisten die Fahne des Proletariats erhoben. Die neuen Sozialisten vermehrten sich zu Gunsten einer Organisation der arbeitenden Kräfte, aber diese Organisationen waren mehr kooperativ als sozialistisch. In den Arbeiterkammern (Chambres syndicales) beschäftigte man sich ausschliesslich mit einigen Verbesserungen innerhalb des Lohnsystems, und als man die Emanzipation zur Sprache brachte, that man es nur, um wider alles Erwarten zu erklären, dass dieselbe nur durch die Freiheit und friedliche Arbeiterkooperation errungen werden könnte. Man verwarf jeden Gedanken sozialer Intervention und jeden Gedanken einer Zuflucht zur Gewalt, auch auf dem ökonomischen Gebiet, um die bedrohten Arbeiterinteressen zu vertheidigen. Ja man trieb die Zurückhaltung so weit, dass man sogar die Vertheidigung der Würde und der Löhne der Arbeiterklasse geradezu aufgab. Um sich zu überzeugen, braucht man nur die nach anderen Gesichtspunkten übrigens so bemerkenswerthen Berichte der französischen Arbeiterdelegirten zur Wiener Weltausstellung *) und die Akten des Pariser Arbeiterkongresses von 1876 zu lesen.

Man könnte hier einwenden, dass, wenn die Sozialisten von 1872 aus gezwungener Mässigung und aus Reaktion gegen eine Kampfpolitik, die zu so grossen Verheerungen geführt hatte, sich ultrafriedfertig zeigten, — dass sie ebenso jedes positive Programm, welches die Sozialisten von 1864—1871 hätten haben können, verworfen hätten. Aber man kann annehmen, dass, wenn die Letzteren ein wissenschaftliches Programm gehabt hätten, es acceptirt worden wäre, was die Thatsache beweist, dass die Friedfertigen von 1872—1878 nie die Kommune darüber verläugnet haben. Hätte also die Kommune ein ökonomisches Programm gehabt, so würden sie es acceptirt haben, wie sie ihre allgemeinen politischen Ideen und namentlich ihren Föderalismus acceptirt haben.

---

*) Seit 1851 pflegen die französischen Arbeiter zu allen Weltausstellungen Arbeiterdelegationen zu senden. Das ist eine nicht genug zu lobende Gewohnheit, und dies um so mehr, als die Delegirten jedesmal höchst interessante Berichte sowohl vom technischen Gesichtspunkte, als vom Gesichtspunkte der ökonomischen Lage der Arbeiter und ihrer nächsten Forderungen gegeben haben. Diese Berichte werden von Allen, welche sich mit der sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert beschäftigen, mit Nutzen gelesen werden.

So bleibt die Entsendung der 107 Arbeiterdelegirten zur Wiener Weltausstellung 1873 während des vollen Bourgeois-Schreckens einer der verdienstvollsten Akte der Lebenskraft des französischen Proletariats.

Der Lyoner Arbeiterkongress (1878), der sich noch in derselben allgemeinen Mässigung verhielt, bezeichnet den Ausgangspunkt des Erwachens *).

Eine relativ bedeutende Minorität schlug eine folgendermassen gefasste Resolution vor:

« In Erwägung,

dass die Emanzipation der Arbeiter nur dann eine vollständige sein wird, wenn diese den vollen Ertrag ihrer Arbeit geniessen;

dass, um dieses Ziel zu erreichen, die Arbeiter die zur Produktion nöthigen Dinge (Rohstoffe und Werkzeuge) selbst besitzen müssen,

beschliesst der Kongress u. s. w. u. s. w.

Diese Resolution wurde mehr aus Opportunitätsrücksichten als aus prinzipiellen Gründen bekämpft.

Den Lyoner Kongress zeichnet eine andere Neuerung aus: die thatsächliche Anerkennung des gleichen Rechtes der Frauen, welche auf dem Kongress und seitdem in den französischen Arbeiter-Assoziationen auf dem Fusse der vollkommensten Gleichheit behandelt wurden, was bisher, Dank den entgegenwirkenden Einflüssen der Proudhonisten (oder Mutualisten) und Positivisten, nicht hatte erreicht werden können.

Schon war in Paris ein revolutionär-kollektivistisches Blatt, die Egalité, gegründet worden, welches einen guten Einfluss hatte und die französischen Arbeiter auf die wahrhaft sozialistischen Prinzipien verwies.

Im September 1878 wollten die Redakteure und Gründer der Egalité, Jules Guesde an der Spitze, trotz der Bedrohungen der Mac Mahonistischen Polizei den internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongress in Paris abhalten. In dem daran sich knüpfenden Prozess erklärte sich die grosse Mehrzahl der Angeschuldigten feierlich für die Prinzipien des kollektivistischen Sozialismus.

* * *

So stehen die Dinge, aber mehr als je fühlen die französischen Sozialisten die Nothwendigkeit, mit den alten Fehlern zu brechen und ein gemeinsames Programm zu besitzen. Grosse Anstrengungen in diesem Sinne wurden seit

---

*) Die verschiedenen Mittel, welche auf dem Kongress zur Verbesserung der Lage der Arbeiter vorgeschlagen wurden, kann man so zusammenfassen:

« Absolute und unbeschränkte Press-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, obligatorische, in allen Graden unentgeltliche konfessionslose Erziehung mit vollständiger Reform des Unterrichts. In allen nur irgendwie bedeutenden Industriezentren sind Handwerkerschulen zu errichten, um das intellektuelle Niveau der Arbeiter zu heben. Gründung von korporativen Arbeiterkammern in allen Orten, wo irgend welche Industrie besteht; diese sind durch ein enges Band der Solidarität zu vereinigen oder zu verbünden. Gründung von Kredit-, Produktiv- und Konsumvereinen, ohne irgend welche Vertheilung von Reingewinn, weil dies diese Gesellschaften in ausbeuterische verwandelte, was dem Ziel, das die Arbeiter zu erreichen wünschen, widerspricht.

Hülfs- und Unterstützungskassen für das Alter und die Invaliden der Arbeit, dotirt aus den in jeder Gesellschaft gebildeten Reservefonds.

Soviel als möglich auf die direkte Vertretung des Proletariats im Parlament hinzuwirken. » (Socialisme progressif 1878.)

6 Monaten gleichzeitig in den sozialistischen Gruppen und Arbeitervereinen wie in der Presse des streitbaren Sozialismus, besonders im *Prolétaire*, in der *Révolution française* und der *Commune libre* gemacht. Die Kommission für die Organisirung des nächsten Arbeiterkongresses in Marseille, welche einen vielversprechenden Sozialisten, Jean Lombard, zum korrespondirenden Sekretair hat, ist von diesem Gedanken durchdrungen, und man kann auf Erfolg rechnen.

Die grosse Mehrzahl der Sozialisten ist über zahlreiche Punkte einverstanden; zum Beispiel über folgende Gedanken:

Konstituirung der französischen sozialistischen Arbeiter in eine von allen Bourgeois-Parteien, welcher Art sie auch sein mögen, getrennte und unterschiedene Partei. Föderative und gewerbliche Organisation der Arbeiterkräfte sowohl im Gebiete des Ackerbaues als in dem der eigentlichen Industrie.

Schaffung von jährlichen und halbjährlichen Arbeitsparlamenten, welche die vorbereitenden Tribunale des vierten Standes sein und die praktischen Mittel zur engültigen Befreiung diskutiren sollen.

Umwandlung des Staates in eine soziale Verwaltung und folglicherweise Abschaffung aller Unterdrückungs- und Beeinflussungsorgane des heutigen Staates.

Unter den praktischen Massnahmen hat man bereits übereinstimmend die Umwandlung der Kreditinstitute, Eisenbahnen, Kanäle, der Schifffahrt und überhaupt aller Hülfsmittel des Transportes, der Minen u. s. w. in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes acceptirt, in weiterer Folge daher die Auflösung der Aktien-Gesellschaften und ihr Ersatz durch Arbeitergesellschaften, welche die Arbeiten und ökonomischen Funktionen nach den von der sozialen Verwaltung festzusetzenden Bestimmungen zu bewerkstelligen haben.

Verallgemeinerung des gesammten, wissenschaftlichen und gewerblichen Unterrichtes auf Kosten der Gesammtheit.

Die industriellen Kapitalien sind sobald als möglich zu den von der gesellschaftlichen Verwaltung festzusetzenden Bedingungen zur Verfügung der Arbeiter zu stellen.

Diese Lösungen sind sowohl von den Mutualisten als von den Kollektivisten acceptirt worden. Worin diese zwei Richtungen sich noch trennen, sind die Fragen der Verwandlung des Bodens in Gemeinbesitz und die Frage der Gleichberechtigung der Frauen, beide erstrebt von den Kollektivisten und bekämpft von den Mutualisten; indess machen diese letzteren bedeutende Zugeständnisse, und darf man annehmen, dass ein Theil von ihnen, besonders von den Jüngeren, schrittweise zu den kollektivistischen Ansichten übergehen wird.

Bleiben die Anarchisten, welche in Frankreich wohl organisirt und thätig, aber wenig zahlreich sind. Betreffs der ökonomischen Frage wären keine Schwierigkeiten vorhanden, da die Anarchisten Kollektivisten sind (? der Uebers.), und in politischer Beziehung werden sie entweder der kollektivistischen Majorität folgen (welche in Frankreich, was man nicht vergessen darf, föderalistisch ist) oder ganz einflusslos werden.

Die Propaganda durch die That, wie sie in Italien und Spanien versucht worden und in Russland mehr gerechtfertigt zur Anwendung kommt, ist in Frankreich nicht möglich; sie würde nur als Vorwand zu einer Vernichtung des Sozialismus seitens der republikanischen Bourgeoisie dienen, die nur eine Gelegenheit sucht, um den ersten Gährungen des erwachenden vierten

Standes ein Ende zu machen. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre ein Insurrektionsversuch ein Verbrechen an der Revolution und eine fast nicht wieder gut zu machende Schädigung des französischen Sozialismus; und seien die Anarchisten auch zahlreich genug, um irgend einen Versuch zu machen, so würden sie doch eine solche Veranwortlichkeit nicht eingehen können; ihre sozialistische und revolutionäre Gesinnung dürfte hinreichen, um sie davor zu bewahren.

Alle Freunde des Sozialismus richten ihr Augenmerk auf den Marseiller Kongress, der der bedeutendste und grossartigste zu werden verspricht, den die französischen Arbeiter je abgehalten haben; und wenn dieser Kongress endgültig die französische sozialistische Arbeiterpartei begründet und ein in den Hauptfragen gemeinsames Programm ausarbeitet, so wird er sich um die Menschheit wohl verdient gemacht haben.

Wir schliessen, indem wir behaupten, dass es bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge möglich ist, sich in Frankreich über ein gemeinsames sozialistisches Programm zu verständigen, und dass, wenn man es thut, die französische sozialistische Partei, welche selbst als sie in Bezug auf ihre Prinzipien auseinander ging, soviel Zeichen von Lebenskraft zu geben vermochte, einer Zukunft von bedeutenden und baldigen Verwirklichungen entgegen geht.

Italien.

Gn.-V. — Das Jahr 1878 endete mit drei wichtigen Ereignissen, die nicht nur Italien, sondern auch das Ausland interessiren dürften: das Attentat Giovanni Passanante's auf das Leben Humberts I., der Beginn des Prozesses wegen einer — bei der zur Feier der Errettung des Königs in Florenz veranstalteten Demonstration — in das Volk geworfenen Bombe, und endlich der Sturz des «progressistischen» Ministeriums Cairoli-Zanardelli.

Kaum war das Attentat begangen, als die gesammte Presse sofort den «Internationalen» die Schuld beilegte, indem sie die Nachricht verbreitete, Passanante gehöre der sozialistischen Partei an; im Parteiinteresse erfand die bürgerliche Journalistik die übertriebensten Dinge. So behauptete man z. B., Passanante habe in Beziehungen zu dem in Lugano wohnhaften französischen Flüchtling Malon gestanden, eine Nachricht indess, deren Unwahrheit der Letztere sofort auf's Schlagendste nachwies. Auch die Internationalisten von Genua und die sozialistische «Plebe» in Mailand wiesen jede Solidarität mit dem Attentat Passanante's zurück. Aus dem Prozess ging dann in der That hervor, dass Passanante in keinerlei Verbindung zur sozialistischen Partei stand. Der Angeklagte wurde zum Tode verurtheilt und darauf zu lebenslänglicher Galeerenstrafe begnadigt.

Auch betreffs der Florenzer Bombenaffaire fanden öffentliche Kundgebungen von Sozialisten statt, welche die Solidarität für jenen Vorgang ablehnten. In diesem Sinne erklärten sich viele Internationalisten in Toskana, die Internationalisten von Genua und die Sozialisten von Mailand.

Trotz alledem nahm die Regierung die strengen Massregeln gegen die Sozialisten wieder auf, und das Signal hierzu gab die Rede, welche der Minister Zanardelli in Iseo hielt, eine Rede, in der er die Internationale als die Negation jeder Moral erklärte, und hinzufügte, sie reize beständig zu Verbrechen an. Gegen den Minister protestirte der « Zirkel für sozialistische Propaganda » von Alessandria, aber das verhinderte nicht, dass sich die Verwarnungen (ammonizioni), die Ausweisungen, die Haussuchungen, die Verhaftungen, die Deportationen (domicilii coatti) gegen die Internationalisten, besonders in Fabriano, Perugia, Livorno, Ariano, Faetto, Padua, Monselice, Palermo, Rom, Corato, Spezia, Mirandola, Pisa und Neapel vervielfältigten; in letzterer Stadt trafen die Massregeln auch einen Advokaten und gewesene Militärs.

Einige Internationalisten flohen bis Alexandria in Egypten; von dort wurden sie ausgewiesen, weil sie ein Meeting veranstaltet hatten.

Trotz aller dieser Verfolgungen tauchte Ende vorigen Jahres in Rom und Neapel der Plan auf, einen italienischen Arbeiterbund zu gründen, welches Projekt indess wegen grosser, nicht nur von der Regierung, sondern von allen jeder unabhängigen Arbeiterbewegung feindlichen Parteien in den Weg gelegter Hindernisse nicht verwirklicht werden konnte. Zu gleicher Zeit revoltirten die Bauern einer Gemeinde in der Provinz Udine und drangen auf die Behörde ein mit der Forderung um Geld zum Auswandern. Die Auswanderung der Bauern ist ein Vorgang, der sich sehr oft unter den gewaltthätigsten Episoden wiederholt. Dennoch nahm die Deputirtenkammer, als im Dezember die Frage der Verbesserung des römischen Ackerlandes an sie gelangte, dieselbe mit Gleichgültigkeit und Widerwillen auf, und bis jetzt wurde nichts Ernsthaftes beschlossen.

In Reggio Emilia hielt der Advokat Barbanti in einer Arbeiterversammlung einen sozialistischen Vortrag, gegen welchen die mazzinistischen Republikaner protestirten und die Regierung einen Prozess erhob, der mit Freisprechung vor den Assisen endete. Der sozialistische Zirkel dieser Stadt gab dem freigesprochenen Angeklagten ein Fest.

Die bürgerliche progressistische Partei regte im Glauben, dem unzufriedenen Volk eine Genugthuung zu geben, die Frage der Wahlgesetzreform an, aber das Proletariat verhielt sich gleichgültig, weil es vor Allem Reformen zur Befreiung vom Elend bedarf, und in der That ist das Elend so gross, dass in Süditalien die Vorsteher einiger Gemeinden, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu beschwichtigen, genöthigt waren, sich sozialistischen Reformen günstig zu zeigen.

Kurz vor Ende des Jahres 1878 starb im Exil in Egypten Napoleone la Cecilia aus Neapel, General unter der Commune von Paris. Die Sache des Sozialismus verlor in ihm einen tüchtigen Denker und tapferen Kämpfer.

Der am Ende des Jahres erfolgte Wechsel des Ministeriums, das in den Händen der Progressisten verblieb, verbesserte durchaus nicht, ja verschlimmerte eher die Verhältnisse der Arbeiterbewegung. Die Jagd auf die Internationalisten wurde durch die Uebereinkunft zwischen den Ministern des Innern, der Justiz und des Krieges immer erbitterter. An einigen Orten wurden sogar des Internationalismus verdächtige Rekruten verhaftet und in die Disziplinarabtheilungen, besser Strafabtheilungen, geschickt. Mit grösserer Härte wurden die Verwarnungen, die Haussuchungen, die Verhaftungen, die Prozesse, die Verurtheilungen und Deportationen fortgesetzt, namentlich in der Romagna,

in den Marken und in Toscana. Die Verwarnungen und die Untersuchungshaft wurden in unerhörter Weise gemissbraucht, sogar das Briefgeheimniss wurde nicht mehr geachtet. Man betrachtete die Internationalisten gerade als ob sie Verbrecher wären. Viele Sozialisten, besonders in Toscana und Neapel, hatten öffentlich erklärt, dass sie die Dolchtheorie verwerfen, — aber das machte nichts, die Behörde fuhr fort und verdoppelte die Härte. Nichtsdestoweniger entstand im Februar in Turin ein neuer Zirkel für Propaganda und im März ein anderer in Mantua.

Wenig später veröffentlichten der königliche Prokurator in Ancona und der Bischof von Verona gleiche Ideen und Vorschläge gegen den Sozialismus; die einst feindlichen alten Klassen machen jetzt öffentliche Allianz gegen die sozialistische Partei.

In Florenz wurden im März 30 Internationalisten verwarnt. Und in ganz Italien schickte die Polizei agents provocateurs herum; man entdeckte, dass die italienische Polizei sogar in Genf ihre Agenten hat.

Im April fand in Padua ein Prozess gegen Internationalisten statt, und zur selben Zeit gründete man in Adria, nahe bei Padua, einen neuen sozialistischen Zirkel.

Zur Ueberraschung aller ernsten und unparteiischen Menschen einigten sich der Minister des Innern und der der Verwaltung dahin, von jetzt ab die internationalen Assoziationen als Verbrecherassoziationen zu behandetn, und man versuchte, diesen Grundsatz auch im Ausland zur Geltung zu bringen, indem man von der Schweiz die Auslieferung des Sozialisten Pistolesi verlangte, ihn ausdrücklich als Verbrecher bezeichnend. Das Bundesgericht erkannte jedoch das unangebrachte Verlangen nicht an und liess den provisorisch in Lugano inhaftirten Pistolesi frei.

Im selben Monat April verhaftete die Behörde den Doktor Wiede, welcher Mailand passirte, um nach Zürich zu reisen. Der Redakteur der «Neuen Gesellschaft» war von Lugano aus, wo er einige Zeit verweilt hatte, nebst mehreren Andern in abenteuerlichster Weise denunzirt worden. *)

Seit April gibt der Grundsatz, die Internationalisten als Verbrecher zu betrachten, trotz des entgegengesetzten Gutachtens der schweizerischen Gerichte und einiger italienischer bürgerlicher Journale, den gewöhnlichen Vorwand, Internationalisten zu verwarnen, einzukerkern und sie in Anklagezustand zu versetzen.

Im Mai zählte allein die Stadt Imola, eine kleine Stadt in der Romagna, 50 Familien in Trauer wegen Einkerkerungen.

Man steckt in's Gefängniss, man klagt an, man massregelt, aber die sozialistische Bewegung hört nicht auf. In Sarzana, in Lerici und benachbarten Orten entstehen neue internationalistische Sektionen. In Neapel und in der Romagna erliessen die weiblichen internationalen Sektionen ein Manifest an die Arbeiterinnen Italien's, welches diese auffordert, den Lehren der Internationale beizutreten.

---

*) Inzwischen mussten auch die Behörden die vollkommene Unschuld des Herrn Dr. Wiede einsehen und sahen sich genöthigt, ihn nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft in Freiheit zu setzen.

Anm. d. Herausg.

Um den Verfolgungen zu entgehen, fliehen viele Sozialisten in's Ausland; dem entspricht die Nachricht, dass im Mai einige italienische Flüchtlinge in Konstantinopel eine internationalistische Sektion zu organisiren begonnen haben.

Der Kampf zwischen der Regierung und der sozialistischen Partei wird immer erbitterter; in dem kleinen Flecken Fabriano verwarnte die Behörde als Internationalisten (was nach ihr so viel heisst wie Verbrecher) 20 junge Leute. In Bologna wurden im Mai nicht weniger als 50 Sozialisten verhaftet, unter ihnen zwei junge Damen aus bürgerlichen Familien (die eine war Lehrerin). In Ravenna deportirte man einen Internationalisten nach der Insel Lampedusa. So ungeheuerlich sind die Massregeln der Polizei und Gerichte, dass in der Romagna hunderte von Bürgern einen Protest aufsetzten und der Regierung einsandten, damit sie diesem unsinnigen Verfolgungsgeist einen Zügel anlege.

Im selben Monat Mai starb plötzlich im Gewahrsam zu Florenz einer der wegen Bombenwurfs Angeschuldigten. An diesen unvorhergesehenen Todesfall knüpfte und knüpfen sich noch immer Kommentare, welche direkt die Polizei treffen.

Im Allgemeinen beruhen die politischen Prozesse lediglich auf Eingaben und Zeugnissen öffentlicher und geheimer Polizeiagenten. Auch bezüglich des schwebenden Prozesses von Perugia laufen Gerüchte, welche auf das Einwirken geheimer Agenten schliessen lassen: Agenten, deren Existenz Niemand in Zweifel stellen kann, namentlich nach den Enthüllungen des mailändischen Journal's *La Plebe,* noch detaillirter dargestellt vom *Dovere* zu Locarno (Schweiz), welches Namen bringt.

Im Juni entstanden zwei neue sozialistische Zirkel: einer in der klerikalen Stadt Lucca, der andere in Rimini. Und die Verfolgungen mehren sich: In Neapel Haussuchungen ohne richterliches Mandat; anderwärts Verurtheilungen wegen Zuwiderhandelns gegen die Verwarnungen; Vertraute der Polizei schleichen sich in die Werkstätten ein und denunziren den Behörden oder den Prinzipalen die sozialistisch gesinnten Arbeiter; in Orbetello wurden einige arme Arbeiter, welche, durch tiefstes Elend getrieben, heftig nach Brod verlangt hatten, zu einem Monat Gefängniss verurtheilt. Endlich das Urtheil im Bombenprozess zu Florenz; die 9 Angeschuldigten wiesen einstimmig die Anklage, die Bombe geworfen zu haben, zurück, aber sie erklärten sich als Sozialisten und Internationalisten und vertheidigten die Internationale gegen die entehrenden Beschuldigungen, welche das öffentliche Ministerium gegen sie geschleudert; 7 von ihnen wurden verurtheilt, der schwerste zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, der geringste zu 19 Jahren Strafanstalt. Der Prozess wurde auf so seltsame Weise geführt, dass schliesslich selbst einige bürgerliche Journale es rügten.

Zur Zeit schwebt in Florenz noch ein Prozess, in welchen die junge Russin Kulikoff verwickelt ist, welche man zusammen mit anderen Sozialisten seit mehr als 8 Monaten inhaftirt hält.

Aber nicht nur ist es die Regierung, welche Krieg gegen den Sozialismus führt, sogar die republikanisch-föderalistische Partei unter der Führung von Alberto Mario nimmt daran Theil. Wir sprechen nicht von den Mazzinisten: unter allen Republikanern sind sie die intolerantesten und verbohrtesten gegen die Sozialisten, und thatsächlich kam es an einigen Orten, besonders in der Romagna und in Toscana, zu blutigen Szenen zwischen ihnen und den Sozialisten.

Im Januar erschien auch die famose päpstliche Enzyclica gegen den Sozialismus, welche in einem Hirtenbrief des Bischofs von Sardinien ein Echo fand; beiden antwortete in einer Broschüre ein Mitarbeiter des Journals *La Plebe.*

Nicht alle Republikaner stellten sich auf die Seite des Papstes und der Bischöfe gegen den Sozialismus; einige acceptirten den Sozialismus als Feld der Diskussion, z. B. die Journale «l'Ordine,» «il Popolo,» «la Bandiera» und «il Lucifero».

In Livorno, in der Romagna und in Turin lichteten sich die Reihen der bürgerlichen Demokratie, infolge des Einflusses des Sozialismus.

Als geistige Bewegung und in seinen Forderungen stellt sich der Sozialismus in verschiedener Weise dar. Im Januar sehen wir Arbeiter in Rom von der Regierung Arbeit und ökonomische Reformen fordern; im Februar verlangt eine Volksversammlung in Palermo Arbeit und Brod und droht, in die Präfektur einzudringen; anderwärts striken Arbeiter und verlangen Lohnerhöhung. Zur Feier des 18. Märzes fanden an vielen Orten Manifestationen für die Pariser Kommune statt; in Bologna veranstalteten 25 Frauen eine solche Demonstration zu Gunsten der Kommune. In Sampierdarena, dem sogenannten Manchester Italiens, begehren tausend beschäftigungslose Arbeiter nach Arbeit. Im *Plebe* eröffnen Kollektivisten und Kommunisten eine Debatte über ihre verschiedenen sozialen Systeme. Eine neue Propaganda beginnt mit Hülfe von Broschüren à 5 Centesimi, welche von der Offizin der *Plebe* herausgegeben und zu Tausenden gedruckt werden. Auf diese Art dringt die Propaganda auch dahin, wo sie bis jetzt noch nicht gedrungen war, z. B. in das venetianische Gebiet. — Im Neapolitanischen forderten arme Bauern tumultuarisch Brod von der Behörde, welche sich dadurch gezwungen sah, Lebensmittel vertheilen zu lassen. Gleiche Unruhen fanden in Calatabiano auf Sizilien statt, wo die Proletarier das Amtsgebäude stürmten und mit Beilen gegen die öffentliche Gewalt kämpften. In Faenza ist man gezwungen, an die Leute, welche keine Arbeit haben, Suppen zu vertheilen.

Als Gegenstand einer Diskussion und Propaganda ventilirt die *Plebe* die Frage einer Universalsprache. Die *Plebe* ist jetzt das einzige sozialistische Blatt in Italien. In Calabrien versuchte man ein zweites Blatt zu gründen, aber amtliche Chikanen erdrückten es sofort. Da die Manifestirung revolutionärer Ideen vermöge der geduldeten Presse sehr schwierig ist, so ist die Internationale gezwungen, heimliche Flugblätter zu verbreiten, was natürlich die mehr revolutionären Manifestationen des anarchistischen Sozialismus fördert.

Im März erschien ein Buch von Pietro Ellero, betitelt: «La tirrannide borghese» (die Tyrannei der Bourgeoisie), ein Werk von grosser Bedeutung*), in welchem der Verfasser, ein nicht sozialistischer Professor, die herrschende Bourgeoisie einer unbarmherzigen Kritik unterzieht. Weitere neue Veröffentlichungen, welche die Wunden der heutigen sozialen Zustände bloslegen, sind: *Milano sconosciuta* (das unbekannte Mailand) von Paolo Valera und *Gli Ammoniti, Oziosi e Traviate* (die Verwarnten, die Müssiggänger und die Verführten) von Advokat Borgonovo. Carlo Cafiero gab einen Auszug aus dem ersten Band des Kapitals von Karl Marx in einer kleinen Broschüre heraus. Die Geschichte des Sozialismus von B. Malon wird von Allen, welche die soziale Frage studiren, eifrig gelesen. Der sozialistische Schriftenverlag der *Plebe* gewinnt

---

*) S. Rezension S. 173. D. Herausg.

immer mehr Ausdehnung. Man liest und studirt jetzt mehr als früher. Trotz aller Verfolgungen, denen er ausgesetzt ist, wird der Sozialismus auch in Italien ein Bestandtheil des wissenschaftlichen Lebens; ein Beweis dafür ist, dass die Bourgeois-Gelehrten sich bedroht fühlen: unter ihnen ist der Professor Lombroso zu erwähnen, der in seinem jüngsten Werk über die Vermehrung der Verbrechen einen Krieg bis auf's Messer gegen die Internationalen unterhält.

Der Sozialismus ist nunmehr in's öffentliche Leben gedrungen, und die soziale Frage offenbart sich, ausser im Gebiete der Theorie, auch in anderen Symptomen: 1. die Selbstmorde und die Fälle von Wahnsinn, welche die Pellagra (eine auf dem Lande in Folge mangelhafter Nahrung der Bauern herrschende Krankheit) zur Folge hat; 2. die Auswanderung, welche in einigen Provinzen schreckenerregend ist; 3. die wachsende Vermehrung der Armen, und neben der Vermehrung des Elends eine ebensolche der Verbrechen; 4. die Strikes, welche in Italien nicht häufig vorkommen, weil die Arbeiter nicht in grossen Massen zusammen sind, und ihnen die finanziellen Mittel zur Durchführung der Strikes fehlen; 5. die gewerkschaftlichen Vereinigungen, die allerdings nicht zahlreich sind und die viel zahlreicheren sozialistischen Vereine; 6. die Bauern-Unruhen, die immer einen ländlich kommunalistischen Charakter tragen und sich nicht gegen die Regierung, sondern die Kommunen wenden.

Die eifrigeren, intelligenteren und thätigeren Sozialisten sind Arbeiter und junge Leute aus bürgerlichen Kreisen. Sie betreiben gemeinsam jene sozialistische Agitation, die da weiss, was sie will, und sich von den Agitationen der alten politischen Parteien unterscheidet und trennt, und die sich desshalb von der jüngsten Garibaldinischen Agitation, welche auf politische Reformen zielt, fern hält; die Sozialisten fordern dagegen vor allem durchgreifende ökonomische Reformen. Aus diesem Grunde werden sie den Vorschlag des Deputirten Catucci, eine Armentaxe, wie in England, einzuführen, unberücksichtigt vorübergehen lassen. Ebenso haben sie kein Vertrauen in die aus der parlamentarischen Bourgeoisie hervorgegangenen Gesetzentwürfe über die Kinderarbeit, die ländliche Enquête, über die Anerkennung der Arbeiterhülfskassen als juristische Person und über die Arbeiterverunglückungen. In der That schläft ein Theil dieser vor einiger Zeit eingebrachten Anträge in den Parlamentsarchiven, andere werden in den Regierungskreisen mit unglaublicher Gleichgültigkeit und Langsamkeit studirt und verarbeitet. Das Misstrauen der Sozialisten ist daher vollauf gerechtfertigt.

Die soziale Bewegung hat nicht überall denselben Charakter. In Mittel-Italien agitirt man viel revolutionärer; in Süditalien ist sie durch ein so tiefes Elend, dass die Verbreitung der revolutionären Idee fast unmöglich ist, geradezu gelähmt; in Norditalien hat sie einen spezifisch wissenschaftlich-propagandistischen Charakter.

Niederlande.

C. d. P. — Ehe ich darauf eingehe, Ihnen die hauptsächlichsten Ereignisse der belgischen und holländischen Arbeiterbewegung in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zu berichten, halte ich es für geboten, einen kurzen Rückblick

auf die Geschichte dieser Bewegung in den letzten Jahren zu werfen. Indem wir einige Jahre zurückgehen, werden wir die neuesten Thatsachen besser begreifen, ihre Ursachen und ihr Wesen besser erfassen.

Um die gegenwärtige Richtung des belgischen und holländischen Sozialismus wohl zu verstehen, ist es nothwendig, bis auf jene denkwürdige Epoche zurückzugehen, welche mit dem beklagenswerthen deutsch-französischen Krieg beginnt, mit dem Ausbruch der Pariser Kommune und den so richtig als dritte Niederlage des französischen Proletariats bezeichneten Maitagen sich fortspinnt, und endlich mit dem in Folge des Haager Kongresses erfolgten Zerfall der berühmten internationalen Arbeiter-Assoziation endigt.

Bis dahin hatte die Arbeiterbewegung, von einer unablässigen Propaganda durch Vorträge, Versammlungen, Kongresse, Zeitungen, Broschüren und Manifeste in's Leben gerufen, unterstützt durch Strikes, deren einige erfolgreich waren, andere, obwohl ohne das gewünschte Resultat, den Arbeitern unserer grossen Metall- und Kohlenindustrie die Macht der Solidarität und den Nutzen der Vereinigung lehrten, Triumph auf Triumph geerntet. Schon sah man den Moment kommen, wo alle Industriearbeiter (ich brauche diesen Ausdruck hier im engeren Sinne mit Ausschluss des Ackerbaus) in Gewerkschaften vereinigt sein, und diese ohne irgend welche Ausnahme untereinander verbündet sein würden, wo sie Delegirte mit der beständigen Verwaltung ihrer gemeinsamen Interessen betrauen und so ein wahres Arbeitsparlament schaffen würden; schon sah man dieses Arbeiterparlament sich unsern auf Grund des Zensus gewählten Bourgeoisparlamenten gegenüberstellen als (offiziell anerkannte) Vertretung des vierten Standes, um mit den andern Ständen die Mittel zur allmähligen und friedlichen Umwandlung der gegenwärtigen sozialen Organisation in eine der Gerechtigkeit mehr entsprechende zu berathen, in welcher das Eigenthum an Boden und Arbeitsinstrumenten aus den Händen Privater in die Hände der sozialen Gemeinschaft übergeführt und die heutige kapitalistische Produktionsweise durch die allgemein kooperativ-kollektivistische oder kommunistische ersetzt würde. Bereits begann, und dies vervollständigt den Plan — oder vielmehr den Traum — die Propaganda bei der Landbevölkerung, bei den allgemein — ausser vielleicht in England — jeder auf breiter Basis beruhenden Assoziation so widerstrebenden Bauern; in den beiden äussersten Distrikten unseres Landes*) in Friesland und in Luxemburg waren sozialistische Landarbeitervereine gegründet worden, welche in ihren Schriften und auf den Kongressen wie die Industriearbeiter die Umwandlung des Bodens und der Arbeitsinstrumente in gesellschaftliches Gesammt-Eigenthum forderten; grosse Gedanken erfüllte die Geister, die Herzen trugen sich mit grossen Hoffnungen, selbst die Bourgeoisie schien die Grösse der Arbeiterbewegung, welche gegen und ohne sie sich entwickelte, zu begreifen.

Es war mit einem Wort, als ob ein sozialistischer Wind die Luft durchwehte, über den Städten, wie über das Land und die Gewässer, von Charleroy bis Amsterdam, vom Ardennerwald bis zu den Friesischen Ebenen, von der

*) Ich sage mit Absicht unseres Landes und nicht unserer Länder, weil für uns Flamänder, Belgien und Holland (trotz der verhängnissvollen und und thörichten Revolution von 1830, welche sie in zwei Fetzen riss) nur ein Land, das Niederland (la Néerlande) bilden.

Sambre bis zum Zuidersee; und dieser mächtige Wind wehte, wie man leicht merken konnte, besonders von Mittag, von Frankreich her.

Das Wallonenland war es, welches zu jener Zeit an der Spitze der Bewegung stand; Brüssel und Brabant, das Zentrum der belgischen Provinzen, wo Wallonen und Flamänder gemischt wohnen, kam zunächst; dann die flämischen Provinzen. Holland durch Sprache und eine gewisse Gemeinsamkeit und Denkart dem flämischen Lande eng verbunden, folgte langsam und bedächtigen Schrittes.

Diese ganze Bewegung stand mit der internationalen Arbeiter-Assoziation in steter Verbindung, sei es durch seit ihrem Auftreten gegründete Sektionen der Internationale, sei es durch schon früher existirende, aber an die Internationale sich anschliessende und ihr verbündete Gruppen, wie der Verein *le peuple* in Brüssel, der Volksverband in Antwerpen, *les Francs-ouvriers* in Verviers, der ardennische Landarbeiterverein und einige Gewerkvereine der Weber und Spinner in Gent, der Schneider, Tischler u. s. w. in Brüssel, Gruppen und Vereine, die schon vor der 1864 in London gegründeten Internationale bestanden.

Da brach der deutsch-französische Krieg aus. Die belgischen und holländischen Sozialisten, besonders die Mitglieder des in Brüssel wohnhaften belgischen Regionalrathes, vereinigten ihre Stimmen mit der des Londoner-Generalrathes und denen der französischen und deutschen Sozialisten, um gegen den Krieg zu protestiren. Dann kam die Pariser Kommune, ihr heroischer Kampf, ihre Niederlage und die Niedermetzelung der Pariser Proletarier. Zur Ehre der belgischen und holländischen Arbeitervereine können wir sagen, dass im Triumph wie in der Niederlage, trotz der Verläumdungen, welche man über die Kommunarden verbreitete, und trotz der Verfolgungen des Sozialismus, die der Fall der Kommune überall hervorrief, sie sich solidarisch mit der letzteren erklärten. Unter den sozialistischen Schriftstellern und unter den Führern der Arbeiter-Bewegung in Belgien und Holland befindet sich Niemand, der, wie es leider unter den Führern der englischen Arbeiter-Bewegung und sogar unter den englischen Mitgliedern des Generalrathes der Internationalen vorkam, auf die grosse Besiegte einen Stein geworfen hätte. Die sozialistischen und Arbeiterzeitungen des Südens, wie des Nordens, die «*Liberté*» und die «Internationale» in Brüssel, der «*Mirabeau*» in Verviers, das «*Droit*» in Charleroy, der «Werker» in Antwerpen, der «Werkman» in Amsterdam, die «Toekomst» und die «Vrijheid» im Haag, sie alle nahmen ausnahmslos für die Kommune Partei und vertheidigten sie nach ihrer Niederlage. Eine aussergewöhnliche, aber wahre Erscheinung: der Sturz der Kommune war einige Zeit lang in Belgien wie in Holland (das ein wenig zurückgeblieben war) das Zeichen zu neuer Aufwallung der Arbeiterherzen, zum Wiederaufschwung der sozialistischen Propaganda, zur grösseren Ausbreitung der Arbeiterbewegung, zur Gründung neuer Sektionen in den belgischen Steinkohlenbecken, den belgischen und namentlich den holländischen Hauptstädten.

So lagen die Dinge, als sozusagen am Tage nach der Kommune der dritte niederländische Arbeiterkongress stattfand. Er begann am 28. Mai 1871 und übertraf durch Schwung und Tiefe seiner Debatten, wie durch die Zahl der Delegirten und die Bedeutung der vertretenen belgischen und holländischen Vereine bei Weitem seine beiden Vorgänger: 59 Delegirte — aus Brüssel,

Antwerpen, Gent, Lüttich, Arnheim, Leyden, dem Haag, Rotterdam, Amsterdam, Leeuwarden, Gröningen — waren anwesend und vertraten die hauptsächlichsten Gewerke, die Sektionen und die beiden Regionalräthe der Internationale (den holländischen und den belgischen). Ausser dem bedeutenden Eindruck, welchen dieser grosse Kongress auf die gesammte Bevölkerung machte und den neuen Anhängern, welche seine Debatten und Beschlüsse dem Sozialismus zuführten, hatte er den Erfolg, die Vereinigung der Arbeiter in den Südprovinzen mit denen der Nord- (holländischen) Provinzen endgültig zu besiegeln.

1872 befand sich die Internationale auf ihrem Höhepunkt im Lande; aber gegen Ende dieses Jahres begann auch für diese grosse Assoziation die Periode des Verfalls. Der vom 2. bis 9. September 1872 im Haag stattgehabte Kongress spaltete, wie man weiss, die Internationale in zwei Theile. Bekannt ist auch, welche Personenfragen und welche prinzipielle Differenzen diese Spaltung verursachten. Die letzteren bezogen sich weniger auf die Grundprinzipien des Sozialismus, als auf die der inneren Organisation der Internationale zu Grunde zu legenden Prinzipien; die Personenfrage drehte sich um zwei Namen, Marx und Bakunin. Nach der Spaltung waren die belgischen und holländischen Sektionen — welche im Grunde nicht mehr Anarchisten wie Staatsanhänger, nicht mehr Bakunisten, wie Marxisten waren, aber welche in der Internationalen nur einen Verband (fédération) autonomer Gruppen sahen, die ohne Leitung, sei es von London oder Genf, von Paris oder Chaux-de-fonds selbstständig vorgehen — angesicht der föderalistischen und Dezentralisations-Ideen, die damals bei ihnen vorherrschten, logischermassen gezwungen, gegen Diejenigen Partei zu ergreifen, welche dem Kongress das Recht zuerkennen wollten, gewisse Leute aus der Internationalen auszuschliessen, während der Regional-Verband, dem diese Leute angehörten, sie in seiner Mitte behalten wollte; und trotz ihrer Achtung vor dem Charakter und dem Wissen Marx's stellten sich unsere Sektionen auf die Seite Derer, welche man ausschliessen wollte, nämlich Bakunin's und Guillaume's.

Diese verhängnissvolle Spaltung entmuthigte viele Köpfe; erster Grund für den Rückgang der Internationalen, wie es ein in Holland wohlbekannter und sehr geschätzter Sozialist, der Schneider Gerhard, in einem später an den Berner Kongress gerichteten Brief konstatirt: der Haager Kongress, sagt er, dessen Ergebniss eine Spaltung der Internationalen war, bewirkte, dass die Arbeiter das Vertrauen in die Macht dieses Bundes verloren und nicht mehr davon hören wollten.

Darauf begann die Geschäftskrise, welche noch währt, und aus der wir vielleicht nicht mehr herauskommen. Verunglückte Strikes, besonders in der Kohlen und Eisenindustrie, welche die Herabsetzung der Löhne verhindern sollten, aber nur Unheil anrichteten, gaben der Internationale den Rest. Es gab wohl noch Sektionen in den meisten Industriestädten, aber sie sahen nach und nach ihre Reihen lichter werden; bald gab es in Holland nur eine einzige Sektion, die, wenn auch wenig zahlreich, bis heute bestehen blieb, die Haager Sektion. In Brüssel, in Antwerpen, in Gent, in Verviers rissen sich fast alle Arbeitervereine einer nach dem andern los; es war eine wahre Fahnenflucht. Im übrigen Theile des Landes, namentlich unter den Kohlengräbern, war das Ausreissen noch grösser, ganze Sektionen verschwanden, ohne dass auch nur ein Mann geblieben wäre; einst thätige, eifrige, ja unruhige Orte, wie Lüttich,

Seraing, die grossen Industriedörfer von Charleroy und Borinage, schienen, wenn nicht für jede Arbeiterorganisation, so doch für die Internationale, selbst für die allgemeine Sache des Sozialismus todt zu sein. . . . . Man konnte eine Zeit lang glauben, dass die sozialistische Bewegung thatsächlich bei uns erloschen sei. Aber glücklicherweise war es nicht der Tod, sondern nur eine langsame Umwandlung, welche sich den Köpfen vollzog, eine Aenderung in der Methode, der Taktik und auch ein wenig in den Ideen.

In Holland, wo der Name der Internationalen viel schneller verschwand als in Belgien, zeigte sich die Arbeiterbewegung so zu sagen am Tage darauf unter der neuen Form des «Algemeen Nederlandsch Werklieden Verbond», und der «Werkman» wurde in «Werkmansbode», Organ des genannten Verbandes umgewandelt; seitdem hält dieser Verband alljährlich Kongresse ab, wo man ökonomische und politische Fragen, welche die Arbeiterklasse interessiren, diskutirt; sein Organ, der «Werkmansbode», besteht schon im dritten Jahrgang, erscheint zwei mal wöchentlich und wird sehr gut redigirt.

In Belgien bildeten sich neben der Internationale, welche in den grossen Städten und einigen Manufakturbezirken, wie Verviers, wohl oder übel fortbestand, lokale Verbände von Arbeitervereinen; in Brüssel nahm dieser Verband den Namen *Chambre de travail* (Arbeitskammer, flämisch: Werkskamer) an.

Als 1874 der internationale Kongress in Brüssel zusammentrat, waren nicht nur die holländischen Sektionen nicht vertreten, sondern auch von den Belgiern waren nur neun Delegirte anwesend, während zum Brüsseler Kongress von 1868 ungefähr 50 aus allen Ecken des Landes gekommen waren. Noch mehr, es war unschwer zu beobachten, wie sich seitdem die Meinungen über wesentliche Punkte ein wenig geändert hatten, oder im Begriff standen, sich zu modifiziren; ausser den Verviern pries Niemand mehr mit der alten Hartnäckigkeit die politische Enthaltung und hegte Niemand mehr das alte Entsetzen vor der Staatsidee, besonders vor dem sozialistischen, volksthümlichen Staat, den die Flamänder mit dem gleichen Wort wie die Deutschen, Volksstaat im Gegensatz zum heutigen Klassenstaat, bezeichnen. Diese neuen Tendenzen zeigten sich offen in dem Bericht über die Organisation der öffentlichen Dienste in der künftigen Gesellschaft, den Ihr Korrespondent dem Kongress Namens der Brüsseler Sektion vorlegte, und dessen Gedanken die flämischen Delegirten durch eine vom Delegirten Coenen aus Antwerpen abgegebene Erklärung acceptirten.

Dieser Wechsel in der Methode und Auffassung trat auf dem vom 26.—30. Oktober 1876 in Bern stattgehabten Kongresse noch mehr hervor. Dort konnte der Delegirte für Belgien und Holland, gleichfalls Ihr Korrespondent, als er von Belgien sprach, Folgendes erklären:

«In Belgien machen die Sektionen der Internationale im Besonderen, sowie die gesammte Arbeiterbewegung eine Art Krise durch, oder befinden sich vielmehr in einer wahren Umwandlungsperiode. Dieselbe offenbart sich gleichzeitig in den neuen Elementen, welche der Bewegung beitreten, wie in der neuen Richtschnur, welche die belgischen Arbeiter in diesem Augenblick befolgen wollen.

«Wir wollen uns näher erklären. Wenn wir von neuen Elementen sprechen, so wollen wir damit sagen, dass in vielen Sektionen die alten Mitglieder zum grossen Theil verschwunden sind, um neuen und namentlich jungen Leuten

Platz zu machen; auch wollen wir sagen, dass die Bewegung ihr Terrain zu wechseln scheint, in dem Sinne, dass im wallonischen Land viele Sektionen verschwunden oder abgefallen sind, während im flämischen die Sektionen im Fortschritt begriffen sind und sich einer thätigen Propaganda widmen. Und wenn wir von einer neuen Richtschnur sprechen, so spielen wir damit auf die von den Genter und Antwerpener Sektionen ergriffene und von der Arbeitskammer in Brüssel neu aufgenommene Initiative an, sich an die Gesetzgebung zu wenden, um ein Gesetz über die Kinderarbeit zu erlangen; diese Bewegung ist ein erster Schritt auf politischem Gebiete, welchem wahrscheinlich andere Manifestationen oder weitere politische Thätigkeit der Arbeiter folgen werden.

«Wir erinnern daran, dass es einst die politische Thätigkeit war, vermöge deren die Internationale in Belgien Fuss fasste: Allgemeines Stimmrecht, Abschaffung der Konskription und der stehenden Heere, das waren die hauptsächlichsten Fragen, mit denen die ersten Sektionen die öffentliche Meinung unseres Landes bewegten. Man organisirte Versammlungen und Demonstrationen bezüglich dieser Fragen, aber da die Arbeiter in keiner Beziehung in unserem Parlamente vertreten waren und in Folge des bestehenden Wahlzensus auch nicht vertreten sein konnten, blieben diese Forderungen unberücksichtigt. Nach einer gewissen Periode derartiger Agitation wurden die Arbeiter ihrer überdrüssig und sagten sich, dass von der Bourgeoisie, welche unser schönes Land beherrscht, nichts zu erwarten sei; daher die Enthaltung von der Politik, welche seitdem unsere Haltung bestimmte. . . . . .

«Der grössere Einfluss, den die flämischen Sektionen im Schoosse der belgischen Föderation heute gewonnen haben, und der Eintritt des bereits erwähnten jungen Elements in unsere Sektionen, haben diese anti-politische Haltung merklich modifizirt. Die an das Parlament gerichteten Petitionen unserer Genter Sektionen, welche durch eine in dieser Fabrikstadt, wo die Ausbeutung, ja oft Hinmordung ganz junger Kinder durch die Maschinen im Schwunge ist, ganz von selbst entstandenen Bewegung veranlasst waren; ein von denselben Gentern ausgehendes Manifest, welches politische Rechte fordert und denen der deutschen Sozialisten analoge Ideen ausspricht; die Versammlungen in Antwerpen und Brüssel zu Gunsten eines Fabrikgesetzes; die Lektüre der deutschen sozialistischen Journale seitens der gebildeteren flämischen Genossen (der Führer der Bewegung); der Ideenaustausch, welcher vermittelst des Werker in Antwerpen zwischen diesen letzteren und den deutschen und englischen Arbeitern stattfindet; endlich eine gewisse, in der politischen Enthaltung einbegriffene Schlaffheit, die uns glauben macht, dass wir Unrecht thun, darin zu verharren, wenn wir nicht die Arbeiterbewegung in politischer Beziehung den fortschrittlich Liberalen und Radikalen in die Hände fallen lassen wollen; alles Das bewirkt, dass unseres Erachtens die Zeit nicht fern ist, wo unsere Arbeiter wieder eine politische Agitation beginnen werden, ohne indess zu vergessen, dass dies nicht endgültiges Ziel, sondern nur eines der zahlreichen Mittel sein soll, welche geeignet sind, die politische und soziale Emanzipation des Proletariates zu beschleunigen. Indem wir diese Erklärung bezüglich des neuen Geistes, der gegenwärtig die meisten belgischen Sektionen zu erfüllen scheint, abgeben, müssen wir nichtsdestoweniger hinzufügen, dass die Sektionen des Vesdre-Thales die alte Enthaltungspolitik beibehalten haben; diese Thatsache wird auch durch das vor wenig

Tagen von den Arbeitern in Verviers veröffentlichte Manifest bezüglich der Kinderarbeit in den Manufakturen bestätigt, denn darin wird die von Gent, Antwerpen und Brüssel ausgehende Bewegung bekämpft.»

Weiter sagte der Delegirte in seinem Berichte über Holland: «Die ganze Bewegung, welche an die Internationale anknüpft, ist so gut wie gefallen. Es ist nichts geblieben als einige kleine Sektionen in einigen Städten (im Haag). Aber man muss aus dem, was wir hier sagen, nicht schliessen, dass es in Holland keine Arbeiter- oder sozialistische Bewegung mehr gibt. Weit gefehlt. Es besteht dort ein Arbeiterverband, der sich über ganz Holland erstreckt und in seinem Schoosse gegenseitige Hülfs- und Strikekassen, Bildungszirkel, Bibliotheken u. s. w. umfasst; es ist dies eine Organisation, die ein wenig dem schweizerischen Arbeiterbund gleicht, und übrigens fast den gleichen Namen: «Nederlandsch Werklieden-Verbond» trägt. Noch mehr, die holländischen Arbeiter, welche bereits ein Fabrikgesetz erlangt haben, bereiten sich auf eine politische Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes vor. Endlich haben die Holländer auch auf dem Gebiete der philosophischen und sozialen Propaganda einige Fortschritte gemacht. An der Spitze dieser geistigen Bewegung befinden sich mehrere philosophische Schriftsteller von durchaus unabhängiger Haltung, von denen die berühmtesten Dr. Feringua und Douwes Dekkers (Multatuli) sind; ihre Bücher bilden einen Theil unserer Volksbibliotheken und werden von vielen Arbeitern in Holland wie in flämisch Belgien gelesen. Endlich hat unser Freund Gerhard zu Amsterdam im Laufe dieses Jahres eine vom Standpunkt der sozialistischen Propaganda vortreffliche Arbeit veröffentlicht, welche von den Arbeitern Gent's herausgegeben worden ist und als ein wahres Manifest des niederländischen Kommunismus gelten kann; die Ideen, welche da ausgesprochen werden, entsprechen denen des deutschen kommunistischen Manifestes von 1848; ausserdem enthält sie eine bemerkenswerthe Abhandlung über die Internationale und einen Abriss über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft nach den Ideen der Kommunisten.

«So trägt Holland auf politischem, ökonomischem und geistigem Gebiete sein Kontingent zum sozialen Fortschritt bei. Aber alles Dies geschieht heute ausserhalb der Internationale.»

Wir haben diese auf dem Berner Kongress gesprochenen Worte hier wiederholt, weil dieser Bericht die neuen Tendenzen, die sich in Belgien und Holland Bahn brachen und sich seitdem nur entwickelt und befestigt haben, gut kennzeichnet.

Aber obwohl in Holland und Belgien die meisten alten Sektionen lobenswerthe Anstrengungen machten, die in den Massen in gewisser Beziehung selbstständig auftretenden politischen Forderungen (anstatt sie, wie sie es vielleicht früher gethan haben würden, zu bekämpfen) zu unterstützen, entwanden sich die Arbeiterorganisationen, die praktische sozialistische Bewegung, mehr und mehr dem einst überwiegenden Einflusse der Internationale. Wir haben schon gesehen, dass sich in Holland der allgemeine Arbeiterverband ausserhalb der Internationale gebildet und dass der lokale Verband der Arbeitergesellschaft in Brüssel dasselbe unter dem Namen Arbeitskammer gethan hatte; in den Steinkohlenbecken des Zentrums, Provinz Hennegau, hatten sich gleichfalls zwei bedeutende Gewerkschaften, die der Maschinisten und Bergarbeiter, ausserhalb der Internationale, wenn auch mit ihrer Hülfe, gebildet. Dieses Verhältniss

war indess durchaus nichts Belgien und Holland spezifisch Eigenthümliches. In Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Portugal gab es mächtige sozialistische Parteien, welche nie zur Internationale gehörten und mit ihr nicht einmal freundschaftliche Beziehungen unterhielten. In Frankreich erwachte die Arbeiterbewegung unter dem Einfluss der Syndikatskammern, also ausserhalb der (übrigens durch das Dufaure'sche Gesetz verbotenen) Internationale. Aehnliches waltete in England, Italien und der Schweiz vor.

In keinem Lande der Erde konnte die Internationale behaupten, die proletarische Bewegung zu lenken, das war eine offenkundige Thatsache, vor der man sich beugen musste.

In Feststellung dieser Thatsache geschah es auch, dass der belgische Regionalrath der Internationale, der damals in Antwerpen seinen Sitz hatte, auf die Idee kam, eine neue Verständigung der sozialistischen Parteien und der Arbeiterorganisationen aller Länder durch die Abhaltung eines sozialistischen Weltkongresses anzubahnen. Der oben bezeichnete Delegirte zum Berner Kongress wurde in diesem Sinne beauftragt. Trotz der Enthaltung zweier italienischer Anarchisten, Cafiera und Malatesta, und eines spanischen Delegirten stimmte der Kongress für den Vorschlag der Belgier, und so fand denn in Folge dieses Beschlusses ein Jahr später, im September 1877, der Genter sozialistische Kongress statt.

Man weiss, wie dieser Kongress, auf den wir belgischen Sozialisten die grössten Hoffnungen gesetzt hatten, doch nicht zum gewünschten und wünschenswerthen Resultat: einer universellen Reorganisation des streitbaren Proletariates von Europa und Amerika, führte. Freilich nahm der Kongress beim Auseinandergehen eine Resolution an, durch welche er, wie man es nannte, einen «Solidaritäts-Vertrag» zwischen den verschiedenen Fraktionen des Sozialismus beschloss; freilich legte die dem Kampf auf dem doppelten, politischen wie ökonomischen, Gebiete zugeneigte Majorität der Delegirten die Grundlagen einer neuen internationalen Organisation unter dem Namen «Allgemeiner Bund der sozialistischen Parteien», mit einem Zentralkomite in Gent; aber beide Resolutionen waren kaum mehr wie todter Buchstabe und hatten keinerlei thatsächliche und dauerhafte Organisation zur Folge.

Aber lassen wir die internationale sozialistische Bewegung und kehren wir zu unserem Thema, zur holländisch-belgischen Bewegung zurück. Diese Abschweifung war übrigens dadurch geboten; dass der Kongress von Belgiern veranlasst war und in Belgien stattfand, auch hatte der Genter Kongress einen Einfluss auf die Arbeiterbewegung unseres Landes, worauf wir noch zurückkommen werden.

Schon vor dem Genter und kurz nach dem Berner Kongress hatten sich in Belgien — ausserhalb der Internationale, obwohl veranlasst durch die einflussreichsten Mitglieder derselben — zwei bedeutende Gruppen gebildet, welche nach Art der deutschen Sozialdemokratie energisch die Nothwendigkeit des politischen Kampfes, der Eroberung politischer Rechte und besonders des allgemeinen Stimmrechts proklamirten. (Das Recht, Wähler für die gesetzgebenden Kammern zu sein, ist bei uns — durch die vielgepriesene belgische Konstitution — nur Denen gewährt, welche mindestens 20 fl. (35 Mk.) direkte Steuer bezahlen). Es waren dies die flämische und die brabantische sozialistische Partei. Diese beiden Parteien waren nicht nur auf dem

Kongress zu Gent vertreten gewesen, sondern hatten auch zur Organisirung dieses Kongresses mitgewirkt.

Die flämische sozialistische Partei hatte das Gothaer Programm der deutschen Sozialisten vollständig acceptirt; sie umfasste Arbeiter-Widerstandskassen, soziale Studienzirkel, Sektionen der Internationale u. s. w.; ihr Zweck war gleichzeitig politische Agitation und Arbeiterorganisation auf ökonomischem Gebiete; endlich wurden alle Angelegenheiten der Partei ausschliesslich in flämischer Sprache behandelt und diskutirt.

Die brabantische sozialistische Partei, die sich in Brüssel und den Vorstädten gebildet hatte, hatte gleichfalls ein Programm mit politischen, aber in mehr als einem Punkte von denen der Deutschen und Flamänder unterschiedenen Forderungen acceptirt; sie stellte sich nur die sozialistische Agitation auf politischem Gebiete zur Aufgabe (indem sie den ökonomischen Kampf der Arbeitskammer überliess) und rekrutirte sich nur durch individuellen Anschluss; endlich wurden die beiden Sprachen, Französisch und Flämisch, auf gleichem Fusse behandelt.

Abgesehen von diesen Differenzen, handelten Brabanter und Flamänder im Einvernehmen und reichten sich die Hände; beide standen in guten Beziehungen zur Internationale: oft waren dieselben Leute Funktionäre der letzteren Assoziation und einer der beiden politischen sozialistischen Parteien. Aber die unversöhnliche, unnachgiebige Haltung der Anarchisten auf dem Genter Kongress — und die Anarchisten machten damals ausserhalb Belgiens die Majorität der Internationale aus — führte den Bruch zwischen der flämischen sozialistischen Partei und der Internationale herbei: die flämischen Sektionen zogen sich von der Letzteren zurück. Dagegen blieb die brabantische sozialistische Partei bis zum Ende, d. h. bis zu ihrer Auflösung — zwar nicht mit der Internationale verbunden (das war sie nie) — in guten Beziehungen zur lokalen Sektion der Internationale in Brüssel, einer Sektion, die noch heute existirt, aber wenig Mitglieder zählt.

Der Bruch mit der flämischen sozialistischen Partei vernichtete endgültig den einst so grossen Einfluss der Internationale in Belgien; so dass ausser zwei kleinen Sektionen in Brüssel und Antwerpen, die auch nur einfache Diskussions- und soziale Studienzirkel sind, die Internationale seitdem nur noch in gewissen Gegenden des wallonischen Landes, nämlich im Vesdre-Thal, existirte. Das ereignete sich vergangenes Jahr.

Demnach gruppirten sich Ende 1878 die lebendigen Kräfte des Sozialismus in Belgien folgendermassen: die flämische und die brabantische sozialistische Partei, die Internationale, die Arbeitskammer und einige mehr oder minder ohne thatsächliche Verbindung mit der Gesammtheit gebliebene Arbeiterassoziationen, wie der Bergarbeiterbund und der Maschinistenbund des Zentrum, der Verband der belgischen typographischen Gesellschaften und der Verband der Hutmachervereine; überdies sind die beiden letztgenannten Organisationen mehr sozialistisch angehauchte, als spezifisch sozialistische Arbeitergruppen.

Dennoch würde diese Zusammenstellung der sozialistischen Elemente Belgiens unvollständig sein, wenn wir nicht noch eine ganze Reihe anderer Vereine hinzufügten, welche seit einigen zwanzig Jahren in unserem Lande existiren, und von denen wir bis jetzt noch nicht gesprochen haben: wir meinen die rationalistischen Gesellschaften und die Gesellschaften der Freidenker, wenigstens diejenigen unter ihnen, welche demokratisch sind (mehr oder minder sind sie es

alle), und in denen das Arbeiter- und sozialistische Element überwiegt, was ebenso bei fast allen der Fall ist.

Die älteste dieser rationalistischen Gesellschaften Belgien's ist die Gesellschaft «*l'Affranchissement*», 1854 in Brüssel von alten Streitern der sozialen Revolution, wie Coulon, Pellering, Brismée u. s. w. gegründet; die Gesellschaft ist durchaus atheistisch und materialistisch, sozialistisch und revolutionär.

1857 wurde eine weitere Gesellschaft dieser Art in Brüssel gegründet; aber ausser, dass sie rationalistische Propaganda u. dgl. betrieb, hatte sie eine gegenseitige Versicherungskasse für Krankheitsfälle: es war dies die Gesellschaft «*les Solidaires*», gegründet von D. Brismée, L. Labarre, Ed. Delparte, Cl. Mitschell etc,

Später bildete sich neben diesen ersten beiden rationalistischen Gesellschaften, in denen das sozialistische Arbeiterelement dominirte, eine neue Gruppe, die den Namen «*la libre Pensée*» annahm und sich die Aufgabe stellte, vorwiegend in Kreisen der Bourgeoisie zu wirken, was indess nicht hinderte, dass sie fast stets von wohlbekannten Sozialisten, wie Goffin, Téron und den Redakteuren des früheren Brüsseler Journals «la Liberté»: V. Arnould, H. Denis, Paul Janson, Eugène Robert etc. etc. geleitet wurde.

Von Brüssel aus verbreiteten sich die rationalistischen Gesellschaften bald über das ganze Land, und heute gibt es bereits eine ganze Anzahl derselben; im Folgenden nennen wir einige, die sich den oben genannten anreihen:

«De Vereenigte Solidairen» in Gent; «de Vrije Gedachte» in Antwerpen; «*les Cosmopolitains*» (flämisch: «de Wereldburgers») in Brüssel; «*les libres Penseurs*» in Ixelles; «*la Civilisation*» in Jemappes; «*les Solidaires*» in Dampremy; «*le Phare*» in Jumet; «*les Rationalistes*» in Ensival, Montigny a. d. S. und in Lodelinsart; «*la libre Pensée*» in Lüttich und la Hestre; «*la Raison*» in la Louvière; «*les Ouvriers Solidaires*» und «*le Cercle de l'Athéisme*» in Verviers; u. s. w.

Seit ihrer Gründung haben diese Gesellschaften eine sehr beträchtliche Anzahl von Zivilbestattungen (ohne Priester irgend welchen Kultus') vorgenommen, Versammlungen aller Art und Kongresse abgehalten, Vorträge veranstaltet, Manifeste und Broschüren veröffentlicht u. s. w. Seit einigen Jahren sind alle diese Gesellschaften eine Verbindung eingegangen, halten jährlich einen Kongress ab, wo man prinzipielle und praktische Fragen diskutirt und einen Föderalrath, der bald hier bald dort seinen Sitz hat, ernennt. Auf seinen Kongressen hat der belgische Rationalistenverband Resolutionen angenommen, in denen er das allgemeine Stimmrecht, die Trennung der Kirche vom Staat, die Aufhebung der Besoldung des Klerus und des religiösen Eides, die Verallgemeinerung des öffentlichen Unterrichtes und Ausschluss der Priester von demselben u. s. w. verlangt. Nur zwei Gesellschaften, «*la libre Pensée*» von Brüssel und Antwerpen haben sich noch nicht dem Verbande angeschlossen, aber wir hoffen, dass sie es baldigst thun werden. Dagegen ist der belgische Rationalistenverband in Beziehung zu den holländischen Rationalisten, den französischen Freidenkern (libres penseurs) und den englischen Säkularisten-Gesellschaften getreten.

Auch in Holland existirt eine rationalistische Bewegung; sie ist dort zum Mindesten so alt, wie in den südlichen Provinzen. 1854 gab die Gründung einer rationalistischen Revue «De Dageraad» Veranlassung zur Bildung einer rationalistischen Gruppe, die in Holland unter dem Namen «De Dageraads-

mannen» grossen Ruf genoss. Im Jahre 1856 entstand in Amsterdam «het Verbond der Vrije Gedachte», welcher eine ganze Reihe von rationalistischen Werken wahrhaft fortgeschrittener und entschieden demokratischer Tendenz unter dem Namen «Boekerij der Vrije Gedachte» veröffentlichte.

Neben der rationalistischen Bewegung besteht in Holland, wie wir gesehen haben, der allgemeine Arbeiterverband. Ausserdem hat sich 1878 in Holland eine sozialdemokratische Partei gebildet, welche sich zwar vom Arbeiterverband, den demokratisch-progressistischen und Freidenker-Gruppen unterscheidet, aber im Einvernehmen mit ihnen für die Erlangung politischer Reformen, z. B des Stimmrechtes, wirkt. Weiter hat sich in Holland in Bezug auf das letztere eine besondere Vereinigung gebildet, welche den Namen «Het algemeen Kies- en Stemrecht» trägt. Unter Kiesrecht versteht man das Recht, Deputirte und im Allgemeinen die verschiedenen Abgeordneten des Volks zu den General- und Provinzial-Staaten und zum Kommunalrath (Gemeenterad) zu wählen; unter Stemrecht das Recht des Volkes, direkt über die Gesetze abzustimmen, d. h. die direkte Gesetzgebung oder mindestens das Referendum.

Auf dem Pfingsten 1878 zu Utrecht abgehaltenen Kongress des «Allgemeen Nederlandsch Werklieden Verbond» versuchten einige Delegirte, diesen grossen Arbeiterverband als Ganzes in die Bahn der sozialen Demokratie zu leiten; aber da dieses Projekt nicht die nöthige Mehrheit erhielt, konstituirten sich die Sozialisten, anstatt eine Spaltung im Schooss der Arbeitergesellschaften herbeizuführen, als «Sozial-demokratische Vereeniging» (blieben aber nichtsdestoweniger Mitglieder des Arbeiterverbandes); sie adoptirten, wie die flämische sozialistische Partei, das Programm der deutschen Sozialdemokratie.

Um diese Aufzählung der sozialistischen Elemente in Belgien und Holland, wie sie sich gegen Ende 1878 darboten, zu beschliessen, wollen wir noch die verschiedenen Journale, welche den verschiedenen Zweigen oder Fraktionen der Volksbewegung als Organ dienten, aufzählen. Um unsere Aufgabe vollständig zu erfüllen, haben wir dann nur noch kurz die Ereignisse vorzuführen, welche mehr oder weniger die Lage und die Haltung der sozialistischen Bewegung in den ersten sechs Monaten dieses Jahres modifizirt haben.

Beginnen wir diesmal mit dem Norden. In Amsterdam erschien und erscheint noch der bereits oben erwähnte «Werkmansbode», offizielles Organ des «Algemeen Nederlandsch Werklieden-Verbond»; er wird von einem Arbeiter, B. H. Heldt, unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter redigirt; von diesen Mitarbeitern verdient ganz besonders erwähnt zu werden der Verfasser der sozialen Briefe («Sociale Brieven»), unser ausgezeichneter Freund Domela Nieuwenhuis, Prediger an der freien lutherischen Kirche (Luthersche Kerk), aber Rationalist und ebenso überzeugter wie gelehrter und ergebener Sozialist.

In Rotterdam erschien bei Vanderhoeven und Buys die schöne Monatsrevue «De Tolk van dem Voruitgang» (Der Erklärer des Fortschritts), sozialistisch-wissenschaftliche Revue, unter der Redaktion des Herrn Korteweg und unter Mitwirkung der Herren Mousset, Vorstenbos, Titia, Vandervoo (der frühere St. Simonist), Dr. Feringua (Verfasser des Buches «Wetenschap en Democratie»), Dr. Günst, Anten, van der Ven von Antwerpen u. s. w. Leider ist diese Revue im vorigen Jahre eingegangen. Indess geben

Vanderhoeven und Buys gegenwärtig fast in gleichem Sinne und mit denselben Mitarbeitern ein Wochenblatt, betitelt «Oost en West», heraus; in den neuesten Nummern bringt dieses Blatt eine sehr gewissenhafte Studie über Dr. Karl Bücher's deutsche Uebersetzung des Laveleye'schen Buches über die ursprünglichen Formen des Eigenthums.

Die demokratische und rationalistische Gruppe, die einerseits mit den Säkularisten und Radikalen Englands, andererseits mit den avancirtesten deutschen Kathedersozialisten Analoges hat, gab und gibt in Haarlem eine sehr lehrreiche und interessante Monatsschrift, «Vragen des Tijds» (Die Fragen der Zeit), heraus. Diese im 5. Jahrgang befindliche Revue hat zu hauptsächlichen Mitarbeitern: Simon van Houten, Deputirter und Verfasser des schönen Buches Bydragen tot den Strijd over God, Eigendom en Familie; Goeman Borgesius, gleichfalls Deputirter und Vertheidiger des Kathedersozialismus gegen den Baron Aulnis de Bourouill (letzterer ist manchesterlicher Professor der Nationalökonomie an der Universität Utrecht); Professor Pekelharing; die Herren Veegens, Kerdijk, Waalewijn, Meijer, Straatmann etc. — An diese und auch an die vorherige Gruppe schliesst sich mehr oder weniger unser berühmter und verehrter Douwes-Dekkers, bekannter unter seinem Pseudonym Multatuli an, ein Schriftsteller von grosser Originalität und unabhängigem Charakter, ein wahrer Freidenker und Forscher auf dem Gebiete der Sociologie wie auf dem Gebiete der Philosophie und der religiösen Kritik; seine „Ideen“, von denen mehrere Bände erschienen sind, sind ein wahres Monument der Unabhängigkeit des menschlichen Geistes.

In Amsterdam erschien 1878 auch ein demokratisches und freidenkerisches Wochenblatt; aber der Amstelbode (so nannte es sich) ging Ende des Jahres wieder ein.

Fast gleichzeitig mit dem Eingehen des Amstelbode erschien in Amsterdam ein neues sozialistisches Wochenblatt, diesmal Recht voor Allen betitelt, mit dem Motto: »Alleen wie de vrijheid van anderen lief heeft, is zelf de vrijheid waard« (Nur wer die Freiheit Anderer liebt, ist selbst der Freiheit werth). In seinen letzten Nummern brachte dieses Blatt bemerkenswerthe Aufsätze über die Frage der Uebervölkerung, eine Frage, die in Holland an der Tagesordnung ist, und mit der sich alle vorgeschrittenen und unabhängigen Organe beschäftigen, die einen, indem sie die in England von Bradlaugh, Dr. Drysdale, Frln. Besant verkündeten neu-malthusianischen Ideen verfechten, die andern, um sie zu bekämpfen. Wir glauben hinzufügen zu sollen, dass wir unter den hauptsächlichsten Mitarbeitern des «Recht voor Allen» Herrn Domela Nieuwenhuis finden.

In Antwerpen erscheint seit 11 Jahren «de Werker» (der Arbeiter), ein Wochenblatt, welches früher das Organ des Werkersbond (Arbeiterbund) von Antwerpen war, dann das der flämischen Sektionen der Internationale und schliesslich das der flämischen sozialistischen Partei wurde. Redigirt wird er vom Parteigenossen Philippe Coenen, einem Arbeiter (Schuhmacher); er hat zahlreiche Mitarbeiter, sämmtlich Arbeiter, in den namhaftesten flämischen Städten. Ausser Nachrichten über die soziale Bewegung und politischen oder sozialökonomischen Artikeln veröffentlichte der «Werker» im Feuilleton Uebersetzungen mehrerer deutscher sozialistischer Werke, und augenblicklich bringt er darin einen sozialen Roman von Otto-Walster in flämischer Uebersetzung; seit einiger

Zeit veröffentlicht der « Werker » auch eine sehr interessante und lehrreiche wissenschaftliche Arbeit über den Ursprung des Menschen und die Anfänge der Zivilisation.

Schliesslich ist neuerdings neben dem «Werker» von Antwerpen in Gent ein neues sozialistisches Organ « de Volkswil » gegründet worden, welches, augenblicklich Wochenblatt, baldigst zwei Mal wöchentlich erscheinen wird. Der «Volkswil», der von den Parteigenossen van Beveren, Anseele, Verbauwen, Dewitte u. s. w. redigirt wird, bringt zur Zeit als Beilage den vortrefflichen Vortrag, den Hr. Domela Nieuwenhuis vom Haag jüngst in Gent in der sozialistischen Partei gehalten hat; dieser Vortrag handelt vom gemeinsamen Besitz des Grund und Bodens (Grond en Bodem in gemeenschappelijk Bezit).

In Brüssel erschien und erscheint noch ein Mal wöchentlich die «Arbeiterstimme» (« *la Voix de l'Ouvrier* »), Organ der Arbeitskammer, unter der Redaktion von Louis Bertrand und der Mitwirkung von A. du Verger, L. Monniez, G. Bartholomeus, Serrure u. s. w. Die «Arbeiterstimme» beschäftigt sich speziell mit der Arbeiterbewegung nicht nur Brüssel's, sondern vorzüglich der Kohlenbecken des Hennegau; sie ist gewissermassen das Band zwischen den flämischen und wallonischen Sozialisten.

In Verviers erscheint seit 12 Jahren « der Mirabeau », Organ der wallonischen Sektionen, unter der Redaktion von Fluze, Warnotte, Maigray u. s. w., sämmtlich Weber. In Verviers erschien auch noch ein weiteres Wochenblatt, der « *Cri du peuple* », das Organ der Gesellschaft « *l'Etincelle* » (der Funke), eine revolutionäre und ultra-anarchistische Gruppe; seit vorigem Monat ist er indessen eingegangen. Seine hauptsächlichsten Redakteure waren: Malempré, Piette, Gérombon, Bastin u. s. w., sämmtlich Arbeiter, wie die Redakteure des «Mirabeau», mit denen sie einst befreundet waren, aber von denen sie jetzt geschieden sind.

In Brüssel veröffentlichen noch die Typographen eine Monatschrift, betitelt « Der Typograph », welche die Korporationsinteressen vertheidigt, gleichzeitig aber sozialistische Ideen vertritt.

Erwähnen wir noch zwei belgische Revuen, die eigentlich dem fortgeschrittenen Liberalismus angehören, aber an welchen Sozialisten mitwirken und darin von Zeit zu Zeit den wissenschaftlichen Sozialismus erklären und vertheidigen, wir meinen das « Nederlandsch Museum » und « *la Revue Belgique* ». Letztere erscheint in Brüssel unter der Redaktion des Herrn van Bemmel, Professor der neueren Geschichte an der Universität Brüssel, und der Mitwirkung der Herren de Laveleye, Vanderkindere, Potvin, Emile Leclercq, du Verger und Frenay. Wir zitiren hier nur die sozialistischen und demokratischen Mitarbeiter, indem wir die lediglich liberalen, wie gross auch ihre wissenschaftliche oder literarische Bedeutung sein möge, bei Seite lassen.

Die andere Revue « Het Nederlandsch Museum » erscheint in Gent unter der Redaktion des Dr. Heremans, Professor der Philologie und Literatur an der Universität Gent, und der Mitwirkung unserer Freunde Ed. Verschaffelt, van der Ven, Dr. Karel Ledegonk, Arthur Cornette u. A. Der Letztgenannte hat in der besagten Revue mehr als eine Lanze für den wissenschaftlichen Sozialismus eingelegt. Wir heben hier in dieser Beziehung besonders seine Studie über das Verhältniss zwischen Sozialismus und Darwinismus und eine andere über

den Begriff des Gesetzes in der gesellschaftlichen Wissenschaft hervor. — Endlich müssen wir noch, um nichts auszulassen, hinzufügen, dass wir auch — wenigstens in Holland — unsere Christlich-Sozialen haben, welche seit vier Jahren in Utrecht ein Wochenblatt «De Werkmansvriend» unter Redaktion des Herrn Wolkers, Verfassers einer kleinen Schrift über Robert Owen, herausgeben. Diese Leute träumen, wie die Herren vom «Staats-Sozialist» in Berlin, mit dem sie auch auf bestem Fusse stehen, von einer Umwandlung der ökonomischen Verhältnisse der heutigen Gesellschaft durch den Einfluss der monarchischen und christlich-protestantischen Ideen.

Das war gegen Ende 1878 und ist noch — abgesehen vom Eingehen des «Amstelbode» und des «*Cri du Peuple*» und dem Erscheinen des «Volkswil» — die demokratisch-sozialistische Presse in Holland und Belgien.

Aber ausser dieser periodischen Presse müssten wir noch, wenn es uns der Raum gestattete, auf die Veröffentlichung mehrerer für die sozialistische Propaganda bestimmter Bücher und Broschüren eingehen; indess beschränken wir uns der Kürze halber, darauf hinzuweisen, dass in der letzten Zeit Holländer und Flamänder wetteiferten, die Broschüren der deutschen Sozialisten zu übersetzen und in grosser Auflage zu drucken, so dass sie für wenige Centimes verkauft werden können; u. A. sind in dieser Weise erschienen: Johann Jacoby's «Die Ziele der Arbeiterbewegung», W. Liebknecht's «Zu Schutz und Trutz», W. Bracke's «Nieder mit den Sozialdemokraten», W. Hasselmann's «Der Fabrikarbeiter» u. s. w.

Lassen wir nunmehr die Literatur und kehren wir zur Arbeiterorganisation und zur politischen Agitation des Sozialismus zurück; betrachten wir kurz die hieher gehörigen hauptsächlichsten Vorgänge.

In Holland liegen die Verhältnisse fast ebenso wie 1878; nur zwei hervorragende Ereignisse in der Arbeiterbewegung dieses Landes haben wir hervorzuheben: den letzten Kongress des Algemeen nederlandsch Werklieden-Verbond und die gegenwärtige Agitation zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts. — In Belgien haben sich die Verhältnisse der verschiedenen Gruppen ein wenig modifizirt; als hervorragende Ereignisse, die während des ersten Semesters 1879 vor sich gingen, haben wir folgende drei zu erwähnen: die Verschmelzung der drei grossen Gruppen, der flämischen, brabantischen und wallonischen, zur belgischen sozialistischen Partei; die Genter Demonstration gelegentlich der Haftentlassung des Agitators Polydore Verbauwen und die sich daran knüpfende Propaganda; endlich das Erwachen der Kohlenarbeiter des Borinage infolge der schrecklichen Katastrophe von Frameries.

Gehen wir nun in einige Details ein.

Der niederländische Arbeiterkongress.

Aus dem auf dem Kongresse erstatteten Berichte des Sekretärs des holländischen Arbeiterverbandes ersehen wir, dass derselbe aus 35 über das ganze Land zerstreuten Sektionen mit zusammen 3400 regelmässig zahlenden Mitgliedern besteht.

Nach dem «Werkmansbode», dem wir diesen Bericht entnehmen, wurde Folgendes als Mittel zur Organisation und Propaganda beschlossen: Gruppirung der Arbeiter in Fachvereine; Gründung von Kooperativvereinen; Forderung des allgemeinen Wahlrechtes; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung anstatt durch die Exekutive; Abschaffung der stehenden Heere und

Einführung der Volksbewaffnung; Abschaffung der Patentgebühren, sowie im Allgemeinen aller auf der Arbeit ruhenden Steuern; Einführung der Einkommensteuer; Gesetze zum Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter durch Vorschriften über sanitäre Schutzvorrichtungen in Fabriken und Werkstätten; Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter; Verbot der Sonntagsarbeit; Verbot der Arbeit in Fabriken für verheirathete Frauen und Mädchen unter 18 Jahren; Bestimmungen über die Arbeit junger Leute unter 18 Jahren; amtliche Errichtung von freigewählten Arbeitskammern und Schiedsgerichten; obligatorischer Elementarunterricht und unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten; Schaffung industrieller und landwirthschaftlicher, Allen zugänglicher Gewerbeschulen von Seiten des Staates u. s. w. u. s. w. Ferner erkannte der Kongress in einer Resolution die internationale Solidarität der Arbeiter an.

Agitation zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts.

In Holland wie in Belgien beruht das Wahlrecht bekanntlich auf dem Census. Derselbe ist in Belgien durch ein Spezialgesetz, in Holland durch die Verfassung selbst fixirt, aber in beiden Ländern ist in der Verfassung eine Grenze festgesetzt, unter welche nicht herabgegangen werden darf. Diese Grenze ist die Zahlung von 20 Gulden direkter Steuern*). Es geht daraus hervor, dass die Frage des allgemeinen Wahlrechts in Belgien wie in Holland eine Verfassungsrevision involvirt. Nun ist diese Letztere mit so vielen Formalitäten verbunden, dass, abgesehen von einer gewaltsamen Revolution, nur eine grosse, alle Massen der Bevölkerung umfassende Volksbewegung diese Reformen durchzuführen vermag; nicht nur müssen beide Kammern die Revision beschliessen und der König seine Zustimmung ertheilen, sondern es bedarf noch der Auflösung der Kammern, dann der Neuwahl, und das neugewählte Parlament muss seinerseits mit mindestens zwei Drittel Mehrheit die Revision beschliessen **).

Vor solchen Schwierigkeiten sind die belgischen Arbeiter noch stets zurückgeschreckt; die Agitation für das allgemeine Stimmrecht war in Belgien immer sehr vereinzelt und hat noch nie zu einer wirklich grossen Volksbewegung geführt. Dieselben Hindernisse scheinen dagegen die Holländer nicht aufzuhalten, obwohl sie weniger heftig sind als die Belgier, vielleicht aber gerade desswegen ausdauernder und hartnäckiger in ihren politischen Forderungen. Bereits seit einigen Jahren haben sie für diesen Zweck den schon erwähnten Verein «Het Algemeen Stemrecht» gegründet, der in diesem Jahr seinen Namen und sein Programm zur «Vereeniging tot verkrijing van algemeen Kies- en Stemrecht» änderte. Ausserdem hat diese Forderung seit Jahren stets auf dem Programm und der Tagesordnung der Kongresse des «Algemeen nederlandsch Werklieden Verbond» gestanden, und schliesslich bildete sie eines der ersten Verhandlungsobjekte der im vorigen Jahre gegründeten «Sozialdemokratischen Vereeniging». Da also über diesen Punkt alle Arbeitergruppen einig sind, so ist es natürlich, wenn die Holländer mit

---

*) In Belgien ist der Zensus überall gleichmässig; in Holland variirt er bei einem Minimalsatz von 20 fl. je nach den Provinzen; in den Provinzen Holland, Seeland, Utrecht beträgt er z. B. 40 fl.

**) Art. 131 der belgischen und Art. 192 und 197 der niederländischen Verfassung.

mehr Eifer als je darauf hinarbeiten, dieses Recht zu erlangen. Seit einigen Monaten haben seitens der oben zitirten Gruppen nicht nur in grösseren Städten, sondern auch in Städten zweiter Ordnung und sogar in Dörfern Vorträge und Volksversammlungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts stattgefunden. In den letzten Nummern des «Werkmansbode» finden wir Berichte über derartige Versammlungen aus Gröningen (wo Delegirte aus Winschoten, Veendam, Pekel A, Appingadam, Delfzijl anwesend waren), aus Utrecht, Rotterdam, Arnhem, Amsterdam, Appeldoorn u. s. w. u. s. w. Man sieht, dass die Bewegung an Ausdehnung gewinnt, und überall nicht nur bei den direkt interessirten Arbeitern, sondern auch bei dem intelligentesten und wahrhaft freisinnigen Theile der besitzenden Klasse. Ohne den Werth des allgemeinen Wahlrechts zu überschätzen, können wir ihr nur den besten Erfolg wünschen.

Stiftung der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei.

Es war wahrhaft unbegreiflich, dass die belgischen Sozialisten in den drei oberwähnten Gruppen, die durch kein dauerndes Band verbunden waren, marschirten; das konnte nicht so fortgehen und besteht auch in der That nicht mehr. Anfangs dieses Jahres erliess die Arbeitskammer einen Mahnruf an alle sozialistischen Gruppen Belgiens, und diesem Mahnruf wurde Folge gegeben. Am 12. Januar 1879 fand in Brüssel ein erster Kongress statt, auf welchem Antwerpen, Gent, Brüssel, Verviers, Huy, Serainz, Charleroy, Fayt-le-Manage, Jelimont, Haine-St.-Pierre, Haine-St.-Paul, Ensival u. s. w. u. s. w. durch zahlreiche Delegirte vertreten waren, und auf welchem die Grundlagen eines gemeinsamen Programms und einer gemeinsamen Organisation einstimmig angenommen wurden.

Am 13. und 14. April fand, wiederum in Brüssel, ein neuer Kongress statt, der das Einigungswerk vollendete und endgültig die belgische sozialistische Partei in ihrer jetzigen Form schuf. Ausser den am 12. Januar vertretenen Orten und den bisher erwähnten Gruppen waren auch ganz neue Ortschaften und Gruppen, wie die Bergarbeiter von Gilly, von Cuesmes, Jemappes, Mons u. s. w. vertreten. Nach einer langen und eingehenden Diskussion wurde ein dem der deutschen Sozialisten fast gleiches Programm einstimmig (nur ein Delegirter enthielt sich der Abstimmung) angenommen. Die Abweichungen vom deutschen Programm sind fast nur formell *); daher verzichten wir auf die Wiedergabe desselben. Nach Annahme des Programms schritt man zur Diskussion der Statuten, die gleichfalls einstimmig angenommen wurden. Um eine Idee von der inneren Organisation der Partei zu geben, lassen wir einige Hauptparagraphen folgen:

I. Die belgische sozialistische Partei ist zu dem Zwecke gegründet worden, alle Arbeiterkräfte Belgiens zu vereinigen, um durch gegenseitige Verständigung

---

*) Freilich sind sie nicht immer glücklich; z. B. können wir uns einer derselben absolut nicht anschliessen. Ein Paragraph des neuen Programms erklärt, die belgische sozialistische Partei erstrebe das Verbot der Kinder- und Frauenarbeit, als der Gesundheit und Moral widersprechend. Der Kinderarbeit, nun gut; das absolute Verbot der Frauenarbeit können wir aber nicht zulassen. Die Frau hat das Recht, wie der Mann, von einer ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechenden Arbeit zu leben; nicht die Unterdrückung der Frauenarbeit ist nöthig, sondern eine bessere Vertheilung der Arbeit zwischen beiden Geschlechtern, und eine bessere Organisation der Arbeit im Allgemeinen.

das Loos der arbeitenden Klasse in moralischer, materieller und sozialer Beziehung zu verbessern.

II. Um diese Aufgabe zu erfüllen und ihren höheren Zweck, die vollständige Befreiung der Arbeit, zu verwirklichen, organisirt sie sich auf ökonomischem, wie politischem Gebiete.

III. Auf ökonomischem Gebiete wird die Partei stets bestrebt sein, dahin zu wirken, dass unter dem jetzigen sozialen Zustand die Löhne der Arbeiter nicht unter dem Druck des Kapitals leiden; sie wird so viel als möglich und mit allen ihr zugänglichen Mitteln, durch beständigen Kampf gegen die Willkürakte der Unternehmer, die Löhne zu erhöhen suchen; zum Beispiel wird die Partei in Strikefällen die Solidarität und brüderliche Hülfe der ihr angehörigen Vereine, die sich bei der Aufnahme dazu bereit erklären, in Anspruch nehmen. Uebrigens wird sie sich bemühen, auch andere ökonomische Reformen in's Leben zu rufen, wie Reduktion der Arbeitszeit, Abschaffung der Zwangskassen für Krankheits- und Sterbefälle und ähnlicher Einrichtungen, welche in den Fabriken im Schwunge sind, und denen die Prinzipale die Arbeiter willkürlich unterwerfen wollen.

IV. Die Partei ist ausschliesslich von und für Arbeiter gegründet worden; sie wird sich auf politischem Gebiete mit keiner anderen bürgerlichen Partei verbünden; sie wird nur auf sich selbst zählen, und wird, ausser einer stetigen Propaganda für das allgemeine Stimmrecht, Alles thun, um dem Arbeiterstand schädliche Gesetze abzuschaffen und andere, die für ihn nothwendig sind, einzuführen.

V. Die Partei wendet alle praktischen Mittel an, um ihre Prinzipien zu verbreiten.

Alle Vereine müssen sich ihrer hohen Aufgabe bewusst sein und als Grundlage ihrer Handlungen gegen Jedermann, ohne Unterschied der Religion und Nationalität, die Wahrheit, die Gerechtigkeit und die Moral anerkennen.

VI. Um dieses Ziel zu erreichen, nimmt es der Zentralrath auf sich, öffentliche Vorträge und Versammlungen zu veranlassen, Broschüren und Zeitungen herauszugeben u. s. w., um die Masse aufzuklären und die Gemeinsamkeit zu stärken.

Die Vorstände der Sektionen haben dieselbe Aufgabe, aber in beschränkterem Kreise.

VII. Der Partei können alle Korporationen, Widerstandskassen, Hülfskassen und alle Vereine, die sich mit der Arbeiterfrage beschäftigen, angehören, unter der Bedingung, dass sie sich den Statuten unterwerfen, und dass ihre Reglements nicht im Widerspruch mit den Prinzipien der Partei stehen.

VIII. Jede Korporation, die sich der Partei anschliesst, muss ihr Reglement beim Bundeskomite hinterlegen, damit konstatirt werde, dass die betr. Verbindung sich mit den Interessen der Arbeiter beschäftigt.

IX. Die Gründung von Gewerkvereinen ist auch eine der hauptsächlichsten Pflichten der Partei.

Aus allen Sektionen der Partei wird ein Generalrath gebildet werden, der mit der zentralen Organisation und der Korrespondenz betraut sein wird.

XI. Der lokale Verband, dem die Verwaltung anvertraut wird, wird auf dem allgemeinen Kongress ernannt, der jedes Jahr an einem, vom vorherigen Kongress bezeichneten Tage abgehalten wird. Im Nothfall kann ein ausserordentlicher Kongress einberufen werden.

XIX. Jeder zugehörige Verein zahlt pro Woche und für jedes seiner Mitglieder 2 Centimes, die wie folgt vertheilt werden:

1/2 Cts. für den Föderalrath,
1/2 » » den Generalrath,
1 » » die zentrale Widerstandskasse, um dem ersten Bedürfnisse bei Strikes zu Hülfe zu kommen.

XX. Im Nothfall darf der Generalrath die Bezahlung von 5 Cts. pro Woche und Mitglied fordern.

XXII. Eine jährliche Statistik wird in allen Vereinen aufgenommen, um den Stand der Löhne, die Arbeitsstunden, die Lebensbedürfnisse u. s. w. zu vergleichen.

XXIII. Wenn an irgend einem Orte Versuche gemacht werden, die Lage eines Gewerbes zu verbessern, oder wenn ein Strike ausbricht, in welchen zur Partei gehörige Vereine verwickelt sind, so müssen die übrigen Korporationen bereit sein, auf Verlangen und nach Untersuchung Unterstützung zu leisten.

XXVII. Alle Sektionen, werden dafür bemüht sein, dass an ihrem Orte ein Nachweisebüreau errichtet werde, um arbeitslosen und reisenden Arbeitern sofort Beschäftigung zu verschaffen; alle zugehörigen Vereine sollen sich dabei betheiligen.

Die Partei wird dafür sorgen, dass sie stets Organe hat, die ihre Prinzipien diskutiren und geistige Propaganda unter der Arbeiterklasse machen.

Zur Zeit sind der «Werker» und «*la Voix de l'Ouvrier*» als Zentralorgane anerkannt. (Der «Volkswil» und der «Mirabeau» bleiben Lokalorgane der Arbeiterverbände von Gent und Verviers.)

Für dieses Jahr und bis zum nächsten Kongress, der im September statthaben wird, ist Gent der Sitz des Zentralrathes der Partei und ist unser vortrefflicher Genosse Edouard Anseele zum Generalsekretär ernannt.

Das ist die gegenwärtige Verfassung der belgischen sozialistischen Partei, eine starke und geschlossene Organisation, auf die wir die schönsten Hoffnungen setzen dürfen; sie umfasst nunmehr alle kräftigeren und lebensfähigeren Elemente der sozialistischen Arbeiter Belgiens. Um indess ganz exakt zu sein, wollen wir noch einmal hervorheben, dass es auch ausserhalb der Partei noch einige Arbeiterorganisationen gibt, wie die Gewerkschaft der Typographen und der Hutmacher, sowie zwei kleine Sektionen der Internationale in Brüssel und Antwerpen, die sich bis jetzt der Partei noch nicht angeschlossen haben.

Haftentlassung des Parteigenossen Verbauwen; grosse Arbeiterdemonstration in Gent.

Als der König Leopold II. gegen Ende 1877 die Stadt Gent besuchte, wurde der königliche Zug von einem Theil der Arbeiterbevölkerung mit Zischen empfangen; einer der Zischer, ein Arbeiter Namens van Krieken, wurde von der Polizei angepackt; infolge dessen entstand ein ungeheurer Tumult zwischen Polizei und Arbeitern, wobei es den Arbeitern gelang, van Krieken den Händen der Polizei zu entreissen. Der «Werker« veröffentlichte über diese kleine Demonstration zwei anti-königliche Artikel, deren einer, vom Genossen de Witte, einem Genter Schneidergehülfen, eine einfache Erzählung des Vorganges war, wahrend der andere, von Frans Maghermans, Bürstenfabrikant und Schriftsteller in Antwerpen, ein offener Brief an den König (Openbrief aan den Koning

Leopold II.) war, in welchem der Verfasser kundthat, dass die Demonstration der Genter Arbeiter (die übrigens nicht von den Sozialisten veranstaltet, sondern die freie Aeusserung der Unzufriedenheit seitens eines Theils der arbeitenden Klasse war) keineswegs gegen die Person des Königs, gegen Leopold II. als Menschen, gerichtet gewesen, sondern gegen die alte Bourgeoisgesellschaft, deren höchste offizielle Personifikation in Belgien der König ist. — Diese beiden Artikel wurden verfolgt und ihre Verfasser zu beträchtlichen Geldbussen und mehreren Monaten Gefängniss verurtheilt. — Was Verbauwen anbetrifft, so bestand sein Verbrechen in einem Vortrag, worin er den Artikel von Maghermans kommentirte und die Auslegung, welche dieser Letztere dem Sinn und Bedeutung der Demonstration der Arbeiter ertheilt hatte, billigte; und für dieses grosse Verbrechen wurde Verbauwen zu 18 Monaten Gefängniss verurtheilt. Jeder begreift, und die Anträge, die von der königlichen Staatsanwaltschaft ausgingen, gaben es klar zu verstehen, dass man in Verbauwen nicht den inkriminirten Vortrag, sondern den unermüdlichen und ergebenen Verbreiter sozialistischer Ideen bestrafte; «die sozialistische Demagogie,» sagte der öffentliche Ankläger, «muss durch ein eklatantes Beispiel in's Herz getroffen und den Verwüstungen, welche sie unter der arbeitsamen Bevölkerung Flanderns anrichtet, ein Ende gemacht werden.»

Maghermans entfloh nach Holland, wo er seine Mussestunden zur Uebersetzung der Geschichte der Kommune von Arthur Arnould in's Flämische benutzt hat.

Paul de Witte sass seine vier Monate Gefängniss ab und wurde bei der Freilassung von den Genter Arbeitern mit warmen Ovationen begrüsst.

Als aber später Verbauwen am Ende seiner Haft das Gefängniss verliess, gab es eine wahrhaft grossartige volksthümliche Demonstration, die uns noch lange im Gedächtniss bleiben wird. Es war am 20. April dieses Jahres. Schon am Morgen bildeten alle gentischen Arbeitervereine mit ihren alten Bannern und Gewerksinsignien, die sozialistischen Deputationen aus allen Theilen des Landes und eine unzählbare und sympathische Menge einen ungeheuren Zug, und, mit der rothen Fahne voran, geführt von einem Musikkorps, welches die Weisen der *Marseillaise* und *Canaille* (Het Canalje, ein markiges Lied, der Nationalgesang der flämischen Sozialisten) ertönen liess, marschirte der Zug dem befreiten Sträfling entgegen und empfieng ihn mit unbeschreiblichen Hurrah's und Vivat's.

Abends hielt Verbauwen im grossen Saal des Mont-Parnassus einen Vortrag, wo die Ovationen sich wiederholten. Der Saal war im Parterre, den Logen und den Galerien überfüllt, wie einige Monate vorher, als Liebknecht, Frankel und Greulich (gelegentlich des Genter Kongresses) unter dem Beifall eines begeisterten Auditoriums das Wort ergriffen.

Diese schöne und grosse Manifestation war für die belgische sozialistische Partei ein doppelter Sieg, sie war gleichzeitig eine eklatante Bekräftigung ihrer Macht und der Ausgangspunkt eines neuen Aufschwunges der Propaganda im ganzen flämischen Lande. Hier kann man mit Recht den im Volke gebräuchlichen Satz: «Zu etwas ist Unglück immer gut» wiederholen. Die Inhaftirung Verbauwen's, welche nach dem öffentlichen Ankläger den Fortschritt des Sozialismus in Flandern hemmen sollte, hat der Sache des Sozialismus immensen Nutzen gebracht.

Zu etwas ist Unglück immer gut, sagten wir; und zur selben Zeit, als in

Gent die soeben beschriebene Manifestation vorbereitet wurde, ereignete sich im Borinage ein grosses Unglück ganz anderer Art als die Einkerkerung eines unserer Agitatoren, ein nicht wieder gut zu machendes Unglück, eine schreckliche Verheerung, die ihrerseits der Ausgangspunkt eines neuen Fortschrittes für den Sozialismus wurde. Es handelt sich um:

Die Katastrophe in der Steinkohlengrube von Agrappe; Erwachen der Kohlenarbeiter des Borinage.

Zwischen der Stadt Mons und der französischen Grenze breitet sich ein weites Gebiet aus, wo ein mit Rauch und schwarzem Staub bedecktes Dorf neben dem andern steht. Dort reiht sich Schornstein an Schornstein, und jeder von ihnen zeigt die Anwesenheit eines Kohlenschachtes an, einer Grube, wo Hunderte menschlicher Wesen, Männer, Frauen und Kinder, mehrere tausend Fuss unter der Erde arbeiten. Man nennt dieses Gebiet das Borinage. Früher, vor ungefähr 10 Jahren, gab es in diesen volkreichen Dörfern (einige von ihnen haben 15000 bis 20000 Einwohner) zahlreiche sozialistische Gruppen; aber, wie gesagt, eine nach der andern zerfiel; die letzte überlebende, die Gruppe von Jemappes, veranstaltete, anstatt wie die anderen einfach an Entkräftung zu sterben, vor ihrem Ende einen Skandal, der unserer Bourgeoisie eine grosse Freude bereitete. Die Majorität dieser Gruppe hatte, unter Anführung eines reichen Liberalen Namens Beumier, trotz Protestes der Minorität, sich feierlich von der Internationale losgesagt, die rothe Fahne anf dem öffentlichen Platze selbst verbrannt und ein ungeheures Autodafé von Mitgliedskarten, Broschüren und sozialistischen Journalen abgehalten. Es war ergreifend. Wir erinnern uns, die Schilderung dieses Ereignisses, dieses Festes, ja sagen wir es nur heraus, dieses Bachanals, sogar in den deutschen Bourgeoisblättern (u. A., wenn wir uns recht erinnern, der Kölnischen Zeitung) gelesen zu haben, und in den liberalen und klerikalen Zeitungen Belgiens konnten sie diese braven Arbeiter nicht genug loben, die so ihre Götzen eigenhändig verbrannt und Satan (d. h. dem Sozialismus), seinem Prunk und seinen Werken von selbst entsagt hatten.

Aber diese Freude dauerte nicht länger, als die Rosen blühen. Eine neue Generation von Arbeitern, die zur Zeit des Höhepunktes der Internationale noch Kinder waren, ist dem öffentlichen Leben und den ökonomischen Kämpfen geboren, und unter dieser rauhen Jugend finden die sozialistischen Ideen, die man im Borinage vergessen glaubte, Anklang und kommen wieder zu Ansehn. Schon anfangs dieses Jahres hatten sich auf den Ruf eines jungen — mit einigen alten Kämpfern, die den Muth nicht verloren hatten, wie Gandibleu und Fabién Gérard (dem ehrwürdigen Greis mit weissem Haar), vereinten — Sozialisten, Léon Monniez, neue sozialistische Gruppen in Mons. in Cuesmes, in Jemappes gebildet und sofort der im Entstehen begriffenen sozialistischen Partei angeschlossen.

Aber diese Propaganda ging langsam, geräuschlos und mühsam vor sich, als plötzlich, Donnerstag den 17. April, Morgens, eine durch die Sorglosigkeit der Grubenmeister verschuldete, schreckliche Explosion ausbrach und mehr als hundert, in der Gruppe l'Agrappe in Frameries (Borinage) beschäftigte Arbeiter tödtete. Diese schreckliche Hekatombe erregte die Unzufriedenheit der ganzen Arbeiterbevölkerung; ein Strike brach aus; wie gewöhnlich wurden Truppen gegen die Arbeiter geschickt, gleichsam um mit Kugel und Bayonnet diejenigen zu tödten, welche die Explosion verschont hatte. Aber die Arbeiter, durch die Vergangenheit gewitzigt, gaben der Armee keine Veranlassung, einzuschreiten; ruhig und

geschlossen versammelten sie sich in Lokalen, wo sie ihre Angelegenheit beriethen und sich wieder in Vereine zusammenzuthun beschlossen; die einzige Demonstration, die sie veranstalteten, war, die schwarze Fahne nach Trauerart voran, wie einst die Lyoner Weber, friedlich durch die Strassen zu ziehen und mitten auf dem öffentlichen Platze diese Standarte des Elends und der Verzweiflung aufzupflanzen! Seitdem werden alle Sonntage öffentliche Vorträge und Versammlungen abgehalten, wo man über die Arbeiterorganisation und die sozialen Fragen beräth; das ganze Borinage bedeckt sich mit neuen sozialistischen Sektionen, und Sonntag den 13. Juli haben diese Sektionen gemeinsam mit den Bergarbeitervereinen des bassin du Centre und des Beckens von Charleroy, in Manage schon einen Kongress abgehalten, um mit ihnen zusammen den sozialistischen Bergarbeiterverband des Hennegau zu bilden.

Dieser letztere Verband wird sicher einen der wichtigsten Zweige der belgischen sozialistischen Partei, wenn die, welche das Schiff lenken, mit Vernunft und Energie zu handeln wissen; mit Vernunft, damit sie es nicht an den Klippen unorganisirter Strikes, Emeuten und blutiger Repressalien zerschellen lassen; mit Energie, damit es nicht in den tobenden Wogen der Verfolgung und der Lockouts koalirter Fabrikanten untergehe.

Das sind die jüngsten und bezeichnendsten Vorgänge in der belgischen und holländischen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte dieses Jahres. Allein zum Schluss muss ich Sie noch einen Augenblick mit einem andern Vorgang bekannt machen, der vielleicht nicht gerade in die belgische und holländische Bewegung hineingehört, aber für Ihre Leser nicht minder interessant sein dürfte.

Seit 1871 haben wir hier eine Kolonie französischer Sozialisten, Verbannte oder Flüchtlinge der Kommune; um nicht den Schlägen unseres berüchtigten belgischen Gesetzes über (oder vielmehr gegen) die Fremden zum Opfer zu fallen, trugen diese Leute Sorge, sich nicht mit belgischer Politik zu beschäftigen, und beschränkten sich darauf, unter sich zwei Hülfs- und Solidaritätskassen, die eine «*Prêt mutuel*», die andere «*l'Egalité*» genannt, zu gründen; seitdem die Amnestie ihre Reihen gelichtet hat, haben sich diese beiden Gesellschaften verschmolzen. Heute haben wir neben dieser französischen sozialistischen Gruppe einen deutschen sozialistischen Verein, welcher sich ausgezeichnet entwickelt. Er macht es sich zur Aufgabe, die zahlreichen deutschen Arbeiter, die hier beschäftigt sind, zum Studium und zur Diskussion sozialer Fragen heranzuziehen. Weiter hat sich zwischen den deutschen und flämischen Sozialisten eine sympathische Annäherung vollzogen, die durch die Verwandtschaft der Race und Sprache und eine gewisse Analogie des Charakters und der Denkart hinlänglich erklärt wird; die wallonischen Sozialisten sind dagegen mehr den französischen Sozialisten verwandt, und zwar aus demselben Grunde. Glücklicherweise sind die Brabanter, die Brüsseler, halb Gallier und halb Germanen, daher als Dollmetscher, als Vermittler zwischen beiden da.

Und alle diese Gruppen, Rationalisten und Freidenker, Sozialisten und Gewerkschafter, Wallonen und Flamänder, Franzosen und Deutsche arbeiten, jede in ihrer Art und in ihrer Sphäre, an dem gleichen Ziel, der endgültigen Befreiung des menschlichen Gedankens und der menschlichen Arbeit, an der Erlösung der darbenden Menschheit.

Oesterreich.

P. W. — Vergleicht man die Stärke der jetzigen sozialen Bewegung in Oesterreich mit der vor einem Dezennium bestehenden, so ist äusserlich ein entschiedener Rückschritt zu konstatiren; derselbe ist jedoch theilweise ein nur scheinbarer, theilweise einer, der durch eine geänderte Parteitaktik gehoben werden kann, eine Aenderung, die sich jetzt langsam, aber sicher vollzieht.

Vor dem wirthschaftlichen Krach, als die Bewegung blühte, war dieselbe grossentheils Modesache unter den Arbeitern; besonders den jüngeren gefielen die Käppis, die Blousen, die Aufzüge mit rothen Fahnen und Kokarden. Ein kühner und zuversichtlicher Geist herrschte unter der Bevölkerung, man hoffte, Alles erlangen zu können. Aber noch hingen die Trauben hoch, und gar mancher Fuchs gelangte daher zu der Einsicht, dass sie zu sauer seien. Andere wieder, die aus Neugierde mitgethan hatten, fanden schliesslich, als ernste Arbeit von ihnen verlangt wurde, die Sache zu langweilig, Viele waren enttäuscht, welche gehofft hatten, Alles mit einem Anlauf niederwerfen zu können. Die Säuberung der Partei von diesen Elementen ist für sie ein Glück zu nennen und bedeutet durchaus keinen Rückschritt. Eine weitere Klasse von Sozialisten, welche der Partei den Rücken kehrten, besteht aus solchen, welche dazu, meist aus wirthschaftlichen Gründen, gezwungen wurden, eine Klasse, welche besonders durch die ökonomische Krisis sehr vermehrt wurde. Es sind das lauter gute Parteigenossen, welche noch ebenso denken, wie sie früher dachten, welche aber, um nicht sich und ihre Familien zu Grunde zu richten, es nicht wagen, ihre Ansichten offen zur Schau zu tragen. Die Zahl dieser ist eine sehr bedeutende, dieselben sind jedoch nicht zu den Verlorenen zu zählen.

Leider steht dieser — wenn auch zum Theil nur scheinbaren — Abnahme der Parteikräfte keine entsprechende Zunahme zur Seite, welche das Defizit deckte: dies kommt daher, dass die Behörden auf administrativem Wege, nicht durch Schaffung neuer Gesetze, sondern durch unerhört willkürliche Auslegung der bisher bestehenden, es dahin gebracht haben, dass es in Oesterreich nicht mehr möglich ist, die Forderungen der Sozialdemokratie auf gesetzlichem Wege zum Ausdruck zu bringen, dass die Sozialdemokratie in Oesterreich mundtodt ist. Seitdem der — nun am 1. Juni d. J. verstorbene — «Freiheitsmann» und Erfinder der Trinkgeldertheorie, Giskra, als Minister des Innern die Sozialdemokratie für staatsgefährlich erklärte, seitdem haben die Behörden Cisleithaniens unermüdlich nicht nur jeden Versuch zur Neuorganisirung unserer Partei im Keime zu ersticken gesucht, nicht nur jedes Programm verboten, welches von unserer Seite ausging, selbst wenn es noch so wenig nach Sozialismus roch, sie haben sogar jedes Presserzeugniss konfiszirt, in dem unsere Tendenzen gepredigt wurden, sie haben fast jede Versammlung verboten, in der wir hätten zu Worte kommen können, sie haben jeden Verein aufgelöst, der im Verdachte stand, unseren Prinzipien zu huldigen, sie haben sogar die Oeffentlichkeit der Gerichte beseitigt in allen Fällen, in denen ein Parteiprozess hätte agitatorische Wirkungen ausüben können,

Wie sehr durch die kautschukartigen Bestimmungen unseres Pressgesetzes der Willkür Thür und Thor geöffnet sind, werden einige wenige Beispiele beweisen. Die in Reichenberg erscheinende «sozialpolitische Rundschau« wurde im Jahre 1878 bei jedesmaligem Erscheinen — zwei Nummern ausgenom-

men — konfiszirt, und im Jahre 1879 entging erst eine Nummer diesem Geschicke. Es ereignet sich sogar, dass, wenn die Redaktion mit Hinweglassung der beanstandeten Artikel eine neue Auflage des Blattes veranstaltet, in dieser neuen Auflage weitere Artikel konfiszirt werden, welche in der ersten Ausgabe keinen Anstoss erregten, und dieses Spiel kann sich mehrere Male nach einander wiederholen. Die Nummer 2 der «Rundschau» vom Jahre 1878 durfte sogar erst nach der dritten Konfiskation in vierter Auflage expedirt werden. Nicht immer wird jedoch die Veranstaltung einer zweiten Auflage gestattet. Nummer 1 des «österreichisch-ungarischen Hutmacherfachblattes» vom 1. Oktober 1878 wurde konfiszirt. In Folge dessen beschlossen die Herausgeber eine zweite Auflage des Blattes zu veranstalten, wurden jedoch hierauf vor eine löbliche Polizei geladen, welche einfach erklärte, dass im Oktober keine Nummer des genannten Blattes mehr erscheinen dürfe, da die Behörde diese zweite Nummer 1 schon als Nummer 2 ansehe und dem Blatte programmmässig ein mehr als zweimaliges Erscheinen im Monat nicht erlaubt sei.

Um den Grund zu einer Konfiskation ist man nie verlegen. Wurde doch die Nummer 18 des «Arbeiterfreund» von 1878 konfiszirt wegen der Veröffentlichung zweier Ausweise über Geldsammlungen, die eine zur Aufbringung der Kaution für den «Sozialist», die andere zur Unterstützung von Inhaftirten bestimmt. Darin sahen die Behörden den Thatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung!

Es übersteigt leider den mir zugemessenen Raum, die weiteren Uebergriffe der Polizei gegen unsere Presse zu berichten, obwohl sie den eben erwähnten nichts nachgeben. Eben so wenig kann ich mich auf die denselben würdig zur Seite stehenden Versammlungsverbote weiter einlassen, es genüge die Thatsache, dass eine für den 24. März 1879 in Reichenberg anberaumte Volksversammlung wegen Staatsgefährlichkeit verboten werden konnte, auf deren Tagesordnung das fürchterlich revolutionäre Thema stand: «die achtjährige Schulpflicht!» Eben so wenig als in dieser Richtung ist man um Gründe verlegen, wenn es sich um die Auflösung eines Vereins handelt, da Alles und Jedes als «Ueberschreitung des statutenmässigen Wirkungskreises» aufgefasst werden kann. Hat doch die Polizei sich nicht gescheut, dem Wiener Arbeiterbildungsverein vorzuwerfen, er habe seine Statuten überschritten, weil er Plakate mit der Aufforderung zum Eintritt in den Verein hatte drucken lassen, auf denen unter Anderem die Sätze zu lesen waren: «Bildung macht frei», «durch Wissen zum Sieg». Diese beiden Aussprüche bewiesen für die k. k. Polizei sonnenklar, dass der Arbeiterbildungsverein sich mit Politik befasst, weil er sonst nicht von Freiheit und Sieg sprechen könnte, dass er also die ihm erlaubte Wirksamkeit überschritten habe.

In Oesterreich sind, wie man aus all' dem ersieht, die Zustände um kein Haar besser als in Deutschland, ja, man hat es in Oesterreich sogar gewagt, die Oeffentlichkeit der Gerichte anzugreifen, woran man in Deutschland noch nicht gerührt hat. Auch das hat man durch blosse Willkürakte der Beamten, nicht durch eigene Gesetze, erreicht. So oft ein wichtiger Sozialistenprozess verhandelt wird, erklären die Richter es einfach für nothwendig, die Verhandlung geheim zu führen. So bei der Verhandlung gegen den wegen Hochverrathes angeklagten Genossen Mader, der nach viermonatlicher Untersuchungshaft erst am 14. Dezember 1878 vor die Geschworenen gelangt war, die ihn

einstimmig freisprachen. Ebenso war die Schlussverhandlung eine geheime in dem Geheimbundsprozess gegen 16 böhmische Genossen am 24. und 25. Januar 1879. Dieselben wurden zu Arreststrafen von 4 bis 7 Monaten verurtheilt, drei freigesprochen. Geheim endlich war auch die dritte bedeutende Gerichtsverhandlung der letzten Zeit, die gegen Genossen Kaller-Reinthal wegen Majestätsbeleidigung, die ihm eine Verurtheilung zu 14 Monaten, verschärft durch einen Fasttag in jedem Monat, eintrug. Die Verhandlung fand am 25. April statt, an dem Tage, an dem das Fest der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares in Wien gefeiert wurde.

Eine Besserung dieser Verhältnisse ist nicht zu erwarten, eher eine Verschlechterung, wie denn in dem letzten Jahre die Behörden an Uebergriffen alles bis dahin Geleistete übertrafen, was sich noch steigern dürfte, wenn die Neuwahlen in's Parlament, wie als sicher anzunehmen, die Position des Ministeriums Stremayr-Taaffe noch mehr stärken.

Man darf sich daher billig wundern, dass die österreichische Partei noch immer bei der Taktik beharrt, welche sie eingeschlagen hatte zu einer Zeit, als die «Freiheit wie in Oesterreich» noch keine ganz so lächerliche Phrase war, wie heutzutage.

Diese Verwunderung mindert sich indess, wenn man bedenkt, dass das Beharrungsvermögen bei politischen Körpern eben so gilt, wie bei physischen, und dass es immer einer gewissen Anstrengung und Zeit bedarf, um eine Partei aus einer Richtung in eine andere zu drängen.

Dieses Uebergangsstadium in eine andere Richtung ist in Oesterreich bereits eingetreten. Schon vor zwei Jahren gelangte man zur Erkenntniss, dass man andere, als die bis dahin eingeschlagenen Wege betreten müsse, wolle man auf die Massen wirken. Die verschiedenartigsten Versuche sind seitdem in dieser Richtung gemacht worden. Zunächst suchte man, die Gewerkschaften zu stärken und gründete zu diesem Zwecke den «Gewerkschafter». Da derselbe allen Gewerkschaften als Organ dienen sollte, war er ein verfehltes Unternehmen und wurde er bald ersetzt durch Fachblätter, wie das Fachblatt der Metallarbeiter, gegründet im Sommer 1877, das Fachblatt der Schuhmacher und als jüngster Kollege das seit 1. Oktober 1878 erscheinende Hutmacherfachblatt. Die Gründung eines Fachblattes für Schneider wird geplant. Diese Blätter entfalten eine recht wirksame Thätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete, auf politischem dagegen können sie die Partei nur wenig unterstützen. Ein weiterer Versuch, die Agitation für unsere Prinzipien in weitere Kreise zu tragen, war die Petition an das Abgeordnetenhaus um das allgemeine direkte Wahlrecht, welche die Herausgeber des «Arbeiterfreund» am 6. Oktober 1878 veröffentlichten, und welche am 20. Februar 1879, begleitet durch 35000 Unterschriften, überreicht wurde. Auch dieses Unternehmen erwies sich, wie aus der geringen Zahl der Unterschriften hervorgeht, als ein verfehltes, da die Behörden Alles aufgewandt hatten, um die Verbreitung der Petition zu hindern und dieselbe konfiszirten, wo sie konnten. Was kümmerte sie das Petitionsrecht? Nicht viel mehr Erfolg hatte die Umgestaltung unseres Zentralorgans «der Sozialist» in ein zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt, da er bei seiner gezwungen zahmen Schreibweise doch nur dann die Massen für sich interessiren könnte, wenn er Lokalblatt wäre. Diese Umwandlung steht ihm denn auch bevor.

Portugal.

C. H. — Im Februar 1878 fand ein Kongress der portugisischen Sozialisten in Porto statt, auf welchem der Bundesrath der Vereinigten Arbeitergenossenschaften Bericht über die Lage erstattete und den Vorschlag machte, die Gruppen, die die portugiesische Föderation bildeten, zu einem einzigen politischen Verein zu verschmelzen. Der zahlreich beschickte Kongress stimmte diesem Antrag zu, nahm neue Statuten an, beschloss, sich bei den politischen Wahlen zu betheiligen, und beschäftigte sich ausserdem noch mit folgenden Fragen: «Mittel zur Erringung des allgemeinen Stimmrechts. — Nutzen und Nachtheile der Maschinen. — Trennung von Staat und Kirche. — Nutzen von Produktivgenossenschaften. — Der Volksunterricht. — Die Agitation im Süden des Landes.» — Schon die Punkte der Tagesordnung lassen erkennen, wie rührig und konsequent die Propaganda in Portugal betrieben wird. Auch gewinnt die Partei und deren Organe — wir erwähnen namentlich das in Porto erscheinende tüchtige Blatt «O Protesto» — immer mehr an Bedeütung.

Schweiz.

H. G. — Die Arbeiterbewegung der Schweiz hat in verschiedenen Beziehungen Eigenthümlichkeiten, welche dem, der sie von aussen betrachtet, unverständlich sein müssen. Zunächst tritt sie in allen ihren Nüancen konservativer auf als die Bewegung anderer Länder. Eine mit dem Kapitalismus liebäugelnde Arbeiterbewegung und Organisation, wie z. B. die in Deutschland unter der Führerschaft von Dr. Max Hirsch stehende, gibt es nicht. Der vor zehn Jahren im Kanton Zürich gemachte Versuch, eine solche zu schaffen, misslang trotz bedeutender Geldopfer der Fabrikanten gründlich. Die Trümmer des «Kantonalen Arbeitervereins» gingen nach dem Bankerott desselben zu den Sozialdemokraten über. Seither hat man keinen solchen Versuch mehr gemacht.

Die konservativere Färbung der schweizerischen Arbeiterbewegung, die sich selbst bei den schweizerischen «Anarchisten» gegenüber den Anhängern dieser Richtung in anderen Ländern zeigt, hat ihren Hauptgrund in der grösseren Bewegungsfreiheit, welche die republikanischen Institutionen dem politischen Leben lassen. Dadurch wird eine gewisse Ruhe und Nüchternheit in den Anschauungen hervorgerufen, an der in der Regel ein Appell zu grösserer Leidenschaft abprallt. Die Möglichkeit, sich frei aussprechen zu können, bringt von selbst ein gewisses freiwilliges Masshalten mit sich.

Dazu kommt, dass man in einer demokratischen Republik, wenn man irgend welche Veränderungen und Verbesserungen erzielen will, es mit dem ganzen Volk zu thun hat. Wo die Mehrheit des Volkes über Verfassung und Gesetz entscheidet, muss man diese Mehrheit zu gewinnen suchen, und dies kann nur geschehen, wenn man ihr Misstrauen gegen alles Neue durch möglichst ruhige Belehrung und Ueberzeugung überwindet.

Ferner muss es dem auswärtigen Beobachter auffallen, dass die schweizerische Arbeiterbewegung verhältnissmässig schwach ist. Sie vereinigt, wenn man Alles zusammennimmt, was darunter verstanden werden kann, kaum mehr

als 15,000 Personen. Das ist allerdings eine sehr bescheidene Zahl, wenn man weiss, dass die Schweiz ein sehr industrielles Land ist. In der Baumwollspinnerei steht die Schweiz unter allen Staaten des Kontinents im ersten Range, ebenso in der Uhrenindustrie. Auch die Seidenindustrie, die Stickerei und die Strohindustrie sind stark vertreten. Aber — mit Ausnahme von Genf und Basel sind diese Industrieen nirgends konzentrirt. Eigentliche Fabrikstädte haben wir in der Schweiz nicht. Die Fabrikation ist sehr dezentralisirt, sie ist dem Wasser und den billigen Arbeitskräften nachgegangen und okkupirt die Thäler der Schweiz und der angrenzenden Länder. Die Seiden- und Strohindustrie, wie die Stickerei ist auch zu einem grossen Theil Hausindustrie, und bis in die Voralpen der Urschweiz hinein kann man in den Häusern der Aelpler die Frau oder Tochter hinter dem klappernden Seidenwebstuhl sitzen sehen.

Hier ist nun eine Koalition fast unmöglich gemacht, und darum erreicht hier die Exploitation den höchsten Grad. Die angestrengteste Arbeit der appenzellischen Stickerin oder der Unterwaldner Seidenweberin gilt als ein Nebenerwerb, und sie wird geleistet für einen Tagesverdienst von 60—80 Centimes, einer Summe, die nach schweizerischen Preisen kaum einem Pfund Rindfleisch oder einem vierpfündigen Laib Brod gleichkommt. Trotz dieses lächerlichgeringen Verdienstes ist diese Kategorie von Arbeitern im Allgemeinen nicht zum Proletariat zu rechnen und fühlt sich auch nicht als solches.

Auch unter den Fabrikarbeitern auf dem Land findet man noch vielfach ähnliche Verhältnisse, den Besitz von etwas Land, Antheil am Gemeindeland etc. Immerhin vollzieht sich hier die Entwicklung eines wirklichen modernen Proletariats in Folge der Krisen ziemlich rasch. Aber dieses Proletariat ist so unter der übrigen Bevölkerung verstreut, dass eine Organisation desselben mit viel mehr Schwierigkeiten verbunden ist, als in den andern Ländern mit konzentrirterer Industrie und mit mehr und grösseren Städten, als sie in der Schweiz anzutreffen sind. Eine ganze Reihe von Organisationsversuchen und -Anfängen auf dem Lande sind durch die Krise vernichtet worden.

Schliesslich muss noch eines Hinderungsgrundes für eine kräftige und einheitliche Organisation erwähnt werden. Es gehört zwar auch hiezu der Umstand, dass das kleine Gebiet von etwa 3 Millionen Menschen bewohnt wird, die drei verschiedene Sprachen, deutsch, französich und italienisch (und noch dazu die zwei romanischen und ladinischen Dialekte) sprechen; doch ist dieser Umstand auch wieder insofern vortheilhaft für die Arbeiterbewegung, indem er die schweizerischen Arbeiter befähigt, an der sozialistischen Literatur dreier grosser Kulturvölker theilzunehmen. Ein viel bedeutender Hinderungsfaktor für die schweizerische Arbeiterbewegung liegt in dem ausserordentlich stark und einseitig entwickelten Nationalgefühl der Schweizer. Dasselbe lässt sich allerdings auf das Misstrauen zurückführen, mit welchem das Volk eines kleinen Landes mit freiheitlichen Institutionen die Wahrung seiner Unabhängigkeit behauptet, und in diesem Sinne ist das Nationalgefühl natürlich durchaus berechtigt und zu pflegen. Zu tadeln aber ist es, wenn es sich bis zum Fremdenhass steigert, wie das leider noch vielfach vorkommt, auch wenn man anerkennen muss, dass sich schon sehr viel in dieser Hinsicht gebessert hat.

Dieses Misstrauen gegen das «Fremde» legt oft die besten Kräfte lahm, verhindert vielfach die richtige Solidarität, die in einer Arbeiter-Organisation herrschen soll — und es wird von den Gegnern der Arbeiterbewegung immer

noch mit vielem Erfolg ausgebeutet und benützt, um Tausende von der Bewegung fern zu halten, weil das deutschländische Element in der schweizerischen Arbeiterbewegung auch vertreten ist und eine meist sehr erfreuliche Thätigkeit entfaltet.

Die deutschen Arbeitervereine, grösstentheils schon in den Dreissiger Jahren gegründet, waren überhaupt die ersten Arbeiterorganisationen der Schweiz. Der schweizerische Grütliverein entstand später, und wenn auch Albert Galeer, der diesem Verein erst seine Bedeutung für die ganze Schweiz gab, ein Sozialist war, so gewann doch erst im letzten Jahrzehnt der Grütliverein einen ausgesprochenen Arbeitercharakter, und an manchen Orten hat er denselben bis auf den heutigen Tag noch nicht. Die Gewerkschaften entstanden meist erst durch die internationale Arbeiterassoziation, zuerst in der Westschweiz, später in der deutschen Schweiz. Der schweizerische Arbeiterbund, zu Pfingsten 1873 durch den ersten allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongress zu Olten gegründet, ist seinen Bundesstatuten nach wesentlich gewerkschaftlicher Natur, doch gehören zu ihm auch allgemeine Arbeitervereine, deutsche Arbeitervereine und Grütlivereinssektionen.

Ein formeller Allianzvertrag zwischen Grütliverein und Arbeiterbund wurde zwar von ersterem an seiner Generalversammlung zu Pfingsten 1878 in Luzern abgelehnt — die « fremden Elemente » des Arbeiterbundes mussten auch als Ablehnungsgrund herhalten —, aber doch ist seit der so glücklich verlaufenen gemeinsamen Fabrikgesetzagitation bei verschiedenen Gelegenheiten von beiden Körperschaften gemeinsam agitirt und vorgegangen worden.

Diese allgemeinen Bemerkungen mögen mit einer ungefähren Uebersicht über den Bestand der Arbeiterorganisationen abgeschlossen werden. Der schweizerische Arbeiterbund zählt in etwas über 100 Sektionen gegen 5000 Mitglieder; seine Hauptsitze sind die grösseren Städte. Der schweizerische Grütliverein zählt in etwa 150 Sektionen gegen 7000 Mitglieder; er breitet sich über das ganze Land aus. Es wären nun noch zu registriren einige Tausend Arbeiter der Nationalindustrie in Genf, deren Organisation in latentem Zustande fortexistirt, aber durch die furchtbare Krise ganz ausser Thätigkeit gesetzt ist, und endlich die Sektionen der « Anarchisten », die, obschon sehr thätig, doch auch die Krise in der Uhrenfabrikation sehr gefühlt haben und nur einige Hundert Mitglieder zählen, welche die Jura-Föderation der « antiautoritären » Internationalen bilden. Die Organe der Arbeitergruppen sind: die « Tagwacht » (Zürich), der « Grütlianer » (Bern), der « Précurseur » (Genf) und der « Révolté » (Genf); als parteigenössisches Privatunternehmen mit lokal-graubündnerischer Färbung muss noch erwähnt werden: der « Volksfreund » (Chur). Von diesen Blättern ist nur der « Grütlianer » nicht in Deutschland verboten, obgleich seine Tendenz eine entschieden sozialdemokratische ist.

* * *

Wenn wir die wichtigsten Momente der schweizerischen Arbeiterbewegung vorführen sollen, so beginnen wir mit dem politischen Gebiet, und hier war ziemlich viel Gelegenheit zur Regsamkeit. Die Bundesversammlung hatte im August letzten Jahres zwei Gesetze angenommen, welche die Opposition der organisirten Arbeiter herausforderten. Da war zuerst die dritte Vorlage eines

Militärpflichtersatz-Steuergesetzes. Die beiden ersten Vorlagen waren durch Volksabstimmung verworfen worden, die dritte aber war entschieden viel schlechter als die beiden ersten, belastete die kleineren Einkommen und Vermögen stärker, ja enthielt einen Maximalsatz, der die grössten Vermögen steuerfrei liess. Sodann fand das Gesetz über die Subvention der Gotthardbahn einen starken Widerstand, weil die Aktiengesellschaft, in deren Händen das Unternehmen liegt, durch ihre unvorsichtige Wirthschaft ein gerechtes Misstrauen hervorgerufen, ja die Schweiz in bedenklicher Weise kompromittirt hatte.

Es wurde nun der Versuch gemacht, durch Sammlung von 30,000 Unterschriften die Volksabstimmung über beide Gesetze anzurufen. Beim Militärpflichtersatz stand die Arbeiterschaft allein, und die nöthige Zahl von Unterschriften wurde nicht bis zum festgesetzten Termin (90 Tage nach Publikation des Gesetzes) zusammengebracht. Anders war es bei der Gotthardsubvention, wo im Kanton Waadt allein über 30,000 Stimmen zusammenkamen, so dass der Bundesrath die Volksabstimmung anordnen musste. Mit Ausnahme des Waadtlandes bildete die organisirte Arbeiterschaft das Zentrum der Opposition gegen die Gotthardsubvention, und in der Agitation dagegen stand sie fast allein da. Von ihrer Seite aus wurden zwar nur einige Versammlungen veranstaltet, um so mehr aber mit Flugblättern gewirkt. 15,000 Exemplare einer Agitationsnummer der «Tagwacht» und 35,000 Flugblätter wurden verbreitet. Obgleich diese Agitation weit hinter dem Umfang der Bewegung für das Fabrikgesetz ($1^1/_4$ Jahr vorher) zurückblieb — damals wurden hunderte von Versammlungen abgehalten und etwa 200,000 Flugblätter verbreitet —, lenkte sie doch einen tiefen Hass auf die organisirte Arbeiterschaft, der sich da und dort sogar in thätlichen Insulten Luft machte. Die Gotthardsubvention wurde übrigens am 19. Januar d. J. angenommen; immerhin aber sprachen sich zirka 115,000 Bürger für Verwerfung aus, wobei allerdings nur für einen Theil die prinzipiellen Gründe, die wir angedeutet haben, massgebend waren.

Am 27. Oktober 1878 fanden die Erneuerungswahlen für den Nationalrath statt. Nur in Bern trat indess die Arbeiterpartei ganz selbstständig auf und stellte zwei ihrer eigenen Mitglieder, den Steinhauer Bächthold und den Schreiner Fischer, auf, welche gegen 700 Stimmen erhielten. In Zürich gingen die Sozialdemokraten mit den Demokraten zusammen, da letztere die zwei Vertrauensmänner der Arbeiterpartei, Landwehrhauptmann Karl Bürkli und Mechaniker Rud. Morf, auf ihre Wahlliste nahmen. Doch fiel im I. eidg. Wahlkreise, zu welchem der Bezirk Zürich gehört, die demokratische Liste durch, und die beiden Sozialdemokraten erhielten 3319 und 2830 Stimmen, blieben um mehrere Tausend Stimmen hinter den demokratitchen Kandidaten zurück — so viele Demokraten konnten es nicht über's Herz bringen, ihnen zu stimmen. Das Zusammengehen mit den Demokraten hatte aber doch den Erfolg, dass im III. eidg. Wahlkreis (Winterthur und Zürcher Oberland) ein sozialistisch gesinnter Demokrat, Regierungsrath Dr. Stössel, gewählt wurde.

In Basel hatten die Arbeitervereine eine Eingabe an den Grossen Rath gerichtet, worin sie die Einführung der unentgeltlichen Beerdigung verlangten, wie dieselbe bereits in mehreren Gemeinden des Kantons Zürich besteht. Diese Eingabe wurde aber vom Grossen Rath nach einer kurzen Diskussion abgewiesen.

Mit Einbruch des Winters begann Arbeitslosigkeit und Nothstand in grösserem Masse zu herrschen, doch führte dieselbe nur in Lausanne zu einer grös-

seren Demonstration, um die Behörden zur Anhandnahme öffentlicher Arbeiten zu bewegen, was zum Theil gelang. Die Arbeiter, welche diese Demonstration machten, gehörten keiner Verbindung an.

Ein eigenthümliches Schauspiel wickelte sich bei den Erneuerungswahlen für den Grossen Rath in Genf ab. Dort wollte die Arbeiterpartei ebenfalls mit in die Bewegung treten, aber das unterblieb. Nichtsdestoweniger erhielten bei den Wahlen drei Sozialdemokraten, Lichtenberg, (geborner Mecklenburger), Hoferer (geborener Bayer) und Täuber (ein Zürcher), von allen Gewählten die meisten Stimmen — sie waren nämlich sowohl von den Demokraten, wie von den Radikal-Liberalen als Lockmittel für die deutschschweizerischen Arbeiter auf die Wahlliste genommen worden. Die Erscheinung ist jedenfalls seit dem Bestehen der modernen sozialistischen Bewegung noch nicht dagewesen und dürfte sich auch sobald nicht wiederholen.

Am 13. Dezember wurde die Aufmerksamkeit der organisirten Arbeiterschaft auf einen Punkt gelenkt, den man sonst in der Schweiz als einen überwundenen betrachtete. Während man eine Beeinträchtigung der Pressfreiheit durch die Behörde für unmöglich in der Schweiz gehalten hatte, las man plötzlich mit Erstaunen, dass der Bundesrath mitten im Frieden ein kleines Blatt in Chauxdefonds, die «Avantgarde», das Organ der «Anarchisten», unterdrückt habe. Ja noch mehr, man las, dass die neuenburgische Behörde dem konservativen Buchdrucker Courvoisier die Buchdruckerei versiegelt habe, weil er nicht sofort die Zusicherung gab, dass er hinfüro weder die «Avantgarde« noch ein anderes Blatt gleicher Richtung drucken wolle. Ein solches Vorgehen musste in der Schweiz als unerhört betrachtet werden, leider aber waren es ausser der der Arbeiterpresse nur wenige Blätter, die dagegen ihre Stimme erhoben. Das Ganze, was dieser Eingriff in die Pressfreiheit nach sich zog, war eine Interpellation im Nationalrath, die aber resultatlos verlief. Hinterdrein suchte sich der Bundesrath durch einen Pressprozess gegen den Redaktor des unterdrückten Blattes, Dr. Paul Brousse, zu salviren. Das Geschwornengericht zu Neuenburg sprach allerdings den Angeklagten schuldig, aber die Verhandlungen thaten erst recht dar, dass hier der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft einen Schritt gethan hatte, den die Behörde eines republikanischen Staates um so weniger thun sollte, als er selbst im monarchischen England unmöglich wäre.

Es mag hier auch gerade erwähnt werden, dass fast zu gleicher Zeit, als die «Avantgarde» unterdrückt wurde, der Bundesrath ein Kreisschreiben an die Kantonsregierungen erliess, in welchem er ihnen zur Pflicht machte, auf die sozialdemokratischen Flüchtlinge, die aus Deutschland kämen, ein wachsames Auge zu haben. Diesem Kreisschreiben war eine Liste der angeblich aus Berlin nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes Ausgewiesenen beigefügt. Verschiedene in dieser Liste Aufgeführte waren freilich noch nicht einmal ausgewiesen und sind es sogar bis auf den heutigen Tag nicht. Das Bundeskomité des schweizerischen Arbeiterbundes erliess gegen diese polizeiliche Liebedienerei einen geharnischten Protest, der in der «Tagwacht» und im «Grütlianer» erschien. Selbst die «N. Z. Ztg.» musste den Bundesrath belehren, dass die Berliner Ausgewiesenen doch nicht zu den Flüchtlingen gerechnet werden können.

Das alte Jahr war also ziemlich bewegt ausgegangen — das neue brachte auch wieder Arbeit. Das erste bedeutende Lebenszeichen kam aus einem Kanton, dessen Gesetzgebung noch auf ganz altgermanische Weise, durch die Lands-

gemeinde am 1. Sonntag im Maien unter freiem Himmel vollzogen wird, aus Glarus. In diesem industriellen Kanton hat die Arbeiterbewegung schon verschiedene Male bedeutungsvoll in das Gemeindeleben eingegriffen und an der Herbst-Landsgemeinde von 1872 auch zuerst in der Schweiz den 11stündigen Normalarbeitstag durchgesetzt. Auf die diesjährige Frühlings-Landsgemeinde brachten nun die Glarner Sektionen des Arbeiterbundes und Grütlivereins, vereint als «Arbeiter-Union», zwei Anträge in's «Memorial» (Verzeichniss der Landsgemeinde-Traktanden), nämlich: das Recht für 1000 Bürger, eine ausserordentliche Landsgemeinde einzuberufen und den Erlass eines Lebensmittel- und Gesundheitsgesetzes, das die Anstellung eines Kantons-Chemikers in sich fasst. — Die Landsgemeinde trat aber auf diese Anträge nicht ein.

Im Kanton Zürich hatte im letzten Jahre die kantonale Vereinigung der Arbeitervereine, Gewerkschaften und Grütlivereine von dem verfassungsmässigen Recht der Initiative Gebrauch gemacht, um dem Volke die Frage des staatlichen Getreidehandels zur Entscheidung zu unterbreiten. Die nöthige Zahl von 5000 Unterschriften stimmberechtigter Bürger war in kurzer Zeit um mehr als 1000 überschritten worden, wodurch diese Frage in die allgemeine Diskussion kam. Der Kantonsrath verhielt sich freilich in seiner Februarsitzung ablehnend, und nur fünf Mitglieder erhoben sich für die Arbeiterforderung. Die kantonale Arbeiter-Vereinigung hatte allerdings sehr wenig Mittel zur Agitation, doch wurde das Mögliche geleistet. Eine eingehende Arbeit von Robert Seidel, die zuerst in der Tagwacht erschien, wurde als Broschüre gedruckt und möglichst gut verbreitet; ferner wurde eine Flugschrift in mehreren tausend Exemplaren im Land herum verbreitet. Das Resultat war ein den schwachen Kräften und ungenügenden Mitteln gemäss recht erfreuliches. Bei der Volksabstimmung vom 4. Mai d. J. fielen 16689 Stimmen für den staatlichen Getreidehandel und 29834 dagegen. Die Forderung ist zwar abgelehnt, aber die gemachten Erfahrungen sind für die Zukunft ganz ermuthigend. Trotz aller Hetzerei des grössten Theils der Presse hat das Volk des Kantons Zürich dargethan, dass es für soziale Forderungen empfänglich ist.

In Zürich selbst hatte sich im April ein ziemlich reges Leben angelassen. Ein Vortrag, den Herr Pfarrer Ritter an der Neumünstergemeinde bei Zürich über Sozialismus gehalten, gab Anlass zu einer Disputation zwischen Sozialdemokraten und dem Herrn Ritter. Die Versammlungen waren sehr zahlreich besucht und wirkten entschieden für die Sozialdemokratie agitatorisch.

Indess rückte für die schweizerische Arbeiterschaft eine neue Aufgabe heran Mehrere Mordthaten, unter ungewöhnlichen Verhältnissen ausgeführt, hatten die Bevölkerung verschiedener Thalschaften sehr aufgeregt, so dass das Begehren nach Wiedereinführung der durch die Bundesverfassung für die ganze Schweiz abgeschafften Todesstrafe wieder auftauchte und bald zu einer stärkeren Bewegung führte. Man ging daran, die zu einer Revision der Bundesverfassung nöthigen 50000 Unterschriften zu sammeln und schon hatte man 30000 Unterschriften beisammen, als die Bundesversammlung muthig der reaktionären Strömung nachgab und einen diesbezüglichen Revisionsbeschluss vor die Volksabstimmung brachte. Die Arbeiterschaft begriff vom ersten Augenblick ihre Stellung in dieser Frage und sie zauderte nicht, für die bedrohte höhere Kulturstufe und gegen die Wiederkehr der Barbarei Partei zu nehmen. Arbeiterbund und Grütliverein gingen gemeinsam an's Werk und verbreiteten eine Flugschrift

in grösserer Auflage. Sodann veranstalteten beide Verbindungen auf den Sonntag vor der Abstimmung grosse Demonstrationen und Volksversammlungen unter freiem Himmel in Zürich, Bern und Genf, welche gut ausfielen. Ausserdem wurden an vielen anderen Orten Versammlungen abgehalten. Auch die «Anarchisten» rückten hier mit in die Linie und verbreiteten ein Flugblatt, das einen Auszug aus einer Rede von Elisée Reclus enthielt. Leider konnten alle diese Anstrengungen nicht die Mehrheit des Schweizervolkes überzeugen. Am 18. Mai d. J. stimmten 200,026 für und nur 180,810 gegen die Zulassung der Todesstrafe in den Kantonen.

So schmerzlich dieser Entscheid für den Freund der Kultur auch sein mag, entmuthigend ist er deswegen nicht. Eine Zeit, in der der Massenmord noch blüht, kann sich natürlich auch noch nicht über den Gedanken erheben, dass ein Mord nur wieder mit Blut gesühnt werden könne. Diese Stufe der Barbarei muss eben erst überwunden werden, und erst wenn der Massenmord in Mitteleuropa beseitigt ist, wird auch jedes Volk mit Abscheu die Henkerbeile als Zeichen einer traurigen Vergangenheit in das Alterthums-Kabinet verweisen.

Slavische Länder.

I. Polen.

B. L. — Um die zweite Hälfte des XVIII. Jahrhunderts fanden die freisinnigen Ideen der französischen Denker mehrere eifrige Anhänger in Polen. Sie verlangten die Gleichberechtigung des Bürgerthums mit dem Adel und die Beseitigung der Leibeigenschaft der Bauern. Zu den energischsten Kämpfern für diese Sache gehörten: Stanislaus Staschiz (Staszic), Hugo Kottontaj und Franz Jesierski (Jeziercki), alle drei mehr nominell als thatsächlich geistlichen Standes. Staschiz, ein Mann von grosser Gelehrsamkeit und einem höchst unabhängigen Sinne, war in seinen kritischen Anschauungen über die Gesellschaft von Rousseau's Prinzipien durchdrungen und näherte sich in seinen Anschauungen über das Eigenthum den Ueberzeugungen Mably's.

Die Bauernfrage war, wenn man ihre Entwickelung in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts prüft, schon dermassen in Polen fortgeschritten, dass die Beseitigung der Leibeigenschaft eine nothwendige Sache wurde. Die Theilung Polens hat ihre Lösung um ein halbes Jahrhundert verzögert.

Aber auch in einer andern Hinsicht hat die Theilung Polens auf den allgemeinen Fortschritt nachtheilig gewirkt. Denn die edelsten und begabtesten polnischen Kräfte konzentrirten sich auf ein einziges Problem, auf die Wiederherstellung der nationalen und politischen Unabhängigkeit. Der Kampf mit dem Schwerte in der Hand zeichnete einen Polen vor seinen Mitbürgern mehr aus, als eine intellektuelle Arbeit. Die Feder wurde geringer geschätzt als das Schwert. Ein polnischer Patriot studirte und schrieb damals nur, wenn es keine Gelegenheit zum Konspiriren und Schlagen gab.

Schon das Misslingen des Aufstandes von 1794 führte mehrere Patrioten zur Ueberzeugung, dass ein blos adeliger Aufstand nicht im Stande sei, Polens

Unabhängigkeit wiederherzustellen, und dass an eine Insurrektion des gemeinen Volkes nicht zu denken sei, so lange Knechtschaft und Unwissenheit dasselbe bedrücken würden. Dies haben ausdrücklich die Generäle Sajontschek und Kniasiewitsch geäussert. Ihre Stimme wurde aber nicht beachtet. Der Landtag vom Jahr 1831, der in seinen Entscheidungen in dieser Hinsicht frei war und den Bauern Freiheit und Boden hätte schenken sollen, vergass, dass die Revolutionszeit eine rasche Entscheidung erforderte und begrub die Bauernsache in den Komitéverhandlungen. Die Emigrantenmehrheit konnte dies der Grossgrundbesitzerpartei, welche im Landtage die Oberhand hatte, niemals vergessen, sie sonderte ihre Sache von derjenigen der letzteren ab und nannte sich selbst — Demokratie. Im Jahre 1832 wurde auf französischem Boden die «polnische demokratische Gesellschaft» gestiftet. Sie beschäftigte sich lebhaft mit Ergründung der Ursachen des Misslingens der bisherigen Aufstände und dem Aufsuchen der zu betretenden Wege. Die Gesellschaft veröffentlichte im Jahre 1836 ein durch 1135 Mitglieder unterzeichnetes Manifest. Dieses wichtige Dokument bezeugt, dass die polnische Demokratie schon damals zu sozialistischen Grundsätzen sich bekannte, dass sie das Recht des Besitzes von Grund und Boden und jedem anderen Eigenthum nur der Arbeit zuerkannte. Dieses Manifest wurde in die englische, deutsche und französische Sprache übertragen. Mehrere polnische Patrioten bekannten sich offen zu den sozialistischen Grundsätzen, — ich nenne nur den bekannten Verbreiter der Ideen von Karl Fourier Johann Tschynski (Czynski) und Stanislaus Vorcel, einen der edelsten polnischen Patrioten.

Auch im Inlande führte das Interesse für das Volk, für die Nothwendigkeit des Befreiung desselben allmählig zu sozialistischen Konsequenzen. Bald nach dem Aufstande von 1831 entstand in einer freien Stätte im polnischen Lande, in Krakau, «die Gesellschaft des polnischen Volkes,» welche weit und breit über ganz Polen sich verbreitete. Die denkende Jugend ging auf das Land, siedelte sich in den Dörfern an, zog Bauernkleidung an, betheiligte sich an Feldarbeiten. Severin Goschtschynski (Goszczynski), Casper Cienglewitsch und Simon Konarski waren die eifrigsten Apostel der neuen Idee. Im Süden von Kongress-Polen bei Kielz stiftete der Geistliche Sciegenny eine unter dem Landvolke weit verbreitete Verschwörung zur Wiederherstellung Polens, in welchem der Boden nicht einzelnen Personen, sondern ganzen Gemeinden angehören sollte. Die Verschwörung wurde im Jahr 1844 entdeckt. Der Geistliche Sciegenny wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt, aber unter dem Galgen verwandelte man seine Strafe in schwere Arbeit in Sibirien. Dreizehn am meisten in dieser Sache kompromittirte Bauern wurden mit Ruthen bestraft und ebenso auf schwere Arbeit nach Sibirien geschickt.

Der Aufstand von 1846 war mit der demokratischen Gesellschaft und deren Programmen gänzlich einverstanden. Nachdem die Oesterreicher am 22. Febr. aus Krakau vertrieben waren, veröffentlichte der Diktator Tyssowski ein Manifest, in welchem er zur Erkämpfung einer solchen Gesellschaftsordnung aufforderte, «in welcher Jeder nach seinem Verdienste und Begabung von den Grundgütern Nutzen ziehen könnte, und kein Privilegium unter irgend einer Gestalt existiren werde; in welcher jeder Pole eine Sicherung für sich, seine Frau und Kinder finde; in welcher der Boden, heute nur unter Bedingungen

von den Bauern bearbeitet, ihr freier Besitz werde; in welcher verfassungsmässig die Zinsen, die Leibeigenschaft und alles dahin Gehörende ohne alle Entlohnung aufgehoben werden...»

Der Adel nennt noch heutzutage die Bewegung von 1846 — kommunistisch. Es ist eine bekannte Sache, dass die polnischen Patrioten während der Revolution von 1848 Hand in Hand mit den progressivsten Repräsentanten des europäischen Gedankens gingen. Barbès und Blanqui haben die Befreiung Polens als eine der nothwendigsten Angelegenheiten angesehen. Aus diesen Jahren datirt auch die im polnischen Herzen Dankbarkeit erregende Sympathie von Karl Marx und Wilhelm Liebknecht. Damals war unter der polnischen Intelligenz der Gedanke von der Nothwendigkeit der Wiederherstellung der ehemaligen slavischen Gemeinde, wo der Boden im kollektiven Besitz war, sehr verbreitet. Mieroslavski studirte die Geschichte der polnischen Gemeinde und erblickte nur in ihrer alterthümlichen Organisation eine Gesellschafts-Harmonie. Moratschevsski und Libelt beförderten auf dem Slavenkongresse zu Prag die Aufnahme der Idee einer mit Kollektiv-Eigenthum ausgestatteten Gemeinde in das Programm. Die Nothwendigkeit einer Revolution der Gesellschaftsordnung voraussehend, pflegte der Philosoph Trentowski zu behaupten, man müsse den Boden nicht den Individuen, sondern den ganzen Gemeinden zuerkennen. Es fanden sich auch im Inlande selbst offene Bekenner des Sozialismus. Solch' einer war Leo Rzewusski, welche im Jahr 1848 in Lemberg ein Journal sozialistischer Tendenz herauszugeben versuchte.

Nach der Niederwerfung der Revolution von 1848 und 1849 beherrschte die Reaktion ganz Europa. Unter den Polen sehen wir das Nämliche. Viel trug auch zum Rückschritte das Verbot der «demokratischen polnischen Gesellschaft» in Frankreich und die Landesverweisung ihrer energischeren Mitglieder bei. Die demokratische Bewegung, anstatt sich weiter zu entwickeln, fing an, Rückschritte zu machen.*) Der polnische Aufstand von 1863 fand gerade zu einer Zeit statt, wo die soziale Idee in Europa noch kaum im Wiedererwachen begriffen war. Es ist demnach kein Wunder, dass der polnische Aufstand einen mehr nationalen als sozialen Charakter trug. Aber doch gab es auch damals Leute, die gut begriffen, dass man der Revolution einen sozialen Charakter geben müsse, wenn sie die Massen des Volkes zum Kampfe aufmuntern solle. So äusserte sich unter anderen Konstant Kalinowsski, an dessen Galgen Muravjeff die ironischen Worte sprach: «Du musst glücklich sterben, da du siehst, wie wir das Volk bevormunden, in dessen Namen du kämpftest.»

Gerade der Misserfolg des polnischen Aufstandes war es, der der sozialen Bewegung in Europa einen starken Anstoss gab, indem er die Stiftung der Internationale beschleunigte, welche die Arbeiterklasse organisirte und dem Sozialismus eine feste und unerschütterliche Basis schuf. In der Internationale bildeten auch die Polen eine Sektion. Zum sozialistischen Programm bekannten sich die Obristen: Valerian Wroblewski, Jaroslaw Dombrowski und der General Joseph Bossak-Hauke. Es wurde auch eine Propaganda in dieser Richtung versucht. Im Jahre 1866 gründete Tokarzewitsch (Tokarzevicz) in Genf «Die Gemeinde», gab sie aber nach einigen Nummern wieder auf.

*) Einer der jungen polnischen Sozialisten unternahm die Arbeit, dies in einer besonderen Abhandlung nachzuweisen.

Beharrlicher führten die Propaganda: Schtschensnowitsch und Brasiewitsch (Brazievicz), indem sie, auch in Genf, von 1868 bis zu Ende des Jahres 1869 eine gute Zeitschrift unter dem Titel «*Le peuple polonais*» in französischer Sprache redigirten. Die Folgen dieser Propaganda zeigten sich auch im Inlande. In Lemberg war 1867 die Uebersetzung von Louis Blanc's sozialistischem Katechismus unter dem Titel «Der Glaube der Sozialisten» veröffentlicht worden, aber — wie es scheint — war damals nur eine sehr kleine Anzahl dieser Schrift verbreitet. *)

Unter dem Einflusse der lebhaften sozialistischen Bewegung unter den Deutschen in Wien in den Jahren 1868 und 1869, entwickelte sich auch in Galizien eine lebhaftere Thätigkeit in der Arbeiterklasse. So versuchte man in Drohobytsch einen Arbeiterverein sozialistischer Tendenz zu gründen. Eine von Boleslaw Limanowski im Anfange des Jahres 1871 gehaltene Vorlesung «über die Arbeiterfrage» **), in welcher er die Internationale behandelte, erregte unter den Arbeitern ein ziemlich bedeutendes Interesse. «Der Gewerkschafter» («Rekodzielnik»), in Lemberg redigirt, fing zu dieser Zeit auch an, sich sozialistischen Tendenzen zu nähern, obwohl sehr behutsam.

Die Niederlage der Kommune von Paris — an welcher bekanntlich viele Polen Antheil nahmen, und unter ihnen die Generäle Jaroslaw Dombrowski und Valerian Wroblewski durch ihre tapfere Vertheidigung berühmt wurden — und der Zerfall der Internationale wirkten wiederum hemmend auf die Entwickelung der sozialen Idee unter den Polen. Zwar bemerkte man unmittelbar nach der Kommune ein stärkeres Aufleben in der Londoner Emigration und die Stiftung polnischer sozialistischer Zirkel in Zürich und München, aber im Lande selbst unterdrückte die polnische Intelligenz mit Unwillen jedwede radikale Richtung und jede Idee einer sozialen Umgestaltung. Es gelangten zur Herrschaft: der Legitimismus, die «organische Arbeit», der Moderantismus jeder Art. Ein ausschliessliches Jagen nach Kleinigkeiten verengte den Geisteshorizont. Der Sozialismus gerieth in Vergessenheit, man behandelte ihn als eine Narretei, als etwas, womit sich nur Schwärmer und Utopisten beschäftigen können. Als Boleslaw Limanowski 1873 seine sozialistische Studie über die kommunistischen Systeme von Thomas Morus und Thomas Campanella veröffentlichte, war es eine einzige Zeitung, der Krakauer «Czas» (Zeit), allgemein als ein streng konservatives Organ bekannt, welche eine eingehendere und dem Autor wohlwollende Rezension lieferte.***)

Die neuere sozialistische Bewegung nahm ihren Anfang in Kiew. Die polnische Universitätsjugend, durch die Polizei, die Universitätsbehörden, sogar durch die Professoren verfolgt und chikanirt, hatte sich lange Zeit äusserlich konservativ gezeigt. Nur einige energischere Individuen, nicht im Stande, die passive Rolle, auf die man sie angewiesen hatte, zu ertragen, rissen sich von der polnischen Gesellschaft los und griffen zur russischen sozialistischen Literatur,

---

*) Dieses Büchlein, welches bei einem Büchertrödler lagerte, ist erst in den Jahren 1877 und 1878 abgesetzt worden.

**) Die Vorlesung erschien in Lemberg 1871 als eine besondere Broschüre in 500 Exemplaren. Heutzutage ist sie im Buchhandel völlig vergriffen.

***) Es muss hier jedoch bemerkt werden, dass damals Lucian Siemienski Redakteur des Feuilletons war, ein sehr vernünftiger und begabter Mann, in dessen Gemüth sich aber manchmal sonderbare Kontraste vereinigten.

welche in den Jahren 1873 und 1874 grössere Dimensionen annahm. Dasselbe war in Petersburg der Fall, wo die polnische Jugend höhere Lehranstalten zahlreich besuchte. Als sich im Jahre 1875 unter den polnischen Studenten mehrere den sozialistischen Grundsätzen ergebene Personen zusammenfanden, sannen sie darauf, ihren eigenen Kreis zu stiften und sich, was die künftigen Arbeiten anbelangte, mit der polnischen Universitätsjugend in Petersburg und Warschau zu verständigen. In Petersburg war die Sache ganz gut gegangen, nicht so in Warschau, wo unter der fortgeschrittenen Jugend ausschliesslich die Anhänger der «organischen Arbeit des Volkes» herrschten, welche sehr befürchteten, dass der Sozialismus, indem er die Gesellschaft spalte, dem russischen Vormarsche mit dessen die Nationalität nivellirenden Absichten behilflich sein werde. Zur selben Zeit versuchte man auch mit Galizien Verbindungen anzuknüpfen, dort hinderte jedoch das Berauschtsein in Nationalitäts-Freiheit — das um so grösser war, als in anderen polnischen Provinzen die polnische Nationalität hart unterdrückt wurde —, ein rechtes Verständniss für die wirkliche Lage der Dinge und die Bedingungen einer gemeinsamen zukünftigen Arbeit. Galizien wurde aber in der Hinsicht von Bedeutung, als man hier die in Russland verbotenen Bücher aufkaufte und später sogar sozialistische Brochüren und Werke, grösstentheils aus dem Deutschen, übersetzte und druckte.

Die Lemberger Polizei und die Statthalterei von Galizien beschlossen jedoch, der sozialistischen Propaganda zur Hülfe zu kommen, indem sie die verbotene Bücher nach Russland transportirenden Sozialisten arretirten. Anfangs des Jahres 1877 wurden etliche ukrajinische Ruthenen, und mit ihnen auch ein galizischer, Hr. Michael Pawlik, verhaftet. Der Prozess fand bei geschlossenen Thüren statt und erregte kein grösseres Interesse. Die Richter selbst hatten keinen Begriff vom Sozialismus; einer von ihnen, Mogilnicki, äusserte sich sogar ganz offenherzig seinen Kollegen gegenüber: «Ich weiss, dass der Sozialismus ein verbotenes Ding ist, aber man steche mir die Augen aus, wenn ich wüsste, was er eigentlich bedeutet.» Weil jedoch die Statthalterei Bestrafung verlangte, wurden die Beschuldigten zu kürzerem Arrest verurtheilt. Die grösste Strafe war ein 1monatlicher Arrest.

Der zweite Fang der Lemberger Polizei erregte dagegen ganz Galizien und erweckte beim Publikum ein sehr hohes Interesse für den Sozialismus. Anfangs Juni 1877 wurde in einem Lemberger Hôtel ein gewisser Michael Koturnicki arretirt, bei welchem man eine Menge russischer, kleinrussischer und polnischer Bücher sozialistischen Inhalts, viele Adressen, einen verborgenen Dolch, einen russischen Pass für eine dritte Person u. dgl. fand. Bald darauf wurden Boleslaw Limanowski und einige Ruthenen, Hörer der Lemberger Universität und des geistlichen Seminariums, arretirt, wobei über zehn Haussuchungen in der Stadt vorgenommen wurden. Auch in Wien wurden einige Polen und einige Ruthenen arretirt. Da jedoch die verhafteten Personen, ihre sozialistische Ueberzeugung offen bekennend, dagegen Protest einlegten, dass man in Oesterreich die Bekennung und Verbreitung des Sozialismus bestrafen dürfe; da weiter aus der Untersuchung erhellte, dass die meisten verhafteten Personen einander gar nicht kannten und in keiner Berührung mit einander standen, und es daher schwer war, sie wegen der Bildung einer geheimen sozialistischen Gesellschaft zu beschuldigen, so lenkte die Lemberger Prokuratur ihre ganze Aufmerksamkeit allein auf die ruthenische Jugend und nahm zu diesem Zwecke

in ganz Galizien neue zahlreiche Haussuchungen bei den Ruthenen vor. Sie hatte dabei noch eine andere Absicht, namentlich in Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Den Umstand benutzend, dass allgemein das von der Polizei absichtlich beförderte Gerücht verbreitet war, als seien die arretirten Sozialisten russische Agenten, befreite die Prokuratur die Polen, mit Ausnahme des russischen Unterthans Michael Koturnicki, vom Prozesse und stellte nur die Ruthenen vor Gericht, sie der Bildung einer geheimen Gesellschaft beschuldigend — was leicht zu behaupten war, denn die Betreffenden waren Mitglieder der akademischen und patriotischen Vereine —, und bezeichnete sie als einer geheimen Richtung der russischen Sozialisten unterworfen. Wiederum wollte man den Prozess bei geschlossenen Thüren abhalten, aber auf Reklamation der Presse war nur eine einzige Sitzung, in der es sich um einen Revolutionsaufruf handelte, geheim. Der Prozess, welcher in der ersten Hälfte des Januars 1878 stattfand, versammelte ein sehr zahlreiches Publikum, vorwiegend aus der Universitäts- und Gymnasialjugend. Die Stimmung gegenüber den Angeklagten, anfangs bei Vielen gleichgiltig und bei Einigen sogar widerwillig, ging endlich in volle Sympathie über. Einen besonders vortheilhaften Eindruck für die Sache machten die Anreden des Ostap Terlecki (Beamten der öffentlichen Bibliothek in Wien), des Michael Pawlik und Johann Franko.*) Die Anrede von Michael Koturnicki war gut abgefasst, aber ziemlich undeutlich und monoton vorgetragen und verlor desshalb viel. Die Ruthenen sprachen ruthenisch, Koturnicki polnisch. Der letztere bewies in seiner Anrede, dass eine einzig wirksame und beständige Eintracht zwischen den Polen und Ruthenen in Galizien nur auf Grund des Sozialismus errichtet werden könne. Dasselbe bestätigte in seiner letzten Anrede auch Ostap Terlecki. Die Richter, welche anfangs keck auftraten, schienen schliesslich nur sich selbst zu vertheidigen. Die Rolle des Stellvertreters des Prokurators war höchst misslich. Alle seine Behauptungen wurden widerlegt, alle seine Folgerungen umgestossen, der Sozialismus, welcher für ihn ein schreckliches Ungeheuer war, erschien in einem ganz anderen Lichte. Er schwieg in Folge dessen meistentheils und wenn er sprach, so entschuldigte er sich eher, als er beschuldigte.**) Die Sache hatte jedoch schon so viel Lärm gemacht, dass man Jemanden verurtheilen musste, um die Polizei, die Statthalterei, die Prokuratur und den Untersuchungsrichter Kriegseisen, der in seinem Eifer sogar die konstitutionellen Garantien der österreichischen Bürger verletzt hatte, nicht zu sehr blosszustellen.

Dieser Prozess trug sehr viel zur Verbreitung der sozialistischen Idee in Galizien bei. Man sprach und schrieb darüber. Man fing mehr und mehr an, sozialistische Bücher zu kaufen, indem man nicht bloss die neuen, sondern auch die lang vorher erschienenen, die ruhig in den Magazinen lagen, aufsuchte. Gleichzeitig reizte die Polizei, als ob sie im geheimen Verkehr mit sozialistischen

---

*) Alle drei sind begabte ruthenische Schriftsteller, insbesondere der letzte, dessen «Borislaus» (in «Druh») und «Boa constrictor» («Hromadskij Druh», «Die Glocke» und «Der Hammer») das Leben der in Borislaus bei dem sogen. «Erdwachs» beschäftigten Arbeiter vortrefflich schildern.

**) In der Stadt war das Gerücht verbreitet, dass der Stellvertreter des Prokurators, Zborowski, nachdem er die Sache geprüft hatte, sich aus Mangel eines Thatbestandes gegen den Prozess erklärt habe, aber auf das ausdrückliche Verlangen des Ober-Prokurators gegen einige Beschuldigte Anklage erheben musste.

Agitatoren stände, immer mehr die Neugier des Publikums. Zu einem Vortrag über den Sozialismus, gehalten im poln. «Akademischen Leseverein», wurde plötzlich ein Polizei-Kommissär geschickt; das fortwährende Jagen nach sozialistischen Büchern und Schriften lenkte eine grössere Aufmerksamkeit auf die letzteren; überall nach Verschwörern suchend, erinnerte die Polizei Diejenigen an eine propagandistische Thätigkeit, welche dieselbe schon vergessen hatten.

Zu den österreichischen Verfolgungen gesellten sich gar bald die russischen. Im April 1878 hielt der bekannte Advokat und Schriftsteller Woldemar Spasowitsch in Warschau einen Vortrag über den polnischen Dichter Vinzenty Pol. Spasowitsch wies die reaktionäre Richtung der Schriften des letztern nach und äusserte sich im Allgemeinen gegen einen Götzendienst für die Vergangenheit, ohne die kritische Analyse, was an ihr Gutes, was Schlimmes wäre. Dieser, seinem Inhalte, wie seiner Form nach, gemässigte Vortrag empörte den schläfrigen Konservatismus der Patrioten und Journalisten von Warschau auf's Aeusserste. Man hörte im Vortrage auch das, was darin nicht zu finden war. Man überhäufte Spasowitsch mit Stichelworten, und dabei wurde auch diejenige Jugend nicht verschont, welche seinen Worten Beifall zuklatschte. Hierin zeichnete sich besonders ein junger Schriftsteller aus, welcher vormals den Fortschrittsüberzeugungen gehuldigt, nachher aber seine Feder dem gut zahlenden und am meisten in der Hauptstadt verbreiteten «Warschauer Boten»*) verkauft hatte, um dessen selbstzufriedene Bourgeois-Gesinnungen mit einem liberalen Anstrich zu bemänteln. Er verglich die den Worten von Spasowitsch Beifall zuklatschende Jugend mit dummen Schafen, welche gedankenlos einander nachahmen. Die Jugend, deren Vertheidigung in keine Zeitschrift aufgenommen wurde, rächte sich an dem Journalisten, der sie sehr beleidigte, mit dem Stocke. Die Affaire kam vor die Polizei, wobei Einige verhaftet und Spuren einer patriotischen Verschwörung entdeckt wurden. Die Freunde des geschlagenen Journalisten verbreiteten überall das Gerücht, als wäre man einer Sozialistenbande auf die Spur gekommen und zeigten beinahe mit dem Finger, wer zu derselben gehöre. Einen grossen Eifer äusserte in dieser Hinsicht der Redakteur des «Echo», Sigm. Sarnecki, einst ein rother Demokrat — mit dem Munde, denn als es zum Aufstande kam, versteckte er sich in ein Mausloch. Das Geschwätz erregte die Aufmerksamkeit der Polizei, welche infolge der vorherigen Verhaftungen schon die Ohren gespitzt hielt. Endlich in der zweiten Hälfte des Juni 1878 begann man zu verfolgen und zu verhaften. Im Laufe eines Monats wurden 120 Haussuchungen vorgenommen und 80 Personen arretirt.

Die russischen Hetzer und das Votiren eines Ausnahmsgesetzes gegen die Sozialisten in Deutschland spornten die Lemberger Polizei zu einer neuen Sozialistenjagd an, besonders da der Sozialismus schon Wurzel trieb und sich immer mehr entwickelte. Diese Polizeihetze hatte den guten Erfolg, dass sie Allen augenscheinlich bewies, die österreichische Verfassung bestehe nur eigentlich auf dem Papiere, und trug zur völligen Heilung von dem Berauschtsein, das dieselbe verursacht hatte, viel bei. Man konfiszirte Bücher, nahm Haussuchungen vor, belegte Manuskripte mit Beschlag und gab sie nicht zurück. Boleslaw Limanowski, der im Laufe von acht Jahren ununterbrochen in Lemberg mit seiner Familie wohnhaft war, wurde anfangs Oktober 1878 ausgewiesen. In demsel-

*) Kurier Warszawski.

ben Monate wurden einige junge Polen verhaftet, aber vom Gericht freigelassen, nachdem an ihnen keine Schuld zu finden war.

Ermuntert durch die Sozialistenächtung sehnte sich auch die Lemberger Polizei begierig nach Lorbeeren. Diesmal — es war in der zweiten Hälfte des November 1878 — drang die Polizei mit Waffen auf die akademische Jugend ein, welche einen Fackelzug zu Ehren des Reichstagsabgeordneten Hausner veranstaltete, weil derselbe, entgegen der bisherigen Tradition des diplomatischen Schweigens seitens der galizischen Delegation, das Verfahren der österreichischen Regierung während der bosnischen Expedition einer derben Kritik unterzogen und die Ablehnung des Berliner Vertrages durch den Reichstag votirt hatte. Bei dieser Gelegenheit verwundete die Lemberger Polizei mehr als zehn Personen aus dem Publikum und davon einige sehr schwer. Die Geschichte machte viel Aufsehen. Die Stadt Lemberg schickte in dieser Angelegenheit eine Deputation zum Kaiser. Der brutale Ueberfall war so augenscheinlich, dass man dem Publikum einige Genugthuung leisten musste. Man beseitigte daher zwei Todtfeinde des Sozialismus: den Polizeidirektor Toustanowski und den Kommissär Cossa, welcher nebenbei in dem Kampfe schwer am Kopf verwundet worden war. Von dieser Zeit an waren die Hetzen gegen die Sozialisten in Galizien eine Zeit lang aufgegeben, aber nicht auf lange. Es veränderte sich nur die Scene: von Lemberg war sie nach Krakau verlegt.

Der Krakauer Buchdrucker Koziański, welcher eine beträchtliche Geldsumme für den Druck eines sozialistischen Werkes bekommen hatte, denunzirte dasselbe bei der Polizei und zeigte die Personen an, welche das betreffende Werk bald nach dem Drucke weggeschafft hatten. Es war um die Mitte des Februar 1879. Die Polizei arretirte die angezeigten Personen in einem der grösseren Gasthäuser. Es waren vier junge Leute — vermuthlich Emigranten aus russisch Polen, welche vor russischer Verfolgung entflohen waren.*) Die konstitutionelle Polizei schlug furchtbar auf sie los, als dieselben einen der Verhafteten, welchem die Söldlinge den Mund auseinanderrissen, um einen verschlungenen Zettel hervorzuholen, zu vertheidigen versuchten. Dieses brutale Verfahren rief in der Stadt allgemeine Empörung hervor. Die heftigere Jugend beschloss, sich an der Polizei zu rächen und legte eine Dynamitbombe unter die Wand des Polizeigebäudes. Die Explosion war fürchterlich: ein Stück Wand wurde niedergerissen und alle Fenster zerschlagen. Die Krakauer Volksmenge, der Polizei längst abgeneigt, war darüber durchaus nicht empört, sondern erkundigte sich mit Sympathie nach den Sozialisten, was für Menschen das seien und was sie verlangten. Die Propaganda ging rasch vorwärts. Ueberall fand man Zustimmung und Hülfe. Denn die Arbeiterklasse in Warschau, Krakau und Lemberg besitzt schon revolutionäre Vergangenheit und gelangte schon früher zum Selbstbewusstsein, was ihr das Verständniss der Grundideen des Sozialismus und die weitere Arbeit in dieser Richtung erleichtert. Indessen war die Krakauer Prokuratur nicht müssig geblieben.

Man arretirte viele Personen in Krakau, nahm zahlreiche Haussuchungen in Lemberg vor, der Direktor der Lemberger Genossenschafts-Buchdruckerei,

---

*) Die Sache ist noch nicht beendigt worden, und können daher darüber keine sicheren Détails angegeben werden, insbesondere da die Angaben der Journale verschieden lauteten.

Anton Mankowski, wurde nach Krakau transportirt und hier in's Gefängniss geworfen. Der Bund der drei Kaiserreiche, geschlossen gegen die Sozialisten, trat bei dieser Gelegenheit zum Vorschein. Denn der Warschauer Prokurator begab sich nach Krakau und, nachdem er hier wahrscheinlich die nöthigen Instruktionen erhalten hatte, kehrte er nach Warschau zurück und nahm neue Haussuchungen und Verhaftungen vor.

Im österreichischen Polen kehrten die Zeiten von Bach zurück. Das Lesen der Briefe auf der Post, das Spioniren und die Beschlagnahme wurden zur Tagesordnung. Das Lehrer-Seminarium in Krakau wurde geschlossen und seine Schüler auseinander gejagt; in Przemyśl nahm man Haussuchungen vor und konfiszirte Bücher, welche die Polizei für schädlich hielt; in Wien arretirte man die polnische akademische Jugend dafür, dass sie sozialistische Bücher las und dieselben Anderen zum Lesen gab!

In Warschau veranstaltete die Prokuratur in der Mitte des Mai d. J. eine neue Hetze gegen die Sozialisten, während sie die erste Sache noch nicht beendigt hatte. Drei Tage lang dauerten Haussuchungen und Arretirungen von Personen. Es wurden ungefähr 300 Revisionen unternommen und eine Menge Personen arretirt, so dass gegenwärtig in der Warschauer Citadelle ungefähr 200 Personen, meist der arbeitenden Klasse angehörend, schmachten.

Diese Verfolgungen thun jedoch der Verbreitung des Sozialismus keinen Eintrag. Derselbe findet in der Arbeiterklasse von Warschau und anderen Fabrikstädten von Kongress-Polen, wo in der letzten Zeit die Fabrikindustrie beträchtliche Dimensionen annahm, einen günstigen Boden. Auf meine Anfrage entgegnete mir ein mit der sozialistischen Bewegung in russisch Polen gut vertrauter Arbeiter, man dürfe wenigstens 10000 Solcher zählen, welche die Sache gehörig verstehen und bereit sind, auf jeden Aufruf für dieselbe einzutreten.

Auch in Krakau und Lemberg ist ein starkes Fundament gelegt. Schwerer geht's mit dem Landvolke, dem wichtigsten Elemente in unserer Lage. Aber auch hier vermochte eine geschickte Propaganda einige aufrichtige Bekenner des Sozialismus zu gewinnen.

Gegenwärtig fühlt man einen dringenden Mangel an einem eigenen Organ. Auf polnischem Boden kann es nicht herausgegeben werden, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat gelehrt, dass sogar in Galizien eine polnische sozialistische Schrift auf ein ausnahmsweises Verfahren stossen wird. Es ist somit wahrscheinlich, dass im Auslande ein kleines Blatt entsteht, um als Fahne und Losung für die an Zahl immer mehr zunehmende sozialdemokratische Partei zu dienen.

Die polnische sozialistische Literatur wurde in den letzten drei Jahren beträchtlich bereichert. Man übersetzte: «Das Arbeiter-Programm», «Kapital und Arbeit», «Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen» von Ferdinand Lassalle. «Das Arbeiter-Programm» ist schon in der dritten Auflage erschienen, das letzte Mal in 4000 Exemplaren gedruckt. Man übersetzte auch aus dem Deutschen: «Nieder mit den Sozialisten» von Bracke und »Das Leben des Gen. Jar. Dombrowski». Limanowski veröffentlichte in Lemberg seinen: «Sozialismus als eine nothwendige Erscheinung der geschichtlichen Entwickelung», wo er im Umrisse die Theorie und die Geschichte des Sozialismus darstellt. Die Lemberger ruthenischen Sozialisten arbeiteten für die polnische Jugend und Arbeiter einen kernigen und gut geschriebenen sozialistischen Katechismus unter

dem Titel: »Die Grundideen des Sozialismus, dargestellt in Fragen und Antworten« (1878), aus. Es erschienen auch «Die Erzählungen eines alten Wirthes» (Uebersetzung aus dem Kleinrussischen: «Ueber den Reichthum und die Armuth») und andere Erzählungen für das Volk.

Zur Verbreitung richtiger Ansichten über die sozialistische Bewegung und die Pariser Kommune wird auch das im Jahre 1878 in Lemberg erschienene Buch «Die letzten Jahre der Weltgeschichte 1848—1875» viel beitragen.

II. Russland.

P. L. — Die gegenwärtige radikale Bewegung in Russland wird gewöhnlich «nihilistisch» genannt. Ohne uns in Erörterungen über die Ursachen dieser Benennung einzulassen, glauben wir von Seiten unserer Leser als etwas ihnen allen zur Genüge Bekanntes voraussetzen zu dürfen, dass die sogenannte nihilistische Bewegung längst zur Grundlage sozialistische Prinzipien hat und somit zur allgemeinen, über die ganze zivilisirte Welt hinaus verbreiteten sozialen Bewegung gehört, sich auf dem russischen Boden nur insofern anders gestaltend, als die Landesverhältnisse, die es von jedem andern Lande absondern, es eben mit sich bringen. Russland hat nämlich, erstens mehr als jedes andere Land die Ueberlieferungen des ländlichen Gemeindewesens und zwar, in ökonomischer und administrativer Beziehung im Norden, in politischer im Süden beibehalten, zweitens ist es der einzige nichtkonstitutionelle Staat, der sich indess dem gegenwärtigen politischen System anschliesst.

Da uns der Raum nicht gestattet, uns hier über diejenigen Erscheinungen, welche der russischen sozialistischen Bewegung vom Anfang an einen besondern Stempel aufdrückten, auslassen zu können, wollen wir uns auf einige Worte beschränken, und zwar in Bezug auf die Umstände, unter denen der russische Sozialismus sich zu Ende des Monats Januar 1878 befand; — wir beginnen unsere Betrachtungen mit diesem Zeitpunkt hauptsächlich deswegen, weil der Februar 1878 einen bedeutenden Scheidepunkt in der Entwicklung des russischen Sozialismus bildet.

Besonders scharf trat die sozialistische Bewegung unter den Russen in den Jahren 1873—1876 hervor. Im Auslande waren mehrere Druckereien in Thätigkeit; periodische und nicht periodische Schriften, umfangreiche Werke wie: «Das Staatswesen und die Anarchie» (Gossudarstwennost i Anarchia) und «Vorwärts» (Wperjod!), sowie auch kleinere Broschüren passirten ballenweise heimlich die russische Grenze. Volksthümliche Schriften, wie z. B. «der schlaue Mechanismus» (Chitraja Mechanika) erlebten mehrere Auflagen und wurden in zehntausenden von Exemplaren verbreitet. In Russland selbst machten unter dem Volke Hunderte und Tausende von jungen Leuten beiderlei Geschlechtes rastlos Propaganda für die sozialistische Idee, wiegelten dasselbe gegen die Regierung auf, errichteten Schmieden, Schuhwerkstätten, nisteten sich auf dem Lande als Feldscherer, Hebammen, Dorflehrer und -Lehrerinnen ein, wo nicht, liessen sie sich auch als einfache Arbeiter in Fabriken anstellen, und das Alles, um sich dem Volke zu nähern und bequemer das zu predigen, woran sie als an das einzige Mittel, diesem unterdrückten und ruinirten Volke zu helfen, glaubten.

Die verschiedensten Richtungen hatten selbstverständlich ihre Vertreter unter den Aposteln des neuen Evangeliums. So waren die einen vollständig von der Ueberzeugung durchdrungen, dass das russische Volk zu einem Aufstande bereit sei und die sozialistischen Ideen schon inne habe; dass es «ein Leichtes wäre, jedes beliebige Dorf zum Aufruhr zu bringen» (siehe: Gossud. i Anarchia 1873. Beil. A.). Dahingegen setzten die andern ihr Vertrauen nur auf die sozialistische Propaganda unter dem Volke und auf eine allmählige Vorbereitung der sozialen Revolution und hoben ganz besonders die Nothwendigkeit der Wissensbereicherung für die revolutionären Propagandisten hervor, diese als eine wichtige Waffe des sozialen Kampfes betrachtend. (Siehe: Wissen und Revolution, Wperjod, Band I und III.) Diese Streitfrage: über den unmittelbaren Aufruf zur Empörung oder eine vorangehende vorbereitende Propaganda; über die Nothwendigkeit oder die völlige Nutzlosigkeit des Wissens für die russischen Sozialisten gab Veranlassung zur ersten Meinungsverschiedenheit, zur ersten Zersplitterung, wiewol im Wesentlichen sich Alle mit der Propaganda beschäftigten und sämmtlich sich derjenigen Wissensmittel bedienten, die einem jeden zu Gebote standen. Wohl waren noch sonstige Abschweifungen vorhanden, die indess ohne Bedeutung blieben, — sowol nach der Zahl der Betheiligten, als auch nach ihrem jeweiligen Einfluss. So z. B. bildeten einige Enthusiasten eine Art mystischer Sekte, welche sich von jedem blutigen und gewaltsamen Kampfmittel lossagend, durch Liebe zu Allen ohne Unterschied die Feinde des Volkes besiegen und jede Zwistigkeit aufheben wollte, indem sie das jedem Menschen innewohnende «göttliche Element» anregte. Allein die unbedeutende Anhängerschaar dieser Sekte verschwand bald aus Russland und zog es vor die mystische Seligmachung des russischen Volkes in einer einsamen Ansiedelung Nordamerika's fortzusetzen. Der traurige Ausgang dieser ersten Propaganda liess sich leicht voraussehen. Wenig vorbereitete Propagandisten, im Verkehr mit einem gar nicht vorbereiteten Volke, das zudem jeden «Barin» (Herrn, Edelmann) äusserst misstrauisch ansieht, konnten naturgemäss einen auch nur geringen Erfolg erzielen. Im vollen Vertrauen auf die «Revolutionsreifheit» des Volkes gingen diese an's Werk, stiessen aber bald auf unvorhergesehene Hindernisse, was zur Folge hatte, dass die Einen nach der bittern Enttäuschung in Entmuthigung verfielen, die Meisten aber Opfer der Polizeihäscher wurden. Die Strafanstalten wurden bald von politischen Gefangenen überfüllt; der grösste Theil der mehr energischen Jugend wurde so seiner Thätigkeit entrissen, oder sich derselben zu entziehen gezwungen.

Die ausgedehnte, für die Intelligenz und das Volk bestimmte Literatur schien ihren Zweck nicht erreicht zu haben. Eine Revolution ist nicht zu Stande gebracht worden, nicht einmal eine ansehnliche Empörung ist durch den Einfluss der neuen Propaganda entstanden; in denjenigen Volksaufständen, welche (namentlich im Süden Russlands) stattfanden, machte sich, im Verhältniss zu den früheren derartigen Erscheinungen, die sich im Laufe einiger Jahrhunderte beständig wiederholten, durchaus kein neues weitergreifendes Element bemerkbar. Die Parteiorganisation hatte keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen; die Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei hatte sich keineswegs verringert; ein allgemeines Agitationsprogramm gab es nach wie vor nicht.

Der Misserfolg war für jeden sichtbar, aber destoweniger das Resultat

dieser aufopferungsvollen vierjährigen Thätigkeit; dieses liess sich nicht voraussehen. Indessen waren die Opfer an Menschen, der Zeit- und Mittelverlust furchtbar erschwerend geworden. Wohl blieben von den Kämpfern Viele im Entschluss, ihre Thätigkeit für das bisherige Ziel energisch fortzusetzen, unerschüttert, allein man musste sich nun, im Bewusstsein des frühern Misserfolges, fragen: Wie ist diese Thätigkeit umzugestalten? Wie sie einzurichten, dass ein günstiger Ausgang zu erwarten wäre? Da war nun bei der Mehrheit gewissermassen der Muth gesunken. Diejenigen Propagandisten-Gruppen, welche den «Wperjod» unterstützten, beschlossen die periodische Ausgabe desselben mit dem Ende 1876 einzustellen, also eines der mächtigsten Propagandamittel niederzulegen. Noch im Frühjahr 1876 ging die seit Januar 1875 existirende volksthümliche Zeitung «Rabotnik» (Arbeiter) ein. Die Anhänger derselben, welche stets der Propaganda einen geringen Werth beilegten, schrieben nunmehr mit voller Entschiedenheit alle Misserfolge der frühern Jahre eben der Propaganda zu, welche sie nun als ein machtloses und nicht zweckmässiges Kampfmittel ansahen. Dahingegen hielten sie die revolutionäre Erziehung des russischen Volkes, hervorgerufen durch eine Reihe von, wenn auch Anfangs misslingenden Empörungen, für den einzigen richtigen Vorbereitungsweg zu einer sozialen Revolution. Der frühere Name «Narodniki» (Volksmänner), welchen jeder, der an die Möglichkeit einer sozialen Umgestaltung ausschliesslich durch die Macht des Volkes glaubte (wie es auch die westlichen Internationalisten, unabhängig von ihren, in anderer Beziehung abweichenden Ansichten, dachten) auf sich bezog, wurde fortan gleichsam «Monopol» jener Gruppe, welche sich überdies mit dem Gedanken trug, dass das russische Volk von sozialistischen Prinzipien bereits durchdrungen sei, und ihm bereits sozialistische Instinkte innewohnen, dass es also nicht mehr nöthig sei, ihm die Lehren des modernen Sozialismus zu predigen; es würde im Siegesmomente von selbst die ihm passendste Sozialleben-Form zu wählen wissen, wesshalb es jetzt nur geboten sei, diesen Siegestriumph vorzubereiten, die Macht der Gegner zu schwächen und das Volk zum Aufstande zu reizen. Nach dem Verschwinden aller ernsten russisch-sozialistischen Zeitschriften im Auslande, blieb als literarischer Vertreter der russischen revolutionären Presse einzig und allein der «Nabat» (Sturmglocke), das Organ der sogenannten russischen Jakobiner. Diese bildeten in Russland Gruppen, welche aber sowol nach ihrer Stärke, als auch nach ihrem Einfluss ganz unbedeutend blieben. Diese Gruppe genoss wegen ihrer persönlichen Zusammensetzung in der russisch-sozialistischen, ausländischen Literatur keine moralische Bedeutung und rief in der letzten Zeit, Dank ihrer Verlogenheit und frechen Prahlerei, von einer Seite einen Kollektiv-Protest in der «Obschtschina» (Kommune) Nr. 8/9 und von anderer Seite einen vernichtenden Artikel des Herrn Dragomanow in der von ihm herausgegebenen «Hromada» (Gemeinde) hervor. — Wir werden in unsern nachfolgenden Betrachtungen den «Nabat» und seine Anhänger (in wie fern dieselben noch überhaupt existiren) als ein für die Geschichte des Sozialismus in Russland völlig bedeutungsloses Element ganz beiseite lassen.

Es muss bemerkt werden, dass zu der Ende 1876 stattgehabten Ermattung der sozialistischen Bewegung unter der russischen Jugend nicht wenig die damals in den Vordergrund getretene «slavische Frage» beigetragen hat. Nicht nur derjenige Theil der Jugend, welcher noch keine feste Ueberzeugung ge-

wonnen hatte, strömte, anstatt zu Hause unter dem Volke zu agitiren, schaarenweise nach Serbien und Herzegowina, sondern auch mehrere völlig überzeugte Sozialisten gingen dahin. Diese Strömung hielt zwar nicht lange an, war aber jedenfalls für die Schwächung der sozialistischen Partei bezeichnend.

Aber während dieselbe zu Ende des Jahres 1876 augenscheinlich die Periode der Ermattung und Entmuthigung durchzumachen hatte, lieferten gleich die ersten Monate des darauf folgenden Jahres den Beweis, dass der Misserfolg der frühern Jahre bei Weitem nicht so bedeutend war, und die literarische Propaganda sowohl als auch die Agitation unter dem Volke lange nicht so sehr fruchtlos geblieben waren, als es Feinde und Freunde zu glauben pflegten. Am 5. März (21. Februar) 1877 begann der «Prozess der Fünfzig», und der allein genügte, den Muth der sozialistischen Kämpfer von Neuem zu heben. Vor dem Gerichte erschien eine Schaar junger Leute (beiderlei Geschlechts), welche ein völlig ausgeprägtes Verständniss der sozialistischen Aufgaben für das russische Volk an den Tag legten. Sie stellten diese Aufgaben offen und gelassen dar, weder die Verantwortlichkeit scheuend, noch hochtrabende Phrasen gebrauchend. In ruhigem Tone zeigte Sdanowitz, wie die russische Jugend zur Ueberzeugung gelangt, dass «auf friedlichem Wege dem angestrebten Ziele entgegenzukommen unmöglich sei» (Wperjod V. 1877, II. Abth. S. 45); wie sie sich «entschlossen, ungeachtet aller Gefahren, diesem Ziele auf revolutionärem Wege entgegenzugehen» (ibid.), und wie sie sich zur Aufgabe gestellt, «dem Volke das Bewusstsein seiner Interessensolidarität beizubringen, seine Unzufriedenheit auf den richtigen Grund zurückzuführen, die zersplitterten Kräfte zu vereinigen und gemeinschaftlich gerechtere Existenzbedingungen zu erstreben» (ibidem). Noch gelassener und ruhiger sprach in ihrer Vertheidigungsrede am 10./22. März Frl. Sophie Bardina. Sie vernichtete alle herkömmliehen Angriffe auf die Propagandisten des Sozialismus, und indem sie sich zu den friedlichen Propagandisten zählte, äusserte sie, dass diese letzteren dahin wirken, in das Bewusstsein des Volkes Ideale einer gerechteren Gesellschaftsordnung zu bringen, jedoch «anerkennend, dass eine gewaltsame Revolution unter gewissen Umständen ein unvermeidliches Uebel bildet». Zum Schlusse ihrer Rede sagte sie: «Was auch mein Schicksal sein möge, so bitte ich Sie, meine Herren Richter, um keine Gnade, ich verlange sie auch nicht. Verfolget uns wie weit Ihr wollt, ich bin indess fest überzeugt, dass eine solche weit ausgedehnte, bereits einige Jahre hinter einander anhaltende, augenscheinlich vom Zeitgeiste selbst in's Leben gerufene Bewegung durch keinerlei Repressivmassregeln todt gemacht werden kann; wohl kann sie auf die Dauer einer gewissen Zeit unterdrückt werden, aber mit desto grösserer Kraft schwingt sie sich dann von Neuem wieder empor .... und so würde es fortgehen, bis unsere Ideen endlich den Sieg davon tragen» (ibid. 39—41). Noch schlagender war die Rede Peter Alexejew's, eines schlichten Bauern, eines Mannes aus der Mitte eben jenes Volkes, welches, wie man zu sagen pflegte, so wenig von der Propaganda ergriffen und den sozialistischen Ideen also nicht zugänglich war. Peter Alexejew sprach «im Namen von Millionen Männern des arbeitenden Volkes». Aus persönlicher Erfahrung entwarf er ein klares Bild der Leiden des russischen Arbeiters, bewies durch verschiedene Thatsachen, dass die vielgepriesene «Reform des 19. Februar» (1861) das Volk nach wie vor in «Leibeigenschaft» liess, dass das Volk von der Regierung «nichts zu erwarten habe», und schloss seine Rede, trotz dem

mehrmaligen donnernden Zurufe des Präsidenten: «Schweigen!» — mit einer Verkündigung der Brüderlichkeit zwischen dem russischen arbeitenden Volke und der intelligenten Jugend, «bis sich der muskelkräftige Arm der Arbeitermillionen erheben ..... und das von Soldaten-Bajonetten geschützte Joch des Despotismus in Staub vergehen wird!» (Ibid. 30—35.)

Die vier Jahre sozialistischer Agitation genügten also ihrer Aufgabe: sie arbeiteten bereits ein Cadre junger Köpfe aus, welche sich nicht mehr durch den Affekt hinreissen liessen, sondern in vollem Bewusstsein nach einem bestimmten Ziele strebten. Und diese hellen Köpfe gehörten schon nicht mehr einzig und allein zur studirenden Jugend, sondern sie fanden sich aus der Mitte der Arbeiter, der Landbevölkerung ein. Kaum waren zwei Monate verflossen, seitdem der (eingegangene) «Wperjod!» in seinem als Testament für die Sozialisten Russlands hinterlassenen Thätigkeitsprogramm unter Anderem äusserte: «die überzeugten Sozialisten aus der Intelligenz müssen den ersten Cadre der sozial-revolutionären Organisation bilden,» — als die Worte «aus der Intelligenz» ein Anachronismus wurden und aus dem Programm gestrichen werden mussten; mit vollem Rechte bot das Volk selbst Elemente für «den ersten Cadre der sozial-revolutionären Organisation».

Der Märzprozess belebte also von Neuem die Bewegung. Ein zweiter Prozess beleuchtete in den letzten Monaten desselben Jahres noch schärfer die Sache des Sozialismus in Russland und zog die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Es war dies der «Prozess der 193 Angeklagten»; derselbe begann am 30./18. Oktober 1877, und das Gericht legte seinen Urtheilsspruch dem Gutachten des Kaisers am 4. Februar (23. Januar) 1878 vor, am Vorabend eben jenes Tages, der der russisch-sozialistischen Bewegung eine neue Richtung geben sollte! — Wiewohl die Zahl 193 an sich ziemlich bedeutend ist, erwies sie sich doch sehr nichtig im Verhältniss zur Untersuchung, die drei Jahre lang dauerte, 37 Gouvernements umfasste, alle Kerker, Festungen und Polizeigefängnisse des Reiches mit Gefangenen vollfüllte, eine nicht geringe Zahl von infolge verschiedener, dort erworbener Krankheiten gestorbener, ferner zum Selbstmord und Wahnsinn getriebener Individuen lieferte, wobei einerseits die über die inquisitorische Handlungsweise der Untersuchungsrichter in Zirkulation gekommenen Legenden die wirklichen gräuelthätigen Verfolgungen übertrieben darstellten, andererseits offizielle Schriftstücke von Seiten der Regierung die skandalösesten und grässlichsten Enthüllungen aus dem Leben der angeklagten «Gesellschaftsfeinde» versprachen. Die Verhandlungsszenen vor dem Gerichte überflügelten jede Erwartung. Weder die langwierige Haft, noch die inquisitorische Untersuchung, noch die grausame Perspektive des bevorstehenden Urtheilsspruches von Seiten eines Gerichts, von dem nicht nur keine Barmherzigkeit und Menschlichkeit, sondern auch nicht einmal gewöhnliche juridische Gerechtigkeit zu erwarten war, — brach die Energie der Angeklagten. Sie sahen die Gerichtsverhandlung lediglich als einen Kampf mit Feinden an. Gleich bei der ersten Verhandlung erklärte die Mehrzahl derselben: «Wir erkennen Alle das Gericht nicht an,» weshalb sie den Saal räumen mussten. Bei der darauf folgenden Sitzung erklärte der Soldatensohn Myschkin, dass «der Anklageakt voll von Verläumdungen» sei, dass alle Zeugen als solche von der Verhandlung ausgeschlossen werden müssen, als «unter der Vormundschaft der Person stehend, welche den Schaden erlitten» (die Regierung), wobei die Mehrzahl der Angeklagten vollkommene Redefreiheit

und Oeffentlichkeit verlangte (Obschtschina Nr. 1 S. 10). — Es liegt auf der Hand, dass die Angeklagten, ohne auf ihr eigenes Schicksal zu achten, die Gerichtsverhandlungen als ein Propagandamittel auszubeuten suchten. Dieser Prozess stellte manche für die Regierung sehr kompromittirende Szenen in Aussicht. Am 5. November (24. Oktober) wurde denn auch eine Verfügung des Senats zur Kenntniss gebracht, kraft welcher die Angeklagten in 17 Gruppen vertheilt wurden. Dieses rief einen allgemeinen Protest von Seiten der Angeklagten hervor, der Saal «nahm einen drohenden Charakter» an, und man musste zur Räumung desselben Kosaken herbeirufen (ibid. S. 11). Bei den weitern Verhandlungen erklärte die Mehrzahl der Angeklagten, sie werden jedwede Antwort verweigern und sich an der weitern Gerichtsverhandlung nicht betheiligen, da das Gericht ihnen keinerlei juridische Garantien biete. Viele proklamirten sich laut als Mitglieder der sozialrevolutionären Partei und erklärten «vor's Gericht durch blosse Gewalt gebracht worden zu sein»; dass dieses Gericht nichts anderes als «eine administrative Kommission» sei, deren Urtheilssprüche in der 3. Abtheilung (im Departement der geheimen Polizei) zuvor verfertigt werden; dass die Angeklagten um einer blossen erbärmlichen Theaterdekoration willen vor dem Gericht erscheinen, welche einem solchen Quasi-Gericht einen Wirklichkeitsschein verleihen soll; dass es besser wäre, das endgültig gefällte Urtheil ohne Weiteres zu verlesen, da dieses ja bereits früher verfertigt worden sei; dass dieses Gericht nichts weiter als das Organ der «auf Willkür und Gewalt» gestützten Macht sei (Sophie Leschern v. Herzfeld); dass «jede Hoffnung, wenn auch nur auf einen Schatten von Unparteilichkeit, vollständig vergeblich» und «die frechen Verleumdungen, von denen der ganze Anklageakt wimmelt, vollkommen der Vertreter eines ähnlichen Gerichtes würdig seien»; »man könne auf dieselben nur mit der grössten Verachtung antworten» (Braschkowskaja). («Obschtschina» Nr. 1—5.)

Das bedeutendste Ereigniss dieser Gerichtsverhandlung war jedoch die Rede des bereits erwähnten Soldatensohnes Myschkin. Er äusserte: «Die Grundaufgabe der sozial-revolutionären Partei ist: auf den Trümmern des bestehenden Bourgeois-Staates eine derartige Gesellschaftsordnung zu errichten, welche, den Anforderungen des Volkes, dergestalt wie sie in grössern und kleinern Bewegungen zum Ausdruck kamen, und wie sie allerorts dem Erkenntnissgrade desselben entsprechen, Genüge leistend, — die gerechteste Form gesellschaftlicher Organisation bildete. Diese Sozialordnung ist: dass das Land in einem Verbande selbstständiger, produzirender Gemeinden bestehe. Verwirklicht kann dieses nur durch eine soziale Revolution werden.» Er sagte ferner: «Die praktische Thätigkeit der russischen Sozialisten muss in der Vereinigung der revolutionären Kräfte, der revolutionären Bestrebungen, im Zusammenfluss zweier revolutionären Strömungen bestehen, von denen die eine — die vor Kurzem eingeschlagene, jedoch bereits eine ansehnliche Macht repräsentirende — sich in der Mitte der Intelligenz, die andere — eine viel ausgebreitetere, viel tiefere, ja, eine niemals versiegende Strömung — sich im revolutionären Volke bewegt. In dieser Vereinigung der revolutionären Elemente, auf dem Wege der endgültigen Formulirung einer sozial-revolutionären Partei, bestand eben die ganze Aufgabe der Bewegung von 1873—1874. Diese Aufgabe ist, wenn auch nicht ganz, so doch zum grossen Theile gelöst und die Fahne der sozialen Revolution ist bereits an allen Reichsenden Russlands aufgepflanzt.» — Myschkin klagte gerade

und offen die Untersuchungsrichter an, sich der Tortur bedient zu haben, die prokuratorische Untersuchungsaufsicht der Verlogenheit zeihend. Und als man ihm die — behufs Widerlegung der im Anklageakte gemachten Aeusserung, welche sämmtliche Angeklagte der Bereitwilligkeit beschuldigt, jedes Verbrechen zu Geldzwecken zu verüben, — verlangten Auskünfte verweigerte, schloss er seine Rede mit folgenden Worten, welche zu verhindern selbst den Gensdarmen, die ihn auf Geheiss des Präsidenten aus dem Saale hinausschleiften, nicht gelang. Er sagte: «Jetzt ist es für Jeden einleuchtend, dass hier keine gerechte Stimme erschallen darf; dass man hier dem Angeklagten bei jedem freien Worte den Mund verstopft. Jetzt kann ich wohl mit vollem Rechte sagen, dass es kein Gericht ist, sondern eine alberne Komödie, womöglich etwas Schlechteres, etwas Abscheulicheres, etwas Schändlicheres; ja, etwas weit Schändlicheres als ein öffentliches Haus: dort treiben Frauenzimmer aus Noth wenigstens mit dem eigenen Leibe Handel, hier aber treiben Senatoren aus Niederträchtigkeit und Schweifwedelei, eines Ranges oder des schnöden Lohnes willen, Handel mit dem Leben Anderer, schachern mit der Wahrheit und der Gerechtigkeit, schachern mit Allem, was es Theueres gibt für die Menschheit!»

Hierauf erfolgte von Seiten der Gensdarmen dem Angeklagten gegenüber eine Szene der scheusslichsten, brutalsten Gewaltthätigkeit. Frauenzimmer von der Anklagebank und aus dem Publikum fielen in Ohnmacht, und man musste Gewalt anwenden, um das Publikum zu entfernen. Der Vorsitzende ging so verwirrt davon, dass er vergass, die Sitzung formell zu schliessen («Obschtschina» Nr. 1). Der betreffende Berichterstatter der «Obschtschina» fügt noch hinzu: «Die Vertheidiger verlangten, man möge die so stattgehabte «Faustrechtspflege» zu Protokoll nehmen, der Verhandlungspräsident hielt es jedoch nicht für nöthig, dieser Bitte zu willfahren, machte ihnen vielmehr den Vorwurf, sie führten Aufhetzerei im Schilde. Der Staatsanwalt Gelachowsky rief sogar bei dieser Gelegenheit entrüstet aus: «Das ist ja die leibhaftige Revolution!» Diese Sitzung versetzte dem Gericht, über welches in der letzten Zeit schon ohnehin sehr wenig schmeichelhafte Gerüchte im Umlauf waren, einen entschiedenen Schlag. Die Vorgänge während dieser Gerichtssitzung wurden bald allgemein bekannt, — trotzdem die Oeffentlichkeit hiebei äusserst beschränkt war. Die Lügen und Verleumdungen, welche der Anklageakt in Hülle und Fülle enthielt, wurden bald entlarvt. Man erzählte sich von den ausserordentlichen Antworten der Angeklagten, von deren Heroismus. Man sprach auch von der Seitens der Richter unaufhörlich verübten Gesetzes- und Rechtspflege-Uebertretung. Ein stenographischer Bericht wurde vermittelst geheimer Druckereien unter das Publikum verbreitet. Der Skandal vom 27./15. Novbr. lenkte alle Sympathieen des Publikums auf die Seite der Angeklagten. Denn so sehr das Petersburger Publikum jeder politischen Bedeutung baar ist, ist es doch immer ein Residenzpublikum und durch tausend Wege mit den einflussreichsten Sphären verbunden. Unterdessen bereitete sich unter der Jugend beider Hauptstädte eine kolossale Demonstration in Form einer Bittadresse an den Justizminister Pahlen vor, die jedoch nicht zu Stande kam, weil sie — wie man sagt — auf Gegenwirkung anderer allzu vorsichtiger Sozialisten gestossen wäre.

Indessen verfehlte die so gestimmte öffentliche Meinung durchaus nicht ihre Wirkung. Das Gericht unterbreitete in seiner endgültigen Resolution dem

Kaiser einen milden Urtheilsspruch. Es geschah nun erstens, dass die einigen Tausend Personen, welche seit 1874 verhaftet und in Untersuchung gezogen worden waren, sich nicht nur — wie bereits oben angedeutet — auf 193 reduzirten, sondern es sank auch diese Zahl bis auf 36 Beschuldigte herab; zweitens wurde in Aussicht genommen, von dieser letzten Zahl nur den einen Myschkin zu Zwangsarbeit zu verurtheilen, während man die Strafe der Andern bei Verbannung oder Zwangsübersiedlung nach Sibirien bewenden lassen sollte. Dieser gelinde Urtheilsspruch war in der That ein vollständiger Verdammungsakt in Bezug auf die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft.

Wir hoben bereits oben hervor, dass die Resolution des Gerichts dem Kaiser am 4. Februar (23. Januar) 1878 vorgelegt wurde. Dieselbe wäre auch höchst wahrscheinlich von ihm bestätigt worden, da es ja keinem Zweifel unterliegt, dass sich die Richter zuvor höhern Orts darüber unterrichten liessen, wie der Urtheilsspruch lauten solle. Aber die Sache nahm gleich am andern Tage eine ganz veränderte Gestalt an. Die Milderung der Strafe wurde vom Kaiser nicht gutgeheissen. Ein endgültiges Urtheil ist nicht publizirt worden, allein so viel bekannt ist, verfielen nun der Zwangsarbeitsstrafe nicht mehr 1, sondern 13 Personen (« Obschtschina » Nr. 6 und 7 S. 17), was jedoch die Energie der Verurtheilten keineswegs zu brechen vermochte. So erschien denn im August 1878 auf deren ausdrückliches Verlangen in der « Obschtschina » ein « Testament der Verurtheilten », unterschrieben von 24 Personen, datirt vom 6. Juni (25. Mai) 1878 aus der Peter-Paul'schen Festung, mit dem Fac-simile des Originalschriftstückes versehen. Darin hiess es unter Anderem: « Keine « Züchtigung » oder « Nachsicht » vermag unsere Anhänglichkeit an die russische volks-revolutionäre Partei auch nur um ein Jota zu verringern. Nach wie vor sind wir die abgesagtesten Feinde des in Russland herrschenden Systems, welches das Unglück und die Schmach unseres Heimatlandes bildet..... Wir vermachen unsern Gesinnungsgenossen die Energie, welche früher uns beseelte; mögen sie mit verdoppelter Wachsamkeit jenem heiligen Ziele entgegengehen, dessentwegen wir uns den Verfolgungen ausgesetzt und dessentwegen wir bereit sind, zu kämpfen oder zu leiden bis zum letzten Athemzuge! »

Der neue Stoss nach vorwärts, den diese Prozesse der Bewegung versetzten, blieb auch auf die sozialistische Literatur nicht ohne Einfluss. Gegen Ende des Jahres 1877 waren beide Hauptrichtungen des russischen Sozialismus mit neuen Schriften in die Oeffentlichkeit getreten. Die Genfer Gruppe, welche sich mit einer gewissen Vorliebe die Benennung « Anarchisten » beilegte, und die sich nunmehr geneigt zeigte, der Aufwiegelung zu Empörungen den Weg der Propaganda vorzuziehen, ergriff die einflussreiche Fahne der periodischen Presse, welche die Propagandisten des « Wperjod » seiner Zeit fallen liessen, und trat mit der Ankündigung eines vom 27./15. Januar 1878 ab zu erscheinenden sozial-revolutionären Blattes « Obschtschina » hervor. Ihnen gegenüber gaben die Propagandisten einen neuen umfangreichen Band (V) des « Wperjod » heraus. In den beiden Literaturprodukten konnte man einige Veränderungen im Charakter beider Gruppen wahrnehmen. Es war auch sehr natürlich, dass die Herausgeber der « Obschtschina », in der Absicht, für ihr Blatt mehr verschiedenartige Kräfte zu gewinnen, für dasselbe ein viel weitergehenderes Programm aufstellten, als das derjenigen Gruppe, zu welcher sie selber gehörten. Jedes literarische Programm ist nämlich in der Regel das Programm einer Vereinigung von literarischen

Kräften verschiedener Schattirungen, und die Ansichten der Redaktion kommen blos im Tone der meisten Hauptartikel zum Vorschein. Die Redaktion erklärte auch, sie sei in ihren Ansichten « mit denjenigen der föderalistischen Internationalen » solidarisch, und gab sich als « blosse Vertreterin ihrer Lehren und als Verbreiterin ihrer Ideen in russischer Sprache » aus. Dieselbe sagte ferner, dass « das Volk nur im Kampfe zur Erkenntniss seiner Macht und zum Selbstvertrauen gelangen kann », wesshalb sie die Thätigkeitsaufgabe der sozialistischen Partei wie folgt formulirt: « Organisation der protestirenden Kräfte, Anregung zur Protestation — und Agitation gegen Missbräuche; » unter dem Worte « Protestation » versteht sie hierbei « alle Mittel der Widersetzung gegen die Gewalt der Machthaber und die Missbräuche der besitzenden Klassen; öffentliche Kundgebung der Unzufriedenheit, Verweigerung der Abgaben und Staatspflichten, — Strike, agrarisches Selbstgericht, selbst bewaffnete Empörung nicht ausgenommen. » Die letztere Protestationsform erkennt sie als das energischste und einflussreichste Mittel an, nichtsdestoweniger ist sie jedoch der Ansicht, dass « die Protestation Hand in Hand mit der Propaganda gehen müsse ». Das eine wie das andere müsse « zur Vorbereitung einer Kampforganisation und zur Erziehung von Kämpfern selbst für die bevorstehende Revolution » dienen. — Die Redaktion der « Obschtschina » hält es zwar für unmöglich, die Aufgabe der sozial-revolutionären Partei auf « die Rolle einer Aufklärungsgesellschaft, welche etwa nichts weiter zum Zwecke hätte, als in der Volksmasse in moralischer und politischer Hinsicht gesunde Ideen zu verbreiten, zu beschränken, » scheint aber, wie man eben aus diesen Worten ersehen kann, diese Aufklärungsrolle als einen Theil jener Aufgabe doch zuzugeben. Sie geht aber noch weiter. Sie gibt an einer andern Stelle ausserdem noch zu, dass eine « sichere Zukunft » und einen siegreichen Kampf mit den Feinden nur diejenigen Elemente zu erwarten haben, welche vom Volke « werden verstanden und aufgenommen werden ». Somit gibt das Programm des neuen Blattes ein bedeutendes Element der sozialistischen Propaganda zu. Die Redaktion bleibt aber da nicht stehen. Sie hält « eine lebhafte und haltbare Vereinigung mit den übrigen protestirenden Volksmassen » für zulässig, — ganz unabhängig davon, ob diese mit der Aufgabe des Sozialismus einverstanden — obgleich sie selbstredend fordert, dass man mit besonderer Sorgfalt seine Aufmerksamkeit auf diejenigen Seiten des Volkscharakters und der Volksinstitutionen lenke, welche bereits Ideen und Instinkte enthalten, die der zukünftigen Sozialordnung zur Grundlage dienen müssen, wie namentlich das Gemeindewesen in Grossrussland. » Sie hebt ferner als nothwendig ganz besonders hervor, dass sich die innerhalb des russischen Reiches wirkenden Gruppen als Verband einzelner, « nationaler » Gruppen konstituiren, anstatt dass bisher sämmtliche Sozialisten eine Masse bildeten, ungeachtet der Nationalitätsverschiedenheit zwischen den Grossrussen, Kleinrussen und Polen. Hiermit stellte also die Redaktion ihr Blatt auch den südlich-russischen Nationalisten frei. — Endlich geht dieselbe so weit, dass sie, trotzdem ihr Blatt den Titel « sozial-revolutionär » trägt, es doch für möglich erachtet, zur Theilnahme an der Parteithätigkeit nicht nur lediglich « revolutionäre Proteste » und Personen, die in dieser Weise zu wirken fähig sind, zuzulassen, sondern auch alle diejenigen, welche, « der Sache voll und ganz ergeben », der Befreiungssache des Arbeiterstandes « einen unvergleichlichen Dienst » zu leisten vermögen. Dieses gestattete, wie es scheint, die etwaige Mitwirkung am Blatte Personen, welche

bei all ihrer Ergebenheit in Bezug auf die Arbeitersache jedoch die gewaltthätigen, blutigen, revolutionären Wege scheuten. Die erste Nummer der «Obschtschina», welche noch vor dem 5. Februar (24. Januar) 1878 erschien, verhielt sich in ihrem Leitartikel denn auch kritisirend zur Vergangenheit, erkannte die Existenz einer Enttäuschung in Bezug auf die frühere Thätigkeitsform an, entdeckte Irrthümer und Mängel in der bisherigen Agitation unterm Volke, zeigte aber auch gleichzeitig, dass man Grund habe, auf bessere Erfolge in der Zukunft zu hoffen. «Die russischen Sozialisten, hiess es darin, wissen wohl, dass es bereits Arbeitergruppen gibt, welche es versuchen, sich auch ohne unsere Unterstützung zu organisiren.» Indem der Leitartikelschreiber ferner die bis dahin vorherrschend gewesene zufällige Propaganda im Umherziehen und Wandern, der man vor der Propaganda durch Ansiedelung und Ansässigkeit an gewissen Orten den Vorzug gab, tadelte, sagt er, man sei theoretisch längst zur Ueberzeugung gelangt, dass «man nicht unter das Volk gehen, sondern unter ihm leben soll,» — und deutete, als Anzeichen für grössere Fortschritte in der Zukunft, auf den Umstand hin, dass in der letzten Zeit die ansässige Propaganda die Oberhand gewonnen habe. Hiebei bemerkt er, dass «als Propagandawerkzeug nicht so sehr die Broschüren und theoretischen Predigten, als die Thatsachen des alltäglichen Bauernlebens und der praktische Kampf dienen müssen.» — Den allerernstlichsten Vorwurf macht der Verfasser des genannten Artikels der frühern Bewegung aus dem folgenden Umstand. «Wir sehen, sagt er, weder in der Bewegung der Olwispolschen Bauern, noch in Tschigirin, noch im Aufruhr der Ural'schen Kosaken russische Sozialisten. Es mag wohl sein, dass sich dort vielleicht einzelne Personen befanden, aber wir sehen ihrerseits keine Spur von Theilnahme an den obenerwähnten Ereignissen, wir sehen nicht ihren Einfluss auf die Ideen der Protestirenden.» Dagegen sieht er eine für den russischen Sozialismus günstige Erscheinung in der sich in der letzten Zeit geltend machenden «Bestrebung der Partei, mit dem Landvolke selbst, mit den protestirenden Elementen aus der Bauernklasse in Verbindung zu treten. Dies bestätigt sich auch durch das besondere Interesse, mit welchem schon heute alle revolutionären Sozialisten sich zu allen möglichen Formen der Volksprotestation, die Sekten nicht ausgenommen, verhalten. Wir haben sogar Beispiele, wo revolutionäre Sozialisten und Bauernprotestler sich gegenseitig die Hand reichten.» Als endgültige Aufgabe der Partei stellt er folgenden Satz auf: «Auf die bereits im Volke existirenden sozial-revolutionären Elemente sich stützend, muss man sich mit ihnen enger verbinden und in das Parteiprogramm den offenen Kampf und Protest hineinbringen.»

Konnte man aber in der Haltung der «Obschtschina» das Bestreben der Partei wahrnehmen, die Bewegung nach Möglichkeit auszudehnen, dadurch, dass sie einerseits mehr verschiedenfarbige Elemente — wenn auch nicht ganz sozialrevolutionäre — um ihr Banner schaarte, anderseits einen mehr verschiedenartigen — wenn auch mit den Prinzipien des Sozialismus schwach verbundenen — Thätigkeitskreis bildete, so bot der neue Band des «Wperjod» im Gegentheil eine gewisse Verengerung des Programms — im Verhältniss zum früheren Auftreten der Zeitschrift gleichen Namens. «Auf die geräuschvolle Aufregung der Bewegung, auf die lauten Fragestellungen — hiess es darin — muss eine Zeit folgen, die weniger klangvolle, weniger ansehnliche, aber desto fruchtbarere, desto praktischere Arbeit zu verrichten hat; . . . . . es ist an der Zeit, etwas

stiller zu werden, sich zu konzentriren, sich mit einer kleinlicheren, speziellen, unansehnlichen Arbeit zu befassen. Jetzt ist der Aufruf (zu sozialistischer Thätigkeit) als beendigt zu betrachten. Mit den theoretischen Fragen ist es insofern zu Ende, als man nunmehr an die Praxis gehen kann, ohne quälende Zweifel.» In der Mitte der Sozialisten dürfen Leute, die für die Sache des Sozialismus nicht gehörig vorbereitet sind, «keinen Platz finden». Seiner Ansicht nach muss der russische Sozialismus, um eine starke politische Partei zu werden, mächtig und fähig genug, ihre Aufgabe zu lösen — freilich Opfer bringen können, aber er muss andererseits auch stets bestrebt sein .... sich jeglicher unnützer Opfer zu enthalten.» («Zur Tagesfrage», «Wperjod» V, Abth. I S. 129—166.) Dabei behauptet dieser selbe «Wperjod», dass die russische sozialistische Arbeiterpartei noch erst erzeugt werden muss. («Das Mahl Waltassar's», daselbst S. 178.) — Die Verfasser dieser Artikel verhielten sich unterschätzend sowohl zur Demonstration an der Kasan'schen Kathedrale, wovon demnächst die Rede sein wird, als auch zur Frage der nationalen Gruppirung der sozialistischen Partei, welche besonders die Ukraine-Sozialisten unterstützt hatten.

Eine sehr natürliche Folge jenes Bestrebens nach Einstellung der «Aufrufe» und Ergreifen von «unansehnlicher» Thätigkeit war der Umstand, dass die bis dahin ziemlich bedeutende propagandistische Gruppe seitdem vom Schauplatze der sichtbaren Bewegung gänzlich verschwand, während man von ihr etwas Ernsthafteres erwarten konnte, da sie in ihrer Mitte einige junge Literaten von Talent und tüchtiger Arbeitskraft zählte. In den nächstfolgenden Betrachtungen werden wir diese Gruppe gar nicht in Betracht zu ziehen haben; auf der Arena erscheinen nunmehr Personen, die sie sich ganz andere Aufgaben stellen.

Die sozial-revolutionären Parteien aller Länder sind bereits sämmtlich zur Ueberzeugung gelangt, dass sie durch ihre Prinzipien sowol wie auch durch ihre praktischen Ziele von allen andern Richtungen abgesondert sein müssen. Sie sind aber immerhin Parteien, die auf einem von der Geschichte bereits vorgearbeiteten Boden zu kämpfen haben, wesshalb sie gezwungen sind, ganz unabhängig von ihren Prinzipien, zu Kampfmitteln Zuflucht zu nehmen, welche identisch sind mit denjenigen aller anderen Parteien. — In den Ländern, wo sie einige gesetzliche Garantien geniessen, haben die Sozialisten ihre öffentlichen Organe, veranstalten Meetings, betreiben eine öffentliche Agitation, nehmen zuweilen sogar an den Abgeordneten-Wahlen Theil und entsenden ihre Abgeordneten in's Parlament. In denjenigen Orten aber, wo sie unterdrückt sind, drückt sich ihre offene, mehr oder minder legale Thätigkeit von Zeit zu Zeit in der Form von Demonstrationen aus, während ihre Hauptthätigkeit nothgedrungen eine geheime bleibt; es wird dort demgemäss eine geheime Presse arrangirt, entsteht eine geheime Organisation, sowie geheime Zusammenkünfte. Je nachdem die Verfolgungen von Seiten der Machthaber strenger werden, steigt die Nothwendigkeit des Geheimhaltens und in gleichem Masse — auch die Erbitterung; innerhalb der betreffenden Vereinigungen tauchen alle dem Kriege eigenthümlichen Erscheinungen auf. Man züchtigt, oft gar mit dem Tode, die Spione und Verräther, sucht Verhaftete, denen eine besondere Gefahr droht, zu befreien, entsendet verkleidete Agenten mit nachgemachten oder fremden Dokumenten in's Land, setzt in Verhaftungsfällen eine bewaffnete Gegenwehr in's Werk. Ruft nun die Mannigfaltigkeit der Opferzahl eine grosse Erbitterung hervor, so macht sich fast unausbleiblich eine leidenschaftliche Rachsucht unter den Uebri-

gen geltend. Personen, welche mehr durch den Affekt gereizt werden, treten dann, die Verantwortlichkeit nicht scheuend und ihrem inneren Drange gehorchend, im Namen des alten, vorhistorischen, fast — so zu sagen — vormenschheitlichen Satzes: «Blut für Blut» — als deren Rächer auf. In solchen Ländern bilden und organisiren sich zuweilen Selbstjustiz und Rache-Komites, welche an den hervorragenden Persönlichkeiten aus dem feindlichen Lager Rache üben. Mögen dies die Einen als sehr traurige, den Zielen einer progressistischen Partei nicht entsprechende Erscheinungen ansehen, mögen die anderen hierin eine heroische Erscheinung der Parteienergie erblicken, — wie dem auch sei, jedenfalls haben sie zu allen Zeiten unter gleichen Umständen in den verschiedensten Ländern, unter den verschiedensten Nationen stattgefunden. Dieselben vom Standpunkte der Moralität und Gerechtigkeit zu betrachten, wäre grundfalsch, da sie nichts als Kriegserscheinungen sind und als solche nur vom Standpunkte der Nützlichkeit und Zweckmässigkeit beurtheilt werden dürfen. Die Regierungen, welche gegen irgend einen Theil ihrer Unterthanen zu Felde ziehen und zwar mit grausamen Verfolgungen, erklären hiedurch selber den inneren Krieg und laden somit die Verantwortung für alle seine Folgen auf sich; sie müssen sich denn auch auf Kriegserscheinungen mit allen ihren Ausartungen gefasst machen, wo in den Geboten der Verfolgten der «christliche» Grundsatz: Schägt dich Jemand auf die rechte Wange, so reiche ihm schnell die linke dar, aufhört. Wol kann die verfolgte Partei — ja sie hält es sogar meistens für geboten — sich jeglicher blutigen Repressalien enthalten, dies geschieht aber durchaus nicht, weil sie dieselben etwa an sich für unsittlich hielte. (Wir wiederholen: in solchen Fällen sind es die Regierungen, welche den Krieg erklären, und ist einmal der Krieg ausgebrochen, dann ist die Vertheidigung ein natürliches Recht; alle Kriege haben zur Folge — bewaffnete Gegenwehr, bewaffneten Angriff, Hinterhalt, Spionenermordung, Hinmordung der Feinde etc.) Die angegriffene Partei befolgt diese Taktik vielmehr ausschliesslich aus dem Grunde, weil sie solche blutigen Repressalien grösstentheils als unnöthig, wo nicht gar schädlich für sich selber erachtet. Eine Regierung aber, die ihr missliebige Elemente durch den Strang hinrichten lässt oder zu Zwangsarbeit verdammt, verdient solche Repressalien immer, wie überhaupt ein Jeder, der zu einem Kriege herausfordert; in wie fern es in den Interessen der Partei liegt, sich in dieser oder jener Weise zu vertheidigen, das ist ihre Sache, und dafür ist sie, als Partei, welche ein bestimmtes politisches oder soziales Ziel verfolgt, selber verantwortlich.

Die russische sozial-revolutionäre Partei war von Anfang an gezwungen, zu einer geheimen Propaganda und einer solchen Organisation ihre Zuflucht zu nehmen. Nach dem Verhältniss ihrer jeweiligen Stärke versuchte auch sie, den Weg der Demonstration zu betreten. Die Grausamkeit ihrer Verfolger und die Gefahr, die ihr von Seiten der Spione drohte, hatten deren Hinwegraffung zur Folge. Als nun die Regierung vollends den Krieg erklärte, indem sie die von ihr Verurtheilten lebendig in den Zentralgefängnissen begrub, auf bewaffnete Widersetzung bei Verhaftungen die Todesstrafe setzte, ging von Seiten der also Verfolgten eine Reihe politischer Attentate los. Eine Regierung wie die russische, welche ein junges Frauenzimmer, wie Butowskaja zu vierjähriger Zwangsarbeit verurtheilte, weil dieses letztere das Verbrechen beging, einem Arbeiter ein revolutionäres Blättchen zu lesen zu geben; welche eine Reihe von

politischen Gefangenen in den Zentralkerkern zu Tode quälen liess, — kann doch nicht sagen, dass nicht sie es war, die den Krieg erklärte. So waren die russischen Sozialisten gezwungen, sich so zu vertheidigen, wie sie es eben am besten fanden; sie nahmen also zunächst bei Arretirungen zur bewaffneten Gegenwehr ihre Zuflucht, dann zu politischen Attentaten. Die Ereignisse geschahen ganz unabhängig davon, dass die Verfolgten gerade Sozialisten waren; auch fiel es ganz entschieden keinem einzigen von denen, die hieran betheiligt waren, zu glauben ein, es könne durch Ermordung eines Gendarmen-Kommandanten, durch Verminderung der Feindezahl um einen Mesenzow, einen Krapotkin, einen Drenteln, oder einen Alexander II. der Kampf des Proletariats gegen das Kapital, die Verwirklichung «eines Verbandes produzirender Kommunen» in Russland, auch nur um einen Schritt näher zum Ziele geführt werden. Der Sozialismus und seine Ziele kamen da gar nicht in Betracht. Es fand hier vielmehr einfach ein Kampf zwischen einer barbarischen Regierung und einer ergrimmten, verfolgten Partei statt. Die Frage lautete daher und konnte nur lauten: War es von Seiten der sozial-revolutionären Partei strategisch zweckmässig, den Krieg in dieser Weise zu führen oder nicht? Zu dieser Frage verhalten sich gegenwärtig die verschiedenen Personen und Gruppen der wahrhaft ergebenen Sozialisten in verschiedener Weise. Die endgültige Antwort hierauf bleibt, wie auch in jedem anderen Kriege der Fall, der Geschichte vorbehalten, die im Stande sein wird, die sämmtlichen Kriegsereignisse als ein Ganzes zu überblicken. Wir wollen hier ganz objektiv die Ereignisse der genannten Kriegführung der russischen Regierung gegen die sozial-revolutionäre Partei, und zwar in so fern sie bereits der Vergangenheit angehören und soviel sie bekannt, darstellen.

Im Jahre 1876 versuchte die Partei ihre Kräfte zum ersten Male in öffentlichen Demonstrationen. Den ersten passenden Anlass hiezu gab das Leichenbegängniss Tschernyschew's, eines der Angeklagten in der Massenuntersuchung, welche den oben geschilderten Prozess zur Folge hatte. Am 11. April (30. März) 1876 erfolgte die Prozession nach dem Friedhof; an derselben waren mehr als 1000 Personen betheiligt, und wurde der Sarg durch ganz Petersburg hindurch getragen. Vor dem Gerichtsgebäude sprach man ein Leichengebet, und auf dem Grabe wurden Reden gehalten, in welchen unter Anderem der an demselben Orte ruhenden oppositionellen Schriftsteller, wie Bjelinsky und Dobroljubow, ferner (des bereits 16 Jahre in Sibirien befindlichen) Tschernyschewsky gedacht wurde. Man schwor: «bis zum letzten Blutstropfen für den Sieg jener Sache zu wirken», für welche Tschernyschew sein Leben eingebüsst. Nach Mittheilung des betreffenden Berichterstatters des «Wperjod» wurden sogar Rufe laut: «Tod dem Czaren, hoch lebe das russische Volk, es lebe die soziale Revolution.» («Wperjod» Nr. 34, 1876.) Das Gelingen dieser Demonstration ist indess nicht so sehr der grossen Menge der Demonstrienden und der Organisation der russischen Sozialisten, als dem Umstande zu verdanken, dass das Ganze für die Regierung völlig unerwartet kam, ferner der raschen Verständigung der sämmtlichen Betheiligten über die Verfahrungsweise. Gegen das Ende desselben Jahres, am 18. (6.) Dezember, wurde eine zweite Demonstration in's Werk gesetzt — und zwar ebenfalls zu St. Petersburg, am Platze vor der Kasan'schen Kathedrale. Hier war, soviel bekannt, weniger Einklang in der Vorbereitung derselben; nicht Alle, welche bereit waren, an ihr theilzunehmen, wussten von ihrer Anberaumung,

denn es zirkulirten Gerüchte, die Demonstration wäre aufgeschoben worden. Jedenfalls fanden sich auf dem Platze nur sehr Wenige ein, und bald gelang es der Polizei, soviel Kräfte herbeizuführen und Krämer und Strassenhändler so sehr gegen die Demonstrirenden aufzuhetzen, dass die Demonstration einen entschiedenen Misserfolg erlitt. Es wurde wol eine kühne Rede vor der Kasankirche gehalten, auch eine kleine rothe Fahne mit der Inschrift «Land und Freiheit» entrollt, allein die wenigen Demonstrirenden vermochten es nicht, einen Zug durch den Newsky-Prospekt (die Hauptstrasse St. Petersburgs) zu bewerkstelligen, ja noch nicht einmal von dem Platze vor der Kathedrale auf jene Strasse zu gelangen. — Der Werth einer Demonstration, welche nicht eine Protesterhebung, sondern nur eine Musterung der Parteikräfte anlässlich einer an sich unbedeutenden Gelegenheit bezweckt, hängt gewöhnlich vom Erfolge ab; ist die Demonstration gelungen, dann stellt sie die betreffende Partei weit mächtiger dar, als sie in Wirklichkeit ist (dies war auch das Resultat der Demonstration vom 11. April [30. März]); andernfalls versetzt sie dem Ansehen der Partei einen schweren Schlag. Dies war nun hier der Fall. Die genannte Demonstration trug durch ihren Misserfolg dazu bei, dass der Muth der Sozialisten gegen das Ende des Jahres 1876 zu sinken begann. Unter den einzelnen Gruppen entspannen sich Zwistigkeiten, da die Einen die Demonstration unbedingt verdammten, die Anderen sie unbedingt vertheidigten. — Die Sache hätte indess für den Sozialismus in Russland noch weit bedenklichere Folgen gehabt, wäre es nicht die Regierung selbst gewesen, welche dazwischentrat und aus der Niederlage, die die Sozialisten erlitten, ein mächtiges Werkzeug für die oppositionelle Propaganda machte. — Das Ereigniss vom 18. (6.) Dezember war, vom juridischen Standpunkte aus, nichts weiter, als eine Störung der öffentlichen Ruhe, nichts als eine unbedeutende Rauferei mit den Polizei-Sergeanten, da man keinen einzigen von den Verhafteten irgend einer aufwiegelnden Rede, irgend einer Proklamirung von staatswidrigen Prinzipien überführen konnte. Die einzige Person, welche wohl oratorisch auftrat, wurde nicht ergriffen. — Die russischen Strafgesetze, so streng sie auch sind, vermögen durchaus nicht, eine Ruhestörung oder einen Krawall mit der Polizei unter die Kategorie der Staatsverbrechen zu bringen. Nun stellte man aber die am 18. (6.) Dezember Verhafteten, die überdies grösstentheils von der Polizei misshandelt wurden, unter das Gericht eines Senatsausschusses (also vor's spezielle Gericht für Staatsverbrechen), und dieses Gericht verurtheilte nach 7tägiger Verhandlung vom 30. (18.) Januar bis zum 6. Februar (25. Januar) 1877 fünf Personen zu 10 bis 15 Jahren Zwangsarbeit und zehn Personen zur Verbannung nach Sibirien resp. zur Zwangsübersiedelung nach dort. Dieser nicht nur unmenschliche, sondern ebenso ganz widergesetzliche Urtheilsspruch bewirkte, dass der Eindruck des Misserfolges jener Demonstration, welcher logischerweise der Mehrzahl des Publikums ein Zeichen von Schwäche und Unordnung in der betreffenden Partei hätte sein sollen, — dass jener Eindruck, angesichts eines solchen Urtheilsspruches gänzlich verschwand, das Publikum vielmehr förmlich zur Schlussfolgerung gezwungen wurde, dass eine gewaltige und für die Regierung gefährliche Partei existiren müsse, wenn erstere anlässlich eines so unbedeutenden Vorfalls die vermuthlichen Anhänger dieser Partei einem ausserordentlichen Gerichte übergibt und über sie die grausamsten Strafen des Gesetzbuches verhängt. Indess verschwand bald die Erinnerung an diesen Vorfall, als der genannte «Prozess der 50» einen

Monat darauf zur Verhandlung kam. Ueberhaupt erwiesen sich die Prozesse viel wirksamer in ihrem Einfluss auf die öffentliche Meinung und viel geeigneter zur Aufklärung der Massen in den sozialistischen Prinzipien, als die Demonstrationen, weshalb man in der Partei auch vorläufig von diesen Abstand nahm. Einer solchen Demonstration, wozu das Leichenbegängniss des polnischen Sozialisten Podlewski am 8. März (24. Februar) 1877 Anlass gab, und die, wiewohl nicht sehr bedeutend, jedoch erfolgreich war, müssen wir im Uebrigen noch erwähnen. Man muss bemerken, dass die Polizei, um ähnlichen Ereignissen, wie beim Leichenbegängnisse Tschernyschew's, vorzubeugen, bereits im April 1877 die Anordnung getroffen hatte, dass man fortan politische Verbrecher, die etwa in Folge von Krankheiten in den Krankenhäusern sterben sollten, heimlich und des Nachts zu Grabe geleiten solle. In diesem Falle brachte man aber in Erfahrung, dass das Leichenbegängniss auf 8 Uhr Morgens anberaumt war, und bereits waren seit 2 Uhr Nachts 100 Personen vor dem Thore versammelt. Darauf liess die Polizei vermelden, dass die Beerdigung bis zum Abend aufgeschoben sei. Die Menge drang jedoch in die Kapelle, wo der Leichnam sich befand, ein und trug den Sarg auf den eigenen Armen zum Friedhof hin. Die durch Pfiffe herbeigerufenen Polizei-Sergeanten versuchten zwar, der Menge den Sarg zu entreissen, was aber das versammelte Publikum, das hierin eine Entheiligung sah, bald vereitelte. Die Menge trug ruhig den Leichnam durch einen grossen Theil der Stadt, blieb, wie es bei der Tschernyschew'schen Prozession der Fall war, vor dem Gerichtsgebäude stehen und beerdigte dann den Dahingeschiedenen auf dem katholischen Kirchhofe («Natschalo» Nr. 1.; «Obschtschina» Nr. 8).

Die Ermordung von Spionen ist im Leben geheimer Verbindungen und Organisationen eine — wie bereits oben angedeutet — sehr natürliche Erscheinung, was auch hier nicht ausblieb. So wurde denn auch u. A. im Jahre 1876 ein Spion in Rostow, ein anderer Namens Tawlejew in Odessa todtgeschlagen; an letzterem Orte wurde auch ein Versuch gemacht, den Spion Gorinowitz zu ermorden. Dann wurde im Jahre 1877 in Petersburg Fonogenow, im Jahre 1878 in Rostow a/D. Nikonow, im Jahre 1879 zu Moskau Reinstein ermordet. In den meisten Fällen wurden diesbezügliche Proklamationen mit Grundangaben verbreitet oder solche Plakate angeschlagen.

Allein dies Alles waren Massnahmen der Selbstvertheidigung; seit dem Jahre 1878 dagegen beginnen die rachebezweckenden Attentate. Das erste und heldenmüthigste dieser Art wurde vom Publikum anfangs als Ausfluss ganz unabhängiger persönlicher Empörung gegen eine öffentliche Ungerechtigkeit aufgefasst und übte eben deswegen eine gewaltige Wirkung auf dasselbe aus. — Hierauf folgte eine Reihe politischer Attentate und Mordversuche, welche in den betr. Proklamationen offen als Thaten «der russischen sozial-revolutionären Partei» angekündigt wurden. Im Jahre 1879 tritt bereits aus der Mitte der «russischen Anarchisten» ein «Exekutiv-Komite» hervor, welches «Züchtigungen» vollzieht. Im April desselben Jahres spricht bereits das Organ derselben offen von der «Nothwendigkeit eines Zentralverbandes unter den lokalen revolutionären Gruppen» («Semlja i Wolja» Nr. 5, Seite 4).

Am 25. (13.) Juli 1877 trug sich im Gebäude des Voruntersuchungs-Gefängnisses eine jener grässlichen Scenen zu, welche in einem Polizeistaate, wo keine Kontrole über die administrative Gewalt existirt, unausbleiblich sind, und bei

denen das Publikum, da sie sich nothwendigerweise wiederholen müssen, die Fähigkeit verliert, sich aufregen zu können. Der General Trepow, das allmächtige Oberhaupt der Petersburger Polizei, begab sich eines Tages nach dem gen. Gefängniss, gerieth da über einen in Sachen der Kasanschen Demonstration Verhafteten, Namens Bogoljubow, in Zorn, worauf er ihn zunächst in den sogenannten «Karzer» einsperren und ihm dann «25 Prügelruthen» geben liess. Diese ganze Szene ging auf dem Hofe des Gebäudes vor sich, gerade gegenüber den Fenstern der Zellen, wo mehrere Hunderte von Verurtheilten und in politische Prozesse verwickelten Personen eingekerkert sassen. Diese stürmten, angesichts der verübten Misshandlung, auf Trepow mit Scheltworten los, fingen an, Fensterscheiben einzuwerfen, Thüren und Fenster zu zerbrechen. Die Gefängnissadministration machte sich bald daran, die «Emeute» zu beschwichtigen und zwar in der unmenschlichsten Weise. Die Misshandlung der Gefangenen wiederholte sich auch am folgenden Tage. Die Untersuchung hierüber wurde in der oberflächlichsten Weise geführt, nichtsdestoweniger verlangte Zukowsky, der Vice-Prokurator, in einer Zuschrift an den St. Petersburger Stadthauptmann (Trepow) vom 8. September (27. August) 1877 eine Kriminal-Verfolgung gegen die Administration des Voruntersuchungs-Gefängnisses («Wp.» V. Beilage). Hieraus ist selbstverständlich nichts geworden; jedoch drang die Nachricht vom Ereigniss des 25. (13.) Juli selbst in die russischen erlaubten Zeitungen, selbstverständlich in der allerbescheidensten Form. Die ganze ausländische russische Presse aber mahnte zur Rache. Der «Wperjod» rief seinen Kameraden zu: «Wir halten uns verpflichtet, Euch zur Rache zu ermahnen,» fügte aber hinzu: «jedoch nicht zur persönlichen Rache ermahnen wir Euch», wobei er auf eine radikalere Rache andeutete, indem er sagte: «zur Schaffung einer mächtigen sozial-revolutionären Partei» («Wperjod» V, Abtheil. I, S. 175—178). Das ausländische Organ der russischen Konstitutionalisten «Obschtscheje Djelo» (Gemeinschaftliche That) — welches nebenbei bemerkt leider ohne einen Schein von Talent und Einfluss, jedoch mit einer Selbstaufopferung, die eines bessern Looses würdig wäre, fortexistirt — dieses Blatt schrieb: «Und tauchte auch heute in Russland eine Gesellschaft eigens zu dem Zwecke auf, um diese Trepow's, welche Russland beherrschen, durch ein Lynch-System hinzurichten, es dürfte uns auch dieses nicht Wunder nehmen» («Ob. Djelo» Nr. 3, Sept. 1877). Die Genfer Gruppe des zur Zeit bereits eingegangen gewesenen «Rabotnik» (Arbeiter) gab eine Broschüre, betitelt «Die Baschi-Bosuks St. Petersburgs», heraus, in deren Vorrede sie u. A. sagt: «Und was antworten wir unsern Feinden angesichts des Blutes, welches da vergossen wird? .... Und wir schweigen? Könnet Ihr denn wirklich, Ihr Sozial-Revolutionäre, vertieft in der abstrakten Seite unserer grossen Lehre, alle natürlichen Gefühle, welche jedem freien Menschen innewohnen, in Euch ersticken? .....»

Diese Mahnworte blieben auch nicht fruchtlos. Am 24. Jan. 1878 feuerte ein junges Frauenzimmer im Empfangssaale des Generals Trepow auf diesen letztern einen Revolverschuss, fast in's Gesicht, ab. Darauf warf sie den Revolver zu Boden, um nicht einen zweiten Schuss zu thun (Aussage der Angeklagten vor Gericht) — liess sich dann aber in aller Gemüthsruhe verhaften. Zwar gab sie sich anfangs einen falschen Namen, man erfuhr aber gleich, dass sie in Wirklichkeit Wjera Sassulitsch heisse, und dass der Beweggrund zu ihrer That die Misshandlung Bogoljubows durch Trepow war. Die Trepow hiedurch

beigebrachte Wunde hielt man im Anfang für gefährlich, es erwies sich aber später, dass dem nicht so war. Am 14./2. Februar hörten die Bulletins über seinen Gesundheitszustand zu erscheinen auf. Da er am Leben blieb, so fing man im Publikum an, mit um so grösserer Unzufriedenheit die Misshandlung vom 25./13. Juli zu betrachten, und wurde diese jetzt erst recht der Gegenstand aller Gespräche. Man versichert, dass — und darin ist in einem Selbstherrscherthum, wo die Presse Alles verschweigen muss, nichts Unmögliches — der Kaiser selbst erst damals von jener Misshandlung Kenntniss erhielt. Man erzählte ferner, er hätte die Sassulitsch zu sich geladen und sie freundlich aufgenommen. In den Augen eines Publikums, welches im Bewusstsein seiner historischen, ihm angebornen Feigheit lebt, war das junge Frauenzimmer, welches dessen stummen Protest gegen die administrative Willkür in sich aufgenommen, natürlich eine Heldin. Alles, was man von der Sassulitsch erfuhr, war nur dazu angethan, um die allgemeinen Sympathien für sie noch zu vergrössern, was überdies noch dazu Gelegenheit gab, dass man allgemein von den schrecklichen Verfolgungen sprach, denen die Jugend in der letzten Zeit ausgesetzt sei. Es erwies sich nun, dass die Sassulitsch bereits 2 Jahre (17 Jahre alt verhaftet) im Gefängniss geschmachtet hatte, und dies einzig und allein dafür, dass sie seiner Zeit mit Netschajeff (dem Revolutionär von 1868), als er noch eine sonst unbekannte Person war, Bekanntschaft geschlossen und für ihn Briefe erhalten haben sollte. Nachdem sie diese 2 Jahre im Gefängnisse zugebracht hatte, hatte man sie zwar, da man ihr nichts nachweisen konnte, auf freien Fuss gesetzt, aber gleich nach einigen Tagen wieder verhaftet und auf administrativem Wege verbannt. Nie vor Gericht gestellt, brachte sie so einen grossen Theil ihrer Jugendzeit hinter Mauer und Riegel oder in Verbannung in den abgelegensten Gegenden zu, wo sie nur unter grosser Qual ein kümmerliches Dasein fristen konnte. An dieser Person, die ohnehin schon die allgemeinsten Sympathien gewonnen hatte, nahm man wahr, wie sehr man die Jugend durch willkürliche Verfolgungen aufreizte, und dem Publikum, welches eine Thätigkeit aus rein moralischer Ueberzeugung sonst nicht zu begreifen vermag, begann nun das Streben der «Nihilisten» einzuleuchten. — Das Ansehen der Sassulitsch selbst stieg dann noch um so höher, als verlautete, dass sie weder Bogoljubow noch Trepow persönlich kannte, dass sie ferner ausserhalb jeder revolutionären Organisation stand, somit nur als ein über eine ruchlose Beleidigung der Person eines politischen Verbrechers empörter Mensch auftrat, der sich entschloss, angesichts dessen, dass der Beleidiger Dank seiner Stellung gegen jede gesetzliche Strafe gesichert war, ferner angesichts dessen, dass das Publikum keinen Rächer zu stellen gedachte, dass selbst die Presse es nicht wagte oder nicht vermochte, Protest zu erheben, — sich also entschloss, es auf seine eigene Person zu nehmen, ohne jegliches Unterhandeln mit Andern, scharf und entschieden gegen die im Lande herrschende Gesetzlosigkeit, gegen die öffentliche Selbsterniedrigung, gegen die Feigheit der Presse zu protestiren, es zu zeigen unternahm, «dass eine solche Willkür von Seiten einer Person nicht gleichgültig bleiben darf.» (Aussage der Angeklagten vor dem Gericht.) Wjera Sassulitsch hatte bis auf die jüngste Zeit nicht durch eine Zeile angezeigt, dass jene That nicht aus ihrer persönlichen Initiative, sondern etwa aus dem Beschlusse irgend einer Partei oder einer Gruppe hervorgegangen sei. Und so gilt denn auch ihre That in den Augen des Publikums bis auf den heutigen Tag als ein vereinzeltes Beispiel persönlichen Heldenmuthes, welcher

im Namen persönlicher Ueberzeugung wirkt, und wo die betreffende Person sich freudig der Strafe des Gerichts unterzieht, sobald der Protest in schlagender Weise erhoben ist. Eben diese rein persönliche Handlung rief eine noch nicht dagewesene Sympathie für Wjera Sassulitsch hervor, und dies nicht nur unter der sozialistischen oder überhaupt radikalen Jugend, sondern unter allen Volksklassen Russlands. Wäre der Protest von der sozialistischen Partei ausgegangen, dann hätte er naturgemäss Gegner in der besitzenden und der Beamtenklasse des Landes gefunden, dagegen musste derselbe als der einer einzigen moralisch gegen eine administrative Willkür aufgebrachten Person von allen mehr oder minder oppositionellen Elementen, von den Predigern der sozialen Revolution bis auf die Kreisvorsteher und Stadtverordneten verschiedener Gouvernements und Städte, — bis auf die liberalen General-Adjutanten, die den Einfluss Trepow's mit Aerger ansahen, — bis endlich auf die ehrgeizigen Staatsanwälte, welche sich mit der Polizei über die Leitung der Untersuchungs-Angelegenheiten herumstritten, mit Enthusiasmus und Sympathie aufgenommen werden. — Desswegen beginnt auch in der Partei-Entwickelung der Sozial-Revolutionäre Russlands mit dem Schuss vom 24. Jan. eine neue Epoche. — In der eben (im Juni) erschienenen letzten Nummer der «Obschtschina», welche zwar vom Ende des vergangenen Jahres datirt, wird zum ersten Mal die That Sassulitsch's zu der «Thätigkeit der Vereine» gezählt, und da die betreffende Anzeige u. A. auch von Frl. Sassulitsch unterzeichnet ist, so gibt dies natürlich der Sache einen ganz andern Charakter. Für uns bleibt indess nur jener Einfluss von Wichtigkeit, welchen die That seiner Zeit hervorgebracht, und dieser Einfluss kann nur nach der Vorstellung, die man sich damals von der Sache machte, bezeichnet werden.

Dieser Schuss blieb nicht vereinzelt. Noch zirkulirten die verschiedenartigsten Gerüchte über die Person Wjera Sassulitsch's, noch wurden Bulletins über die Wunde des General Trepow ausgegeben, als Telegramme über ganz Russland und Europa die Nachricht verbreiteten von einem am 30. Jan. 1878 in Odessa auf der Ssadowaja-Strasse — bei einem Versuch, eine Haussuchung abzuhalten — gegenüber der Polizei und Gensdarmen stattgehabten sehr bedeutenden bewaffneten Widerstand, wobei einige Gensdarmen und Polizeispione verwundet und deren Angriffe zurückgeschlagen wurden. Man musste Soldaten zu Hülfe rufen, Thüren erbrechen und während 1½ Stunden um das Haus eine förmliche Belagerung in's Werk setzen. Während dieser Zeit verbrannten die Belagerten Papiere, warfen Drucklettern zum Fenster hinaus und wandten sich vom Balkon aus mit einem Zuruf an die inzwischen versammelte Menge. Endlich wurden 5 Personen, die sich zur Wehr setzten, abgefasst, darunter zwei Frauenzimmer; die 3 Männer waren sämmtlich verwundet. Auch in andern Häusern wurden Verhaftungen vorgenommen, wobei kompromittirende Schriften und Drucklettern gefunden wurden. In der Person eines der Verhafteten erkannte man Kowalsky, von dem, wie man später erfuhr, einige hervorragende, in russischen legalen Zeitschriften erschienene Artikel über die russischen Sektirer herrührten. («Obschtschina» Nr. 3—4, S. 29, Nr. 8—9, S. 4 und «Natschalo» Nr. 2.)

Im Monat März zeigte es sich nun vollkommen, wie günstig die öffentliche Meinung den Sozialisten war. Das Militärkreisgericht zu Odessa sprach Unteroffiziere und Soldaten, welche sozialistischer Propaganda beschuldigt waren, frei; dessgleichen den Studiosus Fomitschow, für den der Staatsanwalt Todes-

strafe beantragt hatte. An diese Gerichtsverhandlung schloss sich eine Demonstration seitens der Studenten der Odessaer Universität. Dieselben reichten dem Gerichtshof durch den Rechtsanwalt eine Dankadresse ein, umringten in grosser Menge das Gebäude, trugen ihren Kollegen, nachdem dieser freigesprochen war, auf den Händen heraus und veranstalteten eine Ovation zu Ehren des Vertheidigers Fomitschows. «Zur Vollendung des Skandals» entliess der Korpskommandant nach einer dem «Natschalo» — über dessen Gründung siehe unten — gemachten Mittheilung trotz alledem die freigesprochenen Unteroffiziere, während der Oberheerskommandant dem Gerichtspräsidenten für den gefällten Urtheilsspruch einen Vorwurf zukommen liess. («Natschalo» Nr. 4.)

Einen noch weit grösseren Skandal bildete indess die Freisprechung der Wjera Sassulitsch. Wir sagten schon oben, dass die öffentliche Meinung sich immer mehr und mehr auf ihre Seite schlug. Nun kam noch hinzu, dass Gerüchte verbreitet wurden, Trepow sei in Ungnade gerathen, der Kaiser habe jetzt erst (!) von dessen kolossalem Reichthum erfahren, der doch nur durch Raub zusammengebracht sein könne (wie viele von den mächtigen Beamten sind es im russischen Reich überhaupt, die nicht stehlen?), die Sassulitsch müsse entschieden begnadigt werden. Das Publikum begann in der Meinung, dass es hierin keine Gefahr laufe, den allmächtigen Grossvezir von gestern, den heute aber hülflos dastehenden Trepow, seiner liberalen Stimmung aufzuopfern. Das Gericht über die Sassulitsch verwandelte sich in ein Gericht über Trepow, und demzufolge wurden alle Niederträchtigkeiten der russischen Administrationswillkür, welche bisher, wiewohl vom Publikum insgeheim bereits durchblickt, so sorgfältig im Verborgenen gehalten waren, — der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Der Gerichtssaal war überfüllt; sehr hochgestellte Würdenträger nahmen an den Applaudissements und an der feierlichen Aufregung des Publikums Theil. Ueber die Kaiserstadt St. Petersburg, über die Residenz der feigen Büreaukratie wehte ein sanftes Lüftchen Liberalismus. Der Ankläger, der Vertheidiger, der Vorsitzende — Alle befanden sich unter dem unabweisbaren Einflusse der öffentlichen Stimmung, welche sich ebenso sympathisch für die Sassulitsch, als feindlich gegen Trepow zeigte. Der Staatsanwalt hielt es denn auch für nöthig, sich dahin zu rechtfertigen, dass er den General Trepow nicht «als Angeklagten» ansehe, äusserte sich ferner, er «glaube vollkommen» an die Wahrhaftigkeit der von Wjera Sassulitsch angegebenen Beweggründe, gab zu, dass «jeder Mensch das Recht habe, Ansichten und Ueberzeugungen zu hegen, wie es ihm eben gefällt», liess ferner die Existenz «einer Pflicht für jeden Menschen zur Mitwirkung an der Gesellschaftsentwickelung, indem er schädliche Erscheinungen innerhalb der Gesellschaft auszurotten suche», — gelten und ging somit vom juridischen Boden auf denjenigen einer Art Kant'scher Moralphilosophie über. Der Vertheidiger nannte diese Rede des Staatsanwalts «edel und mässig». Es war die Rede eines Mannes, der sich unter völlig aussergewöhnlichen Umständen als Ankläger in einem russischen Gerichte befand: nicht unter dem Drucke der oberen Behörden, sondern unter dem Drucke einer aufgeregten und erhitzten öffentlichen Meinung. Diese Rolle machte ihn verwirrt. Den Vertheidiger dagegen unterstützte Alles. Mit einer bitteren Ironie konnte er von den russischen «Kriminal-, Zivil- und Militärgesetzen» reden, wo noch unlängst die «Ruthe volle Seiten bunt färbte», von den offiziellen «Vertretern der Intelligenz», denen selbst in der Reformepoche «nicht thunlich und sogar gefährlich erschien,

Russland, dessen Geschichte so lange Hand in Hand mit der Ruthe ging, ohne dieselbe zu lassen», die sie desshalb auch «in sehr beschränktem Massstabe» beibehalten — als «Souvenir» der alten Zeit. Vor der russischen öffentlichen Meinung, welcher der west-europäische Legalitätsgötzendienst fremd ist, da sie niemals eine andere Art Gesetzlichkeit gekannt, als die Willkür der Regierung und der Administration, — vor dieser konnte der Vertheidiger allerdings nur andeutend den gefährlichen Anklagepunkt gegen Trepow berühren, welcher in dessen Gesetzesüberschreitung bestand; er konnte aber dreist den Horizont der Vertheidigung erweitern und der Gesetzlichkeit einen andern Gesichtspunkt gegenüberstellen, einen weniger speziellen, aber mehr gefühlsmässigen, mehr menschlichen, der es unnöthig machte, die Klugheit und Gerechtigkeit der an Bogoljubow verübten Misshandlung überhaupt zu berühren. Indem der Vertheidiger daran erinnerte, dass Bogoljubow wegen eines Staatsverbrechens verurtheilt war, konnte er es wagen, sich in eine Apologie dieser Verbrechen einzulassen und zu sagen: «Was gestern als ein Staatsverbrechen galt, kann heute oder morgen zu einer Heldenthat bürgerlicher Mannhaftigkeit werden.» Er konnte ferner sagen: «Wol vermag das Strafgesetz einem Menschen die äussere Ehre zu nehmen, doch keineswegs vermag es in seinem Innern das moralische Ehrgefühl, die moralische Würde zu vernichten.» Nicht von dem Unwillen, der die Sassulitsch erfasste, sprach er, sondern «von dem Unwillen, der Jeden, wofern er nicht bei einer moralischen Misshandlung seines Nächsten gleichgültig bleiben kann, beherrschte». Er entwarf ein erschütterndes Bild von dem Vorgange am 25./13. Juli; hierbei handle es sich sowohl für das Publikum, als für das Gericht nicht mehr um Bogoljubow, oder Trepow, oder die Sassulitsch, sondern um das ganze russische Volk, welches durch die Administrationswillkür misshandelt werde. Als er an «das Aechzen des erstickten, erniedrigten, beschimpften und unterdrückten Menschen» erinnerte, als er die bitter-ironischen Worte aussprach: «Der heilige Opferdienst war verrichtet, das schändliche Opfer — dargebracht», da donnerte es im Gerichtssaale von Applaudissements und Rufen, denen gegenüber alle Anstrengungen des Präsidenten machtlos waren. Das russische Publikum hat diesen «Opferdienst» durchgemacht und zwar derart, wie er ihm durch die drückende Hand des absoluten Imperialismus auferlegt worden war. Hierauf konnte der Vertheidiger dreist jenen Vers des Dichters zitiren, welchen anlässlich derselben Sache die russische ausländische Presse in Erinnerung gebracht hatte: «Warum schweigt in Euch, Brüder, der Hass?» Er konnte den Gedanken Wjera Sassulitsch's mit dem «begeisterten Gedanken des Poeten» vergleichen; er konnte verweisen auf ihre «völlig selbstlose, wenngleich gänzlich unüberlegte Selbstaufopferung»; konnte von der «menschlichen Würde Bogoljubow's» sprechen, «die nicht mehr wiederherzustellen, reinzuwaschen und gutzumachen sei»; ferner davon, dass das Verbrechen Sassulitsch's Russland in der Person seiner Vertreter in die Nothwendigkeit versetzen musste, Angesichts Europa's ein Urtheil zu fällen, Angesichts jenes Europa's, welches uns bis jetzt mit einer besondern Vorliebe einen barbarischen Staat nannte, wo die Knute als Attribut der Regierung dient.» Er bat die Richter nicht um Milderung des Urtheils für Wjera Sassulitsch, da «es für sie ganz gleich sein kann, nach diesem oder jenem Gesetzesparaphen begraben zu werden», für Wjera Sassulitsch, welche «war und bleibt eine hingebungsvolle Dienerin der Idee, in deren Namen sie die blutige Waffe erhoben hatte». Er erinnerte ferner

an die Thatsache, dass «hier (vor dem russischen Gericht) zum ersten Mal ein Frauenzimmer erscheint, das mit dem verübten Verbrechen keinerlei persönliche Interessen, keine persönliche Rache bezweckte, — ein Frauenzimmer, das mit seinem Verbrechen einen Kampf für seine Idee vereinigte». Er schloss seine Rede mit den für die russische Regierung fürchterlichen Worten: «Sie (Sassulitsch) kann wol von hier als Verurtheilte gehen, aber nicht als Geschändete, und es bleibt nur zu wünschen übrig, dass sich in der Folge nicht die Ursachen wiederholen, die ähnliche Verbrecher hervorbringen, ähnliche Verbrechen an's Tageslicht fördern.» — In seiner Schlussrede vermied der Präsident gänzlich die leiseste Andeutung auf die staatliche Seite des Prozesses.

Er betonte besonders das Recht und die Pflicht, welche die Geschwornen haben, völlig unparteiisch zu sein, «einen gehörig bedachten Urtheilsspruch zu fällen, der auf ernstlicher Abschätzung des gegebenen Materials beruhen müsse»; er wies auf die Nothwendigkeit hin, «die innere Seite der That» zu erforschen, auf die Nothwendigkeit, gerade in diesem Falle «den Zweck und die Absicht abzuwägen, welche der That der Angeklagten zu Grunde lagen». Er vergass keinen der Punkte der Vertheidigungsrede zu erwähnen, welche zu Gunsten der Sassulitsch aufgezählt wurden, nur andeutend berührte er die wesentlichste Widerlegung der Vertheidigung*) und beendete seine Schlussworte, die er «an die Vertreter des öffentlichen Gewissens» richtete, «die berufen sind, den Richterspruch zu fällen nach innerer, durch nichts, als durch die Stimme des Gewissens gebundener Ueberzeugung,» indem er sie noch an die im Prozesse vorhandenen «mildernden Umstände» erinnerte. Weder der Präsident, noch das Publikum, noch die Regierung zweifelten daran, dass die Sassulitsch für schuldig erklärt werden würde, nur wünschten Alle, dass man sie für «Milderung verdienend» erkläre. Man erzählt, der Kaiser wäre entschlossen gewesen, sie zu begnadigen, was freilich nicht verhindert haben würde, dass man sie auf administrativem Wege irgend wohin, m ö g l i c h s t w e i t, verbannt hätte. Allein die Welle der öffentlichen Meinung schlug höher, als man erwartete. Die Geschwornen fällten ein freisprechendes Urtheil. Das System der unbeschränkten Machtwillkür wurde von den Petersburger Geschworenen feierlich verdammt, der Protest gegen dieselbe m i t a l l e n M i t t e l n — von den «Vertretern des öffentlichen Gewissens» als richtig anerkannt.

Auf die Prozessverhandlung folgte eine Episode, die die öffentliche Meinung noch mehr aufregte. Die Freude des beiwohnenden Publikums drückte sich durch eine stürmische Ovation aus. Eine unzählbare Menge, die der Saal nicht aufnehmen konnte, besetzte die anliegende Strasse, das Urtheil erwartend. Die auf Geheiss des Präsidenten sofort freigelassene Sassulitsch wurde auf die Strasse hinausgetragen und in eine Kutsche gesetzt, bei völliger Machtlosigkeit der Polizei, der Menge hierin Widerstand zu leisten. Jedoch wurde der Wagen beim

*) Diejenige nämlich, dass die Sassulitsch, da sie den Schuss abfeuerte, ja nicht voraussehen konnte — und in Wirklichkeit hat sie es auch nicht vorausgesehen — dass die Sache einem Schwurgerichte vorgelegt werden würde und nicht einem Senatsausschusse, welches Gericht bei geschlossenen Thüren vor sich gehen k ö n n t e und folglich nicht zu jener Veröffentlichung der Misshandlung vom 25./13. Juli zu führen brauchte, die die Angeklagte, laut Behauptung der Vertheidigung, ausschliesslich bezweckt haben soll. Merkwürdig, dass der Ankläger diesen Punkt gar nicht berührt hat.

Umlenken auf die nächste Strasse von einem Haufen Gensdarmen zum Stehen gebracht. Das Publikum war entschlossen, die neue Verhaftung der eben Befreiten zu verhindern. Es entstand ein Strassenkampf, Schüsse wurden abgefeuert, ein junger Mann, der auf dem Bocke der Kutsche sass, wurde todtgeschossen, ein Frauenzimmer verwundet, mehrere misshandelt. Nichtsdestoweniger fuhr die Kutsche davon und Wjera Sassulitsch verschwand. Am zweiten Tage sprach eine geheime Polizeiverfügung von der Nothwendigkeit «der aller energischsten Massnahmen, behufs Auffindung und Anhaltung» Wjera Sassulitsch's, um sie in das «Haus der Voruntersuchungshaft» zu bringen («Natschalo» Nr. 2). Man erzählt, der Inspektor des Voruntersuchungsgefängnisses, Feodorow, sei auf die Dauer von 7 Tagen auf die Hauptwache gestellt und des Amtes entsetzt worden, weil er dem Gerichtsurtheil Folge geleistet und die Sassulitsch aus der Bewachung freigelassen hatte. « Sie sollten wissen, dass dieser Urtheilsspruch der Regierung nicht gefallen und kassirt werden wird. . . . Sie hätten das Gesetz übertreten müssen » — soll man ihm gesagt haben. («Natschalo» Nr. 4, Beilage). Der Staatsanwalt erhob gegen das Urtheil Protest, schliesslich wurde es auch kassirt und Wjera Sassulitsch vor eine andere Geschwornen-Zusammensetzung geladen. Indess konnte man sie nicht auffinden. Nach einigen Tagen, am 17./5. April, erschien in einer Zeitung ein von ihr unterzeichneter Brief, worin es unter Anderem hiess: «Ich war bereit, mich ohne Widerstreben dem Gerichtsurtheil zu fügen, konnte mich aber nicht entschliessen, mich von Neuem unendlichen und unbestimmten administrativen Verfolgungen auszusetzen; ich bin also gezwungen, mich so lange zu verstecken, bis ich die Ueberzeugung gewinne, dass ich mich geirrt und mir keine Arretirung droht.» Die Zeitung, welche diesen Brief zum Abdruck brachte (es ist ein Organ des gemässigten und friedlichsten Liberalismus) wurde unverzüglich unterdrückt, die Sassulitsch aber nicht ergriffen. Nach einigen Monaten entkam sie heimlich über die Grenze.

Seitdem begann ein förmlicher Kampf zwischen der kaiserlichen Regierung und den geheimen Gruppen, an welch letzteren sich in Folge der durch die That Sassulitsch's hervorgerufenen allgemeinen Opposition bereits Elemente anschlossen, welche zwar ziemlich weit entfernt vom Sozialismus, aber gegen die Regierung aufgebracht waren. Die Administrativbehörden ergriffen immer strengere Massnahmen. Die extremen Gruppen hingegen nahmen mehr und mehr zu den äussersten Gewaltthaten ihre Zuflucht. Der Krieg in Form eines « weissen » und «rothen Terrorismus» nahm immer grössere Dimensionen an und wird bis auf den Augenblick fortgesetzt.

Gleich nach dem bewaffneten Widerstand in Odessa wurde eine Verfügung erlassen, wonach Gensdarmen, Beamte der Polizei und der prokuratorischen Aufsicht, die Haussuchungen abhalten, ebenso unantastbar sind, wie die Wachen; folglich ist die Verantwortung für den gegen sie ausgeübten bewaffneten Widerstand nunmehr eine bedeutend grössere. Die Aprilnummer des « Natschalo » theilte einen Befehl mit, der einem Garderegiment gegeben wurde, wonach diesen Soldaten streng untersagt ist, beim Ausgang aus den Kasernen irgend welchen Verkehr mit andern Personen zu pflegen» oder «bei einem etwaigen Zusammenlauf einer Menschenmenge Gespräche anzuknüpfen». («Natschalo» Nr. 3.) In diesem Blatte hies es ferner, der Justizminister habe bei dem Reichsrathe einen Gesetzesantrag gestellt, wonach er befugt wäre, Advokaten gleich Beamten ohne Grundangabe zu entlassen; die Proklamirung dieses Gesetzes wäre aber als «vor-

zeitig» befunden worden (ibid.). — Die von den Petersburger Geschwornen am 12. April (31. März) 1878 erhaltene Ohrfeige bemühte sich die absolute Regierung durch eine Quasi-Volksdemonstration, die in Moskau in Gestalt eines Handgemenges zu Gunsten der Regierung ausfiel, ferner durch den terroristischen Urtheilsspruch in Odessa und durch eine Prügelei, die dort durch Militärkräfte der Opposition bereitet wurde, zurückzugeben.

Der Vize-Prokureur in Kiew, Kotljarowskij, zog sich durch sein Benehmen gegenüber den Verhafteten den allgemeinen Hass zu. Man erzählte, zwei arretirte Mädchen wären auf sein Geheiss durch die Gefängnisswächter nackend ausgezogen worden («Obschtschina» Nr. 3—4). Am 7. März (23. Febr.) wurde ein Mordversuch an ihm verübt, der jedoch nicht gelang, die Schuldigen entkamen unerkannt. Hierauf erfolgten Verhaftungen. Unter Andern wurde ein Student der Kiew'schen Universität abgefasst. Unter den Studenten entstand eine Gährung, es wurden Zusammenkünfte abgehalten wegen seiner Befreiung, Delegationen an den Rektor, an den Kreisvorsteher der Schulen, an den General-Gouverneur abgeschickt. Ungeachtet der Anstrengungen von Seiten der Universitätsbehörde wurden die Studentenversammlungen immer stürmischer. Zu Anfang des Monats April wurden 150 Studirende aus der Universität ausgeschlossen und nach verschiedenen entlegenen Gouvernements verbannt. Zur selben Zeit verbreitete sich die Nachricht von der Freisprechung Sassulitsch's in die entferntesten Distrikte Russlands. Die Erregtheit der öffentlichen Meinung gab namentlich unter der studirenden Jugend Anlass zur Veranstaltung von Ovationen zu Ehren der Ausgewiesenen. Diese Ovationen fanden in Kiew, Charkow und Moskau statt. In Charkow erwartete man gegen Ende April (a. St.) eine Empörung. (Korrespondenz der «Obschtschina» Nr. 6—7.) In Moskau dagegen kam die Administration auf den Gedanken, die Sache, wie bereits oben angedeutet, zu einer Pseudo-Volksdemonstration in regierungsfreundlichem Sinne auszunützen. Als am 15./3. April ein Theil der nach den nördlichen Gouvernements Verbannten in Moskau eintrafen, kam ihnen auf dem Bahnhof eine Menge Zöglinge verschiedener Institute Moskau's entgegen und geleiteten sie im feierlichen Zuge durch die Stadt, wiewohl sie in Kutschen sassen, die von Eskorten umgeben waren. Der Polizei gelang es, Kleinkrämer, Kleinhändler und Kommis aus den grösseren Magazinen des Moskauer Marktes (Ochotinnoi Rjad), den der Zug passirte, gegen die «aufrührerischen Herren (Bara)» aufzuhetzen. Eine Balgerei, von der Polizei erlaubt und überdies gegen die «Herrchen», war ein unerwartetes Vergnügen für die Moskauer Kleinhändler (nicht Arbeiter), — besonders in einer Stadt, wo die Traditionen von Faustkämpfen einer Strasse gegen die andere, einer Fabrik gegen die andere u. s. w. noch im vollen Schwunge sind. Bei der völligen Unthätigkeit der Polizei und den bereit stehenden Soldaten schlug man auf Jeden, der «deutsch gekleidet» war, los. Der längst von allen ehrlichen Mensehen Russlands verachtete Redakteur der «Moskauer Wjedomosti,» Katkow, konnte denn auch den Strassenkrawall vom 15./3. April als Antwort des «wahrhaft russischen Volkes» auf den Urtheilsspruch der St. Petersburger Geschwornen vom 12. April (31. März) darstellen. In Wirklichkeit aber begriff die Regierung, die diese Demonstration in's Werk setzte, sehr gut, dass sie ein gefährliches Spiel beginne. Handelte es sich nur um eine Gegenwirkung gegen die seit der Affaire Sassulitsch in Aufregung gerathenen Liberalen, dann liess sich wohl auf die Mitwirkung des Volkes zählen, da dieses die «Herren» mehr

hasst als die Behörden; aber indem die Regierung das Volk einmal daran gewöhnte, auf die Strasse zu gehen und sich durchzubalgen, handelte sie gerade im Sinne der extremsten Sozialisten; sie nährte im Volk die Revolutions-Praxis, und man konnte leicht schliessen, gegen wen eine ähnliche Praxis sich richten würde, wenn sie zur Gewohnheit geworden, und es sich nicht mehr um eine zufällige Demonstration, um eine Strassenbelustigung, sondern um irgend eine ernstliche ökonomische Forderung handelte.

In demselben Monat wurde der Chef der Kiewer Gensdarmerie, Heinkin, auf der Strasse erschlagen, ohne dass man des Thäters habhaft wurde. Ferner wurden mehrere, theils gelungene, theils misslungene Versuche gemacht, einige politische Verbrecher aus dem Gefängnisse zu befreien. Die Regierung antwortete hierauf durch ein Zirkular des Ministers des Innern, Timaschow, welches die Polizeirechte erneuerte und verstärkte; indem sie ferner in ganz Russland die Gründung einer neuen Landpolizei anordnete und dieselbe mit den unbeschränktesten Befugnissen der sogenannten Polizei-Urjadniki (Ordnungswächter) ausstattete. Die Bedrückungen derselben riefen bald allgemeine Aufregung unter den Bauern hervor, und erwarb sich diese Wache bald die seit der Zeit Zar Iwan's des Grausamen im XVI. Jahrhundert verächtlich gewordenen Benennung «Opritschniki» (Trabanten). Der Chef der geheimen Polizei, Mesenzow, beantragte die Lokalisirung der politischen Prozessverhandlungen, da das Residenz-Publikum,. sowie auch die Residenz-Advokaten durch Konzentrirung derselben in der Hauptstadt demoralisirt würden, wohingegen es viel besser wäre, diese Prozesse den lokalen Gouvernements-Gerichten zu überlassen; die Mitglieder dieser Gerichtskammern müssten aber in denjenigen Fällen, wo sie sich den Verbrechern gegenüber zu milde benehmen, zur Rechenschaft gezogen werden, wodurch «strenge Urtheilssprüche» von Seiten der Kammern zu erzielen wären. (Natschalo Nr. 4, Beil.). Dieser Antrag, welcher den Beifall des Kaisers fand, wurde am 21./9. Mai 1878 zum Gesetz, und demzufolge wurden nunmehr alle Hauptverbrechen «gegen die Verwaltungsordnung», die früher den Geschwornen-Gerichten unterlagen, entweder den Gerichtskammern, oder einem besondern Senatsausschusse, oder einem obern Kriminalgerichte unterordnet, und zwar in einer Zusammensetzung, welche die «Vertreter des öffentlichen Gewissens» beseitigte und der Regierung «wünschenswerthe» Urtheilssprüche sicherte.

Ein Beispiel strengen Gerichts entschloss sich die Regierung in Odessa anlässlich des bewaffneten Widerstandes auf der Sadowaja-Strasse zu geben. Die Stadt befand sich bereits im Belagerungszustande, wesshalb auch ein Kriegsgerichts anberaumt wurde. Dasselbe dauerte vom 1. Aug. (20. Juli) bis zum 5. Aug. (24. Juli). Eintrittskarten zum Saal wurden nur an «entschieden als wohlgesinnt Bekannte» vertheilt, nichtsdestoweniger war der Saal überfüllt. In der Nähe waren für den Fall, dass Unordnung einträte, Soldaten in Bereitschaft gehalten. Eine Verordnung der Polizei untersagte zwar Massenanhäufungen um das Gerichtsgebäude und auf den anliegenden Strassen; das Publikum bestand aber auf seinem Recht. Der Vertheidiger schloss seine Rede mit den Worten: «Gedenket, meine Herren Richter, dass der vom Blute eines politischen Verbrechers rothgefärbte Pranger die Leidenschaften entzündet!» Nach siebenstündiger Berathung sprachen die Richter das Todesurtheil über Kowalsky aus und verurtheilten einige seiner Mitschuldigen zu Zwangsarbeit. Die Menge draussen gerieth in heftige Bewegung und es ertönten Rufe, wie: «Henker!

Mörder! Tod den Henkern!» Sofort wurden die bereitgehaltenen Soldaten herbeigeholt. Es wurden auf sie einige Schüsse abgefeuert, worauf sie mit Gegenschüssen antworteten. Die «Semlja i Wolja» erzählt, Kowalsky, der noch nicht abgeführt war, hätte den Richtern während dessen zugerufen: «Hört ihr, Richter? Das ist die Stimme des öffentlichen Gewissens! Ich kann jetzt ruhig sterben. Die Rache für mich kommt nach!» (Semlja i Wolja Nr. 2.) Die Menge wurde auseinandergetrieben, einige Todte blieben auf dem Platze. Tags darauf begannen die Massenverhaftungen. Nichtsdestoweniger wurde der Stadthauptmann von Odessa, weil er keine Massregeln gegen die Unordnung getroffen, seines Amtes entsetzt. In der Nacht vom 14./2. August wurde Kowalsky, gleichsam insgeheim, auf einem Wagen auf den Richtplatz gebracht und 7 Wjerst (= Kilometer) hinter der Stadt erschossen. Man ging so geheim zu Werke, dass ausser dem Militär und den Gensdarmen nur wenige Personen dem Akte beiwohnten. Am selben Tage wurden 4 Genossen Kowalsky's in Fesseln nach den Minen zur Zwangsarbeit deportirt. Die Proklamation: «Tod für Tod», von der demnächst die Rede sein wird, brachte die letzten Worte, die Kowalsky ausgesprochen haben soll: «Ich habe draussen Freunde, die meinen Tod rächen werden!»

Zwei Tage nach der Hinrichtung Kowalsky's, am 16./4. August, wurde am hellen, lichten Tage im Zentrum der Stadt, auf einem der besten Plätze St. Petersburg's, General Mesenzow, Chef der Geheimen Polizei, erdolcht. In Petersburg, wo bereits seit einiger Zeit einige geheime Buchdruckereien thätig waren und seit dem März ein geheimes Journal «Natschalo» (der Anfang) herausgegeben wurde (wovon später die Rede sein wird), erschien eine Broschüre, betitelt: «Tod für Tod!» wo gesagt war: «Wir theilen zur öffentlichen Kenntnissnahme mit, dass der Chef der Gensdarmerie durch uns, Sozial-Revolutionäre, getödtet worden ist. Wir verkündigen auch zugleich, dass dieses Attentat, wie es nicht das erste Faktum dieser Art ist, auch nicht das letzte sein wird, so lange die Regierung das jetzt herrschende System hartnäckig beibehält. . . . . . Die Regierung selbst trieb uns auf den blutigen Weg, auf dem wir uns befinden.» Die Forderungen, welche dieser Theil der Kriegführenden an die Regierung stellte, waren folgende: «Einstellung der Verfolgungen wegen mündlichen oder schriftlichen Ueberzeugungs-Ausdruckes», «Beseitigung der Administrationswillkür und Einführung von Geschworenen-Gerichten in allen Fällen», endlich «volle Amnestie für alle politischen Verbrecher». Der Charakter dieser Forderungen zeugt vom Vorhandensein einer Koalition zwischen den Sozialisten und den politisch-Radikalen.

Die drei am Attentate Mesenzow's Schuldigen wurden trotz aller Anstrengungen der Polizei, trotzdem, dass — wie man erzählte — jemand als Preis auf deren Auslieferung 50,000 Rubel setzte, wiederum nicht ermittelt. Die Verhaftungen und Haussuchungen waren zahllos, führten aber zu keinem Resultate. Auf die Ausbreitung der sozialistischen Idee konnte man auch aus dem Umstande schliessen, dass in Warschau, wo die patriotische Agitation bis jetzt der sozialistischen den Weg hemmte, am 5. August (24. Juli) «die erste sozialistische Haussuchung im Königreich Polen» stattgefunden hatte. Die darauf erfolgten Arrettirungen von polnischen Sozialisten, sowol in Warschau als auch an andern Orten, legten davon Zeugniss ab, dass das polnische Volk ebenso für eine reale ökonomische Agitation des Sozialismus empfänglich ist, als alle

anderen Nationen («Semlja i Wolja» Nr. 1). Gleichzeitig bewiesen die «Hunger-Empörungen» in der Peter-Paulschen Festung zu St. Petersburg (im Juni) und in dem Zentral-Zuchthause zu Charkow (im Juli), wie energisch die verurtheilten Sozialisten sich ihrem Schicksal gegenüber verhielten. In beiden Fällen entschlossen sich die Eingekerkerten, den Hungertod zu sterben, falls ihre gesetzlichen Forderungen nicht erfüllt werden sollten. Die eingeschüchterte Obrigkeit versprach alles Mögliche, bemühte sich aber in beiden Fällen ihr Versprechen zu umgehen, was jedoch in Petersburg Mesenzow — wie wir bereits gesehen — in Charkow dem Gouverneur Fürst Krapotkin — was wir gleich sehen werden — nicht wohlfeil zu stehen kam. Die Regierung entschloss sich, den Terrorismus noch zu verstärken; am 21./9. August wurde von Neuem die Gerichtsbarkeit bei politischen Verbrechen abgeändert; nunmehr sollten in Mord-, Verwundungs- oder Gewaltthätigkeitsfällen die Kriegsgerichte darüber entscheiden. Ausserdem rief die Regierung am 1. Sept. (20. August) das Publikum zu Hülfe, dasselbe Publikum, dem von Alters her die Pflicht eingeflösst war — um mit dem grossen Ukraine-Poeten zu sprechen — «alle Sprachen zu — schweigen». «Mit unermüdlicher Festigkeit und Strenge» gegen die Staatsverbrecher zu wirken versprechend, verlangte die Regierung Alexanders II. in ihrer offiziellen Kundgebung, «die Regierung müsse im Volke selbst eine Stütze finden und hält es desshalb jetzt für nothwendig, alle russischen Volksklassen zur Hülfe zu rufen, um mit deren einmüthigem Beistande das Uebel bis zur Wurzel auszurotten.» Drei Monate darauf am 2. Dez. (19. Nov.) wandte sich der Kaiser selbst in einer Rede zu Moskau an die Vorsteher aller Volksklassen, indem er ebenfalls sagte: «Ich hoffe auf Euern Beistand, um die irregeleitete Jugend von dem verderblichen Wege abzuhalten, auf den die Uebelgesinnten sie zu verleiten suchen.» Indess wurde gerade zu jener Zeit die Sachlage noch ernster. Anstatt des im Mai eingestellten «Natschalo», machte die Partei zum Organ der Bewegung im Monat November die «Semlja i Wolja», eine nach ihrem Charakter viel entschiedenere Zeitschrift (wir wollen beide später besprechen). An die wiederholte Kriegsthätigkeit der «Nihilisten» schloss sich zunächst nach und nach eine durch die Machtlosigkeit der Regierung im innern Kampfe und das verschärfte Verhalten derselben zum Publikum hervorgerufene sehr bedeutende liberale Bewegung an, sowie neue Organisations-Versuche von Seiten der arbeitenden Klasse in den industriellen Zentralpunkten, ganz unabhängig vom «Nihilisten»-Kampfe.

Der oppositionelle Liberalismus in Russland hat drei Organe: die Studentenschaft, die Landinstitutionen und die Presse. Letztere wird dort aber so streng gehalten und ist zudem in der letzten Zeit so sehr demoralisirt, dass sie nur zu einer Kriegführung durch Andeutungen und weitläufige Anspielungen fähig ist. In der Weise wird der Krieg in der Presse, ungeachtet aller Schläge und des Unwillens der Regierung, auch geführt, und dies namentlich darum, weil die Mehrzahl der entwickelten Leser nur die oppositionelle Literatur würdigt. Für jetzt aber konnte diese Literatur, da sie keine Partei hinter sich hat, die sie etwa durch bedeutende Opfer unterstützte, nicht sehr kühn auftreten, zudem ist sie auch nicht daran gewöhnt. Näher als alle Andern stand der Bewegung der Nihilisten die studirende Jugend aus den höhern Schulen, zwar theils sozialistisch gesinnt, jedoch im Grossen und Ganzen zu jener Selbstaufopferung unfähig, die von dem russischen Sozialisten verlangt wird; dies betrifft namentlich die ganze

Pflanzschule der angehenden liberalen Advokaten, Land- und Stadtverordneten, die keine Neigung für den von der äussersten Partei mehr und mehr ergriffenen «rothen Terrorismus» haben. Diese Jugend trat auch vor Allen auf dem Schauplatz der Bewegung auf. Unter dem Einfluss des Appells der Regierung an das Publikum ging die Bewegung auch in die Landesvertretung über.

Es begann eine Bewegung im Charkower Thierarzt-Institute; am 21./9. Nov. verjagten die Studirenden einen schlechten Professor, worauf Untersuchungen erfolgten. Die Universitäts-Studenten traten für ihre Kameraden ein. Die Obrigkeit bestellte Militär- und Polizeikräfte, worauf Verhaftungen und Ausweisungen vorgenommen wurden. Die Charkower Studentenschaft wandte sich mit einem Aufruf an die Jugend der höheren Schulen anderer Städte; in Kiew und St. Petersburg rief dieser Aufruf neue Gährung hervor. In der Universität und der medizinischen Akademie zu St. Petersburg fanden grosse und geräuschvolle Zusammenkünfte statt. In der Universität wurde ein Gericht anberaumt, eine Studentendeputation von der Akademie begab sich mit einer Petition zum Thronfolger (der Kaiser war abwesend und der Thronfolger spielte wie gewöhnlich, ein wenig Opposition). Diesmal indess verschwand er vom Hofe und ging nach Zarskoje Sjeló. Der Polizeimeister nahm die Petition entgegen und versprach, innerhalb drei Tagen Antwort zu bringen. Die Petition verlangte Inschutznahme der Charkower Studenten und Schutz der (in Russland) üblichen und althergebrachten Universitätsrechte (wie das Koalitions-, Kassen-, ein gewisses Selbstverwaltungsrecht u. s. w.). Am folgenden Tage wurde die Studentenversammlung der Akademie von Militär umzingelt. Kosaken und Gensdarmen drangen ein und schlugen mit Säbel und Knuten um sich. 130 bis 140 Personen wurden ergriffen und nach der nächsten Kaserne gebracht. Nicht wenige waren verstümmelt, fast alle Verhafteten zerschlagen. Ungefähr 30 Personen wurden auf administrativem Wege nach den nördlichen Gouvernements verbannt. Man reichte sowohl zu Gunsten der Charkower als der Zöglinge der Hochschule der Wegekommunikation eine Bittschrift beim Minister ein. — In Kiew verstand es die Obrigkeit, die Bewegung dadurch zu inhibiren, dass sie die Ferien beschleunigte und die Vorlesungen unterbrach. In Charkow schloss man die Universität, ohne die Studirenden vorerst davon in Kenntniss zu setzen, und als diese sich am 14. Dezember versammelten, liess man sie von Kosaken umzingeln und kommandirte: «Mit den Reitpeitschen losgehen!» Es entstand eine Prügelei, die derjenigen in der St. Petersburger medizinisch-chirurgischen Akademie durchaus nicht nachstand. «Die ganze Strasse — schrieb der Korrespondent der «Semlja i Wolja» — war von Kleiderfetzen und herabgeworfenen Mützen bedeckt, auf dem Schnee waren Spuren von Blut zu sehen. Vier Studenten brachte man fast todt in die Klinik («Semlja i Wolja» Nr. 2—3). Die Professoren erhoben in einer Zuschrift an den Grafen Tolstoi Protest und sagten u. A.: «Die Anwendung eines solch empörenden Wehrmittels war nicht im Geringsten von der Nothwendigkeit geboten. Unter ähnlichen Umständen dürfte es uns, den Vertretern der Wissenschaft, schwer fallen, das zu erreichen, was wir für unsere Pflicht halten, nämlich in der studirenden Jugend nicht nur das Niveau der Vernunft, sondern auch das der Moral zu heben. Dass man die verhafteten zukünftigen Aerzte, Lehrer, Advokaten, Richter ohne Richterspruch auf offener Strasse mit Knuten gehauen, dürfte ihnen, diesen zukünftigen Bürgern, viel für Staat und Gesellschaft Schädliches einflössen. Und noch sprachen wir nicht davon,

in welcher seltsamen, qualvoll falschen Lage wir Professoren uns Alle befinden, Angesichts der Schmach der studirenden Jugend.» *) An eben jenem Tage, wo in Charkow der Studenten-Krawall stattfand, überreichte in Petersburg die Kommission, welche zufolge der Zuschrift des frühern Universitätsgerichts-Mitgliedes Professor Famitzyn in Sachen der Novemberereignisse gewählt wurde, dem Universitätsrathe ihren Bericht. In demselben wurden als Ursachen der Unordnungen unter den Studenten ausser «den allgemeinen, in den Bedingungen des ganzen russischen Gesellschaftssystems wurzelnden» noch folgende spezielle anerkannt: «die misstrauische Haltung gegenüber der Studentenschaft als einem politisch unzuverlässigen Elemente; die bedeutenden polizeilichen Beeinträchtigungen der Studentenschaft in deren Privatleben, welches der Jugend das Bewusstsein der persönlichen Sicherheit raubt; die bedrückte Lage der Universitätsobrigkeit, welche nicht mehr im Stande ist, sich behufs Wiederherstellung der Ordnung ruhigen Gewissens der Disziplinar-Massnahmen zu bedienen (auf diese Disziplinar-Massregeln folgten gewöhnlich, jeden Universitätseinfluss unberücksichtigt lassend, «administrative» Massnahmen, welche die Karrière des betreffenden jungen Mannes untergruben); die äusserste Leichtigkeit, arretirt und administrativen Massnahmen unterworfen zu werden, was verderblich auf die Zukunft der Jugend wirkt.» Die Beseitigung dieser Aufruhrursachen hielt der Bericht für nothwendig behufs Entwickelung der «Achtung vor dem Gesetze und dessen Forderungen» unter der Jugend.

Anlässlich des Rundschreibens der Regierung vom 1. Sept. (20. August) und der Rede des Kaisers in Moskau vom 1. Dezember (20. November) sprachen einige Landesvertretungen ziemlich entschieden liberale Forderungen aus. In dieser Beziehung wurden Berathungen abgehalten in Charkow, Poltawa, Tschernigow, Simferopol, Orel, Moskau und Twer. Vor Allen trat in der Charkower Landesverordneten-Versammlung der Gutsbesitzer Chordjenko mit einer Zuschrift auf. Die Charkower und Moskauer Deputationen gelangten, wie man sagt, bis zum Minister. In Poltawa fing man an, die Bedingungen zu erwägen, unter welchen die von der Regierung verlangte Hülfeleistung von Seiten der Landesvertretung möglich wäre, und war bereits eine Kommission gewählt, welche die Regierung um Erweiterung der Rechte angehen sollte. Der Gouverneur nahm dem Landesvertreter das betreffende Schriftstück ab. «Die Salons der Tschernigower Landesverordneten-Versammlung — schreibt die «Semlja i Wolja» — sahen in ihrem Innern sogar einige Gensdarmen, welche als Illustration der Beziehung der Regierung zur Gemeindeverwaltung erschienen.» In Twer war eine diesbezügliche Zuschrift verfasst und von 22 Mitgliedern der Landesverordneten-Versammlung unterschrieben worden und zwar während der engern Sitzungen, worauf sie der (General-) Versammlung unterbreitet wurde; der Vorsitzende liess aber nicht einmal eine Diskussion dieser Frage zu. Aehnliche Vorgänge ereigneten sich auch in anderweitigen Landgemeinden. Wie aus Gerüchten verlautete, wäre die Eingabe Chordjenko's ziemlich kühn gewesen, und der »Semlja i Wolja« (Nr. 3) zufolge soll der Verfasser derselben selbst eine administrative Ausweisung zu erleiden gehabt haben; wir besitzen indess die betreffende Eingabe nicht. Die Mitglieder der Twer'schen Landgemeinde «sahen in den

---

*) Wir wissen nicht, ob diese Zuschrift im Druck erschien; uns wurde sie im Manuskript zugestellt.

sich stets wiederholenden politischen Verbrechen . . . lediglich äusserliche Anzeichen allgemeiner tiefer Krankheiten, welche in dem gesellschaftlichen Organismus liegen». Zur Heilung dieser Krankheiten sei vor Allem «Bildung» nöthig, was jedoch die Landesvertretung in der Verbreitung dieser Bildung stört, sei gerade das Kultusministerium, in dessen Lehranstalten junge Leute vorerst dem Einfluss von Irrlehren verfallen, welch letztere für sich einen günstigen Boden auch noch in dem anormalen Systeme der Schulen selbst finden. Der achte Theil der Zöglinge der Mittelschulen, «der den Kursus nicht beendigt, bildet einen Kreis, in dem alle anti-gesellschaftlichen Ideen besondere Sympathie finden.» «In den höhern Schulen greifen in Folge der Bedrückung und Verdächtigung — Unzufriedenheit und Erbitterung um sich.» Weiter wurde auf die Nothwendigkeit der Selbstverwaltung, der persönlichen Selbstständigkeit, welche heute sehr beschränkt ist, der Unabhängigkeit der Gerichte uud der Pressfreiheit hingewiesen. Es wurde darauf hingedeutet, «dass alle Reformen seit dem Beginn der gegenwärtigen Regime's, namentlich die Selbstständigkeit der Landesvertretung und die Unabhängigkeit der Gerichte allmählig durch administrative Verfügungen zu nichte gemacht worden sind; dass während die Zahl der geheimen Organe in Folge der Bedrückung wächst, die erlaubten Pressorgane, eines nach dem andern, gezwungen werden, ihre Existenz aufzugeben.» Hieraus wurde der Schluss gefolgert, dass das russische Publikum zur Ueberzeugung gelangt sei, die Bekämpfung des innern Uebels sei, so lange alle genannten Urbedingungen desselben noch nicht beseitigt sind, absolut unmöglich. Die Tschernigower Landesstände fanden, dass «die Lage des russischen Publikums im gegenwärtigen Moment alle Grundlagen zur Erzeugung staatswidriger Ideen biete», und dass dies drei Ursachen habe: «die Organisation der Hoch- und Mittelschulen; das Fehlen der Rede- und Pressfreiheit; der Mangel an Gesetzlichkeitsgefühl innerhalb des russischen Volkes. Indem sie noch nachwiesen, dass all diese Ursachen von der Regierung selbst erzeugt wurden, schlossen sie mit den Worten: «sie müssen mit unaussprechlichem Schmerz ihre völlige Ohnmacht im Kampfe mit dem Uebel konstatiren.» Gegen das Ende des Jahres 1878 zirkulirten ziemlich glaubwürdige Gerüchte, die Regierung hätte von den Gouvernements-Gensdarmerie-Aemtern Auskunft über die Lage des Landes und die Mittel, wie ihr zu helfen sei, verlangt, und darauf von einigen Vorstehern dieser Gensdarmerie eine Andeutung auf Ertheilung einer Verfassung erhalten, als das einzige hiezu vorhandene Mittel.

Im März 1879 benutzten die russischen Liberalen, deren Muth wuchs, eine fernere Gelegenheit, um in beiden Hauptstädten des Reiches eine ziemlich bedeutende Demonstration zu Gunsten ihrer Ideen in Szene zu setzen. In diesem Falle gesellten sich ihnen auch diejenigen von den Sozialisten zu, welche für persönliche blutige Massnahmen weniger Neigung hatten. Der namhafte russische Novellist Turgenjew, welcher grösstentheils im Auslande lebt, kam auf einen Monat nach Russland. Seine Produktionen hatten in den vierziger Jahren eine hohe Bedeutung zu Gunsten der Aufhebung der Leibeigenschaft; er ging niemals in's reaktionäre Lager über, und wenn er auch in einigen seiner Schriften etwas feindselig gegen die äusserste Ideenrichtung in Russland auftrat (er war es übrigens, der den Namen «Nihilismus» in Kurs gesetzt), wenn er auch in seinem letzten Roman, in dem er die Bewegung innerhalb der Jugend im Jahre 1868 (während der Netschajeff'schen Agitationsperiode) schilderte, sich etwas

von oben herab zum Vernunftgehalt dieser Bewegung verhielt, — so schilderte er doch als wahrer Künstler die ganze moralische Höhe der neuen Agitatoren, eben so wie andererseits die Stellenjäger und die Ausbeuter des Volkes innerhalb der anderen Parteien. Anlässlich der Bewillkommnung des greisen Liberalen, der sich zum russischen gesellschaftlichen «Neulande» sympathievoller und kühner als seine Berufsgenossen verhielt, begann eine Reihe von Ovationen, wo in Reden und Adressen Professoren, die Vertreter der Literatur und Kunst, Delegirte und Gruppen aus der studirenden Jugend beiderlei Geschlechts die kühnsten Dinge zum Ausdruck brachten und dadurch den Helden der Feierlichkeit selbst zu kühnen Worten herausforderten. In den Reden wurden Vergleiche zwischen dem heutigen Russland und demjenigen unter der Leibeigenschaft der 40er Jahre angestellt; u. A. wurde gesagt: «die Lage der Gesellschaft ist eine gleiche: auch damals war unter den Füssen ein gefesselter Boden (sic), nur anders gefesselt, und das Volk wartet, dass unsere Missstände ein Ende nehmen.» In den Adressen schrieb man: «Die traurigen und schrecklichen Erscheinungen in unserem gesellschaftlichen Leben, die streng-logisch aus unserer sozialen Ordnung hervorgehen, dürften Sie, wie uns, in tiefster Seele erschüttern,» und lud den greisen Dichter ein, «in die Reihen jener Intelligenz unserer Gesellschaft einzutreten, die bestrebt ist, in dieser oder jener Weise, die jetzige Ordnung niederzuschmettern.» Und Turgenjew war auch froh, sich in der Nähe der alten und jungen Generation zu befinden, er bemühte sich zu zeigen, «dass es Worte und Gedanken gibt, die ihnen beiden gleich werthvoll sind; dass es Bestrebungen und Hoffnungen gibt, welche ihnen gemeinschaftlich sind; dass es endlich ein Ideal gibt, das nicht greifbar, nicht terminbestimmt, aber dennoch klar, realisirbar ist, und vielleicht auch nahe liegt, und woran sie gemeinschaftlich glauben.» Er sagte: »Alles deutet darauf hin, dass wir uns am Vorabend einer, wenn auch nahen und gesetzmässig-regelrechten, so doch bedeutenden Umgestaltung unseres öffentlichen Lebens befinden.» Der Kaiser war sehr unzufrieden mit all' diesem liberalen Treiben. «C'est ma bête noire,» äusserte er sich über den beliebten russischen Schriftsteller. Man umstellte den greisen Reisenden mit Spionen, rieth ihm unter der Hand, zu verreisen, wagte es jedoch nicht, ihn anzugreifen, und so verliess er Russland kurze Zeit vor dem Attentate vom 14. (2.) April. Dem Liberalismus schien es, als sei die einzige Scheidewand zwischen ihm und der Verfassung nur noch die hartnäckige Person des physisch und geistig zerrütteten Kaisers nebst seinen Spekulanten von Brüdern und den allmächtigen Lieblingen, die ihn an dem entscheidenden Schritte verhindern.

Weniger hervorragend, doch nicht ohne Bedeutung, war die reine Arbeiterbewegung in den Zentralpunkten der Industrie. Der Anfang der Annäherung zwischen der russischen studirenden Jugend und den städtischen Arbeitern behufs oppositioneller Propaganda muss in den Beginn der 60iger Jahre verlegt werden, wo die Bewegung der Sonntagsschulen begann. Einige Studenten der Petersburger medizinischen Akademie verbanden unverzüglich die Sache der Aufklärung der Arbeiter mit dem Gedanken an eine geheime Propaganda, einer geheimen Druckerei, und die Namen Romanenka's, Kochrakow's und anderer dieser Bewegung zum Opfer gefallener Personen leben noch im Gedächtniss der damaligen Zeitgenossen. Von jener Zeit an wurde der Gedanke an ein Zusammengehen der revolutionären Jugend mit den städtischen Arbeitern vermittelst der Schulen, Vorlesungen und der Lektüre niemals aufgegeben. Die Verbindungen

der oppositionellen Studentenschaft mit den Arbeitern in St. Petersburg, Moskau und Odessa befestigten sich. Die Fortsetzung dieser Thätigkeit, neben Verbreitung ganz billiger erlaubter, jedoch für die Propaganda zweckdienlicher Bücher, bildete die Hauptthätigkeit der sogenannten «Tschaikowzy»*) in den Jahren von 1869—1872. In den Jahren 1873—1874 wurde die Hauptkraft auf das Land verwendet, was auch das Hauptwesen der «Wanderung unter das Volk» ausmachte, jedoch auch in den Städten nichts vernachlässigt. Im Gegentheil, zu jener Zeit erscheinen bereits sozialistische Propagandisten aus Arbeiterkreisen. Es fanden öfters Strikes statt, bei welchen sozialistische Agitatoren mitwirkten. Die Genfer Zeitung «Rabotnik» (von der wir bereits oben sprachen) erscheint gerade in den Jahren 1875—76 als Verbands-Organ der sozialistischen Agitatoren und der städtischen Arbeiter. Es entstand eine selbstständige Organisation von Kassen, Lesekabinets, Bibliotheken u. dergl. unter den Arbeitern Petersburg's, Moskau's und Odessa's. Im Jahre 1875 bildete sich ferner eine sehr ernsthafte Organisation von Arbeitergruppen in Odessa, Rostow u. and. südlichen Industriestädten Russlands. Die Verhaftung Saslawsky's, eines der Mitwirkenden an dieser Organisation, zerstörte sie allerdings öffentlich, aber die Reste derselben fahren insgeheim fort als eine selbstständige Arbeiterorganisation zu existiren. Eine Reihe von Strikes, die in den letzten Jahren in verschiedenen Industrieorten stattfanden, zeugten von Befestigung des Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern. Im Jahre 1878 entstand in der Baumwollspinnerei-Manufaktur zu St. Petersburg eine besonders wichtige Bewegung. Gleich zu Anfang des Jahres 1879 erschien ein Aufruf «an die russischen Arbeiter», welcher zugleich ein Programm des «Russischen Arbeiterverband des Nordens» war. Darin hiess es, dass die Petersburger Arbeiter auf der «Generalversammlung» am 4. Jan. (23. Dez.) und 11. Jan. (30. Dez.) auf den Gedanken gekommen seien, einen allgemeinen russischen Arbeiterverband zu organisiren, der, die vereinzelten Kräfte der städtischen und ländlichen Arbeiterbevölkerung vereinigend, sich über die eigenen Interessen, Ziele und Bestrebungen klar werdend, einen genügenden Schutz im Kampfe mit der sozialen Rechtlosigkeit gewähren solle. Mitglieder des Verbandes können «nur Arbeiter» sein; jedes Mitglied liefert einen bestimmten Geldbeitrag. Die Vereinsangelegenheiten und -Verbindungen verwaltet ein aus 10 Mitgliedern bestehendes Komité. General-Versammlungen finden ein Mal monatlich statt. Es wird eine Bibliothek errichtet. «Der Nordbund russischer Arbeiter, in seinen Aufgaben mit den sozialdemokratischen Parteien des Westens eng verbunden, stellt folgendes Programm auf: 1) Sturz der bestehenden politischen und ökonomischen Gesellschaftsordnung; 2) Gründung einer freien volksthümlichen Kommunen-Föderation auf der Grundlage der vollkommenen Gleichberechtigung nebst völ-

---

*) Wir benutzen diese Gelegenheit, um unsere westeuropäischen Leser vor einem Irrthume zu bewahren, dem wir in mehreren Zeitschriften des Westens begegneten. In der offiziellen Notiz über die Propaganda in 37 Gouvernements wird der Anfang dieser Bewegung den «Tschaikowzy» zugeschrieben. Verleitet durch die Gleichlautigkeit dieses Namens mit dem russischen Worte «Tschai» (Thee), versuchte es ein ausländischer Publizist, dieses Wort zu erklären und nannte sie «Theetrinker». In Wirklichkeit aber hat diese Gruppe mit dem «Thee» nichts Gemeinschaftliches, wurde vielmehr so nach dem Namen eines Mitgliedes, das zur Zeit in derselben bedeutenden Einfluss hatte und «Tschaikowsky» hiess, benannt. Dieser selbst ist zuletzt von der sozial-revolutionären Bewegung zu einer andern Richtung übergegangen.

liger innerer Selbstverwaltung nach dem Prinzip des russischen Gemeinderechts; 3) Aufhebung des privaten Bodenbesitzes, Umwandlung desselben in kommunalen Ackerbau; 4) Regelrechte Assoziations-Organisation der Arbeit, Uebergabe aller Produktionsmittel und -Werkzeuge in die Hände der produzirenden Arbeiter.» Der Verband sucht zunächst «politische Freiheit» zu erwerben, und darum stellt er als seine unmittelbaren Forderungen: Rede- und Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Aufhebung der geheimen Polizei und der Prozesse bei politischen Vergehen, Aufhebung der Klassenrechte und Privilegien; allgemeiner unentgeltlicher Unterricht in allen Schulen und Lehranstalten, Verminderung des stehenden Heeres oder gänzlicher Ersatz desselben durch allgemeine Volksbewaffnung; das Recht der Landesgemeinden, ihre eigenen Angelegenheiten zu beurtheilen und zu richten; Abschaffung des Passsystems; Abschaffung der indirekten Steuern und Ersatz derselben durch eine direkte Einkommen- und Erbschaftssteuer; Beschränkung der Arbeitsstunden und Verbot der Kinderarbeit; Gründung von Produktiv-Assoziationen, von Leihkassen mit zinsfreiem Kredite für diese Arbeiter-Assoziationen und Landesgemeinden.» In einem in der Aprilnummer der «S. i Wolja» abgedruckten Briefe über den «Nordbund» heisst es, der Bund zähle bereits 200 Arbeiter und aussendem 200 Solcher, die bald Mitglieder desselben werden sollen, dass der Plan, eine Arbeiterzeitung zu gründen, bereits der Verwirklichung nahe war, jedoch durch die Umstände verhindert wurde. Angesichts verschiedener gegen das Programm des «Verbandes» erhobener Einwendungen heisst es u. And., dass die Vereinigung der sozialistischen mit den konstitutionell-politischen Forderungen im Programm mit Bewusstsein ausgesprochen wurde, da nach dem historischen Lauf der Dinge «die politische Freiheit immer vor der sozialen Befriedigung erscheint; dass genügende Massnahmen ergriffen worden sind behufs Sicherheit und Erhaltung der Vereinsmitglieder, sowie der Organisation selbst.» Ferner heisst es darin: «Unsere Organisationsanschauung geht dahin, dass der quantitative Vorzug die Qualität energischer und thätiger Mitglieder nicht beeinträchtigen darf, und dass im Gegentheil die entscheidende Bedeutung dieser letzteren erziehend auf die Andern einwirken muss. Unser Grundziel ist vorerst — Arbeiterkräfte zu organisiren und ihnen ein gebührendes Thätigkeitsfeld anzuweisen; deswegen können für uns die verschiedenen Meinungsschattirungen eben so wie Charakter und Richtung der im Endziel doch auf Eins und Dasselbe hinauslaufenden sozialistischen Thätigkeit keine besondere Wichtigkeit haben. Unser Thätigkeitsplan ist folgender: Unsere Thätigkeit wird den Charakter der Propaganda und friedlichen Agitation tragen, auf Gewinnung der Arbeiter und Bauern gerichtet. Jedoch bleibt der mehr oder minder offene Kampf, sowie aktive Theilnahme und Agitation während der Strikes nicht aus unserem Thätigkeitsprogramm ausgeschlossen. Wir müssen jede Gelegenheit ergreifen, wodurch wir unsere Macht, sowol die persönliche als auch die der Massen, zum Vorschein bringen können.» So entstand auf dem Boden der reinen Arbeiterbewegung eine Aufgabe für sozialistische Propaganda, die von Seiten der gegen die Regierung im «nihilistischen» Kampf begriffenen Sozialisten aus der intelligenten Jugend zu sehr in den Hintergrund gestellt worden war. Zur gleichen Zeit jedoch begann die sozialistische Bewegung in ihren beiden Theilen sich den politischen Radikalen zu nähern, da man beiderseits die Ansicht gewann, es sei für den Sozialismus von Nutzen, an der Erlangung der politischen Freiheit, die ja der öko-

nomischen Umgestaltung vorangehen müsse, mitzuwirken. Indem wir von den rein volksthümlichen Bewegungen in Russland sprechen, können wir nicht umhin, zu erwähnen, dass am selben Tage 14. (2.) April, wo in St. Petersburg ein Attentat auf das Leben des Kaisers versucht wurde, im andern Ende Russlands, nämlich zu Rostow am Don, eine Menge empörten Volkes die Wohnung des Polizeidirektors stürmte, ebenso die des Kommissarius und des Kreishauptmanns, und hiebei in den ersten beiden Alles vernichtete und ausplünderte; in der Polizei-Verwaltung und in zwei Polizeiabtheilungen wurden alle laufenden Prozessakten vernichtet. Man musste Militär herbeiholen; jedoch sollen, wie verlautet, die Kosaken sich nicht dazu haben bestimmen lassen, gegen das Volk zu gehen, und so mussten denn zur Beschwichtigung der Empörung Soldaten aus Nowotscherkask und Taganrog geholt werden. Die Bewegung dauerte mehr als 24 Stunden.

Unterdessen dauerte der Kampf zwischen der Regierung und den Nihilisten fort und forderte auf beiden Seiten Opfer. Gegen das Ende des Jahres 1878 wurde der Minister des Innern Timaschoff durch Makoff ersetzt; an Stelle des ermordeten Mesenzow kam Drenteln. Seit dem Jahre 1874 wurden nicht so viele Verhaftungen zu Stande gebracht, als in diesem Winter. Massenweise und allerorts wurden sie vorgenommen. Der «Semlja i Wolja» zufolge wurden während des letzten Winters bis zum Attentat vom 14./2. April mehr als 2000 Personen in Petersburg allein verhaftet, wovon ein bedeutender Theil im April 1879 auf administrativem Wege verbannt wurde. Jedoch konnten diese Verhaftungen, trotz der strengen Gesetze, welche zum Schutz der Polizei und der Gensdarmerie erlassen wurden, nicht immer ohne Gefahr ausgeführt werden. Am 23./11. Oktober brach eine Menge Polizisten in Petersburg Nachts in die Wohnung zweier Frauenzimmer, Namens Malinowa und Feodorowa ein; dieselben lagen noch im Bette und hatten unter den Kissen geladene Revolver. Feodorowa gewann noch Zeit einen Schuss abzufeuern, und zwar auf den kommandirenden Offizier, wodurch sie demselben eine leichte Armwunde beibrachte. (Semlja i Wolja Nr. 1). Anfangs Dezemzer flohen drei politische Verbannte: Bodachow, Schirojew und Bondarjow aus Pinega (Gouvernement Archangelsk). Als sie 120 Wjerst zurückgelegt hatten, wurden sie von Polizeibeamten eingeholt. Da heute ein Fluchtversuch aus dem Cernirungsorte (obwohl der Betreffende nicht gerichtlich, sondern durch administrative Willkür verbannt wird) mit Verbannung nach Ostsibirien bestraft wird, so feuerte Bodachow auf die Verfolger zwei Schüsse ab und diese — wie er nachher seinen Genossen schrieb («Semlja i Wolja» Nr. 3) — nicht um sich zu widersetzen, sondern um durch seinen Untergang gegen die Willkür der Regierung im Allgemeinen und gegen Verbannung nach der Jakutagegend insbesondere zu protestiren (Semlja i Wolja Nr. 3). Am 28./16. Dezember 1878 wurde, und zwar nach versuchtem bewaffnetem Widerstand, der Unterlieutenant Dubrowin in Haraja-Russa verhaftet; er widersetzte sich, — trotzdem er nach Aussage des Vorgesetzten «eine Person von weichem Charakter» gewesen sein soll. Man fand bei ihm ziemlich viel Waffen, unter anderem ein Messer mit den eingravirten Worten: «arbeite» und «wehre dich», und ein Heft, betitelt: «Notizen russischer Terroristen-Offfiziere für das Jahr 1878», worin einige praktische Mittheilungen verzeichnet waren, «für die Sozial-Revolutionäre behufs Realisation aufrührerischer Ideen nothwendig». Hiebei wurde besonders anempfohlen, «sich mit einer guten Waffe zu versehen

und im Gebrauch derselben zu üben.» — Dubrowin machte im Gefängniss einen Selbstmordversuch. Am 21./9. Februar 1879 wurde dem Kriegsgerichte zu Charkow Fomin übergeben, der an einem Versuche, einen Genossen mit bewaffneter Hand zu befreien, theilgenommen hatte. Zur Befreiung des Fomin selbst wurden zwei Versuche gemacht (wovon der eine gelang, der Befreite jedoch von Neuem ergriffen wurde). Am Abend desselben Tages wurde der Charkower Gouverneur, Fürst Krapotkin (ein naher Verwandter des bekannten Revolutionärs und gelehrten Geologen gleichen Namens, der 1874 verhaftet worden war, jedoch 1875 mit ausserordentlicher Geschicklichkeit flüchtete und jetzt zu Gunsten des Sozialismus in der Schweiz energisch thätig ist, namentlich in den Journalen «l'Avantgarde» und «Le Révolté»), ermordet, der Mörder aber nicht aufgefunden. Die Gruppe der Terroristen veröffentlichte bald darauf eine Proklamation, worin gesagt wurde: «Die russische sozial-revolutionäre Partei nahm auch dieses Attentat auf sich, gleich den andern im Jahre 1878 verübten .... Tod für Tod, Strafe für Strafe, Terrorismus für Terrorismus — das ist unsere Antwort auf alle Verfolgungen, Drohungen und den Druck der Regierung.» Ebenso wurde neben dem Leichnam des in Moskau ungefähr zu gleicher Zeit ermordeten Spions Reinstein ein Zettel befestigt, der lautete: «Ein Verräther, ein Spion ist .... durch uns russische Sozial-Revolutionäre .... gerichtet und gezüchtigt worden. Tod dem Verräther Judas.» Die Proklamation vom 13./1. März erklärte dieses Attentat als ein Werk des «Exekutiv-Komites». Zur selben Zeit, am 20./8. Februar liess dasselbe «Exekutiv-Komite», angesichts falscher Gerüchte, die die Regierung in Umlauf setzte, drucken: «Die dritte Abtheilung (das Departement der geheimen Polizei) verbreitet das Gerücht, als wollten die Revolutionären zur Rache für Verfolgungen und Verhaftungen die Tochter des Gensdarmerie-Chefs todtschlagen und Drenteln selbst hätte eine solche Warnung erhalten. Wir brauchen wol nicht zu erklären, dass dies eine freche Lüge ist. Jeder ist für seine Vergehen selbst verantwortlich. Kinder aber für die Sünden der Väter zu züchtigen — das überlassen wir der Regierung und der III. Abtheilung.» Am 23./11. Februar wurde in Kiew eine Haussuchung in zwei Häusern abgehalten und eine Verhaftung auf den Strassen vorgenommen. In einem Hause wurde bei bewaffneter Widersetzung ein Gensdarm todtgeschlagen, einige von den Angreifenden verwundet (die Offiziere waren dadurch, dass sie Panzerhemdchen anhatten, gerettet worden) und auch einige von der Defensive verwundet und getödtet. In dem zweiten Hause fand keine bewaffnete Gegenwehr statt, weil die Hauswirthin die Waffen versteckt hatte. Hier wurden unter Andern abgefasst: der preussische Unterthan Brandtner, der Pole Ossinsky, dann die zum dritten, wenn nicht gar zum vierten Male verhaftete Tochter des wirklichen Staatsraths, Enkelin eines Polizeidirektors u. s. w. Sophie Leschern von Herzfeld.

Am allerseltsamsten dürfte in den Augen einer ausländischen Geheimpolizei der Umstand erscheinen, dass sehr viele von den Verhafteten für die russische Polizei gänzlich namenlos geblieben sind (ja einer ist sogar, wie wir später sehen werden, unbekannt gehängt worden!). Unter den Verhafteten waren auch Frauenzimmer, wovon einige augenscheinlich zu den Schiessenden gehörten, andere aber sich als solche ausgaben, ohne dass man dafür genügende Beweise hatte. Einen Monat darauf, am 1. April (20. März) wurde auf der Strasse in Kiew ein junger Mann mit einem Holzscheit erschlagen, nachdem er sich der Polizei

mit Flintenschüssen widersetzt hatte. In der Person desselben erkannte man ein Mitglied der terroristischen Gruppe und setzte voraus, er habe ein Attentat auf den Kiewer General-Gouverneur Tschertkow zu verüben beabsichtigt. — Am 5. März (21. Februar) wurde in Charkow zu Zwangsarbeit verurtheilt: Fomin (dessen wirklicher Name unbekannt blieb); am 24./12. März in Archangelsk Babachow zum Tode durch den Strang. «Nicht Richter seid ihr, sondern Henker — rief er den Richtern zu — ich verachte Euch. Macht aus mir was ihr wollt. Meine Kameraden werden mich rächen.» Das Gericht suchte höhern Orts um Milde nach, und soviel wir wissen ist das Todesurtheil bis jetzt noch nicht vollstreckt worden. Den Tag darauf wurde, wiederum am hellen, lichten Tage im Zentrum der Residenzstadt, auf den General Drenteln ein Mordversuch gemacht, und wiederum entkam und verschwand der Attentäter. «Er verdiente den Tod schon dadurch allein — hiess es in der nachher veröffentlichten diesbezüglichen Proklamation — dass er unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Gensdarmeriechef war.» In dem darauf erschienenen «Blättchen der «Semlja i Wolja» wurde angezeigt, dass «ein politisches Attentat — vor Allem ein Racheakt ist . . . . , dann das einzige Selbstschutzmittel unter den jetzigen Verhältnissen und eines der besten Agitationsmittel . . . . , die Verwirklichung der Revolution in der Gegenwart . . . . , die schrecklichste Waffe gegen unsere Feinde. Das ist es, wesshalb wir die politischen Attentate für die besten Mittel im Kampfe mit dem Despotismus halten.»

Nach dem Attentatversuche gegen Drenteln in St. Petersburg und der Ermordung Krapotkins in Charkow nahmen die Verhaftungen kolossale Dimensionen an. Haussuchungen und Verhaftungen wurden selbst bei bekannten Literaten, Professoren, Advokaten, Administrationsbeamten vorgenommen. Die Zahl der Verhaftungen am 14./26. März wurde mit 200 beziffert. In der Nacht vom 6. April (25. März) wurden in ein Petersburger Gefängniss (das lithausche Schloss) zwischen 4 und 7 Uhr 70 neuverhaftete Personen zugeführt, deren grösster Theil aus Arbeitern bestand; darunter ein 70-jähriger Greis (S. i. W. Nr. 5) Alle Administrationspersonen fuhren nunmehr nur von Soldaten begleitet aus, was in Petersburg, Kiew und Odessa zum offenen Hohngelächter des Publikums diente. — Am 5. April (24. März) veröffentlichte der Staatsanzeizer eine Verfügung betreffend die Umgestaltung der «medizinisch-chirurgischen Akademie» oder, richtiger, die Vernichtung jeglicher wissenschaftlicher Bedeutung dieses Instituts, welches für die Medizin in Russland bisher von so grossem Werthe war; die Regierung sah in demselben den Mittelpunkt der revolutionären Agitation St. Petersburgs. Gleichzeitig wurde den Zöglingen der Seminare, die bis dahin für die Wissenschaft und Literatur ein so bedeutendes Contingent gestellt hatten, ebenso aber auch ansehliche Mitarbeiter an der revolutionären Bewegung, der Eintritt in die Hochschulen verboten. Die Regierung bildete sich ein, sie werde den oppositionellen Geist dieser Institute tödten, indem sie die Carrière der betreffenden Schüler erschwerte. Unterdessen konzentrirte das «Exekutiv-Komité» alle Parteiverfügungen um sich, und um die Verantwortlichkeit für manche persönliche Racheakte unter der Maske des «Komités» sowohl, wie auch für selbstständige Thaten anderer autonomer Revolutionsgruppen zurückzuweisen, zeigte dasselbe am 28./16. März an, dass «alle Warnungen und Ankündigungen», welche nicht in seinem Organ gedruckt und von einer andern Gruppe, welche sich in der Revolutionsthätigkeit ebenfalls den Namen «Exekutiv-Komité» bei-

legte, ausgegangen wären, «gefälscht» seien. Keine «Warnung» oder «Ankündigung» ist an den russischen Kaiser, als das Solowjew'sche Attentat am 14./2. April verübt wurde, erlassen worden. In der darauf folgenden Nummer der «S. i. W.» (Nr. 5 vom 28./16. April) weist das «Exekutiv-Komité» die Verantlichkeit für diese That zurück, jedoch wurde in einem der Artikel des Blattes die Frage aufgeworfen: «Welche Kraft trieb Solowjew hervor?» Indess erachtet der Artikelschreiber es für besser, diese Frage beiseite zu lassen. Die Untersuchung erwies, dass Solowjew sozialrevolutionären Gruppen angehörte, Mitschuldige oder Theilnehmer an der Ausführung der That wurden jedoch aus den Reihen der Partei nicht ermittelt. Im Uebrigen war es für Jeden ziemlich einleuchtend, dass die Beseitigung des Kaisers im gegebenen Moment nur den Konstitutions-Politikern zweckmässig erscheinen konnte, keineswegs aber konnte es als ein für den Sozialismus in Russland günstiges Ereigniss betrachtet werden, da die sozialistische Partei noch lange nicht so stark ist, um einen Kampf mit der konstitutionellen auszuhalten, falls die etwaige neue Regierung diese unterstützen sollte. Nach allen Nachrichten, die uns bis jetzt über das Attentat vom 14./2. April zugegangen, nahmen alle Volksklassen der Hauptstadt und der Provinz die Sache gleichgültig auf. Allen, in deren Erinnerung noch der Mordversuch vom Jahre 1866 lebte, fiel der Unterschied ganz besonders auf. Es war klar, dass die Regierung in den Augen aller Gesellschaftsklassen ihre Bedeutung eingebüsst hatte.

Desto toller wurden natürlich die reaktionären Massnahmen, die bis jetzt fortwirken, und die das russische Reich in den letzten Monaten in ein Land verwandelten, wo der friedliche Bürger, der sich irgend einen freien Gedanken, für seine persönlichen Geschäfte nur irgend etwas Verkehrsfreiheit erlaubt, kaum existiren kann. Auf eben diesen friedlichen Bürgern lastet die Bürde der neuen Bestimmungen, während der grösste Theil der Agitatoren sich von den sehr schweren, aber eben so schlecht berechneten Schlägen der Regierung fern zu halten versteht. Die Hauptmassnahmen bestanden in Folgendem: Man rief am 17. (5.) April 6 Generalgouvernements in's Leben, die mit den ausgedehntesten Befugnissen ausgestattet sind, kraft deren die ganze Bevölkerung, alles gesetzlichen Schutzes beraubt, der Willkür von 6 Satrapen preisgegeben ist. Staunenerregend ist dabei der Umstand, dass Männer, welche sich im letzten Kriege Berühmtheit erwarben, ihre Namen durch den Rang eines Henker-Administrators beflecken liessen. Es sind dies: Totleben in Odessa, Gurko in St. Petersburg, Loris-Melikow in Charkow. In den letzten Tagen (Ende Juni) sprach man davon, dass für den bekannten Diplomaten Ignatjew ein siebentes General-Gouvernement gebildet werden solle, nämlich in Nischni-Nowgorod. Das ist auch inzwischen den 14. (2.) Juli eingetroffen. Als die grausamsten und unmenschlichsten General-Gouverneure erwiesen sich Gurko und Totleben. — Hierauf erfolgte eine Reihe von Verfügungen in Betreff der Aufsichtsverstärkung bei den Stadthäusern und Vergrösserung der Strenge in Bezug auf das Passsystem, was stets eine der schwersten Bedrückungen für die Reichsbevölkerung ist. Eine ganze Bevölkerung von nimmer schlafenden, allerwegen herumschnüffelnden, Jedem nachspähenden Hauswächtern wurde in der Hauptstadt geschaffen und lastet als eine schwere Steuer auf allen Hauswirthen. Die Strenge des Passwesens erdrückte die Arbeiterbevölkerung in Odessa, Kiew und Charkow. Hierauf erfolgten Verfügungen, die den Handel mit Waffen, Apothekerwaaren, welche als Gift ge-

braucht werden können, und selbst «kolorirter Couverts» unter dem Namen «Glücksgewand» einschränkten. Den Zöglingen der Mittelschulen wurde in Warschau verboten, nach 9 Uhr Abends auszugehen. Der Verkehr in den Haupt- und grossen Städten oder in den Orten, wo die kaiserliche Familie sich befindet, wurde sehr erschwert. Besonders streng wurden die Schüler der verschiedenen Schulen und die Nummern der Kutscher beobachtet. Hierauf begannen willkürliche Entlassungen, Amtsentsetzungen, Ausweisungen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Es fand sich in einem Winkel des Reiches eine unglückliche Zeitung (das Krim'sche Blättchen), welches verboten wurde, angeblich, weil es «offen die Sympathie des Redakteurs zu den verbrecherischen anarchischen Lehren bekundet haben soll», das in der That aber ein sehr bescheidenes und unbekanntes Blatt war. Es ist keine Möglichkeit vorhanden, all' die Menge verschiedenartiger Ukase, die in dieser Richtung von den allmächtigen General-Gouverneurs und Ministern erlassen wurden, auch nur aufzuzählen; — Verfügungen, die oft gar nicht ausführbar sind und deswegen, nur dem Volke als schweres Joch auferlegt, es doch nicht zu verhindern vermögen, dass die beständigen Agitatoren ihre Sache fortsetzen. Die widersinnigste und für die russische Regierung geradezu gefährliche Verfügung dieser Art war diejenige des Ministers des Innern, worin gesagt ist: «Seit einiger Zeit werden unter der Landbevölkerung falsche Gerüchte von einer etwa bevorstehenden allgemeinen Neueintheilung des Bodens verbreitet. Zufolge eines besondern Allerhöchsten Befehls Seiner Majestät des Kaisers theile ich mit, dass irgendwelche nachträgliche Landzumessung bei den Landbauern weder jetzt noch für die Folge eintreten wird und kann.» Diese Bekanntmachung ist die beste Waffe, welche die Regierung den sozialistischen Agitatoren nur irgend jemals in die Hände spielen konnte. Sie muss unter den Bauern Bedenken und Bewegung hervorrufen, welche, wie man vernimmt, auch schon begonnen haben. — Die anderen Mittel, die die Regierung als Gegenwirkung für die vorausgesetzte Gefahr in's Werk setzte, haben ebenso wenig ihrem Zwecke entsprechen. Die Rede des Kaisers nach dem 14./2. April, besonders seine Rede an das Petersburger Rathhaus, gaben nur unerschöpflichen Stoff, sich darüber lustig zu machen. Die Reden und Proklamationen eines grossen Theils der General-Gouverneure, besonders Gurko's, verminderten nur ihr Ansehen und riefen selbst beim Militär Unzufriedenheit hervor, welches aufzureizen doch für die Regierung am meisten gefährlich ist. — Die Predigten der Geistlichkeit dienten nur dazu, den Gedanken von der Desorganisation des Reiches in Volksklassen zu werfen, denen derselbe bis dahin unzugänglich war. Das Pathos der Artikel in den offiziösen und reaktionären Journalen rief im Publikum nur Ekel hervor. — Wenn die revolutionäre Agitation der russischen Regierung geschadet hat, so muss man bekennen, dass sie selbst durch ihre Verfügungen die Revolutionäre nur unterstützt hat, indem sie alle Gesellschaftsklassen von sich zurückstiess.

Gleichzeitig damit wirkten die blutigen Urtheilssprüche und deren Vollstreckung. Am 25./13. April wurde ein Kriegsgericht über Dubrowin abgehalten. Er vertheidigte sich nicht und wurde, da er das Gericht mit Verletzungen überhäufte, aus dem Saale entfernt. Er wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt und am 2. Mai (20. April) an der Mauer der Peter-Paulschen Festung gehängt. Er behielt seine Geistesfestigkeit bis zum letzten Moment und richtete an die anwesenden Soldaten einige Worte, die jedoch durch Trommeln erstickt

wurden. Augenzeugen erzählten, dass die Soldaten sehr ernst waren, als man sie zu diesem Schauspiele führte. Das niedere Volk drückte auch seine Sympathie aus, wurde aber durch das irreligiöse Gefühl des Verurtheilten unwillig erregt. Vom 12. Mai (30. April) bis zum 20./8. Mai verhandelte das Kriegsgericht in Kiew über drei Gruppen politischer Verbrecher, die sich bewaffnet der Verhaftung widersetzt hatten. Vier von den Angeklagten wurden zum Tode durch Erschiessen verurtheilt, und zwar: der Preusse Brandtner, der Pole Ossinsky, ein Unbekannter, der sich Antonow nennen liess, und Frau Sophie Leschern von Herzfeld. Mit Bewilligung des Kaisers wurde das Urtheil indessen abgeändert: die drei Männer wurden dem Strange übergeben, die Herzfeld aber auf unbestimmte Zeit zur Zwangsarbeit verurtheilt. Ausserdem wurden acht Männer und 3 Frauenzimmer auf verschiedene Termine zur Zwangsarbeit deportirt. Der Urtheilsspruch wurde am 26./14. Mai vollzogen. Endlich verhandelte das obere Kriminal-Gericht in St. Petersburg am 6. Juni (25. Mai) über Solowjow, der am 9. Juni (28. Mai) gehängt wurde. Alle Angeklagten wussten im Voraus ihr Schicksal und erwarteten noch etwas Schlechteres, desshalb bekundeten sie kühn ihre Ueberzeugung, verriethen keinen ihrer Kameraden, weigerten sich grösstentheils auf die vorgelegten Fragen zu antworten, erkannten das Gericht nicht an, blieben festen Muthes bis zum letzten Augenblick und versetzten alle Anwesenden, sowohl während des Gerichtes, als vor der Hinrichtung, durch ihre Festigkeit in Staunen. Solowjow stand auf den Stufen des Galgens, und lächelte noch darüber, dass der zu ihm hinaufgestiegene Priester sich in seinen langen Rock verwickelte und zu fallen drohte, als er ihm zum letzten Male anbot, das Kreuz zu küssen. Kein einziger von den Hingerichteten verrieth die mindeste Neigung zum «Troste des Glaubens».

Nach dem 14./2. April versetzten die Terroristen ihren Feinden keinen neuen Schlag. Nichtsdestoweniger fahren ihre Proklamationen zu erscheinen fort.

Neben dem blutigen Kampfe, von dem wir einen kleinen Abriss gegeben, dürfte es nöthig sein, auch auf die Entwickelung der russischen sozialistischen Literatur, welche in ihren Tendenzen die verschiedenen Stadien des Kampfes wiederspiegelt, einzugehen. Selbst die geheimen Journale St. Petersburgs, der «Natschalo» (der Anfang) und die «Semlja i Wolja» (Land und Freiheit) unterlagen den Einflüssen des Kampfes und kamen von ihrem ursprünglich streng sozialistisch-internationalen Ausgangspunkt dahin, die Nothwendigkeit der sozialistischen Propaganda innerhalb des russischen Volkes, das nach den «Narodniki» (Volksmänner) schon in seinen Traditionen die Grundprinzipien des ökonomischen Sozialismus besitzt, zu verneinen, und vertheidigten die Ansicht, dass es sich nur darum handle, es für den politischen Kampf gegen das russische Kaiserreich zu organisiren. Der Bund mit allen radikaler Opposition gegen das Kaiserreich geneigten Parteien bildete in der Folge ein Element der Stärke in dem Kampfe, an dessen Verkündung man ging. Die Genfer Journale, besonders die «Obschtschina» (Gemeinde), hielten dagegen die reinen Prinzipien des Sozialismus hoch, und namentlich entwickelte ein bemerkenswerther Artikel des Herrn Axelroth ein vollständiges und wohl formulirtes Programm. Wir hätten gern Ihren Lesern neben dem blutigen Kampf, der in Russland stattfindet, diesen literarischen Kampf über die sozialistischen Prinzipien dargestellt. Wir wollten ferner einen Abriss über die Thätigkeit der russischen Sozialisten in Europa geben, über die energische sozialistische Propaganda unter den Juden, welche der russische

Israelit Liebermann in London und Wien unterhielt, über die Agitation, welche die anarchistischen Organe der romanischen Schweiz, die «Arbeiterzeitung», die «Avant-Garde» und der «Revolté», unterstützt durch russische Flüchtlinge, namentlich den Fürsten Peter Krapotkin, entfalteten, über die Verhaftung der Madame Kulikoff in Paris und Florenz, über die Gerichtsverhandlungen gegen russische Sozialisten in Berlin und Königsberg. Aber der Mangel an Raum erlaubt uns nicht, Sie noch mit dieser Seite der Thätigkeit der russischen Sozialisten aufzuhalten, obwohl sie vielleicht für die europäischen Sozialisten nicht uninteressant wäre. Wir fassen unsere Skizze mit der Bemerkung zusammen, dass der «Krieg der Nihilisten» in Russland fortbesteht, und dass die terroristischen Massnahmen der russischen Regierung keine grosse Aussicht haben, ihm Einhalt zu gebieten, dass derselbe aber dahinwirkt, dass innerhalb der kämpfenden Gruppen die Grundprinzipien des Sozialismus mehr in den Hintergrund treten, und dass Bündnisse mit nicht sozialistischen Parteien geschlossen werden, welche der sozialistischen Entwickelung in Russland nur schädlich sein können. Wie Herr Axelroth in dem angeführten Artikel sagte, muss die sozialistische Presse diese Tendenz bekämpfen und den Werth der grossen internationalen Prinzipien hochhalten. Die hauptsächlichsten Debatten unter den russischen Sozialisten beschränken sich gegenwärtig auf zwei wesentliche Fragen: Würde es möglich, nothwendig und opportun für die sozialistische Partei sein, mit den politisch radikalen Parteien im Lande und den im Volke vorhandenen nicht sozialistischen oppositionellen Gruppen Bündnisse und Verbindungen für den gemeinsamen Kampf gegen die kaiserliche Regierung einzugehen? Besitzt das russische Volk in seinen Traditionen von der Landgemeinde in Gross-Russland, der politischen Gemeinde in der Ukraine, wie die neuen russischen «Narodniki» behaupten, die nothwendigen Elemente des Sozialismus schon in solchem Grade, um die sozialistische Propaganda auf dem Lande unnöthig zu machen und alle Kräfte einzig und allein auf die Organisation des politischen Kampfes gegen die Regierung anzuwenden?

Wir glauben, dass Herr Axelroth in seinem oben zitirten Artikel gegenüber den «Narodniki» Recht habe, und dass einer Partei, die für Prinzipien und nicht um Macht kämpft, unbedachte Allianzen noch nie Nutzen gebracht haben. Uebrigens wird die Geschichte darüber entscheiden.

III. Klein-Russland.

M. T. — Zu einem harten Kampfe für seine nationale Unabhängigkeit, und namentlich für seine ökonomische und gesellschaftliche Existenz gegen den polnischen Adel, die Türken, die Juden und endlich gegen die russische Regierung verurtheilt, konnte das kleinrussische Volk bis zum XIX. Jahrhundert selbst keine Intelligenz im eigentlichen Sinne des Wortes hervorbringen, und die Ideen der französischen Revolution waren an ihm spurlos vorübergegangen.

Erst unter dem Einflusse der Nebenströmung der französischen Revolution, der allgemeinen europäischen nationalistischen Bewegung, welche sich bekanntlich in den Sammlungen der Volkspoesie und Erzählungen und in dem Streben nach Ursprünglichkeit in der Literatur kund gab, — äusserte sich unter den gebildeten Schichten des kleinrussischen Volkes in der Ukrajine (Süd-Russland) eine

sehr lebhafte literarische Bewegung. Anfangs der 40er Jahre dieses Jahrhunderts nahm diese Bewegung die einstigen revolutionären Bestrebungen des kleinrussischen Volkes auf und trug schliesslich einen panslavistischen Charakter.*) Zu diesem Zwecke war in Kiew eine geheime Gesellschaft gegründet worden behufs Aufklärung des gemeinen Volkes durch Popularisirung der Wissenschaften und zum Zwecke einer Föderation aller slavischen Völker gegen die russische Monarchie. Die Gesellschaft wurde aber 1847 entdeckt, und die hervorragendsten Mitglieder: der grösste europäische Volksdichter, Tarass Schewtschenko und der Universitäts-Professor Nikolaus Kostomarow, schwer bestraft. Erst 1856 wurden beide begnadigt und konnten einen ungeheueren Einfluss auf die kleinrussische Intelligenz ausüben: Schewtschenko durch seine revolutionären Dichtungen und Kostomarow durch eine ganze Reihe von streng wissenschaftlichen historischen Studien, in welchen er die ehemalige Autonomie der Provinzen, ihre Freiheitsbestrebungen und namentlich die des gemeinen Volkes darstellte, dadurch eine neue wissenschaftliche historische Schule stiftete und den Grund zum Föderalismus der Völker in Russland legte.

Aber nach dem Tode Schewtschenko's (1861) sank diese ausschliesslich literarische Bewegung unter der kleinrussischen Intelligenz in Russland allmählig zu einer eng nationalistischen herab, mit immer dunkleren Vorstellungen von der nationalen Unabhängigkeit. Diese Partei, ukrajinophilisch genannt, vergass immer mehr, ihre Aufmerksamkeit auf die sozialen Verhältnisse des Volkes selbst zu lenken, wie es Schewtschenko in seiner gegen die Regierungen und jedweden Standes- und Vermögens-Unterschied gerichteten, sogar rationalistischen und kommunistischen Poesie that, — und war endlich zu einer europäisch-liberalen, höchst furchtsamen und unentschiedenen Partei geworden. Indessen begann unter dem Einflusse der progressiven französischen und englichen Literatur eine tiefere rationalistische und sozialistische Bewegung unter der Jugend des russischen Adels von oben nach unten, die aber den grossen Zentralisationsfehler begangen hatte, dass sie sich in ihrer mündlichen und schriftlichen Propaganda an alle Völker Russlands (Gross-, Klein- und Weiss-Russen, Polen, Grusinen u. dgl.) in einer einzigen (gross-) russischen Sprache wandte, und dadurch nicht nur ihren Zweck verfehlte, da sie von dem gemeinen, nicht grossrussischen Volk keineswegs verstanden werden konnte, sondern auch die gesammten Völker Russlands ihrer energischsten und begabtesten Jugend beraubte.

Erst um den Anfang der 70er Jahre begann unter der progressiven kleinrussischen Intelligenz in der Ukrajine der Gedanke Boden zu fassen, man müsse sich mit den rationalistischen und sozialistischen Ideen an das kleinrussische Volk in seiner eigenen Sprache wenden und bei einer solchen Arbeit alle besonderen Lebensverhältnisse berücksichtigen. Es galt daher, die allgemein euro-

---

*) Man verwechsle nicht den zentralistischen moskau'schen Panslavismus mit seiner orthodoxen russischen Kirche, dem Zaren an der Spitze, und der Annullirung aller slavischen Nationen und ihrer Literaturen — mit dem eben erwähnten föderativen Panslavismus der kleinrussischen Intelligenz. Die Ideen des letzteren hat Tarass Schewtschenko kurz mit den Worten bezeichnet: «Es sollen alle Slaven gute Brüder werden, aufgeklärt und so ketzerisch, wie der grosse Ketzer von Konstanz (Johann Huss): sie werden der Welt den Frieden und den Ruhm schenken.» («Johann Huss»).

päischen Freiheitsbestrebungen mit der nationalen Form zu verbinden. Dieser Gedanke fand aber in Russland keinen besonders günstigen Boden.

In Galizien dagegen, wo alle geistigen und literarischen Bewegungen als Nachklang der ukrajinischen auftraten, war diesem Streben der ukrajinischen Sozialisten die Bahn geebnet, denn hier war von 1848 her die nationale Richtung der ruthenischen Gebildeten und namentlich die des herrschsüchtigen polnischen Adels auf das Aeusserste getrieben, so dass hier die nationale Form der Propaganda irgend welcher Ideen von allen möglichen polnischen und ruthenischen Parteien von jeher anerkannt werden musste, wenn sie das gemeine Volk nach sich ziehen wollten.

Der Boden für die Verbindung der sozialistischen Tendenz mit der nationalen Form (der Volkssprache) war in Galizien noch dadurch günstiger, dass hier unter den Kleinrussen oder Ruthenen seit dem Jahr 1866 zwei einander schroff entgegengesetzte literarische Parteien existirten: die eine, zahlreichere, moskalophilisch genannt, bestand vorwiegend aus der ruthenischen Geistlichkeit, welche die Vereinigung des österreichischen kleinrussischen Volkes (gegenwärtig 3,104,000 Einwohner) mit dem Grundvolke Russlands (grossrussisch) erstrebte und die russische Sprache und Literatur als die ihrigen anerkannte, — während die andere, die ukrajinophilische, vorwiegend aus der weltlichen ruthenischen Intelligenz zusammengesetzt, für die Unabhängigkeit der kleinrussischen Literatur plaidirte und die Einheit des ruthenischen Volkes in Galizien mit dem in der Ukrajine (gegenwärtig — 14,239,129 Einwohner) anerkannte.

Man wird daraus sofort ersehen, dass in Galizien die beiden oben erwähnten Richtungen zusammentreffen mussten.

Die sozialistische Bewegung unter den Ruthenen in Galizien ging von Seiten des ruthenischen moskalophilischen «Akademiceckyj Kruzok» (Akademischer Verein), gestiftet 1870, aus.

In der kleinrussischen Literatur nämlich gab es keine sozialistischen Bestrebungen, und musste daher die sozialistische Bewegung in Galizien durch die russische Literatur veranlasst werden. Der «Akademiceckyj Kruzok» war ein patriotischer akademischer Verein in Lemberg, welcher für die russische Literatur plaidirte, sich eine Bibliothek von fast nur russischen Büchern verschaffte und schon 1874 eine akademische literarische Zeitung «Druh» (der Freund) für die ruthenische Jugend in Galizien herauszugeben begann.

Seitdem strömten in den «Akademiceckyj Kruzok» und namentlich in das Redaktionskomité des «Druh» die energischsten und begabtesten jungen Ruthenen aller Parteien und Meinungen — und von hier ging die sozialistische Bewegung in Galizien aus. Seitens des ukrajinophilischen Theiles dieser Jugend war in den «Druh» die gewöhnliche Sprache des ruthenischen Volkes eingeführt worden, und ebendieselbe Jugend eignete sich aus der russischen Bibliothek des Vereines und namentlich aus der Petersburger Monatsrevue «Wiestnik Jewropy» (der europäische Bote) die realistische Richtung in der Literatur, den Ernst der Ideen und die Formalität der Sprache und endlich aus den russischen Schriftstellern auch die sozialistische Tendenz an, so dass «Druh» schon 1876 die beiden oben erwähnten Richtungen verband und der Verein selbst eine dem gemeinen ruthenischen Volke in Galizien günstige Tendenz annahm.

Den nächsten Anlass zur sozialistischen Richtung des «Druh» gab ein

bekannter Kritiker der russischen Literatur, selbst ein Kleinrusse, und Mitarbeiter des «Wiestnik Jewropy», Mich. Dragomanow, welcher 1875 und 1876 drei Schreiben in russischer Sprache an die Redaktion des «Druh» richtete, zu deren Veröffentlichung sich die Redakteure bewegen liessen, dann selbst in dieser Richtung schrieben und so eine ganz neue Bewegung in Galizien veranlassten. Um die Mitte des Jahres 1876 befand sich in dem «Ak. Kruzok» buchstäblich die gesammte akademische ruthenische Jugend von Galizien, und die allgemeine radikale Richtung des Vereines trat immer deutlicher zu Tage. Aber entsprechend dem der alten Parteien Galiziens entspann sich auch hier unter der Jugend ein Kampf, welcher der polnischen Lemberger Polizei den eigentlichen Kern der neuen Bewegung aufdeckte: 1877 ward das gesammte Redaktionskomite des «Druh» arretirt und die Herausgabe dieser Zeitung unterbrochen.

So endete in Galizien die gesetzliche sozialistische Bewegung, welche eine ähnliche Zukunft wie die deutsche verhiess; was sie aber an Breite verlor, gewann sie an Tiefe und Entschiedenheit.

Im März 1877 fand in Lemberg ein Prozess wegen einer geheimen sozialistischen Gesellschaft statt, in welchem neben zwei Kleinrussen aus Russland ein österreichischer Unterthan, ein Mitglied der Redaktion des «Druh», verurtheilt wurde. Im Juni desselben Jahres erfolgte die erwähnte Arretirung der gesammten Redaktion, welche nach acht Monaten Untersuchungshaft erst im Jahr 1878, sammt einem Polen aus Russland, zwei jungen Ruthenen aus Wien und einem ruthenischen Bauernmädchen aus Galizien verurtheilt wurde. Die Angeklagten traten in diesem Prozess offen als Sozialisten auf und entwickelten vor einem sehr zahlreichen Publikum in ihren Vertheidigungsreden die Ideen des Sozialismus, welche alle ruthenischen und polnischen alten Parteien überraschten, auf die Jugend aber einen entschiedenen Einfluss ausübten.

Im Allgemeinen rief die Arretirung wegen sozialistischer Propaganda in Galizien eine unerhörte Panik in den hiesigen alten Parteien hervor, so dass der polnische Adel einen Aufruf an die sämmtlichen konservativen Elemente Galiziens richtete, in welchem er dieselben aufforderte, ein bewaffnetes Regiment zu formiren, alle gefährlichen Individuen in Galizien aufzusuchen und dieselben der Regierung zu überliefern, — so ist die ukrajinophilische galizische Partei aus Furcht zu den Halbliberalen herabgesunken.

In der That steht es mit den ökonomischen Verhältnissen in Galizien sehr schlimm. Denn seitdem der polnische Adel des Lemberger Landtages im Jahre 1868 die vormalige Beschränkung des Prozentfusses auf 6 % und das Verbot der Theilung der Bauerngründe aufgehoben hatte, ist das Volk in Galizien, und namentlich das ruthenische gar bald in einen Abgrund von Elend gesunken, indem es seine Grundstücke auf das Extremste zersplitterte und wegen eines unerhört hoch gestiegenen Zinsfusses (Minimum 52 %, gewöhnlich aber 260!!) auch diese kleinen Grundstücke an die (Grund- und Geld-) Kapitalisten der polnischen und besonders der jüdischen Nation verlor. Aus diesem Grunde musste auch beim Auftreten der Sozialisten das Gewissen des polnischen Adels erwachen und ihrer Phantasie das Schreckensbild einer nahen Revolution zeigen.

Dazu kam bezüglich der rationalistischen und sozialistischen Bewegung in Galizien noch der für die sämmtlichen Exploitateure höchst bedenkliche Umstand, dass das gemeine ruthenische Volk von Anfang an mit derselben

einverstanden war, denn einmal waren die ersten Sozialisten in Lemberg junge Leute aus dem Volke, sodann waren eben diese es, welche am allerersten wegen der sozialistischen Propaganda verfolgt wurden, was den Unwillen des Volkes gegen die Verfolger ungemein vermehrte. *)

Um diesen Umstand recht schätzen zu können, erinnere man sich, wie viele Jahre, Mühe und Opfer es die aus dem russischen Adel hervorgegangenen Sozialisten kostete, bis endlich das gemeine Volk von ihren Ideen erfuhr!

Indessen errang sich der Sozialismus auch in der kleinrussischen Literatur seinen Platz.

1875 erschienen in Wien drei populäre Broschüren: «Die Wahrheit» (Popularisirung von Lassalle's «Indirekten Steuern»), «Die Dampfmaschine» und «Ueber die Armuth» (Popularisirung von Marx's «Kapital»); sodann seit 1876 in Genf: «Ueber den Reichthum und die Armuth.» «Darüber, wie unser Boden nicht der unsrige geworden ist.» «Ueber die Vertheilung des Bodens und wie man ihn besitzen solle.»

Ausserdem haben die kleinrussischen Sozialisten aus Ukrajine seit 1877 in Genf ein grosses kleinrussisches sozialistisches Journal begründet, genannt «Hromada» (die Gemeinde), dessen Redaktion der oben erwähnte M. Dragomanow übernommen hatte, indem er seine Stelle als Universitätsprofessor in Russland ofperte und sich nach Genf begab.

Gleich nach dem genannten Prozesse wurde 1878 in Lemberg eine sozialistische Monatsrevue gegründet, genannt «Hromadskyj Druh» (der Freund der Gemeinde), welche aber systematisch konfiszirt wurde; als ihre Fortsetzung erschienen die Sammelschriften «Die Glocke» und «Der Hammer».

Die kleinrussischen sozialistischen Publikationen in Genf und Lemberg ergänzen sich gegenseitig, denn während in den ersteren fast ausschliesslich die Wirthschafts- und Schulfrage berührt und das Leben des kleinrussischen Volkes in der Ukrajine anschaulich, kritisch und systematisch dargestellt, und endlich nebenbei die Erweiterung des Wirkungskreises der kleinrussischen Intelligenz in Russland befördert wird, — bestreben sich die letzteren, den Gemüthern der Jugend und des gemeinen Volkes in Galizien einen mehr rationalistischen und naturalistischen Geist einzuprägen, indem sie einen Kampf gegen die Geistlichkeit, gegen die Verdummung und Demoralisirung der Jugend durch die gegenwärtigen Schulsysteme und für die Gleichberechtigung der Frauen unterhalten. So haben die ersteren einen exakten systematischen und programmatischen, die letzteren aber mehr einen vorbereitenden Agitations-Charakter, der sich von der Methode der deutschen sozialistischen Partei darin unterschiedet, dass sie die moralischen Beziehungen zwischen der Intelligenz, den Exploitateuren und dem Volke, zwischen Mann und Frau in Galizien nicht mit fertigen Schlag-

*) Man lese darüber einen höchst interessanten Artikel, verfasst von dem verfolgten Bauernmädchen Anna Pawlik, unter dem Titel: «Die meinigen und des Volkes Sünden — der Herren und der Pfaffen Recht.» (Die Glocke. Eine Sammelschrift. Lemberg. 1878.) Gegenwärtig schmachtet das Mädchen wiederum im Kerker, und der Unwille des dasselbe verehrenden Volkes muss noch höher gestiegen sein. Das begriff auch die Regierung, welche aus Furcht vor den Bauern der Umgegend das Mädchen weit von seinem Geburtsort nach Lemberg hinweg schleppte, wo sie — die Regierung — keine Bauern zu fürchten braucht, denn hier stehen ihr das Heer und die Kanonen zu Diensten!

worten, sondern durch Thatsachen aus dem Leben selbst, in Mittheilungen und namentlich in Erzählungen aus dem Volksleben anschaulich darstellen und so Schritt für Schritt die Bildung einer sozialistischen Partei in Galizien immer näher heranrücken. *)

Im Allgemeinen bemühen sich die kleinrussischen Sozialisten, die gesammte Weltanschauung und sogar die Natur der Jugend und des Volkes organisch zu ändern, d. h. nicht durch blosse Phrasen und Angriffe, sondern durch eine derartige kritische Gruppirung und Beleuchtung dieser bisherigen Weltanschauung, dass sie in den Köpfen der Jugend und des Volkes von selbst auf immer schwinden, und an ihre Stelle eine gesunde rationalistische und naturalistische Anschauung treten muss. Zu diesem Zwecke befördern die kleinrussischen Sozialisten die Popularisirung der gesammten Wissenschaften, indem sie die Abänderung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse nicht als Wunder erhoffen. Eine solche Arbeit erfordert eine ungeheure systematische Anstrengung auf allen Gebieten, aber nach den Begriffen der kleinrussischen Sozialisten ist sie es allein, die für den sicheren Erfolg der Volksbefreiung bürgt.

Was die wirthschaftliche Frage selbst anbelangt, so plaidiren die kleinrussischen Sozialisten, welche sich um die «Hromada» und Lemberger Publikationen gruppiren, für das föderativ-anarchistische Prinzip (siehe das Programm der Partei im I. Bande der «Hromada» 1878 von M. Dragomanow).

Diese Ideen werden wahrscheinlich am allerersten in Galizien Wurzel fassen, denn hier haben sie schon in mancher Hinsicht einen günstigen Boden gefunden.

Die ersten Sozialisten in Galizien bestanden nämlich aus gleich begabten und gleich gebildeten jungen Ruthenen, welche keinen Führer über sich dulden würden, sich gegenseitig kontroliren und ergänzen, so dass ihre Organisation auf eine natürliche Weise aus ihrer Thätigkeit hervorging, und indem sie bei ihrer Propaganda die ganze Anstrengung dahin verwenden, die Jugend auf eine gleiche Stufe der Bildung mit sich selbst zu heben, so ist es ersichtlich, dass hier auch in der Zukunft keine formelle Organisation und keine Zentralisation nöthig sein wird. (? D. Herausg.) Ein solcher Anarchismus bürgt in Galizien um so mehr für Föderalismus, als hier die nationalen Tendenzen der Polen (2,380,000 Köpfe) und der Ruthenen sich einander schroff gegenüberstehen, und jedwede

---

*) Ich muss aber hier bemerken, dass der ruthenische Sozialismus in Galizien schon gegenwärtig fester steht, als der polnische, was unter anderem die Publikationen allein beweisen. Gleich vom Anfange an war die sozialistische Bewegung unter den Ruthenen in Galizien breiter und tiefer gehend, als die polnische, desswegen, weil der polnische Sozialismus zuerst in Ost-Galizien entstand, wo das Landvolk ausschliesslich ruthenisch ist, und wo der Sozialismus daher in der polnischen Sprache keinen Boden gewinnen und keinen belebenden Einfluss von Seiten des Volkes erfahren konnte. Uebrigens ging eine lebhafte sozialistische Bewegung unter den Polen in Ost-Galizien, und namentlich unter der Lemberger polnischen Universitätsjugend, eben erst von Seiten der ruthenischen akademischen Jugend in den Jahren 1876—77 aus, und ebenso gaben zur eigentlichen sozialistischen Bewegung unter den polnischen und ruthenischen Arbeitern im Lemberg erst 1878 dieselben ruthenischen Sozialisten den ersten Anlass, indem ausschliesslich sie in eine polnische Arbeiterzeitung sozialistische Tendenzen einführten. Diese Arbeiterzeitung wird auch gegenwärtig ausschliesslich von ruthenischen Sozialisten redigirt.

Dennoch kann man die sämmtlichen ruthenischen Rationalisten und Sozialisten in Galizien noch keine Partei nennen.

Zentralisation hiesse hier die Auslieferung des ruthenischen Volkes an den polnischen Adel, welcher sich den Eingang in die künftige sozialistische Regierung gar bald zu verschaffen wüsste.

Ein solcher anarchistischer Föderalismus zwischen den Ruthenen und Polen ist in Galizien am allerersten erheischt; dazu werden aber unseres Erachtens folgende Bedingungen unumgänglich erfordert. Die polnischen Sozialisten müssen:

1) ihre ganze Aufmerksamkeit auf West-Galizien lenken; hier die polnische Volkssprache (masurisch) und die Lebensverhältnisse kennen lernen, sich sodann mit der sozialistischen Propaganda im Volksdialekte an das Volk wenden und die Volksaufklärung den Priestern aus den Händen nehmen, so wie es die ruthenischen Sozialisten in Ost-Galizien schon gethan haben;
2) die ethnographischen, nationalen Grenzen einer Bevölkerung von 9,840,000 Polen und 17,343,129 Kleinrussen, anerkennen und in keiner vergangenen Institution, etwa in Wiederherstellung des alten polnischen Reiches ein künftiges Glück — sogar des ruthenischen Volkes — erblicken: so wie es die kleinrussischen Sozialisten gleich anfangs gethan hatten, indem sie das Glück ihres Volkes nicht etwa in der bekannten grossen kommunistischen Gesellschaft «Sic von Saporoze» (vom XVI. bis Ende des XVIII. Jahrhunderts), wo eine völlige Brüderlichkeit und Gleichheit, ähnlich dem Leben des gemeinen Volkes unter der polnischen Herrschaft, herrschte, — sondern einzig und allein nur in der Zukunft erblicken;
3) wollen die polnischen Sozialisten in Ost-Galizien wirken, so müssen sie Ruthenen werden, so wie die ruthenischen Sozialisten gewiss in West-Galizien Polen werden; *)
4) das Wirken der Sozialisten der beiden Nationen in Galizien kann nur in den grösseren Städten, wie Lemberg und Krakau, zusammengehen, indem hier unter den Arbeitern eine sozialistische Propaganda nur in der polnischen Sprache möglich ist. Diese Frage ist in Galizien praktisch gelöst, indem die originellen sozialistischen Artikel in einer Arbeiterzeitung und sogar besondere sozialistische Broschüren, wie der sozialistische Katechismus von 1878, ausschliesslich von den ruthenischen Sozialisten polnisch geschrieben werden.

Auf alle diese Fragen müssen die polnischen Sozialisten praktisch antworten. Jedoch lässt sich schon gegenwärtig ein Unterschied zwischen den polnischen und den ruthenischen Sozialisten bemerken: die letzteren sind Anarchisten, die ersteren — Centralisten (ich fasse nur ihre Publikationen in's Auge); zu einer Föderation aber ist die nämliche Richtung der Handlung erforderlich.

---

*) Damit will ich nur sagen, dass der polnische Sozialismus selbstverständlich, was die Form der Propaganda, die Sprache u. d. g. anbelangt, in Ost-Galizien und der ruthenische in West-Galizien keinen Boden haben.

Spanien.

C. H. — Seitdem in Spanien die formalistische Republik, durch den Krieg gegen die kantonalistischen Arbeiter geschwächt, der monarchischen Restauration erlegen ist, hat sich die Sozialdemokratie dort am öffentlichen Leben und namentlich an den Wahlen nicht betheiligt, und zwar aus zwei Ursachen: Einerseits hat die Monarchie den Eid der Treue für die Kandidaten eingeführt, und die Arbeiter konnten sich nicht dazu entschliessen, unter solchen Bedingungen zu der politischen Krippe von Madrid zugelassen zu werden. Anderseits herrschte noch immer die Spaltung vor, die schon im Schoosse der Internationalen die Bewegung gelähmt hatte: in Anarchisten und Centralisten. Die ersteren hatten ihren Hauptsitz in Barcelona, wo ihr Organ, die «Federacion», erscheint. In Madrid hingegen ist der Sitz der Nuova federacion, deren Organ die «Emancipacion» ist.

Nach langen heftigen Kämpfen hat endlich eine Annäherung stattgefunden. Auf einer Zusammenkunft in Madrid ist neuerdings eine Kommission eingesetzt worden, die ein Programm behufs Gründung einer einheitlichen spanischen Arbeiterpartei ausarbeiten soll. Unsere besten Wünsche begleiten dieses Werk.

Ungarn.

L. F. — In einem Lande, in welchem die Industrie noch in den Kinderschuhen steckt, wie das in Ungarn der Fall ist, das bei einer $15\frac{1}{2}$ Millionen zählenden Bevölkerung kaum 650,000 Personen zählt, die in der Industrie beschäftigt sind, und von welchen überdies mehr als ein Drittel selbstständige Unternehmer — Kleingewerbtreibende — sind, kann von einer sozialistischen Bewegung, hinter der grossen Masse stehen, wie in industriellen Ländern, z. B. selbst im kleinen Belgien, das bei einer Bevölkerung von nur 5 Mill. in den Fabriken allein ca. 450,000 Arbeiter beschäftigt, nicht die Rede sein. Die Ursache, warum die sozialistische Bewegung in Ländern, deren industrielle Bevölkerung eine geringe ist, keinen grossen Anhang zählt, liegt nicht etwa darin, dass die Lage der Arbeiterklassen in den Agrikulturstaaten eine menschenwürdigere oder beneidenswerthere als in den Industriestaaten ist, wie sich dies unsere Philister selbstgefällig einbilden, sondern darin, dass die Arbeiterklasse daselbst nur schwer zur Erkenntniss ihrer Klassenlage gelangt und auch nur schwer gelangen kann, was sich daraus erklärt, dass, während die moderne Industrie mit ihrer Theilung der Arbeit, ihrer Anwendung von Maschinen, ihrer Benützung der Dampfkraft etc. viele Personen auf einzelnen Plätzen anhäuft, in engen Räumen beschäftigt, wo sie täglich und stündlich mit- und nebeneinander verkehren und so zu einem Gedankenaustausch über ihre Lage, wie über die Mittel zur Hebung derselben gedrängt werden, — die Agrikultur, besonders dort, wo noch, wie bei uns, die Parzellen- oder sogenannte Bauernwirthschaft vorherrschend ist, die Arbeiter von einander trennt, sie isolirt und so nur schwer das Klassenbewusstsein in ihnen aufkommen lässt. Dazu kommt noch, dass an eine Agitation mittels Flugschriften unter den «Knechten» — wie die Agrikulturarbeiter hier genannt werden — nicht zu denken ist, da sie fast durchgehends des Lesens

unkundig sind. Ueberdies darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die sozialistische Agitation auch durch die Sprachverschiedenheit gehemmt wird, die in den Ländern der ungarischen Krone herrscht.

Wenn man nun alle diese Verhältnisse, alle diese Schwierigkeiten in Betracht zieht, mit welchen die sozialistische Bewegung hier zu rechnen hat, muss man dieselbe immerhin als eine weitgehende ansehen, wie dies auch theilweise daraus hervorgeht, dass der im vorigen Jahre hier abgehaltene, von den Sozialdemokraten einberufene «Kongress der Nichtwahlberechtigten» — der Ministerpräsident, Koloman v. Tisza, der zugleich Minister des Innern ist, verbot die Abhaltung eines «Sozialisten-Kongresses» — von über 7000 Sozialdemokraten beschickt war und mächtigen Wiederhall im Lande fand. Schon der Titel, unter welchem der Kongress stattfand, deutet darauf hin — wie es auch in der That der Fall war —, dass es sich dabei hauptsächlich um eine Agitation behufs Einführung des allgemeinen Wahlrechts handelte.

Die ungarländische Sozialdemokratie richtet ihre Hauptagitation überhaupt auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, weil sie darin das wirksamste Mittel erblickt, für ihre sozialen Forderungen Propaganda zu machen und zugleich einen grossen Theil der Kleingewerbtreibenden und Kleinbauern, die unter der Steuerlast schier erdrückt werden und ihres Wahlrechtes, das sie nur ausüben können, wenn sie ihre Steuern bis auf einen Kreuzer entrichtet haben, immer mehr und mehr verlustig gehen, mit in die sozialistische Bewegung hineinzuziehen. So hat sie auch im Monat Mai d. J. an das Abgeordnetenhaus eine von zirka 5000 Personen unterzeichnete Petition behufs Abschaffung des Wahlzensus und Einführung des allgemeinen Wahlrechts gerichtet. In den Motiven dieser Petition, die in der nächsten, im Oktober d. J. zu eröffnenden Reichstags-Session zur Sprache kommen wird, heisst es unter Anderem: «Die organisirte Gesellschaft, der Staat, besteht nur durch die Produktion, sowohl gewerbliche, industrielle und landwirthschaftliche, als auch durch die geistige. Produktiv thätig ist aber gerade nur der nichtwahlberechtigte Theil der Bevölkerung, denn er ist es, der alle Kulturprodukte erzeugt, der den Boden fruchtbringend macht, der die Genuss- und Bedürfnissartikel herstellt; die Existenz der Gesellschaft wäre ohne dessen produktive Thätigkeit nicht möglich. Der arbeitende, schaffende Theil der Bevölkerung ist somit der Erzeuger aller Werthe, auf ihn ist aller Reichthum des Landes zurückzuführen, und das geringste Recht, das er zufolge seiner eminenten Stellung als das erhaltende, Kultur schaffende und Kultur fördernde Element der Gesellschaft beanspruchen darf, ist das Recht auf politische Gleichberechtigung: das allgemeine Wahlrecht.»

Behufs einer regeren, anhaltenden und zugleich legalen sozialistischen Agitation haben die Budapester Sozialdemokraten auch beschlossen, einen «Verein der Nichtwahlberechtigten» zu gründen, dessen Statuten auch bereits der kompetenten Behörde zur Genehmigung unterbreitet wurden. Der § 2 der Statuten, welcher den Zweck des Vereins bestimmt, lautet: «Der Verein erstrebt behufs Wahrung und Förderung der wirthschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung für jeden das 20. Lebensjahr überschrittenen, unbescholtenen ungarischen Staatsangehörigen das Recht der Theilnahme an allen Landes- und Gemeindewahlen: das allgemeine Wahlrecht.» Ob nun die Behörde diese Statuten, und zwar ohne Modifikationen, genehmigen wird, bleibt erst abzuwarten.

Wenn aber die ungarländischen Sozialdemokraten ihre Hauptagitation auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts gerichtet haben, so verabsäumen sie deshalb doch keine Gelegenheit, ihre Stimme allen anderen Fragen gegenüber vernehmen zu lassen. So hatten die hiesigen Sozialdemokraten im Monat Januar l. J. eine sehr zahlreich besuchte Volkversammlung abgehalten, in der gegen die Encyklika Leo's XIII., welche derselbe zu Weihnachten v. J. vom Vatikan aus gegen die Sozialisten schleuderte, eine energische Resolution einstimmig zur Annahme gelangte. Ich will diese Resolution, da meines Wissens, mit Ausnahme Ungarns, nirgends eine Demonstration gegen die Encyklika stattfand, dem ganzen Wortlaut nach mittheilen. Dieselbe lautet:

«In Erwägung, dass die letzte päpstliche Encyklika die Sozialisten fälschlich beschuldigt, die in letzterer Zeit vorgekommenen Attentate auf Fürsten ausgeführt zu haben, da bis jetzt noch nirgends irgend welche Beweise hiefür erbracht wurden und auch die Encyklika keine hiefür erbringt; in Erwägung, dass die päpstliche Encyklika die Sozialisten fälschlich beschuldigt, «Alles rauben und zum Gemeingut machen zu wollen, was durch die Arbeit des Geistes und der Hände oder durch sparsame Lebensweise erworben worden ist,» indem es gerade die Sozialisten sind, die jeden Raub an dem Ertrage Anderer — sei dies nun geistige oder physische Arbeit — verpönen und zu beseitigen suchen und jede Umänderung der Eigenthumsverhältnisse nur auf eine ebenso friedliche als rechtmässige Weise, d. h. durch die Gesetzgebung, anstreben; in Erwägung ferner, dass die päpstliche Encyklika den Sozialismus als die Konsequenz der modernen Wissenschaften erklärt, die sie «Fieberträume der Vernunft» und «vergiftete Lehren» nennt; dass sie jedes auf den Willen des Volkes sich stützende Staatswesen und Herrscherthum als gegen die Autorität der Kirche gerichtet, verurtheilt, die Trennung der Kirche von Staat und Schule verdammt und die in fast allen Kulturstaaten gesetzlich eingeführte Zivilehe — wie dies noch besonders aus der Antritts-Encyklika des jetzigen Papstes hervorgeht — als ein «gesetzliches Konkubinat» bezeichnet und so auf unzählige Familien Schmach und Schande zu häufen sucht; in Erwägung schliesslich, dass die Encyklika nur die Kirche als einzige oberste Behörde in allen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen anerkennt und selbst zum Widerstand gegen alle die Interessen der Kirche schmälernden Parlamentsbeschlüsse auffordert — erklärt die zu Budapest, am 19. Januar 1879 im Beleznaygarten abgehaltene Volksversammlung die vom Papst Leo XIII. gegen den Sozialismus gerichtete Encyklika, die nur den Zweck hat, alle modernen sozial-politischen und philosophischen Errungenschaften über den Haufen zu werfen und die Gesellschaft in jene finsteren Zeiten des Mittelalters zurückzuführen, in welchen die Welt vom Vatikan aus regiert wurde und Rad, Galgen und Scheiterhaufen die einzigen Vernunftgründe waren, die gegen die wissenschaftlichen Forscher in's Feld geführt wurden, als ein zelotisches, gegen die moderne Zeit gerichtetes, jede wissenschaftliche Forschung verpönendes Schriftstück, weshalb sie im Namen aller Jener, die das Wissen an Stelle des Glaubens, die Freiheit an Stelle der Knechtschaft und das Recht an Stelle der Macht wollen, gegen die Encyklika des Papstes Leo XIII. energischen Protest einlegt.»

Am 15. Juni fand hier abermals eine Volksversammlung statt. Anlass hiezu gab der am 31. Mai und 1. Juni l. J. in Budapest abgehaltene «Zweite

ungarische Gewerbetag». Auf diesem Spiessbürger-Gewerbetag, der mehrere Delegirte zurückwies, weil sie als Sozialdemokraten bekannt waren, wurde nämlich die Revision des bestehenden Gewerbegesetzes beantragt und u. A. eine Resolution angenommen, die auf die Wiedereinführung der Innungen hinausläuft. In der Volksversammlung wurde nun das ganze Gebahren des Gewerbetages einer eingehenden und scharfen Kritik unterzogen und schliesslich mit Einhelligkeit eine Resolution angenommen, in der nach einer eingehenden Motivirung ausgesprochen wird: «dass einerseits die auf dem Gewerbetag gefasste Resolution, die auf eine Wiedereinführung des alten Zunftwesens abzielt, nicht nur eine dem modernen Zeitgeist hohnsprechende Bevormundung der Arbeiter bezweckt, sondern auch mit der heutigen, auf kapitalistischer Grundlage beruhenden, mittels Dampf und Maschinerie arbeitenden Grossindustrie unvereinbar ist, und dass andererseits das Interesse der Kleingewerbtreibenden mit den Interessen der wirthschaftlich ausgebeuteten und politisch entrechteten Arbeiterklasse zusammenfällt, und sie daher nur dann die sie völlig vernichtende Konkurrenz der Grossindustrie von sich abwehren können, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse zu einer einheitlichen, unter gemeinsamer Fahne kämpfenden Partei behufs Erringung und Durchführung solcher sozial-politischer Reformen verbinden, die im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt des gesammten Volkes liegen.»

Die Presse, besonders die hauptstädtische, hat von diesen beiden Versammlungen mehr oder minder ausführlich Notiz genommen und zwar in ganz objektiver Weise. Es ist dies eben ein Zeichen, dass sich die Sozialdemokratie eines gewissen Respektes erfreut, den sie sich durch ihr männliches Auftreten, wie durch ihr sachliches Behandeln aller öffentlichen Angelegenheiten errungen hat. Eine Zeit lang, und zwar zur Zeit der Hödel-Nobiling'schen Attentate, suchte allerdings ein Theil unserer Tagespresse in Bezug auf die Gemeinheit der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe mit der gouvernementalen und nationalliberalen Presse Deutschlands zu wetteifern, aber dafür wurde ihr in den sozialistischen Versammlungen und Blättern so derb auf die Finger geklopft, dass sie sich seither eines gewissen Anstandes befleissigt.

Was die Regierung anbelangt, ist ihr, seitdem sich eine ihrer Vorgängerinnen durch den von ihr im Jahre 1871 angestrengten «Hochverrathsprozess» so gründlich blamirte, jede Lust vergangen, den Sozialdemokraten Prozesse anzuhängen. Dessen ungeachtet lässt sie sich's aber nicht nehmen, hie und da als «Staatsretterin» aufzutreten. So hatte sie vor einiger Zeit fünf Sozialdemokraten, unter welchen sich zwei ungarische Staatsangehörige befanden, aus Neusatz ausweisen lassen. Der eine dieser beiden ungarischen Staatsangehörigen, Namens Pacsu, war Redakteur der daselbst in serbischer Sprache erschienenen, vortrefflich redigirten sozialistischen Revue «Straza» («die Wacht»), der andere, Namens Markovics, ein Mitarbeiter dieser Revue, die nun vorläufig zu erscheinen aufgehört hat. Als Grund dieser ungesetzlichen Ausweisung wurde angegeben, dass sie unter den Studenten des Neusatzer serbischen Gymnasiums sozialistische Prinzipien verbreiteten. Auf Grund einiger in den beiden hiesigen sozialistischen Wochenorganen: «Arbeiter-Wochen-Chronik» und «Krónika» erschienenen Korrespondenzen und Artikeln, welche diese Affaire klarlegten und das ungesetzliche Vorgehen der Regierung scharf geisselten, hatte Ignaz Helfy, Abgeordneter der äussersten Linken, eine Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet, der sich in seiner Antwort hinter allerlei Ausflüchten versteckte und damit

schloss, dass man es wohl begreifen werde, dass sich die Behörden «sozialistischen Umtrieben» gegenüber nicht passiv verhalten können, worauf ihm die Rechte Beifall klatschte, und womit die ganze Angelegenheit — wie dies in einem auf dem Zensus-Wahlsystem beruhenden Parlament vorauszusehen war — erledigt war.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass in Pressburg seit 1. März l. J. ein neues sozialistisches Organ unter dem Titel «die Wahrheit» herausgegeben wird. Dasselbe erscheint monatlich zwei Mal und wird von einem Kleingewerbetreibenden, Tischlermeister Karl Hanslitschek, redigirt. Man ersieht hieraus, dass, wenn auch die sozialistische Bewegung in Ungarn noch keine grossen Dimensionen angenommen hat, sie doch stetig vorwärts schreitet. Erwähnen muss ich noch, dass es hier auch eine unter dem Namen «Ungarländische Arbeiterpartei» bestehende sozialistische Fraktion gibt, deren Bildung jedoch einzig und allein auf persönlichen Motiven beruht, die in einer sozialistischen Partei nicht zur Geltung gelangen dürfen. Hoffentlich werden die Mitglieder dieser Fraktion bald zur Einsicht gelangen, dass sie durch ihr Vorgehen, ohne sich zu nützen, nur die ganze Bewegung schädigen, und sich dann wieder dem Hauptkörper anschliessen, von welchem sie sich, wenn es ihnen mehr um die Sache als um die Personen zu thun gewesen wäre, niemals getrennt hätten.

Nachtrag.

Die vom Referenten über Nordamerika angekündigten Demonstrationen zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages haben nach den bis jetzt vorliegenden Berichten in allen Theilen der Union unter grosser Theilnahme der arbeitenden Bevölkerung stattgefunden. Welchen praktischen Erfolg sie haben werden, bleibt natürlich abzuwarten.

Bezüglich Deutschland dürfte die inzwischen erfolgte Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Hasenclever und dem Liberalen Leonhard besonders interessiren. Ersterer wurde mit 7589 Stimmen gegen 6388, die sein Gegner erhielt, gewählt.

Nicht ohne Bedeutung sind ferner die am 14. und 15. Juli in Zabrze (Oberschlesien) stattgehabten Arbeiter-Unruhen, die durch die niedrigen Löhne — welche noch ausserdem durch Zwangsabzüge für Kassen und Arbeiterwohnungen wesentliche Kürzungen erfahren haben sollen — hervorgerufen wurden. Es ist hierbei wiederum beachtenswerth, dass die revoltirenden Arbeiter in keiner Beziehung zur Sozialdemokratie gestanden haben. Der Mehrzahl nach sind die Arbeiter in Zabrze polnisch-ultramontan, während die dortigen deutschen Arbeiter dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkverein angehören.

In Schweden haben die vor einigen Monaten stattgehabten, leider von unserm Referenten nicht berührten Strikes, welche vermittelst des Militärs gewaltsam beendigt wurden, Anlass zu einer stark sozialistisch gefärbten Arbeiterbewegung gegeben. Auf einem Arbeitertag, der vom 17.—19. Juli in Stockholm stattfand, wurden Resolutionen gegen die indirekten Steuern (Finanzzölle) und für die direkte Einkommensteuer und das allgemeine Wahlrecht angenommen. Bezüglich

der Schutzzölle erklärten sich die Arbeiter für eine allmählige Herabsetzung, sobald die gegenwärtige ökonomische Krisis überwunden sein werde. Bemerkenswerth ist noch der stark religiöse Sinn, der in den Versammlungen der Arbeiter herrscht. So wurde das Einschreiten des Militärs gegen die Strikenden als dem christlichen Rechtsgefühl und dem Prinzip der persönlichen Freiheit widerstreitend bezeichnet, ferner nahm man eine Resolution an, nach welcher der Arbeiter seine Kinder mit liebevollem Ernste zu wahrer Gottesfurcht, zur Achtung vor Eltern und Lehrern, vor Gesetz und Obrigkeit und zur Arbeitsamkeit zu erziehen habe.

In der Schweiz hat Ende Juli ein Kreisschreiben des Zentralkomites des Grütlivereins an dessen Sektionen Aufsehen gemacht. Es wird darin ausgesprochen, dass das Programm der sozial-demokratischen Partei genau umschreibe, «was uns Noth thut,» und verlangt, «dass eine gemeinsame Agitation und ein freundschaftliches verträgliches Verhältniss zwischen beiden Organisationen (Grütliverein und Arbeiterbund), das ja auch ohne Vertrag und ohne Förmlichkeiten möglich ist, in's Leben trete.»

Aus Petersburg meldet ein offizielles Telegramm vom 29. Juli, dass die Person, welche am 25. März auf General Drenteln schoss, festgenommen worden ist. Es soll dieselbe Persönlichkeit sein, welche unter dem Namen Pletnef in Taganrog sich der Polizei mit Schüssen widersetzte.

Es möge noch an dieser Stelle zweier literarischer Unternehmen gedacht werden, die zwar nicht als Organe bestimmter sozialistischer Landesparteien wirken — wesshalb auch im Text keine Gelegenheit war, dieselben zu erwähnen —, aber sozialistisch-wissenschaftliche Tendenzen verfolgen. Es sind dies die schon seit längerer Zeit bestehende Zeitschrift «Neue Gesellschaft», welche von Dr. F. Wiede herausgegeben wird und in Zürich erscheint, sowie die «Volkshalle», Monatsschrift für Volksbildung und Aufklärung, die unter der Leitung von Hugo Gerbers und Fr. Häcker in Wien herauskommt.

Neue Erscheinungen der sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Literatur.

(Januar—Juli 1879.)

(Dieses Verzeichniss verfolgt nur bibliographische Zwecke; eine Empfehlung der darin aufgeführten Schriften ist also ~~ausgeschlossen~~ damit nicht verbunden; die im Text besprochenen Schriften sind hier nicht aufgeführt.)

Alden, J., First principles of political economy. Syracuse, New-York, Davis Bardeen & Co. — 75 cts.

Annuaire de l'économie sociale, publié par la société d'économie sociale et par les unions sociales françaises. T. 4. 1878/79. I. partie, Paris, Dentu. — Fr. 1. 25.

Argullol, J. de, Expropriacion forzosa per utilidad pública. Madrid.

Bebel, A., Die Frau und der Sozialismus. Zürich, Volksbuchhandlung.

Becherucci, F., L'Europa e la pace sociale. Firenze. — 1 L.

Bonduran, Ed., Economie politique. Paris, Guillaumin. — Fr. 3. —

Bongartz, A., Das katholisch-soziale Vereinswesen in Deutschland. Würzburg, Wörl. — 2 Mk.

Bonghi, R., I partiti anarchici in Italia. Milano. — 1 L.

Brace, C. L., Free trade as promoting peace and good will among men. New-York, G. P. Putnams Sons. — 25 cts.

Braun, K., Der Staat und die Volkswirthschaft. Berlin, Simion. — 1 Mk.

Brentano, L., Die Arbeiterversicherung gemäss der heutigen Wirthschaftsordnung. Leipzig, Dunker & Humblot. — 5 Mk. 20.

Campolieti, L., Il socialismo rimpetto all'agricoltora. Napoli, Prete.

Capital Punishement from an Militarian Point of View. By a Barrister. London, R. J. Mitchell. — 6 d.

Carau, E., Le paupérisme, ses causes, moyens de le prévenir etc. Paris, Plon & Cie.

Champagny, de, La Bible et l'Economie politique. Paris, Bray & Retaux. — 2 Fr. 50.

Colantuoni, R., Il socialismo davanti al vangelo. Napoli, tip. dell Ancora. — 1 L.

Cooperative Trading, Its Evil effects and proposed remedy. An essay by a civil servant of the Crown. London, Publishing association. — 1 sh.

Copland, J., Socialism or the wrongs and remedies of our social condition. Edinburgh, Elliot. — 1 sh.

Cortes, J. D., Essays on catholicism, liberalism and socialism. London, Simpkin, Marshall & Co. — 3 sh. 6 d.

Dahn, F., Die Vernunft im Recht. Berlin, Janke. — 4 Mk.

Dalmasso, G., Il socialismo esaminato sulla bilancia dell' opinione pubblica nelle sue origini etc. Mondovi, tip. G. Bianco. — 2 L. 50.

Delaporte, J., Les collectivistes du socialisme rationnel ne sont pas des communistes. Paris, librairie de la science sociale. — 60 cts.

Dupuy, Ch. M., Arbeit für die Thätigen, Wohlfahrt dem Volke. Berlin, Burmester & Stempell. — 50 Pf.

Felix, Der Sozialismus und die Gesellschaft. Autor. Uebersetzung von F. L. W. B. Mainz, Kirchheim.

Fornio, E., L'Internationale e lo Stato. Napoli. — 5 L.

Gramantieri, D., Ció que l'Italia aspetta, discorso nella questione sociale. Fano. — 60 c.

Hellenbach, L. B., Die Vorurtheile der Menschheit. Wien, Rosner. — 6 Mk.

Hitchcock, R. D., Sozialism. New York and London, Randolph. — 4 sh.

Hohenberg, A. v., Socialer Katechismus. Mainz, Kirchheim. — 1 Mk. 35.

Holyoake, G. J., The history of cooperation in England. London, Trübner & Co. — 14 sh.

Holzamer, J., Ueber Uebervölkerungsbefürchtung und Nahrungsnoth. Freiburg i./Br., Trömer. — 60 Pf.
Huber, J. v., Socialdemocracy in Germany. London, Trübner & Co. — 2 sh. 6 d.
Huet, A., Productieve associatie van arbeid en kapitaal. Verspreide bijdragen. Leeuwarden, H. van Belkum. — 75 c.
James, H. A., Communism in America. Prize essay. New-York, Holt. — 1. Doll.
Ingram, Die nothwendige Reform der Volkswirthschaftslehre, übersetzt von v. Scheel. Jena, Fischer.
Karlowitsch, N., Die Entwickelung des Nihilismus. Berlin, Behr. — 80 Pf.
Kaufmann, R. v., Die Vertretung der wirthschaftlichen Interessen in den Staaten Europa's. Berlin, Springer.
Kleibömer, G., Die preussische Fabrikgesetzgebung. Mühlheim, Bagel. — 2 Mk. 25.
Kleine, H., Der Verfall der Adelsgeschlechter. Statistisch nachgewiesen. Leipzig, Friedrich. — 2 Mk.
La doctrine théologique sur la propriété contre les erreurs des socialistes et des communistes. Nîmes, imprimerie Dubois.
Laveleye, E. de, The new tendencies of political economy. New-York, J. S. Homans. — 25 ct.
Magne, J., Examen du Socialisme. Paris.
Mannequin, Le problème monétaire et la distribution de la richesse. Paris, Guillaumin. — 5 Fr.
Maria, L., Socialiste und paysan. Paris, librairie des publications populaires. — 10 cts.
Michaelis, R., Die Gliederung der Gesellschaft nach dem Wohlstande. Leipzig, Duncker und Humblot. — 6 Mk.
Miquel, Die Organisation des Handwerkerstandes. Landsberg, Schäffer & Cie. — 40 Pf.
Miutegniaza, V. M., El communismo, sus causas, efetos y remedios. Madrid, Clementi. — 12 rs.
Oppenheim, H. B., Die Gewerbefreiheit und der Arbeitervertrag. Breslau, Köbner. — 50 Pf.
Pauperismo, il, in Italia: considerazioni. Cremona, tip. Tozzi & Cie.
Polke H., Die deutschen Gewerkvereine. Stuttgart, Krabbe. — 1 Mk.
Ribot, P., Du rôle social des idées chrétiennes. Paris, Plon. — 15 Fr.
Schlosser, G., Welche sozialen Verpflichtungen erwachsen dem Christen aus seinem Besitz? Frankfurt a./M., Heyder und Zimmer. — 1 Mk. 50.
Schmoller, G., Die Strassburger Tucher- und Weberzunft, Urkunden und Darstellung. Strassburg, Trübner. — 30 Mk.
Séances du congrès ouvrier de France. Deuxième session tenue à Lyon 1878. Lyon, imprimerie Trichot. — 3 Fr.
Siciliani, P., Socialismo, darwinismo e sociologia moderna. Bologna, Zanichelli.
Siegfried, J., La misère, son histoire, ses causes, ses remèdes. 3e Edition. Paris, Germer Baillière & Cie. — Fr. 2. 50.
Stolp, H., Die Begründung und Erhaltung des Bauernstandes oder die neue rechtliche Regelung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes. Berlin, Niendorf.
Sullivan, J. F., The british workingman. London, Fun office. — 2 s. 6 d.
Tamagnini, A., La pubblica sicurezza, l'accattonaggio ed altre questioni sociali. Milano, tip. A. Gattinoni.
Thun, A., Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Leipzig, Duncker & Humblot. — 12 Mk.
Umpfenbach, K., Das Kapital in seiner Kulturbedeutung. Würzburg, Stuber. — 2 Mk.
Vischi, L., Dignità ed eguaglianza degli uomini. Bologna. — 1 l. 25.
Walker, Die Ursachen und die Heilmittel der sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen. Berlin. — 4 Mk.

Berichtigungen.

Seite 55, Zeile 20 von unten ist vor alles das Wörtchen: auf einzuschieben; dessgleichen

„ 61,	„	17	„	unten	vor entgegen das Wort: nicht.
„ 79,	„	8	„	oben	lies Verhetzung statt Versetzung.
„ 108,	„	16	„	unten	„ nicht wählbar statt wahlunfähig.
„ 128,	„	5	„	oben	„ andere statt andern.
„ 134,	„	6	„	„	„ Verhetzung statt Versetzung.
„ 165,	„	10	„	„	„ Grün statt Grimm.
„ 179,	„	16	„	unten	„ übergehen statt übergeben.
„ 235,	„	17	„	oben	„ Cafiero statt Cafiera.
„ 243,	„	20	„	„	„ Seraing statt Serainx.
„ 243,	„	21	„	„	„ Jolimont statt Jelimont.
„ 247,	„	6	„	unten	„ Grube statt Gruppe.
„ 304,	„	7	„	oben	wird Ossinsky ein Pole genannt; er ist jedoch Russe.